

Untersuchungen über Gruppen und Verbände

Band 8

Die Verbandsbildung im Einzelhandel

Mittelstandsbewegung, Organisationen der Großbetriebe,
Fachverbände, Genossenschaften und Spitzenverband

Von

Dr. Josef Wein

1968



DUNKER & HUMBLLOT / BERLIN

JOSEF WEIN

Die Verbandsbildung im Einzelhandel



DRUCKER & VERLAGS-ANSTALT, BERLIN

Untersuchungen über Gruppen und Verbände

Band 8

Die Verbandsbildung im Einzelhandel

Mittelstandsbewegung, Organisationen der Großbetriebe,
Fachverbände, Genossenschaften und Spitzenverband

Von

Dr. Josef Wein



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN



Alle Rechte vorbehalten

© 1968 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1968 bei Buchdruckerei Bruno Luck, Berlin 65

Printed in Germany

D 29

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand als Teiluntersuchung eines umfangreichen Forschungsvorhabens, das im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Sozialpolitik“ in Angriff genommen wurde.

Die Anregung zur Behandlung dieses Gegenstandes verdanke ich Herrn Professor Dr. Georg Weippert, der das Werden der Arbeit von Anfang an mit seinem Rat begleitet hat. Nach seinem Tode nahm sich ihrer Herr Professor Dr. J. M. Back an. Ihm sei für die wohlwollende Unterstützung und die vielfachen Hinweise ein herzliches Wort des Dankes gesagt. Daneben fühle ich mich auch Herrn Professor Dr. Jakobus Wössner verpflichtet. Er half als unermüdlicher Diskussionspartner viele Probleme klären und regte die Veröffentlichung der Arbeit in der Reihe „Untersuchungen über Gruppen und Verbände“ an. Herrn Professor Dr. Gustav Clausing und Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Rudolf Stucken gebührt mein Dank für das große Interesse, das sie stets am Fortgang der Untersuchung genommen haben.

Mein besonderer Dank gilt schließlich Herrn Ministerialrat a. D. Dr. Johannes Broermann für sein großzügiges Entgegenkommen bei der Veröffentlichung.

Erlangen im Winter 1967/68

J. Wein

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung	15
-----------------------	----

Erster Teil

Die Schutzverbände des Einzelhandels im Rahmen der Mittelstandsbewegung

A. Die Ursachen des Zusammenschlusses	28
I. Die Vermehrung der Handelsbetriebe nach Einführung der Gewerbefreiheit	29
II. Die Ausbreitung der modernen Großbetriebsformen	31
III. Das Wiederaufblühen des Wandergewerbes	33
IV. Das Vordringen der Konsumvereine	33
B. Übersicht über die wichtigsten Vereinigungen	36
I. Vereine auf örtlicher Ebene	36
1. Die alten Standesvereine	36
2. Schutzvereine	37
II. Provinzial- bzw. Landesverbände	39
III. „Spitzenverbände“	43
1. Der Zentralverband der Kaufleute Deutschlands, Berlin (gegr. 1878)	43
2. Der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe, Leipzig (gegr. 1888)	44
3. Die Spaltung des Zentralverbandes, Leipzig, durch die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin	48
4. Die Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände, Mainz	50
C. Struktur und Aufbau der Schutzverbände	53
I. Die Struktur und die Mentalität der Mitglieder	53
II. Der organisatorische und machtmäßige Aufbau der Verbände	56
D. Die Vertretung der Interessen nach innen	59
I. Allgemeine Formen des Interessenausgleichs	59
II. Schutzverbände und Einkaufsgenossenschaften	61
III. Schutzverbände und Rabattsparvereine	65

E. Die Interessenvertretung der Schutzverbände nach außen	68
I. Die Forderungen an den Staat	68
1. Die Forderungen gegen das Wandergewerbe	68
2. Die Forderungen gegen die Konsumvereine	68
3. Die Forderungen gegen die modernen Großbetriebsformen ..	70
4. Die Forderung nach einem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	71
5. Die Forderung nach Wiederherstellung der alten Zunftordnung ..	72
II. Die ideologische Begründung der Forderungen	74
III. Das Vorgehen der Schutzverbände bei der Durchsetzung ihrer Forderungen	78
1. Schutzverbände und Parteien	79
a) Die „staatstragenden Parteien“ als Partner der Schutzverbände	79
b) Die Gründung eigener Parteien in Zusammenarbeit mit den übrigen Gruppen der Mittelstandsbewegung (Die Deutsche Mittelstandsvereinigung, Berlin)	83
c) Die zunehmende „Verschränkung“ von konservativen Parteien und Schutzverbänden des Mittelstandes	88
2. Sonstige Wege des Vorgehens	91
IV. Die Erfolge der Schutzverbände bei der Vertretung ihrer Interessen nach außen	95
1. Der Erfolg gegenüber dem Wandergewerbe	95
2. Der Erfolg im Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb	96
3. Der Erfolg gegen die Konsumvereine	96
4. Der Erfolg gegen die modernen Großbetriebsformen	100
5. Sonstige Erfolge	102

Zweiter Teil

Die Verbände der Gegner und der Niedergang der Schutzverbände des Einzelhandels

A. Die Gründung von Gegenverbänden	104
I. Der Ausbau der Konsumgenossenschaftsbewegung	104
II. Der Zusammenschluß der modernen Großbetriebsformen im Detailhandel	107
1. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin ..	107
a) Entstehung und Zielsetzung	107
b) Struktur und Aufbau des Verbandes	109
c) Die Interessenvertretung des Verbandes	111

2. Sonstige Verbände	115
a) Der Verband der Berliner Spezialgeschäfte von 1900	115
b) Der Verband Deutscher Filialbetriebe e. V.	117
c) Der Verband Deutscher Versandhändler	118
B. Der zunehmende Widerstand des Staates gegen die Forderungen der Schutzverbände	118
C. Die Zersplitterung der Mittelstandsbewegung	121
I. Die Trennung der Mittelstandsvereinigung für Rheinland-Westfalen von der Deutschen Mittelstandsvereinigung	121
II. Die Gründung des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie	123
III. Die Gründung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes	131
D. Der Niedergang der Schutzverbände	134

Dritter Teil

Die Fachverbände, Einkaufsverbände und der Spitzenverband des Einzelhandels

A. Die Fachverbände und Einkaufsgenossenschaften im Lebensmittel-einzelhandel	140
I. Die Verbände des Kolonialwarenhandels	140
1. Fachvereine auf örtlicher Ebene	140
2. Die Gründung von Einkaufsvereinen durch die Fachvereine ..	142
3. Der Aufbau der Edeka-Organisation	144
a) Die Gründung der Hamburger Zentraleinkaufsgesellschaft als Vorläufer	144
b) Die Gründung des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V. (Edeka-Verband)	146
c) Die Gründung der Berliner Zentraleinkaufsgenossenschaft deutscher kaufmännischer Genossenschaften (Edeka-Zentrale)	150
d) Die Organisationsstruktur der Edeka-Genossenschaftsgruppe	153
e) Der weitere Ausbau der Edeka-Organisation	156
4. Die Gründung von Reichsfachverbänden	165
a) Der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V., Berlin	166
b) Der Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels, Hannover	169

5. Die Genossenschaftsgründungen des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler	172
a) Die AG-Westkauf und der Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften als Vorläufer der Rewe-Organisation ..	172
b) Der Aufbau eines Genossenschaftssystems auf Reichsebene durch den Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler	175
c) Der Zusammenbruch der Kauf-Aktiengesellschaften und der Aufbau der Rewe-Organisation	177
6. Der Reichsverband Deutscher Kaufleute der Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhändler e. V. (Rekofei), Berlin	180
II. Sonstige Spezialfachverbände des Lebensmitteleinzelhandels	182
1. Übersicht über die Spezialfachverbände des Lebensmitteleinzelhandels (auf Reichsebene)	182
2. Der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute e. V., Berlin	183
3. Der Reichsverband der Schokoladen-Geschäftsinhaber Deutschlands von 1906 e. V., Berlin	184
4. Der deutsche Drogisten-Verband e. V., Dresden bzw. Berlin ..	185
5. Der Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler e. V., Berlin	189
B. Die Fachverbände und Einkaufsverbände im Textileinzelhandel	191
I. Die ersten örtlichen Zusammenschlüsse	193
II. Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, Hamburg (Hamburger Verband)	194
III. Die Schwächung des Hamburger Verbandes durch die Gründung von Spezialfachverbänden	197
1. Der Reichsverband Deutscher Herrenausstattungs-Spezialgeschäfte e. V., Berlin	198
2. Der Reichsverband für Herren- und Knaben-Kleidung e. V., Düsseldorf	199
3. Der Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung e. V., Berlin	199
4. Der Verband Deutscher Wäschegeschäfte und Wäschehersteller e. V., Berlin	200
IV. Der Zusammenschluß aller Textileinzelhandelsverbände im Reichsbund Deutscher Textildetaillisten e. V., Berlin	200
V. Der endgültige Zusammenschluß der Branche im Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V., Berlin	203
VI. Die Einkaufsverbände im Textileinzelhandel	207

C. Die Fachverbände der übrigen Zweige des Einzelhandels	219
I. Übersicht über die wichtigsten Verbände auf Reichsebene	219
II. Die Ursachen des Zusammenschlusses	221
III. Struktur, Aufbau und Tätigkeitsformen der Verbände	223
IV. Die Gründung von Einkaufsverbänden	232
1. Im Einzelhandel mit Hausrat und Eisenwaren	232
2. Im Schuh- und Lederwareneinzelhandel	238
3. Im Tabakwarenhandel	240
4. In den übrigen Zweigen des Einzelhandels	240
D. Der Spitzenverband: Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin	242
I. Die Vorläufer der Hauptgemeinschaft	242
II. Die Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.	245
III. Der Auf- und Ausbau des Spitzenverbandes	246
IV. Die Tätigkeit der Hauptgemeinschaft	248
V. Die Spaltung der Hauptgemeinschaft	253
VI. Die Gleichschaltung der Hauptgemeinschaft und ihr Einbau in die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel	264
VII. Die Neugründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.	269
Verbandsanalytische Zusammenfassung und Schlußbetrachtung	281
1. Die Ursachen des Zusammenschlusses	281
2. Die Struktur und der Aufbau der Verbände	282
3. Die Tätigkeit der Verbände	283
4. Ausblick	287
Literaturverzeichnis	293

Abkürzungsverzeichnis

Archiv	Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V.
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
eGmuH	eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland
FfH	Forschungsstelle für den Handel (Berlin)
GdS	Grundriß der Sozialökonomie
GEG	Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften mit beschränkter Haftung
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
H.d.D.E.	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.
H.d.E.	Handbuch des Einzelhandels
HdSt	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdSw	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Jb.	Jahresbericht, Jahrbuch
JfNuSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
JfS	Jahrbuch für Sozialwissenschaft
NS-Hago	Nationalsozialistische Handels-, Handwerks- und Gewerbeorganisation
PVS	Politische Vierteljahresschrift
VDWK	Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V.
Z.E.G.	Zentraleinkaufsgesellschaft
ZfGStw	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZgGenW	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZfN	Zeitschrift für Nationalökonomie

Problemstellung

Die eminente Bedeutung des Verbandswesens erkannte schon früh *Otto v. Gierke*: „Den Anteil, welchen in Deutschland wie überall in den gewaltigen Kulturfortschritten der Gegenwart auf den Gebieten des politischen, geistigen und sozialen Lebens, das aus kleinen Anfängen in kurzer Frist zu einer Weltmacht erwachsene moderne freie Vereinswesen gehabt hat“, werde „erst die Zukunft genauer zu bestimmen im Stande sein¹.“ Wenig später schrieb *Fr. W. Raiffeisen*: „Wir leben in einer Zeit der Vereine‘. So hört man heutzutage oft sagen . . . Im großen und ganzen leben wir wirklich in der Zeit der Vereine. Der Umschwung, welcher durch verschiedene Ursachen in den letzten Jahrzehnten in den gesellschaftlichen Verhältnissen erzeugt wurde, die großen Unternehmungen drängen die minder bevorzugten, besonders aber die nothleidenden Klassen, zu Vereinigungen der verschiedensten Art, um Hilfe zu suchen, um sich eine bessere Lebensstellung zu erringen. Die Bildung der Vereine liegt also in unseren Zeitverhältnissen und ist dadurch geboten. So finden wir denn auch Vereinigungen auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens, welche mit mehr oder weniger Erfolg arbeiten².“ Während *Otto v. Gierke* Verbände verschiedenster Art im Auge hat, denkt *Fr. W. Raiffeisen* vor allem an die Verbände der sozial Schwachen, an die von ihm und den anderen Vätern des Genossenschaftswesens initiierten Genossenschaften. Gleichzeitig stellt er damit aber auch noch ein für die Verbandsbildung ganz allgemein wichtiges Wesensmerkmal des kapitalistischen Systems heraus: Das Konkurrenzprinzip ermöglichte nicht nur den Einsatz technischer Erfindungen und wachsende mechanische Produktion, gleichzeitige Folge davon war auch das Absinken der „Grenzmoral“³, „die überaus bedeutsame Statusverschiebung im Sinne der Unterprivilegierung, das sozialstrukturell so bedeutsame ‚Lag‘, das Zurückbleiben, der Nichtanschluß an die industrielle Dynamik seitens der Arbeiter, der Handwer-

¹ *Gierke, O. v.*, Das deutsche Genossenschaftsrecht, I. Bd., Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, 1868, Nachdruck Darmstadt 1954, S. 882.

² *Raiffeisen, Fr. W.*, Die Darlehenskassen-Vereine, in Verbindung mit Consum-, Verkaufs-, Gant- etc. Genossenschaften, als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Arbeiter. Praktische Anleitung zur Bildung solcher Vereine, gestützt auf dreiundzwanzigjährige Erfahrung. 2. Aufl., Neuwied u. Leipzig o. J. (1872), S. 301.

³ Vgl. zum Begriff der „Grenzmoral“: *Briefs, G.*, Grenzmoral in der pluralistischen Gesellschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, hrsg. v. E. v. Beckerath, Fr. W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt a. M. 1957, S. 97 ff.

ker (der Einzelhändler, J. W.), der Landwirte, des ‚Konsumenten‘ überhaupt, der zusehends vereinsamte und sich ausgeliefert wußte an eine dem ‚Selbstinteresse‘ des Menschen angeblich am besten entsprechende . . . Konkurrenzordnung⁴.“ Als diese Gruppen anfangen, sich ihrer spezifischen Notlage bewußt zu werden, verhalten sie dem vom Liberalismus weitgehend verdrängten Gedanken der Organisation wirtschaftlicher Interessen zu neuem Auftrieb. Dieser Prozeß wurde noch verstärkt durch das Aufkommen der Kartelle: Die technische Ausgestaltung der Großbetriebe, die eine Zwangsläufigkeit der Produktion und damit eine Verringerung der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungsgebilde an die sich ständig ändernde Marktsituation bedingte, führte dazu, „daß die privatkapitalistische Wirtschaft selbst sich der freien Konkurrenz zu entziehen versuchte und mittels vertraglich gegenseitiger Selbstbeschränkung der eigenen Verfügungsfreiheiten sich in Kartellform solche Markt- und Absatzbedingungen zu schaffen versuchte, wie sie der technischen Zwangsläufigkeit der Produktion entsprechen“⁵. Mit Genossenschaften und Kartellen, die auch als „Marktverbände“ (*Vershofen*)⁶ bezeichnet werden, setzen die Interessenorganisationen im ökonomischen Bereich ein. Bald organisieren sich auch weitere wirtschaftliche Interessen und schließlich erlangt dieser Prozeß einen gewaltigen Aufschwung, so daß „Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung unserer Epoche in hohem Maße durch das Verbandswesen geprägt werden“⁷, und unsere Gegenwartsgesellschaft als „verbandsstrukturierte Gesellschaft“ zu bezeichnen ist. In ihr „kann von den Verbänden in der Gestalt der *organisierten Interessen* nicht mehr abgesehen werden. In bezug auf dieses verbandliche Element — und die mit ihm gegebene Interessendifferenzierung — kann, ja muß von der ‚pluralistischen Gesellschaft‘ gesprochen werden. Der hier zutage tretende ‚Pluralismus‘ ist ein ‚Interessenpluralismus‘. Da aber mit den organisierten ‚Interessen‘ bestimmte ‚Werte‘ ins Spiel treten, ist zu Recht auch von dem ‚Wertpluralismus‘ der verbandsstrukturierten, der interessendifferenzierten Gesellschaft die Rede“⁸.

⁴ Wössner, J., Industriegesellschaft und Verbandswesen, in: JfS, Bd. 15 (1964), S. 229.

⁵ Back, J., Die Stellung der Konsumgenossenschaften im spätkapitalistischen Wirtschaftsleben, in: Schriften des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen, H. 2, Erlangen 1950, S. 29. (Hervorh. durch J. W.)

⁶ *Vershofen*, W., Die Marktverbände, I. Teil, Nürnberg 1928.

⁷ Huber, H., Die Umwälzungen im Staatsgefüge durch die Verbände, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. VII, Düsseldorf u. München, 1955, S. 192.

⁸ Weippert, G., Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft, in: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, Gedächtnisschrift für Hans-Jürgen Seraphim, hrsg. v. H. Ohm, Berlin 1964, S. 123 f. Die grundlegende Bedeutung des „Interesses“ als Ordnungsfunktion wird auch von

Der Begriff des Verbandes⁹ ist, wie er vor allem von M. Weber herausgearbeitet wurde, eine spezifisch soziologische Grundkategorie¹⁰. Sie umfaßt eine Vielzahl sehr verschiedener Verbandstypen. Darunter befinden sich mehrere, die in der Verbandsdiskussion, die sich vorwiegend mit den Verbänden des Kulturbereiches Wirtschaft¹¹ befaßt, gar nicht gemeint

M. Weber besonders betont: „Zahlreiche... Regelmäßigkeiten des Ablaufs sozialen Handelns insbesondere (aber nicht nur) des wirtschaftlichen Handelns, beruhen keineswegs auf Orientierung an irgendeiner als ‚geltend‘ vorgestellten Norm, aber auch nicht auf Sitte, sondern lediglich darauf: daß die Art des sozialen Handelns der Beteiligten, der Natur der Sache nach ihren normalen, subjektiv eingeschätzten Interessen, so am durchschnittlich besten entspricht, und daß sie an dieser subjektiven Ansicht und Kenntnis ihr Handeln orientieren.“ (Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, in: GdS, III., 1., 3. Aufl., Tübingen 1927, S. 15.) J. Wössner, der sich mit dem Begriff des „Interesses“ sehr eingehend beschäftigt, spricht in diesem Zusammenhang von dem „Interesse“ als Konstitutionsprinzip der Gesellschaft“. (Wössner, J., Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens (Die Verbandsgesellschaft), Tübingen 1961, S. 68.)

⁹ Vgl. zur Grundlegung der Begriffe, mit denen die Wirtschaftsverbände zu beschreiben und zu verstehen sind: Weippert, G., Verbandstrukturierte Gesellschaft, S. 123 ff. und das dort in Anm. 1 zitierte Schrifttum.

¹⁰ Vgl. Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 26 ff. M. Weber definiert „Verband“ wie folgt: „Verband soll eine nach außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung dann heißen, wenn die Innehaltung ihrer Ordnung garantiert wird durch das eigens auf deren Durchführung eingestellte Verhalten bestimmter Menschen: eines Leiters und, eventuell, eines Verwaltungstabes, der gegebenenfalls normalerweise zugleich Vertretungsmacht hat.“ (Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 26.) Im Rahmen unserer Arbeit interessiert uns vor allem, was M. Weber unter „wirtschaftlich orientiertem Verband“ versteht: „Ein wirtschaftlich orientierter Verband kann je nach seinem Verhältnis zur Wirtschaft sein

a) wirtschaftlicher Verband, —

wenn das an seiner Ordnung orientierte primär außerwirtschaftliche Verbandshandeln ein Wirtschaften mit umschließt,

b) Wirtschaftsverband, —

wenn das durch die Ordnung geregelte Verbandshandeln *primär* ein autokephales Wirtschaften bestimmter Art ist,

c) wirtschaftsregulierender Verband, —

wenn und insoweit als an den Ordnungen des Verbandes sich das autokephale Wirtschaften der Verbandsglieder *material* heteronom orientiert,

d) Ordnungsverband, —

wenn seine Ordnungen das autokephale und autonome Wirtschaften der Verbandsmitglieder nur *formal* durch Regeln normieren und die dadurch erworbenen Chancen garantieren.“ (Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 37 f.)

¹¹ So unterscheidet G. Weippert je nach dem Kulturbereich der „interessendifferenziierten Gesellschaft“, in dem „organisierte Interessen auftreten, zwischen“ 1. „religiösen Verbänden“, 2. „kulturellen Verbänden“, 3. „politischen Verbänden“, 4. „wirtschaftlichen Verbänden“. („Da es sich sowohl bei dem Bereich des Religiösen wie beim Bereich des Politischen und des Ökonomischen um Kulturbereiche handelt, erweist sich also der hier als ‚kulturell‘ bezeichnete Bereich als eine Zusammenfassung aus allen übrigen nicht gesondert genannten Kulturzweigen, so etwa dem des Rechts, dem der Kunst, dem der Bildung, des Sports usw.“) (Weippert, G., Verbandstrukturierte Gesellschaft, S. 130.)

sind¹². In dieser Arbeit soll „Verband“ und „Interessenverband“ im Anschluß an G. Weippert (s. o.) im Sinne von „organisierten Interessen“, bzw., da wir es fast ausschließlich mit dem Kulturbereich Wirtschaft zu tun haben, Wirtschaftsverband im Sinne von „organisierten wirtschaftlichen Interessen“ verstanden werden¹³. Von den „wirtschaftlich orientierten Verbänden“ im Sinne von M. Weber gehören zu den von uns als „Wirtschaftsverbände“ bezeichneten Verbandstypen nur dessen „Wirtschaftsverbände“ und „wirtschaftsregulierende Verbände“, da nur ihr Wirken primär auf die Wirtschaft gerichtet ist, während die anderen beiden Typen seiner „wirtschaftlich orientierten Verbände“, die „wirtschaftenden Verbände“ und die „Ordnungsverbände“ durch ein primär außerwirtschaftliches Verbandshandeln gekennzeichnet sind und lediglich ein Wirtschaften (wie z. B. bei der Kirche) mit umschließen, bzw. (wie z. B. beim Staat) das Wirtschaften ihrer autonomen Wirtschaftssubjekte ordnend regeln¹⁴. Da wir aber in dieser Arbeit nur die Interessenverbände eines Teilbereiches der Kulturwirklichkeit Wirtschaft, nämlich des Einzelhandels, zu untersuchen haben, ist die sonst sehr zweckmäßige Unterscheidung von M. Weber nicht differenziert genug, um das Wesen aller Verbandstypen des Einzelhandels zu bestimmen, wenn diese freilich auch alle zu den zwei Arten der primär „wirtschaftlich orientierten“ Verbände M. Webers zu rechnen sind.

Die Unterscheidung der Wirtschaftsverbände durch G. Weippert¹⁵ in Berufsverbände, Fachverbände, Arbeitnehmerverbände, Arbeitgeberverbände, Marktverbände (Genossenschaften, Kartelle und Syndikate) und Konsumentenverbände ist für den Bereich des Einzelhandels nicht geeignet, da sie nur einige der uns hier begegnenden Verbandstypen abdeckt, außerdem ist sie auch zu grob: Der Begriff „Fachverbände“ wird in dieser Unterscheidung sehr weit gefaßt, er soll zur Unterscheidung der großen Fachbereiche der Wirtschaft (Industrie, Handel, Landwirtschaft usw.) ganz allgemein dienen. Mit „Berufsverbänden“ sind bei G. Weippert

¹² Vgl. hierzu auch: Tuchtfeldt, E., Bemerkungen zur Verbandsdiskussion, in: JfS, Bd. 13 (1962), H. 1.

¹³ Aus unserer Definition ergibt sich eine enge Beziehung zwischen dem Begriff des „Verbandes“ und dem Begriff der „Organisation“. Wenn hier statt „Verband“ öfter von „Organisation“ die Rede ist, so ist darunter „Organisation“ sowohl im Sinne von „Ergebnis und Zustand“ als auch von „Bemühung und Geschehen“ zu verstehen. (Vgl. hierzu: Plenge, J., Drei Vorlesungen über allgemeine Organisationslehre, Essen 1919, S. 21 ff.) Zur Definition des Begriffes „Organisation“ verweisen wir hier auf J. Plenge, den Begründer der Organisationslehre als gestaltende Bezugslehre, nach dem „Organisation“ als „bewußte Einheit aus bewußten Teilen“ zu verstehen ist. (Ebd., S. 45.) (Vgl. ferner: Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre, eingel. v. H. Linhardt, Berlin 1965 u. Linhardt, H., Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954.)

¹⁴ Vgl. Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, S. 37 f.

¹⁵ Vgl. Weippert, G., Verbandstrukturierte Gesellschaft, S. 126.

vor allem die Verbände der freien Berufe gemeint. Ausgesprochene „Arbeitgeberverbände“ sind im Einzelhandel sehr selten aufgetreten, meist wurde ihre Funktion von den übrigen Wirtschaftsverbänden wahrgenommen, so daß wir diesen Verbandstyp im Rahmen dieser Arbeit nicht besonders zu berücksichtigen brauchen. Dagegen begegnen wir den „Marktverbänden“, vor allem in der Form der meist genossenschaftlich organisierten Einkaufsverbände. Wir rechnen die Marktverbände zu den Wirtschaftsverbänden. „Es handelt sich bei ihnen um Interessenverbände, die unmittelbar in das Marktgeschehen eingreifen¹⁶.“ Von den Genossenschaften als Marktverbänden sind aber die Genossenschaftsverbände streng zu unterscheiden, in denen sich die Genossenschaften wieder (vor allem zum Zwecke der Revision und darüber hinaus oft auch zur allgemeinen wirtschaftlichen Interessenvertretung des entsprechenden Fachbereiches) zusammenschließen, und denen das unternehmerische Tätigwerden am Markt versagt ist.

Bevor wir uns ein eigenes theoretisches Instrumentarium erarbeiten, um die Besonderheit der Verbandstypen im deutschen Einzelhandel in den Griff zu bekommen, müssen wir erst einmal den Bereich des Einzelhandels und seiner Verbände von dem der übrigen Wirtschaftsbereiche und seiner Organisationsformen abgrenzen:

Im Rahmen dieser Arbeit sollen nur Wirtschaftsverbände untersucht werden, die durch den Zusammenschluß von Einzelhändlern oder, wie sie vor der Jahrhundertwende, bzw. dann vorwiegend bis zum ersten Weltkrieg genannt wurden, von „Detailisten“ bzw. von „Kleinhändlern“¹⁷ getragen werden. Während die Träger des Zusammenschlusses

¹⁶ Weippert, G., *Verbandstrukturierte Gesellschaft*, S. 126. „Sowohl die Zweckbindung bei den Genossenschaften wie die bei den Kartellen und den Kartellen höherer Ordnung, den Syndikaten, kennzeichnet diese Gruppe von Verbänden eindeutig als Interessenverbände. Daß Interessenverbände — z. B. die Genossenschaften — in das Marktgeschehen eingreifen und sowohl als Anbieter wie als Nachfrager auftreten, hebt ihr Quale als Interessenorganisation in keiner Weise auf.“ (Ebd., S. 126 f.) Es besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied zwischen den Genossenschaften (sowohl in der Form der Primärgenossenschaft als auch in der Form der Zentralgenossenschaft) und den übrigen Marktverbänden, der leider in der Literatur kaum klar genug herausgearbeitet wird (vgl. z. B. Werner, J., Aschoff, G., Jäger, W., Weber, W., *Geschichte, Struktur und Politik der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände*, in: *Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster*, Bd. XV, Karlsruhe 1965, insbesondere der Beitrag von G. Aschoff, S. 11 ff.): Die Genossenschaft stellt nicht bloß einen Zusammenschluß ihrer Mitglieder dar, sondern sie errichtet auch einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb, sie „wirtschaftet“ also. (Vgl. dazu Draheim, G., *Die Genossenschaft als Unternehmungstyp*, Göttingen 1952.) Wir wollen sie damit aber nicht den „wirtschaftenden Verbänden“ im Sinne von M. Weber (*Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 26 ff.) zurechnen. Diese sind ja primär außerwirtschaftlich orientiert!

¹⁷ Im Verlaufe dieser Arbeit wollen wir jeweils die Bezeichnung übernehmen, die dem Sprachgebrauch des gerade behandelten Zeitabschnittes ent-

selbst die Funktion des Einzelhandels ausüben müssen, kann die Funktion des Verbandes auch eine andere sein. Umgekehrt rechnen wir die Verbände, die zwar die Funktion des Einzelhandels ausüben, aber von Angehörigen anderer Wirtschaftsstufen, die dem Einzelhandel vor- oder nachgelagert sind, getragen werden, nicht zu den Verbänden des Einzelhandels¹⁸. Es handelt sich daher mehr um Verbände der Einzelhändler, denn um Verbände des Einzelhandels, oder genauer um Verbände des privaten Einzelhandels, um damit die Grenze gegen die Konsumgenossenschaften exakter zu ziehen.

Nach welchen Kriterien können wir nun die verschiedenen Verbände der Einzelhändler gliedern?

Die Wirtschaftsgesinnung des Detailhandels alten Stils war, nach W. Sombart¹⁹, beherrscht von der Idee, die aller handwerksmäßigen Wirtschaft zugrunde liegt, der *Idee der Nahrung*. Ihr entsprach die Gestaltung der Betriebe, also die *Ordnung* oder Organisation der Betriebe und die *Technik*, die beim Verkauf der Waren zur Anwendung kam. Alle Anschauungen gründeten sich „in der Annahme einer in ihrem Umfang

spricht. In der Problemstellung (theoretischer Teil) und in der Gliederung soll dagegen zur Wahrung der Einheitlichkeit nur von „Einzelhändlern“ und „Einzelhandel“ die Rede sein.

¹⁸ Konsumgenossenschaften, deren Zentralen und Verbände und Absatzorganisationen der Industrie oder des Großhandels, die sich auf der Einzelhandelsstufe betätigen, sind dann keine Verbände des Einzelhandels in unserem Sinn, während natürlich Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, auch wenn sie von der Funktion her Großhändler sind, dazugehören. Auch die Verbände der Handwerker, soweit diese Einzelhandel betreiben (sog. genannter „Handwerkshandel“), bleiben im Rahmen dieser Arbeit unberücksichtigt. Die „freiwilligen Gruppen“ und „freiwilligen Ketten“, sind ebenfalls keine reinen Einzelhandelsverbände, da ihr Träger der Großhandel wurde. „Die Willensbildung innerhalb dieser Gruppen erfolgt von oben nach unten wie bei den Filialbetrieben, nicht von unten nach oben wie bei den Genossenschaften, woran auch die Übernahme verschiedener genossenschaftlicher Arbeitsprinzipien im wesentlichen nichts ändert.“ (Back, J. M., Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft des Einzelhandels, in: Gegenwartsprobleme genossenschaftlicher Selbsthilfe, Festschrift für Paul König, hrsg. v. Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Hamburg 1960, S. 137.) Im Rahmen unserer Arbeit spielen sie weiter keine große Rolle, da sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer gegenwärtigen Form entstehen. Lediglich im Textileinzelhandel finden sich bereits vor 1933 ähnliche Gebilde. (Vgl. hierzu: Ruberg, C., Zwei Partner — ein Ziel, 3 Bde., Köln 1958—1959.)

¹⁹ Sombart, W., Das Warenhaus ein Gebilde des hochkapitalistischen Zeitalters, in: Probleme des Warenhauses, Beiträge zur Geschichte und Erkenntnis der Entwicklung des Warenhauses in Deutschland, hrsg. v. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin 1928, S. 77 ff. Vgl. im folgenden ferner: Sombart, W., Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Bd., Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München u. Leipzig 1927, ferner: Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, 3. Aufl., Berlin, 1913.

und in ihrer Art“ „*beständigen Wirtschaft*“. Diese *traditionalen* Vorstellungen vom „standesgemäßen Unterhalt“ hielten sich bei manchen Gruppen des Detailhandels bis in die Epoche des Spätkapitalismus hinein, während in anderen bereits während des hochkapitalistischen Zeitalters die dieser Epoche entsprechende auf Gewinnstreben basierende Gesinnung, verbunden mit einer gewandelten Organisation und Technik des Geschäftes ihren Ausdruck fand. Es ist naheliegend, daß sich dieser Umstand auch im Verbandswesen des Wirtschaftsbereiches niederschlug. Wie wollen deshalb die verschiedenen Typen der Verbände, die im deutschen Einzelhandel bis zum Jahre 1933 auftauchen, danach gliedern, ob sie, vorwiegend durch die Anschauungen der in ihnen organisierten Einzelhändler bestimmt, primär *ständisch-traditional* oder primär *sachlich-rational* orientiert sind, und unterscheiden daher²⁰:

1. ständisch-traditional orientierte Verbände des Einzelhandels;
2. sachlich-rational orientierte Verbände des Einzelhandels.

Wir werden bemüht sein, zu zeigen, daß sich die Orientierung dieser Verbände dann vorwiegend in deren Haltung zu Fragen der Ordnung der Wirtschaft allgemein und des Teilbereiches Einzelhandel im besonderen zeigt.

1. Der primär *ständisch-traditionale* Verband ist dann, wie es M. Weber für die ständische Gesellschaft ganz allgemein feststellt, „konventional, durch Regeln der Lebensführung geordnet, schafft daher ökonomisch irrationale Konsumbedingungen und hindert auf diese Art durch monopolistische Appropriationen und durch Ausschaltungen der freien Verfügung über die eigene Erwerbsfähigkeit die freie Marktbildung“²¹. Diese geordnete Lebensführung zu *schützen*, wird als Hauptziel dieser Verbände proklamiert und kommt bei den meisten von ihnen sogar in der Namensgebung zum Ausdruck. Wir wollen sie deshalb als „*Schutzverbände*“ bezeichnen. Das Verhaftet-Sein in der ständischen Gesellschaft zeigt sich in dem Bemühen, den eigenen Stand zur *Mitte* und Grundlage der Gesellschaft zu machen, und daraus resultiert weiter ein wichtiges Wesensmerkmal dieses Verbandstyps des Einzelhandels: Der *Ruf nach dem Staat*, der den Stand des Einzelhandels erhalten muß, da dieser ihn mitträgt, und dann, wenn er von außen oder innen bedroht wird, auch schützen muß. Dieses Rufen nach dem Staat wird schließlich, wie wir

²⁰ Wir treffen diese Unterscheidung im Anschluß an M. Weber, der — in anderem Zusammenhang — die Formen der Gewaltenteilung gliedert in eine „ständische“, die „traditional“ (durch Konventionen) bestimmt ist, und in eine „spezifizierte“ Gewaltenteilung, die „rational“ bestimmte Funktionen nach ihrem „sachlichen“ Charakter auf verschiedene Inhaber verteilt. (Vgl. Weber, M., *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 137 u. 165.)

²¹ Weber, M., *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 180.

zeigen werden, das einigende Band zwischen den Schutzverbänden der verschiedenen Erwerbsstände zunächst des alten (Besitz-) und dann später auch des neuen (unselbständigen) Mittelstandes im Rahmen der Mittelstandsbewegung. Weiter sind die ständisch-traditionalen Verbände des Einzelhandels noch durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Da die Aufgabe des Prinzips der Nahrung und die Übernahme des Gewinnstrebens genauso wie die Aneignung neuer Organisationsformen und -techniken der Geschäftsausstattung bzw. des Verkaufes eine bestimmte geistige Haltung sowie schulische Bildung und fachlich fundierte Ausbildung verlangen, werden in den Schutzverbänden vorwiegend die Einzelhändler organisiert sein, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

2. Im Gegensatz dazu sprechen wir von *sachlich-rationalen* Verbänden dann, wenn es sich dabei um Zusammenschlüsse handelt, die primär nach innen, auf den Interessenausgleich der Mitglieder hin orientiert sind. Oft ist damit auch eine positivere Haltung gegenüber dem Wettbewerb verbunden. Die Hauptaufgabe dieser Verbände besteht in der Regelung sachlicher und fachlicher Angelegenheiten. Die Haltung ihrer Mitglieder zueinander ist bestimmt von rationaler „(Leistungs-) Kollegialität“ (M. Weber): Auch wenn sie sich sonst am Markt als harte Konkurrenten gegenüberstehen, sind sie dann zum Zusammenschluß bereit, wenn sachliche Gründe dafür sprechen, besonders spezifizierte Funktionen, die bisher jeder einzelne wahrgenommen hat, zur Steigerung der Leistungsfähigkeit auf den Verband zu übertragen. Damit ist schon gesagt, daß es sich dabei naturgemäß um Geschäfte von homogener Struktur handeln muß. Andererseits verlangt der Zusammenschluß zu solchen Verbänden, die primär innenorientiert sind und erst sekundär der Interessenvertretung dem Staat gegenüber dienen, eine stärkere Bindung der Mitglieder untereinander und an den Verband, was in höherem Maße die Aufgabe einer bestimmten verbandsfeindlichen Haltung und eine höhere Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammenschlusses bei den Mitgliedern bedingt.

Am ausgeprägtesten war im Einzelhandel die sachlich-rationale Haltung bei den Großbetriebsformen, vor allem bei den Warenhäusern, was durch ihre „innige Verbundenheit . . . mit dem hochkapitalistischen Zeitalter“²² besonders zum Ausdruck kommt. Diese äußert sich im liberalen, auf Gewinnstreben orientierten Wirtschaftsgeist der Inhaber, in der übermäßigen Geschäftsgröße auf kapitalistischer Basis und in der Reklame als der neuen Form der Verkaufstechnik. In abgeschwächtem Maße gilt das auch für die übrigen Großbetriebsformen in Gestalt der Kaufhäuser, Bazarc, Filialgeschäfte, Versandhäuser und Einheitspreis-

²² Sombart, W., Das Warenhaus, ein Gebilde des hochkapitalistischen Zeitalters, S. 88.

geschäfte. Soweit sich alle diese Formen zu Verbänden zusammenschlossen, waren diese, wie wir zu zeigen versuchen werden, sachlich-rational bestimmt. Im Anschluß an *Sombart*, der das Warenhaus, den wichtigsten Vertreter dieser Gruppe, eine „großkapitalistische Betriebsform des Einzelhandels“ und „ein Gebilde des Hochkapitalismus“ nennt, wollen wir diese Vereinigungen als „Verbände der großkapitalistischen Betriebsform des Einzelhandels“ bezeichnen.

Aber auch bereits bei den Verbänden, in denen sich die Inhaber von Geschäften des gleichen Zweiges oder Spezialzweiges des Einzelhandels zusammenschlossen, zeigte sich, wie diese Arbeit im einzelnen nachweisen wird, diese Tendenz zum Sachlich-Rationalen. Da es sich hier um die Fachgeschäfte und Spezialgeschäfte handelt, werden wir diese Verbände als „Fachverbände“ bzw. als „Spezialfachverbände“ bezeichnen. (Zum Teil findet sich in der Praxis auch der Ausdruck „Branchenverbände“.) Wenn sich auch nicht bei allen Verbänden dieses Typs eine gleich starke sachlich-rationale Einstellung findet, so übertrifft diese doch im allgemeinen die immer noch vorhandenen ständischen Rudimente, denen wir im Einzelhandel auch in der neuesten Zeit noch begegnen (vor allem, wenn wir ihn mit der Industrie vergleichen). Wie bei jeder Systematik sind auch hier die Grenzen fließend. Insbesondere die ersten Fachvereine auf örtlicher Ebene weisen noch enge Beziehungen zu ständischen Ideen auf.

Eine besonders ausgeprägte sachlich-rationale Haltung finden wir dagegen bei all den Fachverbänden, die Selbsthilfeeinrichtungen in Gestalt von Einkaufsgenossenschaften gründeten. Auch die Einkaufsgenossenschaften, die im Einzelhandel ausschließlich von Geschäften des gleichen Handelszweiges getragen wurden, also ebenfalls auf fachlicher Basis entstanden, zeichnen sich durch eine sachlich-rationale Haltung aus. Im allgemeinen ist diese hier sogar ausgeprägter als bei den Fachverbänden selbst, was sich daraus erklärt, daß bei den Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, die, wie wir im einzelnen noch zeigen werden, nicht von den „Vätern der Genossenschaftsbewegung“ gegründet wurden, von Anfang an von der üblichen Genossenschaftsideologie keine Rede sein kann. Wir können diese Unterschiede im Rahmen dieser Arbeit, in der die Einkaufsgenossenschaften des Handels nur in ihren Beziehungen zu den übrigen Verbänden untersucht werden sollen, nur andeuten. Deshalb sind vor allem die Ursachen für die Genossenschaftsgründungen herauszuarbeiten, während Struktur und Aufbau, Geschäftsgebahren und Wirksamkeit der Genossenschaften, die wieder besondere (genossenschaftseigene) Probleme aufweisen, hier nicht gewürdigt werden können.

Wir werden zu zeigen suchen, daß die Unterschiede zwischen sachlich-rationaler und ständisch-traditionaler Haltung sich auch auf die Struktur

der Verbände selbst auswirkt: Die Schutzverbände sind in der Regel lockerer organisiert, während die Fachverbände schon einen strafferen Aufbau aufweisen, und die Verbände der Großbetriebsformen ein Musterbeispiel für die innere Organisation eines Interessenverbandes darstellen.

Wir unterscheiden also bisher drei verschiedene Formen von Verbänden:

1. Schutzverbände (ständisch-traditional),
2. Fach- und Spezialverbände (sachlich-rational),
3. Verbände der großkapitalistischen Betriebsformen (sachlich-rational).

Sie sollen im Mittelpunkt unserer Untersuchung stehen, da die übrigen Verbände, die uns noch begegnen, sich im wesentlichen auf sie zurückführen lassen, weil sie von ihnen gegründet wurden. Das gilt außer für die bereits erwähnten Marktverbände, die meist in genossenschaftlicher Form vorkommen, auch noch für die „Spitzenverbände“ oder besser für den „Spitzenverband“ des Einzelhandels, in Gestalt der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und dessen Vorläufer. Von einem „Spitzenverband“ des Einzelhandels soll dann die Rede sein, wenn sich in ihm die überwiegende Zahl der gleichzeitig nebeneinander bestehenden Verbände zusammenschließt, so daß es praktisch immer nur einen geben kann, wenn auch in Wirklichkeit öfter von verschiedenen Verbändegruppen gleichzeitig versucht wurde, durch Konkurrenzgründungen den Status eines Spitzenverbandes zu erlangen. Die Haltung des Spitzenverbandes wird dadurch bestimmt, ob in ihm die ständisch-traditionalen oder die sachlich-rationalen Verbände dominieren.

Die Mehrzahl der Verbände war, um ein weiteres Unterscheidungskriterium einzuführen, nach räumlichen Gesichtspunkten in örtliche Vereine, Bezirks-, Provinzial- oder Landesverbände gegliedert, die dann den Reichsverband trugen. Je nach ihrer Bedeutung für das Wachstum der großen (Reichs-) Verbände, die hier vorwiegend behandelt werden sollen, werden wir auch auf die kleineren Verbände eingehen.

Nachdem wir uns nunmehr das Instrumentarium erarbeitet haben, um alle Verbände, soweit sie im deutschen Einzelhandel bis 1933 vorkamen, in ihrem Wesen zu erfassen, sollen diese im einzelnen untersucht werden.

Neben der Innen- und Außenwirksamkeit der Verbände interessieren uns vor allem ihre Entstehungsgründe und Zielsetzungen. Wir werden in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage zu beantworten haben, warum gerade im Einzelhandel große schlagkräftige Verbände erst relativ spät auftauchen. Dabei können wegen der immensen Schwierigkeiten, denen wir bei der Literaturbeschaffung begegneten, nicht alle Verbände

gleich intensiv behandelt werden²³. Wir wollen uns aber im Rahmen dieser Arbeit nicht mit einer rein wirtschaftshistorisch-deskriptiven Darstellung begnügen, sondern immer versuchen, hinter die empirisch nachweisbaren Vorgänge und Erscheinungen zu sehen, die das Wirken und die Organisationsform der Verbände kennzeichnen, um auch die Motivationsstruktur der Verbände herauszuarbeiten. Letztlich wollen wir damit einen kleinen Beitrag zur Theorie des Verbandes und seiner ordnungspolitischen Würdigung geben. Dabei werden wir zu dem Ergebnis kommen, daß die Verbandstheorie im allgemeinen dem Wesen des Verbandes nicht immer gerecht wird, da sie unter Außerachtlassung eines wichtigen Typs der Wirtschaftsverbände (nämlich der Genossenschaften) die Verbände vielleicht noch etwas zu einseitig, d. h. in ihrer Funktion, durch Interessenvertretung nach außen (vor allem gegenüber dem Staat) eine Einkommensverbesserung für ihre Mitglieder zu erkämpfen, sieht, während die andere Seite, die Interessenausgleichsfunktion in der Diskussion zu kurz kommt, die ebenfalls durch eine Einkommensverbesserung der Mitglieder, wenn auch nicht unmittelbar, sondern mittelbar, gekennzeichnet ist. Gerade für die Verbände des Einzelhandels werden wir zeigen können, daß sich im Zeitverlauf eine gewisse Umstrukturierung vom Ständisch-Traditionalen zum Sachlich-Rationalem, von außen nach innen,

²³ Die Literatur über die Verbände des Einzelhandels ist weit spärlicher als die über die Zusammenschlüsse anderer Wirtschaftsverbände, was einmal daran liegen mag, daß es sich bei ihnen nicht um so große und bekannte Organisationen handelt, wie etwa in der Industrie, und daß es wegen ihrer Vielzahl und Vielfalt sehr schwer ist, sich einen Überblick zu verschaffen. Es gibt zwar eine Anzahl von Monographien, bis heute fehlt aber genauso wie bei den Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels auch bei den Verbänden ganz allgemein eine umfassende Untersuchung. Wie wenig sich die Wissenschaft für das Verbandswesen des Einzelhandels interessierte, zeigt ein Blick in das sonst sehr breit angelegte und besonders fundierte Standardwerk von J. Hirsch: *Der moderne Handel, seine Organisation und Formen und die staatliche Binnenhandelspolitik*, in: GdS, V, 2, 2. Aufl., Tübingen 1925, in dem weder auf einen der zahlreichen Fachverbände noch auf die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels näher eingegangen wird. Auch der Beitrag von A. Lampe im HdSt (Einzelhandel, in: HdSt, 4. Aufl., Bd. 3, Jena 1926) gibt nur einen knappen Überblick. Von den Veröffentlichungen aus der jüngsten Zeit beschäftigt sich E. Gartmayr in groben Zügen mit unserem Thema, dem das letzte Kapitel seines Buches (Nicht für den Gewinn allein, *Geschichte des deutschen Einzelhandels*, Frankfurt a. M., 1964, S. 164 ff.) gewidmet ist. Es enthält aber ebenfalls nur eine Auswahl einiger Verbände. Ein weiterer Grund für die Vernachlässigung unserer Verbände, wie der Verbände überhaupt durch die Wirtschaftswissenschaften im Gegensatz etwa zur Soziologie oder Geschichte, mag auch hier sein: die „Abneigung des Wirtschaftshistorikers gegenüber solchen historischen Kategorien wie Stand, Klasse und Beruf und gegenüber dem soziologischen Grundbegriff der Gruppe. Ein anderer Grund ist die Gegensätzlichkeit zwischen historischen und soziologischen Kategorien.“ (Linhardt, H., *Objektivierung und Subjektivierung der Beziehungen von Mensch und Markt*, in: *Der Mensch im Markt*, Eine Festschrift zum 60. Geburtstag von Georg Bergler, hrsg. v. W. Vershofen, P. W. Mayer, H. Moser u. W. Ott, Berlin 1960, S. 194 ff.)

von der Interessenvertretung zum Interessenausgleich, von der Staatshilfe zur Selbsthilfe bemerkbar macht. Aber selbst bei der Beurteilung der Vertretung der Interessen gegenüber dem Staat müssen vermutlich die Akzente anders gesetzt werden: Es wird sich zeigen, daß die staatlichen Stellen, als wichtigste Planträger der Wirtschaft, in einer hochindustrialisierten Wirtschaftsgesellschaft auf die Korrespondenz mit den Verbänden, auf ihre Mitarbeit durch Beratung und Information in Sach- und Fachfragen angewiesen sind. Dies wird ganz besonders deutlich erkennbar, wenn in Zeiten mit zunehmender Staatstätigkeit im Wirtschaftsleben den Verbänden, die im allgemeinen in der Marktwirtschaft keine hoheitliche Funktion wahrnehmen, hoheitliche Aufgaben zugewiesen werden²⁴.

Um die angedeuteten Entwicklungslinien besser herausarbeiten zu können, werden wir bei der Darstellung der einzelnen Verbände nicht nach der im Rahmen dieser theoretischen Erörterungen herausgearbeiteten Systematik, sondern chronologisch vorgehen.

Die Zweckmäßigkeit dieser Art von Darstellung ergibt sich außerdem noch daraus, daß wir so zeigen können, wie im Wirtschaftsbereich des Einzelhandels der Organisation bestimmter Interessen die Organisation der durch diesen Zusammenschluß betroffenen Interessen fast unmittelbar nachfolgt, und so ein System von Gegenverbänden entsteht.

Schließlich können wir mit dieser Methode — sozusagen als Sekundäreffekt — einen kleinen Beitrag zur Geschichte des Einzelhandels selbst unter verbandspolitischen Gesichtspunkten leisten.

Wir beginnen mit der Darstellung der Schutzverbände und deren Tätigkeit im Rahmen der Mittelstandsbewegung. Im zweiten Teil suchen wir zu zeigen, wie die große Aktivität dieser Verbände nach außen zur Gründung von Gegenverbänden der kapitalistischen Großbetriebsformen führt, und es dann zur Spaltung der Mittelstandsbewegung durch die Errichtung des Hansa-Bundes und zum Niedergang der Schutzverbände und der von ihnen mitgetragenen Mittelstandsbewegung kommt. Im Mittelpunkt des dritten Teils stehen die Fach- und Spezialfachverbände, die in enger Beziehung zu ihnen stehenden Genossenschaften und die Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, die ebenfalls durch die Fachverbände, und zwar in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Großbetriebsformen als Spitzenverband nach dem Ersten Weltkrieg entstand. Die Untersuchung erstreckt sich insbesondere über die Zeit von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum Jahre 1933. Das soll aber nicht heißen, daß wir die Entwicklung bis zur Gegenwart völlig

²⁴ Vgl. Weippert, G., *Verbandstrukturierte Gesellschaft*, S. 125 u. 127 ff.

außer acht lassen wollen. Wir werden vielmehr versuchen, in einem knappen Ausblick nachzuweisen, daß sich die mit einer schweren ständischen Hypothek belasteten Einzelhandelsverbände nach 1945 wieder um eine Fortsetzung der sich vor 1933 zeigenden Tendenzen zu einer mehr sachlich-rationalen Orientierung bemühten, obwohl diese Hypothek in der Phase der Umwandlung in nationalsozialistische Zwangsorganisationen eher erhöht als vermindert worden war.

Erster Teil

Die Schutzverbände des Einzelhandels im Rahmen der Mittelstandsbewegung

A. Die Ursachen des Zusammenschlusses

Der Detailhandel trat in das neunzehnte Jahrhundert als „handwerksmäßig organisierte Krämerei ein“¹. Die „Gemischtwarenhandlung“, der „Laden“ war die einzige Form des Geschäftes, in der sich alle überhaupt zum Verkauf kommenden Gegenstände beieinander fanden. Während sich in den großen Städten um die Mitte des Jahrhunderts eine Weiterbildung dieser Keimzelle des Kramladens durch die Differenzierung in einige wenige Gruppen von Branchengeschäften vollzog — zunächst Kolonialwarenhandlungen (Materialwarenhandlungen) und Textilgeschäfte (Manufakturistengeschäfte)² — blieb jedoch, wie W. Sombart 1917 schrieb, „in den Kleinstädten und auf dem Lande . . . der ‚Laden‘ während der ganzen frühkapitalistischen Epoche (wie ja in verkehrsfernen Gegenden bis heutzutage) der *einzige* Typus des Detailhandelsgeschäftes“³. Nach G. Schmoller entfielen von den ca. 430 000 Detailhandelsbetrieben, die im Jahre 1895 im Deutschen Reich bestanden haben dürften,

150 000 auf gemischte Warenhandlungen,

183 000 auf Kolonialwarenhandlungen und

64 000 auf Schnittwarenhandlungen (Manufakturistengeschäfte),

so daß lediglich ein Rest von 33 000 Geschäften bleibt, der sich auf sonstige Branchen- oder Spezialgeschäfte verteilte⁴.

Aber auch in den Großstädten, wo „das äußere Gepräge einer Detailhandlung aus der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts um einiges abwich von dem, das sie ein halbes Jahrtausend früher trug, waren in all der

¹ Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft, S. 222.

² Vgl. hierzu im einzelnen S. 138 ff.

³ Sombart, W., Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., S. 455.

⁴ Vgl. Schmoller, G., Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Teil, 7.—12. Tausend, München—Leipzig 1919, S. 39.

Zeit ihr Geist und ihre Organisation so gut wie ganz unverändert“ geblieben. „Beide bewegten sich noch durchaus im handwerksmäßig-patriarchalischen Geleise... Der Absatz war ein Gegebenes: auf ihn brauchte der Krämer nicht zu sinnen; ihn zu organisieren war noch nicht eine Kunst oder gar eine Wissenschaft... Der Grundgedanke, auf dem der Detailhandelskram aufgebaut war, konnte deshalb auch kein anderer sein: ... daß der ‚Kram‘ recht und schlecht seinen Mann ernähren müsse, daß er eine ‚Nahrung‘ sei...“⁵. Aus diesem „Idyll“ wurde dann der Detailhandel kurz nach der Jahrhundertmitte durch die Einführung der Gewerbefreiheit und die damit verbundene Intensivierung des Wirtschaftslebens herausgerissen. Die Absatzbedingungen für die einzelnen Händler verschlechterten sich plötzlich, als im Gefolge der Industrialisierung ein scharfer Konkurrenzkampf einsetzte. Die Gründe dieser Entwicklung waren verschiedener Art:

I. Die Vermehrung der Handelsbetriebe nach Einführung der Gewerbefreiheit

„Die kolossale Zunahme des Handels im 19. Jahrhundert“ (G. Schmoller) wird aus folgenden Zahlenangaben bei G. Schmoller⁶ deutlich. Er schätzt die Zahl der Einzelverkaufsgeschäfte in den altpreussischen Provinzen

im Jahre 1837 auf 47 000 (33 auf je 10 000 Einwohner),

im Jahre 1861 auf 82 000 (44 auf je 10 000 Einwohner) und

im Jahre 1895 auf 200 000 (77 auf je 10 000 Einwohner).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt W. Sombart: „Was, wenn wir die Entwicklung des Detailhandels im 19. Jahrhundert überblicken, uns zunächst auffallen muß, ist die starke Vermehrung, die die Zahl seiner Vertreter erfahren hat. Aus einer Reihe von Gründen ... hat namentlich die Kohorte der kleinen, proletarischen Existenzen im Detailhandel eine beträchtliche Zunahme aufzuweisen. Und wenn wir in der Statistik, die ... leider Groß- und Einzelhandel nicht unterscheidet, ein deutliches Anwachsen der Händlerschaft nachweisen können, so ist dies sicherlich viel mehr dem Detailhandel als dem Großhandel aufs Konto zu setzen“.⁷

Aufschlußreich für uns sind vor allem die Zahlen, die G. Schmoller über die Handelsdichte aller Handelsbetriebe für das Jahr 1895 gibt.

⁵ Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft, S. 224.

⁶ Vgl. Schmoller, G., Grundriß, 2. Teil, S. 39.

⁷ Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft, S. 220.

Danach zählte man⁸:

auf 10 000 Einwohner	Handelsbetriebe
in Ostpreußen	68
in ganz Preußen	138
in Baden	141
am Rhein	160
in Hamburg	384

Die oben festgestellte Zunahme der Handelsbetriebe setzt sich nach der Jahrhundertwende fort: Für das Jahr 1895 schätzte *Schmoller* die Zahl der Detailhandelsbetriebe im Deutschen Reiche auf 430 000, für das Jahr 1907 dagegen lassen sich nach ihm aus der Statistik 453 841 Betriebe errechnen⁹.

Die Ursachen für diese Entwicklung können hier nur skizzenhaft angedeutet werden: Die Änderung des Gewerberechtes, die Umgestaltung der gewerblichen Produktion durch die „Vergesellschaftung“ und das Bedürfnis nach neuen Absatzvermittlern, die Zusammenballung der Bevölkerung, die Entwicklung des Transportwesens und die Änderung der Bedarfsstruktur wirken hier vor allem zusammen. Eine gewaltige Wirkung übte der Zustrom von „Kaufleuten“ in den Wirtschaftsbereich des Detailhandels aus anderen Wirtschaftsbereichen aus, der den Abstrom aus dem Detailhandel bei weitem übertraf, und mit dem auch eine gewaltige qualitative Veränderung der Zusammensetzung des Detailhandels einherging. Es ist das Verdienst von *J. Hirsch*, auf diese „Doppelbewegung“ hingewiesen zu haben: Waren unmittelbar nach dem Fall des Zunftzwanges dem Detailhandel noch die bestqualifizierten Händlerelemente zugeströmt, so wanderten dann mit zunehmender Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses die besten Kräfte aus diesem Wirtschaftsbereich ab. „Je mehr Industrie-, Verkehrs-, Bank- und Versicherungswesen sich in ihrem Gebahren auf marktmäßigen Absatz einstellen, um so mehr wurden für ihre Leitung und Verwaltung kommerzielle Kräfte notwendig . . . Selbst die Gehilfen des Detailhandels wählten, anstatt einer kleinen Händler-Selbständigkeit das Angestelltenlos in Großhandel, Industrie, Bank- und Verkehrswesen in großen Massen . . . Gleichzeitig wuchsen im Detailhandel rapide die Absatzmöglichkeiten, es entstand ein Vakuum im Gebiete des Detailhandels, und an Stelle des

⁸ Vgl. *Schmoller*, G., Grundriß, 2. Teil, S. 39.

⁹ Seit 1925 werden in den Gewerbezahlungen Groß- und Einzelhandel klar getrennt. Zum Vergleich seien hier gleich die Zahlen über die Weiterentwicklung nach dem ersten Weltkrieg genannt:

Im Jahre 1925 gab es	783 569 Einzelhandelsbetriebe und
im Jahre 1933	845 217.

(Vgl. *Lampert*, K. H., Strukturwandlungen des deutschen Einzelhandels, Diss. Erlangen 1956, S. 7.)

fehlenden eigenen Nachwuchses strömten in ihn gleichsam von unten her die Massen derer ein, die im großen Umwandlungsprozeß des Gewerbes zur Industrie hinabgedrückt worden waren, die Handwerker und die ihnen nahestehenden Schichten. Das geschah auf zwei Wegen: 1. In weite Gebiete der kleinsten Betriebsarten ... kamen diese Proletarisierten direkt neu in großen Massen hinein ... Proletarier und Proletarierfrauen vermittelten je länger, je mehr die Versorgung der Städter mit täglichen Bedarfsartikeln ... 2. Die zweite große Gruppe glitt fast unvermerkt aus der Produktion in den Handel hinein. Der Handwerker wird erst Handwerker mit Laden, bezieht dann mehr und mehr die fertigen Waren von Fabriken, bis ihm schließlich nur noch die Reparatur bleibt, und er zum reinen Händler geworden ist¹⁰.“ Es waren vor allem die Gemischtwarenhandlungen und die Kolonialwarenhandlungen, denen sich diese neuen „Detailhändler“ zuwandten und die sie in großer Zahl meist in Form kleinster „Läden“ gründeten, während in den bereits differenzierten Branchen, die einen höheren Bildungsgrad und einen größeren Kapitalbedarf erforderten, die Entwicklung in ruhigeren Bahnen verlief. Besonders in Krisen- und Notzeiten verstärkte sich dieser Zustrom¹¹.

II. Die Ausbreitung der modernen Großbetriebsformen

Auch für den Detailhandel gilt das, was sich nach Einführung der Gewerbefreiheit im industriellen Sektor ereignete: „Durch die Loslösung der erwerbswirtschaftlichen Entwicklung von allen organischen und persönlichen Schranken, wie sie der kapitalistischen Wirtschaft eigentümlich ist, haben sich Unternehmungseinheiten zusammenballen können, von deren individueller Macht nicht nur einzelne Branchen, sondern ganze Erwerbsgebiete umgestaltet wurden¹².“ In diesem Bereich geschah das durch das Vordringen der Großbetriebsformen, vor allem in Gestalt der Warenhäuser, daneben aber auch in der Form der Bazare (der späteren

¹⁰ Hirsch, J., *Der moderne Handel*, S. 223 f.

¹¹ Auf diese Eigenart, daß der Einzelhandel immer in Notzeiten zum „Refugium anderweitig nicht Arrivierter“ (*F. Marbach*) wird, hat vor allem R. Nieschlag hingewiesen: „Ungünstige Erwerbsmöglichkeiten führen regelmäßig zu einer Zunahme der Kleinbetriebe im Handel ... weil die arbeitslos gewordenen hoffen, durch Ausübung einer Handelstätigkeit eine neue, wenn auch bescheidene Existenz zu finden. Doch wissen wir aus neueren Quellen, ... daß in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht nur neue Handelsbetriebe entstehen, sondern gleichzeitig viele Betriebe eingehen, wenngleich die bekannte Tatsache nicht vergessen werden darf, daß gerade die Klein- und Kleinbetriebe des Handels in Krisenzeiten auch bei minimalen Absatz und bescheidensten Erträgen, ja auch bei Verlust, dessen man sich infolge der mangelnden ‚Rechenhaftigkeit‘ gar nicht bewußt ist, fortvegetieren.“ (*Nieschlag, R.*, *Die Gewerbefreiheit im Handel*, Köln u. Op-laden 1953, S. 7.)

¹² *Back, J. M.*, *Die Stellung der Konsumgenossenschaften*, S. 29.

Einheitspreisgeschäfte), Versandhäuser, Filialgeschäfte und der großen Kaufhäuser¹³. Während in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten schon in den 50er und 60er Jahren Warenhäuser entstanden, begann ihre Entwicklung in Deutschland erst zu Beginn der 80er Jahre:

Die Betriebe der drei größten Kaufhauskonzerne Deutschlands entwickelten sich fast gleichzeitig: Alle drei gingen aus kleinen Textil- und Weißwarengeschäften hervor, die um 1880 gegründet worden waren. *A. Wertheim* und *Leonhard Tietz* hatten in Stralsund, *Hermann Tietz* in Gera mit je einem Geschäft begonnen. Der Erweiterung des Sortiments folgte die räumliche Ausweitung durch Schaffung von Filialen in anderen Städten mit zentralen und dadurch verbilligten Einkaufsmöglichkeiten. 1889 eröffnete die Firma „Hermann Tietz“ ihr erstes Warenhaus in München, und *Leonhard Tietz* das erste große Warenhaus im Rheinland. Fast zur gleichen Zeit begann *A. Wertheim* in der Leipziger Straße in Berlin. Bei allen drei Unternehmen folgten rasch Erweiterungen der bestehenden Geschäfte und neue Filialgründungen¹⁴. Um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland 109 Warenhäuser mit einem Umsatz von 179 Mill. Mark, aber die beiden *Tietz-Firmen* und *A. Wertheim* blieben die bedeutendsten¹⁵. Lange Zeit erkannte der herkömmliche Detailhandel die Gefahr, die ihm durch die neue Betriebsform und ihre vor allem auf „Kulanz und Reklame“¹⁶ begründeten neuen Geschäftsmethoden drohte, nicht. Man sah in ihnen eine „ephemere“ Erscheinung. Selbst die Wissenschaft hielt das Warenhaus lange für ein Produkt der Hochkonjunktur, dem eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage gefährlich werden könnte. Aber bereits in der Depression des Jahres 1908 zeigten diese Großbetriebe, daß sie nicht Phänomene *konjunktureller* Bewegungsvorgänge waren, sondern *strukturelle* Erscheinungen, die wie alle Änderungen dieser Art „nicht zyklischen bzw. reversiblen, sondern dynamischen,

¹³ Vgl. aus der sehr breiten Literatur zu dieser Entwicklung vor allem: *Hirsch, J.*, Das Warenhaus in Westdeutschland, Leipzig 1910; Derselbe, Die Filialbetriebe im Detailhandel, in: Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben, H. 1, Bonn 1913; *Hirsch, J.*, Der moderne Handel, S. 238 ff.; *Hirsch, J.*, Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1925; *Lux, K.*, Studien über die Entwicklung der Warenhäuser in Deutschland, Leipzig 1910; *Wernicke, J.*, Das Waren- und Kaufhaus, Leipzig 1913; *Wernicke, J.*, Kapitalismus und Mittelstandspolitik, 2. Aufl., Jena 1922, Probleme des Warenhauses; *Ehrlicher, H.*, Das Massenfilialsystem, in: Schriften der Einzelhandels- und Konsumtionsforschung, H. 8, Stuttgart 1931; *Gartmayr, E.*, S. 120 ff.; *Nieschlag, R.*, Die Dynamik der Betriebsformen im Handel, Essen 1954; *Nieschlag, R.*, Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, Berlin 1959, S. 169 ff.

¹⁴ Vgl. *Tietz, G.*, Hermann Tietz, Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965, S. 7 ff.

¹⁵ Vgl. *Hirsch, J.*, Der moderne Handel, S. 239.

¹⁶ Vgl. hierzu vor allem: *Mataja, V.*, Die Reklame. Eine Untersuchung über Ankündigungswesen und Werbetätigkeit im Wirtschaftsleben, 4. Aufl., München 1926.

evolutionären oder revolutionären Einflüssen, Wandlungen und Maßnahmen unterliegen“¹⁷.

Neben dieser Bedrängung durch Kleinst- und Größtbetriebe, die dem herkömmlichen Detailhandel aus den eigenen Reihen erwuchs, wurde ihm auch noch von außen von verschiedenen Konkurrenten seine Stellung am Markt streitig gemacht.

III. Das Wiederaufblühen des Wandergewerbes

Mit Einführung der Gewerbefreiheit kam es zu einer starken Zunahme der ältesten Betriebsform des Handels überhaupt, des Wandergewerbes. Wenn auch die große Zeit der Hausierer und Wanderlager längst vorbei war, hat dennoch gerade die moderne Massenproduktion in ihrer steigenden Absatznot auf diese Form des Vertriebs zurückgegriffen und über sie zahlreiche Industrieerzeugnisse bei der Landbevölkerung eingeführt¹⁸. In Preußen nahm die Zahl der Hausierer bereits von 1837 bis 1861 von 16 000 auf 44 000 zu. In ganz Deutschland erhöhte sich dann von 1870 bis 1882 die Zahl der ausgegebenen Hausierscheine von 136 700 auf über 227 600¹⁹. Ein rasches Ansteigen zeigte sich auch beim Direktabsatz der Industrie durch Reisende. Auf die Ausschaltungstendenzen, die dem Detailhandel durch den Direktabsatz der Industrie über eigene Geschäftsgründungen erwachsen, brauchen wir hier nicht weiter einzugehen, da sie weniger zur Gründung von Schutzverbänden als vielmehr zum Entstehen der fachlichen Zusammenschlüsse führten.

IV. Das Vordringen der Konsumvereine

Nach der Gründung der ersten Konsumvereine in den 40er Jahren erlebte die Konsumvereinsbewegung in Deutschland bereits in den 60er Jahren im Rahmen des 1864 gegründeten Schulze-Delitzschen Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, mit Sitz in Berlin, ihren ersten Aufschwung: Im Jahre 1872 gehörten ihm immerhin schon 155 Vereine an²⁰. Nach den in rascher

¹⁷ Back, J. M., Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 141.

¹⁸ Vgl. Hirsch, J., Der moderne Handel, a.a.O., S. 225 f.

¹⁹ Vgl. Schmoller, G., Grundriß, 2. Teil, a.a.O., S. 41.

²⁰ Vgl. zur Geschichte des Genossenschaftswesens im allgemeinen und der Konsumgenossenschaften im besonderen: Wygodzinski, W., Das Genossenschaftswesen in Deutschland, Leipzig u. Berlin 1911; Deumer, R., Das deutsche Genossenschaftswesen, 1. Teil, Berlin u. Leipzig 1919; Kulemann, W., Die Genossenschaftsbewegung, 1. Bd., Geschichtlicher Teil, Berlin 1922; Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Folge entstehenden örtlichen Vereinen konstituierten sich im Rahmen des Allgemeinen Verbandes die folgenden acht Unterverbände, die zu den ältesten Verbänden zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen in Deutschland überhaupt gehören²¹:

1. Der Verband der Konsumvereine in der Provinz Brandenburg (1864)
2. Der Verband der Konsumvereine in der Provinz Sachsen (1868)
3. Der Verband der Konsumvereine der Lausitz, Böhmens und der angrenzenden Landesteile (1868)
4. Der Verband der Konsumvereine des Saarbeckens (1868)
5. Der Verband der Konsumvereine Schlesiens und der angrenzenden Gebiete (1869)
6. Der Verband sächsischer Konsumvereine (1869)
7. Der Verband thüringischer Konsumvereine (1877)
8. Der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine (1886).

Im Gegensatz zu England, wo die Konsumgenossenschaftsbewegung von den Arbeitern getragen wurde, lag in Deutschland, wo die Arbeiterschaft zahlenmäßig noch schwach war, das Schwergewicht bei den Gewerbetreibenden und Handwerkern²². In den 80er Jahren trat nun hier ein Wandel ein²³: Ausgehend vom Königreich Sachsen kam es zu einer neuen Gründungswelle von Konsumgenossenschaften, so daß es Mitte 1896 in ganz Deutschland 1 400 Konsumgenossenschaften aller Richtungen gab, von denen 474 dem Schulze-Delitzschen Allgemeinen Verband angeschlossen waren. Mit Stolz berichtet *H. Kaufmann* über den Einfluß der Bewegung auf den selbständigen Detailhandel: „Die wirtschaftliche Depression wirkte auch in der Richtung, daß . . . ein Teil der arbeitenden Bevölkerung aus der Produktionssphäre in die Distributionssphäre abwanderte. Die Zahl der Kleinhändler wuchs außerordentlich schnell, die Konkurrenz unter ihnen wurde immer größer. Der Umsatz, der auf den

1903—1928, hrsg. v. H. Kaufmann, Hamburg 1928; Grünfeld, E., Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, in: Handbuch des Genossenschaftswesens, hrsg. v. E. Grünfeld, 1. Bd., Halberstadt 1928; Clausen, G., Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, in: ZgGenW, Bd. 1 (1951), S. 30 ff.; Back, J. M., Genossenschaftsgeschichte, in: HdB, 3. Bd., 3. Aufl., Stuttgart 1957; Faust, H., Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Ursprung und Weg der Genossenschaften im deutschen Sprachraum, Frankfurt a. M. 1965, S. 248 ff.

²¹ Vgl. Kaufmann, H., a.a.O., S. 14 ff.

²² Lediglich in Südwestdeutschland konnte die Konsumgenossenschaftsidee zeitweilig in Arbeiterkreisen Wurzel fassen.

²³ Vgl. Faust, H., a.a.O., S. 358.

einzelnen im Durchschnitt entfiel, nahm ab, und trotzdem waren höhere Aufschläge auf die Ware nicht möglich, weil die Konsumvereine, so klein und bescheiden sie auch vielfach noch waren, immerhin als Preisregulatoren wirkten²⁴.“ Nicht immer freilich handelte es sich um „kleine und bescheidene“ Unternehmen. Als Gegenbeispiel sei hier nur der Görlitzer Wareneinkaufsverein genannt: Dieser Konsumverein, der bereits 1861 in Görlitz gegründet wurde, breitete sich innerhalb kürzester Zeit über ganz Schlesien und die benachbarten Gebiete aus, eröffnete im Jahre 1888 eine Filiale in Frankfurt a. O. und später weitere Filialen in anderen Städten. Wie später bei den Warenhäusern wurde schon damals die Gefahr, die von den Konsumvereinen ausging, den Detailhändlern nicht bewußt²⁵.

So dauerte es sehr lange, bis die Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen wurden, und sich die Idee des Zusammenschlusses im Detailhandel ausbreitete, viel länger als in anderen Wirtschaftsbereichen. Erst als man sich dann auch von den zum großen Teil bereits bestehenden Handelskammern²⁶ in Stich gelassen fühlte, kam es in den großen Städten zu den ersten Zusammenschlüssen. Ursprünglich hatten die Detailhändler im Gegensatz zum Handwerk die Einführung der Gewerbefreiheit begrüßt. Als aber jetzt eine Kundenflucht von den bisherigen kleinen Geschäften alten Stils zu den neuen und großen Häusern und den Konsumvereinen eintrat, regte sich auch unter den Detaillisten der Widerspruch gegen das System der freien Konkurrenz und die neuen Geschäftsmethoden. Viel später als die zünftlerische Reaktion im Handwerk auf die liberale Gesetzgebung entstanden die Klagen der Detaillisten, und machte sich eine Bewegung im Detailhandel geltend. Die Verbände beider Berufsstände schlossen sich in der Mittelstandsbewegung zusammen und wandten sich vor allem gegen das Großkapital mit seinen Unternehmungsformen und Praktiken und die Konsumvereine, gegen die sie den Staat zu Hilfe riefen.

²⁴ Kaufmann, H., a.a.O., S. 30.

²⁵ „In völliger Verkennung des damit in Gang gekommenen Strukturwandels und unter Mißachtung der Bedeutung dieses jungen Wettbewerbers aus dem anderen Lager, waren die ortsansässigen Kaufleute davon überzeugt, daß ihnen von der Seite ihres Konkurrenten zunächst keine Gefahr drohe. Erst als in verhältnismäßig kurzem Zeitraum mehr als ein Dutzend selbständiger Existenzen vernichtet worden waren, kam das große Erwachen. Denn zu einer großen Abwehrreaktion hatte man sich nicht entschließen können. Görlitz wurde zu einem Fanal für den Kolonialwarenkleinhandel!“ (Edeka 1907—1957, Das Lebensbild der Edeka Organisation, Hamburg—Berlin 1957, S. 12.)

²⁶ Gerade in den 80er und 90er Jahren entwickelte sich an vielen Orten ein gewisser Gegensatz zwischen dem Verhalten der Handelskammern und den Anschauungen des selbständigen Detailhandels. Dieser war wegen überalterter Wahlverfahren in den Kammern nicht entsprechend seiner zahlenmäßigen Stärke vertreten, so daß der liberal gesinnte Großhandel, der natür-

B. Übersicht über die wichtigsten Vereinigungen

I. Vereine auf örtlicher Ebene

Die Bewegung stützte sich im örtlichen Bereich auf zwei Säulen:

1. die älteren Standesvereine und
2. die zu Beginn der Bewegung neu gegründeten Abwehr- und Schutzvereine.

1. Die alten Standesvereine

Als sich der Detailhandel von der aufgezeigten Entwicklung bedroht sah, war er nahezu unorganisiert. Die alten Kaufmannsinnungen und Krämergilden hatten mit Einführung der Gewerbefreiheit ihre Bedeutung als Berufsvertretung verloren. An vielen Orten lösten sie sich, unterstützt von der Regierung, auf. Die meisten gingen ganz unter, viele aber änderten nur ihren Namen und bestanden, vor allem im mitteldeutschen Raum und in Rheinland-Westfalen, meist unter der Bezeichnung „Kaufmännischer Verein“ weiter¹. Ihre Zielsetzung hatte sich allerdings gewandelt: Sie hatten die Reglementierung und Beschränkung des freien Gewerbes und die Zwangsmitgliedschaft aufgegeben und nur den geselligen und ideellen Charakter der Gilden beibehalten. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit stand die Pflege der Geselligkeit und des Gemeinsinns. Vielfach widmeten sie sich der Ausbildung und Schulung der Mitglieder und des Nachwuchses. Deshalb handelte es sich bei ihnen auch oft um sogenannte paritätische Vereine, in denen sowohl die Prinzipale als

lich kein Ohr für die interventionistischen Wünsche des Detailhandels hatte, fast allein bestimmte. (Vgl. hierzu im einzelnen: *Borghst*, v. d., R., Unternehmerverbände zur allgemeinen Vertretung gemeinschaftlicher Interessen, in: *HdSt*, Bd. 6, 1. Aufl., Jena 1894, S. 356, ferner: *Müffelman*, L., Die wirtschaftlichen Verbände, Leipzig 1912, S. 17 u. *Zorbach*, J., Wirtschaft und Organisation im deutschen Papiereinzelhandel. (Mit besonderer Berücksichtigung des Reichsbundes deutscher Papier- und Schreibwarenhändler.), Diss. Frankfurt a. M., 1921, S. 6. Eine Reihe von Beispielen hierfür finden sich in: Die Korporation der Kaufmannschaft Berlin, Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum am 2. März 1920, Berlin 1920, S. 485 ff.)

¹ Dagegen waren diejenigen örtlichen Vereinigungen, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Namen „Handelsverein“ entstanden, wie z. B. der Augsburger Handelsverein (gegr. 1868), der Stuttgarter Handelsverein (gegr. 1862) und der Würzburger Handelsverein (gegr. 1862) keine Zusammenschlüsse von Detaillisten, sondern von Großhändlern und Industriellen, aus denen sich meistens Handelskammern entwickelten. Vgl. hierzu: *Reichsamt des Innern* (Hrsg.), Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Vereine gewerblicher Unternehmer zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, Berlin 1903, S. 13 ff., (im folgenden zitiert als: *Handbuch—1903*) *Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie* (Hrsg.), *Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des Deutschen Reichs*, 1. Aufl., Berlin 1913, S. 56 ff., *Handbuch—1913*, 2. Aufl., Berlin 1919, S. 106 ff., (*Handbuch—1919*) und 3. Aufl., Berlin 1928, S. 657 ff. (*Handbuch—1928*).

auch die Handelsgehilfen Mitglieder werden konnten. Von den 80er Jahren an beteiligte sich ein Teil dieser Verbände an der Detailhandelsbewegung. Dabei traten die mehr ideellen Ziele zugunsten der Forderungen nach Staatshilfe in den Hintergrund, die sie in Zusammenarbeit mit den neu entstehenden Schutzvereinen erhoben². Aus den paritätisch besetzten Vereinen wurden dann nach und nach Interessenorganisationen, denen nur noch selbständige Detaillisten angehörten³.

2. Schutzvereine

Seit Ende der 70er Jahre entstanden in fast allen größeren Städten diese neuen örtlichen Zusammenschlüsse der Detaillisten. Die Bewegung erfolgte unorganisiert, so daß nicht von einem organischen Aufbau gesprochen werden kann.

Gemeinsam war ihnen allen die Zielsetzung: der Schutz des mittelständischen Detailhandels und die Abwehr der ihm drohenden Gefahren, weshalb wir sie hier als Schutz- und Abwehrvereine bezeichnen wollen, obwohl nur ein Teil von ihnen unter Bezeichnungen wie „Schutzverein“, „Schutzgemeinschaft“ oder „Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe“ tätig war. Dieser Schutz- und Abwehrcharakter geht sehr deutlich aus den Statuten der Vereine hervor: So gibt der 1881 gegründete Verein zum Schutz des Handels und Gewerbes in Breslau als Zweck an: „Die Interessen des Handels und Gewerbes zu schützen und allen schädlichen Einflüssen entgegenzutreten⁴.“ Genauer bestimmt der einige Zeit später gegründete Verein zum Schutz des Handels und Gewerbes Görlitz seine Zielsetzung: „Schutz des gewerblichen Mittelstandes und Detailhandels, vor allem gegen die großkapitalistischen Zentralisationsbestrebungen durch Konsumvereine, Beamtenvereine und deren unberechtigte Steuerprivilegien, sowie gegen die Warenhauskonzerne nach Erhaltung eines selbständigen steuerkräftigen Mittelstandes⁵.“ Im folgenden seien nur einige dieser örtlichen Zusammenschlüsse genannt, wie sie vor allem in den 70er, 80er und 90er Jahren in großer Anzahl entstanden⁶.

² Vgl. Völkner, W., Kolonialwarenkleinhandel, Einkaufsvereine, Rabattsparvereine, Diss. Straßburg 1911, S. 29 ff.

³ Zum Teil beschränkten sich die paritätisch besetzten kaufmännischen Vereine nach wie vor auf die Wahrnehmung von Bildungsaufgaben. Diese Vereine schlossen sich dann meist dem Deutschen Verband kaufmännischer Vereine an, der sich 1890 aus der kaufmännischen Abteilung des Deutschen Verbandes von Vereinen für öffentliche Vorträge entwickelt hatte. (Vgl. Handbuch—1919, a.a.O., S. 623.)

⁴ Handbuch—1903, S. 48.

⁵ Handbuch—1903, S. 53.

⁶ Vgl. zur folgenden Übersicht: Kolonialwaren-Zeitung, Jg. 1903, 1904, 1908 und 1909; Handbuch—1903, Handbuch—1912.

Übersicht über eine Auswahl von örtlichen Schutzvereinen des Detailhandels

- 1865 Kaufmännischer Verein zu *Guben* (paritätisch)
- 1867 Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe zu *Zwickau*
- 1869 Verein für Handel und Gewerbe *Gera*
- 1870 Verein von *Berliner* Kaufleuten
- 1872 *Altonaer* Detaillistenverein
- 1875 Kaufmännischer Kreisverein von *Gifhorn-Ossenhagen*
- 1876 Verein zur Wahrung kaufmännischer Interessen zu *Cottbus*
- 1877 Verein *Leipziger* Kaufleute
- 1878 Verein gegen Unwesen in Handel und Gewerbe *Dresden*
- 1880 *Cannstätter* Schutzverein
- 1880 Verein *Dresdner* Kaufleute
Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe *Leipzig*
- 1881 Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes *Breslau* und Provinz
- 1883 Verein zur Wahrung geschäftlicher Interessen in *Bielefeld* und Umgebung
- 1885 Gewerblicher Ausschuß des kaufmännischen Vereins *Bochum*
- 1886 Verein gegen Unwesen in Handel und Gewerbe *Cöln*
- 1888 Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes *Barmen*
- 1889 Krämer-Verein *München*
Verein zum Schutze des Detailhandels *Würzburg*
- 1890 Verein der Ladenbesitzer *Barmens*
- 1891 Verein *Stettiner* Kaufleute
- 1892 Verein *Nürnberger* Kolonialwarenhändler und verwandter Branchen
(später: Schutzverein für Handel und Gewerbe)
Verein der Krämer und Spezereihändler *München*
(durch Lostrennung vom Krämer-Verein)
Detaillistenverein *Münster i. W.*
- 1894 Verein der Detaillisten von *Frankfurt a. M.*
- 1895 18 Detaillistenvereine in *Hessen und Waldeck* (gegr. in Verbindung mit dem Detaillistenverband für *Hessen und Waldeck*)
- 1896 *Oldenburgischer* Schutzverein für Handel und Gewerbe
Schutzverein für Handel und Gewerbe *München*
- 1898 Verein selbständiger Kaufleute *Gelsenkirchen*

Schwerpunkte dieser Bewegung waren zunächst einmal Mitteldeutschland und Schlesien, wo die Industrialisierung schon früh einsetzte, und es auch günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Konsumvereinen gab, ferner die Großstädte, vor allem Berlin und Hamburg, in denen dann auch schon relativ bald die ersten Großbazare und Warenhäuser auftraten. Es folgten dann Rheinland-Westfalen, Hessen und die süddeutschen Staaten. Erst nach der Jahrhundertwende kam es in Schleswig-Holstein, Pommern, Ost- und Westpreußen und Mecklenburg zur Bildung von örtlichen Vereinen und Detaillisten.

Die konkreten Anlässe zur Gründung waren unterschiedlicher Natur. Fast immer entstanden die Vereine in Notzeiten⁷. Bei den ältesten von ihnen werden oft das Überhandnehmen des Wandergewerbes und besondere „Auswüchse des Wettbewerbs im Reklamewesen“⁸ innerhalb der Kaufmannschaft genannt. In den 80er und 90er Jahren, in denen der Schwerpunkt lag, bildete sehr oft die Gründung eines Konsumvereins den Anlaß für den Zusammenschluß der Kleinhändler. So löste die Eröffnung einer größeren Anzahl von Filialen durch den Görlitzer Konsumverein in Schlesien und den angrenzenden Ländern eine ganze Kette von Vereinsgründungen aus. Um die Jahrhundertwende waren es dann vor allem die Warenhausgründungen, von denen sich der mittelständische Detailhandel bedroht sah.

Eine Reihe von Vereinen dankt ihr Entstehen aber den Bemühen von überregionalen Verbänden, die in der Zwischenzeit entstanden waren⁹. So wurden z. B. allein in Hessen und Waldeck im Jahre 1895 auf Initiative des Detaillistenverbandes von Hessen und Waldeck 15 Vereine ins Leben gerufen¹⁰.

Auch das 1. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das 1896 in Kraft trat, war an vielen Orten konkreter Anlaß zur Gründung von Schutzvereinen für Handel und Gewerbe, um die Überwachung der Einhaltung des Gesetzes selbst in die Hand zu nehmen.

II. Provinzial- bzw. Landesverbände

Um ihre Ziele besser durchsetzen zu können, schlossen sich die verschiedensten örtlichen Vereine dann allmählich zu größeren überregionalen Vereinigungen auf Provinz- bzw. Landesebene zusammen. Als erster größerer Verband entstand so im Jahre 1884 der *Verband Thüringischer Kaufleute*. Im Jahre 1887 folgte dann der *Verband der Kaufleute der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder*. Er wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Kaufmännischen Vereins Gifhorn-Ossenhagen, eines der ältesten und aktivsten Schutzvereine (gegr. 1875), ins Leben gerufen, dessen Vorsitzender, Senator *Schulze*, auch den Vorsitz des Provinzialverbandes übernahm. Hannover wurde von da an zu einem Zentrum der Mittelstandsbewegung im Detailhandel, und der Hannover-

⁷ Vgl. *Schmitz, C.*, Organisation des erwerbswirtschaftlichen Einzelhandels: Fach- und Territorialverbände, in: HdE, Stuttgart 1932, S. 831.

⁸ So z. B. bei der Gründung der meisten Schutzvereine für Handel und Gewerbe in Bayern in den 90er Jahren. (Vgl. Detaillist Nr. 17 v. 27. 4. 1907.)

⁹ Vgl. Festschrift zur Feier des 40jährigen Bestehens des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche gegr. 1870, hrsg. v. d. Deutschen Kolonialwaren-Zeitung, Berlin 1910, S. 19.

¹⁰ Vgl. Handbuch—1903, S. 26 ff.

sche Verband einer der rührigsten Vertreter seiner Forderungen¹¹. Bei der Gründung einer Reihe von Landesverbänden war er maßgeblich beteiligt. Im gleichen Jahr konstituierte sich dann noch der *Verband der Kaufleute der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig*. Diese ersten drei Verbände auf Landesebene schufen sich dann 1888 im Zentralvorstand kaufmännischer Verbände und Vereine mit Sitz in Hannover eine gemeinsame Spitze¹². Als dann 1889 der Detailhandel des Königreichs Sachsen im *Verband Sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender* mit Sitz in Leipzig und der Detailhandel Schlesiens im *Verband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes für Schlesien* ihre Vertretung bekamen, gab es in allen größeren mitteldeutschen Staaten und Provinzen Verbände¹³. Im Anschluß daran griff die Bewegung auf die Rheinprovinzen und auf Südwestdeutschland über: 1891 entstand der *Verband von Kaufleuten der Provinzen Rheinland und Westfalen und der angrenzenden Länder*, 1892 der *Württembergische Schutzverein für Handel und Gewerbe*, 1893 der *Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtum Badens* und im Jahre 1895 der *Detallistenverband für Hessen und Waldeck*. Alle bis jetzt genannten Verbände schlossen sich bald nach ihrer Gründung dem von Hannover aus errichteten Zentralvorstand kaufmännischer Verbände und Vereine bzw. seinen Nachfolgern an. Auch die gut organisierten Hamburger Detaillistenvereine, die sich 1895 im *Zentralausschuß Hamburg-Altonaer Detaillistenvereine* eine Arbeitsgemeinschaft schufen, arbeiteten meist mit dem Zentralvorstand zusammen.

Unabhängig von dieser Gruppe von Verbänden entstanden in den west- und süddeutschen Staaten eine Reihe weiterer Zusammenschlüsse auf überörtlicher Ebene, die sich zwar nicht zu einem gemeinsamen Zentralverband zusammenschlossen, aber dennoch zusammenarbeiteten: 1894 wurde in Barmen vom dortigen Verein der Ladenbesitzer der *Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen* gegründet, der später seinen Sitz nach Düsseldorf verlegte. Im Gegensatz zu den meisten übrigen Verbänden der damaligen Zeit überwogen in ihm nicht die in ihrer Mehrzahl relativ kleinen Kolonialwarenhändler, sondern vielmehr die im allgemeinen umsatz- und finanzkräftigeren Textildetaillisten, ohne daß man jedoch von einem reinen Fachverband sprechen kann. Der Verband gab im „Detaillist“ eine eigene Zeitschrift heraus und entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem der bedeutendsten Landesverbände des Detailhandels, wobei er stets auf seine Eigenständigkeit bedacht war¹⁴. 1900

¹¹ Vgl. S. 67.

¹² Vgl. S. 44 ff.

¹³ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 80 v. 12. 10. 1909 und Handbuch—1919, S. 799.

¹⁴ Vgl. Hirsch, J., Das Warenhaus, S. 94.

entstand in Frankfurt/M. der *Verband süd- und westdeutscher Detaillisten*, der den „Detaillist“ als Verbandsorgan übernahm. Im Jahre 1907 traten die im Großherzogtum Hessen ansässigen Vereine des Verbandes aus und schufen den *Verband der Detaillistenvereine im Großherzogtum Hessen*, um ihre Interessen bei der Diskussion um die Einführung einer hessischen Filialgewerbesteuer besser vertreten zu können¹⁵. In Bayern war bereits 1893 ein Verband gegründet worden, der aber bald danach wegen finanzieller Schwierigkeiten wieder einging. Erst im Jahre 1906 gelang dann wieder die Errichtung eines *Bayerischen Verbandes der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe*, zunächst mit Sitz in Nürnberg, später in München. Der Verband lehnte wie der Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen einen Anschluß an die hannoversche Richtung ab, arbeitete aber statt dessen sehr eng mit dem Barmer und Frankfurter Verband zusammen und übernahm ebenfalls den „Detaillist“ als Organ¹⁶. Im Jahre 1906 kam es dann auch in der Pfalz zum Zusammenschluß im *Verband der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden der Pfalz* (Ludwigshafen). In Berlin wurde erst im Jahre 1898 der *Bund der Handel- und Gewerbetreibender* und im Jahre 1905 die *Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe* gegründet. Im Nordosten des Reiches setzte die Entwicklung viel später ein. Hier ergab sich ja auch längere Zeit keine Notwendigkeit für die Gründung von Interessenorganisationen, da es in dem relativ dünn besiedelten Gebiet wenig Detailhändler gab, und wegen der ländlichen Siedlungsstruktur die Bedrohung des mittelständischen Detailhandels durch Warenhäuser und Konsumvereine nicht so akut war. Als erster Verband entstand hier 1902 der *Kaufmännische Provinzialverband zu Stettin*, und 1909 gelang es, den *Verband Mecklenburgischer Handelsvereine* zu errichten. Im Jahre 1907 schufen die ostpreußischen Detaillisten den *Provinzialverband der Kolonialwarenhändler Ostpreußens*. Trotz seines Namens war er kein Fachverband der Lebensmittelbranche, sondern es gehörten ihm auch gemischte Vereine an, obwohl natürlich die überwiegende Mehrzahl seiner Mitglieder wie damals bei den meisten Verbänden und Vereinen¹⁷ Kolonialwarenhändler waren.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß sich drei Zentren der Verbandsbewegung im Detailhandel herausbildeten, in denen sich die Vereinigungen auf provinzieller bzw. Landesebene zu Gruppen vereinigten: 1. In Mitteldeutschland mit Sitz in Hannover bzw. Leipzig, 2. in

¹⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 55 v. 16. 7. 1909.

¹⁶ Vgl. Leopold, M., Die Stellung wirtschaftlicher Interessenvertretungen zu Fragen des Detailhandels, mit besonderer Berücksichtigung des Bayerischen Verbandes der Vereine zum Schutze für Handel und Gewerbe, Nürnberg 1915, S. 1 ff.

¹⁷ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 65 v. 25. 8. 1908.

Berlin und Umgebung und 3. in Rheinland-Westfalen. Die folgende Übersicht nennt noch einmal die wichtigsten mittelständischen Vereinigungen auf Provinzial, bzw. Landesebene in chronologischer Reihenfolge¹⁸:

Übersicht

über die Schutzverbände des Detailhandels auf Provinzial- bzw. Landesebene

- 1884 Verband Thüringischer Kaufleute (mit wechselndem Vorort)
- 1887 Verband von Kaufleuten der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder (Hannover)
Verband der Kaufleute der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig (Cöthen)
- 1889 Verband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes für Schlesien (Breslau)
Verband Sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender (Leipzig)
- 1891 Verband von Kaufleuten der Provinzen Rheinland und Westfalen und der angrenzenden Länder (zunächst mit wechselndem Vorort, später Barmen)
- 1892 Württembergischer Schutzverein für Handel und Gewerbe (Stuttgart)
- 1893 Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden (mit wechselndem Vorort)
- 1894 Bayerischer Verband der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe (München) (bis Ende 1894)
Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen (Barmen)
- 1895 Detaillistenverband für Hessen und Waldeck (Cassel)
Zentralausschuß Hamburg-Altonaer Detaillistenverbände
- 1898 Bund der Handel- und Gewerbetreibenden (Berlin)
- 1900 Verband süd- und westdeutscher Detaillistenvereine (Frankfurt/M.)
- 1902 Kaufmännischer Provinzialverband zu Stettin
- 1905 Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe (Berlin)
- 1906 Bayerischer Verband der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe (Nürnberg)
- 1907 Provinzialverband der Kolonialwarenhändler Ostpreußens
Verband der Detaillistenvereine im Großherzogtum Hessen (Darmstadt)
Verband der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden der Pfalz (Ludwigshafen)
- 1908 Verband kaufmännischer und Detaillistenvereine von Elsaß-Lothringen (Straßburg)
- 1909 Verband Mecklenburgischer Handelsvereine (Rostock)

¹⁸ Quelle: Handbuch—1903, S. 13 ff., Handbuch—1913, S. 69 ff. Kolonialwaren-Zeitung, Jg. 1903, 1904, 1908 und 1909, u. *Krueger*, H. E., Die freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland, insbesondere die Fach-, Zweck- und Zentralverbände gewerblicher Unternehmer, Diss. Berlin 1908, S. 221 ff.

III. „Spitzenverbände“

1. Der Zentralverband der Kaufleute Deutschlands, Berlin (gegr. 1878)

Der erste Anstoß zum Zusammenschluß aller deutscher Vereine des Detailhandels ging im Jahre 1878, also bereits vor der Gründung der Landesverbände, vom Verein Berliner Kaufleute aus. Dieser hatte sich seit seiner Gründung im Jahre 1870 recht gut entwickelt und zählte 1875 über 300 Mitglieder. Sein Vorsitzender *Holtz* ließ 1876 an 2 500 Detaillisten im ganzen Deutschen Reich Einladungen zur Teilnahme an der Errichtung eines Zentralverbandes ergehen. Da aber nur von 20 Interessenten eine Antwort kam, war der Plan vorerst zum Scheitern verurteilt. Erst die ungünstige konjunkturelle Entwicklung der Jahre 1873 bis 1879¹⁹, von der auch die Detailhändler schwer getroffen wurden, brachte diese einander näher: Den konkreten Anlaß bildete der Versuch, die Staatsfinanzen durch die Einführung einer Steuer auf den Ausschank geistiger Getränke, die Erhöhung der Tabaksteuer und der Eisenbahnfrachten aufzubessern. Da die meisten Kolonial- und Gemischtwarenhandlungen nebenbei noch einen Ausschank betrieben, wäre dadurch ein sehr großer Teil der Detaillisten getroffen worden. Dazu drohte noch eine Verschärfung des Nahrungsmittelgesetzes, das vom Detailhandel wegen seiner Unklarheit und willkürlichen Handhabung scharf bekämpft wurde²⁰. Mit Unterstützung des Verlegers der Deutschen Handelszeitung, *G. A. Hövel*, unternahm *Holtz* einen neuen Vorstoß: Am 16., 17. und 18. September 1878 weilten 400 Kaufleute als Vertreter von 55 Vereinen aus allen Teilen des Reiches in Berlin und gründeten den *Zentralverband der Kaufleute Deutschlands*. Die extrem konservative Haltung, die immer noch im ständisch-zünftlerischen Gedankengut befangen war, geht aus dem Bericht des Vorstandes über die Versammlung klar hervor: „Wenn wir einen Blick auf die Ereignisse des Kongresses werfen, so müssen wir bekennen, daß uns die Delegierten ein grelles Bild davon entrollten, wie die traurige Saat des Sozialismus, die Verschiedenheit der Stände und Berufsklassen mehr und mehr zu überwuchern droht, daß dank der jetzt gültigen Gewerbeordnung und des Freizügigkeitsgesetzes, das dank der Protektion, welche die Konsum-, Beamten- und Hausfrauenvereine genießen, der Kleinhandel allmählich immer mehr in andere unberechtigte Hände übergeht“²¹. Dem Verband gelang es, durch Eingaben bei den staatlichen Stellen die Schankstättensteuer abzuwehren, die Erhöhung der Tabaksteuer und der Eisenbahnfrachten jedoch konnte er nicht verhindern. Dagegen war er noch in der Bekämpfung einer Zichorienfabrik,

¹⁹ Vgl. hierzu im einzelnen: *Clausing*, G., *Konjunkturen*, in: HdSw, 6. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 136.

²⁰ Vgl. Festschrift zur Feier des 40jähr. Bestehens, S. 17 ff.

²¹ Festschrift zur Feier des 40jähr. Bestehens, S. 19.

die in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands Verkaufsstellen einrichten wollte, erfolgreich. Mit zunehmender Besserung der konjunkturellen Lage zu Beginn der 80er Jahre ging das Interesse der angeschlossenen Vereine zurück, so daß der Berliner Verein die finanzielle Last des Verbands allein zu tragen hatte, und ihn dann eingehen ließ. Der eigentliche Grund für die Auflösung ist neben einer gewissen Aversion der Vereine in den Provinzen gegen alles, was mit Berlin zu tun hatte, im Fehlen von Zusammenschlüssen auf Provinzial- bzw. Landesebene zu sehen. Die kleinen Detaillisten sahen die Notwendigkeit eines starken Zusammenschlusses auf Reichsebene noch nicht ein. Erst die erneute Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die sich von 1883 an einstellte und der Stockung der 70er Jahre an Länge und Schwere kaum nachstand²², schuf wieder die Voraussetzung für einen Zusammenschluß, der nunmehr von den bereits bestehenden Landes- und Provinzialverbänden getragen werden konnte.

*2. Der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe, Leipzig
(gegr. 1888)*

Am 14. August 1888 wurde nach zweitägigen Verhandlungen in Leipzig der *Zentralvorstand kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands* „zur Wahrung der Interessen des Kaufmannstandes sowie Förderung und Verbreiterung der Fachkenntnisse“²³ gegründet. Initiator der Bewegung war neben dem Redakteur C. W. Zimmermann von der Kolonialwaren-Zeitung der Vorsitzende des Verbandes von Kaufleuten der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder, Senator Schulze aus Gifhorn. Daneben nahmen an der konstituierenden Sitzung noch Vertreter des Verbandes Thüringischer Kaufleute, des Verbandes der Kaufleute der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig und der Schutzvereine aus Wittenberg und Breslau teil. Der Verein von Berliner Kaufleuten weigerte sich, wegen seiner schlechten Erfahrungen mit dem Zentralverband der Kaufleute Deutschlands und der betont zünftlerischen Haltung der Mitteldeutschen mit dem neuen Verband zusammenzuarbeiten, und blieb vorerst bei seiner ablehnenden Einstellung, auch als die Hannoveraner sich bereit erklärten, einen gemäßigten Kurs zu steuern und die ursprünglich als wichtiges Ziel proklamierte Errichtung von Detaillisteninnungen fallen zu lassen²⁴.

Die Bereitschaft der Vertreter der versammelten Vereine und Verbände, Kompetenzen an die Spitze abzugeben und sie finanziell zu un-

²² Vgl. Clausing, G., Konjunkturen, S. 136.

²³ Festschrift zur Feier des 40jähr. Bestehens, S. 24.

²⁴ Vgl. Handbuch—1903, S. 39.

terstützen, war so gering, daß man vorerst auf einen straff organisierten Verband mit eigener Geschäftsstelle und eigenem Personal verzichten und sich mit der Gründung einer Art von Ausschuß begnügen mußte, der die Interessen der angeschlossenen Vereinigungen von Fall zu Fall nach Abstimmung mit diesen vor allem gegenüber den Behörden und Stellen des Reiches zu vertreten hatte. Alle fünf repräsentierten Vereinigungen waren darauf bedacht, einen Vertreter in den Vorstand zu entsenden. Präsident wurde *Schulze-Gifhorn*, der Vorsitzende des (größten) hannoverschen Verbandes. Hannover wurde damit auch Sitz des Zentralausschusses²⁵. *Schulze-Gifhorn* hatte nach der Gründung des Kaufmännischen Kreisvereins von Gifhorn-Ossenhagen (1875) und des Verbandes der Kaufleute der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder (1887) eine gewisse Erfahrung in der Verbandsarbeit gesammelt. Daneben war er auch im gewerblichen Genossenschaftswesen sehr aktiv²⁶ und führte hier und dort einen sehr hartnäckigen Kampf, gegen alles, was den Mittelstand im allgemeinen und den Detailhandel im besonderen zu bedrohen schien. *Schulze* war ursprünglich Buchhändler und Zeitungsverleger, gab aber 1886 sein Geschäft auf und widmete sich ganz seiner Verbandsarbeit und politischen Tätigkeit. Er gehörte zunächst dem äußerst rechten Flügel der national-liberalen Partei an, trat aber, als diese im Kampf gegen Warenhäuser und Konsumvereine nicht mitmachte, aus und sympatisierte fortan mit der Freikonservativen Partei, ohne ihr freilich beizutreten²⁷.

Schulze-Gifhorn wurde zur Seele des Zentralvorstandes. Bis zum Jahre 1901 hatte er das Präsidium inne. In dieser Zeit nahm der Verband einen großen Aufschwung. Die meisten der seit 1888 gegründeten Landesverbände und eine sehr große Zahl von Schutzvereinen entstanden unter seiner Beteiligung. Zu diesem Zwecke führte er viele Reisen durch²⁸. Sehr

²⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 57 v. 28. 7. 1908.

²⁶ Bereits im Jahre 1860 war es unter seiner Führung zur Gründung eines Vorschußvereins für Handwerker und Detailkaufleute nach dem Vorbild von *Schulze-Delitzsch* gekommen, zu dem er engen Kontakt zu haben schien. (Vgl. *Wernicke*, J., Kleinhandel, Konsumvereine und Warenhäuser, in: *JfnuSt*, III. F., Bd. 14 (1897), S. 730 f.) Im Jahre 1882 wurde unter maßgeblicher Beteiligung dieses Vorschußvereins Hannover der Verband Niedersächsischer Kreditgenossenschaften geschaffen, dessen Arbeit und Wirken ebenfalls *Schulze-Gifhorn* im wesentlichen mitbestimmte. Er vertrat ihn auf den Verbandstagen des Allgemeinen Verbandes von *Schulze-Delitzsch*, dem der Verein von 1884 bis 1890 angehörte. (Vgl. *Crüger*, H., Die ersten fünfzig Vereins- und Verbandstage des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e.V., in: *Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen*, H. 9, Berlin 1910, S. 24 ff.) Später übernahm *Schulze* sogar das Amt des Anwalts und Direktors seines Genossenschaftsverbandes.

²⁷ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 33 v. 27. 4. 1905.

²⁸ Vgl. *Wernicke*, J., Kleinhandel, S. 725 ff.

oft führte ihn sein Weg nach Berlin, „um bei wichtigen Vorlagen im Reichstage oder im Abgeordnetenhaus mit den Parteiführern zu konferieren“²⁹. Gute Kontakte unterhielt er zu dem preußischen Finanzminister v. *Miquel*. Diese Aktivität seines Präsidenten wirkte sich naturgemäß auch auf den Verband selbst aus: Viele Ortsvereine und einige sehr bedeutende Landesverbände schlossen sich an. Im Jahre 1891 wurde aus dem losen Ausschuß ein richtiger Verband, der nach dem Vorbild des ersten Zusammenschlusses wieder als „*Zentralverband deutscher Kaufleute*“ bezeichnet wurde. Freilich gelang es *Schulze-Gifhorn* nicht, das Übergewicht der Landesverbände und großen Ortsvereine durch die Einführung der direkten Mitgliedschaft an Stelle der korporativen zu brechen. Wie stark sich *Schulze* mit dem Genossenschaftswesen verbunden fühlte, geht daraus hervor, daß er dem Verband die Rechtsform der eGmbH gab. Diese erwies sich aber für einen Interessenverband als sehr unpraktisch, so daß der Verband nach dem Tode von *Schulze* in einen e. V. umgewandelt wurde. Gleichzeitig wurde der Sitz des Verbandes nach Leipzig verlegt, von wo aus *C. W. Zimmermann* die erste Anregung zum Zusammenschluß gegeben hatte. Leipzig löste damit für einige Zeit Hannover als Zentrum der ständisch-traditionalen Richtung im deutschen Kleinhandel ab. Die Bedeutung von Leipzig als Mittelpunkt der Mittelstandsbewegung stieg, als dort 1899 in Konkurrenz zum Zentralverband deutscher Kaufleute der *Deutsche Bund für Handel und Gewerbe* entstand und wie dieser es sich zum Ziele setzte, „alle diejenigen Personen kaufmännischer und gewerblicher Vereinigungen Deutschlands, welche das Unwesen in Handel, Gewerbe und Handwerk bekämpfen und für die Hebung des Handels, Gewerbes und Handwerks eintreten, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu einer Gemeinschaft zusammenzufassen, welche die gemeinsamen rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Handels-, Gewerbe- und Handwerkstreibenden zu vertreten hat“³⁰. Dieser Verband, der sich vor allem um die Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896 bemühte, dehnte sich sehr rasch aus und zählte im Jahre 1901/02 39 Mitgliedsvereine, in denen ca. 10 000 Mitglieder organisiert waren³¹.

Im Jahre 1899 gelang es dem Zentralverband deutscher Kaufleute, wieder in Berlin Fuß zu fassen, als ihn der Verein Berliner Kolonialwarenhändler von 1890, der ihm im Gegensatz zum Verein Berliner Kaufleute (gegr. 1870) ein Jahr zuvor beigetreten war, einlud, seine Jahrestagung in Berlin abzuhalten, um ihm die gerade aufkommenden Zusammenschlüsse der Detailhändler und Handwerker zuzuführen. Im Jahre

²⁹ Kolonialwaren-Zeitung Nr. 33 v. 27. 4. 1905.

³⁰ Handbuch—1903, S. 72.

³¹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 80 v. 12. 10. 1909.

1898 hatte hier Kommerzienrat *Lissauer* den Bund der Handel- und Gewerbetreibenden gegründet. Daneben bestanden in Berlin noch die Zentralvereine der selbständigen Gewerbetreibenden, in denen vorwiegend Handwerker organisiert waren, die ebenfalls an einen Anschluß an den Zentralverband-Leipzig dachten³². Im Anschluß an die Berliner Tagung wurden beide Vereinigungen aufgenommen, worauf der Zentralverband deutscher Kaufleute sich *Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender* nannte, „um ,der geistigen Einstellung der von ihm erfaßten Kreise Rechnung zu tragen‘, ... was seinen mittelständischen Charakter evident bewies“³³.

Als Senator *Schulze-Gifhorn* im Jahre 1901 das Präsidium des Verbandes an seinen bisherigen Stellvertreter *Hugo Geest* abgab, belief sich die Zahl der dem Verband meist korporativ angeschlossenen Mitglieder auf ca. 17 000. Damals gehörten dem Zentralverband-Leipzig außer 50 Einzelvereinen folgende 10 Provinzial- bzw. Landesverbände an³⁴:

1. Zweigverband Hannover und der angrenzenden Länder (Hannover),
2. Zweigverband für die Provinz Sachsen, die Herzogtümer Anhalt und Braunschweig (Cöthen),
3. Thüringischer Zweigverband (Meiningen),
4. Provinzialverband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes in Schlesien (Breslau),
5. Verband von Kaufleuten für Rheinland, Westfalen und die angrenzenden Gebiete (Soest),
6. Zweigverband für das Königreich Sachsen (Leipzig),
7. Detaillistenverband für Hessen und Waldeck (Cassel),
8. Württembergischer Schutzverein für Handel und Gewerbe (Stuttgart),
9. Bund der Handel- und Gewerbetreibenden (Berlin),
10. Verband der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden (Mannheim).

Etwa drei Viertel seiner Mitglieder stammten aus den preußischen Staaten, wie er bei seiner Eingabe an das Preußische Abgeordnetenhaus im Jahre 1904 wegen der Erhöhung der Warenhaussteuer mit Stolz betonte³⁵.

Auch *Hugo Geest*, der Nachfolger von *Schulze*, war von Anfang an maßgebend an der Mittelstandsbewegung des Detailhandels beteiligt. Er betrieb seit 1871 ein Kolonialwarengeschäft in Leipzig und gehörte dem

³² Vgl. Festschrift zur Feier des 40jähr. Bestehens, S. 33.

³³ *Handloser*, W., Zur Organisation des Einzelhandels unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im süddeutschen Eisenhandel, Diss. Heidelberg 1928, S. 26.

³⁴ Vgl. Handbuch—1903, S. 39 ff.

³⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 25 v. 29. 3. 1904.

Verein Leipziger Kaufleute seit dessen Gründung im Jahre 1877 als Vorstandsmitglied an. Von 1892 bis zu seinem Lebensende war er Vorsitzender des Vereins. Schon bald nach der Gründung des Zentralvorstandes kaufmännischer Verbände und Vereine war er in dessen Vorstand eingetreten, 1892 wurde er zum Stellvertreter des Präsidenten *Schulze-Gifhorn* gewählt, und 1899 wurde ihm dann auch noch die Leitung des ebenfalls in Leipzig ansässigen Verbandes selbständiger Kaufleute übertragen, die er bis zum Jahre 1909 innehatte. *Geest* gelang im Jahre 1907 der Zusammenschluß mit dem Deutschen Bund für Handel und Gewerbe (Leipzig): Auf dem Verbandstag in Cassel, den beide Verbände gemeinsam abhielten, änderte der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender erneut seinen Namen in *Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe*. Diesem neuen Verband schlossen sich dann 21 der bisher dem Deutschen Bund für Handel und Gewerbe angehörende Vereine an. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Mitglieder des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe auf ca. 21 000. Diese Zahl blieb die höchste im Lauf seiner Geschichte, so daß die Fusion der beiden Verbände als Höhepunkt des Deutschen Zentralverbandes angesehen werden kann.

Als *Hugo Geest* im Jahre 1909 sein Amt niederlegte, übernahm der Leipziger Staatrat *Hugo Seifert* den Vorsitz des Verbandes. Mit ihm kam wieder ein Funktionär an die Spitze des Verbandes. *Seifert* war kein selbständiger Detailhandelskaufmann, sondern Syndikus des Verbandes Mitteldeutscher Manufakturisten zu Leipzig, einer Textildetailhandels-einkaufsgenossenschaft. Außerdem war er Vorstandsmitglied der extrem zünftlerisch eingestellten Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen³⁶.

3. Die Spaltung des Zentralverbandes-Leipzig durch die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin

In Berlin bildeten sich schon relativ früh Fachgeschäfte der verschiedensten Branchen und damit auch Fachvereine heraus. 1898 gelang es dem früheren Inhaber des Kaiserbazars, Kommerzienrat *Hugo Lissauer*, einen Teil dieser Vereine und einige Handwerksvereinigungen zum *Bund der Handel- und Gewerbetreibenden* zusammenzuschließen. 1902 gehörten dem Bund 21 Vereine mit ca. 7 400 Mitgliedern an, die fast ausschließlich in Berlin ansässig waren. Der Bund verfolgte im Grunde die gleiche Zielsetzung wie der Deutsche Zentralverband in Leipzig. Der Anlaß zur Gründung war aber bei ihm nicht die Bedrohung des Kleinhandels durch das Wandergewerbe und die Konsumvereine, sondern vielmehr die sich hier schon sehr früh ausbreitenden Warenhäuser. Da *Lissauer* selber Jude

³⁶ Vgl. hierzu S. 86 f.

war, wollte er mit seiner Gründung antisemitische Einflüsse in der Antiwarenhausbewegung verhindern³⁷. Mehr als der Zentralverband-Leipzig kümmerte sich aber der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden um die ganz kleinen Geschäfte, die in Berlin besonders zahlreich waren und die sich nicht nur durch die Warenhäuser, sondern auch durch die hier bereits aufblühenden größeren Spezial- und Fachgeschäfte bedroht fühlten. Deswegen wurde in seiner Satzung auch ausdrücklich die „Vertretung der Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes und der Schutz des Kleinhandels und Kleingewerbes“³⁸ betont, wohingegen der Leipziger Zentralverband nur von „Wahrung der Interessen und Hebung des Kaufmannstandes sowie Förderung der Fachkenntnisse“³⁹ sprach. Trotzdem schloß sich aber dann der Berliner Bund bald nach seiner Gründung dem Leipziger Zentralverband an, und *Lissauer* wurde Mitglied im Vorstand des Zentralverbandes Leipzig. Es kam aber bald zu Reibereien zwischen Leipzig und Berlin. *Lissauer* störte vor allem der immer deutlicher hervortretende antisemitische Ton bei den Mitteldeutschen. Als er sich im Zentralverband nicht durchsetzen konnte, trennte er sich vom Leipziger Verband und gründete 1905 in Berlin die *Zentralvereinigung preussischer Vereine für Handel und Gewerbe als preussischen Dachverband* für den Bund Berliner Handel- und Gewerbetreibender. Im Jahre 1908 unternahm er dann den Versuch, die Bewegung über das ganze Reich auszudehnen und schuf die *Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin*, als Konkurrenzverband zum Leipziger Verband.

Obwohl sich ihm eine Reihe von Verbänden und Vereinen, so z. B. der Verband der Vereine zum Schutz des Handels und Gewerbes in Schlesien, der aus dem Zentralverband-Leipzig ausschied, anschloß, blieb der Schwerpunkt der Bewegung auf Berlin und Umgebung beschränkt, wo sie allerdings sehr stark war⁴⁰. In Mittel-, Süd- und Westdeutschland dominierte aber eindeutig der Zentralverband-Leipzig. Für das Jahr 1917 gab der Verband seine Mitgliederzahl mit 50 000 und die der angeschlossenen Vereine mit 370 an. Diese Zahlen dürften allerdings stark überhöht sein. Zum Teil können sie dadurch erklärt werden, daß es viele Vereinigungen gab, die gleichzeitig beiden Richtungen in Berlin und Leipzig betraten. Dadurch kam es bald zu einem ziemlichen Wirrwarr in der Verbandsbewegung des Detailhandels, der noch größer wurde, als in Zusammenarbeit mit dem Handwerk und den Hausbesitzern seit dem Jahre 1904 stark politisch ausgerichtete Mittelstandsvereinigungen entstanden.

³⁷ Vgl. *Rubens*, W., Der Kampf des Spezialgeschäftes gegen das Warenhaus (mit besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1929), Diss. Köln 1929, S. 23.

³⁸ Handbuch—1903, S. 58.

³⁹ Ebd., S. 39.

⁴⁰ Vgl. *Kulemann*, W., Genossenschaftsbewegung, Bd. 1, S. 128.

4. Die Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände (Mainz)

Wie wir sahen, gab es neben der Berliner und Leipziger Richtung noch einige Zusammenschlüsse auf Landesebene, die nicht bereit waren, ihre Selbständigkeit aufzugeben, so z. B. der Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen in Barmen, der Verband süd- und westdeutscher Detaillisten in Frankfurt und der Bayerische Schutzverband für Handel und Gewerbe in Nürnberg, die durch ihr gemeinsames Organ, „Detaillist“ in engerer Beziehung zueinander standen. Es handelte sich hier um Organisationen, denen überwiegend Manufakturisten angehörten. Wir haben es also bei diesen Verbänden — beim bayerischen Verband allerdings kann von einem Übergewicht der Textildetailhändler nicht die Rede sein — mit einer Mischform zwischen Schutzverband und Fachverband zu tun. Dies zeigte sich auch in einer für die damalige Zeit recht gemäßigten Haltung: Die Kolonialwaren-Zeitung stellte im Jahre 1903 verärgert fest, daß diese Verbände einen Anschluß an den Leipziger Zentralverband und an den Bund für Handel und Gewerbe mit der Begründung ablehnten, diese seien ihnen zu „zünftlerisch“, zu „energielos“ und zu „antisemitisch“⁴¹. Nach der Gründung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe in Berlin als Konkurrenzverband zum Zentralverband in Leipzig verschlechterten sich die Aussichten auf Einigung aller Schutzvereinigungen erst recht. Daß es dann im Jahre 1909 trotzdem zu einer losen Verbindung kam, ist weniger der Einsicht der Detailhandelsverbände und ihrer Vertreter, als vielmehr staatlicher Einflußnahme zu danken:

Im Jahre 1906 ging dem Reichsamt des Innern eine Eingabe des Reichstages nach Revision des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu, worauf es sich mit den größeren Detaillistenverbänden in Verbindung setzte und diese für den 15. Februar 1907 zu einer Sitzung in die Handelskammer Berlin einlud. Diese Einladung erfolgte nicht etwa wegen eines Druckes dieser Verbände. Die Behörde kam vielmehr von sich aus auf den Gedanken, sich mit den vom Gesetz betroffenen Vereinigungen an einen Tisch zu setzen. Das Reichsamt war auf die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Detaillisten angewiesen, um einen brauchbaren Gesetzentwurf ausarbeiten zu können. Kommerzienrat *Max Leopold*, der Vorsitzende des Bayerischen Verbandes, der selbst an der Sitzung teilnahm, weist ausdrücklich auf diesen Wunsch des Reichsamtes hin, die verschiedenen Gruppen zur Angelegenheit zu hören: „Bei dieser Besprechung waren Richter, Anwälte und Vertreter der verschiedensten kauf-

⁴¹ Kolonialwaren-Zeitung Nr. 84 v. 30. 10. 1903.

männischen Vereinigungen eingeladen, in drei Sitzungen wurde die ganze Materie eingehend durchbesprochen und die Regierung konnte sich dann ein Urteil über die verschiedenen Wünsche und Anträge bilden⁴².“ Folgende Verbände des Detailhandels wurden zur Teilnahme aufgefordert:

1. Der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe,
2. die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, in Berlin,
3. der Bayerische Verband der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe, in Nürnberg,
4. der Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden, in Mannheim,
5. der Württembergische Bund für Handel und Gewerbe, in Stuttgart, und
6. der Verband deutscher Eisenwarenhändler mit Sitz in Mainz.

Es kann mit großer Sicherheit behauptet werden, daß diese Sitzung in Berlin die erste Gelegenheit war, bei der sich die Vertreter dieser Verbände trafen und einander näher kennenlernten. Im April 1908 tagte man erneut in Frankfurt, um weiterhin an der Abänderung des Gesetzes mitzuwirken. Gleichzeitig beschloß man, in Zukunft bei allen wichtigen Angelegenheiten, die alle Verbände berührten, zusammenzuarbeiten und berief für den 16. November 1908 eine weitere Zusammenkunft ein, auf der dann die *Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände* gegründet wurde. Vorort wurde zunächst Mainz als Sitz des anfangs vorsitzenden Eisenhändlerverbandes. Man bildete einen Arbeitsausschuß aus den Vorsitzenden des Eisenhändlerverbandes, der Zentralvereinigung Berlin, des Zentralverbandes-Leipzig und des Bayerischen Verbandes. Der Vorsitz sollte jährlich unter diesen vier Verbänden wechseln. Damit war zum ersten Mal eine gemeinsame Institution geschaffen, in der die wichtigsten Interessenorganisationen des Detailhandels zusammenarbeiteten. Es war aber von Anfang an nicht beabsichtigt, einen starken Spitzenverband zu bilden, die Interessengemeinschaft sollte vielmehr bloß eine „lose Vereinigung führender Verbände“ bleiben, mit dem Ziel, „durch eine Aussprache unter den Beteiligten eine möglichst einheitliche Stellungnahme zu wichtigen Tagesfragen zu erzielen“⁴³. Wir haben es also hier gewissermaßen mit dem ersten Spitzenverband des deutschen Einzelhandels zu tun, wenn diesem freilich die Organisation, die einem solchen Verband im allgemeinen eigen ist, fehlte. Auch den Behörden gegenüber trat dieser Ausschuß nicht als einheitlicher Zusammenschluß auf, er diente lediglich als Clearing der Interessen. Er gab nur die gemeinsame Marschrichtung an. Die Eingaben und Petitionen wurden dagegen bei Regierungen und Behörden unter dem Namen der angeschlossenen Vereine eingebracht. Bei schwierigen

⁴² Leopold, M., a.a.O., S. 44.

⁴³ Vgl. Leopold, M., S. 4 f.

Problemen waren freilich auch die Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbar. So gelang es z. B. auf einer Sitzung im Jahre 1910 wegen des Widerstandes einiger Fachverbände nicht, eine einheitliche Stellungnahme zu dem Plan des Hansa-Bundes abzugeben, einen Kleinhandelsausschuß zu gründen⁴⁴. Mit zunehmender Zersplitterung der Detailhandelsbewegung wurde eine gemeinsame Willensbildung immer schwieriger: 1912 gingen auf einer Versammlung in Mainz die Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Eingabe an die preußische Regierung um Erhöhung der Warenhaussteuer so weit auseinander, daß auf eine Beschlußfassung verzichtet werden mußte⁴⁵. Als man dann im Jahre 1913 versuchte, der Interessengemeinschaft ein festeres Gepräge zu geben und Statuten festzusetzen, scheiterte das am Widerstand des Zentralverbandes in Leipzig, der nach wie vor eifersüchtig darauf achtete, den deutschen Detailhandel allein zu vertreten⁴⁶. Aus der folgenden Liste von Vereinigungen, die im Jahre 1910 an einer Mitgliedertagung der Interessengemeinschaft in Berlin teilnahmen, wird vor allem das starke Vordringen der Verbände auf fachlicher Ebene deutlich, die die Schutzverbände nach dem Kriege fast völlig verdrängten:

1. Bayerischer Verband der Vereine zum Schutz von Handel und Gewerbe, Nürnberg,
2. Detaillistenverband von Rheinland und Westfalen, Barmen,
3. Deutscher Drogistenverband von 1873, Berlin,
4. Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe, Leipzig,
5. Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Steingut und Glaswaren, Berlin,
6. Verband der Detaillistenvereine im Großherzogtum Hessen, Darmstadt,
7. Verein der Teppich-, Linoleum- und Möbelstoffhändler in Deutschland, Leipzig,
8. Verband Deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, Hamburg.
9. Verband deutscher Eisenwarenhändler, Mainz,
10. Verband deutscher Papier- und Schreibwarenhändler, Düsseldorf,
11. Verband von Händlern landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte Deutschlands, Frankfurt/M.,
12. Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden, Freiburg i. Br.,
13. Verband süd- und westdeutscher Detaillistenvereine, Frankfurt/M.,
14. Zentralauschuß der vereinigten Putzdetailgeschäfte Deutschlands, Bochum,
15. Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin,
16. Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, Berlin⁴⁷.

⁴⁴ Vgl. VDWK, Jb. 1910, S. 15.

⁴⁵ Vgl. VDWK, Jb. 1912, S. 12.

⁴⁶ Vgl. Leopold, M., a.a.O., S. 5.

⁴⁷ Vgl. Lederer, E., Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: Archiv, Bd. 31 (1910), S. 980.

Gleichzeitig gibt uns aber die Aufstellung dieser Fülle von „zentralen“ Organisationen noch einmal ein Bild der Parteiungen und der Uneinheitlichkeit innerhalb der Schutzverbände der verschiedensten Art, „einer Uneinheitlichkeit, welche aber keineswegs einer Verschiedenartigkeit in den Auffassungen entspricht, sondern größtenteils auf historische, zum Teil wohl auch *persönliche* Gründe zurückzuführen ist“⁴⁸.

Ist es daher weiter verwunderlich, wenn sich diese Uneinheitlichkeit auch auf den inneren Aufbau und die innere Organisationsstruktur dieser Verbände auswirkte?

C. Struktur und Aufbau der Schutzverbände

I. Die Struktur und die Mentalität der Mitglieder

Wie bereits bei der Behandlung der Ursachen des Zusammenschlusses festgestellt, bestand der weitaus größte Teil der Detailhandelsgeschäfte um die Jahrhundertwende und damit der Mitglieder unserer Schutzverbände und -vereine aus Gemischtwaren- und Kolonialwarenhandlungen, deren Inhaber besonders ständisch-traditional orientiert waren. Die Kolonialwarenhandlungen von damals stellten noch keine Fachgeschäfte dar. Ihr Sortiment war sehr breit, so daß sie sich nur unwesentlich von den Gemischtwarenhandlungen unterschieden. Erst viel später, nachdem der Detailhandel einen längeren Differenzierungsprozeß durchgemacht hatte, wurde aus der Kolonialwarenhandlung das Lebensmittelfachgeschäft. Gerade unter den Gemischtwaren- und Kolonialwarenhandlungen überwogen die kleinen und kleinsten Geschäfte und da sie weder bildungs- noch kapitalmäßig besondere Anforderungen an den Inhaber stellten, waren sie, wie bereits betont, dem Zustrom berufsfremder Existenzen besonders ausgesetzt. Freilich gab es auch unter ihnen alteingesessene und größere Geschäfte. Viele davon waren jedoch keine reinen Detailhandlungen, sondern übten daneben auch noch den Großhandel aus. Meist waren dann dies die angesehensten Firmen der Stadt, so daß ihre Inhaber nicht selten auch eine führende Stellung in den Schutzvereinen und -verbänden einnahmen. Gerade diese Vermischung von Groß- und Detailhandel mußte sich aber dann bitter rächen, wenn es darum gehen sollte, Einkaufsgenossenschaften zu gründen. Wegen der relativ großen Zahl der in ihnen vertretenen Kolonialwarenhändler wurden viele Schutzvereine auf örtlicher Ebene auch als „Kolonialwarenhändlervereine“ oder „Materialistenvereine“ bezeichnet, so daß es bei Vereinen mit

⁴⁸ Lederer, E., Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig und Berlin 1912, S. 102.

dieser Bezeichnung nicht immer leicht ist festzustellen, ob es sich nun um Schutzvereine oder bereits um Zusammenschlüsse auf fachlicher Ebene handelt.

Ein großer Teil der Mitglieder von örtlichen Schutzvereinen waren Handwerker, kleinere Gewerbetreibende und Angehörige sonstiger Gruppen des alten städtischen (Besitz-)Mittelstandes. Auch den größeren überörtlichen Verbänden gehörte vor allem in den Anfängen der Schutzvereinsbewegung eine nicht geringe Anzahl von Handwerkern an. Auch wenn sie sich nach und nach aus den Schutzverbänden zurückzogen, wirkte sich ihre Mitarbeit doch auf die Haltung dieser Verbände aus: Die Schutzverbände des Detailhandels wurden durch die zünftlerischen Handwerker in ihrer ständisch-traditionalen Gesinnung bestärkt¹. Außerdem vergrößerte diese Zusammenarbeit mit den übrigen Berufsgruppen des Besitzmittelstandes die sowieso schon kaum zu überbietende Unübersichtlichkeit des Verbandswesens im Detailhandel. Sie ist letztlich ein Zeichen für die organisatorischen Mängel und ein Eingeständnis der fehlenden Bereitschaft der Detailhändler, sich auf einheitlicher Basis zu straff organisierten Verbänden zusammenzuschließen. Da uns im Laufe dieser Arbeit immer wieder eine bestimmte Abneigung der Detailhändler gegen eine straffe Organisation in Verbänden begegnen wird, wollen wir gleich an dieser Stelle die Gründe für diese skeptische Haltung gegenüber jeder Art von Zusammenschluß herausarbeiten. Dabei müssen wir vor allem auf die *Mentalität* dieser Berufsgruppe etwas näher eingehen.

Wir haben schon erwähnt, daß nach Einführung der Gewerbefreiheit, vor allem infolge der sogenannten „Doppelbewegung“ (*J. Hirsch*)², in der Zusammensetzung des Detailhandels eine grundlegende Änderung eintrat, die die Bildung einheitlicher Verbände sehr erschwerte. Den alten Stamm der Händler, soweit sie nicht in die Industrie oder den Großhandel abwanderten, mußten die neuen proletarisierten „Detailhändler“ abstoßen. Man hatte kein Bedürfnis, mit diesen „Elementen“ zusammenzuarbeiten, denen Begriffe wie „Standesehre“ und „Kaufmannsgeist“ fremd waren. Die Unterschiede in Herkunft und Vermögen wurden nicht übersehen. Je nach seinen Besitzverhältnissen wurde der einzelne in eine bestimmte „soziale Schicht“ eingestuft. „Die sozialen Provinzen des Einzelhandels“, schreibt *Adolf Lampe* noch im Jahre 1932, „werden wesentlich durch gefühlsbetonte Standeswertungen gebildet, die sich im Laufe der Zeit ändern. Der ‚Mann mit dem Bauchladen‘ wird vom seßhaften Krämer scheel angesehen, der sich selbst wenigstens zum ‚ehrbaren Kaufmannsstand‘ rechnet. Diese ‚Kleinhändler‘ werden ihrerseits wieder von der Mittelschicht, vom ‚mittelständlerischen‘ Einzelhandel nicht für voll

¹ Vgl. Detaillist Nr. 18 v. 14. 5. 1907.

² Vgl. *Hirsch, J.*, Der moderne Handel, S. 223 f.

genommen. Sie haben kein Bankkonto und keinen Kredit; leben von der Hand in den Mund; fühlen sich selbst noch nicht einmal als Kapitalisten³.“ Der Hinweis auf diese Differenzen und das daraus resultierende Handicap für einen engeren Zusammenschluß taucht in der Literatur über die Verbände im Detailhandel immer wieder auf. Besonders *A. Lampe* weist wiederholt auf die Uneinigkeit im detailhändlerischen Lager hin: „Im Einzelhandel stand die Größe der zu organisierenden Masse, die wirtschaftliche Kurzsichtigkeit der kleinen Geschäftsleute und die Augenfälligkeit des Konkurrenzkampfes einer aufbauenden Organisationsarbeit im Wege⁴.“ Und an anderer Stelle: „Die große Schar der Einzelhändler, die verschiedensten sozialen Schichten entstammt und denkbar ungleiche Vorbildung und Berufsschulung aufweist, ist naturgemäß sehr viel schwerer in einheitlichen Verbänden zusammenzufassen als etwa die weniger zahlreichen Fabrikanten... Die wirtschaftlichen Beziehungen reichen nur bei den größeren Detaillisten so weit, daß sie hierdurch Einblick in die wechselseitigen Abhängigkeiten des Wirtschaftslebens gewinnen. Die große Masse der kleinen Kaufleute sieht über die privatwirtschaftlichen Erfahrungen des eigenen Ladens nicht hinaus; die Geschäftssorgen lassen weder Zeit noch Muße zur Eroberung eines weiteren Gesichtskreises. Aus dieser Einstellung erwuchs die blinde Erbitterung gegen die Lieferanten, die Verständnislosigkeit für den Wert engerer Zusammenarbeit aller Berufskollegen und das Drängen nach einseitigen staatlichen Schutzmaßnahmen⁵.“ Wenn auch diese Schilderung des kleinen Kaufmannes durch *A. Lampe* vielleicht doch etwas zu sehr in schwarz-weiß erfolgt, so trifft sie doch den Kern: die Verbandsfeindlichkeit des kleinen Händlers, auf die besonders auch *Franz Eulenburg* in seiner kleinen Schrift „Das Geheimnis der Organisation“ hinweist: „Seiner ganzen Natur nach ist er gerade auf sich gestellt und muß selbst für sein Tun verantwortlich bleiben, nicht gehindert durch Satzungen, Unterordnung, Einmischung, Kontrolle: ist doch der Wettbewerb sein Lebenselement. Selbständiges Auswählen der Gelegenheit, schnelle Anpassung an wechselnde Bedürfnisse, individuelle Kundenwerbung, vornehmlich aber das alleinige Tragen des Risikos, das bei schlechtem Geschäftsgang und Nachlassen der Konjunktur besonders stark auf ihm lastet, das alles macht ihn zum Individualisten und ungeeignet für das Verbandswesen⁶.“

³ *Lampe, A.*, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels, in: HdE, S. 778.

⁴ *Lampe, A.*, Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, in: Weber, A., Handels- und Verkehrspolitik (Wirtschaftspolitik II), München und Leipzig 1933, S. 84.

⁵ *Lampe, A.*, Einzelhandel, S. 502.

⁶ *Eulenburg, F.*, Das Geheimnis der Organisation, Ein Versuch über Arten und Formen, Bedingungen und Voraussetzungen, Zwecke, Folgen und Grenzen der Organisation, hrsg. v. G. Jahn, Berlin 1952, S. 56.

Eine ganze Reihe von Autoren ließe sich nennen, die, obwohl sie dem Detailhandel durchaus freundlich gegenüberstehen, auf den für ihn so typischen „absoluten Individualismus“, auf seine „Abneigung gegen die Vereinigung mit Gleichstrebenden“⁷ oder sein „Streben nach weitgehender Ungebundenheit“⁸ hinweisen. Auch in den Geschäftsberichten und Zeitschriften der verschiedenen Verbände tauchen immer wieder Hinweise auf die großen Schwierigkeiten auf, die Mitglieder für eine wirksamere Zusammenarbeit zu gewinnen⁹.

Wenn wir nun auf diesem Hintergrund im folgenden Abschnitt den organisatorischen und machtmäßigen Aufbau der Schutzvereine und -verbände behandeln, so können wir schon jetzt vermuten, daß von starker Verbandsmacht, hohem Organisationsgrad und straffer Organisation wohl wenig zu spüren sein wird.

II. Der organisatorische und machtmäßige Aufbau der Verbände

Die große Anzahl von Vereinigungen, die nur selten zusammenzubringen waren, war ein deutliches Zeichen für die Uneinigkeit des mittelständischen Detailhandels und für die Schwäche seiner Verbandsorganisation und bildete, wie es in einer einzelhandelsfreundlichen Arbeit heißt, „ein mit der Bedeutung des Einzelhandels im krassen Widerspruch stehendes Bild völliger Desorganisation. Wohl sind seit Jahrzehnten immer wieder Versuche gemacht worden, um eine Zusammenfassung der meist dieselben Ziele verfolgenden Organisationen zu einer machtvollen Gesamtorganisation zu erreichen, aber aus einer Reihe von Gründen sind alle diese Bestrebungen . . . ziemlich fruchtlos verlaufen“¹⁰.“ Wie wir bei der Gründung des Zentralverbandes-Leipzig sahen, erfolgte der Aufbau von unten nach oben. Ähnlich war es auch bei der Gründung der übrigen Vereinigungen. Die Folge davon war, daß die Zentralverbände und auch die Landesverbände in der Regel vorwiegend korporative Mitglieder hatten, die ihnen über die angeschlossenen Vereine angehörten. So kamen sie

⁷ Völkner, W., a.a.O., S. 29.

⁸ Lübbering, H., Der Kleinhandel nach dem Frieden, M. Gladbach 1919, S. 45.

⁹ So z. B. ist etwa im Bericht über die Generalversammlung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe München aus dem Jahre 1907 zu lesen: „In den zehn Jahren seines Bestehens hatte der Schutzverein mit den denkbar größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Während er einerseits von denjenigen, welchen er aus gewissen Gründen ein Dorn im Auge war, aufs heftigste angegriffen wurde, ließ andererseits die Unterstützung von seiten der reellen Geschäfte sehr viel zu wünschen übrig, und so ist es nicht zu verwundern, wenn des öfteren die Auflösung des Vereins in Betracht gezogen wurde.“ (Detaillist Nr. 18 v. 4. 5. 1907.)

¹⁰ Vgl. Esch, Th., Die Interessenvertretung des Lebensmitteleinzelhandels, Diss. Münster 1926, S. 48.

zwar auf relativ hohe Mitgliederzahlen — der Zentralverband-Leipzig umfaßte im Jahre 1901 17 000 Mitglieder —, diese gaben jedoch ein falsches Bild, fehlte es doch an einer engen Beziehung zwischen Mitglied und Zentralverband, was es wiederum den Verbänden erschwerte, das Verständnis ihrer Mitglieder für die Notwendigkeit einer starken Spitze zu gewinnen. So mußte z. B. fast in jeder Generalversammlung des Zentralverbandes-Leipzig dessen Präsident um eine Erweiterung seiner Kompetenzen und um eine Stärkung des Zentralverbandes gegenüber den angeschlossenen Vereinigungen kämpfen. Bei seiner Gründung hatten dem Vorstand fünf Mitglieder angehört; da fast jeder neuhinzukommende Verband die Aufnahme seines Präsidenten in den Vorstand verlangte, wurde die Satzung im Lauf der Jahre dahingehend geändert, daß der Vorstand bis zu 24 (!) Mitglieder umfassen konnte, was natürlich dessen Funktionsfähigkeit gewaltig einschränken mußte. Nur unter großen Anstrengungen gelang es 1908 auf der Generalversammlung, die Zahl der Vorstandsmitglieder auf 20 zu vermindern¹¹.

Die Schwäche des Zentralverbandes wird vor allem durch eine nähere Durchleuchtung seiner finanziellen Situation deutlich: Der jährliche Mitgliedsbeitrag, der ursprünglich 25 Pf. betragen hatte, wurde zwar noch im Gründungsjahr durch eine eigens zu diesem Zweck einberufene außerordentliche Generalversammlung auf 75 Pf. und nach einigen Jahren auf eine Mark heraufgesetzt¹², blieb aber damit trotzdem auf einer im Verhältnis zu den Beiträgen von Verbänden anderer Wirtschaftsbereiche geradezu lächerlichen Höhe. Immer wieder wurde in Versammlungen und Verbandsberichten auf diesen Mißstand hingewiesen, ohne daß es freilich zu einer Besserung der Finanzen der Verbände kam¹³. Von den

¹¹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 75 v. 29. 10. 1908.

¹² Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 83 v. 22. 10. 1909.

¹³ So hieß es z. B. in einer Programmschrift des Bundes der Kaufleute, eines Vorläufers des Hansa-Bundes (Vgl. S. 116 ff.) aus dem Jahre 1903: „Es ist ... charakteristisch für eine große Reihe derartiger Vereinigungen, daß sie nicht einmal die Mittel aufzubringen vermögen, um wirklich tüchtige nationalökonomische Vertreter ihrer Interessen aufzufinden und anzustellen, Vertreter, welche für diese Kreise, denen Formgewandtheit und Vorbildung für ein öffentliches Auftreten häufig abgeht, um so wesentlicher wären. Es ist charakteristisch für den geringen Bildungsstand, und den lächerlich engen Gesichtskreis, dieser sich kaufmännisch-nennenden Kreise, daß es beispielsweise Vereinigungen gibt, die nicht müde werden, Forderungen weitgehender Art an die Parlamente und Regierungen zu stellen und die für die Vertretung dieser Interessen einen Betrag von 25 Pfennigen erheben. Wenn man da zusieht, muß man wiederum anerkennend nach der Seite der Landwirte sehen und sich das beschämende Eingeständnis gefallen lassen, daß gegenüber diesen ‚Kaufleuten‘ heute selbst der entlegendste hinterpommersche Bauer ein weitblickender Mann ist. Auch der Hinweis, daß der sozialdemokratisch gebildete und organisierte Arbeiter innerhalb des Jahres wohl zum mindesten 20 Mark für die Wahrung seiner angeblichen oder wirklichen Standesinteressen ausgibt, verfängt nicht bei diesen Kreisen.“ (Der Bund der

Landes- bzw. Provinzialverbänden war, gemessen an der Zahl der Mitglieder, im Jahre 1902 Lissauers Bund der Handels- und Gewerbetreibenden mit 29 Vereinen und 7 400 Mitgliedern am stärksten. Diese überdurchschnittlich hohe Zahl erklärt sich vor allem aus der starken Dichte des Detailhandels in Berlin. Zu den größeren Verbänden auf Landes- bzw. auf Provinzialebene gehörten dann noch im gleichen Jahr der Württembergische Schutzverein für Handel und Gewerbe mit 11 Vereinen und 3 420 Mitgliedern, der Verband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes für Schlesien mit 38 Vereinen und ca. 3 000 Mitgliedern, der Verband der Kaufleute der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder mit 34 Vereinen und ca. 2 200 Mitgliedern und der Zentralausschuß Hamburg-Altonaer Detaillistenvereine mit nur 7 Vereinen und ca. 2 000 Mitgliedern. Am kleinsten war damals der Verband Thüringischer Kaufleute mit acht angeschlossenen Vereinen und nur 104 Mitgliedern¹⁴.

Die Beitragshöhe der Landesverbände betrug im Jahre 1913 im allgemeinen zwischen 50 Pf. und zwei Mark je Mitglied der angeschlossenen Vereine. Da diese wegen der vorwiegend korporativen Mitgliedschaft von den Ortsvereinen eingezogen und dann an die Landes- bzw. Provinzialverbände weitergegeben wurden, waren auch sie sehr stark von den lokalen Zusammenschlüssen abhängig. Aber auch diese selbst hatten nicht geringe finanzielle Sorgen. Große Vereine gab es fast nur in den Großstädten, wie die nebenstehende Aufstellung der größten Schutzvereine des Detailhandels aus dem Jahre 1902 zeigt¹⁵:

**Übersicht
über die größten örtlichen Schutzvereine
des Detailhandels im Jahre 1902**

1. Verein <i>Bremer</i> Ladeninhaber (1893)	492 Mitglieder
2. Zweigverein <i>Cassel</i> des Detaillistenverbandes für Hessen und Waldeck (1895)	473 Mitglieder
3. Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes zu <i>Breslau</i> (1881)	400 Mitglieder
4. <i>Lübeckischer</i> Detaillistenverein (1893)	257 Mitglieder
5. Verein <i>Dresdner</i> Kaufleute (1880)	195 Mitglieder
6. <i>Cannstätter</i> Schutzverein	192 Mitglieder
7. Schutzverein für Handel und Gewerbe <i>München</i> (1896)	175 Mitglieder
8. Verein <i>Leipziger</i> Kaufleute (1877)	129 Mitglieder
9. Verein der Ladenbesitzer <i>Barmens</i> (1890)	115 Mitglieder

Kaufleute, Seine Grundgedanken und Ziele, Berlin 1903, hrsg. v. Bund der Kaufleute, Berlin 1903, S. 28.)

¹⁴ Vgl. Handbuch-1903, S. 39 ff. u. Handbuch-1919, S. 69 ff.

¹⁵ Vgl. Handbuch-1903, S. 39 ff.

Der überwiegende Teil der Vereine jedoch hatte nur zwischen 20 und 60 Mitgliedern, die in der Regel nicht mehr als fünf Mark Jahresbeitrag zahlten. Obwohl uns keine genauen Zahlen über die Höhe des Organisationsgrades der Schutzverbände vorliegen, geht aus ihrer geringen Mitgliederzahl deutlich hervor, daß in ihnen nur ein verschwindend kleiner Teil der Detailhändler organisiert war. Es überrascht uns daher nicht, daß sie es recht schwer hatten, interessenausgleichend auf ihre Mitglieder einzuwirken und von ihnen besondere Anstrengungen für eine Organisation zu verlangen.

D. Die Vertretung der Interessen nach innen

I. Allgemeine Formen des Interessenausgleichs

Wir können daher nur wenig über die Tätigkeit der Schutzverbände ihren Mitgliedern gegenüber berichten. Besonders im argen lag die Bildungsarbeit. Im Unterschied zu vielen „kaufmännischen Vereinen“, die, wie wir zu Beginn dieses Teiles der Arbeit bereits festgestellt haben, meist paritätisch besetzt waren, und zu den später gegründeten örtlichen Fachvereinen, kümmerten sich die örtlichen Schutzvereine nur vereinzelt um die Schulung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Mitglieder. Das gleiche gilt für die überregionalen Verbände: Der Zentralverband-Leipzig betonte zwar immer wieder die Notwendigkeit einer guten Ausbildung der Detailhandelskaufleute, sein Beitrag hierzu bestand freilich fast ausschließlich in der Mitgliedschaft beim Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungswesen. Eigene kaufmännische Fortbildungsschulen unterhielten nur ganz wenige Verbände¹. Besonders zu Beginn der Schutzvereinsbewegung spielten in diesem Zusammenhang die Befürchtungen der „schon Fähigen“, also des alteingesessenen Detailhandels, eine Rolle, daß ihnen durch eine intensive Schulungsarbeit im eigenen Lager eine starke Konkurrenz großgezogen werden könnte². Eine neue Form des Interessenausgleichs nach innen bot sich nach dem Erlaß des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb im Jahre 1896, da sich jetzt eine Reihe von örtlichen Schutzvereinen vor allem der Überwachung des Geschäftsgebahrens ihrer Mitglieder und aller anderen ortsansässigen Kaufleute widmete. Manche Vereine spezialisierten sich sogar fast ausschließlich auf diese Tätigkeit, wie z. B. die 1903 gegründete Braunschweiger Schutzvereinigung für Handel und Gewerbe³.

¹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 62 v. 16. 8. 1910 u. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 33 v. 15. 7. 1910.

² Vgl. Lampe, A., Einzelhandel, S. 514.

³ Dieser örtliche Schutzverein dehnte sich später als Niedersächsischer Schutzverband für Handel und Gewerbe auf Landesebene und schließlich

In mehreren örtlichen Vereinen wurden im Laufe der Zeit auch Sterbekassen errichtet. Nach langwierigen Verhandlungen gelang das auch dem Zentralverband-Leipzig im Jahre 1909⁴. Um eine intensive Betreuung der Mitglieder zu gewährleisten, wäre es vor allem für die „Spitzenverbände“ angebracht gewesen, Fachausschüsse einzurichten, da ja die Differenzierung der Detailhandelsgeschäfte immer weiter fortschritt. Gerade das wurde aber von den großen Verbänden vermieden, aus Angst, diese Ausschüsse könnten sich zu eigenen Fachverbänden entwickeln und so den „Spitzenverband“ von innen her aushöhlen. Die Folge davon war, daß sich die einzelnen Fach- und Spezialgeschäfte außerhalb der „Spitzenverbände“ zusammenschlossen, was wieder eine Schwächung dieser Verbände bedeutete. Dieser Entwicklung konnten sich auch die Schutzverbände auf Landes- bzw. auf Provinzialebene nicht entziehen. Nur wenige von Ihnen hielten sich über den ersten Weltkrieg hinaus. Erst nach der Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erlangten sie dann wieder größere Bedeutung, als diese daran ging, das Verbandswesen des deutschen Einzelhandels nach dem Prinzip der Doppelorganisation aufzubauen⁵.

Soweit die Schutzvereine und -verbände sonst noch in allgemeiner Form nach innen hin tätig wurden und die Selbsthilfe ergriffen, geschah dies fast ausschließlich in abwehrender Form: So führten z. B. mehrere Verbände schwarze Listen über Fabrikanten und Grossisten, die Konsumvereine belieferten. „Jedoch waren die Erfolge dieser Selbsthilfe gering; die Assoziation stand eben erst in den Anfängen, und die zentrifugalen Kräfte waren noch die stärkeren. Das Mittel positiver Selbsthilfe nun, dessen Prinzip am meisten einleuchtet, der gemeinschaftliche Einkauf, errang sich außerordentlich schwer Anerkennung, und nur ganz langsam drang“, wie W. Völkner schreibt, „das Beispiel der ersten Genossenschaften durch und überwand die Hemmungen in den eigenen Reihen und diejenigen, welche von den Grossisten in den Weg gelegt wurden“⁶. In den

sogar als Reichs-Schutzverband für Handel und Gewerbe, wenn auch nicht, wie der Name ankündigte, auf das ganze Reichsgebiet, so doch auf einige Gebiete außerhalb Niedersachsens, vor allem auf Schlesien, aus. Hier wandelte sich im Jahre 1920 der Verband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes für Schlesien in den Landesverband Schlesien des Reichsschutzverbandes für Handel und Gewerbe um. (Vgl. Handbuch—1928, S. 181 f.) Als Reichsschutzverband übernahm die Vereinigung später dann vor allem auch die juristische und steuerliche Beratung der Mitglieder. Nach dem ersten Weltkrieg gründete sie sogar eine Einkaufsgenossenschaft für die ihr angeschlossenen Kolonialwarenhändler. (Vgl. Friedel, H., Das Genossenschaftswesen im Einzelhandel, Diss. Würzburg 1921, S. 76.) Freilich dominierte auch dann immer noch der Schutz- und Abwehrcharakter.

⁴ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 98 v. 14. 12. 1909.

⁵ Vgl. hierzu S. 248.

⁶ Völkner, W., a.a.O., S. 89.

großen Schutzverbänden war der Gedanke des gemeinsamen Einkaufs also lange umstritten: Während die Zentralvereinigung-Berlin die Gründung von Einkaufsgenossenschaften lange ganz ablehnte⁷, wurde diese Form der Selbsthilfe im Rahmen des Zentralverbandes-Leipzig und vor allem in seinen Landesverbänden zunächst wenigstens eifrig diskutiert.

II. Schutzverbände und Einkaufsgenossenschaften

Obwohl sich der Detailhandel bereits seit Mitte der 60er Jahre von den Konsumvereinen bedroht sehen mußte, dauerte es fast 40 Jahre, bis er sich in größerem Umfang dazu entschloß, sich nach ihrem Vorbild zum Zwecke des genossenschaftlichen Einkaufs zusammenzuschließen.

Vereinzelt freilich kam es schon gegen Ende der 80er Jahre zur Gründung von Einkaufs-Genossenschaften, so vor allem im mitteldeutschen Raum, wo man sich gegen das stürmische Vordringen des Görlitzer Konsumvereins wehren wollte. Hier entstanden denn auch 1888 und 1889 die ersten Einkaufszusammenschlüsse in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft: Im Jahre 1888 in Frankfurt/O. der Frankfurter Wareneinkaufverein eGmuH und der Gubener Handelsverein eGmuH. Die dritte und vierte Gründung folgten im nächsten Jahr: der Brandenburgische Wareneinkaufverein eGmuH und der Niederlausitzer Wareneinkaufverein eGmbH in Cottbus⁸. Die Gründungen in Cottbus, Brandenburg a. H. und in Guben erfolgten mit ziemlicher Sicherheit im Rahmen der dort bereits bestehenden Schutzvereine, die alle dem Zentralverband-Leipzig angehörten. In Frankfurt/O., wo noch kein Zusammenschluß dieser Art bestand, kann dagegen ein Einfluß der 1864 gegründeten Handelskammer auf die Errichtung der Einkaufsgenossenschaft angenommen werden. In allen vier Fällen waren es Lebensmitteldetailisten im weiteren Sinne, die sich zusammenschlossen: neben Kolonialwarenhändlern waren auch Inhaber von Spezialgeschäften beteiligt, wie z. B. Weinhändler und Drogisten. (Einkaufsgenossenschaften anderer Branchen entstanden fast ausschließlich im Rahmen der Fach- und Spezialfachverbände.)

Wenn auch zu Beginn der 90er Jahre noch von einer Reihe von Schutzvereinen Einkaufsvereinigungen für Kolonialwarenhändler gegründet

⁷ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 12 v. 10. 2. 1911.

⁸ Während der Frankfurter Wareneinkaufverein und der Niederlausitzer Wareneinkaufverein in Cottbus sich später der Rewe-Organisation anschlossen, blieb der Brandenburgische Wareneinkaufverein bei der Edeka-Organisation. (Vgl. Wozu benötigt der Lebensmittel-Einzelhandel den genossenschaftlichen Großeinkauf? Eine Aufklärungsschrift der Rewe-Zentralorganisation, o. O., o. J., S. 4 u. 25 Jahre Edeka, Edeka Deutsche Handels-Rundschau, Festaussgabe zum 21. Oktober 1932, S. 6.)

wurden, die freilich nicht in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft, sondern nur als freie Vereine entstanden und den gemeinsamen Einkauf nur von Fall zu Fall vermittelten, so fanden dennoch diese Beispiele bei der überwiegenden Mehrheit der Schutzvereine keine Nachahmung. „Selbst die Einführung der beschränkten Haftpflicht durch das neue Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 führte nicht zur allgemein erwarteten Zunahme von Genossenschaftsgründungen⁹.“

Die Ursachen für diese negative Einstellung zum engen Zusammenschluß, wie ihn die Genossenschaft mit ihrer weitgehenden Beschränkung auf rein ökonomische Ziele verlangt, entspringen, wie die verbandsfeindliche Haltung der Detailhändler überhaupt, der bereits aufgezeigten Mentalität dieses Berufsstandes. Dazu kam noch, daß man sich unverständlicherweise sehr dagegen sträubte, die Methoden der Konsumvereine, die man auf der anderen Seite so energisch bekämpfte, sich nun selbst zu eigen zu machen. Der wichtigste Grund für das langsame Eindringen der Idee des gemeinsamen Einkaufs in die Schutzvereine und -verbände des Detailhandels ist aber darin zu sehen, daß in den meisten von ihnen die Großhändler mitorganisiert waren und sich natürlich energisch gegen die Errichtung von Einkaufsgenossenschaften durch die Vereine wehrten.

Die Tagungen des Zentralverbandes-Leipzig und verschiedener seiner Unterverbände spiegeln diese negative Haltung der Mehrzahl der Schutzvereinigungen wider. So lehnten 1899 der 9. nordwestdeutsche Detailistentag in Barmen und der badische Verbandstag in Lörrach die Gründung von Einkaufsgenossenschaften ab, der erstere, „um die Grossisten als Freunde zu behalten oder zu gewinnen, der letztere aus Furcht vor dem Konkurrenzneid der Einzelnen, und weil er die Einkaufsvereine nur für ein Palliativmittel hielt, gründliche Hilfe dagegen nur vom Staat erwartete“¹⁰. Die Verbandstagungen zeitigten, wie es in der Edeka-Festschrift heißt, „überhaupt wenig Erfolge in der Einkaufsvereinsfrage. Ihr Verdienst besteht darin, daß sie den Gedanken wachhielten und zur allmählichen Hebung des Verständnisses für ihn beitrugen“¹¹. Unter den Landesverbänden erwartete sich neben dem thüringischen Verband vor allem der Verband Sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender von der Selbsthilfe durch gemeinsamen Einkauf eine Besserung der Lage des Detailhandels¹².

Als im Jahre 1892 in Leipzig im Anschluß an die Tagung des dortigen Zentralverbandes die „*Leipziger Einkaufskommission*“ gegründet wurde,

⁹ Vgl. Edeka 1907—1957, a.a.O., S. 14.

¹⁰ Völkner, W., a.a.O., S. 97.

¹¹ 25 Jahre Edeka, a.a.O., S. 8.

¹² Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 12 v. 10. 2. 1911.

war das vor allem der Initiative des Sächsischen Verbandes zu verdanken. Bei dieser Einrichtung handelte es sich aber noch nicht um eine echte Zentralgenossenschaft. Sie war vielmehr eine ganz lose Vereinigung, die nicht den gemeinsamen Einkauf selbst besorgte, sondern lediglich der Beratung der angeschlossenen Kolonialwarenhändler in Einkaufsfragen und dem Erfahrungsaustausch zwischen den bereits bestehenden Einkaufsgenossenschaften und denjenigen Standesvereinen des Zentralverbandes-Leipzig diente, die von Fall zu Fall einzelne Waren gemeinsam für ihre Mitglieder besorgten¹³. Großer Anteil an der Errichtung der Zentralkommission kommt auch dem Redakteur der 1882 gegründeten Kolonialwaren-Zeitung, C. W. Zimmermann, zu, während der Zentralverband deutscher Kaufleute, Leipzig, selbst wenig mithalf. Es war vor allem seine gemischte Mitgliederstruktur, die eine einheitliche Stellungnahme zur Idee des gemeinsamen Einkaufs unmöglich machte, gehörten ihm doch nicht bloß Kolonialwarenkleinhändler, sondern, wie bereits festgestellt, auch noch Kleinhändler aller Branchen, Großhändler, Handwerker und kleine Gewerbetreibende an. Sie verhinderten es sogar, daß die Probleme des gemeinsamen Einkaufs auf die Tagesordnung der Verbandstage gesetzt wurden, so daß nur am Rande der Verbandstage darüber beraten werden konnte. „Auch war der Vorsitzende des Zentralverbandes, Senator *Schulze-Gifhorn*, war nicht gerade ein Gegner, aber doch auch kein Freund der Einkaufsvereine“¹⁴, obwohl er auf der anderen Seite maßgeblich am Auf- und Ausbau des gewerblichen Genossenschaftswesens in Niedersachsen beteiligt war. Wie dort verfocht er auch hier bei den Problemen des selbständigen Detailhandels die Ideen der Staatshilfe und sah in den Einkaufsgenossenschaften lediglich ein notwendiges Übel¹⁵. Je größer in den 90er Jahren die Erfolge wurden, die sein Verband in dem Ringen um Staatshilfe erzielte¹⁶, desto mehr trat das Interesse an den Einkaufsgenossenschaften und der Selbsthilfe ganz allgemein zurück. Dieser schädigende Einfluß, der von der einseitigen Orientierung an der Staatshilfe auf die Genossenschaftsbewegung im Detailhandel ausging, läßt sich sogar zahlenmäßig nachweisen: Hatten im Jahr 1893 ca. 30 Einkaufsvereinigungen von

¹³ Vgl. Edeka 1907—1957, a.a.O., S. 14.

¹⁴ Völkner, W., a.a.O., S. 91.

¹⁵ Im Jahre 1894 äußerte er sich hierzu wie folgt: „Auch ich betrachte die Einkaufsvereine als eine Nothwendigkeit, die wir, nur durch die Verhältnisse dazu gezwungen, eingeführt haben. Freilich werden wir in diesem Punkte, aber nur nothgedrungen, unseren Grundsätzen untreu. Unser Verhältnis zu den Konsumenten ist ja dasselbe, wie das der Grossisten zu uns. Wir klagen über die Konsumvereine, wie in Folge der Einkaufsvereine die Grossisten über uns“. (Zitiert n. *Crüger*, H., Aus Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Genossenschaften, Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens, Berlin o. J., S. 25.)

¹⁶ Vgl. hierzu S. 95 ff.

Kolonialwarenhändlern (meist von Schutzvereinen in loser Form errichtet) bestanden, so existierten im Jahre 1898 davon nur noch 18¹⁷. „Durch diese rege Tätigkeit von staatlichen und sonstigen amtlichen Stellen aus wurden die Detaillisten mehr zu politischer Tätigkeit angeregt. Beteiligung an den Wahlen, Diskussionen über den Wert und Unwert und die Zulässigkeit der Parteien füllten die Vereinsverhandlungen; die Gründung einer besonderen Mittelstandspartei wurde erörtert und eine ‚Teutoburger Partei‘, die in ihrem wirtschaftlichen Programm die Forderungen der Detaillisten und des sonstigen Mittelstandes aufführte, wurde gegründet...¹⁸. Die gesamte politische Lage mit ihrer Verwirklichung einer Reihe von Mittelstandsforderungen war dem Genossenschaftswesen wenig günstig, Neugründungen von Einkaufsvereine werden wenig berichtet, und auf den Tagungen des Zentralverbandes kommen wenigstens keine großen Fragen zur Behandlung¹⁹.“

Als dann um die Jahrhundertwende, nachdem der Staat sich immer weniger geneigt zeigte, die Forderungen des Detailhandels zu erfüllen, wieder in größerer Zahl Einkaufszusammenschlüsse von Kolonialwarenhändlern entstanden, ging die Initiative hierzu weniger von den örtlichen Schutzvereinen als vielmehr von den nunmehr schon stärker in den Vordergrund tretenden fachlichen Zusammenschlüssen des Kolonialwarenhandels auf örtlicher und z. T. auch, wie z. B. in Bayern, auf Landes- bzw. Provinzebene aus. Damit setzte sich auch hier die Entwicklung durch, die sich in den anderen Branchen von Anfang an zeigte: Die Gründung der Einkaufsgenossenschaften durch die Fachverbände. Der Beitrag des Zentralverbandes-Leipzig zum weiteren Ausbau der Einkaufsorganisation des Kolonialwarendetailhandels bestand auch jetzt weniger in einer besonderen Aktivität bei der Verbreitung der genossenschaftlichen Ideen, als vielmehr darin, daß er vor allem am Rande seiner Tagungen Möglichkeiten zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch der anstehenden Probleme bot²⁰.

Je weiter dann später die Einkaufsbewegung, getragen von den fachlichen Verbänden, fortschritt, desto mehr trennten sich dann der Zentralverband-Leipzig und die ihm angeschlossenen Verbände vom Einkaufsgenossenschaftswesen. (Wir wollen wegen der engen Verbindung zu den Fachverbänden den weiteren Ausbau der Einkaufsgenossenschaften des Kolonialwarenhandels in Zusammenhang mit der Darstellung dieser Verbände behandeln²¹.) Für die Schutzverbände selbst freilich bedeutete

¹⁷ Vgl. 25 Jahre Edeka, a.a.O., S. 8 f.

¹⁸ Vgl. hierzu S. 84 ff.

¹⁹ Völkner, W., a.a.O., S. 95.

²⁰ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 62 v. 11. 8. 1905.

²¹ Vgl. hierzu S. 142 ff.

die Loslösung der Einkaufsvereine der Kolonialwarenhändler und ihr Zusammenschluß zu einem eigenen Verband eine gewaltige Schwächung, ähnlich wie die sich zur gleichen Zeit vollziehende Gründung der Rabattsparvereine.

III. Schutzverbände und Rabattsparvereine

Im Abwehrkampf gegen die neuen Konkurrenten wurde durch örtliche Schutzvereine eine weitere Form des Zusammenschlusses entwickelt, die zunächst vom Charakter der Selbsthilfe bestimmt war, später aber dann, wie die Schutzvereine und -verbände selbst, wieder in erster Linie nach Staatshilfe strebte: der Rabattsparverein²².

Ähnlich wie die ersten Einkaufsgenossenschaften wurden auch die Rabattsparvereine zunächst gegen die Konsumvereine errichtet. Auch hier sollten diese mit den eigenen Waffen bekämpft werden. Die wirtschaftlichen Erfolge des Konsumgenossenschaftswesens waren außer durch den Einkauf im großen vor allem auch durch die genossenschaftliche Rückvergütung mitbegründet. Durch die Gewährung von Rabattmarken sollte nun auf die Käufer der gleiche Reiz ausgeübt werden wie durch die Dividende der Konsumvereine. Gleichzeitig wollten die Detailhändler, die sich zu Rabattsparvereinen zusammenschlossen, auch einen pädagogischen Effekt bei den Abnehmern ihrer Waren erzielen: an die Stelle des weit verbreiteten Borgunwesens sollte wieder die Barzahlung treten. Gerade im eisernen Festhalten der Konsumvereine und der Großbetriebsformen des Detailhandels an dem Prinzip der Barzahlung bestand ein gewaltiger Wettbewerbsvorteil dieser neuen Konkurrenten, während im herkömmlichen Detailhandel die Borgwirtschaft tief eingegrissen war²³.

Der erste Rabattsparverein wurde 1898 in Hannover als Konkurrenz gegen eine dort eröffnete gewerbsmäßige Rabattgesellschaft gegründet. Im Jahr darauf schlossen sich Mitglieder des Vereins Bremer Landeninhaber (gegr. 1893) zu einem Rabattsparverein zusammen, nachdem dieser eine Gründung von seiten des Vereins abgelehnt hatte. Nach und nach wurden meist im Rahmen örtlicher Schutzvereine weitere Rabattsparvereine ins Leben gerufen, und zwar vor allem dort, wo ähnlich wie in Hannover einzelne Unternehmer durch Vertrieb von Rabattmarken Erwerbsgesellschaften gegründet hatten, die dann aber alle bald wieder verdrängt werden konnten. Ähnlich wie in den Anfängen der Einkaufs-

²² Vgl. zum folgenden: *Faucherre*, H., Die Händler-Rabattsparvereine, Studie über die praktischen Probleme der Mittelstandsbewegung, Jena 1912, ferner *Völkner*, W., a.a.O., S. 112 ff.

²³ Vgl. *Hirsch*, J., Der moderne Handel, S. 278 f.

organisation wurde auch die Idee der Rabattspaarvereine auf den Tagungen der größeren Schutzverbände erörtert und diskutiert. So befaßte sich der Zentralverband-Leipzig auf seiner Tagung 1902 mit dieser neuen Form der Selbsthilfe, lehnte es aber ab, die Gewährung von Rabatten zur Aufgabe des Verbandes und der angeschlossenen Vereine zu machen. Ähnlich wie im Einkaufsverein sah er auch im Rabattspaarverein ein notwendiges Übel, weil dieser, wie es in einem Artikel der Kolonialwaren-Zeitung hieß, „lediglich dem durch Konsumvereine geweckten und großgezogenen Dividendenhunger des Publikums Rechnung trägt“²⁴. Dennoch gelang es 14 bereits bestehenden Vereinen, sich gelegentlich dieser Tagung des Zentralverbandes zum *Verband deutscher Rabattspaarvereine*, mit Sitz in Bremen, zusammenzuschließen²⁵. Die Vereine vermehrten sich viel rascher als die Einkaufszusammenschlüsse, so daß von einer richtigen Bewegung gesprochen werden kann, die ihren Höhepunkt kurz vor dem ersten Weltkrieg erreichte, als dem Verband 503 Vereine mit 73 495 Mitglieder angehörten. Nach dem Vorbild der Konsumgenossenschaftsorganisation gliederte sich dieser eine eigene Revisions-Vereinigung an und gründete eine Reihe von Gauverbänden. Nach Angaben des Verbandes haben die ihm angeschlossenen Vereine in den ersten zehn Jahren seines Bestehens insgesamt für 253 Mill. Mark Marken eingelöst²⁶, wobei in der Regel 5 % Rabatt gewährt wurden.

Der Verband deutscher Rabattspaarvereine geriet bald in eine Konkurrenzsituation zum Zentralverband-Leipzig²⁷ und seiner Organisation, da er vor allem wegen der ebenfalls gemischten Struktur seiner Mitglieder für sich das Recht in Anspruch nahm, zu *allen* den Detailhandelsstand berührenden Fragen Stellung zu nehmen, und so die Interessenvertretung des gesamten selbständigen Detailhandels als alleiniger Spitzenverband anstrebte. Dabei — und hier wird deutlich, daß wir es letztlich doch mit einer ständisch-traditionalen Organisation zu tun haben — trat immer mehr das Bemühen um Hilfe des Staates in den Vordergrund. Diese Umorientierung zeigte sich besonders deutlich während des ersten Weltkrieges und in der Inflation, als die Rabattgewährung fast völlig aufgegeben werden mußte, weil infolge der zunehmenden Warenknappheit ein Anreiz für die Barzahlung nicht mehr notwendig war. Das Zu-

²⁴ Kolonialwaren-Zeitung Nr. 61 v. 11. 8. 1903.

²⁵ Vgl. *Faucherre*, H., a.a.O., S. 80 ff.

²⁶ Vgl. *Schmidt*, E., *Der deutsche Detailhandel und seine Organisation*, Diss. Würzburg 1920.

²⁷ Dagegen ergaben sich auch hier keine Reibungsflächen mit der Zentralvereinigung-Berlin und den ihr angeschlossenen Organisationen, da in Berlin und Umgebung das Rabattspaarvereinswesen sich genauso wenig durchsetzen konnte, wie die Konsumgenossenschaften. (Vgl. Festschrift zur Feier des 40jähr. Bestehens.)

rückdrängen der Idee der Selbsthilfe zugunsten der Interessenvertretung nach außen kam auch durch die Namensänderung in „*Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands, Vertretung für Handel und Gewerbe*“ zum Ausdruck. Gleichzeitig wurde der Sitz nach Hannover verlegt. Da Forderungen vertreten wurden, die in ihrer Radikalität und Hartnäckigkeit kein anderer Verband übertraf, wurde Hannover wieder einmal Sitz einer besonders extremen Haltung im Detailhandel. Diese Radikalisierung, die während des ersten Weltkrieges begann, als sich bei den meisten Schutzverbänden eine Auflockerung der konservativ-ständischer Haltung zeigte, erklärt sich daraus, daß der Verband auf diese Weise krampfhaft versuchen wollte, seine Existenzberechtigung den Mitgliedern gegenüber nachzuweisen, nachdem er die ursprüngliche Funktion wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr ausüben in der Lage war. Seine betont ständisch-traditionale Einstellung behielt er auch noch bei, als er sich nach der Stabilisierung der Währung wieder seinen eigentlichen Aufgaben widmen konnte²⁸. Aus dieser Entwicklung wird deutlich, daß man in der Gründung der meisten Rabattsparvereine durch Schutzvereine keine Wandlung zu einer sachlich-rationalen Haltung sehen kann.

Genausowenig kommt eine solche Umorientierung in der Gründung der ersten Einkaufsgenossenschaften der Kolonialwarenhändler zum Ausdruck: Trotz der Ansätze in dieser Richtung, die sich durch die Förderung der Idee des gemeinsamen Einkaufs in den Reihen des Zentralverbandes und der angeschlossenen Organisationen bemerkbar machten, gelang es ihnen nicht, über den eigenen Schatten zu springen. Die Diskussion dieser neuen Form der Selbsthilfe stellte nur eine kurze Episode dar. An der Grundhaltung der Schutzverbände änderte sich nichts. Ja, im Gegenteil: z. T. distanzierten sie sich sogar später nachdrücklich von der Einkaufsbewegung, als man sehen mußte, wie sich mit der Ausbreitung der Idee des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf fachlicher Basis immer mehr Mitglieder von den eigenen Organisationen abwandten, und die Genossenschafts- und Fachverbände zu einer immer größeren Bedrohung der Existenz der alten Schutzverbände führten. Diese nach wie vor sehr kurzsichtige Einstellung kann durch nichts besser beleuchtet werden, als durch die Tatsache, daß der Zentralverband-Leipzig noch im Jahre 1910, in einer Zeit also, in der sich in weiten Kreisen die Einsicht in die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses immer nachhaltiger durchsetzte, mit Rücksicht auf den Großhandel gegen die Gründung von Genossenschaften in den eigenen Reihen wetterte, da diese geneigt seien, „das gute Einvernehmen zwischen den verschiedenen aufeinander angewiesenen Schichten des kaufmännischen und gewerb-

²⁸ Vgl. Lampe, A., Einzelhandel, S. 512.

lichen Mittelstandes zu stören und die nur einseitigen Erwerbsinteressen zu fördern . . .“²⁹. Zieht man in Betracht, daß sich damals der Großhandel gerade anschickte, im sogenannten „Markenkrieg“ den Einkaufsgenossenschaften des Detailhandels die Funktion als Großhändler streitig zu machen und sie auf das heftigste bekämpfte, so wird diese Einstellung des Zentralverbandes-Leipzig noch unverständlicher. Sie erklärt sich nur aus der nach wie vor sehr deutlich im Vordergrund stehenden ständisch-traditionalen Haltung, „daß es nicht gut sei, irgend einen werbenden Stand durch genossenschaftlichen Zusammenschluß auszuschalten, sondern daß es anzustreben sei, alle Teile des hart bedrängten Mittelstandes als gleichberechtigt anzuerkennen . . .“³⁰. Als einzige Möglichkeit, die Gefahren, die den Detailhandel bedrohten, abzuwehren, ohne dadurch einen anderen Erwerbsstand in seiner Existenz zu gefährden, blieb dann nach Meinung des Detailhandels und seiner Verbände die Hilfe des Gesetzgebers.

E. Die Interessenvertretung der Schutzverbände nach außen

I. Die Forderungen an den Staat

1. Die Forderungen gegen das Wandergewerbe

Gleich unmittelbar nach Einführung der Gewerbefreiheit in den sechziger Jahren verlangte eine Reihe von Schutzvereinen der Detailhändler die Beschränkung der Zahl der Hausierer, der Wanderlager, der Wanderauktionen, der Detailreisenden und des ambulanten Gewerbebetriebes. Dabei ging es dem Detailhandel zunächst um die Beseitigung der Vergünstigungen, die das Wandergewerbe gegenüber dem sesshaften Handel genoß. Vor allem die Wanderlager waren durch das Freizügigkeitsgesetz von 1867 in Preußen steuerlich im Vorteil. Daneben forderten die Schutzvereine die Einführung eines Gewerbescheines und das Verbot des Verkaufs bestimmter Waren, wie z. B. Branntwein. Die gleichen Forderungen wurden dann von den Landes- und Zentralverbänden des Detailhandels in den achtziger und anfangs der neunziger Jahre in verschärfter Form erhoben. Sie verlangten dann sogar das Verbot des Wandergewerbes überhaupt¹.

2. Die Forderungen gegen die Konsumvereine

Am aktivsten waren im Kampf gegen die Konsumvereine die Detailhandelsverbände in Mitteldeutschland.

²⁹ Zit. n. Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 979.

³⁰ Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 979. (Bei E. Lederer z. T. gesperrt!)

¹ Vgl. Häder, W., Der deutsche Kleinhandel und seine Interessenvertretung, Diss. Halle 1922, S. 24 ff.

Wie die Kolonialwaren-Zeitung im Jahre 1904 feststellte, war damals ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Königreiches Sachsen konsumgenossenschaftlich organisiert. Die Schutzverbände wandten sich zunächst an den Staat mit der Forderung, die Konsumvereine und Beamtenkonsumvereine einfach zu verbieten². Erst als es klar wurde, daß der Gesetzgeber zu einem so weitgehenden Schritt nicht zu bewegen sei, setzten Bemühungen um weniger radikale Maßnahmen ein³. Dabei ging es vor allem um die Beschränkung des Geschäftsverkehrs der Konsumgenossenschaften auf deren Mitglieder. Sowohl im Gesetzentwurf von *Schulze-Delitzsch* von 1863 als auch im preußischen Genossenschaftsgesetz vom 27. Mai 1867 war es den Genossenschaften ursprünglich untersagt gewesen, ihren Geschäftsbetrieb auch über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus auszudehnen. Als dann das am 4. Juli 1868 für den Norddeutschen Bund erlassene und später auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnte Gesetz Zweifel über die Zulässigkeit des Nichtmitgliedergeschäftes hatte entstehen lassen, war dieses schließlich durch das Gesetz vom 19. Mai 1871 ausdrücklich für zulässig erklärt worden⁴. Auf der Generalversammlung des Zentralverbandes-Leipzig 1896 in Halle tauchten dann noch die folgenden Forderungen auf: „1. Eintragung aller Konsum- und ähnlicher Vereine ins Genossenschaftsregister; 2. Beseitigung der Bevorzugung, welche die Konsumvereine gegenüber den Einzelkaufleuten genießen, wie die Befreiung von Staats- und Grundeinkommensteuern für viele Konsumvereine, Hergabe billiger Räume oder gar ohne Entgelt seitens der Behörden, Befreiung von der Maß- und Gewichtsordnung und von dem Gesetz betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln etc., wenn nur an Mitglieder verkauft wird; 3. Verbot der Dividendenverteilung; 4. Verbot der Beschäftigung von Staats- und Gemeindebeamten, oder von Offizieren in Konsumvereinen, sei es als Leiter oder in sonst welcher Stellung; 5. Zulassung von Konsumvereinen nur nach Bedürfnis und Auflösung aller Vereine dieser Art, welche den Bedürfnisnachweis nicht innerhalb zweier Jahre erbringen⁵.“ Noch im Jahre 1911 forderte der Verband selbständiger Kaufleute für Rheinland, Westfalen und angrenzende Gebiete das Verbot der Eigenproduktion der Konsumvereine, die dem Detailhandel wegen der großen wirtschaftlichen Erfolge der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg ein besonderer Dorn im Auge war⁶.

² Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 41 v. 31. 5. 1904 u. Kaufmann, H. a.a.O., S. 30.

³ Vgl. *Brauer*, Th., Mittelstandspolitik, GdS, IX., 2., Tübingen 1927, S. 302 f.

⁴ Vgl. *Kulemann*, W., Die Genossenschaftsbewegung, 2. Bd., Systematischer Teil, Die Kulturbedeutung der Genossenschaften, Berlin 1925, S. 28 ff.

⁵ Zit. n. *Wernicke*, J., Kleinhandel, Konsumvereine und Warenhäuser, in: *JfNuSt*, Bd. 69 (1897), S. 742.

⁶ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 49 v. 27. 6. 1911.

3. Die Forderungen gegen die modernen Großbetriebsformen

Als sich dann in den neunziger Jahren die Bazare, Großmagazine, Warenhäuser, Filialbetriebe und Versandgeschäfte immer stärker ausbreiteten, traten die Angriffe gegen die Konsumvereine und das Wandergewerbe hinter dem Kampf gegen diese neuen Konkurrenten zurück. „Das Schoßkind dieser Agitation“, schrieb J. Wernicke, der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser, „wurden dagegen mehr und mehr die *privaten Warenhäuser*, oder wie sie damals vorwiegend genannt wurden, die Warenbazare“⁷. Zunächst wandte man sich von Seiten der Detailhandelsverbände gegen die Geschäftspraktiken der Warenhäuser und führte ihren Erfolg auf „unlauteren Wettbewerb“ zurück⁸. Noch im Jahre 1907 stellte Engel in seinen „Detaillisten-Fragen“ fest: „Wenn auch heute vielleicht einige vornehmere Warenhäuser, die auch Vertreter der höchsten Gesellschaftsklassen zu regelmäßigen Besuchern und Käufern zählen, mehr und mehr davon Abstand zu nehmen scheinen, solche Mittel in aufdringlicher Form zu praktizieren, so steckt das Gros unserer Warenhäuser doch noch zu sehr in den Schuhen ihrer *Bazar-Vergangenheit*, um den Ramschprinzipien, wenn man sie so nennen darf, völlig zu entsagen . . . Gewiß ist es eine beklagenswerte Tatsache, daß im Handel Treu und Glauben immer mehr abnimmt. Dafür sind die Warenhäuser und verwandte Geschäfte zu großem Teil verantwortlich zu machen. Die Tatsache, daß eine nicht einwandfreie Geschäftspraxis zum Erfolg der Warenhäuser vielfach beigetragen hat, ist nicht zu bestreiten“⁹. Obwohl Einigkeit darüber herrschte, daß es von jetzt ab um die Beseitigung des Großbetriebes im Einzelhandel schlechthin und damit um die Aufhebung der Gewerbefreiheit gehen sollte, wollte man sich offiziell nur dagegen wehren, daß diese Betriebsform „Gebräuche in die Geschäfte eingeführt hat, die im Interesse der Reellität und der Volkswohlfahrt tief zu beklagen sind“¹⁰. Als aber nach Berücksichtigung dieser Forderungen durch den Gestzgeber noch genau die gleichen Vorwürfe erhoben wurden, ließ sich das eigentliche Ziel der Mittelstandsverbände nicht mehr verbergen. „Nicht Auswüchse will man reglementieren“, interpretierte M. Biermer diese Zielsetzung, „sondern bestimmte moderne Unternehmungsformen im kaufmännischen Leben, die die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe untergraben, zurückdämmen“¹¹. Th. Fritsch (Leipzig), der Vor-

⁷ Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 14.

⁸ Vgl. Biermer, M., Mittelstandsbewegung, in: HdSt, 3. Aufl., 6. Bd., Jena 1910, S. 760 f.

⁹ Engel, A., Detaillistenfragen, neue Aufgaben des Kleinhandels. 2. Aufl., Mönchen Gladbach 1907, S. 18.

¹⁰ Lampe, A., Einzelhandel, S. 502.

¹¹ Biermer, M., Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge, Gießen 1905, S. 309.

sitzende der Sächsischen Mittelstandsvereinigung, erklärte auf der Tagung der Deutschen Mittelstandsvereinigung 1908 in Düsseldorf: „Wir Mittelstandsleute sind nicht so kurzsichtig und einseitig, daß wir alles Großkapital und allen Großbetrieb bekämpfen möchten. Wir sind uns wohl bewußt, daß es im modernen Wirtschaftsleben viele Gebiete gibt, wo Großkapital und Großbetriebe unentbehrlich sind. Ehrlich schaffen des Kapital erkennen wir stets an. Wenn aber das *spekulative Kapital* sich der Gebiete bemächtigt, auf denen der gewerbliche Mittelstand bisher seine Domäne hatte und allen Bedürfnissen genügte, wenn es — *wie in den Warenhäusern* — gleichsam Monopole des Detailhandels errichtet und rücksichtslos alles neben sich niedertritt, so sollte das alle ernststen Politiker zur Abwehr aufrufen¹².“

Für die Art der Maßnahmen, mit denen man jetzt dieses Ziel zu erreichen hoffte, hatte Frankreich mit seiner Warenhaussteuer bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Beispiel gegeben. In Deutschland begannen die verschiedenen Mittelstandsorganisationen etwa seit dem Jahre 1893, steuerliche Maßnahmen in Form von Sondersteuern der verschiedensten Art gegen die Bazare, Filialgeschäfte und Warenhäuser zu verlangen¹³. Daneben tauchten noch weitergehendere Forderungen in den Resolutionen der Mittelstandsverbände des Detailhandels auf¹⁴. So wollten sie auch die Gründung der Warenhäuser von der Bedürfnisprüfung abhängig machen und eine Konzession für Warenhausaktiengesellschaften einführen. Der Zentralverband deutscher Kaufleute verlangte 1896 auf der Generalversammlung in Halle sogar ein Verbot aller Warenhäuser¹⁵.

4. Die Forderung nach einem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Bereits bei Behandlung der Forderungen gegen die Warenhäuser haben wir gesehen, daß schon sehr früh nach einer Regelung des Wettbewerbs gerufen wurde. Wenn dabei sicher der Kampf gegen die neuen Konkurrenten in Form der großkapitalistischen Betriebsformen die Hauptrolle spielte, so ging es hierbei auch noch um die Beseitigung der Mißstände in den eigenen Reihen. Die erste, auf breiter Grundlage fußende Bewegung, die die Einführung eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb bezweckte, setzte anfangs der neunziger Jahre ein und ging wieder vom Zentralverband deutscher Kaufleute in Leipzig aus. Er strebte vor allem das Verbot einer Reihe von Sonderveranstaltungen, wie Ausnahmstage, Weiße Wochen, Extratage, Saison-, Inventur-, Konkursverkäufe usw. an,

¹² Zit. n. VDWK, Jb. 1908/1909, S. 13.

¹³ Vgl. Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 15.

¹⁴ Vgl. Wernicke, J., Kleinhandel, S. 742.

¹⁵ Vgl. Hirsch, J., Filialbetriebe, S. 264 u. 271.

die damals im Detailhandel, besonders aber bei den Waren- und Kaufhäusern während des ganzen Jahres allgemein üblich waren. Als das daraufhin eingeführte Gesetz als zu schwach angesehen wurde, verlangte der Detailhandel nach der Jahrhundertwende eine Verschärfung¹⁶.

5. Die Forderung nach Wiederherstellung der alten Zunftordnung

Gerade die zunehmende Überfüllung in den eigenen Reihen des Detailhandels war es, die den Blick seiner Schutzverbände immer wieder auf die alte Zunftordnung zurücklenkte. Durch sie mußten ja die Probleme des Wettbewerbs am leichtesten zu lösen sein. So bringen die Versuche, das Recht der mittelalterlichen Zünfte und Gilden wieder neu aufleben zu lassen, die ständisch-traditionale Gesinnung vieler Schutzverbände ganz besonders deutlich zum Ausdruck. Insbesondere wollten die alteingesessenen Detailhändler den Zugang zum Berufsstand durch die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises erschweren, wie er dann in Österreich 1907 auch für den Detailhandel teilweise durchgesetzt werden konnte. Daneben forderte man die Einführung einer fünfjährigen Lehr- und Gehilfenzeit als Voraussetzung für die Eröffnung eines eigenen Geschäftes und eine zahlenmäßige Beschränkung der Geschäfte (Bedürfnisnachweis)¹⁷. Je deutlicher das geringe Interesse der Kleinhändler an der Mitarbeit in Vereinen und Verbänden zu Tage trat, desto lauter wurde dann auch noch der Ruf nach einer Zwangsinnung erhoben. Einige Verbandsführer machten den Vorschlag, auf der Grundlage des Gildenwesens eine rechtliche Vertretung zu schaffen, die ähnlich wie die Handwerkerinnungen aufgebaut sein sollten. Die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen ging sogar soweit, mit der Forderung nach Zwangsinnungen auch gleich die Abschaffung des § 100 g der Gewerbeordnung zu verbinden, der diesen das Recht gemeinsamer Preisfestsetzung verwehrte.

Als sich aber hiergegen große Widerstände im eigenen Berufsstand zeigten, beschränkte man sich mit der Forderung nach *eigenen Kleinhandelskammern*. Wie wir ja bereits sahen, war einer der Gründe für den Zusammenschluß des Detailhandels zu Verbänden darin zu sehen, daß die Handelskammern seinen Forderungen sehr kühl und ablehnend gegenüberstanden¹⁸. Die kleinhandelsfeindliche Einstellung der deutschen Handelskammern wurde anläßlich der ersten größeren Enquete über den Detailhandel offensichtlich, die im Jahre 1897 von der Han-

¹⁶ Vgl. Wernicke, J., Mittelstandspolitik, S. 260 ff.

¹⁷ Vgl. Wernicke, J., Mittelstandspolitik, S. 188 u. Hirsch, J., Der moderne Handel, S. 310.

¹⁸ Vgl. Brauer, Th., a.a.O., S. 393 u. Hirsch, J., Der moderne Handel, S. 296.

delskammer Hannover in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband deutscher Kaufleute und dem Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften veranstaltet wurde: Fast alle Kammern lehnten die von den Detailhandelsorganisationen vorgeschlagenen Mittel zur Bekämpfung der Warenhäuser mit der Begründung ab, sie würden die Grundlage der Gewerbefreiheit erschüttern¹⁹. *Schulze-Gifhorn*, der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Kaufleute, zog hieraus sofort die Konsequenzen. Er sprach den Handelskammern das Recht der Interessenvertretung für den Detailhandel ab und forderte die gesetzliche Errichtung eigener Detaillistenkammern. Mit entscheidend für diese plötzliche Wandlung in der Einstellung zu den Handelskammern war ferner, daß es 1897 dem Handwerk durch Gesetz ermöglicht worden war, eigene Kammern zu errichten. Andere Verbände gingen nicht so weit, sondern gaben sich mit der Forderung nach Bildung von Kleinhandelsausschüssen in den bestehenden Handelskammern zufrieden. So schrieb hierzu *Lissauer* 1899 im Jahresbericht seines Bundes der Handels- und Gewerbetreibenden, Berlin: „Wir können uns von der Bildung von Kleinhandelskammern keinen Vorteil versprechen, glauben vielmehr, daß sie trügerische Hoffnungen erwecken, die Behörden mit vielen nutzlosen Arbeiten belasten und bei dem numerischen Übergewicht der *ganz kleinen Händler* leicht zur Förderung von Tendenzen führen würde, die auch den Antragstellern nichts weniger als angenehm sind . . . Erweist sich aber eine selbständige Vertretung des Kleinhandels als nötig, so ist eine Angliederung an die Handelskammern meistens zu empfehlen²⁰.“ Die gleiche Meinung vertrat der Verband Sächsischer Kaufleute, der 1907 beim Innenminister vorstellig wurde, Maßnahmen zu ergreifen, daß den bestehenden fünf sächsischen Kammern „besondere Abteilungen für Kleinhandelssachen, sogenannte Kleinhandelsausschüsse, die auch aus den Kammern nicht angehörenden Detaillisten bestehen sollen, angegliedert werden“²¹.

Wie wir sehen, ist es wirklich nicht wenig, was sich die Detaillistenverbände vom Staat erwarteten. *Fritz Marbach* kommt bei der Beantwortung der Frage, „warum diese mittelständische Gruppe einer solchen objektiv unbegründeten Egozentrik unterliegt“, zu dem Ergebnis, „daß es sich um eine gruppenkollektive Reaktion auf erfahrene Schädigung handelt, die als wirtschaftliche Unbill aufgefaßt wird, und zugleich um eine psycho-

¹⁹ Vgl. Handelskammer zu Hannover, Die Lage des Kleinhandels in Deutschland, 2 Bde., Berlin 1899/1900.

²⁰ Zit. n. *Schindler*, E., Die wirtschaftliche Lage des Kleinhandels im 20. Jahrhundert und die Bestrebungen zu seiner Reform, Diss. Breslau 1920, S. 76 f.

²¹ Zit. n. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 83 v. 22. 10. 1909.

logische Kompensation objektiv bedingter, kollektiver Minderwertigkeitsgefühle. In manchen Fällen spielt, umgekehrt, die Überschätzung der auszuübenden wirtschaftlichen Funktion eine Rolle. Tatsächlich ist die Gruppe der Detailhändler so etwas wie eine Mimose des Mittelstandes²². Gerade diese Schilderung von *Marbach* zeigt sehr schön, wie im Detailhandel eine der wichtigen Voraussetzungen für die Bildung von Zusammenschlüssen vorhanden war, nämlich „das Bewußtsein für die eigene Schwäche und die Gegenwart eines reizbaren nervösen Selbstbewußtsein“²³. Die Gründe für diese Empfindlichkeit des Detailhandels sieht *Marbach* in folgenden drei Punkten: Die Übersetzung des Detailhandels, die damit verbundene Abwertung zu einem „Refugium anderwärtig nicht Arrivierter“ und den Abstieg des Krämers zum „Austauscher fertig verpackter Waren gegen vorgeschriebene Geldmengen“ infolge der zunehmenden Ausdehnung der Produktionsstufe und der daraus folgenden Einschränkung der Händlerfunktionen. Diese Prozesse seien den Detaillisten bewußt, weswegen sie die wirtschaftliche Bedeutung des Handels überkompensativ betonen und „sich mit Hand und Fuß dagegen wehren, über ihre einkommensmäßige Proletarisierung hinaus noch im Ansehen proletarisiert zu werden“²⁴.

Wie stark dieses Bemühen um Aufwertung des eigenen Ansehens ideologisch im Ständischen wurzelte, soll im nächsten Abschnitt gezeigt werden.

II. Die ideologische Begründung der Forderungen

Um ihre Ziele klar motivieren zu können, sprachen die Schutzverbände den Warenhäusern und Konsumvereinen einfach ihre Existenzberechtigung ab. Der herkömmliche Detailhandel, so argumentierten sie, sei durchaus in der Lage, eine ausreichende Verbraucherversorgung zu gewährleisten. In einer Denkschrift über die Konsumvereine des Zentralverbandes deutscher Kaufleute, Leipzig, hieß es: Sie „würden nur dann Berechtigung haben, wenn sie eine Lücke im wirtschaftlichen Getriebe auszufüllen hätten, oder wenn sie imstande wären, den nationalen Wohlstand thatsächlich zu heben und zu fördern. Beides ist jedoch keineswegs der Fall . . . Der Handel ist heutigen Tags derart organisiert, daß er alle Bedürfnisse des Publikums auf bequemste Weise befriedigen kann“²⁵. Gerade das Wohl des Verbrauchers verlange die Erhaltung möglichst vieler mittelständischer Existenzen im Detailhandel und ihren nachhalti-

²² *Marbach*, F., *Theorie des Mittelstandes*, Bern 1942, S. 280.

²³ *Weippert*, G., *Verbandstrukturierte Gesellschaft*, S. 132.

²⁴ *Marbach*, F., a.a.O., S. 284.

²⁵ Zit. n. Wernicke, J., *Kleinhandel*, S. 740 f.

gen Schutz durch den Staat²⁶. Die Verbände propagierten also die Erhaltung einer möglichst breiten Schicht selbständiger Detailhändler als Notwendigkeit für den Staat und schoben damit gleichzeitig den Parlamenten, Regierungen und Behörden die Verantwortung für den Schutz des Standes vor der Bedrohung vor Konsumvereinen und Warenhäusern zu, die sie unter „dem sozialen Gesichtspunkt des Wettstreites zwischen nichtkapitalistischen und kapitalistischen Unternehmungen“²⁷ betrachteten. Ausgangspunkt war also die These, „daß Gesamtvolk, Staat und bürgerliche Gesellschaft am Klassenkampf zerbrechen werden, wenn nicht eine starke Mittelgruppe, ein gesunder und lebenskräftiger Mittelstand ausgleichend, harmonisierend, neutralisierend wirkt...“²⁸. Es fällt nicht schwer, den sehr stark *ideologisch* gefärbten Kern dieser Forderungen und ihrer Begründung aufzuzeigen. Gerade diese Spielart antikapitalistischer und antisozialistischer Kritik trifft G. Weippert mit seiner Feststellung: „Läßt sich für den ja in der Tat am Unternehmerdenken orientierten Individualismus sagen, daß das Ideologische sich allein schon mit der Verallgemeinerung des eigenen Interessenstandpunkts einstellt, so gilt etwas Ähnliches ja auch für bestimmte Spielarten der antikapitalistischen Kritik. Auch hier stoßen wir auf Interessenideologien. Während etwa den meisten dieser Kritiker der individuelle Egoismus als höchst verwerflich erscheint, erscheint ihnen das Interesse einer ganzen Schicht, der Egoismus einer ganzen Klasse, nicht selten als zutiefst gerechtfertigt und ohne allen Beigeschmack des Fatalen... Wie es dem Individualismus kein Kopfzerbrechen bereitet, aus dem Eigeninteresse aller das Gemeinwohl hervorgehen zu lassen“, wie es dem Kollektivismus keine Schwierigkeit bereitet, „davon zutiefst durchdrungen zu sein, daß mit dem Sieg des Proletariats, also mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Masse der Arbeiterschaft, die Herrschaft der Menschen über den Menschen, die Herrschaft einer Schicht über andere Schichten für immer ein Ende gefunden habe“²⁹, „genauso bereitet es den Schutzverbänden des Detailhandels wie allen mittelständischen Interessentengruppen keine Schwierigkeit, aus der Erhaltung der Selbständigkeit des eigenen Stan-

²⁶ Eine Resolution des Münchner Schutzvereins für Handel und Gewerbe aus dem Jahre 1905 sieht in den Warenhäusern u. a. eine „unheilvolle Schädigung des Publikums, weil die Warenhäuser den Sparsinn des Volkes zerstören und das Publikum zu unnötigen Ausgaben verleiten“ und gleichzeitig „eine Schädigung des Staates und der Gemeinde, weil durch die Warenhäuser die selbständigen Existenzen vermindert und dadurch ein ganz bedeutender Ausfall an Steuern jeder Art... herbeigeführt wird, eine Verminderung selbständiger Existenzen aber weder im Interesse des Staates noch in dem der Gemeinde liegen kann“. (Zit. n. Leopold, M., a.a.O., S. 159.)

²⁷ Marbach, F., a.a.O., S. 298.

²⁸ Weippert, G., *Jenseits von Individualismus und Kollektivismus*, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1964, S. 167.

²⁹ Weippert, G., *Individualismus*, S. 23.

des die Erhaltung des sozialen Ganzen abzuleiten. „Die Ideologie dient hier dem Selbstverständnis, genauer der Selbstinterpretation einer Schicht in einer konkreten Lage in Verbindung mit einem gesellschaftlich mehr oder weniger utopischen Zukunftsziel . . . Charakteristisch für die Ideologie der Mittelschicht ist der Begriff, mit dem man sich vom Klassenbegriff scharf absetzt: der Begriff des Standes . . . Mit dem Standesbegriff und damit auch allen Ideologien, die sich seiner bedienen, sind harmonisierende, statische, zuständische Vorstellungen verbunden. Die Mittelstandsideologie ist rückwärtsgewandt, vergangenheitsorientiert, konservativ³⁰.“ *Theodor Geiger* nennt die These, daß die bürgerliche Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital zugrundegehen werde, wenn nicht ein „gesunder, lebenskräftiger Mittelstand“ einen Ausgleich zwischen diesen Fronten schaffe. „Puffertheorie“ und bezeichnet sie als „Kern und Paradestück“ der „ideologischen Propaganda“ der Mittelstandsbewegung³¹. *Emil Lederer* spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die Verbände des Detailhandels und der übrigen Gruppen des Mittelstandes im Sozialen verankert sind: „Alle Argumentationen laufen letzten Endes hinaus auf den Nachweis der sozialen Bedeutung des Mittelstandes, als Zwischenschicht zwischen Großkapital und Proletariat³².“ Der Mittelstand ist „nicht eine ökonomisch determinierte Schicht, wie die übrigen Klassen, ebenso wenig eine technisch determinierte. Sein Kriterium ist ein soziales: Umfaßt er doch alle mittleren und kleineren selbständig Berufstätigen in Gewerbe und Handel. So ist auch seine Ideologie nach außen hin nicht, wie die Ideologien anderer Schichten, produktions-politisch fundamentiert, sondern sozial . . . von der Voraussetzung aus, daß ein ‚gesundes Wirtschaftsleben‘ eine größtmögliche Anzahl mittlerer selbständiger Existenzen verlange, als Gegengewicht gegenüber dem ‚Flugsand‘ der Arbeiterschaft und der Kapitalübermacht der Großindustrie“³³. „Die Frage der Betriebsform des Detailhandels ist eine technische; ihre Lösung hat Konsequenzen für die soziale Gruppe der Detaillisten; nicht eine Funktion in der Volkswirtschaft wird vornehmlich verteidigt, sondern eine Position in der Gesellschaft³⁴.“

Hieraus wird deutlich, daß die Schutzverbände des Detailhandels, um ihre Forderungen durchzusetzen, die Interessen, die sie vertraten, von

³⁰ Weippert, G., Individualismus, S. 167.

³¹ Geiger, Th., Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949, S. 96.

³² Lederer, E., Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: Archiv, Bd. 35 (1912), S. 913. Vgl. hierzu ferner: Brauer, Th., a.a.O., S. 390.

³³ Lederer, E., Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 5 (1912), S. 549.

³⁴ Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 991. (Bei E. Lederer z. T. gesperrt!)

einem allgemeinen Interesse, vom Interesse der Gesamtheit ableiteten. Sie hatten ihre Wünsche als die Voraussetzung des allgemeinen Wohles zu postulieren, wenn sie erfolgreich sein wollten. Genauso wie für viele Interessentenverbände, war für die Schutzverbände des Detailhandels ein Widerspiel der Ideologie charakteristisch, die verschieden ist, je nachdem sie sich nach innen, an die Mitglieder der Gruppe wendet, oder nach außen gerichtet, auf die Allgemeinheit wirken will: Um den einzelnen an die Gruppe zu fesseln, behauptet die Ideologie nach innen eine Interessensolidarität des Einzelnen mit seiner Gruppe derart, daß das unmittelbare Gruppeninteresse immer dem Einzelinteresse dient. Die Ideologie nach außen hin versucht zu beweisen, daß das Wohl der Allgemeinheit geknüpft sei an die Wahrung des Gruppeninteresses. Dieses Gruppeninteresse wird deshalb niemals um seiner selbst willen postuliert, sondern man motiviert es immer mit dem allgemeinen Interesse, das allgemeine Interesse ist also, wie es *E. Lederer* ausdrückt, „in der Ideologie der Interessenorganisationen und in ihren konkreten Postulaten immer Motivation, aber nie Motiv. Motiv ist immer das Sonderinteresse, und nur weil dieses als koinzidierend mit dem allgemeinen Interesse vorausgesetzt, in der Psyche der Interessenten selbst sicherlich dauernd vorgestellt wird, tritt in der Motivation, welche ja auf die außenstehenden Kreise wirken soll, das allgemeine Wohl, das allgemeine Interesse als Motiv auf³⁵.“ Schon damals weist *Lederer* auf die weittragenden Folgen hin, die aus einem solchen übersteigerten Gruppenegoismus für die grundsätzliche Einstellung zum Staat resultieren müssen: „Diese Umbildung der eigenen Interessen in einen absoluten idealen Wert schließt als Konsequenz die Anschauung in sich, daß die Gesellschaft, der Staat, die Verpflichtung habe, die einzelnen Berufsgruppen zu erhalten. Es entsteht so eine Auffassung vom Staate als einer Zwangsgemeinschaft heterogener Erwerbsstände, die durch das Zusammensein die Verpflichtung auf sich nehmen, gewaltsame Erschütterungen, welche mit der Bedrohung einer Gruppe verbunden wären, zu vermeiden³⁶.“ Daraus folgt, daß „die Stigmatisierung des Einkaufs“ bei Warenhäusern und Konsumvereinen „als sittlich verwerflich“ die Verpflichtung beinhaltet, „den gerade so und so beschaffenen Detailhandel zu unterstützen, lebensfähig zu machen, da ja dieser wiederum die Existenz anderer Gruppen verbürge“³⁷. Demnach erscheinen die Großbetriebsformen kapitalistischer Art und die Konsumvereine „als eine soziale Gefahr, nicht als Bedrohung spezieller Interessen allein, sondern als Gefährdung von Gemeininteressen“³⁸.

³⁵ *Lederer*, E., Parteiwesen, S. 543 f.

³⁶ *Lederer*, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 991.

³⁷ Ebd., S. 991.

³⁸ Ebd., S. 991.

Zur antikapitalistischen Kritik der Detailhandelsvereinigungen wäre noch anzumerken, daß sich hinter ihr auch eine sehr starke antisemitische Tendenz verbarg, die sich seit den 90er Jahren teils offen, teils versteckt in den Angriffen der Verbände und ihrer Funktionäre gegen die Warenhäuser und warenhausähnlichen Gebilde bemerkbar macht. „Der Volksinstinkt, verführt, die nächstliegenden Erscheinungen für alle Mißstände verantwortlich zu machen und den neuauftretenden Konkurrenten als Typus für die mittelstandsfeindliche Verschiebung unter den Erwerbsgruppen anzusehen, suchte nach einem Prügelknaben und fand ihn in der ‚gewissenlosen jüdischen Konkurrenz‘³⁹.“ So betonte *Suchsland*, der wiederholt auf Mittelstandskundgebungen als Redner auftrat, es dürfe nicht unausgesprochen bleiben, „daß die Träger des Warenhausprinzips fast ausschließlich jüdischer Abstammung sind . . . Und so konstatiere ich die Tatsache, daß die Verwüstung im deutschen gewerblichen Mittelstand, soweit sie von den Warenhäusern verursacht wird, hauptsächlich durch unsere Mitbürger mosaischen Glaubens oder mosaischer Abstammung hervorgerufen ist. Das gesamte Judentum hat daher Veranlassung, seinen weitgehenden Einfluß dahin geltend zu machen, daß die ihnen angehörenden Handeltreibenden von den Bedrängungen des deutschen Volkes durch Warenhäuser prinzipiellen Abstand nehmen. Auf die Dauer läßt sich keine Majorität von einer verschwindenden Minorität knechten⁴⁰.“ „Vor wirklichem Einfluß mußten diese wirtschaftspolitischen Reformideen in dem Augenblick werden“ schrieb damals *Biermer*, „wo große und mächtige Parteien sie aus wahltaktischen Gründen anzunehmen sich bereiterklärten⁴¹.“

Wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden, bedurfte es keiner überaus großen Anstrengungen der Schutzverbände des Detailhandels, den bürgerlichen Parteien ihre Ziele und Forderungen nahe zu bringen.

III. Das Vorgehen der Schutzverbände bei der Durchsetzung ihrer Forderungen

Dolf Sternberger unterscheidet zwei Wege, auf denen Interessenverbände nach außen hin gegenüber den staatlichen Stellen aktiv werden können⁴²:

³⁹ *Biermer*, M., Mittelstandsbewegung, S. 735.

⁴⁰ *Suchsland*, E., Schutz- und Trutz-Waffen gegen Konsumvereine und Warenhäuser, 2. Aufl., Halle 1905, S. 88. Vgl. ferner besonders die Ausführungen des Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen, Th. *Fritsch*. (*Fritsch*, Th., Mittelstand, Kapital-Herrschaft, Monarchie, 3. Aufl., Leipzig 1917, S. 16.)

⁴¹ *Biermer*, M., Mittelstandsbewegung, S. 736. Vgl. hierzu ferner: *Rubens*, W., a.a.O., S. 22 f.

⁴² Vgl. *Sternberger*, D., Der Staat der Gegenwart und die wirtschaftlichen

a) Die direkte Ausübung von Druck (Methode des „pressure“) von außen gegenüber den juristisch und verfassungsrechtlich ausgebildeten Institutionen des Staates. Das ist möglich durch „lobby“, publizistische Tätigkeit (in eigenen Organen und Tageszeitungen), Veranstaltung von Versammlungen und Demonstrationen und schließlich durch Drohung mit Radikalisierung (politischer Streik).

b) Interne Beziehungen von Verbänden und Parteien, die dem öffentlichen Bewußtsein nicht so geläufig zu sein scheinen wie der erste Weg. Das kann nach *Sternberger* dadurch geschehen, daß 1. Verbände Parteien beherrschen, 2. Verbände von Parteien beherrscht werden, 3. Verbände selbst Parteien werden wollen oder geworden sind, 4. Verbände innerhalb von Parteien wirken (Methode der „Verschränkung“) und 5. Parteien in Verbänden wirken.

Wenn wir uns nun fragen, welche Wege der Aktivität unsere Schutzverbände des Detailhandels einschlugen, so können wir feststellen, daß sie sich fast aller hier aufgezählten Möglichkeiten bedienten. Im Vordergrund aber stand die Zusammenarbeit mit den Parteien⁴³.

1. Schutzverbände und Parteien

a) Die „staatstragenden Parteien“ als Partner der Schutzverbände

Da es in Deutschland keine bestimmte Partei gab, die sich als Kristallisationskern des Mittelstandes bezeichnen konnte, wie etwa die Christlich-Sozialen in Österreich, wandten sich die Schutzverbände des Detailhandels an die sogenannten „staatstragenden Parteien“ der Rechten und der Mitte, die im Gegensatz zu den Parteien der Linken ähnlich wie die Schutzverbände selber konservativ, also ständisch-traditional orientiert waren⁴⁴. Sie strebten im politischen Bereich genau das gleiche an wie die Schutzverbände im wirtschaftlichen Bereich, die Bewahrung der alten überkommenen Ordnung, und bekämpften alles Neue, weil sie darin eine Gefährdung des gesellschaftlichen Gleichgewichtes sahen. „Nach den bisher vorliegenden Leistungen auf dem parlamentarischen Gebiet“, schrieb 1905 *Suchsland*, ein Vertreter einer recht radikalen Richtung des mittelständischen Detailhandels, „ist es keineswegs schwer, sich für die richtigen Leute zu entscheiden. Sie sitzen nicht bei den linksstehenden Parteien. Hier sind entweder direkte Feinde oder sehr laue Freunde. Daher

und außerwirtschaftlichen Interessentengruppen, Rundtafelgespräch auf dem 11. Deutschen Soziologentag, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 5. Jg. (1952/1953), S. 204 ff.

⁴³ Vgl. hierzu auch: *Wössner*, J., *Die Verbandsgesellschaft*, S. 73 ff.

⁴⁴ Vgl. *Lederer*, E., *Parteiwesen*, S. 535 ff.

kann bei jeder Wahl die Parole für den gewerblichen Mittelstand nur lauten: Los vom Liberalismus im allgemeinen und vom Freisinn im besonderen! Ein Angehöriger des gewerblichen Mittelstandes kann je nach seiner sonstigen persönlichen Stellung oder nach den Parteiverhältnissen seines Wahlkreises vernünftigerweise seinen Vertreter nur entnehmen aus den Reihen 1. der Deutsch-Konservativen, 2. des Zentrums, 3. der deutsch-sozialen Reformpartei, 4. des Bundes der Landwirte. Andere Parteien darf es für ihn nicht geben“⁴⁵.

Eine günstige Gelegenheit zur Einflußnahme bot sich den Verbänden in erster Linie unmittelbar vor der Wahl. Seit die Parteien zu geschlossenen Körpern geworden waren, gab es keine Möglichkeit mehr, bei der Nominierung der Kandidaten mitzuwirken, wie früher, als diese noch in offenen Sitzungen der örtlichen Honoratiorengruppen, die die Basis der Parteiorganisation bildeten, ernannt wurden⁴⁶. Nunmehr war man vor allem auf das Verfahren der Interpellation angewiesen, das etwa seit den 80er und 90er Jahren von den Interessentengruppen ganz allgemein angewandt wurde: Die Verbände trugen den Kandidaten der einzelnen Parteien des jeweiligen Bezirks ihre Wünsche vor. Der Kandidat, der sich am intensivsten für die Forderungen einzusetzen versprach, wurde dann den Verbandsmitgliedern zur Wahl vorgeschlagen und von der Organisation unterstützt. Oft schlugen die Verbände den Parteien auch Mitglieder oder Leute ihres Vertrauens als Kandidaten vor. Vor allem bei den Stichwahlen, bei denen es oft auf wenige Stimmen ankam, versuchten die Verbände ihren Einfluß geltend zu machen⁴⁷. Die Parteien brachten ihrerseits auch den Forderungen des Detailhandels und des übrigen Mittelstandes großes Interesse entgegen, betrachteten sie doch den Mittelstand als einen Schutz gegen Sozialdemokratie und Kapitalismus. So rückte vor jeder Neuwahl irgendeine Partei der Rechten oder der Mitte die Schwierigkeiten und Sorgen des Mittelstandes in Handel und Handwerk in das rechte Licht „und wenn dann Vorschläge zur Besserung seiner Lage in die Debatte geworfen wurden, wetteiferten die übrigen Parteien miteinander, eine Lanze für den vernachlässigten Stand der Kleingewerbetreibenden

⁴⁵ Suchsland, E., Schutz- und Trutz-Waffen, S. 122.

⁴⁶ Vgl. Nipperdey, Th., Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918, in: Historische Zeitschrift, Bd. 185 (1958).

⁴⁷ Vgl. Nipperdey, Th., Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: PVS, 2. Jg. (1961), S. 269 f. Auch Emil Lederer weist auf diese Versuche der Verbände hin, die damals immer öfter „mit ganz bestimmten Postulaten an die Kandidaten herantreten und diese auf ihre Forderungen festzulegen trachten — während früher die politischen Parteien nur ganz im allgemeinen in ihren Wahlaufrufen und die einzelnen Kandidaten in ihren Versammlungen die Berücksichtigung spezieller Interessen zusagten“. (Lederer, E., Sozialpolitische Chronik, Die Interessentenorganisationen und die politischen Parteien, in: Archiv, Bd. 34 (1912), S. 311.)

zu treffen“⁴⁸. „Unbesehen wurden von diesen vielfach die von den Mittelstandskreisen geäußerten Wünsche vertreten, ohne eingehende Prüfung, ob diese dem Mittelstande auch wirklich Nutzen bringen oder ihm nicht vielmehr schaden könnten“⁴⁹. „Fast alle bürgerlichen Parteien im Reich wie in Staat und Gemeinden trugen den Forderungen des Kleinhandels weitgehend Rechnung, so daß wir immer wieder auf Programme stoßen, die die früher behandelten Abwehr- und Schutzforderungen enthalten“⁵⁰. „Zu den eifrigsten Verfechtern dieser Maßnahmen gehörten die konservativen Ablegerparteien: die Christlich-Sozialen, die Deutsche Reformpartei und die Antisemiten, die besonders auffallende Spezialfragen der Mittelstandsbewegung zum Zentrum ihrer politischen Zielsetzung machten“⁵¹. Auch die *Konservativen* selbst unterstützten die Forderung des Detailhandels und wandten sich scharf gegen die Ausbreitung des Wandergebietes, der Warenhäuser und der Konsumvereine. Schon das Programm von 1892 sah umfangreiche Maßnahmen vor⁵². Im Jahre 1896 brachten sie durch den Abgeordneten *Brockhausen* im Preußischen Abgeordnetenhaus einen von vielen Mitgliedern des Hauses unterstützten Antrag auf eine besondere progressive Umsatzsteuer für die Betriebsformen der Warenhäuser und Konsumvereine ein⁵³.

Besonders der Abgeordnete *Hammer* sorgte für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Konservativen Partei und dem gewerblichen Mittelstand. Er war selber aus dem Handwerkerstande hervorgegangen und spielte in der Handwerker-genossenschaftsbewegung als langjähriger Vorsitzender des Verbandsausschusses des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften eine maßgebliche Rolle. Ihm hatte es der Detailhandel zu verdanken, daß eine ganze Reihe von Anträgen von der konservativen Fraktion unbesehen übernommen und im Preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht wurde⁵⁴.

⁴⁸ *Lindner*, E., Die wirtschaftlichen Interessenvertretungen des deutschen Einzelhandels unter besonderer Berücksichtigung des Reichswirtschaftsrates, Diss. Tübingen 1922, S. 119.

⁴⁹ *Wernicke*, J., Mittelstandspolitik, S. 188.

⁵⁰ *Brauer*, Th., a.a.O., S. 395.

⁵¹ *Eschenburg*, Th., Das Kaiserreich am Scheidewege, Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929, S. 33.

⁵² Dort hieß es: „Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbstätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. Redlicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schützen durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch die Beseitigung der Wanderlager und der Wanderauktionen“. (Zit. n. *Wernicke*, J., Mittelstandspolitik, S. 187.)

⁵³ Vgl. Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, S. 508.

⁵⁴ Vgl. VDWK, Jb. 1905 bis 1908.

Auch das *Zentrum* nahm sich schon sehr früh der Sorgen des Detailhandels an. Im „Katholisch-sozialen Programm“, das 1894 in Köln aufgestellt wurde, forderte es ähnliche Maßnahmen⁵⁵. In der Stellung zu den Warenhäusern aber ergaben sich später Differenzen in der Partei: Während sich die Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1904 noch für den Antrag auf Erhöhung der Warenhaussteuer einsetzte, und die bayerischen Zentrumspolitiker noch 1907 das Verbot der Gründung von Warenhäusern und ihre erhöhte Besteuerung forderten, bemühten sich die führenden Männer der Partei, wie *Trimborn*, *Erzberger* und *Roeren* immer mehr, den kaufmännischen Mittelstand auch mit dem Gedanken der Selbsthilfe vertraut zu machen. *Trimborn* brachte dann auch 1907 im Preußischen Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Errichtung von Detaillistenkammern und Ausdehnung des kleinen Befähigungsnachweises auch auf den Detailhandel ein und betonte, daß sich die Detaillisten gegen das Warenhaus nur durch genossenschaftlichen Zusammenschlüsse schützen könnten⁵⁶.

Auch die *Nationalliberale Partei* gab der Selbsthilfe den Vorzug vor der Staatshilfe, wenn sie auch vor allem vor den Wahlen den Anschein erweckte, alle Forderungen der Detailhandelsorganisationen zu vertreten⁵⁷. Sowohl der Gesetzentwurf über die Warenhaussteuer aus dem Jahre 1900 als auch der Entwurf über die Erhöhung der Steuer von 1905 wurden jedoch gegen die Stimmen der Nationalliberalen und des Freisinns vom Preußischen Abgeordnetenhaus angenommen⁵⁸. Später aber wurde die Haltung der Nationalliberalen Partei schwankend. Im Jahre 1912 stimmte sie dann sogar im Preußischen Abgeordnetenhaus für den Antrag *Hammer* auf Erhöhung der Warenhaussteuer⁵⁹.

Die *freisinnigen Parteien* lehnten alle Eingriffe des Staates entschieden ab. Mit Befriedigung stellte der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser 1905 fest, daß sie „die Gefährlichkeit der neuerlichen Mittelstandsbewegung klar erkannt“ haben und ihr überall „mit aller Entschlossenheit“⁶⁰ entgegengetreten.

Die *Sozialdemokraten* schließlich taten alles, um den Untergang des Besitzmittelstandes zu beschleunigen. Schon 1869 hatte der Abgeordnete

⁵⁵ Vgl. *Salomon, F.*, Die Deutschen Parteiprogramme, H. 2: Im Deutschen Kaiserreich 1871—1918, 4. Aufl., hrsg. v. Mommsen, W., und Franz, G., Leipzig und Berlin 1932, S. 61.

⁵⁶ Vgl. VDWK, Jb. 1907/08, S. 20.

⁵⁷ Vgl. das Flugblatt zur Reichstagswahl 1912, abgedruckt in: VDWK, Jb. 1912, S. 64.

⁵⁸ Vgl. die Angaben im Politischen Handbuch der Nationalliberalen Partei, hrsg. v. Centralbüro der Nationalliberalen Partei, Berlin 1907, S. 1103 ff.

⁵⁹ Vgl. *Wernicke, J.*, Mittelstandspolitik, S. 190.

⁶⁰ VDWK, Jb. 1905/06, S. 6.

Schweiger bei der Beratung über die Einführung der unbeschränkten Gewerbefreiheit erklärt: „Nicht weil ich Glück und Segen von dieser Vorlage für unser Vaterland und unsere Gesellschaft erwarte, stimme ich für die Gewerbefreiheit, sondern ganz im Gegenteil, weil ich von ihrer Einführung erwarte, daß Tausende und Abertausende selbständiger Existenzen verlorengehen, die dann in unsere Reihen treten⁶¹.“

b) Die Gründung eigener Parteien in Zusammenarbeit
mit den übrigen Gruppen der Mittelstandsbewegung
(Die Deutsche Mittelstandsvereinigung, Berlin)

Bei den im allgemeinen doch recht anspruchsvollen Forderungen der Schutzverbände des Detailhandels an Regierungen, Behörden und Parteien war es fast die Regel, daß man mit den Erfolgen unzufrieden war. Wiederholt ertönte deshalb der Ruf nach Gründung einer eigenen Vertretung in den Parlamenten der Städte, der Länder und sogar des Reiches. „Die Mittelstandsklassen selber streben“, wie es L. Müffelmann ausdrückte, „nach Gewinnung politischen Einflusses, um ihre wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen“⁶². Bei den Handwerkern, die sich von der industriellen Entwicklung viel eher bedroht sehen mußten als die Detailhändler, hatte die Wendung zu eigener politischer Betätigung schon recht früh eingesetzt⁶³. So wollte schon der im Jahre 1873 in Leipzig gegründete Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten Deutschlands eine Deutsche Handwerker- und Gewerbeartei gründen, und im Jahre 1892 war auf dem Innungs- und Allgemeinen Handwerkerkongress in

⁶¹ Zit. n. Pesh, L. D., Mittelstandsfragen. (Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand, in: GdS, IX., 1., Tübingen 1926, S. 118.)

⁶² Müffelmann, L., Die moderne Mittelstandsbewegung, Leipzig und Berlin 1913, S. 97.

⁶³ Die Ziele der Mittelstandsbewegung im Handwerk entsprangen zum größten Teil ebenfalls dem Kampf gegen die Gewerbefreiheit und die zunehmende Ausdehnung des industriellen Großbetriebs. Sie war vor allem auf die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises und der alten Zunftrechte ausgerichtet. Auch hier bemühte sich eine Reihe von Vereinigungen um das Wohl des Handwerkerstandes: Der im Jahre 1862 in Weimar ausdrücklich zur Bekämpfung der Gewerbefreiheit gegründete *Deutsche Handwerkerbund* (bis 1864), der 1873 in Leipzig entstandene *Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten* (bis 1881), der 1882 ins Leben gerufene *Allgemeine Handwerkerbund* (bis 1889), der die extremste ständisch-traditionale Richtung vertrat, der 1884 geschaffene *Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände* (bis 1933) mit mehr gemäßigter Richtung, der sich nach und nach den größten Einfluß verschaffte und sehr enge Verbindungen zur Konservativen Partei hatte und schließlich der seit 1891 existierende *Verband Deutscher Gewerbevereine* (bis 1933) auf einer ebenfalls gemäßigten Basis. (Vgl. hierzu: Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 17 v. 1.3.1904, ferner: Wernicke, J., Mittelstandspolitik, S. 154 ff. und: Waentig, H., Die gewerbepolitischen Anschauungen in Wissenschaft und Gesetzgebung, in: Festschrift für Gustav Schmoller, Bd. 2, Leipzig 1908, S. 45 ff.)

Berlin wiederum der Gedanke aufgetaucht, eine Handwerkerpartei ins Leben zu rufen. Erst 1895 gelang es dann unter Führung von Handwerkern in Halle eine eigene Mittelstandspartei zu schaffen, der freilich kein langes Leben beschieden blieb. Auch im Detailhandel gab es schon sehr früh Bestrebungen, den Schutzverbänden auch die Funktion von politischen Parteien zu übertragen, bzw. eigene Parteien zu gründen. So wurde bereits 1890 auf dem Verbandstag des Zentralvorstandes kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands (Hannover), des Vorläufers des Zentralverbandes-Leipzig, „das Bedürfnis eines geschlossenen Auftretens des Mittelstandes bei den Wählern . . . ernstlich erwogen“⁶⁴. Es dauerte aber dann doch vier Jahre, bis unter Führung des Mitgliedes des Verbandes der Kaufleute der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig, *Cäsar Astfalck*, und unter Mitwirkung des Zentralverbandes-Leipzig und einiger Handwerksverbände in der *Teutoburger Partei* (Verband deutscher Mittelstände) eine eigene Mittelstandspartei entstehen konnte. Als Vorbild sollte dabei der Bund der Landwirte dienen. Aber auch die Teutoburger Bewegung verlief bald wieder im Sande, ohne größere Bedeutung erlangt zu haben⁶⁵. Nach der Jahrhundertwende machte sich das Streben nach Gewinnung politischen Einflusses durch eine eigene Partei erneut deutlich bemerkbar. Jetzt waren es ebenfalls zunächst wieder die Handwerkerkreise, die in dieser Richtung einen Vorstoß unternahmen, der Allgemeine Bayerische Handwerkerkongress in Nürnberg aber lehnte 1903 die Gründung einer Handwerkerpartei ab⁶⁶. Am 24. Februar 1904 versuchte es der Zentralausschuß deutscher Innungsverbände erneut: Er lud zu einer Kundgebung in Berlin ein, bei der der konservative Abgeordnete *Felisch* das Hauptreferat hielt und die bekannten Forderungen wie erhöhte Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine, Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb erhob. Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerkongress aber wies 1904 in Magdeburg wiederum die Gründung einer eigenen Partei zurück. Trotzdem aber konstituierte sich noch im gleichen Jahr unter Führung des Schneidermeisters *Voigt*, Friedenau, der *Bund der Handwerker* als politische Partei, der aber nur auf Handwerker beschränkt blieb. Noch im gleichen Jahr aber kam es dann zur Gründung einer alle Gruppen des Mittelstandes umfassenden politischen Vereinigung. Aber auch jetzt wurde nicht Berlin, sondern, wie schon bei der Gründung des ersten „Spitzenverbandes“ des Detailhandels, Hannover Sitz der neuen Bewegung. Unter maßgeblicher Beteiligung des Zweigverbandes Hannover

⁶⁴ Kolonialwaren-Zeitung Nr. 49 v. 1. 7. 1910.

⁶⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 17 v. 3. 3. 1903 u. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 49 v. 1. 7. 1910.

⁶⁶ Vgl. *Wernicke*, J., Mittelstandspolitik, S. 155.

des Zentralverbandes deutscher Kaufleute wurde in einer Versammlung von Detailhändlern, Handwerkern, Hausbesitzern und Vertretern der übrigen Mittelstandsgruppen, an der über 1000 Personen teilnahmen, im Oktober 1903 die *Mittelstandsvereinigung Hannover* ins Leben gerufen. Den Vorsitz übernahm der Architekt *Küster*. Neben den Vertretern des (alten) Besitzmittelstandes, unter denen vor allem die Hausbesitzer zahlreich vertreten waren, wirkten, und das ist das Bemerkenswerte und Neue an dieser Gründung, auch Vertreter des (neuen) unselbständigen Mittelstandes, vor allem Privatbeamte und Angestellte, mit⁶⁷.

Der politische Charakter der neuen Organisation kam in folgender Zielsetzung besonders klar zum Ausdruck: „Zusammenfassung der Angehörigen des erwerbstätigen deutschen Mittelstandes behufs Wahrnehmung seiner Berufs- und Standesinteressen bei den politischen und Gemeindewahlen, sei es innerhalb der bestehenden Parteien, sei es erforderlichenfalls neben diesen⁶⁸.“ Da es in erster Linie die Verbände des Detailhandels waren, die sich zum Träger der neuen Bewegung entwickelten, und die dominierende Rolle in ihr spielten, müssen wir näher auf sie eingehen.

Von Hannover aus wurde sogleich versucht, auch in anderen Städten politische Mittelstandsgruppen zu organisieren. So konstituierten sich bald danach in Magdeburg und in Braunschweig ähnliche Vereinigungen⁶⁹. Die Mittelstandsvereinigung Hannover nahm dann auch gleich nach ihrer Gründung Kontakte zu den verschiedenen bereits bestehenden Verbänden des Mittelstandes, insbesondere des Detailhandels auf, mit dem Ziel, den gesamten deutschen Mittelstand politisch zu vereinen: In enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Berliner Bundes der Handels- und Gewerbetreibenden, Kommerzienrat *Lissauer*, kam es dann in Berlin zur Gründung der *Deutschen Mittelstandsvereinigung* unter dem Vorsitz von *Küster*. Hannover blieb vorerst Sitz der Organisation. Als aber dann im Jahre 1905 Obermeister *Rahardt* aus Berlin *Küster* im Vorsitz ablöste, verlegte er den Sitz der Vereinigung nach Berlin. Genau so wie der Mittelstandsvereinigung Hannover ging es auch dem Dachverband um die parteipolitische Zielsetzung der „Wahrnehmung der Berufs- und Standesinteressen des deutschen Mittelstandes, vornehmlich bei den politischen und Gemeindewahlen, sei es innerhalb der bestehenden Parteien, sei es erforderlichenfalls neben diesen“⁷⁰. Die Gründung erfolgte in bewußtem Gegensatz zur Konservativen Partei, und nicht mit deren

⁶⁷ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 95 v. 9. 12. 1904.

⁶⁸ Zit. n. *Müffelman*, L., Mittelstandsbewegung, a.a.O., S. 97.

⁶⁹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 82 v. 23. 10. 1903 u. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 77 v. 4. 10. 1904.

⁷⁰ Zit. n. *Krueger*, H. E., a.a.O., S. 231.

Unterstützung, da sich die Mittelständler von ihr nach und nach vernachlässigt fühlten.

Außer dem Lissauer'schen Bund der Handels- und Gewerbetreibenden trat auch der Deutsche Bund für Handel und Gewerbe (Leipzig), der damals noch in Konkurrenz zum Zentralverband deutscher Kaufleute, Leipzig, stand, der Deutschen Mittelstandsvereinigung bei. Der Zentralverband-Leipzig selbst konnte zwar wegen seiner Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft der Deutschen Mittelstandsvereinigung nicht beitreten, arbeitete aber sehr eng mit ihr zusammen⁷¹. Neben den wichtigsten Verbänden des Detailhandels unterstützten auch die größten Verbände der Handwerker, Hausbesitzer, Beamten und Angestellten die neue Vereinigung, u. a. vor allem der sehr einflußreiche Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände und der Bund der Handwerker⁷².

Unabhängig von der Deutschen Mittelstandsvereinigung entstanden fast gleichzeitig in verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches weitere politische Mittelstandsverbände, so z. B. in Leipzig, wo es 1905 unter Führung des Ingenieurs *Theodor Fritsch* zur Gründung der *Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen* kam, und in München, wo im gleichen Jahr die *Bayerische Mittelstandspartei* ins Leben gerufen wurde, die aber kurz nach ihrer Gründung wieder einging. Während die bayerische Partei eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Mittelstandsvereinigung ablehnte, trat ihr die Sächsische Mittelstandsvereinigung bei. Im Jahre 1908 konstituierte sich dann noch die *Wirtschaftliche Volkspartei für Hessen-Nassau*. Auch sie verzichtete auf eine Zusammenarbeit mit der Hanoverischen Richtung und erlangte keine weitere Bedeutung⁷³. Von Hannover und später von Berlin aus versuchte dann die Deutsche Mittelstandsvereinigung, im ganzen Reich Ortsgruppen und Landesverbände zu gründen. Neben der recht starken *Schlesischen Mittelstandsvereinigung* muß von ihnen vor allem der *Rheinisch-Westfälische Landesverband* mit dem Sitz in Düsseldorf erwähnt werden. Bis zum Jahre 1908 brachte es die Berliner Zentrale auf 140 Ortsgruppen. Außerhalb von Sachsen und Thüringen gehörten ihr 80 000 Mitglieder an. Diese Zahl darf freilich nicht überbewertet werden. Einmal beruht sie auf eigenen Angaben und ist deswegen eher zu hoch als zu niedrig gegriffen, zum anderen handelt es sich auch hier nur um Mitglieder der korporativ angeschlossenen Verbände, wodurch die Schlagkraft der Zentrale ebenfalls sehr stark gehemmt wurde⁷⁴. Besonders die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen war stets darauf bedacht, die Berliner Zentrale

⁷¹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 92 v. 29. 11. 1904.

⁷² Vgl. *Krueger*, H. E., a.a.O., S. 231.

⁷³ Vgl. VDWK, Jb. 1908, S. 7.

⁷⁴ Vgl. VDWK, Jb. 1905/06.

nicht zu stark werden zu lassen, und entwickelte sich mehr und mehr zum eigentlichen Träger der ganzen Bewegung. Da ihr alle größeren Handwerker- und Detailhandelsverbände beitraten, erreichte sie nach eigenen Angaben bereits im Jahre 1910 rund 140 000 korporativ angeschlossene Mitglieder⁷⁵. Auch bei ihr war der Detailhandel tonangebend, was sich schon bei der Gründung bemerkbar machte. Da ja der Zentralverband deutscher Kaufleute selbst seinen Sitz in Leipzig hatte, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sein damaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Stadtrat *Seifert*, auch in den Vorstand der Sächsischen Mittelstandsvereinigung gewählt wurde, und gleich in den ersten Punkten des Gründungsprogrammes die altbekannten ständisch-traditionalen Forderungen dieser Gruppe in äußerst aggressiver Formulierung auftauchten⁷⁶.

Ähnlich wie die Mittelstandsvereinigung-Hannover, in der zum ersten Male Interessenverbände des alten und neuen Mittelstandes zusammenarbeiteten, glaubte auch die Deutsche Mittelstandsvereinigung Berlin, zur Erringung politischer Macht auf die Unterstützung der sehr mitgliederstarken Beamtenorganisationen und Handlungsgehilfenverbände nicht verzichten zu können. Neben den genannten Forderungen des alten Mittelstandes enthielt ihr Programm demnach auch die Wünsche der Privatbeamten und Angestellten. Widersprüche zwischen diesen beiden Gruppen, wie sie immer wieder zum Durchbruch kamen, wurden nach außen hin als nicht existent abgetan. Wie wir freilich noch sehen werden, sollten diese Gegensätze dann doch eine erhebliche Rolle spielen und mit zur endgültigen Spaltung der Mittelstandsbewegung beitragen.

In Anbetracht der großen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die Deutsche Mittelstandsbewegung wegen der geringen Beitragsleistungen ihrer Mitgliederverbände befand, entwickelte sie doch eine recht rege Tätigkeit, so daß es ihr nach und nach gelang, „in der Mittelstandsbewegung die führende Rolle zu spielen“⁷⁷. Das große Vorbild auf dem Weg zur politischen Partei war dabei auch für sie der Bund der Landwirte, dem es gelungen war, sich vom Wirtschaftsverband zu einer Partei zu

⁷⁵ Vgl. *Fritsch*, Th., a.a.O., S. 24.

⁷⁶ Diese lauteten: „1. Schutz gegen das Eindringen des Großkapitals in den Detailhandel, Verbot der Warenlager, des Filialunwesens und ähnlicher schädlicher Erscheinungen. 2. Einschränkungen der weiteren, den Mittelstand schädigenden Entwicklung des Konsumvereinswesens, bzw. Zulassung der Konsumvereine nach dem Maße des Bedürfnisses, Verbot der Dividendenzahlung. 3. Verbot entgeltlicher und unentgeltlicher Vermittlung von Waren-Ein- und -Verkäufen für Offiziere, Beamte, Geistliche. 4. Ferner Verbot der Übernahme von Vorstands- und Aufsichtsratsämtern bei Wirtschaftsgenossenschaften für dieselben Posten. 5. Verschärfung der Bauvorschriften für Waren- und Kaufhäuser in bezug auf feuerpolizeiliche Maßregeln zum Schutz des Publikums“. (Zit. n. Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei, a.a.O., S. 761.)

⁷⁷ Vgl. *Biermer*, M., Mittelstandsbewegung, S. 762.

entwickeln, die durch eine ganze Reihe von eigenen Abgeordneten im Reichstag vertreten war. Nach außen hin freilich betonte Obermeister *Rahardt* aus taktischen Gründen immer wieder, daß das Arbeitsgebiet der Vereinigung auf rein wirtschaftlichem Gebiet liege und keine Rede davon sein könne, daß sie als eigene politische Partei auftreten wolle. Als sie aber dann vor den Reichstagswahlen des Jahres 1907 ganz klar äußerte, daß zwar in der Regel nur durch die mittelstandsfreundlichen Parteien auf die Gesetzgebung eingewirkt werden solle, aber grundsätzlich nicht die Aufstellung eigener Kandidaten aufgegeben werden könne, war klar, daß sie nicht auf eigene politische Initiative verzichten wollte⁷⁸. Im Gegensatz zum Bund der Landwirte war aber der Deutschen Mittelstandsvereinigung bei diesen ehrgeizigen politischen Plänen kein Erfolg beschieden: Kein einziger der zehn von ihr für die Reichstagswahlen des Jahres 1907 nominierten Kandidaten wurde gewählt⁷⁹. Nicht einmal der starken Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen glückte es bei den Landtagswahlen des Jahres 1909, in den Landtag zu kommen⁸⁰. Nur in verschiedenen kommunalen Parlamenten war sie durch eigene Abgeordnete vertreten. Trotz dieser Mißerfolge ist die Deutsche Mittelstandsvereinigung ein Beispiel dafür, wie die Interessenverbände immer mehr versuchten, „ein sekundäres System politischer Kräfte neben den Parteien zu etablieren und über die ganz partikulären Interessen hinaus in gewissem und begrenztem Maße auch wirtschafts- und allgemeinpolitische Alternativen zu entwickeln, ja zum Teil sich in die bestehenden parteipolitischen Gruppierungen einzuordnen“⁸¹.

c) Die zunehmende „Verschränkung“ von konservativen Parteien und Schutzverbänden des Mittelstandes

So großzügig die „staatserhaltenden Parteien“, wie sich die ebenfalls sehr traditional orientierten Parteien der Rechten und der Mitte nannten, nun auch die Wünsche der Wirtschaftsverbände der Detailhändler und der übrigen Gruppen des Mittelstandes unterstützten, so skeptisch standen sie aber grundsätzlich der Gründung derartiger eigener Verbände mit politischem Charakter gegenüber. Das zeigte sich vor allem bei der Entstehung der Deutschen Mittelstandsvereinigung, die ja gewissermaßen als Konkurrenz zu diesen Parteien errichtet worden war. Die Konservative Partei fürchtete nämlich, sie könne zu einer ähnlich starken Organisation werden wie der Bund der Landwirte⁸². Wie bereits

⁷⁸ Vgl. *Krueger*, H. E., a.a.O., S. 231.

⁷⁹ Vgl. *Wernicke*, J., Mittelstandspolitik, S. 187.

⁸⁰ Vgl. *VDWK*, Jb. 1909, S. 11.

⁸¹ *Nipperdey*, Th., Interessenverbände und Parteien, S. 278.

⁸² Die Konservative Partei wollte auf keinen Fall, daß es wieder zu einer Absplitterung wie bei der Gründung des Bundes der Landwirte und der anti-

dargelegt, waren aber diese Vermutungen nicht berechtigt, da weder die Deutsche Mittelstandsvereinigung, Berlin, noch die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen parteipolitischen Einfluß gewinnen konnten. Sie gerieten vielmehr zusehends unter den Einfluß und die Abhängigkeit von den Konservativen, so daß der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser sie sogar „als eine neue Spielart der konservativen Partei“⁸³ bezeichnete. Damit zeigt sich gerade bei der Deutschen Mittelstandsvereinigung, wie die konservativen Parteien genauso wie die übrigen versuchten, die Interessenverbände der verschiedensten Art zu unterlaufen und als Spezialorganisationen in ihren Dienst zu stellen. Bis kurz nach der Jahrhundertwende hatten alle großen Parteien mit Ausnahme der Liberalen derartige Interessenorganisationen als Stützen: Die Konservativen den Bund der Landwirte und die großen mittelständischen Organisationen, insbesondere die Deutsche Mittelstandsvereinigung mit der starken Sächsischen Mittelstandsvereinigung, das Zentrum die christlichen Gewerkschaften, den Volksverein für das katholische Deutschland und einige ebenfalls sehr stark mittelständisch ausgerichtete Vereinigungen, wie den Deutschen Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe (Düsseldorf)⁸⁴ und den Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen⁸⁵, und schließlich die Sozialdemokraten die freien Gewerkschaften, „während die Nationalliberalen derartige Bindungen und die Umwandlung in eine Interessenpartei gescheut und die Gelegenheit einer auch nur vorsichtigen Annäherung versäumt hatten“⁸⁶. Bis zum Zerfall des Bülowblockes gelang es der Nationalliberalen Partei nicht, in dieser Richtung Anschluß zu finden. Erst die Gründung des Hansa-Bundes und des Deutschen Bauernbundes im Jahre 1909 brachte hier eine gewisse Änderung⁸⁷.

semitischen Parteien käme. Sie hatte zwar damals die agrarische Bewegung stark gefördert, weil sie sich dadurch eine Verbreiterung ihres Einflusses auf dem flachen Lande erhoffte, dachte aber dabei nicht daran, daß daraus eine eigene Partei entstehen könnte, wie es dann wirklich geschah. (Vgl. *Treue*, W., Die deutsche Landwirtschaft zur Zeit Capravis und ihr Kampf gegen die Handelsverträge, Diss. Berlin 1933, S. 65 ff.)

⁸³ VDWK, Jb. 1906/07, S. 10.

⁸⁴ Vgl. hierzu S. 121 ff.

⁸⁵ Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen wurde 1877 in Essen gegründet. Ihm gehörten neben selbständigen Kaufleuten vorwiegend Detailhändler, vor allem Handlungsgehilfen an. Auf diese paritätische Zusammensetzung ist es zurückzuführen, daß er sich besonders um Schulungs- und Bildungsprobleme bemühte. Bereits sehr früh trat er für die Gründung von Einkaufsgenossenschaften ein. Daneben vertrat er aber ähnlich ständisch-traditionale Ziele wie die Schutzverbände, mit denen er zusammenarbeitete. Im Jahre 1913 zählte er nach eigenen Angaben 35 000 direkt angeschlossene Mitglieder. (Vgl. *Schlüter*, J., Die katholisch-soziale Bewegung in Deutschland seit der Jahrhundertwende, Bd. III der Schriften zur Caritaswissenschaft, Freiburg i. Br. 1928, S. 41 u. *Lederer*, E., Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: *Archiv*, Bd. 37 (1913), S. 1022.

⁸⁶ *Eschenburg*, Th., Kaiserreich, S. 33.

⁸⁷ Vgl. S. 123 ff.

Damit bilden die engen Beziehungen der Deutschen Mittelstandsvereinigung und ihrer Landesverbände zu den konservativen Parteien ein sehr anschauliches Beispiel für die schon damals immer stärker werdende Tendenz zur „Verschränkung“ von Parteien und wirtschaftlichen Interessenverbänden.

Nach *Dolf Sternberger* kann das Interesse der Parteien, Interessenverbände „gewissermaßen in ihr Inneres hereinzunehmen . . . dreifach sein. Einmal ist es das Interesse an verhältnismäßig übersehbaren geschlossenen Stimpfpaketen. Es ist zweitens das Interesse an Beiträgen für die Wahlfinanzierung, drittens aber auch das Interesse, Fachleute, Experten für die Partei- und Parlamentsarbeit zu gewinnen“⁸⁸.

Für die „Verschränkung“ zwischen den verschiedenen Verbänden des Mittelstandes und den „staatstragenden“ Parteien war vorwiegend die Aussicht auf Erhöhung der Wählerstimmen bestimmend, da die Mitglieder der Verbände weder finanziell besonders leistungsfähig noch in größerer Zahl bereit waren, ein Mandat zu übernehmen. Die Orientierung der Parteien auf die Interessentengesichtspunkte hin trat dann besonders deutlich bei den Reichstagswahlen 1912 hervor und ließ die Macht der Interessentenorganisationen und ihren Einfluß enorm ansteigen. „Mehr als bisher“, stellte *Emil Lederer* damals fest, „werden bestimmte Interessentengruppen speziellen Parteien koordiniert oder aber in einen direkten Gegensatz zu konkreten Parteien gebracht“⁸⁹. „Und gerade in den Kreisen des Mittelstandes ist die Umsetzung von Interessentenforderungen in politische und ethische Postulate auch mit großer Intensität erfolgt“⁹⁰. „Wie heute kaum mehr eine Interessentenorganisation denkbar ist“, schreibt *Emil Lederer* 1912 in einem Aufsatz mit dem treffenden Titel „Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen“, „welche nicht zu politischen Parteien Fühlung hat und deren öffentliche Wirksamkeit zu beeinflussen sucht, so ist umgekehrt auch kaum mehr eine politische Partei denkbar, deren Wähler nicht auch Interessentenorganisationen nähergebracht werden und mit ihnen sogar verbunden sind“⁹¹. Hieraus wird also ganz deutlich, daß wir es schon damals mit einer mehr oder weniger starken „Verbandsfärbung“ der politischen Parteien zu tun hatten, auf die in neuerer Zeit vor allem *R. Breitling* hingewiesen hat⁹².

⁸⁸ *Sternberger*, D., a.a.O., S. 207.

⁸⁹ *Lederer*, E., Interessentenorganisationen, S. 311.

⁹⁰ *Lederer*, E., Parteiwesen, S. 550.

⁹¹ *Lederer*, E., Parteiwesen, S. 552.

⁹² Vgl. *Breitling*, R., Die Verbände in der Bundesrepublik, ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim am Glan 1953, S. 122 u. *Sternberger*, D., a.a.O., S. 208.

Vor allem den Detailhandelsverbänden blieb aber auch schon gar nichts anderes übrig, als sich an die Parteien zu wenden, da ihre Mitglieder selbst nicht in der Lage waren, politisch aktiv zu werden. Wie schwach das Interesse für eine aktive politische Betätigung im deutschen Detailhandel vor dem Ersten Weltkrieg war, zeigt ein kurzer Blick auf die berufsmäßige Zusammensetzung der Parlamente. Mit seinen ungefähr 500 000 selbständigen Existenzen umfaßte der Detailhandelsstand etwa den 29. Teil der im Jahre 1912 Wahlberechtigten und hätte damit anteilmäßig 14 Reichstagsmandate beanspruchen können. In Wirklichkeit jedoch saß ein einziger Detailhändler im Reichstag. Dies war als Mitglied der Zentrumsfraktion *Jacob Astor*, der Inhaber eines Textilgeschäfts aus Berncastel-Cues, der spätere Vorsitzende des Reichsbundes Deutscher Textildetaillisten-Verbände und der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel. Im Preußischen Abgeordnetenhaus waren u. a. 155 Abgeordnete Landwirte, 46 aktive Justizbeamte, 55 Gewerbetreibende und Industrielle und nur sieben „Kaufleute“, bei denen es sich aber um unselbständige kaufmännische Angestellte handelte⁹³.

2. Sonstige Wege des Vorgehens

Im übrigen wandten sich die Verbände des Detailhandels mit ihren Forderungen an alle hierfür in Frage kommenden Adressaten. Vor allem gegenüber der Öffentlichkeit war man von Anfang an bestrebt, die Notwendigkeit eines staatlichen Schutzes für den Detailhandelsstand nachzuweisen. Insbesondere die größeren Landesverbände und die Zentralorganisationen waren stets bemüht, anlässlich ihrer Mitgliederversammlungen durch Sonderveranstaltungen für die Öffentlichkeit, sogenannte Detailhandels- oder Mittelstandstage, auf ihre Existenz hinzuweisen, bei denen dann immer die verschiedenen bekannten Vorwürfe vorgebracht wurden.

Vor allem gegenüber den *Konsumvereinen* setzte eine gezielte Propaganda in der Öffentlichkeit ein. Unter Hinweis auf das zunehmende Interesse, das diese im Vergleich zu früher jetzt auch bei den Arbeitern fanden, forderten die Schutzverbände das Bürgertum auf, den Konsumvereinen den Rücken zu kehren, da sich diese mehr und mehr zu einem Werkzeug der Sozialdemokratie entwickelten⁹⁴.

⁹³ Vgl. *Ecker, A.*, Der Mittelstand und die politischen Parteien, Essen-Ruhr 1914, S. 5.

⁹⁴ So äußerte Schulze-Gifhorn, der Präsident des Zentralverbandes deutscher Kaufleute, 1892 auf einer Versammlung von Detailhändlern in Stuttgart: „Ich habe Ende der 60er Jahre, als wir in Hannover in unserem Vor-schußverein noch keine gesetzliche Basis hatten, mit Schulze-Delitzsch auch über diese Frage gesprochen. Schulze-Delitzsch hatte lediglich Arbeiterverhältnisse im Auge, und zwar (die Verhältnisse) besonders solcher Arbeiter,

Gleichzeitig begannen die verschiedensten Kleinhandelsverbände einen starken Druck auf den Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften auszuüben; ihm gehörten ja mit Ausnahme der neu gegründeten Arbeiterkonsumvereine des Königreiches Sachsen⁹⁵ alle größeren und leistungsfähigeren Konsumvereine an. Da im Allgemeinen Verband außerdem noch die Kreditgenossenschaften organisiert waren, die vorwiegend aus selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden, z. T. auch aus Kaufleuten bestanden, bildete sich deshalb schon bald ein gewisser Gegensatz zwischen den beiden Gruppen in seinen Reihen heraus. Als sich, ausgehend von Sachsen, die sogenannte „Neue Richtung“ der Konsumvereinsbewegung, getragen von den Arbeitern und gefördert von den sozialistischen Gewerkschaften, unter Führung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg immer mehr ausbreitete, und deshalb auch immer mehr Arbeiterkonsumvereine Aufnahme in den Allgemeinen Verband fanden, mußten die Spannungen zwischen den beiden Gruppen immer größer werden. Diese Differenzen wurden vor allem durch *Schulze-Gifhorn* und seinen Zentralverband deutscher Kaufleute systematisch geschürt. Er hatte es sich zum Ziel gesetzt, einen Keil zwischen die beiden Richtungen im Allgemeinen Verband zu treiben. Wie wir bereits sahen, war er auch maßgeblich am Aufbau des gewerblichen Genossenschaftswesens in Niedersachsen beteiligt: Er war Gründungsmitglied des 1882 geschaffenen Niedersächsischen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Hannover, und gehörte stets dem Verbandsvorstand an⁹⁶. Seine Ziele wurden ihm erleichtert, als der Niedersächsische Verband 1884 auf dem Allgemeinen Verbandstag in Weimar, an dem er als Delegierter teilnahm, in den Allgemeinen Verband aufgenommen wurde⁹⁷. Von jetzt ab wurden die Angriffe auf die Konsum-

die abgeschieden vom großen Verkehr wohnen, weniger diejenigen, die sich in den großen Städten befinden und sich bei der großen Konkurrenz ihre Bedürfnisse überall leicht und billig verschaffen können. Diese Vereine haben aber allmählich eine Ausdehnung angenommen, daß man hier wohl das bekannte Wort anwenden darf: Der Geist, der das Gute wollte, er hat in diesem Fall viel Schlimmes geschaffen, ich habe die feste Überzeugung, daß Schulze-Delitzsch beim Anblick der Verwüstungen durch die Konsumvereine sich im Grabe umdrehen und sagen würde: Das habe ich nicht gewollt.“ (Zit. n. *Wernicke, J., Kleinhandel*, S. 742.)

⁹⁵ Diese Genossenschaften der „Neuen Konsumgenossenschaftsbewegung“ schlossen sich 1890 zum Verband Sächsischer Konsumvereine, „Vorwärts“, zusammen, der im Gegensatz zu dem seit 1869 bestehenden und seit 1872 dem Allgemeinen Verband angeschlossenen Verband sächsischer Konsumvereine (s. o., S. 34) dem Allgemeinen Verband nicht beitrug. (Vgl. *Kaufmann, H., a.a.O.*, S. 19 ff. und *Kulemann, W., Genossenschaftsbewegung*, 1. Bd., a.a.O., S. 62 ff.)

⁹⁶ Vgl. 75 Jahre Niedersächsischer Genossenschaftsverband (*Schulze-Delitzsch e. V.*), o. O., o. J. (1957), S. 12 ff.

⁹⁷ Vgl. Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Genossenschaftstag zu Stettin 1893, S. 82.

vereine innerhalb des Allgemeinen Verbandes immer heftiger. Nach Ansicht der Konsumvereine wehrte der damalige Anwalt *Schenk* diese Versuche nicht mit der nötigen Entschiedenheit ab. *Heinrich Kaufmann* meinte, daß schon der Kampf gegen das Preußische Warenhaussteuergesetz, das ja auch die Konsumvereine traf, von der Anwaltschaft des Verbandes „in lauer Weise“ geführt worden sei, und es unter den Kreditgenossenschaften eine große Anzahl gegeben habe, „die den Konsumvereinen diese Erschwerung ihres Daseins und ihrer Entwicklung recht herzlich gönnte“⁹⁸. Diese Einstellung trat ganz offen zu Tage, als der Niedersächsische Verband auf dem Verbandstag 1886 zu Erfurt den Ausschluß der Konsumvereine aus dem Allgemeinen Verband forderte. Zwischen dem Niedersächsischen Verband, der in *Dr. Glackemeyer*, einem früheren Lehrer, einen sehr eigenwilligen und dynamischen Direktor hatte, und dem Allgemeinen Verband, dessen engerem Ausschuß *Glackemeyer* angehörte, gab es laufend Streitigkeiten. Neben dem Problem der Konsumvereine spielte dabei vor allem die Zentralkassenfrage eine entscheidende Rolle⁹⁹.

Schulze-Gifhorn selbst erhob schließlich auf den Verbandstagen des Niedersächsischen Verbandes der Jahre 1889 und 1890 ebenfalls schwere Vorwürfe gegen die Arbeiterkonsumvereine und forderte ihren Ausschluß aus dem Allgemeinen Verband, so daß sich dieser schließlich 1890 auf dem Vereinstag in Freiburg genötigt sah, gegen dieses Vorgehen eines Unterverbandes von Kreditgenossenschaften Stellung zu nehmen. In einer Resolution wurde bedauert, „daß Mitglieder von Kreditgenossenschaften in hervorragender Weise an diesem ungerechtfertigten Kampfe sich beteiligt haben, und . . . daß selbst auf einem Verbandstage von Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes die ungerechtfertigten Angriffe gegen die deutschen Konsumvereine von dem Direktor einer Kreditgenossenschaft (gemeint ist *Schulze-Gifhorn*, J. W.) ohne Widerspruch wiederholt werden durften“¹⁰⁰. 1891 kam es dann schließlich deswegen zur Trennung: Der Niedersächsische Verband trat aus, und *Dr. Glackemeyer* gründete im August 1893 auf einer großen Versammlung in Hannover, an der die Vertreter von 200 Kreditgenossenschaften aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, die Freie Vereinigung der deut-

⁹⁸ *Kaufmann*, H., a.a.O., S. 223.

⁹⁹ 1887 brachte *Dr. Glackemeyer* auf dem Allgemeinen Vereinstag in Plauen den Antrag auf „die Errichtung von Centralstellen zur Belegung müßiger Kassenbestände resp. Erlangung von Darlehen in allen 33 Unterverbänden sowie einer Centralhauptstelle zu dem gleichen Zwecke für alle Genossenschaften“ ein. (Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Allgemeinen Vereinstag in Plauen 1887, S. 134 f.)

¹⁰⁰ Zit. n. Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Genossenschaftstag zu Stettin 1893, S. 83.

schen Kreditgenossenschaften¹⁰¹ und die Centralgenossenschaftskasse für Niedersachsen, beide mit Sitz in Hannover. (Kurz danach verließ aus den gleichen Gründen auch der Württembergische Kreditvereinsverband den Allgemeinen Verband¹⁰².) Auch auf dem 34. Allgemeinen Genossenschaftstag 1893 zu Stettin wurde heftig Klage darüber geführt, daß unter dem Druck des Zentralverbandes deutscher Kaufleute und seines Vorsitzenden *Schulze-Gifhorn* „von Hannover aus alle Hebel in Bewegung gesetzt würden, eine Trennung zwischen Vorschuß- und Konsumvereinen zu veranlassen“¹⁰³. Der Allgemeine Verband lehnte aber damals noch eine Trennung von den Konsumvereinen ab und empfahl den von ihnen vor allem bedrohten Kolonialwarenhändlern die Gründung von Einkaufsgenossenschaften, wenn sich auch nach und nach unter den angeschlossenen Kreditgenossenschaften immer häufiger gegen die Zusammenarbeit mit den Konsumvereinen Stimmen erhoben. Der Druck des Niedersächsischen Verbandes auf den Allgemeinen Verband erreichte seinen Höhepunkt, als *Schulze-Gifhorn* nach dem Tode von *Dr. Glackemeyer* im Jahre 1902 für kurze Zeit Direktor und Anwalt des Niedersächsischen Verbandes und der Freien Vereinigung deutscher Kreditvereine wurde und nun sozusagen in vorderster Front der Trennung der Konsumgenossenschaften und Kreditgenossenschaften das Wort reden konnte¹⁰⁴.

¹⁰¹ Dieser Konkurrenzverband zum Allgemeinen Verband erlangte aber keine große Bedeutung, sondern ging 1905 in dem Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Hannover, auf. Der Niedersächsische Verband selbst jedoch nahm einen großen Aufschwung. 1901 gehörten ihm 76 Genossenschaften an. (Vgl. Der Kreditverein, 13. Jg. (1900), Nr. 8 u. 75 Jahre Niedersächsischer Genossenschaftsverband, S. 25 ff.) Der Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften e. V. Hannover blieb bis zum Jahre 1920 selbständig. 1912 ging er eine Interessengemeinschaft mit dem Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften ein, die er 1920 wieder löste, um die beabsichtigte Fusion der beiden Zentralverbände, des Hauptverbandes (*Korthaus*) mit dem Allgemeinen Verband (*Crüger*), nicht zu stören. Der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften war 1901 von dem früheren Malermeister *Korthaus* in Osnabrück als Konkurrenzverband zum Allgemeinen Verband gegründet worden. Er setzte sich überwiegend aus Handwerker-genossenschaften zusammen, trat im Gegensatz zum Allgemeinen Verband, der allzu dogmatisch die Unterstützung durch staatliche Stellen ablehnte, für die Errichtung von Zentralen ein und arbeitete sehr eng mit der 1895 errichteten Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zusammen. (Vgl. *Back*, J. M., Genossenschaftsgeschichte, Sp. 2207 f.)

¹⁰² Hierzu heißt es in den Mittheilungen über den Verbandstag 1894: „Die von Hannover aus immer heftiger betriebene Hetze fand daher guten Boden, dazu kam die in Württemberg von den Konkurrenten der Konsumvereine und den Gewerbevereinen heftig betriebene Agitation gegen die Konsumvereine, ein gutes Teil partikularistisch Württembergischer Bestrebungen und endlich der damals wie nie vorher weit verbreitete Haß gegen Norddeutschland und alles was aus Berlin kam, welcher besonders durch die Reichssteuergesetze des Jahres 1893 hervorgerufen war“. (Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Genossenschaftstag 1894 zu Gotha, S. 49.)

¹⁰³ Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Genossenschaftstag 1894 zu Stettin, S. 91.

¹⁰⁴ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 40 v. 26. 5. 1903.

Gleichzeitig nützte er seinen nach wie vor großen Einfluß auf die Verbände des deutschen Detailhandels aus und erreichte, daß unter Führung des Zentralverbandes-Leipzig eine ganze Reihe von Schutzverbänden in ihren Presseorganen den Allgemeinen Verband ganz offen zum Ausschluß der Konsumvereine aufforderten.

IV. Die Erfolge der Schutzverbände bei der Vertretung ihrer Interessen nach außen

Die gezielte Agitation der Verbände des Detailhandels zeigte bald ihre Erfolge. Die oben genannten Parteien drängten durch die Stellung von Anträgen immer entschiedener auf die Einführung der geforderten Maßnahmen, so daß die Behörden und Regierungen den Forderungen nach und nach entsprechen und die Mittelstandspolitik „zum Zentrum ihrer sozialen Politik“ (*Lederer*)¹⁰⁵ machen mußten.

1. Der Erfolg gegenüber dem Wandergewerbe

Schon 1876 ließ der Reichskanzler auf Bitten des Reichstages Erhebungen über das Wandergewerbe durchführen, deren Ergebnis dazu führte, daß in fast allen Bundesstaaten das Wandergewerbe mit z. T. sehr hohen Sondersteuern belegt wurde. (So z. B. 1880 in Preußen¹⁰⁶.) Als sich aber diese älteste Betriebsform des Detailhandels trotzdem weiter ausdehnte, kamen die Regierungen den Forderungen der Detailhandelsverbände mit weiteren gesetzlichen Interventionen zu Hilfe: Im Jahre 1883 wurde durch eine Novelle zur Gewerbeordnung das Wandergewerbe sehr stark eingeschränkt: für das Hausiergewerbe wurden Wandergewerbescheine eingeführt, und der Katalog der Waren, die vom Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen waren, wurde erweitert. Weitere Erfolge brachte die Gewerbeordnungsnovelle des Jahres 1896, die den Hausierhandel unter stärkere polizeiliche Kontrollen stellte. Daneben verbot das Gesetz das Abzahlungsgeschäft im ambulanten Gewerbebetrieb, bei Wanderauktionen und Wanderverlosungen. Alles in allem sollte das Wandergewerbe soweit wie möglich eingeschränkt werden. Im großen und ganzen konnten die Detailhandelsorganisationen mit diesen Erfolgen zufrieden sein¹⁰⁷. Wenn es ihnen auch nicht gelungen war, ein generelles Verbot des Wandergewerbes zu erreichen, so wirkten sich die erlassenen gesetzlichen Beschränkungen doch dahin aus, daß die bisher ungehemmte Entfaltung sehr erschwert wurde¹⁰⁸.

¹⁰⁵ *Lederer, E.*, Mittelstandsbewegung, 1913, S. 1019.

¹⁰⁶ Vgl. *Hirsch, J.*, Der moderne Handel, S. 228 f. u. 308 f.

¹⁰⁷ Vgl. *Häder, W.*, a.a.O., S. 25 ff.

¹⁰⁸ Vgl. Korporation der Kaufmannschaft Berlin, Festschrift, S. 483 f.

2. Der Erfolg im Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb

Auch hier war der Zentralverband-Leipzig besonders erfolgreich. Er betonte, „daß er den Anstoß zur Schaffung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gegeben hat, indem er die maßgebenden Abgeordneten, zunächst der Zentrumsfraktion des Reichstages, für diesen Gedanken zu interessieren wußte“¹⁰⁹. Das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs kam dann schließlich 1896 zustande. Es enthielt aber im Gegensatz zu den Forderungen der Detailhandelsverbände keine Generalklausel, sondern zählte nur fünf einzelne Formen des unlauteren Wettbewerbs auf. Schon bald nach Erlass des Gesetzes beklagten sich deshalb die Verbände des Detailhandels über die zu geringe Wirksamkeit der Bestimmungen und verlangten ihre Verschärfung. In enger Zusammenarbeit mit den führenden Verbänden des Detailhandels in einer Reihe von „hearings“, die, wie wir bereits gesehen haben, zur Gründung der Interessengemeinschaft großer Detaillistenverbände den Anstoß gaben, erarbeitete dann das Reichsamt des Innern den Entwurf eines neuen Gesetzes¹¹⁰. Es überrascht deswegen auch nicht, daß das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb von 1909 fast alle Forderungen der Schutzverbände des Detailhandels einschließlich der umstrittenen Generalklausel enthielt. Dennoch stellte der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser fest, daß sich das neue Gesetz nicht gegen seine Mitglieder richte, und diese sich nicht davon betroffen fühlen müßten, da, wie er schrieb, „die in unserem Verband vereinigten Warenhäuser ihren Geschäftsbetrieb längst auf die *allersolideste* Basis gestellt hätten und es daher durchaus begrüßten, daß jeder wirklich unlautere Wettbewerb mit aller Strenge erfaßt und evtl. sogar zur Bestrafung gebracht würde. Was viele Mittelständler anfangs im Sinne gehabt hatten, nämlich die Verfolgung des *unbequemen*, aber tatsächlich durchaus reellen Wettbewerbs, läßt sich natürlich durch die Bestimmungen eines objektiv gefaßten Gesetzes nicht erreichen“¹¹¹.

3. Der Erfolg gegen die Konsumvereine

Hatte man auf der Versammlung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1888 in Frankfurt die Konsumvereine noch als ein Selbsthilfemittel der Verbraucher gegen die hohen Aufschläge des Zwischenhandels empfohlen¹¹², so „schlug in den neunziger Jahren die Stimmung um, und die

¹⁰⁹ Zit. n. Krueger, H. E., a.a.O., S. 223, vgl. auch: Lampe, A., Einzelhandel, S. 511.

¹¹⁰ Vgl. Leopold, M., a.a.O., S. 43 ff.

¹¹¹ Vgl. Wernicke, J., Der Kampf des Warenhauses, S. 26.

¹¹² Vgl. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 37, Untersuchungen über den Einfluß der distributiven Gewerbe auf die Preise, Berichte und

Konsumvereine galten in offiziellen und einflußreichen Kreisen nicht mehr als eine sozial ausgleichende Selbsthilfeinstitution der unteren und unbemittelten Klassen, sondern vielmehr als ein Instrument der Sozialdemokratie¹¹³. Wenn auch dieser Gesinnungswandel z. T. von der modernen Konsumvereinsbewegung selbst mit verschuldet war, so geht er zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Agitation der Schutzverbände des Detailhandels zurück. Diese erzielten auch in ihren Forderungen nach gesetzlicher Beschränkung der neuen Wettbewerber große Erfolge. Das gilt vor allem für die Erneuerung des *Verbotes des Nichtmitgliedergeschäftes*. Bei der Vorbereitung eines neuen Genossenschaftsgesetzes in den 80er Jahren gelang es dem Zentralvorstand kaufmännischer Verbände und Vereine, die Regierung von der Notwendigkeit dieses Verbotes zu überzeugen. Der von ihr ausgearbeitete und 1888 dem Reichstag vorgelegte Entwurf enthielt dann auch eine gewisse Einschränkung des Nichtmitgliedergeschäftes; diese wurde aber sowohl von der Beratungskommission des Reichstages als auch in den ersten beiden Lesungen im Plenum abgelehnt. Erst bei der dritten Lesung kam die Einschränkung des Nichtmitgliedergeschäftes auf den Antrag des nationalliberalen Abgeordneten *Kulemann* hin erneut zur Diskussion und wurde mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums gegen die Mehrheit seiner eigenen Partei angenommen. Den weiteren Antrag von *Kulemann* jedoch, den Verstoß gegen das Verbot des Nichtmitgliedergeschäftes unter Strafe zu stellen, lehnte der Reichstag ab. Dadurch wurde die „lex Kulemann“, wie diese neue Bestimmung des Gesetzes genannt wurde, zu einer „lex imperfecta“, ein bloßer guter Rat des Gesetzgebers, dessen Befolgung in das Belieben der einzelnen Konsumgenossenschaften gestellt war¹¹⁴. Das ließ den Zentralverband deutscher Kaufleute nicht eher ruhen, als bis dann durch die Novelle vom 12. August 1896 seinen Forderungen stattgegeben wurde: Das Verbot, an Nichtmitglieder zu verkaufen, wurde mit der gewünschten Strafandrohung verbunden¹¹⁵. In einem

Gutachten, und Bd. 38, Verhandlungen der Generalversammlung von 1888 in Frankfurt a. M., München und Leipzig 1888 und 1889.

¹¹³ *Wernicke, J.*, Der Kampf des Warenhauses, S. 734.

¹¹⁴ Interessant ist gerade vom gegenwärtigen Stand der Diskussion um das Nichtmitgliedergeschäft aus gesehen die Begründung, die *Kulemann* für seinen Antrag gab. Wegen seines Handelns wurde ihm unterstellt, er wolle die Konsumgenossenschaften an ihrem Wachstum hindern. In seinen „Politischen Erinnerungen“ schreibt er aber dazu: „Bekanntlich wird von den Kleinhändlern, die in dem ‚Zentralverband deutscher Kaufleute‘ sich eine Organisation geschaffen haben, ein erbitterter Kampf gegen die Konsumvereine geführt. Insbesondere forderte man damals, daß den letzteren der Verkauf an Nichtmitglieder gesetzlich verboten werden solle . . . Ich selbst sah in den Konsumvereinen eine höchst segensreiche Einrichtung, war aber der Ansicht, daß gerade in deren eigenem Interesse eine Beschränkung des Geschäftsbetriebes auf den Kreis der Mitglieder stattfinden müsse, da dies ihrem Zwecke . . . entspreche, während der Verkauf an das große Publikum sie in

Tätigkeitsbericht nannte später der Zentralverband deutscher Kaufleute dieses Ergebnis als eines seiner größten Verdienste: „Von ihm sei die erste Anregung zu der Novelle zum Genossenschaftsgesetz ausgegangen, die das Verbot für Konsumvereine, an Nichtmitglieder zu verkaufen, enthält. Als sodann der Reichstag abgelehnt hatte, gegen die Übertretung des Verbotes eine Strafe zu verhängen, sei der Zentralverband durch Wort und Schrift so lange tätig gewesen, bis die bestehende Strafbestimmung durch eine andere Novelle ausgesprochen wurde;“ sein Verdienst sei es weiter, „daß durch eine gesetzliche Bestimmung die Vorstände der Konsumvereine gezwungen werden, die in den Konsumvereins-Verkaufsstellen verkehrenden Käufer auf ihre Mitgliedschaft zu kontrollieren“¹¹⁶.

Noch in einer Reihe von weiteren Punkten setzten die mittelständischen Detaillistenverbände ihre Forderungen durch: Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 6. August 1896 unterwarf die Konsumvereine den allgemeinen Bestimmungen über die Einhaltung der Sonntagsruhe und der Konzessionspflicht für die Betreibung des Detailhandels mit Spirituosen. In mehreren Bundesstaaten wurden die Konsumgenossenschaften zur Gewerbe- und Einkommensteuer herangezogen und mußten sich teilweise auch den umsatzsteuerlichen Bestimmungen verschiedener Warenhaussteuergesetze unterwerfen¹¹⁷. Auch bei dem Versuch, eine Spaltung zwischen den Konsumgenossenschaften und den gewerblichen Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes herbeizuführen, waren die Detaillistenverbände unter Führung von *Schulze-Gifhorn* erfolgreich: Nach den regelmäßig wiederkehrenden Streitereien auf fast jedem Verbandstag zeigte sich seit 1900 immer deutlicher, daß sich die Anwaltschaft des Verbandes mit einer Spaltung abzufinden schien. Auf dem Verbandstag 1900 in Hannover wurde ähnlich wie 1893 in Stettin gegen den Widerstand vieler Konsumgenossenschaften eine Resolution gefaßt, die den Detailhändlern den Anschluß an Kreditgenossenschaften und die Grün-

eine falsche Bahn lenken, insbesondere sie mit einem geschäftlichen Risiko belasten würde, für das die Genossenschaft nicht die richtige Form biete...“ (*Kulemann*, W., Politische Erinnerungen, Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte, Berlin 1911, S. 93 f.) Wie die Entwicklung gezeigt hat, sah *Kulemann* die Zusammenhänge besser als mancher engagierte Anhänger und Gegner des Konsumgenossenschaftswesens. Eine stärkere Konzentration auf das Mitgliedergeschäft hätte diesem Sektor des Genossenschaftswesens in der Bundesrepublik vermutlich die Lösung mancher Probleme, die nicht mehr bloß die „Geschäftsstruktur“ betreffen, sondern bereits auf die „Grundstruktur“ übergreifen scheinen, wesentlich erleichtert.

¹¹⁵ Vgl. *Kulemann*, W., Genossenschaftsbewegung, 2. Bd., S. 28 ff.

¹¹⁶ Zit. n. *Krueger*, H., a.a.O., S. 223.

¹¹⁷ Vgl. hierzu im einzelnen *Busche*, M., Öffentliche Förderung deutscher Genossenschaften vor 1914, Ein Beitrag zum Ausbau einer Genossenschaftspolitik, Berlin 1963, S. 66 ff.

dung eigener Einkaufsgenossenschaften empfahl¹¹⁸. Als daraufhin sogar vorgeschlagen wurde, diese zu einem eigenen Verband zusammenzuschließen und dann den Anschluß an den Allgemeinen Verband zu suchen, war nach Meinung der Hamburger Richtung, die mit den jungen Arbeiterkonsumvereinen in Sachsen sympathisierte, offenbar das Bestreben vorhanden, „ein mittelständisches Gleichgewicht gegen die Konsumgenossenschaftsbewegung innerhalb des Allgemeinen Verbandes zu schaffen“¹¹⁹. Sie lehnte es ab, dem Verband Organisationen anzugliedern, die die wirtschaftliche Stellung der Kleinhändler auf Kosten der Konsumvereine festigen sollten. Im übrigen vertrat die Vertretung dieser „Neuen Richtung“ die Auffassung, die mittelständischen Kleinhändler seien gegenüber den modernen Absatzformen nicht mehr konkurrenzfähig und auch nicht konkurrenzwillig, sie könne man „zu einem wirklichen Genossenschaftsbewußtsein, zu einem wirklichen Solidaritätsbewußtsein nicht erziehen. Das ist unmöglich“, so wurde argumentiert, „und deshalb werden die größeren wirtschaftlichen Organisationen, die Konsumvereine, stets und ständig den Kleinhändlern gegenüber im Voraus sein, deshalb wird auch der Kampf der Kleinhändler gegen die Konsumvereine vorläufig nicht aufhören“¹²⁰. Wie unüberbrückbar die Gegensätze bereits waren, zeigte sich, als Vertreter der Konsumgenossenschaften den mittelständischen Kleinhandel die Existenzberechtigung absprachen („Die genossenschaftliche Organisation kann eben nicht Theile des Gesellschaftskörpers erhalten, die einmal im Absterben sind“¹²¹), und der Anwalt Dr. Crüger daraufhin die Meinung vertrat, daß „mit den Herren, die auf einem derartigen wirthschaftlichen Boden stehen, ein gemeinsames Arbeiten in unserem Verbande nicht möglich ist“¹²². Nachdem sich auch auf dem Verbandstag 1901 in Baden-Baden noch einmal die Fronten sehr verhärtet hatten, brachte der Gesamtausschuß 1902 auf dem Verbandstag in Bad Kreuznach den Vorschlag der Detailhandelsorganisationen, die Hamburger Richtung der Konsumgenossenschaften

¹¹⁸ „In Erwägung, daß der Stand der Kleinhändler aus sich selbst heraus Mittel und Wege finden muß, seine wirtschaftliche Stellung gegenüber der Konkurrenz des großkapitalistischen Betriebes und der verschiedenen distributiven Genossenschaften zu festigen, erklärt der Allgemeine Genossenschaftstag: „Für den Stand der Kleinkaufleute empfiehlt sich neben der erforderlichen kaufmännischen Vorbildung der Anschluß an Kreditgenossenschaften und die Bildung von Einkaufsgenossenschaften, um die Vorteile zu verwerten, welche die genossenschaftliche Organisation insbesondere für die Beschaffung des Betriebskapitals und des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs bietet“. (Allgemeiner Verband, Mittheilungen über den Allgemeinen Genossenschaftstag 1900 zu Hannover, S. 355.)

¹¹⁹ Kaufmann, H., a.a.O., S. 223.

¹²⁰ Vgl. Mittheilungen über den Genossenschaftstag Hannover, S. 376.

¹²¹ Ebd., S. 373.

¹²² Ebd., S. 382.

auszuschließen, als Antrag ein. Daraufhin wurden 98 Konsumgenossenschaften, darunter sämtliche Konsumvereine des Verbandes sächsischer Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, mit insgesamt 123 000 Mitgliedern ausgeschlossen. Auf den folgenden Verbandstagen empfahl dann der Allgemeine Verband den verbliebenen Konsumgenossenschaftsverbänden, mit Rücksicht auf den selbständigen Mittelstand in Handwerk und Detailhandel bei der Gründung neuer Genossenschaften vorsichtig vorzugehen und sie nur dort vorzunehmen, wo sich der Detailhandel als nicht leistungsfähig erwiesen habe. Die Gründung von Beamtenkonsumvereinen und die Eigenproduktion lehnte der Allgemeine Verband nach wie vor grundsätzlich ab¹²³.

4. Der Erfolg gegen die modernen Großbetriebsformen

Obwohl sich die Regierungen anfangs teilweise sogar recht hartnäckig gegen die Einführung von Sondersteuern für Großbetriebsformen sträubten und einige Finanzminister, so besonders *v. Miquel* in Preußen, vor diesen Mitteln warnten, weil sich nach ihrer Auffassung der Mittelstand im Detailhandel dadurch keine nachhaltige Besserung seiner Lage erwarten könne, mußten sie dann doch den immer heftiger und lauter vorgebrachten Anträgen der mittelstandsfreundlichen Parteien nachgeben.

Den Anfang machte *Sachsen*. Wenn es auch hier nicht gelang, auf gesetzgeberischem Wege eine Warenhaussteuer im Parlament durchzubringen, so gab die Regierung dennoch durch die Verordnung vom 6. Mai 1897 den Gemeinden die Einführung einer Umsatzsteuer für Großbetriebe des Detailhandels frei. Diese Sondersteuer durfte 2 % des Umsatzes nicht überschreiten und nur erhoben werden, wenn ein örtliches Bedürfnis nachzuweisen war. Von den 620 sächsischen Städten mit mehr als 1 000 Einwohnern führten nur 36 die Sondersteuer ein. Die drei größten Städte des Landes, Leipzig, Dresden und Chemnitz, nahmen die Sonderumsatzsteuer nicht in Anspruch. In der Mehrzahl der Städte wurden nicht die Warenhäuser, sondern nur die Konsumvereine von der Umsatzsteuer betroffen¹²⁴. In *Bayern* wurde am 9. Juni 1899 nach sechsjährigen Kämpfen das neue Bayerische Gewerbesteuergesetz mit dem berühmten § 23, der das „Warenhaussteuergesetz“ enthielt, erlassen. Die bayerische Warenhaussteuer war eine Staatssteuer, die bis zu 3 % des Umsatzes betragen konnte, und auf die die Gemeinden noch Zuschläge erheben durften, wodurch eine Wegsteuerung des Umsatzes bis zu 9 % (!) möglich war. Damit hatte Bayern die höchste Warenhaussteuer. Da im Gesetz keine Definition des Warenhauses gegeben war, sondern nur einige

¹²³ Vgl. *Kulemann*, W., *Die Genossenschaftsbewegung*, Bd. 1, S. 27 f.

¹²⁴ Vgl. *Rubens*, W., a.a.O., S. 29.

Merkmale aufgezählt wurden, wie außergewöhnlicher Betriebsumfang, großes Kapital, nicht übliches Geschäftsgebahren, traf es nicht nur die Warenhäuser selbst, sondern auch Versand-, Abzahlungs-, Versteigerungs-, Filial- und, was freilich überhaupt nicht beabsichtigt worden war, sogar die großen Fachgeschäfte¹²⁵. Das Gesetz sollte sich vor allem gegen die großen Warenhäuser der Familie Tietz richten, die 1889 unter der Firma „Hermann Tietz“ in München und „H. & C. Tietz“ in Nürnberg und Bamberg gegründet worden waren¹²⁶.

In Preußen kam es 1900 zur Einführung einer Warenhaussteuer in Form einer Sondergewerbesteuer. Wie in Sachsen so konnte auch hier der mittelständische Detailhandel die Forderung nach einer Staatssteuer nicht durchsetzen, obwohl sie das Abgeordnetenhaus übernommen hatte, so daß die Steuer auch hier von den Kommunen erhoben werden mußte. Das Gesetz betraf alle Kleinhandelsgeschäfte, die einschließlich ihrer Filialen mehr als 400 000,— Mark im Jahr umsetzten und mindestens zwei der folgenden vier Warengruppen führten: 1. Genußmittel und Drogen, 2. Textilwaren, 3. Haushaltsgewaren, 4. Bijouterie, Sport- und Spielwaren, musikalische und sonstige Instrumente. Die Steuer stieg bei den größten Betrieben bis zu 2 0/0 des Umsatzes, durfte aber nicht mehr als 20 0/0 des Ertrages betragen¹²⁷. Diese Begrenzung nach oben hin war von Finanzminister v. Miquel gegen den heftigsten Widerstand der Schutzverbände des Detailhandels durchgesetzt worden, um eine völlige Unterdrückung der Warenhäuser zu vermeiden: Bei der Beratung im Preußischen Abgeordnetenhaus führte er dazu aus: „Namentlich möchte ich bitten, von der Tendenz, diese großen Warenhäuser zu *strangulieren*, gänzlich abzusehen. Das wäre . . . mit der Reichsgesetzgebung nicht vereinbar, aber auch mit den großen gesellschaftlichen Grundsätzen, die wir hier im Abgeordnetenhaus vertreten, im Widerspruch¹²⁸.“ Aber auch in dieser im Vergleich zu Bayern milden Form war das Gesetz ein Erfolg der Schutzverbände. So konnte sich denn auch schließlich der Zentralverband-Leipzig rühmen, ihm sei es gelungen, „den damaligen preußischen Finanzminister Dr. Miquel von der Ansicht, daß die Umsatzsteuer eine sehr hohe Steuer sei und nicht in die Technik der preußischen Gewerbesteuer hineinpasste, zu bekehren und für die Umsatzsteuer im Prinzip zu gewinnen“¹²⁹.

¹²⁵ Vgl. Rubens, W., S. 28 f.

¹²⁶ Vgl. Tietz, G., a.a.O., S. 15 ff.

¹²⁷ Vgl. Rubens, W., a.a.O., S. 29 ff. und Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 16.

¹²⁸ Zit. n. Wernicke, J., Die Sonder-Umsatzsteuern im Lichte der Gewerbe-freiheit und Gewerbeordnung, sowie der allgemeinen Rechts- und Steuer-prinzipien, Berlin 1902, S. 56.

¹²⁹ Zit. n. Krueger, H. E., a.a.O., S. 233.

In den darauffolgenden Jahren kam es zu weiteren Warenhaussteuern in Württemberg (1902), Braunschweig (1904), Baden (1904), Anhalt (1905), Reuß j. L. (1908) und Elsaß-Lothringen (1908). Hessen führte schließlich noch 1911 eine Sonderumsatzsteuer für Großbetriebsformen ein, von der vor allem Filialgeschäfte sehr stark belastet wurden¹³⁰. Auch in anderen Bundesstaaten wurden eigene Filialsteuergesetze geschaffen. Daneben wurden noch die unterschiedlichsten Mittel im Kampf gegen die kapitalistischen Großbetriebsformen erlassen. So führten z. B. Nürnberg, Hannover und Münster im Jahre 1903 die von der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Berlin, geforderten Baupolizeiordnungen ein¹³¹, die den Warenhäusern die Benutzung der oberen Etagen zu Verkaufszwecken untersagten, wodurch diesen praktisch jede Entwicklungsmöglichkeit genommen war, da ja ihre Stärke im Wettbewerb gerade in der Konzentration des Angebotes unter einem Dach lag¹³².

5. Sonstige Erfolge

Weniger Erfolg war den Schutzverbänden freilich bei ihrem Versuch, Elemente der alten Zunftordnung wiederherzustellen, in dem ihre ständisch-traditionale Orientierung besonders zum Ausdruck kam, bescheiden. So gelang es weder, den allgemeinen Befähigungsnachweis, noch die fünfjährige Lehr- und Gehilfenzeit als Voraussetzung für die Eröffnung eines eigenen Geschäftes durchzusetzen. Genausowenig erreichten sie eine zahlenmäßige Beschränkung der Detailhandelsgeschäfte nach der Bedürfnisprüfung. Auch die Errichtung eigener Handelskammern, eine Forderung, die auch in den eigenen Kreisen ziemlich umstritten war, gelang nur in Hamburg (1904) und in Bremen (1906), weil hier infolge der besonders gelagerten Verhältnisse des Handels die Wahlkörper der Handelskammern nur aus Börsenmitgliedern bestanden, und die Detaillisten weder das aktive noch das passive Wahlrecht hatten¹³³. In Preußen gaben es die Schutzverbände, nachdem sich die Handelskammern etwas mehr um die Belange des Detailhandels kümmerten, schließlich auf, eigene Kleinhandelskammern zu verlangen und beschränkten sich auf die Forderung nach Errichtung von Kleinhandelsausschüssen. Diese wurden nach und nach auf eine daraufhin vom Handelsministerium erlassene Empfehlung errichtet. Bis zum Jahre 1911 hatten bereits 45 der insgesamt 90 preußischen Handelskammern solche Ausschüsse eingeführt, gegenüber 20 im Jahre 1909. Mit deren Tätigkeit waren dann die Schutzverbände im all-

¹³⁰ Vgl. Wernicke, J., *Der Kampf um das Warenhaus*, S. 15 ff.

¹³¹ Vgl. Rubens, W., a.a.O., S. 30 ff. und Wernicke, J., *Sonderumsatzsteuern*, a.a.O.

¹³² Vgl. Müller, M., *Der Interessenkampf zwischen großkapitalistischem und mittelständischem Einzelhandel*, Diss. Freiburg i. B., 1933, S. 7.

¹³³ Vgl. Esch, Th., a.a.O., S. 62.

gemeinen auch sehr zufrieden. Dazu trug vornehmlich der Umstand bei, daß in den örtlichen Schutzvereinen die Fachgruppen tonangebend wurden und immer enger mit den Kammern zusammenarbeiteten, während sich umgekehrt die Leiter der Kleinhandelsausschüsse um eine engere Beziehung zu den Vereinen bemühten¹³⁴.

¹³⁴ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 38 v. 14. 5. 1909 und *Lindner, E.*, a.a.O., S. 186 u. 199.

Zweiter Teil

Die Verbände der Gegner und der Niedergang der Schutzverbände des Detailhandels

A. Die Gründung von Gegenverbänden

I. Der Ausbau der Konsumgenossenschaftsbewegung

Gerade die Erfolge der Schutzverbände des Detailhandels waren es, die die von ihr bekämpften Betriebsformen zu einem recht engen Zusammenschluß führten. Der Ausschluß der Konsumgenossenschaften der „Neuen Richtung“ in Bad Kreuznach gab den Anstoß zur Gründung eines eigenen, sich über ganz Deutschland erstreckenden, Konsumgenossenschaftsverbundes¹. Sie war bis dahin wiederholt in Angriff genommen worden, war aber immer am Widerstand des Allgemeinen Verbandes gescheitert. Der gewaltsame Ausschluß der 98 Konsumvereine auf dem Verbandstag 1902 in Bad Kreuznach hatte zur Folge, daß sofort eine Reihe von weiteren Vereinen dem Allgemeinen Verband den Rücken kehrte. Im März 1903 hatten ihn bereits 560 Konsumgenossenschaften verlassen. Die Vertreter der ausgeschlossenen Vereine hatten noch in Bad Kreuznach eine Kommission gebildet, die die Gründung eines selbständigen Konsumgenossenschaftsverbandes vorbereiten sollte. Bereits am 17. und 18. Mai 1903 traten die Vertreter von 301 Konsumgenossenschaften aus ganz Deutschland zum konstituierenden Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zusammen². Der Verband, „dessen systematischer Aufbau unter der vorbildlichen Leitung von *Heinrich Kaufmann* glänzende Fortschritte machte“³, wurde bald zum Mittelpunkt der Konsumvereinsbewegung in Deutschland. Noch im Laufe des Gründungsjahres erhöhte sich die Zahl der ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften auf 685 mit über 575 000 Mitgliedern. Im Jahre 1907 zählte er 990 Vereine mit ca. 885 000 Mitgliedern und im Jahre 1910 gehörten den 1 151 angeschlossenen Vereinen über 1 181 000 Mitglieder an⁴.

¹ Vgl. zum Begriff „Genossenschaftsverbund“ ganz allgemein und zur Entwicklung der Verbundorganisation im Konsumgenossenschaftswesen: *Pfüller, R.*, Der Genossenschaftsverbund. Grundlagen, Entwicklung, Probleme, Tendenzen, in: Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, H. 3, Göttingen 1964.

² Vgl. *Kaufmann, H.*, a.a.O., S. 65.

³ *Back, J. M.*, Genossenschaftsgeschichte, Sp. 2208.

⁴ Vgl. *Kulemann, W.*, Genossenschaftsbewegung, 1. Bd., S. 84.

Besonderen Wert legte der Zentralverband auf den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit der 1894 gegründeten *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* und verlegte daher seinen Sitz nach Hamburg. Die Großeinkaufsgesellschaft sollte zu einer echten überregionalen Verbundzentrale mit der Aufgabe des Großeinkaufs und vor allem der Eigenproduktion werden, die man von jetzt ab intensiv förderte. So wurde unter der weitblickenden Führung von *Heinrich Kaufmann* ein schlagkräftiger Konsumgenossenschaftsverbund aufgebaut. Die Forderung „Organisation des Konsums“ sollte nicht auf den nächstliegenden Zweck der Konsumgenossenschaft, die Mitglieder bloß durch den Verkauf billiger Ware zu fördern, beschränkt werden, wie es vom Allgemeinen Verband mit Rücksicht auf die Mitglieder der gewerblichen Genossenschaften gefordert wurde, sondern man setzte es sich zum Ziele, sich in konsequenter Weise die Funktionen der vorgelagerten Stufen bis hin zur Produktion anzueignen. Man begnügte sich nicht mehr mit dem Einkauf für den Bedarf des einzelnen Konsumvereins, sondern übernahm also den Großeinkauf durch die Zusammenfassung von Konsumgenossenschaften in Einkaufsvereinigungen und errichtete weitere Herstellungsbetriebe⁵.

Zur Vervollständigung des systematischen Auf- und Ausbaues der Organisation wurden in den wichtigsten Ländern des Reiches Revisionsverbände als Unterverbände des Zentralverbandes errichtet: Von den alten Unterverbänden des Allgemeinen Verbandes beschlossen der Verband sächsischer Konsumvereine, der Verband Süddeutscher Konsumvereine, der Verband brandenburgischer Konsumvereine, der Verband thüringischer Konsumvereine und der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine den Beitritt zum Zentralverband. Als es die Mehrheit der Mitgliedsvereine des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Sachsen ablehnte, aus dem Allgemeinen Verband auszutreten, wurde dort der Verband mitteldeutscher Konsumvereine als Konkurrenzverband ins Leben gerufen. Auch in Rheinland-Westfalen, wo nur wenige Vereine dem Unterverband des Allgemeinen Verbandes angehörten, wurde, da dieser den Beitritt zum Zentralverband ebenfalls verweigerte, im Verband der Konsum- und Produktionsgenossenschaften von Rheinland-Westfalen ein neuer Revisionsverband des Zentralverbandes gegründet.

Unabhängig vom Zentralverband deutscher Konsumvereine entwickelten sich um die Jahrhundertwende ebenfalls unter den Arbeitern, aber getragen von den christlichen Gewerkschaften, im rheinisch-westfälischen Gebiet zahlreiche Konsumgenossenschaften. 1905 kam es zu einer ersten Delegiertenversammlung von 42 Vereinen. Man verzichtete zwar zu-

⁵ Vgl. *Deumer, R.*, a.a.O., S. 86 f.

nächst auf die Gründung eines eigenen Verbandes, als aber die Bewegung immer stärker wurde, schuf man schließlich am 27. 12. 1908 in Mühlheim doch den *Verband westdeutscher Konsumvereine*. Nach und nach wünschten auch Vereine aus den übrigen Teilen Deutschlands, die aus weltanschaulichen Gründen die Zusammenarbeit mit dem Zentralverband, der ja den sozialistischen Gewerkschaften nahestand, ablehnten, den Anschluß an den Verband. Deshalb wurde 1913 die Beschränkung auf Westdeutschland aufgehoben und der Name *Reichsverband deutscher Konsumvereine* angenommen. Die Entwicklung verlief zwar nicht so stürmisch wie beim Zentralverband, aber der Verband brachte es bis zum Jahre 1910 immerhin auf 78 angeschlossene Genossenschaften mit fast 53 000 Mitgliedern und zählte bei der Gründung des Reichsverbandes die recht stattliche Zahl von 159 Vereinen mit über 143 000 angeschlossenen Mitgliedern⁶.

Auch ihm gelang der Aufbau eines Verbundsystems: 1912 gründete der Verband die Großeinkaufszentrale deutscher Konsumvereine, die zunächst nur Großhandelsaufgaben übernahm, während der Schritt zur Eigenproduktion erst im Jahre 1918 erfolgte.

Der Allgemeine Verband lehnte dagegen genauso wie im Geldverkehr auch auf dem Konsumgenossenschaftssektor die Gründung von Verbundzentralen ab. Obwohl die Zahl seiner Konsumvereine durch die Ereignisse in Bad Kreuznach von ursprünglich 638 Vereinen mit über 630 000 Mitgliedern auf 251 Vereine mit 248 000 Mitgliedern gesunken war, zählte er im Jahre 1910 immerhin wieder 271 Vereine mit 270 000 Mitgliedern⁷; insgesamt gehörten im Jahre 1910 den drei genannten Verbänden 1 500 Konsumgenossenschaften mit 1,5 Mill. Mitgliedern an. Daraus geht ganz klar hervor, daß die Schutzverbände des Detailhandels das eigentliche Ziel ihres Kampfes gegen die Konsumgenossenschaften, nämlich deren weitere Ausdehnung zu verhindern, nicht erreichen konnten. Die Propaganda gegen sie und die gesetzlichen Beschränkungen hatten ihr gewaltiges Wachstum nicht verhindern können. Ja im Gegenteil, bei dem Verbot des Nichtmitgliedergeschäftes stellte sich bald heraus, daß dieses, wie Kulemann vermutet hatte, sogar den Konsumgenossenschaften zugute kam. Darüber schrieb der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften im Geschäftsbericht für 1907: „Diese gesetzliche Beschränkung ist nicht auf Wunsch der deutschen Konsumvereine in das Gesetz hineingekommen, sondern auf Betreiben der Gegner, die dadurch hofften, der Konsumgenossenschaftsbewegung Abbruch zu tun. In Wirklichkeit haben sie der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung einen gar

⁶ Vgl. Kulemann, W., *Genossenschaftsbewegung*, 2. Bd., S. 98 ff. u. Back, J. M., *Genossenschaftsgeschichte*, Sp. 2208.

⁷ Vgl. Kulemann, W., *Genossenschaftsbewegung*, 1. Bd., S. 32.

nicht hoch genug anzuschlagenden Dienst erwiesen. Das zeigt uns namentlich die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in anderen Ländern, wo man, ohne durch das Gesetz dazu gezwungen zu sein, bestrebt ist, die Konsumgenossenschaften zu veranlassen, den Wareneinkauf auf die Mitglieder zu beschränken. Man hofft von dieser freiwilligen Beschränkung einen Anstoß zu einer weiteren erfreulichen Entwicklung der Genossenschaften; man sieht in dem Verkauf an jedermann die Ursache der Stagnation und der Entartung mancher Genossenschaft⁸.“ Auch der Ausschluß aus dem Allgemeinen Verband zeigte nicht die erhofften Wirkungen, im Gegenteil, auch er erwies sich als Segen für die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland, die sich nun, geführt vom starken Zentralverband, unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit entwickeln konnte.

II. Der Zusammenschluß der modernen Großbetriebsformen im Detailhandel

Die Agitation der Schutzverbände des Detailhandels gegen die Großbetriebsformen hatte zur Folge, daß auch bei diesen bald nach den ersten Erfolgen der Schutzverbände ernste Bemühungen um einen Zusammenschluß einsetzten. Den Anfang machten dabei die Waren- und Kaufhäuser.

1. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin

a) Entstehung und Zielsetzung

Hatten sich die Waren- und Kaufhäuser in den ersten Jahren ihrer Entwicklung zum Teil recht heftig bekämpft⁹, so brachte sie die erste Warenhaussteuer, die 1897 in Sachsen eingeführt wurde, rasch einander näher. Initiator eines Zusammenschlusses war *Oscar Tietz*, der Inhaber einer Reihe von Warenhäusern der Firma Hermann Tietz in München, Stuttgart, Karlsruhe, Hamburg und Berlin. Bereits 1898 nahm er Besprechungen mit *J. Wernicke*, dem späteren Geschäftsführer des Verbandes, zur Gründung eines „starken Verbandes zum Schutze der Gewerbefreiheit und Abwehr der drohenden Sondersteuern“¹⁰ auf. Die Bemühungen, einen Warenhausverband zu errichten, waren eine Gegenreaktion auf den Protektionismus und Interventionismus, mit dem damals die Länderregierungen sich anschickten, zugunsten des Mittelstandes in den freien Wettbewerb einzugreifen. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß es bei Gründung eines Verbandes der Warenhäuser in erster Linie um die Bekämpfung der Steuerpolitik der Länderregierungen ging, wo-

⁸ Zit. n. *Kulemann*, W., *Genossenschaftsbewegung*, 2. Bd., S. 36.

⁹ Vgl. *Biermer*, M., *Mittelstandsbewegung*, S. 592 f.

¹⁰ *Wernicke*, J., *Der Kampf um das Warenhaus*, S. 39.

mit eine These von *F. Hauenstein* widerlegt werden kann, der meint, daß erstmals im Jahre 1909 mit der Gründung des Hansa-Bundes die Steuerpolitik Anlaß für die Errichtung eines Interessenverbandes geworden wäre¹¹.

Im Jahre 1902 gelang es dann dem persönlichen Einfluß von *Oscar Tietz*, einen Ausschuß von Waren- und Kaufhausfirmen zu bilden¹², der dann einen Aufruf an etwa 120 Waren- und Kaufhäuser zur Gründung eines Verbandes erließ. In diesem Aufruf wurden die Zwecke, Ziele und Aufgaben des Verbandes auseinandergesetzt. Es hieß darin:

„Vor allen Dingen gilt es, die moderne Entfaltung des Handels gegen den Ansturm der rückschrittlichen Elemente zu verteidigen, die Regierung und die Öffentlichkeit über die Vorteile und die Notwendigkeit dieser modernen Entwicklung aufzuklären und den Kauf- und Warenhäusern die ihnen gebührende Stellung in der öffentlichen Meinung zu erkämpfen. Des weiteren spielen sehr wichtige Spezialfragen, z. B. der Besteuerung, der baupolizeilichen Behandlung, der Feuerversicherung, der Ausgestaltung der Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb usw. mit herein, für die eine ständige Fühlung mit den Regierungen und Behörden von außerordentlich hohem, kaum abschätzbarem, Werte für die einzelnen Betriebe ist. Unser Programm ist demnach folgendes: Wir wollen die Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit und Abweisung aller Durchbrechungen und Beschränkungen derselben. Wir sind Gegner jeglicher Sonderbesteuerung und ungerechten steuerlichen Behandlung irgendwelcher Gewerbe. Wir verlangen eine sachgemäße und wohlwollende Behandlung seitens der Baupolizei bezüglich der Feuerversicherungsvorschriften und der Bauordnung... Wir wollen eine den modernen Verhältnissen Rechnung tragende und gerechte Ausstattung der Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb...“¹³

Am 25. Februar 1903 erfolgte schließlich die Gründung des *Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V. (VDWK)* in Berlin durch 60 Mitglieder. Nach Durchberatung und Annahme der Satzungen wurde der aus neun Mitgliedern bestehende Ausschuß gewählt, der dann die Mitglieder des Vorstandes bestellte. *Oscar Tietz* wurde Vorsitzender des Vorstandes, *Theodor Althoff*, Münster, sein Vertreter. Zum Generalsekretär wurde *Dr. J. Wernicke*, Berlin, bestellt. Nach § 1 der Satzung bezweckte der Verband „die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen des Detailhandels, sowie insbesondere der deutschen Waren- und Kaufhäuser, der Ge-

¹¹ Vgl. *Hauenstein*, F., Die Gründerzeit der Wirtschaftsverbände, in: *Ordo*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 9. Düsseldorf u. München 1957, 43 ff.

¹² Der Ausschuß setzte sich aus folgenden Firmen zusammen: 1. Gebrüder Barasch, Breslau, 2. Eduard Bormass, Hannover, 3. M. Connitzer & Söhne, Marienwerder, 4. Hermann Haas, Trier, 5. Geschwister Knopf, Karlsruhe, 6. Messow & Waldschmidt, Dresden, 7. Wilhelm Stein, Berlin, 8. Hermann Tietz, Berlin, 9. H. Tietz & Co., Nürnberg, 10. Leonhard Tietz, Köln, 11. S. Wronker & Co., Frankfurt a. M. (Vgl. *Wernicke*, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 39.)

¹³ Zit. n. *Wernicke*, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 40.

setzung, den Regierungen und Behörden, den Konventionen sowie der Öffentlichkeit gegenüber“¹⁴. Bemerkenswert an dieser Formulierung ist, daß sich der Verband nach außen hin zum Anwalt der Interessen des *gesamten* deutschen Detailhandels machen wollte, was freilich von den Schutzverbänden entschieden zurückgewiesen wurde. *E. Gartmayr* schreibt hierzu in seiner „Geschichte des deutschen Einzelhandels“: „Es ist verständlich, daß sich diese Vereinigung in erster Linie mit den ihre Mitglieder berührenden Maßnahmen, d. h. also mit den Forderungen der mittelständischen Organisationen, mit der Warenhaussteuer oder der Filialsteuer und manchen polizeilichen Eingriffen beschäftigte, aber es ist doch erfreulich, festzustellen, daß man darüber die gemeinsamen Aufgaben nicht vergaß. Man bearbeitete ernstlich die allgemeinen Probleme der Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit, die Fragen des Mittelstandes und zeigte sich aufgeschlossen und bereit zur Mitarbeit bei den Aufgaben der Sozialpolitik. Immer wieder wird versucht, mit dem ganzen Einzelhandel z. B. in Wettbewerbsfragen zusammenzuarbeiten, und diesem Bestreben ist dann und wann auch Erfolg beschieden“¹⁵. Auch *A. Lampe* bestätigte dem VDWK eine gewisse Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem mittelständischen Detailhandel: Er „hat von jeher großes Gewicht auf die Bekämpfung unlauterer Methoden in den Reihen seiner Mitglieder gelegt und hat es an nachdrücklichen Erklärungen seiner Bereitschaft, den Konkurrenzkampf in geraden Bahnen zu halten, nicht fehlen lassen . . . Ohne Zweifel haben die Warenhäuser in ihren Entwicklungsjahren von mancherlei bedenklichen Reklametiteln Gebrauch gemacht. Ebenso sicher ist es aber, daß sie längst die Folgerungen aus der Erkenntnis gezogen haben, daß auch sie auf die Dauer nur durch Befriedigung der Käuferwünsche ihre Rentabilität erhalten können“¹⁶.

b) Struktur und Aufbau des Verbandes

In Struktur, Arbeitsweise und Geschäftsführung bildet der VDWK ein Musterbeispiel für einen schlagkräftigen modernen Interessenverband, wie wir ihn damals höchstens unter den großen Verbänden der Industrie fanden: Gleich nach seiner Gründung wurde ein festes Büro errichtet. Im Hinblick auf die ständige Erweiterung der Aufgaben des Verbandes wurde zur intensiven Bearbeitung der kaufmännischen Aufgaben im Jahre 1912 noch ein kaufmännischer Direktor angestellt. Durch die Festsetzung eines im Vergleich zu den übrigen Verbänden des Detailhandels riesigen Mitgliedsbeitrages in Höhe von 1,— Mark je Angestellten der

¹⁴ Zit. n. Handbuch—1913, S. 87.

¹⁵ *Gartmayr, E.*, a.a.O., S. 166.

¹⁶ *Lampe, A.*, Einzelhandel, S. 515.

Mitgliedsfirmen, wobei der Mindestbetrag 30,— Mark betrug¹⁷, „gelang es dem Verein, von vornherein sich genügende Einnahmen zu verschaffen, um seine zahlreichen, wichtigen Aufgaben zu erfüllen“¹⁸. Es wurde sofort ein eigenes Organ, die „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“, herausgegeben. Daneben erschienen ausführliche Geschäftsberichte und seit 1906 eine sogenannte „Mittelstandskorrespondenz“, die, wie es in der Festschrift des Verbandes heißt, im Gegensatz zu den ständisch-traditionalen Schutzverbänden „die Interessen des fortschrittlichen Mittelstandes verfocht und . . . die extremen Forderungen der Mittelständler, insbesondere die Warenhaussteuern, die Sondergewerbesteuern und die besonderen Filialsteuern verwarf“¹⁹. Der Umfang der Tätigkeit des Verbandes wird ohne weiteres aus der Höhe des Etats ersichtlich, die sich im Jahre 1915 auf ca. 50 000 Mark belief.

Trotz der hohen Beiträge nahm die Zahl der Mitglieder sehr schnell zu: Kurz vor dem ersten Weltkrieg konnte der Verband über 3 000 Mitglieder zählen. Er umfaßte mit ganz wenigen Ausnahmen alle Warenhäuser und den größten Teil der Kaufhäuser des Deutschen Reiches. Eine dieser Ausnahmen war freilich die bedeutende Berliner Warenhausfirma Wertheim, die dem Verband erst während des Krieges beitrug. Vorher blieb sie allen Berufsorganisationen fern²⁰. Es überrascht nicht, daß auch die Kaufhäuser von Anfang an sehr aktiv im Verband mitarbeiteten, haben wir doch gesehen, daß in manchen Bundesländern, wie z. B. in Bayern, auch sie und sogar größere Spezialgeschäfte von den Sondersteuern betroffen wurden.

Wenn wir den VDWK mit den früher behandelten ständisch-traditional orientierten Schutzverbänden des Detailhandels vergleichen, so fällt uns vor allem die große Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Aufgeschlossenheit seiner Mitglieder auf, die sich nicht nur in den hohen Beiträgen ausdrückte. Es fehlt hier das Desinteresse und die Verbandsfeindlichkeit der kleinen Detailhändler, die bei allen ihren Verbänden einen hohen Organisationsgrad verhinderten. *Adolf Lampe* führte diesen Tatbestand auf den „wirtschaftlichen Weitblick der Inhaber großer Geschäfte

¹⁷ Vgl. *Leopold, L.*, Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, in *ZfgStw*, Jg. 73 (1917), S. 2.

¹⁸ Nach dem Ersten Weltkrieg wurden dann die Beiträge erheblich angehoben: Für Mitglieder mit mehr als 200 Angestellten auf 1,50 RM, später auf 2,— RM je Angestellten und für sogenannte „große Mitglieder“ wurde eine Pauschalsumme von 10 000,— RM festgesetzt, die 1926 auf 25 000,— RM erhöht wurde. (Vgl. *Wernicke, J.*, Der Kampf um das Warenhaus, S. 42 und VDWK, Jb. 1928, S. 53.)

¹⁹ *Wernicke, J.*, Der Kampf um das Warenhaus, S. 42.

²⁰ Vgl. *Vendig, E.*, Die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen in der Konfektions- und Wäsche-Industrie; ihr Einfluß auf die Abnehmer, Diss. Heidelberg 1923, S. 176.

zurück, bei denen die wirtschaftlichen Beziehungen so weit reichten, daß sie hierdurch Einblick in die wechselseitigen Abhängigkeiten des Wirtschaftslebens gewinnen“²¹.

Es waren ja, verglichen mit den Mitgliedern der Schutzverbände, im allgemeinen große, finanzkräftige „Firmen“, darunter sehr viele Kapitalgesellschaften, so daß wir es hier mit einem typischen „Unternehmerverband“ zu tun haben. Außerdem war der Kreis der Mitglieder überschaubar. Bei 3 000 Mitgliedern, die dem Verband alle direkt angeschlossen waren, war von vornherein die Gewähr für eine starke Bindung an die Verbandsspitze gewährleistet.

An dem schnellen Wachstum und der hervorragenden Organisation des Verbandes war neben seinen weitblickenden und erfahrenen Vorstandsmitgliedern vor allem sein erster Generalsekretär *Dr. J. Wernicke* maßgeblich beteiligt. Er hatte seine ersten Erfahrungen in der Verbandsgeschäftsführung im gewerblichen Genossenschaftswesen gesammelt: Vor seiner Tätigkeit bei VDWK war er zwei Jahre Sekretär bei *Dr. Crüger*, dem Anwalt des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften²². Bereits damals hatte er sich umfassende theoretische Kenntnisse für sein künftiges Arbeitsgebiet erworben und eine Reihe von Beiträgen über Detailhandels- und Mittelstandsprobleme veröffentlicht, die ihn als einen der besten Kenner der damaligen Situation des Mittelstandes auswiesen.

c) Die Interessenvertretung des Verbandes

Die Tätigkeit des Verbandes erstreckte sich in enger Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Filialbetriebe und dem Verband Deutscher Versandhändler, die ähnliche Ziele verfolgten, vor allem auf die Abwehr der Angriffe von Seiten der Detailhandelsverbände und den Kampf gegen steuerliche und sonstige gesetzliche Maßnahmen²³. Vor allem die Weihnachtsagitation des mittelständischen Detailhandels, die dazu dienen sollte, die Großbetriebsformen gerade während der Hauptgeschäftszeit, in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, gab dem Verband sehr oft Gelegenheit zu Gegenmaßnahmen²⁴. Daneben betrachtete es der VDWK als seine wichtigste Aufgabe, die Einführung neuer Sondersteuern auf Warenhäuser, Filialbetriebe und sonstige Großbetriebsformen zu verhindern und die staatlichen Stellen von der Notwendigkeit der Milderung

²¹ *Lampe, A.*, Einzelhandel, S. 502.

²² Vgl. *Ibscher, O.*, Im Deutschen Genossenschaftsverband von 1893 bis 1938, Berlin 1938, S. 38 f.

²³ Vgl. VDWK, Jb. 1909, S. 27.

²⁴ Vgl. *Leopold, L.*, a.a.O., S. 5.

oder Beseitigung bestehender Steuern zu überzeugen²⁵. Seine Haltung begründete er damit, daß die Sondersteuern dem mittelständischem Detailhandel sowieso nicht die gewünschte Hilfe brächten und darüberhinaus noch im Widerspruch zu verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere zu dem Grundsatz der Gewerbefreiheit der Reichsgewerbeordnung stünden.

Über die Methode, mit der der VDWK die Angriffe der Schutzverbände und die Versuche der verschiedenen staatlichen Stellen, die Geschäftstätigkeit seiner Mitglieder einzuengen, zurückwies, schrieb *E. Lederer* im Jahre 1910: „Die Abwehr der Warenhäuser besteht hauptsächlich darin, daß sie die Angriffe des Detailhandels zu widerlegen trachten. Im allgemeinen kann ganz objektiv festgestellt werden, daß die Verteidigung der Warenhäuser mit mehr Sachkenntnis der allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse, mit mehr Geschick und Konsequenz erfolgt, als die Angriffe seitens des Detailhandels... Die Warenhäuser scheinen sich trotz der Umsatzsteuer und der großen Agitation gegen sie dauernd wohl zu fühlen. Wobei wohl die Reklame, die in der Agitation gegen sie steckt, nicht unterschätzt werden darf²⁶.“

Um die alten Vorwürfe des unlauteren Wettbewerbs zurückweisen zu können, war der Verband eifrig darauf bedacht, seine Mitglieder über die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sowie mit seiner Handhabung, Auslegung und der Rechtsprechung dazu vertraut zu machen. Zu diesem Zweck wurden Kommentare verfaßt und Informationskurse abgehalten. Daneben übernahm es der Verband, die Inserate seiner Mitglieder daraufhin zu überprüfen, ob ihr Inhalt nicht dem Gesetz widersprach²⁷. Neben der Vertretung der besonderen Interessen der Waren- und Kaufhäuser hatte sich der Verband, wie bereits betont, auch die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des Detailhandels zur Aufgabe gesetzt. Auch darin bemühte er sich um eine sachlich-rationale Arbeitsweise und eine fortschrittliche Haltung. So lehnte er sowohl die Rückkehr zu Grundsätzen der alten Zunftordnung als auch die Einrichtung besonderer Detaillistenkammern ab und erklärte sich für die Bildung eigener Kleinhandelsausschüsse bei den Handelskammern. Auch gegenüber den Wanderlagern befürwortete er eine gemäßigte Haltung und sprach sich gegen deren Konzessionierung aus²⁸.

²⁵ Vgl. VDWK, Jb. 1905/06, S. 14 ff. Eine Aufzählung der großen Zahl von Denkschriften und Eingaben, die zu diesem Zweck bei den verschiedenen Stellen des Reiches und der Länder vorgelegt wurden, findet sich bei *Leopold, L., a.a.O., S. 7 ff.*

²⁶ *Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 992 f.*

²⁷ Vgl. *Leopold, L., a.a.O., S. 24 f.*

²⁸ Vgl. *Leopold, L., a.a.O., S. 32 u. 37.*

Schon früh kümmerte er sich um die Lösung der sozialpolitischen Probleme der großen Zahl der in seinen Mitgliedsformen beschäftigten Arbeiter und Angestellten und ist dabei, wie *W. Kulemann* damals schrieb, „in einer Weise hervorgetreten, die einen freieren Blick gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer beweist, als man ihn meistens bei Unternehmervereinigungen findet, wobei vielleicht der Wunsch mitwirkt, durch die auf diesem Wege zu gewinnende Gunst der öffentlichen Meinung und insbesondere der Kreise, die in erster Linie die Käufer von Warenhäusern bilden, den gegen diese erhobenen Angriffen wirksam zu begegnen“²⁹.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg, noch bevor der erste Arbeitgeberverband im Einzelhandel gegründet war, ging der Warenhausverband wieder mit gutem Beispiel voran und brachte nach langen Verhandlungen mit dem Zentralverband der Angestellten und der Transportarbeiter den ersten Tarif im Einzelhandel zum Abschluß³⁰.

Von Anfang an war er, wie bereits betont, eifrig um gute Beziehungen zu den Verbänden des Detailhandels bemüht, mit denen sich auf Grund einer ähnlichen fortschrittlichen Einstellung eine Zusammenarbeit ermöglichen ließ. Unter Hintanstellung sonstiger Differenzen war er vor allem an einer Mitarbeit und Mitgliedschaft bei den Fachverbänden interessiert. Freilich gelang das nur sehr langsam und unter dauernden Rückschlägen und immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten. Eine Möglichkeit hierzu bot der Kampf gegen die Lieferantenkartelle der verschiedensten Art, obwohl dieser anfangs bei der Gründung des VDWK nicht vorgesehen war. In den ersten Jahren seines Bestehens trat er nur in einzelnen Fällen gegen die Konventionen der ihn beliefernden Industrie und des Großhandels auf, schenkte ihnen aber nicht die nötige Aufmerksamkeit, um sich mit ihnen grundsätzlich auseinanderzusetzen. Erst

²⁹ *Kulemann, W.*, Die Berufsvereine, 1. Abt., Bd. III, 2. Aufl., Jena 1908, S. 98. Kulemann weist weiter daraufhin, daß in den Generalversammlungen der Jahre 1905 und 1907 Forderungen aufgestellt wurden, die heute noch nicht alle erfüllt sind. Eine der dabei gefaßten Resolutionen sei hier im Wortlaut angeführt, um zu zeigen, wie gewaltig der Unterschied zu den Vorstellungen der ständisch-traditional orientierten Verbände des Detailhandels war. „Im einzelnen befürwortet die Generalversammlung: 1. die möglichste Verkürzung der effektiven Arbeitszeit der Angestellten, 2. Die Anstrengung des allgemeinen Acht-Uhr-Ladenschlusses, 3. das Eintreten für völlige Sonntagsruhe, wo die allgemeine Durchführung möglich ist, 4. die Einführung des Sommerurlaubs unter Fortzahlung des Gehalts, sowie die tatkräftige Weiterverfolgung der Frage der Einrichtung von Ferienheimen, 5. die Errichtung von Erholungsheimen für weibliche Angestellte, sofern die örtlichen und Personalverhältnisse sich dafür eignen, 6. die Einrichtung städtischer Pflichtfortbildungsschulen auch für weibliche Angestellte, 7. die möglichst baldige staatliche Durchführung der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten“.

³⁰ Vgl. *Wernicke, J.*, Der Kampf um das Warenhaus, S. 46.

im Jahre 1907 trat hier ein Wandel ein, als die Seidenwarenfabrikanten ihre Konditionen verschärften. Der Verband nahm nun planmäßig die Wahrnehmung der Interessen gegenüber den Lieferantenkartellen auf und war bei den Verhandlungen für eine Reihe von Fachverbänden des Kleinhandels federführend³¹. Dabei nahm er zur Frage der Konventionen stets den grundsätzlichen Standpunkt ein, daß der *freie Handel* beiden Seiten am förderlichsten sei, und wurde somit zu einem der größten Gegner der Konventionen³². Er nahm besonders gegen die Versuche der Großhändlerkonventionen, dem Detailhandel den Direktbezug von den Lieferanten zu untersagen, Stellung und erzielte hier vor allem nach dem Ersten Weltkrieg in Zusammenarbeit mit verschiedenen Spezialfachverbänden des Textileinzelhandels, denen dann die großen Warenhäuser und einige Kaufhäuser des Textilhandels beitraten, große Erfolge. (Siehe S. 197 ff.).

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser war darüberhinaus einer der eifrigsten Verfechter der Idee eines echten Spitzenverbandes aller Fachverbände des Detailhandels unter seiner Mitarbeit. Er ging dabei von der Überzeugung aus, „daß die Interessen des gesamten Detailhandels . . . dieselben wären, und daß er daher zur Vertretung dieser . . . Detailhandelsinteressen ebenso berechtigt wäre wie die übrigen Detailhandelsverbände“³³.

Wiederholt ging deshalb von ihm die Initiative zur Gründung eines Spitzenverbandes aus. So wurde unter seiner Führung bereits im Jahre 1909 im Rahmen des Hansa-Bundes, an dessen Gründung er ebenfalls maßgeblich beteiligt war, der Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Einzelhandels errichtet, der freilich nie zu einem echten Spitzenverband wurde. (Siehe S. 142 ff.). Als dann mitten im Krieg unter dem Reichstagsabgeordneten *Astor*, dem Vorsitzenden der Detailhandelsberufsgenossenschaft, der Bund Deutscher Kleinhandelsverbände errichtet wurde, wirkte der VDWK wieder mit: *Oscar Tietz*, der Vorsitzende des Verbandes, gehörte dem Arbeitsausschuß an, dem der weitere Ausbau der Organisation übertragen wurde. Auch an der Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, die nach dem Scheitern des Bundes Deutscher Kleinhandelsverbände zum ersten echten Spitzenverband wurde, war der Warenhausverband wieder maßgeblich beteiligt. (Siehe S. 245).

Vor allem während des Ersten Weltkrieges und in den Jahren danach erwarb sich der VDWK große Verdienste bei der Lösung der unzähligen

³¹ Vgl. *Kaufmann*, E., Zur Kartellierung des Einzelhandels im Textilgewerbe, Diss. Heidelberg 1923, S. 21 und *Wernicke*, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 28 ff.

³² Vgl. *Leopold*, L., a.a.O., S. 27 ff. und die dort genannten Beispiele.

³³ *Wernicke*, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 28.

Probleme und Schwierigkeiten, mit denen nicht bloß die Großbetriebe, sondern auch die kleinen und mittleren Geschäfte zu ringen hatten. Da damals noch kein funktionsfähiger Spitzenverband des Gesamtdetailhandels existierte, war er es nicht selten, der sich zum Sprecher des Berufsverbandes machte, um die Eingriffe des Staates, die damals dem Detailhandel durch die Pläne der Sozialisierung und Kommunalisierung drohten, zurückzuweisen, waren doch in seinen Reihen Geschäfte aller Branchen vertreten. Andererseits traten deshalb die verschiedensten staatlichen Stellen wiederholt an den Verband mit der Bitte, ihn in Sach- und Fachfragen zu beraten, heran. Zum Teil wurden ihm dann auch, vor allem bei der Warenbeschaffung für die Rüstung, hoheitliche Funktionen übertragen.

Vergleichen wir die grundsätzliche Haltung und die Art und Weise des Vorgehens des VDWK mit der Einstellung und den Methoden der Schutzverbände des Detailhandels, so können wir uns *E. Lederer* anschließen, der 1912 feststellte, „daß geradezu das Warenhaus, also objektiv betrachtet, eine moderne Form des Detailhandels, zum Symbol einer Weltanschauung geworden ist, und daß gegenwärtig die Interessenvertretung der Warenhäuser ebenso energisch freiheitliche, demokratische Prinzipien vertritt, als die des Detailhandels konservativen ‚staatserhaltenden‘ Prinzipien huldigt. Das Bild wird dadurch ergänzt, daß das Warenhaus tatsächlich darauf hinweisen kann, den großen Massen der Konsumenten erhebliche Dienste geleistet zu haben, . . . daß es behaupten kann, in dieser Form eine Organisation der Konsumenten gegenüber den Produzenten darzustellen, welche die Interessen der Konsumenten besser zu wahren vermöge als der zersplitterte Detailhandel. Durch den Kampf gegen das Warenhaus wurde diese zum Gegensatz der Debatte über die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie ist und wie sie sein sollte, zur sichtbaren Verkörperung aller Tendenzen, die in der modernen Wirtschaftsentwicklung den Detailhandel und den Mittelstand überhaupt bedrohen: als Großbetrieb, als Konzentration des Kapitals und als indirekte Konsumentenorganisation, die den Detailhandel beiseite schiebt“³⁴.

2. Sonstige Verbände

a) Der Verband Berliner Spezialgeschäfte von 1900

Dieser Verband entstand bereits im Jahre 1900 mit dem Ziel der „Vertretung der gemeinsamen Interessen der Berliner Spezialgeschäfte und (der) Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen für deren Angestellte.“ „Diese Zwecke sollen“, wie es in der Satzung des Verbandes weiter hieß,

³⁴ *Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 993.*

„erreicht werden: durch Beratungen in Versammlungen, durch Aufklärung des Publikums vermittels der Presse, durch Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb, durch Gründung einer Vermittlungsstelle für Reklame, durch Berichte an die Regierung und städtische Behörden und endlich durch Vorschläge zu Gesetzesnovellen“³⁵. Gründer des Verbandes war *Fritz Guggenheim*, Mitinhaber des führenden Berliner Seidenhauses *Michels & Co.* Er hatte lange Zeit den Vorsitz inne. Sein Nachfolger war *Heinrich Grünfeld*, dem ebenfalls eines der größten Berliner Seidenfachgeschäfte in der Leipziger Straße gehörte. Er war verwandt mit *Oscar Tietz*.

Es handelte sich bei diesem Verband um keinen Fachverband. Der überwiegende Teil der Mitglieder gehörte zwar der Textilbranche an, es waren aber auch Fachgeschäfte anderer Branchen des Detailhandels vertreten. Durchwegs waren es aber Firmen größeren Umfanges, was schon aus der Höhe des Mitgliederbeitrages von 60,— Mark (im Jahre 1912) ersichtlich ist³⁶. Der Anlaß für die Gründung war eigentlich die Abwehr der sich in Berlin sehr schnell ausbreitenden Warenhäuser gewesen. Nach und nach aber entwickelten sich die meisten der angeschlossenen Geschäfte selber zu großen Spezialgeschäften und Kaufhäusern, so daß die Gegensätze zum Warenhaus geringer und die Verbindungen zum VDWK, dem ein großer Teil der Mitgliedsfirmen des Verbandes der Spezialgeschäfte ebenfalls beitrug, immer enger wurden.

Große Verdienste erwarb sich der Verband um den Zusammenschluß des deutschen Einzelhandels zu einem Spitzenverband³⁷. Bereits im Jahre 1903 ging von ihm die Gründung des *Bundes der Kaufleute* aus, der den ersten Versuch in dieser Richtung unter Einschluß der Warenhäuser und der übrigen Großbetriebsformen darstellt. Diesem Verband sollten aber auch Großhändler und Angestellte im Handel angehören. Bemerkenswert bei der Gründung dieses Verbandes ist der Umstand, daß auch hier, ähnlich wie bei der Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände im Jahre 1907, die Initiative vom Staat ausging: Der Preußische Handelsminister übte harte Kritik an der mangelnden Organisation des Handels in Interessenverbänden und an seiner schwachen Vertretung in den Parlamenten durch Abgeordnete mit kaufmännischem Wissen³⁸. Als großes Vorbild diente, wie bei der Deutschen Mittelstandsvereinigung, der Bund der Landwirte. Ähnlich wie später beim Hansa-Bund, als dessen Vorläufer wir den Bund der Kaufleute bezeichnen können, sollte der im Bund der Landwirte gut organisierten Landwirtschaft ein ebenso fest

³⁵ Zit. n. Handbuch—1913, S. 81.

³⁶ Vgl. *Schmidt, E.*, a.a.O., S. 30 f.

³⁷ Vgl. *Lindner, E.*, a.a.O., S. 230.

³⁸ Vgl. *Der Bund der Kaufleute*, S. 1 ff.

geschlossener Handelsstand gegenüberreten können, „um dem Kaufmannsstand diejenige Stellung zu verschaffen, auf die er berechtigten Anspruch hat“³⁹. Auch hier war der Ausbau des Verbandes zu einer politischen Partei geplant. Zunächst erfreute sich der neue Zusammenschluß eines regen Zulaufs. Vor allem große Gehilfenvereine und eine beträchtliche Anzahl der paritätisch besetzten „Kaufmännischen Vereine“ schlossen sich dem Verband an⁴⁰. Die Schutzverbände und an ihrer Spitze der Zentralverband-Leipzig und die Zentralvereinigung-Berlin jedoch sahen in ihm eine gefährliche Konkurrenzorganisation und nahmen deshalb eine feindselige Haltung gegen den Bund der Kaufleute ein, der ihnen, genauso wie dann später der Hansa-Bund, viel zu liberal war. Auch hier verhinderte das Prinzip der korporativen Mitgliedschaft eine straffe Organisation und eine starke Stellung des Vorstandes, so daß der Bund keinen großen Einfluß erlangen konnte und im Jahre 1908 wieder aufgelöst werden mußte⁴¹.

Das bedeutendste Werk des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte und seines Vorsitzenden *H. Grünfeld* war die Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels im Jahre 1919, dessen erster Vorsitzender *H. Grünfeld* auch wurde. Da sich der Verband der Spezialgeschäfte nicht ohne größere Schwierigkeiten in die Organisation der Hauptgemeinschaft hätte einfügen lassen, löste er sich nach der Gründung dieses Spitzenverbandes auf, obwohl er sich in der Zwischenzeit zu einem recht stattlichen Verband entwickelt hatte, dem bereits im Jahre 1912 mit 250 Mitgliedern fast alle führenden Spezialgeschäfte Berlins angehört hatten⁴².

b) Der Verband Deutscher Filialbetriebe e. V.

Der ständig zunehmende Druck der Steuergesetzgebung zwang nach und nach auch noch andere Großbetriebsformen zu einem verbandsmäßigen Zusammenschluß: Als zu Beginn des Jahres 1910 in Hessen die Filialsteuerbewegung ihren Höhepunkt erreichte, vereinigte sich eine ganze Anzahl von Filialbetrieben der Lebensmittelbranche mit insgesamt 600 Filialen in Frankfurt a. M. zum *Verband süddeutscher Großdetailisten der Lebensmittelbranche*. Im gleichen Jahr führten polizeiliche Eingriffe wegen Einhaltung der Mittagspause in verschiedenen Filialgeschäften Berlins dort zur Gründung der *Vereinigung von Filialen aller Branchen*.

³⁹ Zit. n. Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 55 v. 21. 7. 1903.

⁴⁰ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 17 v. 3. 3. 1903.

⁴¹ Vgl. Festschrift zur Feier des 40jähr. Jubiläums des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwaren-Branche, S. 34 u. Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 47 v. 18. 6. 1909.

⁴² Vgl. Handbuch—1912, S. 81.

Noch im Jahre 1910 schlossen sich beide Organisationen zum *Verband deutscher Filialbetriebe* mit Sitz in Berlin zusammen⁴³. Zweck des Verbandes war: „Die Wahrnehmung und Förderung der gemeinsamen Interessen der deutschen Filialbetriebe in Handel und Gewerbe, insbesondere auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Gesetzgebung und Verwaltung; unentgeltliche Auskunft und Raterteilung auf diesen Gebieten an seine Mitglieder durch den Generalsekretär und den Syndikus ohne Haftpflicht des Verbandes⁴⁴.“ Der Verband brachte es bis zum Jahre 1922 auf 120 Mitglieder. Die bedeutendsten, dem Verband angeschlossenen Filialbetriebe waren: Kaiser's Kaffee-Geschäft (Berlin), Emil Tengelmann (Mühlheim-Ruhr), Konrad Tack & Co. (Berlin), Salamander Schuh-Gesellschaft m. b. H. (Berlin), Reichardt Cacao (Wandsbeck), Loeser & Wolff (Berlin), Steigerwald & Kaiser (Leipzig) und A. Latscha (Frankfurt a. M.). Die Mitglieder zahlten auch bei diesem Verband Beiträge, die verglichen mit denen der Schutzverbände sehr hoch waren. Der Grundbeitrag belief sich auf 20 Mark, dazu kamen je Filiale 3 Mark. Die Höchstsumme war auf 300 Mark festgesetzt⁴⁵.

c) Der Verband Deutscher Versandhändler

Der kleine Verband, dem 1920 12 Geschäfte angehörten, wurde 1911 in Frankfurt a. M. errichtet. Im Jahre 1918 schloß er sich dem VDWK korporativ an, um dadurch seine Interessen nach außen hin besser durchsetzen zu können⁴⁶.

Die Existenz dieser Verbände der Großbetriebsformen und die Festigung und Konzentration der Konsumentenbewegung machten sich bald in einem zunehmenden Widerstand der Reichs- und Länderregierungen gegen die Agitation der kleinen Detailhändler bemerkbar.

B. Der zunehmende Widerstand des Staates gegen die Forderungen der Schutzverbände

Die staatlichen Stellen ließen sich von den sachlicheren Argumenten des VDWK überzeugen und legten sich gegenüber den Forderungen der Schutzverbände etwa von der Mitte des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts an immer größere Zurückhaltung auf¹. Das wurde sehr deutlich, als etwa von 1905 an versucht wurde, eine Erhöhung der Waren-

⁴³ Hirsch, J., *Filialbetriebe*, S. 77 ff.

⁴⁴ Zit. n. Handbuch—1919, S. 862.

⁴⁵ Vgl. Schmidt, E., a.a.O., S. 32 f.

⁴⁶ Vgl. Schmidt, E., a.a.O., S. 35.

¹ Vgl. VDWK, Jb. 1905/06, S. 14 ff.

haussteuern durchzusetzen. Nachdem die Bayerische Volkspartei in diesem Jahr einen Antrag auf eine ziemlich starke Erhöhung der Warenhaussteuer eingebracht hatte, richtete der VDWK eine Denkschrift an den Landtag, die nach Aussagen des Verbandes „von so durchschlagender Wirkung war, daß die Bayerische Regierung entschieden gegen den Antrag ... eintrat“². Die Folge dieser Intervention war schließlich, daß bei der Steuerreform im Jahre 1910 nicht eine Verschärfung der sowieso schon relativ hohen Warenhaussteuer, sondern eine Ermäßigung der Höchstbelastung auf 20 % des Ertrages nach preußischem Muster vorgenommen wurde. Das war einer der ersten großen Erfolge des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser. In Preußen wurden zwar in den Jahren 1905 ff. dreimal Anträge des Zentrums und der Konservativen auf Erhöhung der Steuern auf Warenhäuser und Konsumvereine vom Abgeordnetenhaus angenommen, scheiterten aber dann am Widerstand der Regierung, die den sachlicheren Gegenargumenten der Verbände der Warenhäuser und Konsumvereine zugänglicher war als die Parteien. In Sachsen wies dagegen schon das Abgeordnetenhaus, in dem die Linksparteien die Mehrheit hatten, nicht nur die entsprechenden Pläne zurück, sondern beschloß im Jahre 1912 sogar, daß „Umsatzsteuern von Großbetrieben im Kleinhandel und von Kleinhandelsbetrieben, die Zweiggeschäfte unterhalten, nicht mehr erhoben werden dürfen“³. 1904 und 1906 wurden auch die Bauordnungen in Münster, Hannover und Nürnberg von der preußischen bzw. bayerischen Regierung wieder aufgehoben, da man einsah, wie wenig stichhaltig das Argument der Feuergefährlichkeit der Warenhäuser war⁴. Mit Genugtuung konnte daher der VDWK in seinem Jahresbericht 1905/06 feststellen: „Man fängt ... in den Kreisen der Staatsregierungen an, über die Dinge ruhiger zu denken und die tatsächlichen Zustände mehr und mehr zu erforschen und diese den Behauptungen der Mittelstandsrufes entgegenzuhalten“⁵.

Wie die Länderregierungen allmählich ihre Meinung über die Notwendigkeit von Eingriffen steuerlicher und sonstiger Art der mittelständischen Detailhändler änderten, brachte am eindruckvollsten der preußische Finanzminister *Miquel*, einer der stärksten Befürworter des gewerblichen Genossenschaftswesens der damaligen Zeit, zum Ausdruck, als er eine Delegation des Zentralverbandes-Leipzig, die als Sprecherin des gesamten selbständigen Mittelstandes ihre Anliegen vorbrachte, mit den Worten entließ: „Gehen Sie nach Hause, machen Sie sich stark und dann kommen Sie wieder“⁶.

² Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 18 f.

³ Zit. n. Rubens, W., a.a.O., S. 37.

⁴ Vgl. Müller, M., a.a.O., S. 7.

⁵ Vgl. VDWK, Jb. 1905/06, S. 8.

⁶ Zit. n. Edeka 1907—1957, a.a.O., S. 13.

Durch besonders großen Widerstand gegen die Wünsche der Schutzverbände zeichnete sich immer mehr die Reichsregierung aus. Schon in der Zeit vor dem Bülow-Block gelang es dem Zentrum, dessen führende Köpfe sich nach und nach davon überzeugen ließen, daß dem Detailhandel nicht durch Staatshilfe, sondern nur durch eigene Anstrengung zu helfen sei, die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in dieser Richtung zu beeinflussen⁷. Nachdem nach Bildung des Bülow-Blockes im Jahre 1907 Nationalliberale und Freisinnige mit in die Regierung gekommen waren, zeigte diese noch weniger Bereitschaft, den Forderungen der Schutzverbände nach weiteren steuerlichen Beschränkungen von Großbetriebsformen und Konsumvereinen nachzukommen.

Dieses Nachgeben gegenüber ihren Gegenverbänden rief natürlich bei den Schutzverbänden heftigen Widerstand hervor. So stellt das Organ des Zentralverbandes-Leipzig, die Kolonialwaren-Zeitung, bereits 1904 bedauernd fest, daß eine entsprechende Eingabe des Verbandes vom Herrenhaus in Preußen „als zur Erörterung im Plenum als nicht für geeignet“ erachtet und demgemäß „für erledigt erklärt wurde“⁸. Während nun eine Reihe von Fachverbänden, wie im 3. Teil dieser Arbeit noch näher zu zeigen ist, in Erkenntnis dieser Entwicklung die Forderungen nach einer negativen Abwehrpolitik des Staates schon bald aufgab und sich statt dessen auf positive Selbsthilfe konzentrierte, verfochten nicht wenige Schutzverbände auch noch in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende ihre alte, ständisch-traditionale Politik. Dabei ist *E. Lederer* rechtzugeben, wenn er für diese Zeit feststellte: „Und man kann geradezu behaupten, daß die Forderungen um so radikaler wurden, je kleiner die Gruppe war, welche sie erhob“⁹. Erst nach und nach setzte sich, gefördert von den großen Fachverbänden, eine Aufweichung und Liberalisierung der ständisch-traditionalen Haltung im Detailhandel durch, mit der eine Abkehr der Mehrzahl der Detailhändler von den Schutzverbänden verbunden war. Diese Auflockerung machte sich auch in den allgemeinen Mittelstandsverbänden bemerkbar und führte zur Gründung des Hansa-Bundes und damit zur Spaltung der Mittelstandsbewegung. Kennzeichnend für die Struktur und die Stellung der Schutzverbände des Detailhandels und des gesamten Besitzmittelstandes im Gesellschaftsganzen und Staatsgefüge war, daß auch diese Tendenz zur Liberalisierung von den Parteien her, also ausgehend vom politischen Bereich, mitverursacht und mitgestaltet wurde. Diese Entwicklung setzte bereits 1908 ein, als sich der rheinisch-westfälische Landesverband der Deutschen Mittel-

⁷ Vgl. VDWK, Jb. 1907/08, S. 19 ff.

⁸ Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 25 v. 29. 3. 1904 u. Nr. 31 v. 22. 4. 1904.

⁹ *Lederer, E.*, Die sozialen Organisationen, 2. Aufl., Leipzig u. Berlin 1922, S. 106.

standsvereinigung von der Berliner Zentrale trennte, weil ihm diese zu stark von der Konservativen Partei bevormundet wurde.

C. Die Zersplitterung der Mittelstandsbewegung

I. Die Trennung der Mittelstandsvereinigung für Rheinland-Westfalen von der Deutschen Mittelstandsvereinigung

Im Dezember 1908 beschloß der rheinisch-westfälische Landesverband, Düsseldorf, den Austritt aus der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Berlin, und machte sich als Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe (Sitz Düsseldorf) selbständig. Ein Jahr darauf gab sich die Organisation den neuen Namen *Deutscher Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe* (Sitz Düsseldorf). Anlässlich ihres Austritts veröffentlichten die Düsseldorfer folgende Erklärung: „Dieser Beschluß hat sich als notwendig herausgestellt, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen an ein ersprießliches Zusammenwirken mit der Berliner Richtung nicht zu denken war. Die inneren Gründe für die Trennung liegen in der verschiedenen Auffassung, die zwischen den beiden Richtungen über den Charakter der Mittelstandsvereinigung besteht. Die Düsseldorfer Mittelstandsvereinigung und mit ihr die Ortsgruppen des früheren Rheinisch-Westfälischen Landesverbandes stehen auf dem Boden völliger parteipolitischer Neutralität, während die Berliner Richtung nicht in demselben Maße dem rein wirtschaftlichen Charakter der Mittelstandsvereinigung Rechnung trägt ... Die neue Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe ist nicht als eine Gegenorganisation gegen die Deutsche Mittelstandsvereinigung aufzufassen, ihr Ziel ist vielmehr eine umfassende wirtschaftliche Organisation des gesamten handel- und gewerbetreibenden Mittelstandes¹.“

Ein weiterer wichtiger Gegensatz zwischen den beiden Richtungen bestand in der unterschiedlichen Einstellung zur Zusammenarbeit mit dem neuen Mittelstand: „Auch hält die Düsseldorfer Richtung eine Organisation der selbständigen Geschäftsleute und Handwerksmeister für ein unabweisbares Bedürfnis, während die Berliner ihre Fürsorge dem gesamten sogenannten neuen Mittelstande zuwenden wollen“², hieß es weiter in der Austrittserklärung. Aus historischen und örtlichen Gründen war für die Düsseldorfer eine Zusammenarbeit mit den Beamtenorganisationen nicht denkbar³. Eine wichtige Rolle spielte auch noch der schon öfter erwähnte Gegensatz Berlin — Provinz.

¹ Zit. n.: Tille, A., Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes, Bd. IV, Berlin 1910, S. 230 f.

² Zit. n.: Tille, A., a.a.O., S. 231.

³ Der Düsseldorfer Verband sah nämlich seinen Hauptgegner in den allgemeinen und Beamtenkonsumvereinen. Gerade am Niederrhein und in den

Der Hauptgrund für die Absonderung der Düsseldorfer dürfte aber darin zu suchen sein, daß sie nicht bereit waren, die zunächst recht ständisch-traditionale Haltung der Zentrale, in der die sächsische Gruppe einen gewaltigen Einfluß hatte, zu übernehmen. Der zunehmende Einfluß des Zentrums, dessen führende Köpfe ja schon damals eine fortschrittliche Mittelstandspolitik forderten, zwang die Düsseldorfer, die extrem konservative Haltung aufzugeben. Da die Deutsche Mittelstandsvereinigung Berlin und die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen mehr und mehr in die Abhängigkeit von der Konservativen Partei und vom Bund der Landwirte gerieten, war nach den Wahlen des Jahres 1907, die zur Gründung des Bülow-Blockes führten und dem Zentrum die Rolle der Opposition aufzwangen, für diese Partei die Zusammenarbeit einer ihr nahestehenden Organisation mit einem Verband, der von den Konservativen abhängig war, nicht mehr tragbar.

Im Gegensatz zu den meisten anderen gemischten Verbänden des Detailhandels und des übrigen Mittelstandes vertrat daher der Deutsche Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe, Düsseldorf, eine relativ gemäßigte Richtung, die sich durch das Prinzip „Selbsthilfe ergänzt durch Staatshilfe“ kennzeichnen läßt. Nur die „Auswüchse“ der Warenhäuser und Konsumvereine sollten durch staatliche Eingriffe beseitigt werden. Die Erhöhung der Warenhaussteuern lehnte er ab. Das Schwergewicht seiner Tätigkeit lag statt dessen auf der Förderung des Gedankens der Selbsthilfe, durch die Propagierung der Gründung von Einkaufsgenossenschaften⁴. Seinem Aufbau und seiner Tätigkeit nach entwickelte er sich mehr und mehr zu einem Verband des Detailhandels. In allen größeren Städten von Rheinland und Westfalen gründete er sehr gut organisierte Ortsgruppen. Ihre Zahl belief sich im Jahre 1910 bereits auf siebzehn. Als besonders weitsichtig erwies sich ein Beschluß, diese Ortsgruppen nach Branchen in Fachausschüsse des Detailhandels zu gliedern. Aus diesen Fachgruppen entwickelten sich dann nach und nach örtliche Fachvereine des Detailhandels, die deshalb im Rheinland und in Westfalen schon recht früh entstanden. Eine Reihe der dortigen Einkaufsgenossenschaften dankt ihre Existenz der Aktivität des Verbandes, der eng mit dem Verband katholischer kaufmännischer Vereine zusammenarbeitete⁵. Damit ist der Deutsche Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe ge-

rheinisch-westfälischen Gebieten waren aber seit der Jahrhundertwende in enger Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften solche Genossenschaften in großer Anzahl gegründet worden, die sich dann 1908 zum Verband westdeutscher Konsumvereine zusammenschlossen. (Vgl. Back, J. M., Genossenschaftsgeschichte, Sp. 2208.)

⁴ Vgl. Hirsch, J., Warenhaus, S. 94 ff. u. Lederer, E., Mittelstandspolitik, 1910, S. 977.

⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 6 v. 19. 1. 1909.

wissermaßen ein Vorläufer des Hansa-Bundes, der sich ebenfalls um eine sachlich-rationale Haltung bemühte, obwohl es aus parteipolitischen Gründen zu keiner Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Mittelstandsverbänden kam.

II. Die Gründung des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie

Einer zweiten, noch viel schwereren Belastungsprobe wurde die Deutsche Mittelstandsvereinigung durch das Verhalten der Konservativen Partei und des Bundes der Landwirte bei der Reichsfinanzreform ausgesetzt. Die Kernfrage der Reichsfinanzreform bildete die stark progressive Erbschaftssteuer. Von den 500 Millionen Mark, die die Regierungsvorlage zum Haushaltsausgleich forderte, sollte der Besitz erstmals für das Reich einen Betrag von 100 Millionen direkter Steuern in der Form einer Ausweitung der Nachlaßsteuer auf das Gatten- und Kindererbe aufbringen.

Obwohl nun dieser Entwurf der Regierung des Bülow-Blockes aus Konservativen und Liberalen gewisse Erleichterungen für die Landwirtschaft vorsah, kam es sofort zu einer sehr scharfen Reaktion des Bundes der Landwirte, und dadurch veranlaßt, zu einem entschlossenen Widerstand der Konservativen. Das Zentrum schloß sich sofort an, da es die Möglichkeit erkannte, den Block zu sprengen und an Stelle der Liberalen in die Regierung kommen zu können⁶. Die Steuervorlage der Regierung rief, wie es *Th. Eschenburg* formulierte, „ein Bewußtsein wach, als ob Staat und Volk sich gegen die Landwirtschaft wendeten, und diesem Vorgehen glaubten die Konservative Partei und der Bund der Landwirte durch ein entschiedenes prinzipiis obsta sich widersetzen zu müssen“⁷. Sie verlangten dagegen zur Lösung des Haushaltsproblems die Erhöhung bzw. Neueinführung einer Reihe von Verbrauchs- und Verkehrssteuern, durch die sich natürlich wieder Handel und Gewerbe bedroht fühlen mußten.

Der städtische Mittelstand protestierte dann auch ebenso heftig wie vordem die Grüne Front. Die Deutsche Mittelstandsvereinigung ließ in Verbindung mit einer Reihe von großen Verbänden des Mittelstandes⁸ einen Aufruf zur Beteiligung an einem *Allgemeinen Deutschen Mittel-*

⁶ Vgl. *Bertram*, J., Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964, S. 9 ff.

⁷ *Eschenburg*, Th., Kaiserreich, S. 189.

⁸ Am Aufruf beteiligten sich: Die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen, der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe, Leipzig, der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, der Innungsausschuß der vereinigten Innungen Berlins und der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer.

standstag in Berlin ergehen. Am 13. April 1909 kamen mehr als 5 000 Vertreter mittelständischer Vereine und Verbände zu einer Protestkundgebung in Berlin zusammen. Eine der beiden Versammlungen wurde von dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe, Stadtrat *Hugo Seifert* aus Leipzig, geleitet. Dabei wurde eine Resolution an Bundesrat und Reichstag nach Verabschiedung der Finanzreform im Sinne der Regierungsvorlage erlassen. Obermeister *Rahardt*, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, wandte sich scharf gegen eine einseitige Berücksichtigung der Interessen des Bundes der Landwirte⁹. Das Schicksal der Reichsfinanzreform, das zugleich auch das Schicksal des Blockes bedeutete, war aber bereits entschieden. Bereits am 24. März hatten die Konservativen ihre Entschlossenheit erklärt, die Reichsfinanzreform ohne Rücksicht auf den Bülow-Block unter Heranziehung des Zentrums zu erledigen¹⁰. Am 28. Mai schieden die Vertreter der liberalen Parteien aus der Finanzkommission aus. Damit fiel der Bülow-Block auseinander und wurde durch den Schwarz-Blauen Block oder, wie er von seinen Feinden genannt wurde, durch den „Bund der Heiligen und der Ritter“ abgelöst, der die Finanzreform im Sinne der Konservativen und gegen die Stimmen der Linksparteien durchführte.

Daraufhin kam es auf Anregung der Nationalliberalen Partei erneut zu einer großen Protestkundgebung gegen die Finanzpolitik der neuen Koalition. Am 12. Juni 1909 sprachen sich 6 000 Vertreter von Verbänden aus Gewerbe, Handel, Banken und Industrie im Zirkus Schumann in Berlin für die Annahme einer Resolution gegen die von der Finanzkommission des Reichstages genehmigten neuen Steuervorschläge aus und gründeten den *Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie*¹¹. Die eigentliche Ursache für diese Bewegung war der Gegensatz zur Landwirtschaft und den Bund der Landwirte. „Der Unmut, der sich in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um Zollsätze und Handelsverträge wegen der Schonung der Landwirtschaft angesammelt hatte, wurde laut, durch manchen der Protestkundgeber sehr laut. Es wurde vom Kampf des immobilien gegen das mobile Kapital gesprochen. Damals präsentierte sich zum erstenmal ganz deutlich der Industriestaat in der Öffentlichkeit¹².“ Diese Zielsetzung kam klar in § 1 der Satzung zum Ausdruck: „Der Hansa-Bund hat den Zweck, Angriffe und Schädigungen, welche sich gegen die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie richten, abzuwehren und die gemeinsamen Interessen von Gewerbe,

⁹ Vgl. *Kolonialwaren-Zeitung*, Nr. 30 v. 16. 4. 1909.

¹⁰ Vgl. *Eschenburg*, Th., *Kaiserreich*, S. 215 u. *Westarp*, Graf, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. I, Berlin 1935, S. 72.

¹¹ Vgl. *Kolonialwaren-Zeitung*, Nr. 47 v. 18. 6. 1909.

¹² *Hauenstein*, F., a.a.O., S. 59.

Handel und Industrie zu fördern.“ Es wurde mit großen Anstrengungen versucht, Kleinhandel und Kleingewerbe der Großindustrie näher zu bringen und dem Stand der Landwirtschaft einen neuen bürgerlichen Stand, vereint durch ein „antikonservatives Kartell“, das alten und neuen Mittelstand umfassen sollte, gegenüberzustellen. Neben dem Schlagwort der Agrarier von der Interessensolidarität der gesamten Landwirtschaft trat nun das Schlagwort von der Solidarität der gesamten werbenden städtischen Bevölkerung¹³.

Die meisten der an der Gründung beteiligten Verbände standen den liberalen Parteien nahe, so u. a. der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Berlin, dessen Vorsitzender *J. Rießer* erster Präsident des Hansa-Bundes wurde, der Bund der Industriellen, Berlin, der Verband Sächsischer Industrieller, Dresden, der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, Berlin, und der Verband Berliner Kaufleute und Industrieller. Aber auch der schutzzöllnerische und mehr konservativ orientierte Centralverband Deutscher Industrieller wirkte an der Gründung mit¹⁴. Außerdem traten auch noch einige große Handlungsgehilfenverbände dem Hansa-Bund bei, der sich ähnlich wie die Deutsche Mittelstandsvereinigung, aber noch viel intensiver als diese, auch um den neuen Mittelstand bemühte.

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung schloß sich ebenfalls dem Hansa-Bund an, ließ es allerdings ihren Mitgliederverbänden frei, sich für oder gegen ihn zu entscheiden. Die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen jedoch nahm wegen der engen Beziehungen zum Bund der Landwirte von Anfang an eine äußerst feindliche Haltung gegenüber dem neuen Verband ein und wandte sich scharf gegen die Mitarbeit der Berliner Zentrale¹⁵. Sie trat sofort aus der Deutschen Mittelstandsvereinigung aus und betrieb von da an die Gründung eines neuen mittelständischen Zentralverbandes als Konkurrenzverband gegen Hansa-Bund und Deutsche Mittelstandsvereinigung.

Fast auf allen Verbandstagen der mittelständischen Detaillistenorganisationen spielte von jetzt ab die Stellung zum Hansa-Bund eine wichtige Rolle. Wegen der Mitgliedschaft des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser, der zu den stärksten Befürwortern und eifrigsten Förderern des Hansa-Bundes gehörte, und einer Reihe von Angestellten- und Beamtenverbänden war es von vornherein ziemlich klar, daß sich die Schutzverbände des Detailhandels in Hinblick auf eine weitgehende Anti-

¹³ Vgl. *Lederer*, E., Interessentenorganisationen, S. 354 ff.

¹⁴ *Emil Kirdorf* stand auf der Rednerliste der Gründungsversammlung und *Hugo Stinnes* wurde Mitglied des Präsidiums. (Vgl. *Tille*, A., a.a.O., S. 257 u. 288.)

¹⁵ Vgl. *Kolonialwaren-Zeitung*, Nr. 50 v. 29. 6. 1909.

Konsumverein- und Anti-Warenhauspolitik nicht viel erwarten konnten. Aber gerade deswegen machte der Hansa-Bund ganz besondere Anstrengungen, den Detailhandel zur Mitarbeit zu gewinnen. Das zeigt sich u. a. darin, daß ihm, rein zahlenmäßig gesehen, ziemliche Zugeständnisse bei der Besetzung des Hauptausschusses gemacht wurden. Der Hauptausschuß des Hansa-Bundes, der freilich dem Präsidium gegenüber keinen allzu großen Einfluß hatte, umfaßte zu Beginn des Jahres 1910 189 Vertreter der Industrie, 124 Vertreter des Handels, davon 55 Vertreter des Detailhandels, 76 Vertreter des Handwerks und Kleingewerbes und 41 Angestelltenvertreter¹⁶. Schon kurz nach seiner Gründung lud dann der Hansa-Bund alle Organisationen des Detailhandels zu einer Konferenz ein, auf der die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses aller Verbände beschlossen werden sollte. Dieser wurde dann als *Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Einzelhandels*¹⁷ im Jahre 1910 ins Leben gerufen¹⁸. Seine Aufgabe sollte es vor allem sein, die Einzelhandelskreise mit dem Gedanken der Selbsthilfe vertraut zu machen und sie davon abzubringen, eine Besserung ihrer Situation nur von der Staatshilfe zu erwarten. So enthielten auch schon die im Oktober 1909 beschlossenen Richtlinien für die Tätigkeit des Hansa-Bundes die Forderung nach all den „positiven Maßnahmen, welche bestimmt und geeignet sind, den gewerblichen Mittelstand sowie das Kleingewerbe, den Detailhandel und das Handwerk in ihrer Leistung und Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und zu heben, insbesondere durch Unterstützung aller Bestrebungen, welche auf bessere und gründlichere Ausbildung der heranwachsenden Generation und auf Erleichterung des Bezugs billiger Betriebsmittel gerichtet sind“¹⁹. Das war natürlich den radikaleren Verfechtern einer immer noch auf Staatshilfe gerichteten ständisch-traditionalen Kleinhandelspolitik zu wenig. Sie verlangten eine eindeutige Haltung des Hansa-Bundes zu den akuten Problemen des Standes, vor allem eine klare Stellungnahme gegen die Konsumvereine. Wegen seines Verbens um den neuen Mittelstand jedoch suchte der Hansa-Bund dieses heiße Eisen zu meiden und beschäftigte sich in der ersten Zeit nur mit Aufgaben, deren Behandlung den Interessenkonflikt zwischen dem alten und dem neuen Mittelstand nicht tangierte. Diese Politik des So-

¹⁶ Vgl. Lederer, E., *Mittelstandsbewegung*, 1910, S. 981.

¹⁷ Soweit wir feststellen konnten, ist dieser Ausschuß des Hansa-Bundes das erste Gebilde, in dessen Namen der heute allgemein gebräuchliche Terminus „Einzelhandel“ auftaucht. Vorerst konnte sich dieser moderne Ausdruck aber noch nicht gegen die überkommenen Bezeichnungen „Detailhandel“ und „Kleinhandel“ durchsetzen. Erst seit der Gründung der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“ im Jahre 1919 bürgerte sich die neue Standesbezeichnung allgemein ein.

¹⁸ Vgl. VDWK, Jb. 1910, a.a.O., S. 15 f.

¹⁹ Flugblatt Ia des Hansa-Bundes, zit. n. Lederer, E., *Mittelstandsbewegung*, 1910, S. 981.

wohl-Als-Auch ließ sich aber auf die Dauer nicht durchhalten. Bereits 1911 entschied sich der Bund für eine in den Ansätzen mehr konsumvereinsfeindliche Politik, wenn auch in seinem Programm immer noch die maßvollsten Forderungen enthalten waren, die bis dahin von einer mittelständischen Organisation erhoben wurden. Daher waren es nur die Vertreter einer aufgeschlosseneren Richtung des Detailhandels, die sich dem Hansa-Bund zuwandten. So einige der größeren, straffer organisierten Fachverbände, wie z. B. der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, Hamburg, der Verband Deutscher Eisenwarenhändler, Mainz, und der Verein der Berliner Kolonialwarenhändler. „Die Haltung der großen Verbände dem Hansa-Bund gegenüber“, schrieb *M. Biermer*, ist zwar keine einheitliche, vielfach noch eine recht reservierte, im großen und ganzen aber mehr freundlich-nachbarliche als das Gegenteil. Das ist die Signatur der neuen Zeit, wie sie die Kämpfe um die Reichsfinanzreform geschaffen haben“²⁰.

Gegen den Hansa-Bund stellten sich von Anfang an ganz klar der Zentralverband-Leipzig und die Zentralvereinigung-Berlin. Gerade der Berliner Verband aber mußte nach außen hin auf eine eindeutige ablehnende Haltung gegenüber dem Hansa-Bund verzichten, da sich im Berliner Detailhandel und in den der Zentralvereinigung angeschlossenen Fachverbänden schon eine liberalere Haltung durchsetzte²¹.

Wie bei der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Berlin, war auch die Arbeit des Hansa-Bundes stark politisch ausgerichtet. Bereits die Resolution der Gründungsversammlung stellte dem Verband die Aufgabe, „bei der Vorbereitung von Wahlen für die Aufstellung und die Wahl solcher Kandidaten tätig zu sein, welche jeder drohenden gesetzgeberischen Schädigung und jeder einseitigen Belastung von Gewerbe, Handel und Industrie entgegenzutreten entschlossen sind; in erster Linie soll für die Wahl von Kandidaten aus den eigenen Reihen dieser Stände eingetreten werden“²². Mehr als die übrigen mittelständischen Interessenverbände war der Hansa-Bund auch bestrebt, „seine Postulate in allgemein gültiger Form programmatisch festzulegen“²³, was sich ebenfalls aus einem besonders starken Willen zur politischen Macht erklärt, der sich insbesondere im Wahlkampf der Reichstagswahl 1912 manifestierte, als es dem Hansa-Bund gelang, ein Wahlbündnis zwischen Nationalliberalen und Fortschritt zustande zu bringen.

²⁰ *Biermer*, M., Mittelstandsbewegung, S. 755.

²¹ Vgl. *Lederer*, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 979 u. VDWK, Jb. 1911, S. 73.

²² Zit. n. *Tille*, A., a.a.O., S. 258.

²³ *Lederer*, E., Interessentenorganisationen, S. 358.

Die Gründung des Hansa-Bundes war damit nicht nur ein Symptom für die Tendenz zur Entschärfung des Radikalismus in der Verbandsbewegung des Detailhandels und des Mittelstandes allgemein und für eine mehr sachlich-rationale Gesinnung in diesen Verbänden, sondern auch ein Symptom für die damals zunehmende Aktivität der liberalen Parteien bei der Einflußnahme auf wirtschaftliche Interessenverbände.

Während sich ja, wie bereits betont, die übrigen großen Parteien, wie Konservative, Zentrum und Sozialdemokraten längst die Unterstützung machtvoller Verbände gesichert hatten, war den Nationalliberalen der Anschluß auf diesem Gebiet nicht geglückt. Es wurden zwar wiederholt von einflußreichen Parteipersonlichkeiten einschlägige Vorschläge unterbreitet. So wollte z. B. Stresemann als Syndikus des Sächsischen Industriellenverbandes, nachdem er 1907 in den Reichstag gewählt worden war, die im Bund der Industriellen zusammengeschlossenen Verbände auf Länderebene näher an die Partei heranziehen und zu diesem Zweck einen Wirtschaftsverband der Industrie innerhalb der Partei gründen, „da eigentlich keine großen wirtschaftlichen Interessentengruppen hinter der Nationalliberalen Partei ständen . . . Die Partei habe es nicht verstanden, beim Aufkommen der Landwirtschafts- und Mittelstandsbewegung diese in den Rahmen der Parteibestrebungen einzuspannen“²⁴. Erst das Scheitern des Bülow-Blockes, das die Nationalliberalen in die Opposition drängte, zwang auch sie, sich Verbände anzugliedern. Neben dem Hansa-Bund schufen sie sich im Deutschen Bauernbund, der ebenfalls 1909 gegründet wurde, einen weiteren Interessenverband, der die politische Vormachtstellung des Bundes der Landwirte auf dem flachen Land brechen und der Partei dort neue Wähler zuführen sollte. Damit setzte sich die bereits oben herausgearbeitete Entwicklung zur „Verschränkung“ von Parteien und Verbänden und zur „Verbandsfärbung“ der Parteien fort. Gleichzeitig kam dadurch die Tatsache der Spaltung der Verbände des Mittelstandes im allgemeinen und des Detailhandels im besonderen sehr deutlich zum Ausdruck, da sich, wie *E. Lederer* feststellte, „wenn man Schlagworte gebrauchen kann, ‚liberale‘ und ‚konservative‘ Mittelstandsorganisationen zu bilden beginnen, d. h. also, daß große einheitliche Schichten des Mittelstandes in engere Fühlung mit bestimmten Parteien treten“²⁵.

Der Hansa-Bund konnte aber diese Erwartungen, die die liberalen Parteien in ihn gesetzt hatten, nicht erfüllen. So mußte schon das Nebeneinander der beiden führenden Industriellenverbände, von denen die konservativ orientierte Organisation der Schwerindustrie, der Central-

²⁴ *Eschenburg*, Th., Kaiserreich, S. 114 f.

²⁵ *Lederer*, E., Interessenorganisation, S. 355.

verband Deutscher Industrieller, eine Schutzzollpolitik verfocht, der fortschrittlich gesinnte Bund der Industriellen, als Vertreter der weiterverarbeitenden Industrie, jedoch eine Zollsenkung forderte, eine klare Alternative gegen das Programm des Schwarz-Blauen Blocks unmöglich machen. Im Jahre 1911 kam es dann auch zum Bruch zwischen J. Rießer und den dem Präsidium des Hansa-Bundes ebenfalls angehörenden Führern des Centralverbandes Rötger und Kirdorf, die ihre Arbeitgeberinteressen in der Politik des Hansa-Bundes nicht genügend vertreten sahen. Der Centralverband Deutscher Industrieller hatte schon kurz nach der Gründung des Hansa-Bundes den bereits seit 1908 geplanten Wahlfonds der deutschen Industrie zur Unterstützung der konservativen Parteien ins Leben gerufen. Daraufhin gründete nun auch der Hansa-Bund einen eigenen Wahlfonds, um das „verderbliche Überlaufen bürgerlicher Kreise zu staatsgegnerrischen Parteien“²⁶ zu verhindern. Eine Reihe weiterer rechtsorientierter Organisationen und Einzelmitglieder vor allem aus der rheinisch-westfälischen und der Saarindustrie traten ebenfalls aus. Auch die Deutsche Mittelstandsvereinigung wandte sich vom Jahre 1911 an wieder mehr der ständisch-traditionalen Richtung in der Mittelstandspolitik zu. Ein großer Teil des Mittelstandes, Detailhändler, Handwerker, Gewerbetreibende, Banken und Fertigwarenindustrie blieben jedoch im Hansa-Bund. Anfangs 1911 betreute er 250 000 Einzelmitglieder und 687 korporativ angeschlossene Vereinigungen. Er hatte 51 Landes- und Bezirksgruppen und 603 Ortsgruppen aufgebaut. Die Verluste durch den Austritt wurden durch Neuaufnahmen bald wieder ausgeglichen, so daß er im Jahre 1913 200 000 direkte Mitglieder und über 830 korporativ angeschlossene Vereinigungen mit weiteren 280 000 Mitgliedern zählte. Der Berliner Spitze unterstanden 60 Landes- und Bezirksverbände, 649 Ortsgruppen und 1 600 Vertrauensmänner, die ihn nach der Satzung dort zu vertreten hatten, wo keine Ortsgruppen bestanden²⁷.

Sein politisches Ziel jedoch hatte er nicht erreicht. In den Reichstagswahlen des Jahres 1912 vermochte die Grüne Front ihre vorherrschende Stellung zu behaupten: 62,7 % aller Abgeordneten waren jetzt Großgrundbesitzer gegenüber 44,4 % bei den Wahlen des Jahres 1903²⁸.

Auch in seiner organisatorischen Struktur, im Aufbau und in der Schlagkraft konnte es der Hansa-Bund seinem Vorbild und seinem Todfeind, dem Bund der Landwirte, nicht gleichtun, da die Rücksichtnahme auf die stark divergierenden Interessen der Mitglieder sehr oft die Führung des Bundes recht schwierig machte und zur Untätigkeit zwang.

²⁶ Zit. n. VDWK, Jb. 1910, a.a.O., S. 7.

²⁷ Vgl. Handbuch—1913, S. 3 ff.

²⁸ Vgl. Bertram, J., a.a.O., S. 104 u. 205 ff.

Ähnlich wie schon bei der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Berlin, zeigte es sich damit auch hier, daß eine erfolgreiche und dauernde Zusammenarbeit zwischen dem Besitzmittelstand und dem unselbständigen Mittelstand in einem einheitlichen Interessenverband nur schwer möglich ist. Die Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsgebilde und der wirtschaftlichen Standorte zwischen altem und neuem Mittelstand als Motiv der sozialen Meinungsbildung ist schon deshalb nicht auszuschalten, weil außer- oder überwirtschaftliche Homogenitätsmomente fehlen. Nach *Th. Geiger* muß der Unterschied zwischen Besitzmittelstand und unselbständigem Mittelstand grundsätzlich dissoziierend wirken, „es sei denn, daß sich noch ganz neue, heute nicht voraussehbare konsozitative Kräfte ans Werk machen“, denn hier sind „die Mentalitäten thematisch und nicht die Doktrinen und Ideologien, in denen sie sich niederschlagen oder an die sie sich anheften“²⁹. Bis heute jedenfalls hat *Geiger* mit seiner These aus dem Jahr 1932 recht behalten³⁰.

Obwohl es nicht zu der großen liberalen Bewegung im deutschen politischen Leben kam³¹, die man sich von der Gründung des Hansa-Bundes

²⁹ *Geiger*, Th., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 131 f. u. 133. Vgl. dazu auch: v. d. *Gablentz*, O. H., Mittelstand, in: HdSw, 7. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, S. 394; *König*, R., Soziologie heute, Zürich 1949, S. 52 ff.; *Grünberg*, E., Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932, S. 140 ff. u. S. 167 ff. u. *Pausewang*, S., Zur Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer. Inhaltsanalyse der Zeitschrift „Deutsche Industrie“ des „Bundes der Industriellen“, Jg. 1905 bis 1914, Diss. Marburg 1967, S. 6 ff.

³⁰ So konnte sich z. B. auch der Deutsche Mittelstandsblock nicht lange halten. Dieser wurde am 8. 9. 1951 auf Anregung des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, *Andreas Hermes*, vom Deutschen Bauernverband, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer gegründet. Später stießen zu ihm noch andere Verbände, darunter auch die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, die sich anfangs energisch gegen eine Mitarbeit ausgesprochen hatte. (Vgl. H.d.D.E., 4. Arbeitsbericht (1951), S. 29 u. v. *Nell - Breuning*, O., Mittelstand, in: Staatslexikon, 6. Aufl., 5. Bd., Freiburg 1960, Sp. 789.) Trotz großer Betriebssamkeit der Verbandsfunktionäre kam die Organisation kaum über die Errichtung eines gemeinsamen Büros in Bonn hinaus.

Im Frühjahr 1967 unternahm der Nachfolger von *Hermes*, Präsident *Rehwinkel*, erneut den Versuch einer Einigung der Mittelschichten. Er erfuhr aber nur Unterstützung vom Deutschen Gewerbeverband, dessen Präsident, *Oswald Nippert*, sich zur Gründung einer mittelständischen Arbeitsgemeinschaft bereit erklärte. Der Plan scheiterte aber dann am Widerstand der großen Verbände des Einzelhandels und des Handwerks. Bei beiden Unternehmen beschränkte man sich bewußt auf eine Tätigkeit im „vorparlamentarischen Raum“ und versuchte unter dem Hinweis auf ein Wählerpotential von rund fünf Millionen Stimmen einen Druck auf die Parteien auszuüben. Auf die Gründung einer eigenen Partei dagegen verzichtete man wegen der schlechten Erfahrungen mit der Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, der es nicht gelungen war, zu einem innerparteilichen Interessenausgleich zu finden. (Vgl. S. 256 ff. u. *Christ und Welt* Nr. 15 v. 14. 4. 1967.)

³¹ Vgl. *Eschenburg*, Th., Kaiserreich, S. 258 ff.

ebenso wie von der Gründung des Deutschen Bauernbundes erwartet hatte, war doch dessen Bedeutung für die Mittelstandsbewegung im Detailhandel recht groß: Er wurde zum Sammelbecken der modern denkenden, aufgeschlosseneren Kreise im Kleinhandel, die sich immer mehr von den im extremen Konservativismus verhafteten Gruppen absonderten und sich um eine konstruktive, sachlich-rationale, Detailhandelspolitik bemühten. Dem Hansa-Bund kommt das große Verdienst zu, durch die Gründung seines Zentralausschusses zum ersten Male Vertreter des mittelständischen Detailhandels und der „kapitalistischen“ Warenhäuser an einen Tisch bekommen zu haben. Der Zentralausschuß für die Interessen des deutschen Einzelhandels bildete so ein Glied in der langen Kette der Versuche, eine gemeinsame Interessenvertretung des gesamten deutschen Einzelhandels zu schaffen.

III. Die Gründung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes

Sofort nach der Gründung des Hansa-Bundes schlossen sich auch die konservativen Gruppen des Mittelstandes enger zusammen und institutionalisierten somit auch die Spaltung der Mittelstandsbewegung. Auf einer auf Veranlassung der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen nach Leipzig einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Berlin, wurde am 22. November 1909, wieder unter maßgeblicher Beteiligung des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes-Leipzig, *Hugo Seifert*, ein gegen die Berliner Zentrale gerichteter Antrag, einen *Zentralausschuß der gewerblichen Mittelstandsverbände Deutschlands* zu errichten, angenommen. Aufgabe des Ausschusses sollte es sein, einen neuen Zentralverband des deutschen Mittelstandes zu errichten. Dieser konstituierte sich dann am 24. September 1911 in Dresden, kurz vor Beginn der Wahlbewegung zu den Reichstagswahlen unter reger Anteilnahme der staatlichen und städtischen Stellen als *Reichsdeutscher Mittelstandsverband*³².

Gleich auf dem 1. Reichsdeutschen Mittelstandstag nahm sich der Verband sehr warm der Sorgen des Detailhandels an und erhob die alten Forderungen in sehr extremer Form, was ihm sofort die Gefolgschaft der entsprechenden ständisch-traditionalen Kreise des Kleinhandels brachte. Der Zentralverband-Leipzig war von Anfang an aktiv bei dem Aufbau der neuen Sammelbewegung mit dabei gewesen. Auch die Zentralvereinigung-Berlin schloß sich an, ebenso der sehr mitgliederstarke Verband

³² Vgl. *Wiedemann, H.*, Der Reichsdeutsche Mittelstands-Verband. Ein Beitrag zur Lösung der Organisationsfrage des Deutschen Mittelstandes, Münster 1913, ferner: *Fritsch, Th.*, a.a.O., u. VDWK, Jb. 1909, a.a.O., S. 13 f., Jb. 1910, a.a.O., S. 15 f. und Jb. 1911, a.a.O., S. 17 ff.

der Rabattsparvereine Deutschlands, was zur Folge hatte, daß der Reichsdeutsche Mittelstandsverband „zum größten Teil eine Vertretung des Detailhandels“³³ wurde. Mehrere der großen Fachverbände freilich, distanzierten sich von ihm, so der Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, der ihm nahestehende Hamburger Verband Deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, der Verband Deutscher Eisenwarenhändler und der Verband Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler³⁴.

Ähnlich wie die Deutsche Mittelstandsvereinigung war auch der Reichsdeutsche Mittelstandsverband bloß ein loser Dachverband mit korporativen Mitgliedern. Er umschloß eine Reihe kleinerer oder größerer Organisationen verschiedenster Art, die je einen Vertreter in den Reichsausschuß des Verbandes entsandten. Daneben bestanden in den wichtigsten Bundesstaaten Landesausschüsse, die ebenfalls von den Vertretern der jeweiligen Landesorganisation des Mittelstandes gebildet wurden. Die Landesausschüsse wiederum errichteten in den größeren Städten sogenannte Ortskartelle des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes der dort ansässigen Vereine. Direkte Mitgliedschaft war zwar möglich, beinhaltete aber keine satzungsmäßigen Rechte auf Mitarbeit³⁵. Die Bestrebungen des Verbandes, eine Einigung des gesamten konservativ eingestellten Mittelstandes herbeizuführen, gipfelten in dem Versuch, ein *Kartell der schaffenden Hände*, von *Stresemann* in „Kartell der raffenden Hände“ umgetauft, zu gründen. Dieses „Rechtskartell“ zur Verstärkung der Abwehrfront gegen den Hansa-Bund setzte sich zusammen aus dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband, dem Centralverband Deutscher Industrieller, den Christlichen Bauernvereinen und dem Bund der Landwirte³⁶. Es stellte die Interessensolidarität der „*werbenden Stände*“ insbesondere gegenüber dem Großkapital und den Arbeitermassen in den Vordergrund. Deshalb waren es vor allem drei Forderungen, die in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt und in Leitsätzen fixiert wurden: „1. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben, Schutz der Arbeitswilligen; 2. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise; 3. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren“³⁷. Gerade wegen dieser Verbindung mit Landwirtschaft und Großindustrie mußten die Forderungen und Wünsche des Kleingewerbes und vor allem des Kleinhandels wieder stark tangiert

³³ Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1912, S. 932.

³⁴ Vgl. VDWK, Jb. 1913, S. 11.

³⁵ Vgl. Wiedemann, H., a.a.O., S. 40 f.

³⁶ Vgl. Wernicke, J., Kapitalismus, S. 166 f.

³⁷ Zit. n. Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 1019.

werden. Trotz der Wiederbelebung der Schutzpolitik lief dieser Zusammenschluß von Strömungen, die sich bis dahin fern gestanden hatten, auf eine Verwässerung der ganzen Bewegung hinaus, selbst wenn es sich durchwegs um Gruppen des alten Mittelstandes handelte. „Es berührt eigenartig“, interpretiert *Emil Lederer* die damalige verworrene Situation, „wie Gewerbe und Industrie nun kooperieren, während die ganze Problematik des Mittelstandes . . . eine Konsequenz der industriellen Entwicklung ist. Die Zeiten der ursprünglichen Mittelstandsbewegung in Deutschland sind vorüber, und die Solidarität gegenüber der Arbeiterschaft hat Erwerbszweige zusammengeführt, die sich noch vor kurzem als ‚natürliche Gegner‘ gegenüberstanden“⁸⁸.

Aber auch dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband gelang es nicht, zu dem Spitzenverband des deutschen Besitzmittelstandes zu werden. Sein Hauptbetätigungsfeld blieb auf Mitteldeutschland, vor allem Sachsen, beschränkt. Er war damit lediglich eine weitere „zentrale“ Organisation neben dem Hansa-Bund und der Deutschen Mittelstandsvereinigung und trug so erst recht zur Spaltung des Mittelstandes und zum Niedergang der Schutzverbände bei.

Durch die Gründung des Hansa-Bundes und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes wurde somit ein tiefer Graben zwischen den mehr ständisch-traditionalen und den primär sachlich-rationalen Verbänden des Mittelstandes ganz allgemein und des Detailhandels im besonderen aufgeworfen, der bis in den Zweiten Weltkrieg hinein nicht überbrückt werden konnte. Selbst als die älteren Schutzverbände des Detailhandels, wie z. B. der Zentralverband-Leipzig, ihre negative Abwehrpolitik aufgaben, erwies sich der Reichsdeutsche Mittelstandsverband als das Sammelbecken der extrem-konservativen Detailhandelsverbände. Der Gegensatz zu Konsumvereinen und Warenhäusern blieb oberstes Prinzip. Als 1916 der Zentralverband-Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser erneut einen Versuch zur Schaffung eines Spitzenverbandes des deutschen Detailhandels machte und den Bund deutscher Kleinhandelsverbände ins Leben rief, gründete der Reichsdeutsche Mittelstandsverband in Zusammenarbeit mit mehreren Verbänden sofort den Reichsausschuß für den Kleinhandel als Konkurrenzverband⁸⁹. Aber auch diese Aktivität und diese Fürsorge um das Wohl des Detailhandels konnte den Niedergang seiner Schutzverbände nicht mehr verhindern, der, durch die Folgen der Kriegswirtschaft beschleunigt, seinen Fortgang nahm.

⁸⁸ *Lederer, E.*, Mittelstandsbewegung, 1910, S. 1019.

⁸⁹ Vgl. hierzu S. 243.

D. Der Niedergang der Schutzverbände

Wenn wir nun an dieser Stelle auf die Entwicklung der Schutzverbände des Detailhandels zurückblicken, so können wir feststellen, daß ihr Höhepunkt um die Jahrhundertwende und kurz danach lag. Damals erfreuten sie sich sowohl eines großen Mitgliederzulaufs als auch beträchtlicher Erfolge gegenüber dem Staat und in der Öffentlichkeit. Aber bereits um die Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zeichnete sich eine Tendenz zur Abschwächung ab, die dann gegen Ende des Jahrzehnts ganz deutlich hervortrat. Die Zeit der Schutzverbände war vorbei. Die Gründe für diese Entwicklung ergeben sich aus den bisherigen Ausführungen des 2. Teiles der Arbeit und seien hier noch einmal kurz zusammengefaßt:

1. Die Gegner des mittelständischen Detailhandels, die Konsumvereine und die großkapitalistischen Betriebsformen verstanden es, gut organisierte und schlagkräftige Gegenverbände zu gründen und durch eine objektivere und sachlichere Beweisführung die nicht immer gerechtfertigten Klagen der Schutzverbände zurückzuweisen. Gerade hier haben wir also ein sehr anschauliches, schönes Beispiel für die Tendenz zur „Verbandsgesellschaft“ (*Wössner*), in der fast immer der Organisation bestimmter Interessen der Zusammenschluß der durch diese Organisation tangierten Interessen nachfolgt und so ein System von Gegenverbänden entsteht, das eine „Tendenz zur Ausgewogenheit“ (*Weippert*) der interessenorganisierten Gesellschaft bewirkt. Wie die Entstehung der Verbände der Großbetriebsformen und der Zusammenschluß der Konsumvereine zeigt, verliert sowohl das Faktum wie der Gedanke der Gegengewichtigkeit die Anrühigkeit, die der Ausbildung von Gegenkräften anhaftet. „Das Gegengewichtsprinzip ist ein Ausgleichsprinzip! Die Ausgleichsbedürftigkeit nimmt mit der Dynamik der Wirtschaft zu¹.“

2. Ein weiterer Grund für die abnehmende Bedeutung der Schutzverbände im Detailhandel ist in der steigenden Zurückhaltung der staatlichen Stellen zu sehen, die sich diese, beeinflusst durch die sachliche und geschickte Argumentation der Gegenverbände, in zunehmendem Maße auferlegten.

Als dann dieser Widerstand des Staates während der Kriegszeit und in den Jahren der Inflation seinen Höhepunkt erreichte und sogar in eine gefährliche Bedrohung des selbständigen Detailhandels umschlug, war

¹ *Weippert*, G., *Verbandstrukturierte Gesellschaft*, S. 131. Wir werden am Ende dieser Arbeit in Zusammenhang mit der ordnungspolitischen Würdigung der Interessenverbände noch einmal auf diese Zusammenhänge zurückkommen. (Vgl. hierzu auch die Ausführungen über die „gegengewichtige Marktmacht“ im Sinne von J. K. *Galbraith* bei der Darstellung der Entwicklung der Einkaufsgenossenschaften im Kolonialwarenhandel!)

den Schutzverbänden die Basis entzogen. Jetzt wurde der mittelständische Detailhandel gezwungen, in Zusammenarbeit mit den Warenhäusern und den anderen Großbetriebsformen sich gegen diese Existenzgefährdung zur Wehr zu setzen.

3. Die sich im politischen Bereich abzeichnenden Versuche zu einer Sammlung und Stärkung der liberalen Kräfte griffen mit der Gründung des Hansa-Bundes auch auf den Bereich der Interessenverbände über und führten schließlich zu einer Zersplitterung und Schwächung der großen Zusammenschlüsse des Mittelstandes und der angeschlossenen Verbände des Detailhandels.

Diese Tendenzen äußerten sich nach außen hin in abnehmenden Mitgliederzahlen der Schutzverbände und sinkendem Interesse an ihrer Arbeit. So stellte der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser mit Genugtuung fest, daß die Begeisterung und die Teilnehmerzahlen an den Sitzungen dieser Verbände seit 1913 augenfällig abnahmen², während z. B. die Kolonialwaren-Zeitung bedauerte, daß die Teilnehmerzahl auf dem 2. Reichsdeutschen Mittelstandstag in Braunschweig im Jahre 1912 um einige Hundert hinter den Zahlen des Vorjahres zurückblieb³. Allmählich setzte sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß mit Hilfe der ständisch-traditionalen Politik der Schutzverbände die Probleme des mittelständischen Detailhandels nicht zu lösen waren. Obwohl die Schutzverbände mit ihrer negativen Abwehrpolitik einen ganzen Katalog von steuerlichen und sonstigen gesetzlichen Maßnahmen vor allem gegen Großbetriebsformen und Konsumgenossenschaften durchzusetzen verstanden hatten, konnten sie das weitere Vordringen dieser Konkurrenten nicht verhindern. Ja, im Gegenteil, es scheint fast, als hätten die Konsumgenossenschaften nicht trotz, sondern gerade wegen des Verbotes des Nichtmitgliedergeschäftes einen so schnellen Aufschwung genommen. Die Warenhaussteuer machte zwar den Großbetriebsformen anfangs schwer zu schaffen, es gelang ihnen aber bald, diese Belastung auf ihre Lieferanten abzuwälzen oder durch Rationalisierung aufzufangen, so daß sie nach wie vor ernsthafte Konkurrenten für den kleinen Detailhändler blieben. Trotz dieser geringen Wirksamkeit dieser Steuern dauerte es aber einige Zeit, bis 1918/19 die Warenhaussteuern durch die Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer im Deutschen Reich abgeschafft wurden, während die Filialsteuern weiterbestanden⁴.

Einigkeit zwischen den Mitgliedern der Schutzverbände herrschte nur dann, wenn es darum ging, eine *negative* Haltung den Gegnern gegen-

² Vgl. VDWK, Jb. 1913, S. 11.

³ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 39 v. 28. 12. 1912.

⁴ Vgl. Büchner, R., Warenhaussteuern, in: HdSt, 4. Aufl., 8. Bd., Jena 1928, S. 893 ff.

über an den Tag zu legen, dagegen fehlte es an einer nach innen gerichteten *positiven* Gemeinsamkeit und damit an echten „konsoziativen Kräften“ (Geiger)⁵. Die Betonung der sozialen Bedeutung des Detailhandels als einer staaterhaltenden Mittelschicht war jetzt nicht mehr ausreichend, an der Einsicht in die Notwendigkeit sachlicher Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, von der allein eine Besserung der Lage zu erwarten gewesen wäre, fehlte es aber in den Schutzverbänden. Der größte Teil von ihnen war zu schwach, eine positive Selbsthilfepolitik zu leisten. Sie hatten nicht die Kraft, die sachlichen und fachlichen Probleme der ihnen angeschlossenen Geschäfte zu bewältigen. Die hierfür notwendige Gründung von Einkaufsgenossenschaften erfolgte, wie wir feststellen mußten, nur in Ausnahmefällen. Letzten Endes lag es an der Struktur der Mitglieder, die eine Verlagerung der Tätigkeit von außen, von der Staatshilfe, auf die inneren Aktionsbereiche der Verbände, auf die Selbsthilfe, verhinderte, handelte es sich doch durchwegs um gemischte Verbände, denen Geschäfte aller möglichen Branchen des Detailhandels und dazu noch Großhändler, Handwerker und sonstige Gruppen des Mittelstandes angehörten.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die meisten der Schutzverbände während des ersten Weltkrieges, als vom Staat sowieso keine Hilfe mehr zu erwarten war, auflösten. Den Anfang unter den großen Verbänden machte im Jahre 1917 der Zentralverband-Leipzig, während die Zentralvereinigung-Berlin, die sich mehr und mehr zu einer Art „Spitzenverband“ der in Berlin meist bereits etwas früher entstandenen Fachverbände entwickelt hatte, noch einige Jahre weitervegetierte, um dann nach dem Kriege ebenfalls ihre Tätigkeit einzustellen. Auch von den großen Mittelstandsverbänden, der Deutschen Mittelstandsvereinigung und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband, war nach dem Krieg nicht mehr viel zu hören.

Von den Schutzverbänden des Detailhandels auf Landesebene wandelten sich einige in Landesfachverbände um, vor allem dann, wenn die Vertreter einer bestimmten Branche in ihnen überwogen, einige lösten sich auf, und einige bestanden zwar dem Namen nach fort, jedoch ohne besondere Bedeutung und Einflußmöglichkeit, da sich der größte Teil der ihnen angehörenden Ortsvereine während des Krieges auflöste bzw. in fachliche Gruppen aufsplittete. Erst nach der Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels kam es dann wieder zu einer Reaktivierung der gemischten Landesverbände und der örtlichen Vereine.

Die ständisch-traditionalen Schutzverbände wurden dann abgelöst durch die Fachverbände, die vor allem während des Ersten Weltkrieges

⁵ Geiger, Th., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 132.

und in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunehmend an Bedeutung gewannen, und die Führung in der Verbandsbewegung des Einzelhandels übernahmen, auch wenn es dann gegen Ende der 20er Jahre noch einmal zu einer gewissen Neubildung ständischen Ideengutes im Einzelhandel kam, in der sich bereits die dann nach 1933 erfolgende Umwandlung in staatlichen Zwangsorganisationen ankündigte.

Dritter Teil

Die Fachverbände, Einkaufsverbände und der Spitzenverband des Einzelhandels

Bevor es zur Ausbildung von Fachverbänden und Einkaufsverbänden kommen konnte, mußte erst eine Differenzierung der alten gemischten Warenhandlung eintreten. Wie wir bereits in der Einleitung festgestellt haben, wurde der erste Schritt hierzu durch die Entstehung der Kolonialwaren- und Manufakturwarengeschäfte vollzogen, in denen die „Pfundwaren“ und die „Ellenwaren“ abgesetzt wurden. Erst später kam eine dritte Art hinzu, der Laden, in dem alles, was gezählt werden konnte, zum Verkauf kam, wie z. B. Eisenwaren, Glaswaren und Galanteriewaren¹. Diese grobe Gliederung wurde aber bald von der Entwicklung überholt. Die Geschäftszweige begannen sich nach einem neuen Kriterium zu gruppieren, nämlich nach der Rücksicht auf den Verbraucher, also nach Bedarfsgruppen. „Der Gebrauchswert der Waren wird zum entscheidenden Merkmal. So erwuchs seit den sechziger Jahren (des vorigen Jahrhunderts, J. W.) aus dem alten Eisenwarenhandel das Haus- und Küchenwarengeschäft, das nun sowohl aus Metall wie aus Glas, Porzellan, Holz usw. gefertigte Haushaltswarenartikel führte. Ebenso entstand aus dem Kolonialwarenhandel das Lebensmittel- und Delikatessengeschäft . . . Das neu aufkommende Konfektionsgeschäft fügte bald zu den Kleidern auch Wäsche, Hüte, Mode- und Galanteriewaren hinzu².“ Die Spezialisierung auf Warengruppen hat im Laufe der Entwicklung zu einem ganzen Katalog von Fach- und Spezialgeschäften geführt, so daß im Mai 1967 die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln in ihren Gliederungen 30 Bundesfachverbände mit ebensoviel verschiedenen Branchen betreute³. Dieser Prozeß hat bis heute noch nicht seinen Abschluß gefunden, immer wieder entstehen durch neue Gruppierung und Gliederung neuartige Fach- und Spezialgeschäfte⁴.

¹ Vgl. *Sombart, W.*, *Der moderne Kapitalismus*, 2. Bd., S. 454 ff.

² *Kulischer, J.*, *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit*, 2. Bd., München 1928, S. 512.

³ Vgl. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 19. Arbeitsbericht (1966), S. 92.

⁴ Vgl. *Gartmayr, E.*, a.a.O., S. 114 ff.

Mit dieser Entwicklung war die Voraussetzung für das Entstehen von Fach- und Spezialfachverbänden gegeben. Je differenzierter die Geschäfte wurden, desto mehr spaltete sich, freilich mit einem gewissen zeitlichen Abstand, dann auch das Verbandswesen auf. Die Entfaltung der Verbände des Detailhandels ging also Hand-in-Hand mit dem Werden des Wirtschaftszweiges selbst. Da sich dieser nur sehr langsam zu einer selbständigen Wirtschaftsgruppe aus mannigfachen Verflechtungen mit Handwerk, Großhandel oder Gastwirtschaft, teilweise auch mit Industrie, herausbildete, waren die ältesten Verbände des Detailhandels, die Schutzverbände, wie bereits festgestellt, gemischt-gewerbliche Vereinigungen, blieben doch anfangs die alten Verbindungen des Detailhandels mit den anderen Wirtschaftsgruppen vielfach weiter bestehen. (Das gilt vor allem für den Handwerkshandel. In manchen Fällen, wie im Kolonialwaren-, Hausrat-, Eisenwaren- und Kohlenhandel hielt sich sehr lange Zeit die Verbindung von Detail- und Großhandel im selben Betrieb.) Diesen wirtschaftlichen Interessenverbindungen entsprach die Tatsache, daß viele Detailhandelsbetriebe ihre Interessenvertretung nicht nur in Verbänden *dieses* Berufszweiges, sondern daneben auch in Handwerks-, Großhandels- und Industrieverbänden, vor allem in den „Handwerks- und Gewerbevereinen“ und „Handelsvereinen“, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden, gesucht hatten. Auf der anderen Seite waren nicht wenige Mitglieder der Schutzverbände Großhändler und Handwerker.

Das änderte sich aber mit der Herausbildung der Fachverbände. Sie entwickelten sich zu reinen Detailhandelsorganisationen, deren Mitgliedschaft nicht nur auf den Berufsstand des Detailhandels allgemein, sondern auf den engen Fachbereich beschränkt blieb und „aus ihm ihre innere Haltung, ihr Programm und ihre wirtschaftspolitische Aktivität herleitet“⁵. Das Vorbild für diese Entwicklung zum reinen Branchenverband waren die handwerklichen Fachverbände. Wie in den Handwerksinnungen sollte nach dem Motto „Erst das Fach, dann der Stand!“ eine neue Bewegung entstehen⁶.

Die interessantesten Branchen sind für uns die des Lebensmittel- und des Textildetailhandels. Nicht bloß weil es sich bei ihnen um die ältesten handelt, sondern weil in ihnen auch die größten und mächtigsten Fach- und Einkaufsverbände entstanden. Außerdem war hier auch der Wettbewerb mit den Warenhäusern bzw. Konsumgenossenschaften am heftig-

⁵ Tiburtius, J., Die Verbandsarbeit im Einzelhandel, in: 10-Jahres-Festschrift der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V., Karlsruhe o. J., S. 1.

⁶ Vgl. Kublanck, F., Die Interessenvertretung des deutschen Einzelhandels, Diss. Jena 1930, S. 190.

sten. Schließlich haben wir es bei den Verbänden der beiden Fachzweige mit Zusammenschlüssen zu tun, deren Mitgliederstruktur und Organisationsweise sehr stark voneinander abwichen, so daß wir in ihnen die beiden Extreme der Verbände auf fachlicher Ebene sehen können. Während die Zusammenschlüsse des Lebensmitteldetailhandels, vor allem die des Kolonialwarenhandels wegen ihrer engen Beziehung zu den Schutzverbänden sehr lange ständisch-traditional orientiert waren, finden wir bei den Organisationen des Textildetailhandels schon sehr früh eine sehr positive Haltung gegenüber dem Wettbewerb und damit verbunden, die Bereitschaft auch auf Verbandsebene in Fachfragen mit den Warenhäusern zusammenzuarbeiten.

A. Die Fachverbände und Einkaufsgenossenschaften im Lebensmitteleinzelhandel⁷

I. Die Verbände des Kolonialwarenhandels

1. Fachvereine auf örtlicher Ebene

Vereinzelte örtliche Zusammenschlüsse von Materialisten oder Spezereiwarenhändlern entstanden bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Zu einer stärkeren Ausbreitung aber kam es erst in den beiden letzten Jahrzehnten. Da sich diese Kolonialwarenfachvereine nicht selten auch aus den Schutzvereinen heraus entwickelten, wie z. B. in Berlin, wo sich im Jahre 1883 der 1870 entstandene Verein Berliner Kaufleute in den Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranchen umwandelte, bestanden enge Beziehungen zwischen den beiden Vereinsarten. Im folgenden seien nun einige dieser örtlichen Zusammenschlüsse in chronologischer Reihenfolge genannt⁸.

⁷ Im Laufe seiner Entwicklung gliederte sich der Lebensmitteldetailhandel in eine Reihe von Einzelbranchen auf. Während sich auf dem flachen Land das alte Kolonialwarengeschäft mit seinem breiten Sortiment lange halten konnte, entstand in den größeren Städten eine Reihe von Spezialgeschäften, wie für Obst und Gemüse, Milch und Butter, Fleisch und Fleischwaren, Drogeriewaren, Schokolade, Kaffee und Tee, Wild und Geflügel und sonstige Delikatessen. Die Kolonialwarenhandlung blieb zwar auch hier unter ihrem alten Namen weiter bestehen, wandelte sich aber mehr und mehr zum Lebensmittelfachgeschäft (im engeren Sinne), wobei eine gewisse Verringerung des Sortiments eintrat. Wenn diesem auch Teile des Angebots der Spezialgeschäfte angehörten, so umfaßte es im allgemeinen Artikel, die dem alltäglichen Lebensbedarf der Bevölkerung entsprachen. In Anlehnung an den bis dahin in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein üblichen Sprachgebrauch unterscheiden wir also unter den Zusammenschlüssen des Lebensmitteldetailhandels (im weiteren Sinne) die Fachverbände des Kolonialwarenhandels von den sonstigen Spezialfachverbänden.

⁸ Vgl. hierzu: Handbuch—1903, Handbuch—1912 und Kolonialwaren-Zeitung, Jg. 1903, 1904, 1908 und 1909.

**Übersicht
über eine Auswahl von frühen Fachvereinen
des Kolonialwarendetailhandels**

- 1828 Materialistenverein *Chemnitz*
- 1835 Handelsverein (Vereinigung der Kolonial- und der Materialwarenhändler) in der Stadt *Braunschweig*
- 1839 Verein der Kolonialwarenhändler zu *Hannover*
- um 1850 Verein der Kolonialwarenhändler zu *Halberstadt*
- 1872 Verein der Kolonialwarenhändler von 1872, *Hamburg*
- 1881 Freie Vereinigung der Kolonialwarenhändler zu *Annaburg*
- 1883 Verein *Berliner* Kaufleute der Kolonialwarenbranche (durch Umwandlung des 1870 gegr. Vereins von *Berliner* Kaufleuten)
- 1884 Verein der Kolonialwarenhändler zu *Königsberg*
Verein *Eisenacher* Kaufleute der Kolonial- und Materialwarenbranche in *Eisenach*
Verein der Kolonialwarenhändler zu *Königsberg i. Ostpr.*
- 1885 *Gothaer* Detaillistenverein der Kolonial- und Materialwarenbranche
- 1886 Materialistenverein zu *Helmstedt*
Verein der Kolonialwarenhändler zu *Ohlau*
Verein *Kasseler* Kolonialwarenhändler
- 1889 Verein *Leipziger* Kolonialwarenhändler
Materialistenverein zu *Cöthen* (i. Anh.)
Verein der Detaillisten der Kolonialwaren- und verwandten Branche *Danzig*
- 1890 Verein *Berliner* Kolonialwarenhändler
- 1892 Verein *Berliner* Schmalz- und Fettwarenhändler
Verein der Kolonialwarenhändler *Halle* (Saale)
Spezereihändlerverein *München*
- 1895 Verein der Kolonialwarenhändler zu *Meißen*
- 1898 Verein der Kolonialwarenkauflaute und verwandten Branchen *Kattowitz*
- 1900 Verein *Spandauer* Kaufleute der Kolonialwarenbranche
- 1902 Vereinigung der Kolonialwarenhändler zu *Plauen i. V.*
- 1909 Detaillistenverein der Kolonialwarenhändler *Wismar*
- 1910 Verein der Kolonialwarenhändler der Stadt *Saarbrücken*
Verein *Rothenburger* Kolonialwarenhändler
- 1911 Verein der Kolonial- und Materialwarenhändler von *Karlsruhe* und Umgebung

Obwohl, wie sich aus der Aufstellung ergibt, so ziemlich in allen Teilen des Reiches Fachvereine errichtet wurden, kam es vorerst noch nicht zu einem organischen Aufbau eines überörtlichen Verbandssystems, hatten sich doch kurz vorher die Schutzvereine zu Landes- und Zentralverbänden zusammengefunden, denen sich dann auch die meisten Kolonialwarenhändlervereine anschlossen. Lediglich die Fachvereine in den Großstädten, wie z. B. in Kassel, Hamburg, München oder Berlin, dehnten

sich schon bald über den engen Bereich dieser Städte aus und nahmen den Charakter von Landesverbänden an⁹.

Entscheidend für diese Stagnation des überörtlichen Zusammenschlusses des Kolonialwarenhandels war das nach der Jahrhundertwende wieder in dieser Branche auflebende Einkaufsgenossenschaftswesen, das dann zum Aufbau eines eigenen Verbandssystems führte.

Durch die Mitgliedschaft vieler dieser örtlichen Kolonialwarenhändlervereine in den überregionalen Schutzverbänden wurde, obwohl wir es bereits mit Fachvereinen zu tun hatten, natürlich auch deren Haltung mitbestimmt, so daß auch die Fachvereine des Kolonialwarenhandels im Anfangsstadium sehr konservativ eingestellt waren. Das hängt natürlich auch wieder damit zusammen, daß sich, wie bereits aufgezeigt, ja gerade im Kolonialwarendetailhandel lange Zeit die primitiv-handwerkliche, überwiegend auf den Betriebsinhaber und seine Familie beschränkte Geschäftsführung erhalten hat¹⁰, und dieser Handelszweig wegen der relativ geringen Anforderung an kaufmännisches Wissen und Kapital immer wieder zu einem „Refugium anderweitig nicht Arrivierter“ (*F. Marbach*) wurde, die nur auf die Hilfe des Staates warteten und lange Zeit nicht in der Lage waren, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen und dadurch ihre Situation zu verbessern. Dies trifft vor allem auf die Kolonialwarenhändler auf dem flachen Land zu, während die Inhaber der Fachgeschäfte in den größeren Städten schon bald mehr Einsicht in die Notwendigkeit der Ergänzung der Staatshilfe durch die Selbsthilfe aufbrachten und den Anstoß zur Genossenschaftsbewegung im Kolonialwarendetailhandel gaben, nachdem die erste Welle von Einkaufsvereinen während der Zeit der Staatshilfebestrebungen wieder fast völlig abgeebbt war.

2. Die Gründung von Einkaufsvereinen durch die Fachvereine

War es bei den ersten Einkaufsgenossenschaften vor allem der Aufstieg der Konsumvereine gewesen, der den bis dahin in nicht mehr zeitgemäßer Rückständigkeit ihrer Betriebsweise beharrenden Kolonialwarendetailhändler ihre gefährdete Situation zum Bewußtsein brachte und damit den Anstoß zum Zusammenschluß gab, so stand deren weitere Entwicklung nicht mehr ausschließlich unter dem Einfluß dieser Konkur-

⁹ Die beiden Berliner Vereine, der 1883 gegr. Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche und der 1890 durch Abspaltung von diesem errichtete Verein Berliner Kolonialwarenhändler, schlossen sich allerdings erst im Jahre 1920 im Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenhändler zusammen. (Vgl. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche, hrsg. v. der Deutschen Kolonialwaren-Zeitung, Berlin 1920.)

¹⁰ Vgl. *Nieschlag, R., Binnenhandel*, S. 150.

renten, obwohl diese vor allem durch den einheitlichen Zusammenschluß im Zentralverband deutscher Konsumvereine und den weiteren Ausbau der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft an Gefährlichkeit zugenommen hatten. Es waren vielmehr auch die in der Zwischenzeit recht stark gewordenen großkapitalistischen Betriebsformen vor allem in Gestalt der Lebensmittelfilialbetriebe. Aber auch die Warenhäuser wurden immer mehr zu einem für den Kolonialwarenhandel ernst zu nehmenden Konkurrenten, da, wie *J. Hirsch* feststellte, einzelne von ihnen bereits kurz nach der Jahrhundertwende zwischen 5,6 und 10 % ihres Umsatzes in den Lebensmittelabteilungen tätigten¹¹. „Die Entstehung dieser erwerbswirtschaftlichen Großwettbewerber war ein entscheidender Motor für das Wiedererwachen des Selbsthilfegedankens in Kreisen des selbständigen Lebensmitteleinzelhandels, nachdem sich sehr schnell gezeigt hatte, wie wenig die Staatshilfe mit den Mitteln der Wirtschafts- und Finanzpolitik, von der man eine Milderung des Konkurrenzdruckes erhofft hatte, die Entwicklung zur Rationalisierung der Konsumgüterversorgung der Bevölkerung durch die Ausbildung neuartiger erwerbswirtschaftlicher und gemeinnütziger Absatzorganisationen aufzuhalten vermochte. So kam Ende der neunziger Jahre neue Bewegung in die Bemühungen des selbständigen Lebensmitteleinzelhandels, aus eigener Kraft seinen Platz gegenüber der zunehmenden Konkurrenz zu behaupten . . .“¹²

Zu Anfang des Jahres 1902 bestanden bereits wieder 40 Einkaufsvereine, nachdem ihre Zahl bis 1898 auf 18 zurückgegangen war. (Siehe o. S. 61 ff.) Ein großer Teil von ihnen waren freie Einkaufsvereine. Jetzt nahmen aber auch die eingetragenen Genossenschaften zu: 1903 entstanden 14, im Jahre 1904 sogar 18¹³. Der Einkauf beschränkte sich dabei zunächst auf einige wenige gängige Markenartikel und wurde ehrenamtlich von dem damit betrauten Mitglied durchgeführt. Die Lieferung wurden untereinander aufgeteilt und sogleich bezahlt¹⁴. Am 1. April 1906 gab es nach Angaben der Kolonialwaren-Zeitung bereits 150 freie Vereine und 58 Genossenschaften. Der Schwerpunkt der Bewegung lag in Sachsen. Auch in Rheinland-Westfalen und in Norddeutschland waren sie recht zahlreich vertreten, während in Bayern nur drei Genossenschaften existierten (in Nürnberg, München und Trostberg)¹⁵.

Der Verband Sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender, dem die meisten der dortigen Kolonialwarenhändlervereine und -genossenschaf-

¹¹ Vgl. *Hirsch*, J., Das Warenhaus, S. 45 ff.

¹² *Albrecht*, K., Die Lebensmittel-Einkaufsgenossenschaften im Wandel der Betriebsformen des Handels, Hamburg 1960, S. 26.

¹³ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 9 u. 132.

¹⁴ Vgl. *Nieschlag*, R., Strukturwandlungen im Großhandel, in: Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages, H. 42, o. O., o. J., S. 14 f.

¹⁵ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung, Nr. 69 v. 7. 9. 1906.

ten angehörten, und der bereits 1892 die Leipziger Einkaufskommission gegründet hatte (Siehe S. 62), erwies sich auch weiterhin als großer Förderer des Gedankens des gemeinsamen Einkaufs der einzelnen Genossenschaften und Vereine und gründete 1901 in Leipzig einen Einkaufsverband, der aber wegen des geringen Interesses in den Vereinen keine größere Bedeutung erlangen konnte¹⁶.

3. Der Aufbau der Edeka-Organisation¹⁷

a) Die Gründung der Hamburger Zentraleinkaufsgesellschaft als Vorläufer

Zwei uns bereits bekannte Ereignisse des Jahres 1903 waren es schließlich, die die Abneigung gegen den gemeinsamen Bezug von Waren in größerem Stil überwandten und zur Gründung einer arbeitsfähigen Einkaufszentrale führten: Die Errichtung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Dresden und des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser in Berlin. „Diese zentralen Zusammenschlüsse“, schreibt die Edeka-Festschrift, „machten es vielen Kolonialwarenkleinhändlern offenkundig, daß es nunmehr an der Zeit war, in den eigenen Reihen mit allen Vorurteilen gegenüber dem Genossenschaftsgedanken und kurzsichtigen Konkurrenzauffassungen . . . aufzuräumen“¹⁸. Ähnlich wie bei der Gründung der Großeinkaufs-Gesellschaft der Konsumvereine ging auch jetzt wieder die Initiative von Sachsen aus. Es waren vorwiegend Einkaufsvereine des Verbandes Sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibenden, die am 20. Januar 1904 die *Zentraleinkaufsgesellschaft deutscher Kolonialwarenhändler m. b. H. mit Sitz in Hamburg* gründeten. Um die Arbeit der Zentrale durch Zusammenfassung der Bezüge zu erleichtern, wurde von H. Eilers aus Oldenburg der Vorschlag gemacht, Bezirksvereine von Einkaufsvereinen, die sich Bezirkszentralen angliedern sollten, zu schaffen. Erwähnenswert unter den daraufhin errichteten Zentralen ist vor allem die 1905 gegründete Einkaufszentrale der Kolonialwarenhändler eGmbH, kurz „Edeka“ genannt, bei der zum ersten Mal der dann

¹⁶ Vgl. Völkner, W., a.a.O., S. 98 f.

¹⁷ Wir wollen im Rahmen dieser Arbeit auf die Edeka-Organisation und vor allem auf den Edeka-Verband etwas stärker als auf die Genossenschaften in den übrigen Fachzweigen des Detailhandels eingehen, weil hier die Beziehungen zu den Fachverbänden besonders eng sind, und die Edeka-Gruppe sich zur größten Einkaufsgenossenschaftsorganisation in Europa entwickelt hat. Im Juni 1967 gehörten ihr 40 000 Lebensmitteleinzelhändler an. (Vgl. die Ausführungen von E. H. Diederichs über die „Neuorientierung der Edeka-Genossenschaftsgruppe“ anlässlich des 60. Edeka Verbandstages 1967 in Hamburg, in: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse Nr. 16 (1967), H. 8, S. 203.)

¹⁸ Edeka 1907—1957, S. 17.

von der Gesamtorganisation übernommene Name auftaucht¹⁹, durch Berliner Kaufleute.

Im Jahre 1906 entstanden, angeregt durch das Hamburger Beispiel, in Süddeutschland zwei Einkaufszentralen, die sich zunächst völlig unabhängig von der Hamburger Zentrale entwickelten und erst nach langjähriger eigenständiger Tätigkeit und nach langwierigen Verhandlungen der Edeka-Organisation beitraten: In Stuttgart wurde der Verband Süd- und Westdeutscher Einkaufsgenossenschaften eGmbH²⁰ und in München die Einkaufszentrale der vereinigten Genossenschaften im Verband bayesischer Kaufleute der Kolonialwarenbranche²¹ geschaffen. Während sich nun diese beiden Zentralen zwar sehr langsam, aber doch recht stetig entwickelten, flaute das Interesse an der Hamburger Zentrale, deren Errichtung zunächst mit großer Begeisterung aufgenommen worden war, sehr rasch wieder ab²². Nachdem sie durch Spekulationsgeschäfte des Geschäftsführer *H. Pabst*²³ eine gewaltige Einbuße an Vertrauen erlitten hatte, und damit die Umsätze noch mehr zurückgegangen waren, berief *Fritz Borrmann* von der Berliner Zentraleinkaufsgesellschaft in seiner Eigenart als Vorsitzender des Aufsichtsrates eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der die Gesellschaft liquidiert wurde²⁴. Der große Fehler des ganzen Unternehmens war, daß der überwiegende Teil des Gesellschaftskapitals der GmbH von Einzelmitgliedern der Vereine und Genossenschaften gezeichnet wurde, so daß diese meist unter Umgehung der eigenen Einkaufsvereinigung kleine und kleinste Einzelaufträge an die Zentrale gaben, für die dann natürlich ein rationelles Arbeiten nicht möglich war. Somit stellte die Zentraleinkaufsgesellschaft weniger eine echte, von unten nach oben gewachsene Verbundzentrale, die von den Primär-genossenschaften getragen wurde, als vielmehr eine Art überregionaler Primär-genossenschaft dar. Für diese Form der Genossenschaft freilich war die Zeit im Kolonialwarendetailhandel noch nicht reif. Die

¹⁹ Vgl. die Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche, S. 47 f.

²⁰ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 78 v. 9. 10. 1906.

²¹ Vgl. *Seitz, J.*, Entwicklung der Selbsthilfe-Bestrebungen des deutschen Kolonialwaren-Kleinhandels mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, Diss. München 1924, S. 91 ff. u. 50 Jahre Edeka München, hrsg. v. d. Edeka Verlagsgesellschaft m.b.H., Hamburg 1951, S. 16 f.

²² Im Jahre 1906 belief sich ihr Umsatz auf 2,15 Mill. Mark (1905: 2,2). Demgegenüber setzte die Großeinkaufs-Gesellschaft der Konsumgenossenschaften in Hamburg im gleichen Jahr bereits 48 Mill. Mark (1905: 38) um. (Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 14 f.)

²³ *Hugo Pabst* schien anfangs die Gewähr für den Erfolg der Einkaufszentrale zu bieten. Er hatte 1886 in Hamburg die Einkaufsagentur Pabst & Co. der Konsumvereine ins Leben gerufen, wurde aber dort durch das Erstarken der dann errichteten Großeinkaufs-Gesellschaft verdrängt. (Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 12.)

²⁴ Vgl. Edeka 1907—1957, S. 19.

Kolonialwarenhändler zeigten, soweit sie überhaupt schon Mitglieder von Einkaufsvereinigungen waren, noch viel zu wenig Bereitschaft, sich mit ihrem Geschäftsbetrieb stärker in das System der genossenschaftlichen Selbsthilfe einzuordnen. Außerdem war die Zahl der Einkaufsvereinigungen und deren Mitglieder erst viel zu gering. Es fehlte an der horizontalen Breite der genossenschaftlichen Organisation auf der untersten Ebene. Auch hier mußte die Entwicklung zunächst von unten nach oben und zu einer solchen „Selektion der Aufgaben und Funktionen zwischen den genossenschaftlichen Wirtschaftsgebilden verschiedener Stufen (führen), daß den Genossenschaften höherer Ordnung jeweils diejenigen Aufgaben übertragen werden, die in den Genossenschaften niedriger Ordnung überhaupt nicht oder ebenso wirtschaftlich erfüllt werden können“²⁵.

Wir können im Anschluß an die von *J. M. Back*²⁶ geprägte Terminologie, der mit seiner Unterscheidung in „Grundstruktur“, „Organisationsstruktur“ und „Geschäftsstruktur“ eine differenzierte Sicht des strukturellen Aufbaus der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft des Einzelhandels und darüberhinaus aller Genossenschaftsparteien ermöglicht, zusammenfassend feststellen, daß die Fehler, die bei der Gründung der Hamburger Zentrale gemacht wurden, nicht die „Grundstruktur“ betreffen, sondern die „Organisationsstruktur“. Die Gründung der Zentrale als eine Art von überlokaler Genossenschaft erfolgte zwar viel zu früh, sie stellt aber keinen Verstoß gegen ein genossenschaftliches Grundprinzip dar. Gerade die Entwicklung des Genossenschaftswesens in den anderen Zweigen des Detailhandels wird uns ganz deutlich vor Augen führen, daß *J. M. Back*²⁷ nur zuzustimmen ist, wenn er etwa im Gegensatz zu *G. Draheim*²⁸ feststellt, daß es ein ausgesprochenes und allgemein anerkanntes Prinzip der lokalen Autonomie doch wohl nicht gibt.

b) Die Gründung des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V. (Edeka-Verband)

Es war vor allem *H. Eilers*, der die Auffassung vertrat, daß vor der Neugründung einer Zentrale ein verbandsmäßiger Zusammenschluß notwendig sei, um überhaupt einen Austausch von Erfahrungen zwischen den einzelnen Genossenschaften zu ermöglichen, da dazu im Rahmen der alten Schutzverbände keine Gelegenheit bestand, und überörtliche Zu-

²⁵ *Back, J. M.*, Wo stehen die Genossenschaften heute?, in: *ZgGenW*, Bd. 4 (1954), S. 57.

²⁶ Vgl. hierzu und zum Strukturbegriff im einzelnen die grundlegenden Ausführungen in: *Back, J. M.*, Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 144 ff.

²⁷ Vgl. *Back, J. M.*, Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 152.

²⁸ Vgl. *Draheim, G.*, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: *ZfGenW*, Bd. 9 (1959), S. 24 f.

sammenschlüsse auf fachlicher Basis ja noch nicht vorhanden waren. Eilers setzte sich deshalb nach der Liquidation der Zentraleinkaufsgesellschaft zusammen mit F. Borrmann und Dr. K. Biller, den er als Organisations- und Werbebeamten für die Zentrale eingestellt hatte, für die Gründung eines Genossenschaftsverbandes ein, „der neben der gesetzlichen Revision die wirtschaftspolitische Vertretung der bisher zusammenhanglosen örtlichen Genossenschaften übernehmen sollte“²⁹.

Wenige Stunden nach der Auflösung der Zentrale fanden sich deshalb am 21. 10. 1907 in Leipzig Vertreter von 21 Einkaufsvereinigungen zusammen. Nach langer Diskussion sprachen sich 13 von ihnen für die Gründung des *Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V.* mit Sitz in Berlin, aus, der sich dann ab 1921 Edeka-Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V. nannte. Zum Vorstand des Verbandes wurde Dr. K. Biller gewählt. F. Borrmann und H. Eilers wurden Mitglieder des Ausschusses. Im Gegensatz zur Zentraleinkaufsgesellschaft durften dem Verband nach § 3 der Satzung keine Einzelmitglieder beitreten, sondern nur „Genossenschaften, Vereine und Korporationen, die sich die Förderung der Interessen des Kleinhändlerstandes zur Aufgabe gemacht haben und auf dem Boden der Selbsthilfe stehen“. Zunächst war also die Beschränkung auf Einkaufsvereinigungen der Kolonialwarenhändler noch nicht vorgesehen. Es schlossen sich dem Verband auch einige wenige Genossenschaften anderer Detailhandelszweige an. Im Jahre 1923 wurde dann aber die Organisation ausschließlich auf Genossenschaften des Kolonialwarenkleinhandels beschränkt³⁰. Aus § 2 der Satzung ging ziemlich klar hervor, daß beim Verband von Anfang an neben der Revision, der Beratung der Mitglieder und dem Interessenausgleich nach innen auch der Interessenvertretung nach außen eine entscheidende Rolle zugewiesen wurde³¹. Wie die spätere Entwicklung des Ver-

²⁹ 25 Jahre Edeka, S. 16.

³⁰ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 22.

³¹ § 2 der Satzung lautete wie folgt:
„Die Zwecke des Verbandes sind:

1. Revision der Einrichtungen und der Geschäftsführung der dem Verbande angehörenden Genossenschaften nach den Vorschriften des Reichsgesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

2. Vervollkommnung der Einrichtungen und der Geschäftsführung in den einzelnen Genossenschaften durch sachverständige Beratung und Auskunftserteilung in allen bezüglichen Fragen.

3. Einwirkung auf die verbundenen Genossenschaften zur Durchführung richtiger genossenschaftlicher Einrichtungen.

4. Sorge für die Herstellung und Ausbildung gemeinschaftlicher Einrichtungen für die Zwecke der Verbandsmitglieder.

5. Belehrung und gegenseitiger Austausch von Erfahrungen über das Genossenschaftswesen und den gemeinsamen Einkauf.

bandes zeigt, verstand es dieser bald ausgezeichnet, die Belange seiner Mitglieder und des ganzen Kolonialwarenhandels gegenüber den verschiedensten staatlichen Stellen und der Öffentlichkeit zu vertreten. Daraus wird bereits deutlich, daß die Organisation, die von Anfang an grundsätzlich auf dem Boden der Selbsthilfe stand, realistisch genug war, die Hilfe des Staates nicht zurückzuweisen! Ähnlich dem von *Korthaus* 1901 gegründeten Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften³² verfocht er *v. Broichs* Grundsatz „Selbsthilfe ergänzt durch Staatshilfe“³³, was natürlich von Anfang an zu Spannungen mit dem Allgemeinen Verband führen mußte. Im Unterschied zum Hauptverband aber, bei dessen Gründung die Preußenkasse und die Handwerkskammern eine starke Hilfestellung gewährt hatten³⁴, gelang es den Kolonialwarenhändlern, den Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften (wie auch später die Berliner Zentrale) ohne jegliche Unterstützung von staatlicher Seite zu schaffen.

Die Eigenständigkeit des Genossenschaftswesens im Kolonialwarenhandel kommt aber in einem weiteren wichtigen Punkt zum Ausdruck: Es hat, wie bereits festgestellt, seinen Ausgangspunkt von den Fachvereinen genommen (in den allerersten Anfängen auch z. T. von den Schutzverbänden) und ist völlig losgelöst von und ohne Beziehung zu den bereits bestehenden Genossenschaftssystemen entstanden. Weder der Allgemeine Verband noch der Hauptverband wirkten bei der Gründung der Edeka-Organisation mit. Wie wir bereits im ersten Teil dieser Arbeit festgestellt haben, hatte *Dr. Crüger*, der Anwalt des Allgemeinen Verbandes, erst sehr spät die Bedeutung des Genossenschaftswesens für den Wirtschaftsbereich des Detailhandels erkannt und diesen zur Gründung von „Warengenossenschaften“ aufgerufen. Mit dem „Nährvater der Konsumvereine“, wie er in Detailhandelskreisen genannt wurde, wollte man aber nichts zu tun haben. Der Allgemeine Verband war für die Kolonialwarenhändler, die ja unter der Konkurrenz der Konsumvereine besonders zu leiden hatten, tabu, seit sein Gründer auf die Mängel und Nach-

6. Förderung der Interessen seiner Mitglieder sowie die gemeinsame Vertretung dieser Interessen nach außen.

7. Erteilung von Rat und Auskunft an die Verbandsvereine.

8. Anregung und Anleitung zur Gründung von Einkaufsvereinen.

9. Unterhaltung gegenseitiger Geschäftsbeziehungen.

10. Sammelstelle für alle die Verbandsmitglieder interessierenden Veröffentlichungen.“

(Satzungen des Verbandes kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin, Berlin o. J. (1907), S. 2.)

³² Vgl. *Kulemann*, W., *Die Genossenschaftsbewegung*, 1. Bd., S. 86 ff.

³³ Vgl. *Faust*, H., a.a.O., S. 251.

³⁴ Die Idee zur Gründung eines eigenen Handwerkerverbandes auf Reichsebene kam vom Präsidenten der Preußenkasse, Dr. Heiligenstadt. (Vgl. *Kulemann*, W., *Die Genossenschaftsbewegung*, 1. Bd., S. 91.)

teile des privaten Detailhandels in sehr massiver Form hingewiesen und die Haushalte zur Gründung von Konsumvereinen aufgefordert und in seinen Verband aufgenommen hatte³⁵. An dieser feindseligen Einstellung gegenüber dem Allgemeinen Verband änderte sich aber auch nichts nach dem Ausschluß der „Neuen Richtung“ der Konsumvereine und der Hamburger Großeinkaufs-Gesellschaft in Bad Kreuznach. (Siehe S. 98 ff.) Solange in ihm überhaupt noch Konsumvereine organisiert waren, war eine Zusammenarbeit mit ihm oder gar ein Beitritt undenkbar. So erklärt es sich auch, daß der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften bis 1908, solange er das Revisionsrecht noch nicht selbst ausüben konnte, sich von einem Revisor des Hauptverbandes prüfen ließ und erst im Jahre 1923 nach dem Ausscheiden der letzten Konsumvereine dem Deutschen Genossenschaftsverband beiträt³⁶.

Schließlich gibt es noch eine Besonderheit der Genossenschaften des Kolonialwarendetailhandels (das Gleiche gilt auch für die meisten Genossenschaften der übrigen Detailhandelszweige). Die Initiatoren dieser Sparte von Genossenschaften gehörten der gleichen gesellschaftlichen Schicht, dem gleichen Berufsstand wie die Mitglieder der von ihnen geschaffenen Genossenschaften an, es waren Kolonialwarenhändler, während bis dahin alle großen Systeme des Genossenschaftswesens auf Anregung von Persönlichkeiten ins Leben gerufen wurden, die, wie *Raiffeisen*, *Schulze*, *Haas*, *Heim* oder *Kaufmann*, zu den führenden Gesellschaftsschichten zählten und deren Stellung im Genossenschaftswesen nach *J. M. Back* insofern eine eigenartige ist, „als sie vielfach nicht als Inhaber eines eigenen Wirtschaftsbetriebes . . . an der genossenschaftswirtschaftlichen Betätigung interessiert sind“³⁷. Daraus folgt, daß der „Unternehmergeist“ (*Back*) und die schöpferische Leistung, die für die Gründung des Systems der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft im Kolonialwarendetailhandel notwendig war, Mitgliedern des Kolonialwarenhandels selbst zuzurechnen ist³⁸.

³⁵ Vgl. hierzu im einzelnen: *Albrecht*, G., Die Lebensmittel-Einkaufsgenossenschaften, S. 12 f.

³⁶ Vgl. Bericht über den 14. Edeka-Verbandstag 1922 in Swinemünde, S. 141 ff.

³⁷ *Back*, J. M., Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist — Müssen sie Gegensätze sein?, in: *ZgGenW*, Bd. 7 (1957), S. 172.

³⁸ Allerdings gibt es, und dies ist hier einschränkend festzustellen, auch im Kolonialwarenhandel ein Beispiel dafür, daß einer der „Väter des Genossenschaftswesens“, nämlich der bekannte Bauernführer *Dr. Heim* (Regensburg), zwar nicht an der Gründung, aber doch am weiteren Ausbau der Einkaufsgenossenschaften maßgeblich beteiligt war. Er entwickelte im Jahre 1909 auf der Generalversammlung des Verbandes bayerischer Kaufleute der Kolonialwarenbranche ein Programm zur Besserung der Verhältnisse im Kolonialwarendetailhandel von ganz Bayern und führte, wie es in der Festschrift der Edeka München heißt, „den anwesenden Kolonialwaren-Einzelhändlern

Es ist richtig, daß es die Gründer dieser Genossenschaften leichter hatten, als die „Väter des Genossenschaftswesens“ um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, da ja die Genossenschaftsidee nichts Neues mehr war. „Aber die Genossenschaftsidee im Sinne des solidarischen Zusammenschlusses allein genügt ja keineswegs, um den kapitalschwachen Wirtschaftssubjekten . . . erwerbswirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten auf höheren Wirtschaftsstufen zu weisen . . . Um in moderner Form ein zeitgemäßes genossenschaftliches Leben in voller Breite zu erschließen, waren schöpferische Leistungen mannigfacher Art erforderlich“³⁹.

Bereits E. Grünfeld hat auf diese Besonderheit bei der Entstehung der „Warengenossenschaften“ des Detailhandels hingewiesen, die nach ihm letztlich dadurch gekennzeichnet ist, „daß nicht die *genossenschaftliche* Ideologie die treibende Kraft ist, sondern die sekundäre Ideologie des Genossenschaftswesens: Selbsthilfe des Mittelstandes, aber nicht in Verbindung mit einem einheitlichen Wirtschafts- und Genossenschaftsprogramm, wie es Schulze-Delitzsch aufgestellt hatte, sondern in Anlehnung an die Interessenvertretung des Standes . . . Den größten Triumph erlebte der Genossenschaftsgedanke . . . mit dieser neuen Ideologie im Kolonialwarenhandel“⁴⁰.

c) Die Gründung der Berliner Zentraleinkaufsgenossenschaft deutscher kaufmännischer Genossenschaften (Edeka-Zentrale)

Fünf Wochen nach der Gründung des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften schlossen sich sieben Mitglieder von Einkaufsvereinen — sie gehörten fast alle dem Ausschuß des Verbandes an — zur Zentraleinkaufsgenossenschaft des Verbandes deutscher kaufmännischer

die hohen idealen Ziele konsequenter genossenschaftlicher Selbsthilfe vor Augen“, worauf er sofort in den Vorstand des Verbandes gewählt wurde. (50 Jahre Edeka München, a.a.O., S. 19.) In dieser Funktion betrieb er dann den großzügigen Ausbau der 1908 gegründeten Einkaufszentrale der vereinigten Genossenschaften im Verband bayerischer Kolonialwarenhändler mit Hilfe von hohen staatlichen Krediten, die er dank seiner guten Beziehungen besorgte. Im Unterschied zur Edeka-Organisation, in der sich schon recht früh Tendenzen zur Selektion bemerkbar machten, ging es Dr. Heim um die vollständige Erfassung aller, auch der kleinsten Existenzen im Kolonialwarenhandel, vor allem der kleinen Krämer auf dem flachen Land. Aber selbst dem Eifer und dem Organisationstalent eines Dr. Heim gelang es nicht, diese Kümmerbetriebe zu einer Aufgabe ihrer noch immer ständischen, am Prinzip der Nahrung festhaltenden Einstellung zu gewinnen, so daß auch in Bayern nach einer gewissen Begeisterung am Anfang nur die größeren und aufgeschlosseneren Mitglieder des Berufszweiges den Mut zu einer dauernden Bindung an das Genossenschaftswesen fanden. (Vgl. dazu im einzelnen: 50 Jahre Edeka München; Deutsche Handels-Rundschau Nr. 43 v. 23. 10. 1909; Seitz, J., a.a.O. und Wygodzinski, W., a.a.O., S. 246.)

³⁹ Back, J. M., Genossenschaftsgeist und Unternehmmergeist, S. 176.

⁴⁰ Grünfeld, E., a.a.O., S. 221.

Genossenschaften eGmbH, der späteren Edeka-Zentrale, zusammen, um die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs den angegliederten Mitgliederwirtschaften in noch stärkerem Umfang zukommen zu lassen⁴¹. Da die damals dem Verband angehörenden Einkaufsvereinigungen nicht den Mut hatten, für die Einkaufszentrale finanzielle Mittel aufzubringen, mußten die Gründer in die Tasche greifen und das Gründungskapital in Form von acht Geschäftsanteilen von je 100 Mark selbst aufbringen. Man war sich aber von Anfang an darüber einig, daß weitere Einzelmitglieder nicht Aufnahme finden sollten. Bereits 1910 wurde durch Satzungsänderung bestimmt, nur noch Mitglieder des Verbandes, also Einkaufsvereine und Einkaufsgenossenschaften als Gesellschafter der Zentrale zuzulassen. Dadurch wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen Verband und Zentrale geschaffen. Die Tätigkeit der Zentrale beschränkte sich zunächst nur auf den gemeinsamen Bezug von Markenartikeln zu Vorzugspreisen. Bald wurde zur Erweiterung des Sortiments auch die Markenbezeichnung „Edeka“ als eigene Handelsmarke eingeführt⁴². Die Edeka-Zentrale betrieb in der Hauptsache das Vermittlergeschäft, bei den Primärgenossenschaften dagegen überwog das Lagergeschäft.

Wie die meisten der Genossenschaften wurde auch die Zentrale aus der Defensive gegen die Konsumvereine und die modernen Großbetriebsformen und nicht auf Grund einer aggressiven Haltung gegen den Großhandel oder die Industrie gegründet. Das Genossenschaftswesen des Kolonialwarenhandels kann damit von der Entstehungsursache her nicht als eine bewußt geplante „countervailing power“, im Sinne von J. K. Galbraith, gegenüber den vorgelagerten Stufen angesehen werden, der darunter im Gegensatz zur Erscheinung des Wettbewerbs „neue Mittel zur Beschränkung der privaten Wirtschaftsmacht“ sehen will, die sich „jedoch nicht auf derselben Marktseite, sondern auf der Gegenseite, nicht bei den Konkurrenten, sondern bei den Kunden oder Lieferanten“⁴³ zeigen. Dagegen stellt die Edeka-Genossenschaftsgruppe gegenüber den Konsumgenossenschaften, auch von der Intention der Gründung her gesehen, eine bewußte „gegengewichtige Marktmacht“ dar, während gegenüber

⁴¹ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 19 u. S. 80 ff.

⁴² Vgl. v. Norden, H., Die Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels, Diss. Köln 1920, S. 206 u. Edeka 1907—1957, S. 30 ff.

⁴³ Galbraith, J. K., American Capitalism. The concept of countervailing power, Deutsche Ausgabe, Stuttgart, Wien, Zürich 1956, S. 127. In neuester Zeit haben sich vor allem Geisbüsch, Gutersohn, Klahe und Andreae noch einmal grundsätzlich mit dem Problem befaßt. (Vgl. Andreae, C. A., und Klahe, W., Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung (I), Bd. I: Wirtschaftliche Macht und Wettbewerb, Köln 1966; Gutersohn, A., und Geisbüsch, H. G., Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung (II), Bd. II: Machtungleichgewichte und Gegengewichtsbildungen in der Wirtschaftswirklichkeit, Köln 1966.)

den modernen Großbetriebsformen, die ja von Wettbewerbern der gleichen Stufe (des Detailhandels) getragen wurden, nicht von „gegengewichtiger Marktmacht“ gesprochen werden kann. In der ganzen Geschichte der Edeka-Organisation war das Verhältnis zu Großhandel und Produzenten stets, selbst nach dem Markenartikelkampf des Jahres 1912, durch eine gewisse Zurückhaltung gekennzeichnet, auch wenn die Genossenschaften natürlich gegenüber diesen vorgelagerten Stufen faktisch als „Gegenkräfte“ wirkten. Während des Markenkrieges wurde immer wieder betont, „daß die Edeka nicht auf eine Ausschaltung ihrer Konkurrenten aus dem Wettbewerb abzielte, sondern lediglich auf ein faires Kräftemessen auf dem Boden lauterer kaufmännischer Grundsätze, ... daß die Einkaufsvereine aus der Not der Zeit geboren seien und nicht Mittel zum Angriff und Kampf“⁴⁴ gegenüber Großhandel und Industrie, wohl aber gegen Warenhäuser und Konsumvereine darstellten. Das zeigt sich bis heute auch noch darin, daß die Edeka die Eigenproduktion grundsätzlich ablehnt⁴⁵. Dieser Umstand verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil sich hieraus natürlich eine ganz andere Beurteilung dieser genossenschaftlichen Zusammenschlüsse genauso wie der freiwilligen Ketten ergibt, als sie vor allem von A. Sölter⁴⁶ im Anschluß an Galbraith in Hinblick auf deren Kartellcharakter vorgenommen wird, worauf vor allem H. Gross⁴⁷ hinweist. Genauso wie für die Genossenschaften in den übrigen Sparten gilt auch für die Einkaufsgenossenschaften des mittelständischen Kolonialwarenhandels, daß die genossenschaftliche Betätigung ihrem Wesen nach „primär nicht auf eine Umgestaltung der ökonomischen Güterversorgung, sondern der *Wirtschaftsgesellschaft* gerichtet (ist). Ihr Anliegen ist, die Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Leistungs-

⁴⁴ Edeka 1907—1957, S. 34.

⁴⁵ Für diese Entwicklung sind sicher die schlechten Erfahrungen, die die Einkaufsvereinigungen der Kolonialwarenhändler mit der Gründung einer genossenschaftlichen Zuckerfabrik, der Zuckerraffinerie Barby, im Jahre 1902 gemacht haben, bestimmend gewesen. (Vgl. Schmitt, E., a.a.O., S. 95 ff. u. 25 Jahre Edeka, S. 12 f.)

⁴⁶ Vgl. Sölter, A., Nachfragemacht und Wettbewerbsordnung, Düsseldorf 1960; Derselbe, Industrieller Mittelstand und Kartellgesetz, Düsseldorf 1960.

⁴⁷ So schreibt H. Gross: „Die Ketten und Genossenschaften entstanden nicht als Gegenkräfte gegen die industrielle Konzentration. Von Sölter wird die Galbraithsche Theorie der Gegenkräfte ... überstrapaziert. Die Entstehungsgeschichte der Ketten und Genossenschaften zeigt, daß man den Wettbewerb auf der gleichen Stufe verstärken wollte...“ (Gross, H., Kartellaufsicht für Handelsgruppen? „Nachfragemacht“ ist kein Monopolproblem, in: Handelsblatt Nr. 49 v. 11./12. 3. 1960; Derselbe, Neue Ideen in der Wirtschaft. Schlaglichter auf Wandlungen in Produktion, Vertrieb und Unternehmensführung, Düsseldorf 1960, S. 208 ff.) Vgl. dazu ferner: Kathrein, O., Nachfrage im Wettbewerb, Düsseldorf 1960; Fikentscher, W., Nachfragemacht und Wettbewerbsbeschränkung, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Jg. 1960, H. 10; Osel, W., Das Konjunkturelle in der Nachfragemacht, in: Handelsblatt der modernen Kooperation im Handel, in: ZgGenW, Bd. 14 (1964).

fähigkeit und Wirtschaftlichkeit zahlloser kleinerer Wirtschaftseinheiten, der Personalwirtschaften, zu erhalten, zu sichern und zu verbessern, indem sie ihnen Möglichkeiten *gemeinsamer* Betätigung auf dem Gebiet der *Gesellschaftswirtschaft* erschließt und ihnen auf den höheren Wirtschaftsstufen... ermöglicht, Fuß zu fassen und ihren Einfluß geltend zu machen“⁴⁸.

d) Die Organisationsstruktur der Edeka-Genossenschaftsgruppe

Die enge Verbindung zwischen Fachverbänden und Genossenschaften, die sich im Kolonialwarendetailhandel als eine Besonderheit gegenüber den anderen Genossenschaftssystemen nachweisen ließ, hatte auch grundlegende Auswirkungen auf die Organisationsstruktur dieser Genossenschaftsgruppe. Sie läßt sich auf die Formel: Strenge Zentralisation in Verband und Zentralen bringen.

Das Neue und Revolutionäre an der Gründung des Edeka-Verbandes war, daß es sich um einen Fachverband handelte, der ohne regionale Untergliederung und ohne Anschluß an einen gemischt-fachlichen Verband des gewerblichen Genossenschaftswesens seine Tätigkeit auf Reichsebene ausführte. Wären die Einkaufsvereinigungen der Kolonialwarendetaillisten nicht einem zentralen Prüfungsverband auf fachlicher Basis beigetreten, sondern etwa den regionalen Revisionsverbänden des Hauptverbandes, so hätten sie damit auch „jede Möglichkeit eingebüßt, ... sich zentral zur Durchführung des gemeinsamen Einkaufs zusammenzuschließen, womit gleichzeitig der Gedanke der Standesbewegung ein für allemal begraben worden wäre“⁴⁹. Der Grundsatz der Zentralisation des Verbandes wurde während dessen ganzer Geschichte aufrechterhalten. Die Einteilung in Verbandsbezirke und die damit verbundene Errichtung von unselbständigen Geschäftsstellen bzw. Filialen der Zentrale bedeutete keine Durchbrechung dieses Prinzips, im Gegenteil, sie sollte gerade eine Durchlöcherung der Zentralisationsidee verhindern. Der an der Spitze eines jeden Bezirks stehende Obmann bildete die Vermittlungsstelle

⁴⁸ Back, J. M., *Genossenschaftsgeist und Unternehmmergeist*, S. 170.

Back versteht in diesem Zusammenhang unter „Gesellschaftswirtschaft“ „jenes Gebiet der Verkehrswirtschaft, auf dem in der Regel nur Gesellschaftsunternehmen auf Grund ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten in der Lage sind, die gestellten produktions-, verteilungs- und kreditwirtschaftlichen Aufgaben etc. zu bewältigen“. (Ebd., S. 174.)

In neuester Zeit kommt H. Deppe zu ähnlichen Ergebnissen. Er weist ebenfalls auf die „existenzsichernde Bedeutung“ hin, die die Zusammenschlüsse auf der Nachfrageseite gegenüber denen der Angebotsseite auszeichnen. (Vgl. Deppe, H., *Die Genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels als Existenzsicherungsgenossenschaften*, in: *ZgGenW*, Bd. 16 (1966) und Derselbe, *Genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels und das Kartellverbot des § 1 GWB*, Diss. Münster 1965.)

⁴⁹ 25 Jahre Edeka, S. 32.

zwischen den Genossenschaften und der Zentralleitung in Berlin. „Je weiter die Entwicklung der Bewegung fortgeschritten war, je mehr mußte auf den inneren Ausbau und auf die planmäßige Verbandsarbeit innerhalb der Bezirke besondere Aufmerksamkeit verwandt werden⁵⁰.“ Die Aufgabe der Bezirksverbände bestand ferner vor allem darin, den Kontakt zwischen den dortigen Genossenschaften zu pflegen. Zu diesem Zweck sollten dreimal im Jahr Bezirkstagungen abgehalten werden, mit denen meist kleine Waren-Ausstellungen verbunden waren, wovon man sich auch eine gewisse Propagandawirkung versprach. Dagegen hatten die Bezirke mit der *Revision* nichts zu tun. Sie blieb dem Verband in Berlin vorbehalten.

An diesem Prinzip der einheitlichen Prüfung auf Reichsebene hielt der Edeka-Verband genauso wie der Rewe-Verband auch nach seinem Beitritt zum Deutschen Genossenschaftsverband im Jahre 1923 fest⁵¹, obwohl wiederholt versucht wurde, ihn zur Aufgabe des Grundsatzes der Revision auf fachlicher Grundlage zu bewegen⁵². Dadurch ist „der Gleichschritt der sich über die regionale Verbandsbildung vollziehenden Zusammenfassung des gewerblichen Genossenschaftswesens in dem seine geschlossene Einheit repräsentierenden Deutschen Genossenschaftsverband gestört worden. Die Zugehörigkeit der zentralistisch aufgebauten Edeka- und Rewe-Organisation zu dem gewerblich-genossenschaftlichen Zentralverband entspricht nicht den seinen Aufbau . . . sonst überwiegend bestimmenden Proportionen, und es ist nicht zu verkennen, daß dies mehr als nur eine Abweichung in den äußeren Zügen des gewerblich-genossenschaftlichen Organisationsbildes bedeutet; es bringt vielmehr den Willen zur Eigenständigkeit des Einkaufsgenossenschaftswesens des Lebensmittelhandels auch im Gesamtrahmen des deutschen Genossenschaftswesens zum Ausdruck“⁵³.

⁵⁰ Bericht über den 15. Edeka Verbandstag 1923 in Stuttgart, S. 134.

⁵¹ Die ADEG-Genossenschaften in Österreich dagegen lassen sich vom Österreichischen Genossenschaftsverband prüfen. (Vgl. König, P., Selbsthilfe im Wettbewerb. Die Einkaufsverbände des Lebensmitteleinzelhandels in internationaler Sicht, Hamburg 1956, S. 14.)

⁵² Wie sehr das Festhalten des Edeka-Verbandes an der fachlichen Prüfung als Einbruch in ein bewährtes genossenschaftliches Organisationssystem aufgefaßt wurde, zeigt die folgende Feststellung des Ausschusses für Genossenschaftsrecht aus dem Jahre 1940: „Die regionale Einteilung hat sich in allen Sektoren gut bewährt. Sie vermittelt den Prüfern den Überblick über die verschiedensten Wirtschaftszweige und gibt ihnen so einen reichen Schatz an Erfahrung, den sie wechselseitig zum Nutzen aller Genossenschaftsarten verwerten können. Bei einer fachlichen Gliederung wäre im Gegensatz dazu die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Prüfer einseitig und unbeweglich werden.“ (Denkschrift des Ausschusses für Genossenschaftsrecht, Tübingen 1940, S. 115, zit. n. Jäger, W., Das Organisationssystem im Genossenschaftswesen der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Werner, G. Aschoff, W. Jäger, W. Weber, a.a.O., S. 85.)

⁵³ Albrecht, G., a.a.O., S. 30.

Mit Stolz konnte die Edeka Genossenschaftsgruppe in der Festschrift zum 25jährigen Jubiläum feststellen: „So besteht heute in der Edeka-Organisation in glücklicher und erfolgreicher Verbundenheit die Zentralisation im Verbandswesen, namentlich in der *Verbandsrevision*, im *Einkauf* durch die Edekazentrale und in der *Geldwirtschaft* durch die Edekabank. Darin beruht die Stärke und die Widerstandsfähigkeit in der Organisation. Begünstigt durch die Personalunion in den Vorständen und in den Aufsichtsorganen läßt sich eine innige Zusammenarbeit mit den Edeka-Genossenschaften in der Revision, im Waren- und Geldgeschäft durchführen. Die im Edeka-Verbande zusammengeschlossenen Genossenschaften wiederum sind auch Mitglieder und Geschäftspartner bei der Edekazentrale im Warengeschäft und bei der Edekabank im Geldgeschäft. Damit befindet sich der Edeka-Verband gegenüber den nur genossenschaftlich organisierten Revisionsverbänden mit Genossenschaften aller Arten und Branchen zweifellos in einem großen Vorteil. Das Problem der Einschaltung der Zentralinstitute im Waren- und Geldgeschäft in die praktische Auswirkung der *Verbandsrevision* kann in der Edeka-Bewegung dank der wohlüberlegten und bewährten Basis, die die Gründer geschaffen haben, als gelöst gelten. In die Praxis umgesetzt bedeutet dies, daß sich der Verband in der *Verbandsrevision* nicht nur auf die Ermittlung der Befunde zu beschränken braucht, sondern daß er den Genossenschaften im gleichen Augenblick neben dem Rat auch die Tat zur Verfügung stellen kann. Überall dort, wo es nach dem Befunde der *Verbandsrevision* notwendig ist, kann die praktische Hilfe der Edekazentrale im Warengeschäft und die der Edekabank im Geldgeschäft angesetzt werden⁵⁴.“

Auch die neueste Entwicklung in verschiedenen Sparten des Genossenschaftswesens bestätigt die Grundsätze des organisatorischen Aufbaus der Edeka-Genossenschaftsgruppe als richtig und zweckmäßig. Die Erweiterung der Tätigkeit der Genossenschaftssysteme über die ursprünglich alleinige Funktion des gemeinsamen Einkaufs im Großen hinaus und die Übernahme einer Reihe von zusätzlichen Aufgaben, die zu einer Umgestaltung der Funktionalgenossenschaft zur Integralgenossenschaft führen, bringen gerade für die Prüfungsverbände der Einkaufsgenossenschaften eine Reihe von Betreuungs- und Beratungsaufgaben zusätzlich zur Revision in einem Umfang mit sich, wie er von den gemischten Prüfungsverbänden nicht bewältigt werden kann. So haben sich die deutschen Bäckereinkaufsgenossenschaften im Jahre 1965 zum BÄKO-Prüfungsverband e. V., mit Sitz in Frankfurt a. M., zusammengeschlossen, der nicht nur die gesetzliche Prüfung durchführen, sondern vor allem durch sorfältige laufende Beratungen die Wettbewerbsleistung der

⁵⁴ 25 Jahre Edeka, S. 33.

Mitgliedsgenossenschaften und damit auch zugleich der 32 000 betreuten Bäckereibetriebe in der Bundesrepublik stärken soll⁵⁵.

Der Zug zur Zentralisierung im Verbandswesen macht sich daneben auch im Konsumgenossenschaftssektor bemerkbar und zwar gleich in doppelter Hinsicht. So beschloß einmal der a. o. Konsumgenossenschaftstag am 11. und 12. April 1967 in Hamburg die Umgestaltung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e. V. in einen Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften mit Rechts- und Steuerberatung. Die Umgestaltung ist zwar wohl wegen des Widerstandes der Landesverbände, die auch hier bisher wie im gewerblichen Genossenschaftswesen die Revision ausüben, auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden, ihre Realisierung dürfte aber lediglich eine Frage der Zeit sein. Ein weiterer Schritt zur Zentralisierung im konsumgenossenschaftlichen Verbandswesen, dessen weitreichende Bedeutung heute noch gar nicht abgesehen werden kann, stellt die bereits erfolgte Gründung des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften in der Rechtsform der GmbH dar, der nach § 2 des Gesellschaftsvertrages als die Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften den Ausbau des Genossenschaftswesens zur Förderung der Mitglieder der Gesellschafter innerhalb der Wettbewerbswirtschaft bezweckt⁵⁶. Hieraus ergibt sich eine interessante Wechselwirkung in der Entwicklung der Organisationsstruktur zwischen dem Konsumgenossenschaftssektor und den Einkaufsgenossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels: Während die Konsumgenossenschaften erst heute den Grundsatz der Zentralisierung im Verbandswesen von der Edeka übernehmen, verfuhr diese bei der Gründung ihrer Einkaufszentrale ganz bewußt nach dem Vorbild der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften und betonte beim Auf- und Ausbau der Zentraleinkaufsgesellschaft ebenfalls mit schärfstem Nachdruck den Gedanken der Zentralisation. Das zeigt sich einmal in den Auseinandersetzungen mit den sogenannten Kauf-Aktiengesellschaften (Siehe S. 177) und zum anderen im Bereich des Geldverkehrs nach Gründung der Edeka-Bank, als ebenfalls nur unselbständige Filialen errichtet wurden, obwohl es wiederholt Versuche gab, selbständige Bezirkszentralen im Waren- und Geldverkehr ins Leben zu rufen⁵⁷.

e) Der weitere Ausbau der Edeka-Organisation

Das Jahr 1907 bedeutete auch für die Edeka-Genossenschaftsgruppe den Eintritt in die zweite Entwicklungsperiode des Genossenschaftswesens, die in Deutschland und den meisten anderen Ländern Europas

⁵⁵ Vgl. Genossenschaftliche Chronik, in: ZgGenW, Bd. 16 (1966), S. 56.

⁵⁶ Vgl. Genossenschaftliche Chronik, in: ZgGenW, Bd. 17 (1967), S. 200.

⁵⁷ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 32.

von etwa 1900 bis zur Mitte unseres Jahrhunderts reicht, und in der „sich die Genossenschaften auf der untersten Stufe weiter entwickelt, sich aber zusätzlich auf höherer Ebene in Verbänden straff organisiert und sich dabei nach Sparten differenziert und vor allem mit der Bildung von Genossenschaften höherer Ordnung, mit der Bildung von Zentralen, Hauptgeschäftsanstalten, Großeinkaufsgenossenschaften oder wie immer sie genannt werden, auf den nationalen und zentralen Märkten und Produktionsgebieten Fuß gefaßt (haben)“⁵⁸. Mit der Gründung von Verband und Zentrale war aber bei der großen Masse der Kolonialwarendetailhändler das Eis noch nicht gebrochen. Jetzt galt es erst, den horizontalen Ausbau auf der Ebene der Primärgenossenschaften durchzuführen. Dazu war es notwendig, die in weiten Kreisen des Wirtschaftszweiges des Kolonialwarenhandels immer noch vorhandene ablehnende Haltung gegenüber den Einkaufsgenossenschaften, die man immer noch mit den Konsumgenossenschaften verwechselte, zu überwinden und die großen wirtschaftlichen Vorteile des gemeinsamen Einkaufs, die von Warenhäusern, Filialbetrieben und Konsumgenossenschaften so augenfällig nachgewiesen wurden, auch für die mittelständischen Detaillisten sichtbar zu machen. Es ist das hohe Verdienst der führenden Männer der Organisation, schon früh erkannt zu haben, wie wichtig der Ausbau eines breiten Fundaments von Primärgenossenschaften für die weitere Entwicklung der Edeka-Genossenschaftsgruppe war. In mehreren Vortragsreisen (1909 nach Rheinland-Westfalen, 1910 nach Schlesien, 1913 nach Süddeutschland) warb Dr. Biller für den Zusammenschluß zu Genossenschaften und war bei deren Aufbau behilflich ohne Rücksicht darauf, ob man Bereitschaft zeigte, sich dem Edeka-Verband anzuschließen⁵⁹.

Die Zahl der Verbandsmitglieder nahm stetig zu. Waren es am Ende des Gründungsjahres 22, so gehörten ihm Ende 1910 schon 70 Mitglieder an⁶⁰. Von großer Bedeutung für das weitere Wachstum der Gruppe war, daß die Einkaufsgenossenschaften sich im Markenartikelkampf des Jahres 1912 „im klaren Bewußtsein ihrer Funktion im volkswirtschaftlichen Prozeß ihren Platz als vollgültige Glieder des *Großhandels*“⁶¹ behaupten konnten. Die Auseinandersetzung hat, wie die Kolonialwaren-Zeitung berichtet, „unter den Kleinhändlern eine Bewegung ausgelöst, die weit über die Kreise der am genossenschaftlichen Einkauf beteiligten Kolonialwarenhändler hinausging. Es ist erfreulich gewesen, zu sehen, mit welcher Einmütigkeit die Detaillisten unserer Branche hinter ihren Orga-

⁵⁸ Back, J. M., Der Standort der Genossenschaften, S. 9 f.

⁵⁹ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 77 v. 7. 10. 1910. Biller setzte sich dabei vor allem für die Umwandlung der freien Einkaufsvereine in Zusammenschlüsse in der Rechtsform der eGmbH ein. (Vgl. Bericht über den 5. Verbandstag des Edeka-Verbandes 1913 in Berlin, S. 13.)

⁶⁰ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 25.

⁶¹ Albrecht, G., a.a.O., S. 30.

nisationen stehen, und wenn wir auch heute wiederholen, daß wir den ausgebrochenen Streit bedauern, so können wir doch mit Genugtuung feststellen, wie sehr sich das Kollegialitätsgefühl der Kolonialwarenhändler gehoben hat“⁶². Der Markenkrieg brachte der Edeka-Organisation einen enormen Zulauf. Ende 1913 zählte der Verband 122 Mitglieder mit 6 400 angeschlossenen Kolonialwarenhändlern⁶³.

Von großer Bedeutung für die weitere Aufwärtsentwicklung der Edeka-Genossenschaftsgruppe war die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit. Zunächst sahen sich die Genossenschaften des Kolonialwarenhandels von einer Reihe von neuen Gegnern bedroht. Kriegsgesellschaften, staatliche Verteilungsorganisationen und Versuche der Gemeinden, den Lebensmittelhandel zu kommunalisieren, schienen die Existenz des mittelständischen Handels zu gefährden. Der Entschlossenheit, mit der sich aber die Edeka-Organisation zur Wehr setzte, war es dann freilich zu verdanken, daß sie gerade aus dieser harten Zeit gestärkt hervorging⁶⁴. Es gab der Bewegung einen großen Auftrieb, als am 14. Januar 1916 vom Reichstag beschlossen wurde, „daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die bestehenden Kleinhandelsvereinigungen beteiligt werden, daß die Behörden und die Gemeindeverwaltungen auf die Bildung und den örtlichen Zusammenschluß derartiger Kleinhandelsvereinigungen hinwirken sollen, und daß diese Kleinhandelsorganisationen als Großkäufer anerkannt werden müssen“⁶⁵. Dieser Beschluß wurde vom Preußischen Abgeordnetenhaus bestätigt und durch Erlaß des Reichsamtes des Innern und Runderlasse zahlreicher Länderregierungen bekräftigt. Gerade das letzte Stadium der Kriegswirtschaft, in dem sich der Staat maßgeblich in die Verteilung der Lebensmittel einschaltete, machte deutlich, daß ihm dabei eine so erfahrene und weit verzweigte Organisation wie die Edeka-Gruppe sehr behilflich sein, und er sie bereitwillig mit der Übertragung hoheitlicher Aufgaben betrauen konnte. Der Edeka-Organisation gereichte dies natürlich zum Vorteil: Trotz der Schwierigkeiten der Lebensmittelbewirtschaftung stieg die Zahl der Mitglieder des Verbandes während der vier Kriegsjahre um 72 auf 194 und bis Ende 1919 sogar auf 276⁶⁶.

Einen weiteren Auftrieb erfuhr die Bewegung schließlich auch durch die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers im Jahre 1922 und die Auswir-

⁶² Kolonialwaren-Zeitung Nr. 4 v. 12. 1. 1912.

⁶³ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 25 u. Edeka 1907—1957, S. 179.

⁶⁴ Vgl. Deumer, R., a.a.O., S. 106 ff.

⁶⁵ Zit. n. Herrmann, G., Die Lage des deutschen Kleinhandels seit der Jahrhundertwende und sein Genossenschaftswesen, Diss. Leipzig 1923, S. 37.

⁶⁶ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 25.

kungen der Inflation, als es der Edeka-Gruppe gelang, bei der Preussischen Ausführungsanweisung über die Versorgung mit Zucker maßgeblich beteiligt zu werden, so daß die Bewegung gegen Mitte des Jahres 1924 mit annähernd 600 Genossenschaften ihren Höhepunkt erreichte. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf ca. 35 000 bis 40 000 Kolonialwarenkauflleute⁶⁷. Nach der Normalisierung der Warenverteilung stellten viele dieser „Zuckergenossenschaften“, die damals überall wie Pilze aus dem Boden geschossen waren, ihre Tätigkeit wieder ein, genauso wie sich zahlreiche Mitglieder der Genossenschaften wieder von der Bewegung zurückzogen, so daß im Jahre 1926 dem Verband nur noch 424 und Ende 1929 398 Genossenschaften mit 25 600 Mitgliedern angehörten⁶⁸. Die schlechten Erfahrungen, die man in dieser Zeit der übersteigerten und ungesunden Entwicklung mit den neuen Mitgliedern des Verbandes und der Genossenschaften gemacht hatte, denen meist eine echte genossenschaftliche Gesinnung und die Bereitschaft, ihren Wirtschaftsbetrieb in eine Genossenschaft zu integrieren, fehlten, bewog die Organisation zu einer strengen Selektion bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern in die Genossenschaften⁶⁹. Es sollten dadurch insbesondere die vielen Ungelernten vom Eintritt abgehalten werden, die gerade in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wieder einmal in großer Zahl in den Kolonialwarendetailhandel strömten, in der Hoffnung, dort ein besseres Auskommen als bisher zu finden. Von der Organisationsspitze wurde den einzelnen Genossenschaften empfohlen, solche kleine Läden wieder auszuschließen. Als Mittel hierzu schlug *Borrmann* eine entsprechende Erhöhung der Geschäftsanteile vor⁷⁰. Mehr und mehr setzte es sich auch durch, daß in den einzelnen Genossenschaften neue Mitglieder nur dann aufgenommen wurden, wenn dadurch keine direkte Konkurrenzbedrohung für bereits angeschlossene Mitglieder gegeben war. Eine gewisse Selektion wurde in der Edeka-Genossenschaftsgruppe schon früh auch in Hinblick auf die Neuaufnahme von Genossenschaften vorgenommen. Grundsätzlich verfuhr man so, daß an einem Ort, wo bereits eine Edeka-Genossenschaft bestand, eine zweite nur mit Zustimmung der ersten Verbandsmitglied werden konnte. Daraus ist ersichtlich, daß man im Gegensatz zu den

⁶⁷ Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 48 f.

⁶⁸ Vgl. Edeka 1907—1957, S. 179 u. 25 Jahre Edeka, S. 25.

⁶⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen von Verbandsdirektor *Borrmann* auf dem Verbandstag 1926 in München. (Vgl. Bericht über den 18. Edeka-Verbandstag 1926 in München, S. 15 ff.)

⁷⁰ „Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Genossenschaft, die nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten will, auch entsprechend hohe Geschäftsanteile haben muß, und da, glaube ich, ist das beste Mittel gegeben, diese kleinen Leute, die nicht hineingehören, wieder aus der Genossenschaft herauszubringen, denn diese sind es in der Regel, die die höheren Geschäftsanteile, die erforderlich sind, nicht aufbringen wollen.“ (F. *Borrmann* auf dem Verbandstag 1924.) (Bericht über den 16. Verbandstag 1924 in Bremen, S. 48.)

Schutzverbänden doch jetzt in den mittelständischen Kreisen zur Einsicht gelangte, „daß nicht die Erhaltung eines möglichst breiten, sondern eines zahlenmäßig reduzierten aber lebensfähigen selbständigen Mittelstandes zu erstreben sei“⁷¹. Gegen Ende der 20er Jahre verlief dann die Entwicklung in ruhigeren Bahnen. Bis Ende 1933 stieg die Zahl der dem Verband angeschlossenen Organisationen wieder auf 439⁷².

Hand in Hand mit der Verbreiterung und Festigung der Organisation auf der Ebene der Mitgliebergerossenschaften ging ein rasches Wachstum der Einkaufszentrale, die nach und nach in allen Teilen des Reiches Geschäftsstellen eröffnete. 1919 errichtete sie in Hamburg eine Importstelle, die 1947 ihre Selbständigkeit als eigene Zentrale erlangte⁷³. Bereits 1914 war es gelungen, die Mitglieder von der Notwendigkeit der Errichtung einer eigenen Geldzentrale zu überzeugen und die Genossenschaftsbank Edeka eGmbH zu gründen, die ebenfalls bald eine Reihe von Filialen einrichtete. Die damit verbundene planmäßige Förderung des Spargeschäftes bei den Mitgliedern der Genossenschaften trug so ähnlich wie in der Konsumgenossenschaftssparte schon bald zur Finanzierung des inzwischen sehr umfangreich gewordenen Warengeschäftes des gesamten Verbundes bei⁷⁴.

Durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 26. 10. 1934 wurde die Edeka-Genossenschaftsgruppe wie die übrigen Genossenschaftssysteme des Einzelhandels in die Fachgruppe Gemeinschaftseinkauf innerhalb der Reichsgruppe Handel einbezogen. 1938 wurde aus der Fachgruppe die Wirtschaftsgruppe Gemeinschaftseinkauf. Die genossenschaftlichen Unternehmungen bildeten eine Untergruppe für sich. Gleichzeitig mit der Eingliederung wurden Richtlinien über die marktordnungsgemäße Behandlung der Einkaufsvereinigungen herausgegeben, durch die der Funktionsstreit zwischen Großhandel und Genossenschaften beendet werden sollte, und die Einkaufsgenossenschaften und Großhandel grundsätzlich gleichstellten, soweit die Genossenschaften die entsprechenden Großhandelsfunktionen ausübten⁷⁵.

Damit brachte die Eingliederung in die staatliche Zwangsorganisation den Edeka-Genossenschaften ein lang angestrebtes Ziel und erwies sich so von großem Vorteil für die Organisation, der sich auch zahlenmäßig in einem enormen Wachstum niederschlug⁷⁶. Bis Ende 1937 stieg die Zahl

⁷¹ Marbach, F., a.a.O., S. 309.

⁷² Vgl. Bericht über den 27. Edeka-Verbandstag 1924 in Rostock, S. 53.

⁷³ Vgl. Edeka 1907—1957, S. 55.

⁷⁴ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 98 ff.

⁷⁵ Vgl. Wallberg, E., Leistungssteigerung im Einzelhandel durch Einkaufsgenossenschaften, Prag 1943, S. 14 f.

⁷⁶ Vgl. König, P., Der Wareneinkauf bei den Einzelhandelsgenossenschaften, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der

der in der Edeka-Organisation zusammengeschlossenen Einkaufsgenossenschaften auf 475 mit etwa 28 500 selbständigen Einzelhändlern und ungefähr 30 000 Geschäften in weit mehr als 7 000 Orten des Reiches⁷⁷.

Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist zunächst gekennzeichnet durch eine starke Expansion, die sich weniger in einer Vermehrung der Zahl der Genossenschaften als vielmehr in rasch steigenden Mitgliederzahlen ausdrückt. Während die Zahl der Genossenschaften von 218 im Jahre 1949 auf nur 232 im Jahre 1953 stieg und damit ihren Höhepunkt erreichte, stieg die Mitgliederzahl in der gleichen Zeit von 24 319 auf 32 246 und erreichte im Jahre 1960 40 000. Auf diesem Stand blieb sie bis heute⁷⁸.

Die schlechten Erfahrungen, die man in den Anfängen der Organisation mit der Hamburger Zentraleinkaufsgesellschaft und in den 20er Jahren mit den Kauf-Aktiengesellschaften gemacht hatte, führten dazu, daß in der Edeka-Genossenschaftsgruppe bis Ende der fünfziger Jahre der Grundsatz der lokalen Genossenschaft galt. Erst von 1960 an begann man mit der systematischen Verschmelzung von benachbarten Genossenschaften, um dadurch den Ausbau zu funktionsfähigen Full-Service-Genossenschaften zu beschleunigen⁷⁹. Seit 1960 sank so die Zahl der Edeka-Genossenschaften von 223 auf 155 im Juni 1967. In den nächsten vier Jahren will man diese auf 80 zusammenlegen⁸⁰. Damit dürfte sich nun auch in der Edeka-Genossenschaftsgruppe die Überzeugung durchgesetzt haben, daß man heute trotz aller Traditionen von einer Autonomie der Einzelgenossenschaft nicht mehr sprechen kann⁸¹.

Viel schneller als in den übrigen Genossenschaftssparten vollzog sich bei der Edeka-Organisation (das gleiche gilt auch für die Rewe und die Genossenschaften der anderen Zweige des Detailhandels) eine Erweite-

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, H. 15, Stuttgart und Berlin 1938, S. 45.

⁷⁷ Zu einem beträchtlichen Teil ist das auffallende Ansteigen der Mitgliederzahlen des Edeka-Verbandes von 1934 an auch darauf zurückzuführen, daß auf Grund des im Dezember 1933 erlassenen Genossenschaftsgesetzes für alle Genossenschaften der Anschluß an einen Revisionsverband zur Pflicht wurde. (Vgl. Ehlers, W., Die Stellung des Nahrungsmiteleinzelhandels im berufsständischen Aufbau, Diss. Berlin 1937, S. 13.)

⁷⁸ Vgl. Richter, O., Die Einkaufsgenossenschaften des selbständigen Einzelhandels in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg (Lahn), Bd. XXII, Marburg 1962, S. 24.

⁷⁹ Vgl. Edeka-Jahresberichte 1960—1965, Hamburg 1961—1966.

⁸⁰ Vgl. hierzu im einzelnen die Ausführungen des Verbandsdirektors der Edeka, E. H. Diederichs, auf dem 60. Edeka-Verbandstag 1967 in Hamburg, S. 201 ff.

⁸¹ Vgl. Back, J. M., Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 152.

rung der Förderungsleistung über die Funktion des gemeinsamen Einkaufs hinaus auf „Zusatzleistungen“⁸². Im Laufe der Zeit wurden von der Edeka-Organisation die Gemeinschaftswerbung, die Nachwuchsförderung (durch die 1930 gegründete Spar- und Arbeitsgemeinschaft der Jungkäufer des Deutschen Kolonialwaren- und Feinkost-Einzelhandels e. V., kurz „Spara“ genannt⁸³), die Verkaufsschulung, die Verkaufsberatung, der Betriebsvergleich, der Informationsdienst für fachliche und andere Fragen, die Steuer- und Rechtsberatung, die Versicherungsberatung, die Beratung durch Ladenarchitekten usw. übernommen⁸⁴. Diese Entwicklung ist in der Zwischenzeit so weit fortgeschritten, daß R. Nieschlag zustimmen ist, wenn er feststellt, daß es sich heute nicht mehr um „Zusatzleistungen“, sondern um „integrierende Bestandteile der Gruppenarbeit“⁸⁵ handelt. Aus den Funktionalgenossenschaften sind „Integralgenossenschaften“, aus den Einkaufsgenossenschaften sind „Dienstleistungsgenossenschaften“ geworden, für die sich der von R. Nieschlag geprägte Ausdruck „Full-Service-Genossenschaften“⁸⁶ in der Zwischenzeit allgemein eingebürgert hat⁸⁷.

In die Erweiterung der Aufgaben wurde aber auch der ganze Verbund mit einbezogen. Neben den Zentralen übernahm dabei insbesondere der

⁸² Auf diese Tendenz hat bereits 1937 M. Triebel in umfassender Weise hingewiesen. (Vgl. Triebel, M., Zusatzleistungen der Einkaufs-Genossenschaften des deutschen Einzelhandels, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Stuttgart und Berlin 1937.)

⁸³ Vgl. dazu im einzelnen: Edeka 1907—1957, S. 67 ff.

⁸⁴ Vgl. Nieschlag, R., Strukturwandlungen im Großhandel, S. 24.

So wurde bereits 1927 auf Anregung der Edeka-Zentralorganisation hin die Edeka-Ladengemeinschaft, Berlin, geschaffen. (Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 56.) P. König machte den gemeinsamen Verkauf zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung und schrieb 1932 über die Edeka-Reklame- und Verkaufsgemeinschaften: „In der einheitlichen Firmierung als ‚Edeka-Laden-Gemeinschaft‘ liegt eine schlagkräftige Werbewirkung, die etwa der der überall gleich firmierenden großen Massenfilialkonzerne entspricht. So wie man für die Einkaufs-Genossenschaften die Einheitsfirma ‚Edeka-Großhandel‘ angenommen hat, muß in konsequenter Fortführung des Gedankens auch die einheitliche Firmierung ‚Edeka-Ladengemeinschaft‘ gewählt werden.“ (König, P., Die Organisation des gemeinschaftlichen Verkaufs im Lebensmittel-Einzelhandel, Stuttgart 1932, S. 96.)

⁸⁵ Nieschlag, R., Strukturwandlungen im Großhandel, S. 25.

⁸⁶ Nieschlag, R., Der Betriebstyp einer leistungsfähigen Warengenossenschaft, in: Bericht vom Deutschen Genossenschaftstag 1961 in Berlin, Wiesbaden 1961.

⁸⁷ Vgl. hierzu die grundlegenden Ausführungen von E. H. Diederichs und G. Draheim in: Autonomie und Bindung in der Genossenschaft. Bericht über eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, hrsg. v. Institut für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Marburg 1966; ferner: Diederichs, E. H., Hauptprobleme der modernen Kooperation, S. 62 ff.

Verband eine Reihe neuer Aufgaben. Mit der Vertiefung und stärkeren Ausgestaltung der Revision ging eine eingehende betriebswirtschaftliche Beratung der Genossenschaften und eine Schulung der Mitarbeiter Hand in Hand. Dabei hat der Edeka-Verband von Anfang an die Notwendigkeit der gründlichen und vielseitigen Ausbildung der in den Genossenschaften wirkenden Personen betont. Bereits der 3. Verbandstag 1910 in Hamburg beriet die praktische Durchführung der Bildungsaufgaben und forderte die Einrichtung von Genossenschaftskursen. Der erste Kursus fand dann bereits im Jahre 1911 statt⁸⁸. Das war insofern eine große unternehmerische Tat im Genossenschaftssektor, als die anderen Genossenschaftspartner erst relativ spät nach der Gründung von Zusammenschlüssen mit der Abhaltung von Genossenschaftskursen hervortraten⁸⁹. Die Weiterbildung der Geschäftsführer der Edeka-Genossenschaften wurde durch die gelegentlich der Verbandstage stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen maßgeblich gefördert. Auf dem 4. Verbandstag 1911 in Dresden wurde ein Bildungsfond eingerichtet, der der Finanzierung unentgeltlicher Genossenschaftskurse diente.

Der Zusammenarbeit von Edeka-Genossenschaften, Edeka-Verband und Edeka-Zentralen gelang es, durch die Erweiterung der Tätigkeit über den gemeinsamen Einkauf hinaus und durch die Integration der Wirtschaftsbetriebe der Mitglieder in den gesamten Verbund der Gruppe, die angeschlossenen Kolonialwarenhändler zur Rationalisierung zu erziehen und so in den Genuß der gleichen Leistungen zu bringen, die die Niederlassungen eines Filialunternehmens durch ihre Zentrale erhalten. Damit wurde durch Selbsthilfe erreicht, was den Schutzverbänden auch bei bereitwilligster Förderung durch Gesetze und Subventionen nie gelungen ist, weil sie nicht willens waren, ihre Tätigkeit nach innen, auf die Wirtschaftsbetriebe der Mitglieder zu konzentrieren und die Umwandlung

⁸⁸ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 35.

⁸⁹ So führten der auf das Jahr 1877 zurückgehende Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften und die 1883 als Vorgänger des späteren Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften von W. Haas geschaffene Vereinigung deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften (Vgl. hierzu im einzelnen: Back, J. M., Genossenschaftsgeschichte, Sp. 2207.) erst nach viel längerer Zeit seit ihrer Gründung ihre ersten Genossenschaftskurse ein. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veranstaltete seine ersten Kurse nach mehr als achtjährigem Bestehen, und der Schulze-Delitzsche Allgemeine Verband von 1864 widmete sich erst in den Jahren 1926 und 1927 der Abhaltung von Lehrkursen. Die einzige Ausnahme machte hier der Korthausseche Hauptverband. Er trat bereits nach einjährigem Bestehen mit der Abhaltung von regelmäßig wiederkehrenden Genossenschaftskursen hervor. Aber ähnlich wie bei der Gründung dieses Verbandes selbst, waren hier verschiedene staatliche Stellen die Initiatoren, während beim Edeka-Verband auch die Förderung der Bildungsfragen aus eigener Initiative erfolgte und somit ein reines Selbsthilfewerk darstellt. (Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 35.)

vom Ständisch-Traditionalen zum Sachlich-Rationalen zu vollziehen. Der Zusammenschluß der Kolonialwarendetailhändler zu Selbsthilfeeinrichtungen hat sich damit für diese auch als ein Mittel erwiesen zur „Erziehung zum rationalen Denken in einem tieferen und echteren Sinne, nicht zwecks Wahrnehmung naheliegender marktwirtschaftlicher Vorteile, sondern zwecks Einsicht in die sich bietenden Mittel und Methoden des modernen Wirtschaftslebens, die zur Erreichung weitgesteckter Existenzsicherungsziele genutzt werden können“⁹⁰. Fragen wir nach den Gründen für diese rasche Entwicklung und die Dynamik der Bewegung, so müssen wir noch einmal auf den Umstand hinweisen, daß sich diese Kolonialwarenhändlergenossenschaften in völliger Unabhängigkeit von der Gesamtorganisation des gewerblichen Genossenschaftswesens aus den Fachvereinen, also aus dem Berufsstand selbst heraus entwickelt haben. Und dieses Bewußtsein, „den Weg zur genossenschaftlichen Selbsthilfe aus eigener Erkenntnis der immer schwieriger werdenden Wettbewerbslage und der dem genossenschaftlichen Zusammenschluß innewohnenden Förderungskraft gefunden zu haben, ist“, was G. Albrecht mit Recht betont, „in Kreisen des mittelständischen Lebensmitteleinzelhandels immer lebendig geblieben — oder aus dem Selbständigkeitsdrange der Führungskräfte der Bewegung wach gehalten worden... Man kann hier geradezu von einer zentral geplanten und ebenso tatkräftig wie zielbewußt verwirklichten Organisation zur Selbsthilfe sprechen; durch sie ist zwar nicht an den genossenschaftlichen Grundsätzen der Freiwilligkeit, der Teilnahme an diesen Selbsthilfegemeinschaften und der Mitwirkung an ihrer Selbstverwaltung gerüttelt worden; sie waren aber und sind ganz darauf angelegt, eine Einheitlichkeit und die Durchschlagskraft der für den Erfolg, d. h. die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der von der Gesamtorganisation erfaßten selbständigen Einzelhändler, als notwendig erkannten wirtschaftlichen und der Wirtschaft der Mitglieder dienenden sonstigen Maßnahmen gegen alle Zufälligkeiten zu sichern“⁹¹.

Die wiederholten Verhandlungen mit den verschiedenen staatlichen Stellen wegen der Mitwirkung bei der Warenverteilung während der Kriegszeit ließen den Edeka-Verband immer wieder zum Sprecher des Kolonialwarendetailhandels werden, war er doch lange die einzige Organisation dieses Fachbereiches des Detailhandels auf Reichsebene. So kam es, daß neben den typischen Aufgaben eines Genossenschaftsverbandes die Wahrnehmung der Interessen des gesamten Fachzweiges eine immer größere Rolle spielte. Besonders die Verhandlungen auf den Verbandstagen 1915 in Berlin und 1916 in Gotha „beleuchteten eingehend und

⁹⁰ Back, J. M., Wo stehen die Genossenschaften heute?, S. 177.

⁹¹ Albrecht, G., a.a.O., S. 29.

überzeugend die Notwendigkeit für den Edeka-Verband, sich mehr und mehr den *allgemeinen wirtschaftlichen* Fragen und ihren Rückwirkungen auf den Berufsstand zu widmen“⁹².

Das mußte natürlich zu Konflikten führen, als von den Fachvereinen versucht wurde, sich selbst zu großen Verbänden auf Reichsebene zusammenzuschließen, was bereits kurze Zeit darauf geschah.

4. Die Gründung von Reichsfachverbänden

Um das Wohl des Kolonialwarenhandels bemühten sich zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine ganze Reihe von Organisationen. Größeres Gewicht kam dabei vor allem den Fachvereinen in den Großstädten zu. In einigen Teilen waren inzwischen auch schon Verbände auf Bezirks- bzw. Landesebene entstanden, teils mitgetragen von den Einkaufsvereinen, wie z. B. in Bayern, Württemberg und Thüringen, teils unabhängig davon, wie z. B. in Rheinland-Westfalen, wo *Johannes Janssen* (Barmen) den 1891 gegründeten Verband von Kaufleuten der Provinzen Rheinland und Westfalen und der angrenzenden Länder, der bis dahin dem Zentralverband-Leipzig als Landesverband angehört hatte, in eine reine Fachorganisation des Kolonialwarendetailhandels mit der Bezeichnung Rheinisch-Westfälischer Landesverband der Kolonialwarenhändler, Barmen, umwandelte. Auch der Zentralverband-Leipzig selbst, dem ja immer noch überwiegend Kolonialwarenhändler angehörten, da sich viele andere Zweige des Detailhandels damals bereits Reichsfachverbände geschaffen und den Zentralverband verlassen hatten, nahm für sich das Recht, deren Interessen zu vertreten, in Anspruch, genauso wie der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands, Vertretung für Handel und Gewerbe, Hannover, der Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe in Braunschweig und der Verband katholischer kaufmännischer Vereine in Essen. Daneben gab es bereits eine größere Anzahl von Spezialfachverbänden des Lebensmitteleinzelhandels. Darunter waren der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute und der Reichsverband der Schokoladen-Geschäftsinhaber die bedeutendsten⁹³.

Dieses Durcheinander von Verbänden erinnert uns an die Schutzverbände und die Mittelstandsbewegung und zeigt, daß auch im Kolonialwarendetailhandel viel von der Abneigung erhalten geblieben war, sich in großen und einheitlichen Verbänden zusammenzuschließen. Während, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, in vielen anderen Zweigen des Detailhandels schon viel früher Fachverbände auf Reichsebene ent-

⁹² 25 Jahre Edeka, S. 38.

⁹³ Vgl. dazu im einzelnen S. 183 ff.

standen, bedurfte es im Kolonialwarenhandel eines besonderen Druckes von außen und einer besonderen Notlage, um den Zusammenschluß zu ermöglichen. Gerade die Kolonialwarenhändler wurden durch die Einführung der Zwangswirtschaft, die mit einem System von tiefen Eingriffen in die Warenverteilung verbunden war, besonders betroffen und mußten um die Erhaltung ihrer Geschäfte kämpfen⁹⁴. Hatte man sich früher in den Schutzverbänden organisiert, um die Hilfe des Staates zu suchen, so schloß man sich jetzt zusammen, um die Eingriffe des Staates abzuwehren, um sich vor ihm zu schützen. Gleichzeitig aber war auch der Staat an einer einheitlichen Organisation des Kolonialwarenhandels stark interessiert, um an die Mitglieder dieses Fachbereiches besser herankommen und sie leichter in das System von Zwangsmaßnahmen einbeziehen zu können. So wurden mehrmals führende Vertreter von Verbänden von Regierungsseite aufgefordert, für einen möglichst breiten Zusammenschluß des Fachbereiches zu sorgen. So gilt die Feststellung von *F. Eulenburg*: „Vollends die staatlichen Bindungen, die in der Neuzeit allenthalben Platz greifen, führen dazu, daß auch der Kaufmann für die Organisation ‚reif‘ wird“⁹⁵, vor allem für den Kolonialwarendetailhandel.

a) Der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V., Berlin

Die Initiative zur Gründung eines Reichsfachverbandes ging von *Richard Riel*, dem Vorsitzenden des Vereins Berliner Kolonialwarenhändler von 1890, aus. *Riel* gehörte dem Vorstand des Zentralverbandes-Leipzig an und wollte die diesem Verband angehörenden Kolonialwarenhändlervereine zu einem Reichsfachverband zusammenschließen. Es kam zu langwierigen Verhandlungen zwischen einer Reihe von Vereinen und Verbänden unter Einschluß des Zentralverbandes-Leipzig selbst, in der Berliner Handelskammer, deren Mitglied *Riel* war. Dabei wollte *H. Seifert*, der Vorsitzende des Zentralverbandes, der Gründung des Verbandes nur unter der Bedingung zustimmen, daß dieser den Zentralverband als überfachlichen Spitzenverband anerkenne und ihm beitrete⁹⁶. Schließlich kam es unter dem Eindruck der Notlage des Krieges doch zu einer Einigung: Am 27. 9. 1917 wurde der *Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V., Berlin*, mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Leipziger Zentralverbandes aus der Taufe gehoben⁹⁷. Der Zentralverband dagegen löste sich auf und empfahl den ihm angehören-

⁹⁴ Vgl. *Aufmolk*, E., Die gewerbliche Mittelstandspolitik des Reiches (unter bes. Berücksichtigung der Nachkriegszeit), Diss. München 1930, S. 19.

⁹⁵ *Eulenburg*, S., a.a.O., S. 56 f.

⁹⁶ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 41 v. 13. 10. 1917.

⁹⁷ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 38.

den Kolonialwarenhändlern den Anschluß an den Fachverband, „aus der Erkenntnis, daß die Interessen der einzelnen Berufszweige am besten durch zentrale Fachverbände wahrgenommen werden, und die alle Branchen umfassenden Organisationen sich überlebt haben“⁹⁸. Nach dem Vorbild des Zentralverbandes sollte versucht werden, möglichst unter Verzicht auf die Einzelmitgliedschaft, dem Spitzenverband in allen Teilen des Reiches örtliche Fachvereine anzugliedern und diese zu Landesverbänden zusammenzuschließen⁹⁹. Es wurde betont, „daß der Reichsverband keine Einheitsorganisation darstellt, sondern lediglich als Spitzenorganisation in Erscheinung tritt, die den angeschlossenen Landes-, Provinzialverbänden und -vereinen volle Selbständigkeit läßt, so daß es ihnen . . . möglich ist, die Spezialinteressen ihrer Kreise entsprechend den psychologischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen Landesteile in wünschenswerter Form zu vertreten“¹⁰⁰. Neben den beiden genannten Organisationen waren an der Gründung noch der mitgliederstarke Verein der Kolonialwarenhändler von 1872 in Hamburg unter seinem Vorsitzenden *Hinrich Pries*, der Verband katholischer kaufmännischer Vereine (Essen) und eine größere Anzahl von örtlichen Fachvereinen beteiligt. Vorsitzender des Verbandes wurde *R. Riel*, sein Stellvertreter *H. Pries*¹⁰¹. Dagegen war der Verband der Handels- und Rabattschutzvereine, Hannover, von *R. Riel* zur Gründungsversammlung nicht eingeladen worden, weil die Berliner Kolonialwarenhändler die Rabattgewährung ablehnten. Außerdem stand der Hannoveraner Rabattverband nach wie vor auf sehr ständisch-traditionalem Boden, nahm immer noch eine äußerst aggressive Haltung gegenüber den Großbetriebsformen ein und vertrat immer noch die alten Grundsätze der Staatshilfe, während vor allem *R. Riel* an eine enge Zusammenarbeit mit den Großbetriebsformen dachte, um die den Kolonialwarenhandel gemeinsam berührenden Fragen so besser lösen zu können¹⁰².

Diese schon mehr sachlich-rationale Orientierung wurde auch sehr deutlich nach außen hin in der Zielsetzung des Reichsverbandes zum Ausdruck gebracht. An erster Stelle war die Rede von der *gemeinsamen*

⁹⁸ *Breitkopf*, F., Der Einheitsverband des gesamten Nahrungs- und Genußmittelkleinhandels ein Gebot der Stunde, in: Die deutsche Feinkost Nr. 24 v. 11. 6. 1921, S. 1.

⁹⁹ Vgl. *Brieger*, H., Die Organisation des Kolonialwarenhandels, Diss. Leipzig 1923, S. 96.

¹⁰⁰ Zit. n. *Esch*, Th., a.a.O., S. 78.

¹⁰¹ Vgl. Handbuch—1919, S. 672.

¹⁰² Warum dagegen der Edeka-Verband nicht eingeladen wurde, konnte nicht genau festgestellt werden. Aus Andeutungen an verschiedenen Stellen in den Quellen kann geschlossen werden, daß hier vorwiegend persönliche Gründe zwischen den Führern des alten Zentralverbandes und des Edeka-Verbandes eine Rolle gespielt haben. (Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 152 ff.)

Arbeit: „Gründung von Fachvereinen an allen Orten Deutschlands zur Hebung des Standesbewußtseins und Pflege der Kollegialität durch die gemeinsame Arbeit¹⁰³.“ Dann kam die Interessenvertretung gegenüber den staatlichen Stellen. Auch hierbei ging es nicht mehr um die alten Forderungen, wie sie von den Schutzverbänden erhoben worden waren, sondern wie aus dem folgenden hervorgeht, in erster Linie um die Gleichberechtigung des selbständigen Kleinhandels gegenüber den Bestrebungen des Staates, auf die Warenverteilung einen Einfluß auszuüben, von denen sowohl die Großbetriebsformen wie auch der mittelständische Kolonialwarenhandel bedroht war. So hieß es in einem Flugblatt des Verbandes: „Als Interessenvertretung des deutschen Kolonialwaren- und Lebensmittelhandels fordert er die Anerkennung dieser Berufskreise seitens der Regierung als gleichberechtigter Faktor in unserem Wirtschaftsleben und bekämpft alle Ansprüche und Mißstände, die den deutschen Kolonialwaren- und Lebensmittelhandel schädigen, seine gesunde Entwicklung hemmen und auf die Vernichtung des legitimen Handels hinwirken. Er tritt ein für eine gerechte Steuerverteilung, für die Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen aus der Kriegswirtschaft, die, ohne irgendwelchen Nutzen zu stiften, nur geeignet sind, die freien Wirtschaftskräfte an der Entfaltung zu hemmen, und bildet das notwendige Gegengewicht gegen alle überspannten Forderungen der Angestelltenverbände und deren zu weit gehende Unterstützung seitens der Behörden¹⁰⁴.“

Die Gefährdung der Existenz des Kolonialwarenhandels durch die verschiedenen Eingriffe von staatlicher Seite in die Warenverteilung, vor allem die eindeutige Bevorzugung der Konsumvereine im Gefolge der politischen Umwälzungen nach dem Kriege und die Versuche der Städte, den Lebensmitteleinzelhandel zu kommunalisieren, förderten den Beitritt zum Verband¹⁰⁵, so daß er Ende 1920 bereits 16 Landes- bzw. Provinzialverbände mit 700 Ortsgruppen und 2 000 Einzelmitgliedern umfaßte. Die Zahl der korporativ angeschlossenen Mitglieder wurde vom Verband mit ca. 60 000 bis 75 000 angegeben¹⁰⁶. Da viele Kolonialwarenhändler mehreren Vereinigungen gleichzeitig angehörten, und es so zu Doppelzählungen kam, war die Zahl der Mitglieder in Wirklichkeit wesentlich kleiner. Das wird auch daraus deutlich, daß der Verband für 1928 wieder die gleiche Zahl nennt, obwohl dann in der Zwischenzeit durch den Beitritt des Edeka-Verbandes ein beträchtlicher Mitglieder-

¹⁰³ Zit. n. *Brieger*, H., a.a.O., S. 102.

¹⁰⁴ Zit. n. *Brieger*, H., a.a.O., S. 102.

¹⁰⁵ Bei der Gründung gehörten ihm erst 5 000 kooperative Mitglieder an, von denen allein auf die Vereine in Hamburg und Berlin ca. 2 000 Mitglieder entfielen. (Vgl. *Handbuch*—1919, S. 672.)

¹⁰⁶ Vgl. *Brieger*, H., a.a.O., S. 103.

zustrom eingetreten sein durfte¹⁰⁷. Ähnlich wie bei den Schutzverbänden der Mittelstandsbewegung war die Stellung der *Landesverbände* innerhalb der ganzen Organisation recht stark, so daß es dem Reichsverband nicht leicht gemacht wurde, interessenausgleichend auf diese einzuwirken. Das zeigte sich besonders deutlich, als die Landesverbände später begannen, eigene Genossenschaftsverbundsysteme aufzubauen. Trotzdem ließ sich der Reichsverband die Errichtung von Landesverbänden sehr angelegen sein. So gelang es ihm in Berlin im Jahre 1920, die dort seit 30 Jahren bestehende Zwiespältigkeit in der Organisation durch den Zusammenschluß der beiden Konkurrenten, des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche (von 1870) und des Vereins Berliner Kolonialwarenhändler (von 1890) zum Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche e. V., gegründet 1870, zu überwinden¹⁰⁸. Im gleichen Jahr wurde mit seiner Unterstützung auch der Verband der Lebensmitteleinzelhändler im Saargebiet ins Leben gerufen¹⁰⁹.

Wenn der Reichsverband aber erst im Jahre 1926 zum allgemein anerkannten Fachverband des deutschen Kolonialwareneinzelhandels wurde, so liegt das daran, daß 1917 noch eine Konkurrenzorganisation errichtet wurde.

b) Der Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels, Hannover

Am 5. November 1917, also nur einige Wochen nach der Gründung des Reichsverbandes, wurde in Hannover der Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels mit Sitz in Hannover ins Leben gerufen¹¹⁰. Die treibende Kraft dieser Bewegung war der Barmer Kolonialwarenhändler *Johannes Janssen*, einer der rührigsten Verbandsführer jener Zeit, in seiner Funktion als Vorsitzender des Westland-Vebandes (Rheinisch-Westfälischer Landesverband der Kolonialwarenhändler) und des Gaues Rheinland-Westfalen des Verbandes der Handelsschutz und Rabattsparvereine Deutschlands¹¹¹. Der sehr ehrgeizige *Janssen*, der mit *H. Seifert* und *R. Riel* vor dem Ersten Weltkrieg im Vorstand des Zentralverbandes-Leipzig gewesen war¹¹², versprach sich jetzt aus der Zusammenarbeit mit den Rabattsparvereinen mehr und betrieb mit großem Eifer die Gründung des Konkurrenzverbandes, tatkräftig unterstützt

¹⁰⁷ Vgl. Handbuch—1928, S. 724.

¹⁰⁸ Vgl. 10 Jahre. 1949 bis 1959, Verband des Lebensmittel-Einzelhandels Berlin e. V., Berlin 1959, S. 20.

¹⁰⁹ Vgl. Handbuch—1928, S. 725.

¹¹⁰ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 49 v. 8. 12. 1917.

¹¹¹ Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag in Bremen, S. 154 f.

¹¹² Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 76 v. 27. 9. 1912.

vom Verbandsdirektor des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine, dem Reichstagsabgeordneten *Beythien*, Hannover, einem „vortrefflichen Organisator und Redner“¹¹³. An der Gründung beteiligte sich u. a. noch der Verband bayerischer Kaufleute der Kolonialwarenbranche, München¹¹⁴. Außerdem gelang es dem taktischen Geschick *Janssens*, *F. Borrmann* vom Edeka-Verband, der bereits damals mit dem Reichsverband sympathisierte, davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, einen eigenen Verband zu gründen¹¹⁵. *Borrmann* erklärte die Bereitschaft der Edeka-Organisation zur Mitarbeit, stellte aber die Bedingung, daß der Sitz des Verbandes Berlin sein müsse. *Beythien* bestand aber darauf, zum Sitz des Verbandes Hannover zu machen, und setzte sich damit auch durch¹¹⁶. *Janssen* übernahm den Vorsitz, *Borrmann* wurde dessen Stellvertreter und *Beythien* führte die Geschäfte des Verbandes. Die Dominanz des Rabattschutzverbandes bewirkte, daß der Reichsbund eine im Vergleich zum Reichsverband relativ konservative Politik verfocht. Während jener mehrfach mit dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser in Fachfragen erfolgreich zusammenarbeitete, wurden diese vom Reichsbund scharf bekämpft. Trotz der Mitgliedschaft des Edeka-Verbandes galt dieser daher als Vertreter einer „radikaleren Richtung im deutschen Kleinhandel“¹¹⁷, so daß Hannover wieder als deren Exponent in Gegensatz zu Berlin trat. Auch in den Satzungen wurde an erster Stelle die Interessenvertretung gegenüber dem Staat vor der Selbsthilfe genannt: „1. Die Vertretung gemeinsamer Angelegenheiten des beruflichen Lebensmittel-Kleinhandels und verwandter Kleinhandelszweige und seiner Verbände in allen geeigneten Fällen, insbesondere deren Vertretung gegenüber der Gesetzgebung, den Regierungen, sonstigen Behörden und der Öffentlichkeit; 2. Förderung der beruflichen Selbsthilfebestrebungen“¹¹⁸.

Der Reichsbund entfaltete dann auch sofort nach seiner Gründung eine umfangreiche Eingabetätigkeit und „konnte wegen seiner guten parlamentarischen Vertretung einige schöne Erfolge für den Kolonialwarenkleinhandel erzielen“¹¹⁹. Ihm gehörten mit *Beythien* und dem Vorsitzenden des Rabattsparvereinsverbandes, *A. Findeisen* aus Plauen, zwei Reichstagsabgeordnete an. Außerdem wurde *Janssen* nach dem Ersten

¹¹³ *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

¹¹⁴ Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 76 ff.

¹¹⁵ Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 155.

¹¹⁶ Vgl. Bericht über den 13. Verbandstag des Edeka-Verbandes, 1921 in Chemnitz, S. 45.

¹¹⁷ *Schmidt*, E., a.a.O., S. 85.

¹¹⁸ Zit. n. Handbuch—1919, a.a.O., S. 672.

¹¹⁹ *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

Weltkrieg für das Zentrum in den Preußischen Landtag und in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat gewählt¹²⁰.

In *Struktur* und *Aufbau* war er noch stärker als der Reichsverband von korporativen Prinzipien bestimmt. Es war zunächst ein Verband von Reichsverbänden. Landes-, Bezirks- oder Ortsverbände sollten ihm nur ausnahmsweise angeschlossen werden, soweit sie keinem Reichsverband beitreten konnten oder wollten. Vor allem der Edeka-Verband setzte sich für dieses lockere System ein, um möglichst wenig Kompetenzen zu verlieren¹²¹. Wir sehen also auch hier, ähnlich wie bei den Schutzverbänden, einen gewissen Zusammenhang zwischen der Straffheit der Organisation und der Zielsetzung des Verbandes. Da viele der Mitglieder des Reichsbundes mehreren oder gar allen ihm angeschlossenen Organisationen gleichzeitig angehörten, den örtlichen Fachvereinen, den Kolonialwarenhändlergruppen der Rabattsparverbände und den Edeka-Genossenschaften, wurden sie somit auch hier mehrmals gezählt¹²². Daraus erklärt sich die hohe Mitgliederzahl des Verbandes, die für 1919 mit 60 000 angegeben wurde¹²³.

Beide Reichsfachverbände bekämpften sich sehr stark. Dabei ging es vor allem um die Anerkennung als offizielle Vertretung des Kolonialwarenkleinhandels bei der Reichsregierung und den Reichsbehörden¹²⁴. Obwohl in den Jahren 1919 und 1920 wiederholt der Versuch gemacht wurde, beide Verbände zu vereinigen, und der Reichsverband im Jahre 1919 dem Reichsbund für kurze Zeit sogar beigetreten war¹²⁵, scheiterte eine dauernde Zusammenarbeit immer wieder an dem persönlichen Ehrgeiz der Verbandsvorsitzenden¹²⁶.

Als im Jahre 1920 dann *Dr. Biller* den Austritt des Edeka-Verbandes aus dem Reichsbund erklärte, bedeutete das praktisch dessen Ende. *F. Borrmann* nannte als Gründe für diesen Schritt einmal das Versagen des Reichsbundes bei der Vertretung der Interessen des Kolonialwarenhandels, das er vor allem darauf zurückführte, daß sich der Verband nicht in Berlin, sondern in Hannover niederließ, und zum anderen die Tatsache, daß der Edeka-Verband dem Reichsbund jährlich zwischen 5 000 und 7 000 Mark zahlen mußte¹²⁷.

¹²⁰ Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 77.

¹²¹ Vgl. *Deutsche Handels-Rundschau* Nr. 39 v. 29. 9. 1917.

¹²² Vgl. *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

¹²³ Vgl. *Handbuch—1919*, S. 672.

¹²⁴ Vgl. hierzu den Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 146 ff.

¹²⁵ Vgl. *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

¹²⁶ Vgl. *Deutsche Handels-Rundschau* Nr. 6 v. 8. 2. 1919.

¹²⁷ Vgl. Bericht über den 13. Verbandstag des Edeka-Verbandes 1921 in Chemnitz, S. 44.

Der eigentliche Grund freilich wurde von *Borrmann* nicht genannt. Es war die Gründung der AG-Westkauf durch den Westland Verband, mit der dieser ein eigenes Genossenschaftssystem in Rheinland-Westfalen unabhängig von der Edeka-Organisation aufbauen wollte. Der Edeka-Verband nahm nun mit dem Reichsverband Kontakte auf¹²⁸, in dem ja sowieso ein großer Teil von Edekakaufleuten durch ihre Mitgliedschaft in örtlichen Fachvereinen organisiert war. Im Jahre 1922 schlossen dann beide Verbände eine *Interessengemeinschaft*. Die Interessenvertretung nach außen wurde dem Reichsverband, die Betreuung in Einkaufsfragen dem Edeka-Verband übertragen¹²⁹. Wie sehr sich der Edeka-Verband als allgemeiner Fachverband fühlte, geht daraus hervor, daß er darauf bestand, daß alle fachlichen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von beiden Verbänden in Gemeinschaftsarbeit erledigt werden sollten¹³⁰. Die Abgrenzung zwischen der Betätigung auf fachlichem Gebiet und der Wahrnehmung des gemeinsamen Einkaufs war notwendig geworden, weil sich innerhalb einiger Landesverbände des Reichsverbands Tendenzen zur Errichtung von Einkaufszusammenschlüssen bemerkbar machten, vor allem seit der Westland-Verband Mitglied des Reichsverbandes geworden war, und der Edeka-Verband sich vom Reichsverband ein Einwirken auf die Landesverbände gegen diese Einmischung in seinen Bereich erhoffte¹³¹. Als dann der Reichsverband kaum Anstrengungen machte, gegen die Betätigung seiner Landesverbände auf genossenschaftlichem Gebiet mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen, und sogar selbst auf diesem Gebiet aktiv wurde, zog der Edeka-Verband hieraus die Konsequenzen und löste im Frühjahr 1923 die Interessengemeinschaft¹³².

5. Die Genossenschaftsgründungen des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler

a) Die AG-Westkauf und der Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften als Vorläufer der Rewe-Organisation

Bei der Umwandlung des Landesverbandes des Zentralverbandes-Leipzig in den Rheinisch-Westfälischen Landesverband der Kolonialwarenhändler (Westland-Verband) ließ sich *Janssen* von dem Beispiel der Handwerkerinnungen leiten, die ja auch nach fachlichen Gesichtspunkten organisiert waren. Er wollte versuchen, „alle standeswürdigen Glieder

¹²⁸ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 38.

¹²⁹ Vgl. *Brieger*, H., a.a.O., S. 95.

¹³⁰ Vgl. Bericht über den 14. Edeka Verbandstag 1922 in Swinemünde, S. 166.

¹³¹ Vgl. Bericht über den 15. Edeka-Verbandstag 1923 in Stuttgart, S. 43 f.

¹³² Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 152.

des Kolonialwarenhandels zu sammeln, sie zu örtlichen Fachorganisationen zusammenzuschließen und an dem Ausbau örtlicher Gesamtorganisationen des Einzelhandels mitzuwirken“¹³³. Vermutlich wurde er dabei vom Deutschen Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe unterstützt. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß *Janssen*, der Mitglied des Zentrums war, bereits vor dem Ersten Weltkrieg enge Beziehungen zu dieser, dem Zentrum sehr nahestehenden Organisation unterhielt¹³⁴.

Der Westland-Verband erfreute sich bald eines großen Zulaufes: 1920 zählte er 65 örtliche Vereine und 1921 116¹³⁵. In den schweren Jahren der Nachkriegszeit, als dem Einzelhandel und vor allem dem Lebensmittel-einzelhandel im Ruhrgebiet die Bevorzugung des Konsumvereinswesens bei der Bergarbeiterversorgung¹³⁶ und die Kommunalisierungsbestrebungen der Städte schwere Schäden zufügten, wurde auch *J. Janssen* zu einem Anhänger der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, obwohl er vor dem Krieg, in der Zeit, in der er noch Vorstandsmitglied des Zentralverbandes-Leipzig war, sich von ihr keine Besserung der Lage des Detailhandels erhofft hatte¹³⁷. Im August 1920 wurde auf seine Initiative hin als „Wirtschaftsabteilung“ des Westland-Verbandes die AG-Westkauf, *Bezugsvereinigung des Westdeutschen Lebensmittel-Einzelhandels in Duisburg-Meiderich* errichtet, mit dem Ziele, „durch Zusammenschluß des schwer ringenden Lebensmittel-Einzelhandels zu örtlichen Einkaufs-Genossenschaften und Zusammenfassung in der Westkauf-Zentrale das erforderliche wirtschaftliche Selbsthilfe-Instrument zu schaffen“¹³⁸. Den Fachvereinen empfahl *Janssen*, sich eigene Einkaufsgenossenschaften anzugliedern, was in den meisten Städten auch geschah, so daß der AG-Westkauf bereits Ende 1922 117 Mitgliedsgenossenschaften angehörten, die zum größten Teil Neugründungen darstellten. Auch hier finden wir ähnliche Gründe wie bei der Edeka für dieses schnelle Wachstum. *Janssen* war es auf Grund seiner guten Beziehungen als Zentrumsabgeordneter des Preußischen Landtages gelungen, seine Organisation in die Verteilung der Lebensmittelzulagen und sonstigen Zuwendungen bei der Versorgung der Bergarbeiter einzuschalten¹³⁹. Am 23. November 1921 wurde dann der *Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften e. V.*,

¹³³ *Esch*, Th., a.a.O., S. 79.

¹³⁴ Vgl. hierzu S. 121 ff.

¹³⁵ Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 79.

¹³⁶ Vgl. VDWK, Jb. 1921, S. 47 f.

¹³⁷ Vgl. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 12 v. 10. 2. 1909.

¹³⁸ Jubiläumsschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens der Rewe-Zentralorganisation, Köln 1953, keine Seitenangabe.

¹³⁹ Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 79.

Duisburg-Meiderich, errichtet, dem am 21. Juni 1922 das Revisionsrecht verliehen wurde¹⁴⁰.

Die Entwicklung der Edeka-Genossenschaften, die in Rheinland-Westfalen recht zahlreich vertreten waren¹⁴¹, wurde aber durch die Gründungen des Westland-Verbandes nicht besonders tangiert, da sich die Ausritte aus der Edeka-Organisation in der fraglichen Zeit im üblichen Rahmen hielten¹⁴². Freilich stießen aus dem rheinisch-westfälischen Gebiet in den 20er Jahren auch kaum neue Genossenschaften zum Edeka-Verband. In der Gründung der AG-Westkauf ist daher weniger eine Spaltung der Edeka-Organisation als vielmehr, wie wir noch sehen werden, der erste Schritt zur Schaffung eines neuen Systems zu sehen, wenn es auch zunächst auf Rheinland-Westfalen beschränkt blieb und in einigen wichtigen Punkten von dem Aufbau der Edeka abwich. Da war einmal die Wahl der Rechtsform der AG für die Zentrale, deren Aktien von den Einzelmitgliedern gezeichnet werden konnten¹⁴³, was uns an die Hamburger Zentrale von 1904 erinnert. Da *Janssen* eine sehr enge Verbindung zwischen Fachvereinen und Genossenschaften vorschwebte, lief das ferner darauf hinaus, daß alle Mitglieder der Fachvereine genossenschaftlich organisiert werden sollten, ohne Rücksicht auf ihre Eignung nach Geschäftsgröße und genossenschaftlicher Gesinnung, was von der Edeka-Organisation, die ja schon früh eine gewisse Selektion bei der Aufnahme pflegte, mit Nachdruck abgelehnt wurde¹⁴⁴. Im Gegensatz zur Edeka-Organisation verlief hier der Aufbau von oben nach unten: Ohne daß eine größere Anzahl von Primär-genossenschaften vorhanden gewesen wäre, wurde die Zentrale errichtet. Dann erst wurde durch die Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Fachverband versucht, Einkaufs-genossenschaften zu gründen.

Auch die Errichtung eines eigenen Genossenschaftssystems war wohl in erster Linie eine Folge des persönlichen Ehrgeizes von *Janssen*. Da-

¹⁴⁰ Vgl. Jubiläumsschrift der Rewe-Organisation, u. *Menzel*, B., Die Rewe Gruppe — Auftrag der Gegenwart, 2. Aufl., Köln 1962, S. 15.

¹⁴¹ Rheinland-Westfalen war ja das Ziel der ersten „Propaganda-Tournee“ Billers im Jahre 1909 gewesen, die dort eine Welle von Genossenschaftsgründungen ausgelöst hatte, unterstützt durch die Bemühungen des Deutschen Mittelstandsbundes für Handel und Gewerbe, Düsseldorf. (Siehe S. 122 f.) Viele dieser Neugründungen waren dann auch der Edeka-Organisation beigetreten. (Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 48 v. 27. 11. 1909, Nr. 49 v. 4. 12. 1909 und Nr. 50 v. 11. 12. 1909.)

¹⁴² So verließen von 1922 bis 1924 insgesamt nur 3 Einkaufs-genossenschaften im Unterverbandsbezirk Rheinland-Westfalen die Edeka-Organisation. (Vgl. hierzu die Berichte über die Verbandstage 1922 ff.)

¹⁴³ Das Grundkapital betrug 1 Million Mark und war in Aktien zu je 2 000 Mark gestückelt, die zu einem Viertel eingezahlt werden mußten. (Vgl. *Friedel*, H., a.a.O., S. 77.)

¹⁴⁴ Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 158.

neben spielt zweifellos auch hier wieder der uns schon oft begegnete Gegensatz zwischen der Provinz und Berlin eine nicht unbedeutende Rolle, der ja gerade in Rheinland-Westfalen besonders groß war, auch wenn offiziell nur auf die technischen Schwierigkeiten des Warenverkehrs hingewiesen wurde, die darin bestünden, „daß die Interessen des Einzelhandels hier unmöglich von einer so weit entfernt liegenden Centrale geleitet werden können, wie von einer, die im Herzen des Kohlenreviers liegt und alle Leiden und Schmerzen des Einzelhandels dort kennt. Dieselbe muß ferner in der Nähe des Rheins liegen, um so in lebendigem Zusammenhang mit den großen Zukunftsaufgaben zu sein, die hier entstehen“¹⁴⁵. Aber auch diese ökonomisch-technischen Gründe waren nicht stichhaltig, da ja gerade hier schon 1908 der Verband der Kolonialwaren-Einkaufsgenossenschaften im Rheinisch-Westfälischen Kohlengebiet mit Sitz in Bochum als erster Unterverband¹⁴⁶ und 1912 in Essen eine Geschäftsstelle der Edeka-Zentrale geschaffen worden waren, um die Beziehungen zu Berlin enger zu gestalten und die bereits damals bestehenden Tendenzen zur Schaffung selbständiger Landeszentralen zu unterlaufen¹⁴⁷. Ob darüber hinaus noch parteipolitische Gründe maßgebend waren, ist nicht nachzuweisen. Es ist nur zu vermuten, daß bereits damals Aversionen zwischen dem Zentrumsabgeordneten *Janssen* und *Borrmann* bestanden, der ja später (1924) für die Wirtschaftspartei in den Reichstag gewählt wurde und den Edeka-Verband nur zu gerne als politische Plattform benützte, weshalb es auch auf den Verbandstagen oft zu Unstimmigkeiten kam¹⁴⁸.

Der persönliche Ehrgeiz *Janssens* war aber durch den Aufbau einer Genossenschaftsorganisation auf Landesebene noch nicht befriedigt¹⁴⁹. Er wollte ein der Edeka-Organisation ebenbürtiges System errichten und über ganz Deutschland ausdehnen. Ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung war der Beitritt zum Reichsverband.

b) Der Aufbau eines Genossenschaftssystems auf Reichsebene durch den Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler

Janssen erkannte bald, daß der Reichsbund des deutschen Lebensmittelhandels nach dem Ausscheiden des Reichsverbandes und des Edeka-Verbandes keine größere Bedeutung mehr erlangen könne, und entschloß

¹⁴⁵ Zit. n. *Friedel*, H., a.a.O., S. 77.

¹⁴⁶ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 15 v. 11. 4. 1909.

¹⁴⁷ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 93 f.

¹⁴⁸ Vgl. hierzu vor allem die Berichte über die Edeka-Verbandstage 1924 ff.

¹⁴⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen von F. *Borrmann* auf dem Verbandstag 1922. (Vgl. Bericht über den 14. Edeka-Verbandstag 1922 in Swinemünde, S. 127.)

sich daher im Juni 1921 zum Übertritt in den Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, in dessen Aufbau sich der Rheinisch-Westfälische Landesverband des Kolonialwarenhandels ideal einfügte¹⁵⁰.

Janssen fand bald in *Ernst Thom*, dem Verbandsdirektor des Reichsverbandes, einen Gefolgsmann¹⁵¹. Von 1923 bis 1925 wurden von neun Bezirks- bzw. Landesverbänden mit der Unterstützung von *Thom* und z. T. auch der AG-Westkauf neue Kauf-Aktiengesellschaften errichtet: So u. a. die Pommernkauf AG, die Sachsenkauf AG (im Braunschweiger Gebiet), die Südkauf AG (in Bayern) und die Pfalzkauf AG¹⁵². Als Spitzenzentrale schuf *Thom* beim Reichsverband in Berlin die *Zentralkauf-AG*. Im Dezember 1923 erhielt der Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften das Recht, im ganzen Reichsgebiet die Prüfungstätigkeit auszuüben, und wurde in Reviko, Revisionsverband des Reichsverbandes Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V., Berlin, umbenannt. Die hier besonders enge Zusammenarbeit zwischen genossenschaftlichem Prüfungsverband und Fachverband geht daraus hervor, daß der jeweilige Vorsitzende sowie der geschäftsführende Direktor des Reichsverbandes gemäß Statut geborene Mitglieder des Verbandsausschusses des Revisionsverbandes sein sollten¹⁵³.

Eine so ausgeprägte genossenschaftliche Ausrichtung der Fachvertretung mußte natürlich zu schärfsten Auseinandersetzungen mit der Edeka-Organisation führen, die weniger aus Angst vor der Gefährdung ihrer Existenz als vielmehr auf Grund ihrer Erfahrungen die Gründung von überörtlichen Einkaufsgesellschaften auf Landes- oder Bezirksebene und in der Rechtsform der Aktiengesellschaft aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnte¹⁵⁴.

¹⁵⁰ Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 79.

¹⁵¹ Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 158.

¹⁵² Vgl. Jubiläumsfestschrift der Rewe-Organisation; *Wernicke*, J., Mittelstandsbewegung, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925, S. 602; Bericht über den 14. Edeka-Verbandstag 1922 in Swinemünde, S. 35 ff. u. 127 f.

¹⁵³ Vgl. Jubiläumsschrift der Rewe-Organisation.

¹⁵⁴ So führte *F. Borrmann* 1923 auf dem Verbandstag in Stuttgart aus: „Wir stehen in der Verbandsleitung allerdings auf dem Standpunkt, daß wir eine Konkurrenz zu ertragen vermögen, aber wir halten den Weg, den die Landesverbände des Reichsverbandes mit ihren Wirtschaftsstellen gehen, für verfehlt, weil die Wirtschaftsstellen der Landesverbände nicht die Form der Genossenschaft, sondern meistens die Form der Aktiengesellschaft angenommen haben... Gerade die Haftsumme ist es, die das Interesse und die Kontrolle für die Genossenschaftsführung aufrecht erhält und die unsere Genossenschaftsbewegung so groß gemacht hat. Weiter ist es die Ausdehnung über weite Bezirke, die es unmöglich macht, mit den Mitgliedern in direkte Fühlung zu kommen... Und deshalb behaupten wir, die Aktiengesellschaften und die regional ausgebreiteten Gesellschaften leisten keine Gemeinschaftsarbeit, sondern sie sind nichts weiter als großkapitalistisch betriebene Großhandelsgeschäfte.“ (Bericht über den 15. Edeka-Verbandstag 1923 in Stuttgart, S. 43 f.)

Da viele Mitglieder von Edeka-Genossenschaften den Landesverbänden des Reichsverbandes angeschlossen waren, versuchte die Berliner Spitze des Edeka-Verbandes wiederholt diese Gründung von Kauf-Aktien-Gesellschaften zu verhindern. Sie war freilich darin nur in Mecklenburg erfolgreich, wo der dortige Landesverband, in dem die Edeka-Kaufleute relativ stark vertreten waren, die Gründung der von *Thom* vorgeschlagenen Kauf-AG verweigerte¹⁵⁵. In Pommern dagegen konnte sie 1923 die Gründung der Gesellschaft nicht verhindern, obwohl sie eigens zu diesem Zweck den Verbandstag dieses Jahres dorthin verlegt hatte. Diese Pommernkauf AG wurde vom Landesverband Pommern innerhalb des Reichsverbandes gegründet, weil ein Teil seiner Mitglieder — es waren meist Inhaber kleiner Geschäfte auf dem flachen Land, die den Edeka-Genossenschaften nicht die nötige genossenschaftliche Gesinnung aufzubringen schienen — von der Edeka-Genossenschaftsgruppe nicht aufgenommen worden war¹⁵⁶.

c) Der Zusammenbruch der Kauf-Aktiengesellschaften und der Aufbau der Rewe-Organisation

Die Entwicklung gab den Führern der Edeka-Genossenschaftsgruppe Recht. In den Jahren 1925/26 mußte von den Kauf-Aktiengesellschaften eine nach der anderen einschließlich der Berliner Zentrale liquidiert, und zwar, weil ihr, wie es im Jubiläumsbericht der Rewe-Gruppe heißt, „infolge ihres zu schnellen Wachstums sowohl in ihrer Spitze als auch in ihren Landesverbänden die inneren Voraussetzungen fehlten, um den Schwierigkeiten der Endinflation und vor allen Dingen der Deflation begegnen zu können“¹⁵⁷. Es waren ähnliche Gründe wie beim Scheitern der Hamburger Zentrale. Wieder einmal zeigte es sich, daß das Verbundproblem „das zentrale Strukturproblem der Genossenschaften des Einzelhandels ist“¹⁵⁸. Damit war das Genossenschaftsabenteuer des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler zu Ende. Trotz der gemachten Fehler hat der Verband durch seinen Einsatz für die Idee des gemeinsamen Einkaufs eine für einen Fachverband recht große Einsicht in die Notwendigkeit der Selbsthilfe und damit eine im Vergleich zu den Schutzverbänden recht fortschrittliche Haltung bewiesen.

Daß dieses Bemühen um die Verbreitung der Idee des gemeinsamen Einkaufs letztlich doch nicht umsonst war, zeigte die weitere Entwick-

¹⁵⁵ Vgl. Bericht über den 16. Edeka-Verbandstag 1924 in Bremen, S. 157.

¹⁵⁶ Vgl. den Bericht über den 14. Edeka-Verbandstag 1922 in Swinemünde, S. 35.

¹⁵⁷ Jubiläumsbericht der Rewe-Organisation.

¹⁵⁸ *Back*, J. M., Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 150.

lung, in deren Verlauf aus den Trümmern der Einkaufsorganisation des Reichsverbandes und des Westlandverbandes in der Rewe-Genossenschaftsgruppe die zweitgrößte Organisation von Einkaufsgenossenschaften des deutschen Einzelhandels hervorging.

Im Gegensatz zu den Zentralkauf-Aktiengesellschaften und vielen Genossenschaften blieb der Reviko-Revisionsverband bestehen und gewährleistete, daß der Kontakt zwischen den noch funktionierenden Mitglieds-genossenschaften der AG-Westkauf, die 1925 liquidierte, nicht abriß. Unter seiner Mitwirkung wurde dann von „zentralartigen Rumpfgelbilden“, die sich in der Zwischenzeit aus früheren Westkauf-Genossenschaften in Köln, Mönchen-Gladbach (es handelte sich hier um die Legro eGmbH) und Hagen gebildet hatten, am 17. Februar 1927 eine neue Zentrale unter dem Namen Rewe-Vereinigung der Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften von Rheinland und Westfalen eGmbH, Sitz Köln, aus der Taufe gehoben¹⁵⁹. Durch den späteren Beitritt weiterer Genossenschaften der früheren Bezirkszentrale Hansa in Hagen i. W., der Südkauf-AG und einer Enikaufszentrale in Dresden erlangte die Rewe-Zentrale, der 1927 24 Genossenschaften angehörten, allmählich Bedeutung für weitere Teile des Reichsgebietes¹⁶⁰. Im Jahre 1933 nahm sie dann die Bezeichnung *Rewe-Zentrale Deutscher Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften eGmbH* an, nachdem sich ihr weitere Genossenschaften aus der Pfalz und aus Mitteldeutschland angeschlossen hatten. Der Name Rewe, der die Abkürzung für Rheinland-Westfalen andeuten sollte, wurde beibehalten, da er nach B. Menzel „inzwischen für die angeschlossene Genossenschaften zur Werbekonstante geworden war“¹⁶¹. Auch beim Prüfungsverband, der erst 1929 in Reviko, Revisionsverband der Rewe-Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften von Rheinland-Westfalen umgetauft worden war, wurde der Ausdehnung der Tätigkeit auf das Reichsgebiet durch eine erneute Namensänderung in *Rewe-Revisionsverband Deutscher Lebensmittel-Großhandels-Genossenschaften e. V., Sitz Köln*, Rechnung getragen. Damit hatte sich die Rewe-Genossenschaftsgruppe endgültig dem Charakter einer Landesorganisation begeben und schickte sich an, in allen Teilen Deutschlands systematisch ein neues Verbundsystem von Einkaufs-genossenschaften zu errichten. Die organisatorische Verflechtung mit dem Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler und dem Westlandverband wurde aufgegeben. Die weitere Entwicklung vollzog sich in enger Anlehnung an das Beispiel der Edeka-Gruppe. Es wurde eine Personalunion zwischen Revisionsverband und

¹⁵⁹ Vgl. Menzel, B., a.a.O., S. 16 u. Jubiläumsbericht der Rewe-Organisation.

¹⁶⁰ Vgl. Wehmeyer, P., *Die Zentraleinkaufs-genossenschaften der Handwerker und Einzelhändler*, Diss. Frankfurt/Main 1941, S. 130 ff.

¹⁶¹ Menzel, B., a.a.O., S. 16.

Zentrale hergestellt. Der Organisationsbereich wurde in drei große Bezirke gegliedert. Neben dem Bezirk West als Kerngebiet entstanden der Bezirk Süd und Mitte-Ost¹⁶² mit Bezirksstellen in Berlin und Ludwigshafen. 1936 wurde eine Importstelle in Hamburg gegründet, die 1947, ähnlich wie bei der Edeka, als Rewe-Zentralimporte eGmbH zu einer selbständigen Zentrale mit Sitz in Köln wurde¹⁶³. Dagegen verzichtete die Rewe-Gruppe auf eine Zentrale für das Geldgeschäft. Bis Ende 1933 stieg die Zahl der Rewe-Genossenschaften von 24 bei der Gründung im Jahre 1927 auf 64¹⁶⁴. In ihnen und den 343 Edeka-Genossenschaften dürften damals knapp 13 % aller deutschen Kolonialwarenhändler organisiert gewesen sein¹⁶⁵.

Wie bei der Edeka-Gruppe führte die Eingliederung in die Fachgruppe Gemeinschaftseinkauf innerhalb der Reichsgruppe Handel auch der Rewe-Organisation zahlreiche neue Mitglieder zu, so daß sich die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften vor Ausbruch des Krieges auf 93 belief, denen ca. 8 000 Kaufleute angehörten¹⁶⁶. Als im Jahre 1935 mit Hilfe übergeordneter behördlicher Stellen versucht wurde, das Organisationsgebiet des Rewe-Verbandes auf das west- und süddeutsche Reichsgebiet zu beschränken und die übrigen Genossenschaften der Edeka-Gruppe anzugliedern, stieß dies auf den entschiedenen Widerstand dieser Genossenschaften und scheiterte an der einmütigen Haltung aller Rewe-Genossenschaften¹⁶⁷.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Rewe-Genossenschaften von 79 im Jahre 1949 auf 100 im Jahre 1953. 1957 traten der Rewe-Gruppe 13 relativ kleine Demika-Genossenschaften (Einkaufsgenossenschaften Deutscher Milchhandelskaufleute) bei, wodurch die Zahl der Mitglieder auf 115 stieg¹⁶⁸. Von 1959 an wurde von der Rewe-Gruppe zur Erreichung einer optimalen Betriebsgröße eine gezielte Verschmelzungspolitik betrieben. Dadurch gelang es, bis Ende 1966 die Zahl der Mitglieds-genossenschaften auf 86 zu senken und die angeschlossenen 13 100 Mitgliederwirtschaften wirksamer zu fördern¹⁶⁹.

Die Entwicklung zur Full-Service Genossenschaft ist auch bei der Rewe-Gruppe besonders weit fortgeschritten. Auch hier kommt inner-

¹⁶² Vgl. *Wehmeyer, P.*, a.a.O., S. 130.

¹⁶³ Vgl. Jubiläumsbericht der Rewe-Organisation u. *Menzel, B.*, a.a.O., S. 16.

¹⁶⁴ Vgl. *Wehmeyer, P.*, a.a.O., S. 131.

¹⁶⁵ Nach Berechnungen von *E. Wallberg*, a.a.O., S. 13.

¹⁶⁶ Vgl. *Wallberg, E.*, a.a.O., S. 13.

¹⁶⁷ Vgl. Jubiläumsschrift der Rewe-Zentralorganisation.

¹⁶⁸ Vgl. *Richter, O.*, a.a.O., S. 26.

¹⁶⁹ Vgl. Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse Nr. XVI (1967), H. 7, S. 196.

halb der Verbundgruppe dem Verband eine immer größere Bedeutung zu. Neben seiner ursprünglichen Funktion der Prüfung hat er eine Reihe weiterer Betreuungsaufgaben auf dem Gebiete des Genossenschaftsrechtes, des Steuerrechtes, des Wettbewerbsrechtes im allgemeinen und auf dem Gebiet der immer noch herausragenden Betriebsrationalisierung und -beratung im besonderen übernommen¹⁷⁰. Seit 1922 gehört er als einheitlicher Fachprüfungsverband dem Deutschen Genossenschaftsverband an.

6. Der Reichsverband Deutscher Kaufleute der Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhändler e. V. (Rekofei), Berlin

Nach der Liquidation der Kauf-Aktiengesellschaften war der Weg für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Edeka-Verband und dem Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler wieder frei. Die Einigungsbestrebungen wurden von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels stark gefördert und fanden ihren Abschluß auf dem 18. Edeka-Verbandstag 1926 in München, der gemeinsam mit der Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes veranstaltet wurde. Nach einer gemeinsamen Kundgebung der beiden Verbände nahm der Edeka-Verbandstag einstimmig den von Generaldirektor *Borrmann* eingebrachten Vorschlag an, den Reichsverband zum Träger des Einheitsverbandes zu machen, und ihm alle Mitglieder der Edeka-Genossenschaften anzuschließen¹⁷¹. Auch die vom Reichsverband neu aufgestellten Satzungen wurden von dessen Jahreshauptversammlung einstimmig genehmigt. Er änderte seinen Namen in *Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels e. V. (Rekofei), Berlin* und nahm den Charakter eines Einheitsverbandes an: Alle Mitglieder der Orts- und Fachverbände gehörten nun auch dem Reichsverband direkt an. Damit war nach langer Entwicklung auch im Kolonialwareneinzelhandel die Gründung eines einheitlichen, straff organisierten Fachverbandes gelungen. Die Organe des Reichsverbandes sollten jeweils paritätisch von Vertretern des Edeka-Verbandes und der eigenen Organisation besetzt werden. Ähnliches galt auch für die Landesverbände. Erster Präsident des Verbandes wurde *Louis Körner* vom Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche, erster Vorstandsvorsitzender *F. Borrmann*. Die Geschäfte führte der bisherige Verbandsdirektor *Thom*. Der Edeka-Verband selbst trat dem Rekofei korporativ bei und zahlte für jede Genossenschaft zwei Mark Beitrag. Die Mitglieder der Genossenschaften mußten sich verpflichten, Mitglieder des Reichsverbandes zu werden und direkt an ihn ebenfalls zwei Mark Beitrag zu entrichten.

¹⁷⁰ Vgl. Jubiläumsschrift der Rewe-Organisation.

¹⁷¹ Vgl. Bericht über den 18. Edeka-Verbandstag 1926 in München, S. 107 ff.

Gegen diesen Beschluß erhob sich in vielen Genossenschaften Widerspruch, so daß der Beitritt der Genossenschaftsmitglieder zum Reichsverband sehr schleppend voranging¹⁷². Im Jahre 1932 belief sich die Zahl der Mitglieder des Rekofoi auf ca. 60 000¹⁷³. Die große Bedeutung der Herstellung der „Einheitsfront“ zwischen den beiden Verbänden war, wie der Edeka-Verband feststellte, darin zu sehen, „daß beide Verbände als maßgebliche Interessenvertretungen des deutschen Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmitteleinzelhandels von der Regierung anerkannt werden . . . Die früher bestehende, durch das isolierte Vorgehen hervorgerufene Zersplitterung ist beseitigt, und der Weg für eine wirkliche ersprießliche Tätigkeit zum Nutzen des gesamten Berufsstandes freigemacht worden“¹⁷⁴. Durch die paritätische Besetzung der Organe des Reichsverbandes war es nunmehr den führenden Männern der Edeka-Organisation möglich, auch bei der Vertretung der allgemeinen Interessen durch den Fachverband nach innen und nach außen ein entscheidendes Wort mitzureden und so die Traditionen des Verbandes fortzusetzen, der sich von Anfang an, insbesondere aber seit der Kriegszeit, mehr und mehr den allgemeinen fachlichen und wirtschaftspolitischen Fragen im Kolonialwarenhandel gewidmet hatte. Auf der anderen Seite bedeutete für den Rekofoi die enge Verbindung zu der Edeka-Gruppe, daß er sich mehr als bisher mit Fragen der Selbsthilfe in ihren verschiedenen Formen beschäftigte. Seit dem Jahre 1926 hielten die beiden Verbände regelmäßig ihre Verbandstagungen gemeinsam ab und veranstalteten alle zwei Jahre die Reichsausstellung für Kolonialwaren und Feinkost (Rekofa)¹⁷⁵. Wenn der Rekofoi freilich bei der Beratung und Förderung seiner Mitglieder nicht in dem Maße erfolgreich war, wie eine Reihe von anderen Fachverbänden, so war das dadurch bedingt, daß er der größte Fachverband des Einzelhandels war, und ihm Geschäfte unterschiedlichster Struktur und Größe angehörten, wobei nach wie vor die kleinen Kolonialwarenhandlungen in der Überzahl waren. Hieran lag es auch, daß es dem Rekofoi nicht gelang, auf dem Gebiet der Schulung des Nachwuchses und der Fortbildung seiner Mitglieder besondere Erfolge zu erzielen, obwohl gerade im Kolonialwareneinzelhandel ein besonders großes Bedürfnis hierfür bestanden hätte. Es wurden zwar wiederholt entsprechende Beschlüsse gefaßt. An einigen Orten, wie in Hamburg und Bremen, wurden auch spezielle kaufmännische Fortbildungsschulen gegründet, aber zur allgemeinen Durchführung gelangten diese Einrichtungen nicht¹⁷⁶.

¹⁷² Vgl. die Berichte über den 19. und 20. Edeka-Verbandstag 1927 und 1928 in Eisenach und Kiel, S. 33 bzw. 32.

¹⁷³ Vgl. *Schmitz, C.*, a.a.O., S. 833.

¹⁷⁴ 25 Jahre Edeka, S. 39.

¹⁷⁵ Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 38.

¹⁷⁶ Vgl. *Esch, Th.*, a.a.O., S. 46.

So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn im Rekofei immer wieder einmal Töne erklangen, die mehr emotionalen Empfindungen als rationalen Erwägungen Ausdruck verliehen. Vor allem gegen Ende der zwanziger Jahre, als sich die kleinen und kleinsten Geschäfte durch die neu aufkommende Betriebsform der Kleinpreisgeschäfte bedroht fühlten, machten sich in der Führung des Rekofei gewisse Tendenzen bemerkbar, die an die Zeit der Schutzverbände erinnerten. Nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung war *F. Borrmann*, der aus parteipolitischen Gründen diesen Trend unterstützte. Er gehörte seit 1924 als Mitglied der Wirtschaftspartei dem Reichstag an¹⁷⁷. Diese betrieb als „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ wiederholt eine recht rückschrittliche Wirtschaftspolitik, die teilweise sehr stark an die Forderungen der Mittelstandsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg erinnerte¹⁷⁸. Während es in einer Reihe von Fachverbänden in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu einem einheitlichen Zusammenschluß unter Einbeziehung der Großbetriebsformen kam, blieb somit im Rekofei eine gewisse feindselige Haltung gegenüber diesen Konkurrenten bestehen. Eine Zusammenarbeit ergab sich lediglich auf dem Boden der Hauptgemeinschaft und des Hansa-Bundes, denen der Rekofei ebenfalls angehörte.

Obwohl er für sich in Anspruch nahm, als Fachverband des gesamten Lebensmitteleinzelhandels (im weiteren Sinn) zu sprechen, gelang es auch ihm vor 1933 nicht, die verschiedenen Spezialfachverbände dieses Zweiges zu vereinen.

II. Sonstige Spezialfachverbände des Lebensmitteleinzelhandels

Bevor wir auf einige dieser Spezialfachverbände, die uns besonders wichtig zu sein scheinen, etwas näher eingehen, wollen wir zunächst einen Überblick über sie in chronologischer Reihenfolge geben¹⁷⁹.

1. Übersicht über die Spezialfachverbände des Lebensmitteleinzelhandels (auf Reichsebene)

- 1873 Deutscher Drogistenverband e. V., Dresden, später Berlin
- 1880 Verein Deutscher Fischhändler e. V., Berlin
- 1896 Reichsverband Deutscher Milhhändler-Vereine e. V., Hamburg
Verband Deutscher Kaufleute des Wild- und Geflügelhandels e. V., Berlin

¹⁷⁷ Vgl. *Wenzel, G.*, Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensläufe deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Hamburg, Berlin, Leipzig 1929, S. 267.

¹⁷⁸ Vgl. VDWK, Jb. 1926, S. 3 f. u. Jb. 1930, S. 11.

¹⁷⁹ Quelle: Handbuch-1903, Handbuch-1912, Handbuch-1919, Handbuch-1928, *Schmitz, C.*, S. 833 ff.; *Esch, Th.*, a.a.O., *Lindner, E.*, a.a.O., *Kublanck, F.*, a.a.O.

- 1905 Verein Deutscher Kaufleute der Delikatessen-Branche (e. V.) Berlin, später:
Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute e. V., Berlin
- 1906 Verband der Konfitüren- und Schokoladenwaren-Spezialgeschäfte Deutschlands e. V., Berlin, später:
Reichsverband der Schokoladen-Geschäftsinhaber Deutschlands von 1906 e. V., Sitz Berlin (Schoko-Verband)
- 1907 Deutscher Wild- und Geflügel-Händler-Verband e. V., Berlin, später:
Reichsverband Deutscher Kaufleute des Wild- und Geflügel-Handels e. V., Sitz Berlin
- 1912 Reichsverband der Deutschen Fischhändler e. V., Berlin
- 1916 Verband Deutscher Zweigeschäftsbetriebe im Lebensmitteleinzelhandel e. V., Frankfurt/M., später:
Reichsverband Deutscher Nahrungsmittel- Filialbetriebe e. V., Berlin
Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler e. V., Berlin
- 1918 Reichsverband der Deutschen Fischkleinhändler, Frankfurt/M., später Berlin
- 1923 Geschäftsstelle Deutscher Weinhändlerverbände, Berlin
- 1927 Reichsverband deutscher Kaufleute des Butter-, Fettwaren-, Käse- und Eierhandels e. V., Berlin

2. Der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute e. V., Berlin

Im Unterschied zu den bereits dargestellten Verbänden des Kolonialwareneinzelhandels zeichnete sich dieser Verband von der Gründung an durch die Straffheit seiner Organisation aus, die nur die Einzelmitgliedschaft zuließ. Eine weitere Besonderheit lag darin, daß er eine strenge Selektion bei der Aufnahme der Mitglieder durchführte, während es ja sonst für die meisten Verbände im Einzelhandel typisch war, daß sie größten Wert auf einen möglichst alle Mitglieder des Zweiges umfassenden Zusammenschluß legten¹⁸⁰. So konnte es sich dieser Verband auch leisten, 1920 auf seinem Verbandstag die Verhängung einer Konventionalstrafe in Höhe von 500 Mark für die Mitglieder zu beschließen, die Waren zu Schleuderpreisen verkauften, eine Maßnahme, die von keinem anderen Kolonialwarenhändlerverband hätte durchgesetzt werden können. Hieraus wird schon deutlich, daß sich die Mitglieder vorwiegend aus größeren und mittleren Lebensmittelfachgeschäften, Feinkostgeschäften und Delikatessengeschäften zusammensetzten. Ihre Zahl stieg von 800 im Jahre 1912 auf 3 500 im Jahre 1928¹⁸¹. Im Krieg (1916) gliederte sich der Verband in der Bedefka (Bezugsgenossenschaft deutscher Feinkost-Kaufleute) eine Einkaufsgenossenschaft an, um bei der damaligen Warenknappheit weniger vom Großhandel abhängig zu sein. Im Gegensatz zum

¹⁸⁰ Vgl. Esch, Th., a.a.O., S. 31 u. 80 f.

¹⁸¹ Vgl. Handbuch-1912, S. 371 u. Handbuch-1928, S. 724.

Rekofei zeigte sich bei den Mitgliedern dieses Verbandes großes Verständnis für die Ausbildung und Schulung des Nachwuchses. 1919 gründete er die erste Fachschule des Lebensmitteleinzelhandels. Im Anschluß an den jährlichen Verbandstag führte die Organisation die Allgemeine Nahrungs- und Genußmittel Ausstellung (Anuga) durch¹⁸².

Der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute betrachtete sich selbst als „Spitzenorganisation“ der Branche und war daher nicht bereit, sich einem anderen Fachverband des Lebensmitteleinzelhandels anzuschließen. Sein Direktor *Franz Breitkopf* plädierte stets für die Zusammenarbeit des Zweiges in einem einheitlichen Fachverband. Unter Hinweis auf die „von sozialistischen Wirtschafts- und Ernährungsministern betriebene kleinhandelsfeindliche, aber umsomehr konsumvereinsfreundliche Politik“ schrieb er z. B. 1921: „Nicht Kampf sondern Einheitsfront aller Lebens- und Genußmittelkleinhändler ist heute dringender denn je. Es muß aber ganze Arbeit gemacht werden. ‚Bünde‘ und ‚Verbände‘, aufgebaut auf selbständigbleibend wollenden Reichs-, Fach-, Landes- und Lokalorganisationen, können diese Arbeit nicht leisten, weil ihnen von den angeschlossenen Verbänden nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, um die großen Aufgaben der Zukunft zu lösen. Es ist eine alte Erfahrung, daß Spitzenorganisationen, abhängig von Beitragsleistungen von Körperschaften, nur in den seltensten Fällen aktionsfähig werden¹⁸³.

3. Der Reichsverband der Schokoladen-Geschäftsinhaber Deutschlands von 1906 e. V., Berlin

Der „Schoko-Verband“, wie dieser Verband kurz genannt wurde, verfuhr, ähnlich wie der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute, bei der Aufnahme von Mitgliedern nach einer strengen Auswahl und war ebenfalls sehr straff organisiert. 1928 gehörten ihm ca. 6 000 Spezialgeschäfte an¹⁸⁴. Der Verband ist wieder ein Beispiel dafür, wie eng im Einzelhandel die Beziehungen zwischen den Fachverbänden und Einkaufsgenossenschaften waren. Ähnlich intensiv wie der Westlandverband bemühte er sich von Anfang an, die ihm angeschlossenen Ortsvereine zur Gründung von Einkaufsgenossenschaften zu bewegen. Da aber die Struktur des Schokoladeneinzelhandels eine genossenschaftliche Zusammenarbeit in den kleineren Städten wegen der geringen Anzahl der Geschäfte sehr erschwerte, entstanden bis zum Jahre 1931 nur in 20 Städten Einkaufsgenossenschaften, während in den meisten der ca. 130 Ortsgruppen des

¹⁸² Vgl. *Esch*, Th., a.a.O., S. 83.

¹⁸³ *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

¹⁸⁴ Vgl. Handbuch-1928, S. 732.

Verbandes der Einkauf nur in loser Form vorgenommen wurde. 1929 gründete der Verband eine Zentralgenossenschaft, die Schoko-Zentrale, Interessengemeinschaft der Genossenschaft des Schokoladenhandels¹⁸⁵.

4. Der Deutsche Drogisten-Verband e. V., Dresden bzw. Berlin¹⁸⁶

Abgesehen vom 1825 gegründeten Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, der nicht als reiner Einzelhandelsverband angesehen werden kann, da ihm auch die Verlage angehörten, stellt der 1873 errichtete Drogisten-Verband den ältesten Zusammenschluß des Einzelhandels überhaupt dar¹⁸⁷. Das frühe Gründungsdatum ist darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1872 eine Kaiserliche Verordnung erlassen wurde, die die Ausübung des Drogistenberufes von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig machte und daher stark einzuschränken drohte. Daraufhin schlossen sich unabhängig voneinander an verschiedenen Orten, zunächst in Dresden, Hamburg und Leipzig, die Mitglieder dieses Berufsstandes zu Vereinen zusammen, die dann den Deutschen Drogisten-Verband in Dresden gründeten, um ihre Interessen gegenüber dem Gesetzgeber gemeinsam zu wahren. Später verlegte er seinen Sitz nach Berlin. Der Verband nahm einen sehr raschen Aufschwung. Bereits 1912 zählte er 3 500 Mitglieder, und im Jahre 1928 waren es knapp 7 000¹⁸⁸. Auch er zeichnete sich durch eine sehr straffe Organisation und eine starke Zentralisierung aus. Es gab keine Landesverbände, sondern nur Orts- bzw. Bezirksvereine, die sehr stark von der Verbandsspitze abhängig waren. Es wurden nur Angehörige des Berufsstandes aufgenommen, die über eine ausreichende fachliche Qualifikation verfügten. Im Mittelpunkt der Tätigkeit des Verbandes stand die Bestrebung, durch die verschiedensten Formen der Selbsthilfe die Mitglieder zu fördern. Er richtete dabei sein besonderes Augenmerk auf Bildungsfragen. Zum Nachweis der Berufstüchtigkeit und zur Erziehung eines fachlich leistungsfähigen Nachwuchses wurden fast in allen Bezirksvereinen verbandseigene Fachschulen eingerichtet. Bereits ein Jahr nach der Gründung des Verbandes, zu einer Zeit also, wo der übrige Detailhandel nur an ganz wenigen Orten überhaupt über eigene Zusammenschlüsse verfügte, wurde die erste Schule dieser Art in Dresden eröffnet. Im Jahre 1922 unterhielten über 60 angeschlossene Vereine eigene Ausbildungsstätten. Im Jahre 1880 wurde die Deutsche Drogisten-Akademie in Braunschweig aufgebaut, die die erste zentrale Ausbildungsstätte eines Fachverbandes des Detailhan-

¹⁸⁵ Vgl. *Mekelburg, F.*, Die Genossenschaften der deutschen Kleinhändler, Diss. Halle—Wittenberg 1934, S. 40.

¹⁸⁶ Der Verband rechnet sich selbst nicht zum Lebensmitteleinzelhandel. Aus gliederungstechnischen Gründen soll er aber hier mitbehandelt werden.

¹⁸⁷ Vgl. zum folgenden: *Thiessen, J.*, Die deutschen Drogisten, Berlin 1929.

¹⁸⁸ Vgl. Handbuch-1912, S. 236 u. Handbuch-1928, S. 693.

dels darstellt. Sie hielt einjährige Kurse ab und gab eigene Lehrbücher heraus. Im Jahre 1891 führte der Verband die Gehilfenprüfung ein, der sich bis zum Jahre 1912 bereits 5 500 Lehrlinge unterzogen hatten¹⁸⁹.

Ähnlich wie auf dem Sektor des Bildungswesens leistete der Deutsche Drogisten-Verband auch im Genossenschaftswesen Pionierarbeit. Nachdem bereits 1874 im Korrespondenzblatt des Verbandes die Gründung von „Drogenkonsumvereinen“ vorgeschlagen¹⁹⁰, aber nicht weiter befolgt worden war, wurde auf den Verbandstagen der Jahre 1881 und 1885 die Gründung von Einkaufsgenossenschaften diskutiert. Die ersten Einkaufszusammenschlüsse, meist in der Form des freien Vereins, wurden aber erst 1906 von einigen Bezirksvereinen errichtet. Die Gründe für die langsame Entwicklung der Einkaufsbewegung lagen auch hier, ähnlich wie im Kolonialwarendetailhandel, in der Rücksichtnahme auf die Großhändler, die z. T. auch im Deutschen Drogisten-Verband mitorganisiert waren. Die ersten Zusammenschlüsse in der Rechtsform der eGmbH entstanden 1907 in Dresden und 1908 in Bochum, Berlin und München¹⁹¹. Im Februar 1909 wandelten 27 Mitglieder des Deutschen Drogisten-Verbandes aus dem Bezirk Baden eine bereits 1907 in Baden-Baden errichtete überlokale Einkaufsvereinigung badischer Drogisten in eine eGmbH um und verlegten ihren Sitz nach Karlsruhe.

Nach Erweiterung des Geschäftsbetriebes auf ganz Süddeutschland entwickelte sich aus dieser Genossenschaft dann die *Esüdro (Einkaufsgenossenschaft süddeutscher Drogisten eGmbH)*¹⁹².

Da der Drogenhandel sich nicht so stark von den Warenhäusern und Konsumvereinen bedroht fühlen mußte, wie der Kolonialwarenhandel, machte die Einkaufsbewegung in diesem Zweig des Detailhandels bis zum Ersten Weltkrieg kaum Fortschritte. 1913 gab es erst sechs Genossenschaften mit insgesamt 378 Mitgliedern¹⁹³. 1914 gründeten diese Genossenschaften den Interessenverband der Drogen-genossenschaften mit Sitz in Hamburg, der die einzelnen Genossenschaften in näheren Kontakt zueinander bringen sollte. Noch im gleichen Jahr verlegte der Zusammenschluß unter dem neuen Namen *Reichsverband der Genossenschaften des deutschen Drogenhandels* seinen Sitz nach Dresden. Für die Tatsache, daß man zunächst den verbandlichen Zusammenschluß der Gründung einer Zentrale vorzog, dürften die Erfahrungen der Edeka-Genossenschaftsgruppe bestimmend gewesen sein.

¹⁸⁹ Vgl. Handbuch-1912, S. 236 f.

¹⁹⁰ Vgl. Thiessen, J., a.a.O., S. 282 ff.

¹⁹¹ Vgl. Mekelburg, F., a.a.O., S. 27.

¹⁹² Vgl. Eine Gemeinschaft im Wandel der Zeit, 50 Jahre Esüdro eGmbH, o. O. 1959, S. 12.

¹⁹³ Vgl. Mekelburg, F., a.a.O., S. 27.

Die Zeit des Krieges und der Inflation brachte auch den Drogistengenossenschaften einen starken Auftrieb, da sie in die Verteilung der der Zwangsbewirtschaftung unterliegenden Waren eingeschaltet wurden. Bis zum Jahre 1924 gab es in 21 Bezirken des Reiches Einkaufs-genossenschaften mit knapp 2 500 Mitgliedern¹⁹⁴. Eine hervorragende Entwicklung nahm dabei die Esüdro, deren Mitgliederzahl von 78 im Jahre 1918 auf 438 im Jahre 1924 und 762 im Jahre 1930 stieg, so daß sie die größte Einkaufs-genossenschaft des Drogenhandels in Deutschland wurde. Im Jahre 1920 eröffnete die Genossenschaft Filialen in Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg und fusionierte dann später mit der Ebadro, Einkaufs-genossenschaft Bayerischer Drogenhändler und schloß sich die Drogena, Einkaufs-genossenschaft saarländischer Drogisten, an¹⁹⁵.

Die Gründung einer Einkaufszentrale der deutschen Drogistengenossenschaften erfolgte nach einer durch den Staat angeregten Gründung im Jahre 1918, die nur von kurzer Lebensdauer war, erst im Jahre 1924. Bemerkenswert daran ist, daß auch hier die Initiative vom Fachverband ausging. Unter maßgeblicher finanzieller Beteiligung des Deutschen Drogisten-Verbandes und von sechs Genossenschaften aus dem norddeutschen Raum wurde am 1. Juli 1924 die *Dedrova-Drogenhandels Aktiengesellschaft* errichtet. Da die Zeichnung des Kapitals auf große Schwierigkeiten bei den Mitgliedern der Genossenschaften stieß, erhob der Deutsche Drogisten-Verband 1925 eine Zwangsumlage unter seinen Mitgliedern, konnte damit aber das Ende der Zentrale nicht verhindern, die sich 1927 auflöste. Ihr Betrieb wurde von der daraufhin neu, wieder mit Unterstützung des Verbandes, gegründeten *De-Dro-Zentrale norddeutscher Drogisten eGmbH* übernommen, die ihren Sitz in Dresden hatte¹⁹⁶. Im Unterschied zum Kolonialwarenhandel bestand die Hauptaufgabe der De-Dro-Zentrale neben dem Einkauf im Großen in der Eigenproduktion und im Vertrieb von Spezialitäten verschiedener Warengruppen unter einheitlicher Kennzeichnung als De-Dro-Artikel¹⁹⁷. Die Tätigkeit der Zentrale blieb aber auf Norddeutschland beschränkt. Es gelang ihr nicht, die Esüdro, deren Geschäftstätigkeit wesentlich größer war als die der Zentrale, zum Beitritt zu bewegen.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte die Esüdro zunächst eine Zusammenarbeit mit der 1954 in Hamburg neu aufgebauten De-Dro-Zentrale-Fabrikations- und Einkaufsgesellschaft Deutscher Drogisten eGmbH ab, deren Einkaufspotenz bei weitem nicht an die der süddeutschen Genossenschaft heranreichte. Dieser war es schon im Jahre 1958

¹⁹⁴ Vgl. Mekelburg, F., a.a.O., S. 27 ff.

¹⁹⁵ Vgl. 50 Jahre Esüdro, S. 13 ff.

¹⁹⁶ Vgl. Wehmeyer, P., a.a.O., S. 139 f.

¹⁹⁷ Vgl. König, P., Der Wareneinkauf bei den Einzelhandelsgenossenschaften, S. 34.

gelingen, 90 % aller Drogisten in Süddeutschland zu erfassen, während im Bundesdurchschnitt ca. 50 % aller Mitglieder der Branche genossenschaftlich organisiert waren. Damit steht nach O. Richter die schon recht gute Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in den 20er und 30er Jahren, auf Grund der 1933 etwa ein Viertel der Branche genossenschaftlich erfaßt war¹⁹⁸, „völlig im Schatten jener nach 1948 einsetzenden außerordentlichen Expansion dieser Vereinigungen, die unter den Einkaufsgenossenschaften der anderen Branchen keine Parallele hat“¹⁹⁹. Da in Süddeutschland keine weitere Expansion mehr möglich war, dehnte die Esüdro ihr Betätigungsfeld weiter aus. 1950 fusionierte sie mit der Egedro Genossenschaft in Düsseldorf und firmierte daraufhin um in Esüdro Einkaufsgenossenschaft Deutscher Drogisten eGmbH²⁰⁰.

Im Jahre 1965 kam es zur Einigung zwischen der De-Dro-Zentrale und der Esüdro. Die süddeutsche Genossenschaft trat der Zentrale bei, für deren Betätigung sich dadurch eine wesentlich breitere Basis ergab, da die Esüdro allein den gleichen Umsatz hatte wie die De-Dro Zentrale einschließlich der ihr angeschlossenen Genossenschaften. Der Name der Zentrale wurde geändert in: *Zentralgenossenschaft Deutscher Drogisten De-Dro Esüdro eGmbH, Hamburg*. Die Aufgabe der neuen Zentralgenossenschaft besteht zunächst, wie bei der alten, vor allem in der Eigenproduktion und im gemeinsamen Einkauf. Es ist aber geplant, daß die Zentrale in zunehmendem Umfang die Betreuung der angeschlossenen Genossenschaften in allen wichtigen betriebswirtschaftlichen Fragen übernehmen soll, womit sich auch hier sehr deutlich die Tendenz zur stärkeren Integration bemerkbar macht²⁰¹.

Außerdem fanden sich 1965 auch der Verband Deutscher Drogisten und die Zentrale zusammen, „um in gemeinsamen Spitzengesprächen die Probleme des Drogistenstandes zu erörtern, ... damit jede der beiden Standesorganisationen auf ihre Weise zur Förderung der wirtschaftlichen Situation ihrer Mitglieder beitragen kann“²⁰².

Damit ergeben sich im Drogeneinzelhandel auch noch heute zwischen dem allgemeinen Fachverband und den genossenschaftlichen Zusammenschlüssen sehr enge Beziehungen, die gerade in dieser Branche von Anfang an sehr ausgeprägt waren.

¹⁹⁸ Vgl. Wallberg, E., a.a.O., S. 91.

¹⁹⁹ Vgl. Richter, O., a.a.O., S. 108 f.

²⁰⁰ Vgl. 50 Jahre Esüdro, S. 28.

²⁰¹ Vgl. Bosch, R., Die drogistischen Genossenschaften heute, in: ZgGenW, Bd. 16 (1966), S. 50 ff.

²⁰² Vgl. Bosch, R., a.a.O., S. 51.

5. Der Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler e. V., Berlin

Dieser Verband war, wie viele Fachverbände, ein Kind der Notzeit des Ersten Weltkrieges. Er war der größte unter den genannten Spezialfachverbänden und zählte im Jahre 1926 18 000 Mitglieder, die ihm teilweise nur korporativ angeschlossen waren²⁰³. Er verfügte über keine straffe Organisation und war ein recht lockerer Zusammenschluß, der sich weniger um den Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern als vielmehr um die Durchsetzung teilweise recht weitgehender Forderungen kümmerte, die in ihrer Radikalität denen der alten Schutzverbände kaum nachstanden: Wirksame Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Einzelhandels sah er in dessen Konzessionierung, in seiner Zwangsorganisation und in der Errichtung von Kleinhandelskammern. 1923 machte er den Versuch, den gesamten Lebensmitteleinzelhandel zusammenzuschließen und gründete zu diesem Zweck den Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands e. V., Berlin, der aber bei den anderen Verbänden kein Echo fand und wenig später seine Tätigkeit wieder einstellte. Der Obst- und Gemüsehändlerverband ist, wie viele der Schutzverbände, ein Beispiel dafür, daß es gerade den kleinen Einzelhändlern besonders schwer fiel, das Prinzip der Nahrung aufzugeben, in festgefügt Verbänden zusammenzuarbeiten und durch eigene Anstrengungen Leistungen zu erbringen.

Genausowenig wie dem Gemüsehändler-Verband, gelang es dann den anderen Fachverbänden, sämtliche Verbände des Lebensmitteleinzelhandels zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, obwohl mehrere Versuche dazu gemacht wurden²⁰⁴. Nach dem Scheitern der Bemühungen des Reichsbundes des deutschen Lebensmittelhandels, Hannover, beschränkte man sich 1924 auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, der sich sechs führende Verbände anschlossen²⁰⁵. Da sich aber der Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler nur kurz daran beteiligte, war auch diesem Vorhaben kein Erfolg beschieden. Obwohl in den 20er Jahren alle wichtigen Verbände der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beitraten²⁰⁶ und in ihr zusammenarbeiten mußten, konnte auch sie als der Spitzenverband des Einzelhandels die Lebensmittelhändler nicht zur Gründung einer gemeinsamen Organisation veranlassen.

²⁰³ Vgl. Esch, Th., a.a.O., S. 46.

²⁰⁴ Vgl. Handloser, W., a.a.O., S. 31 f.

²⁰⁵ Vgl. VDWK, Jb. 1924, S. 13.

²⁰⁶ Lediglich der Reichsverband Deutscher Fischhändler e. V. und die Geschäftsstelle Deutscher Weinhandelsverbände waren von den Verbänden des Lebensmitteleinzelhandels bis 1932 der Hauptgemeinschaft noch nicht angeschlossen. (Vgl. Schmitz, C., a.a.O., S. 833.)

Auch Regierungsstellen und andere Behörden in Berlin forderten den deutschen Lebensmitteleinzelhandel wiederholt auf, zur Erleichterung der Zusammenarbeit mit ihnen einen einheitlichen Verband zu bilden. So berichtete z. B. *F. Borrmann* auf dem 13. Verbandstag des Edeka-Verbandes, daß er von Seiten des Ministeriums für Gewerbe und Handel gebeten worden sei, eine Übersicht über die Organisation im Lebensmitteleinzelhandel und die Aufgabe und Bedeutung der einzelnen Verbände zu geben, da man sich darin nicht zurechtfinde²⁰⁷. Immer wieder wurde auf den Verbandstagen darüber geklagt, daß der Lebensmitteleinzelhandel wegen seiner ungenügenden Vertretung von den Behörden übergangen wurde²⁰⁸.

Die Gründe für das Scheitern der Einigung waren auch hier meist persönlicher Art²⁰⁹. Auch wegen der Regelung der Beitragsfrage kam es fast immer zu Reibereien bei den Verhandlungen. Aus den folgenden Ausführungen von *Breitkopf* ergibt sich ferner, daß auch hier immer noch der altbekannte Gegensatz zwischen der Hauptstadt und der Provinz eine gewisse Rolle spielte: „Der Fach- und Lokalpatriotismus wird immer vorangestellt und die Fach- und Lokalarbeit höher eingeschätzt als die Tätigkeit der Spitzenorganisationen bei den Reichsbehörden. Die Verkennung der Bedeutung der Arbeit, die am Sitze der Reichsbehörden geleistet werden muß, und die partikularistischen Strömungen sind unzertrennlich von der Voreingenommenheit gegen alles, was in Berlin krecht und flecht“²¹⁰.

Die Schaffung eines gemeinsamen Fachverbandes des gesamten Lebensmitteleinzelhandels erfolgte erst, als nach der Machtübernahme die Vereinheitlichung und Neuformung des Organisationswesens in der Wirtschaft in Angriff genommen wurde. Da der Rekofei bei weitem der größte Verband war und sich als einer der ersten Verbände unter *F. Hayler* „gleichschalten“ ließ, wurde er zum Träger der „berufsständischen Organisation“ des gesamten Lebensmitteleinzelhandels. *Hayler* gelang es, schon 1933 vom Reichsstand des Deutschen Handels und von der zuständigen Parteidienststelle, der N.S.-Hago, als einzige Berufsorganisation der Branche anerkannt zu werden. Die übrigen Reichsfachverbände wurden gezwungen, sich aufzulösen. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärte sich bereit, die Mitglieder dieser Verbände in den Rekofei zu überführen, in dem Abteilungen des Feinkosthandels, des

²⁰⁷ Vgl. Bericht über den 13. Verbandstag des Edeka Verbandes 1921 in Chemnitz, S. 45.

²⁰⁸ Vgl. Bericht über den 17. Edeka-Verbandstag 1925 in Köln.

²⁰⁹ Vgl. *Kaufmann*, Emil, Die Organisation der freien Interessenvertretungen des Deutschen Einzelhandels (Eine kritische Studie), Diss. Köln 1931, S. 32.

²¹⁰ *Breitkopf*, F., a.a.O., S. 2.

Obst- und Gemüsehandels, des Wild- und Geflügelhandels, des Fischhandels, des Schokoladen- und Süßwarenhandels und des Wein- und Spirituosenhandels errichtet wurden. Da durch das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom September 1933 der Lebens- und Genußmitteleinzelhandel zum größten Teil in den Reichsnährstand eingegliedert worden war, wurden diese Abteilungen mit den entsprechenden Untergliederungen des Reichsnährstandes organisatorisch verbunden. Die Abgrenzung der Aufgabengebiete zwischen den beiden Organisationen wurde dahingehend geregelt, daß der Reichsnährstand für die Markt- und Preispolitik zuständig war, während der Rekoefi die berufliche und sonstige wirtschaftliche Betreuung durchzuführen hatte²¹¹.

Durch das Reichsgesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. 2. 1934 wurde der Rekoefi die *gesetzliche Pflichtorganisation* aller Einzelhandelskaufleute der Lebensmittel- und Genußmittelbranche²¹². Gleichzeitig wurde er in die Reichsgruppe Handel, Wirtschaftsgruppe Einzelhandel als Fachgruppe 1: Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandel eingegliedert und verlor damit seine Selbständigkeit²¹³.

Beim Neuaufbau des Verbandswesens im Lebensmitteleinzelhandel nach dem Zusammenbruch wurde dann auf Grund der guten Erfahrungen, die man mit der Einheitsorganisation nach 1933 gemacht hatte, der *Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels e. V.* mit Sitz in Wiesbaden wieder als alleiniger Fachverband gegründet, der wieder Fachausschüsse, und zwar für Delikatessen, Fischhandel, Obst und Gemüse, Kleinfilialbetriebe und Milch einrichtete²¹⁴.

B. Die Fachverbände und Einkaufsverbände im Textileinzelhandel

Der Textildetailhandel gehört neben dem Kolonialwarenhandel zu den ältesten Formen des Detailhandels. Auch in ihm sind die Anfänge der Verbandsbildung in der Schutzvereinsbewegung zu suchen. In vielen gemischten Schutzvereinen spielten die Inhaber von Manufakturwarengeschäften eine größere Rolle. Wie wir gesehen haben, gab es auch unter den überregionalen Zusammenschlüssen dieser Art einige, die, wie der

²¹¹ Vgl. Ehlers, W., a.a.O., S. 53 ff.

²¹² Vgl. Teschemacher, H. (Hrsg.), Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft, Bd. II, Reichsgruppe Handel, Leipzig 1936, S. 7 ff.; Hayler, F.: Die Reichsgruppe Handel. Aufgaben und Aufbau, Berlin 1940, S. 10 ff. u. Homann, F., Der deutsche Handel in der Wirtschaftsorganisation, Wien und Leipzig 1942, S. 32 ff.

²¹³ Vgl. Ehlers, W., a.a.O., S. 53.

²¹⁴ Vgl. Informationsdienst der H. d. D. E., Sonderausgabe September 1964, S. 54 ff.

1894 gegründete Detaillistenverband für Rheinland und Westfalen, der auf das Jahr 1900 zurückgehende Verband süd- und westdeutscher Detaillistenvereine und der Bayerische Verband der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe von 1906, überwiegend Textildetaillisten zu Mitgliedern hatten, ohne daß wir freilich von echten Fachverbänden des Textildetailhandels sprechen könnten¹. Die Manufakturisten erwarteten von den Schutzverbänden weniger einen Schutz vor den Konsumvereinen als vielmehr vor den Warenhäusern, die den größten Teil des Umsatzes in ihren Textilabteilungen bestritten². Aber bereits vor der Jahrhundertwende begann sich die Entwicklung zu einer reinen Fachvertretung des Textildetailhandels abzuzeichnen. Dabei traten aber die Gegensätze zu den Warenhäusern bald immer mehr hinter der Gegnerschaft zu Großhandel und Industrie zurück³.

Zur Abwehr des Großhandels entstanden gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in der Textilindustrie wie in kaum einem anderen Produktionszweig eine große Zahl von Kartellen⁴, die nicht so sehr der Regelung der Überproduktion und der Preise als vielmehr der Handhabung der Lieferungs- und Zahlungskonditionen im Verkehr mit dem Großhandel dienen sollten⁵. Als besonders kartellfreudig erwies sich dabei die Seidenweberei-Industrie. Ursprünglich bekamen nur die direkten Abnehmer der kartellierten Fabrikanten, also der Großhandel und auch die Großabnehmer im Detailhandel, vor allem die Waren- und Kaufhäuser, die verschärften Konventionen zu spüren. Aber bald organisierte sich auch der Großhandel selbst kartellmäßig und versuchte die ihm aufgebürdeten Belastungen auf den Detailhandel weiterzuwälzen. Dabei ging es vor allem um eine Verkürzung der Zahlungsziele und die Einführung der sog. „Exklusivklausel“, durch die zur Abwehr von Außenseitern der ausschließliche Bezug beim Kartell durchgesetzt werden sollte.

Für den Großteil der Textildetailhändler kamen die Konventionen sehr überraschend und trafen sie daher um so stärker. Das galt vor allem für die mittleren und kleinen Geschäfte, die sich seit den 90er Jahren sowieso

¹ Vgl. hierzu im einzelnen S. 40 ff.

² Vgl. Lampe, A., Binnenhandelspolitik, S. 112.

³ Vgl. zum Folgenden: Stern, V., Die Kartelle in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mit besonderer Berücksichtigung des Detailhandels, Karlsruhe 1909; Vendig, E., a.a.O.; Kaufmann, Edgar, a.a.O.; Lehmann, A., a.a.O.; Vier, H., Das Verhältnis von Fabrikation und Kleinhandel in der Wäscheindustrie, Diss. Heidelberg 1911 und Bonikowsky, H., Der Einfluß der industriellen Kartelle auf den Handel in Deutschland, Diss. Jena 1907.

⁴ Vgl. hierzu: v. Beckerath, H., Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie, in: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, N. F., H. 2, Karlsruhe 1911 u. Holzschuher, V., Soziale und ökonomische Hintergründe der Kartellbewegung, Diss. Erlangen 1962, S. 116 ff.

⁵ Vgl. Knopf, R., die Wirkungen der Kartelle der Textil- und Bekleidungsindustrie auf die Abnehmer, Karlsruhe 1915, S. 32 ff.

schon eines recht heftigen Wettbewerbs gegen die aufkommenden Warenhäuser ausgesetzt sahen, da diese ja fast alle aus kleinen Kurzwarengeschäften herausgewachsen waren. Außerdem entstand auch eine große Anzahl von Textilkaufhäusern⁶. Die mit der Verkürzung der Barzahlungsfristen verbundene Kreditverteuerung mußte durch eine Vergrößerung des Betriebskapitals ausgeglichen werden, wenn nicht eine weitere Verschuldung in Kauf genommen werden sollte.

Drei Wege waren es, die der Detailhandel der Textilbranche beschritt, um sich gegen dieses Vorgehen der Marktpartner auf den vorgelagerten Stufen der Produktion und des Großhandels zu wehren:

1. Die Gründung von Gegenverbänden,
2. Die Gründung von Einkaufszusammenschlüssen und
3. Der Übergang zur Eigenproduktion.

Während der Übergang zur Eigenproduktion vorwiegend den Großbetrieben vorbehalten blieb⁷, bediente sich der mittelständische Textildetailhandel sehr rege der ersten beiden Möglichkeiten. Im folgenden soll zunächst auf die Gründung von Gegenverbänden eingegangen werden.

I. Die ersten örtlichen Zusammenschlüsse

Die ersten uns bekannten Fachvereine des Textildetailhandels entstanden im Norden Deutschlands. Es sind dies im Jahre 1889 der Verein der Manufacturisten von Eimsbüttel und Umgebung, im Jahre 1890 der Manufacturistenverein Altona und im Jahre 1896 der Verein der Manufacturisten von Hamburg Altona und Wandsbeck. Es folgten dann u. a. Ver-

⁶ Vgl. Tietz, G., a.a.O., S. 7 ff., Hirsch, J., Der moderne Handel, S. 239 und Vier, H., a.a.O., S. 57.

⁷ Die Einbeziehung des Produktionsprozesses in den Handelsbetrieb als Gegenmaßnahme des Textildetailhandels wurde bereits vor dem Ersten Weltkrieg von einer ganzen Reihe von Familienkonzernen vor allem in Rheinland-Westfalen in Angriff genommen, so z. B. von den Firmen Karsch, Hettlage, Esders und Dyckhoff. Nach dem Kriege machte sich diese Entwicklung noch stärker bemerkbar. Dabei schlossen sich auch mittlere Waren- und Kaufhäuser zusammen und ahmten durch Errichtung eines gemeinsamen Produktionsbetriebes das Beispiel der Konzerne nach. Das größte Ausmaß nahm dieser Prozeß in der Gründung des Karstadt-Konzerns an, der im Jahre 1920 von der Hamburger Firma Karstadt und der Firma Althoff in Münster zunächst als KG und dann als AG in der Absicht geschaffen wurde, durch Einbeziehung des Fabrikationsprozesses das Risiko zu verteilen und sich möglichst unabhängig von den Lieferanten zu machen. Durch die gleichzeitige Eingliederung früher selbständiger Firmen schloß sich der Konzern eigene Herren-Konfektions-, Damen-Konfektions- und Schürzen- und Wäschefabrikationsbetriebe an und erwarb sogar Webereien und Spinnereien für Wolle und Baumwolle. (Vgl. Vendig, E., a.a.O., S. 169 ff.)

eine in Brunsbüttel, Rendsburg, Husum und Kiel⁸. Diese rege Aktivität führte hier auch bald zur Gründung von Einkaufsverbänden⁹.

Auch in Rheinland-Westfalen finden wir schon sehr früh *Ortsvereine*. So entstanden von 1896 an, als in Düsseldorf die Vereinigung von Manufacturisten und verwandten Branchen gegründet wurde, u. a. in Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Bielefeld und Witten derlei Zusammenschlüsse, die sich meistens dem Detaillistenverband von Rheinland und Westfalen, Barmen, unter dem Vorsitz von Kommerzienrat *Hermann Wahl* anschlossen.

In Berlin, Mittel- und Süddeutschland konstituierten sich vor der Jahrhundertwende ebenfalls eine Reihe von örtlichen Textildetaillistenvereinen¹⁰ und schlossen sich, solange es noch keinen Fachverband auf Reichsebene gab, zunächst den überregionalen Schutzverbänden an.

II. Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, Hamburg (Hamburger Verband)

Den äußeren Anlaß für die Gründung eines eigenen Fachverbandes auf Reichsebene bot das Bestreben des 1905 gegründeten Verbandes der Seidenstofffabrikanten in Krefeld, seine Konditionen zu verschärfen. Trotz des Widerstandes des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser war es ihm 1906 gelungen, die von ihm gesetzten Liefer- und Zahlungsbedingungen durchzusetzen¹¹. Als dann der Verband im Jahre 1907 auch noch versuchte, seine Abnehmer im Detailhandel zum ausschließlichen Bezug bei ihm zu zwingen¹², schlossen sich diese im *Verband Deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche* mit Sitz in Hamburg zusammen.

Besonderen Anteil an dem Zustandekommen des Verbandes hatte neben dem Manufacturistenverein von Hamburg Altona und Wandsbeck

⁸ Vgl. Handbuch-1919, S. 416 ff. u. 499 u. Handbuch-1903, S. 10 ff.

⁹ Vgl. S. 207 ff.

¹⁰ Vgl. Handbuch-1913, S. 84, Handbuch-1903, S. 10 u. 22, und Handbuch-1919, S. 410 ff.

¹¹ Vgl. *Lehmann, A.*, Der deutsche Textilkleinhandel; sein Aufbau und seine Verbände, Diss. Frankfurt/M., 1925, S. 147.

¹² In dem Schreiben, das der Verband an seine Abnehmer schickte, hieß es: „Jeder Kunde, welcher von solchen Fabrikanten, die dem Verband der Seidenstofffabrikanten Deutschlands nicht angehören, im Zollinland hergestellte Waren, die unter die Konventionsbedingungen fallen, fernerhin direkt oder indirekt kauft, hat für alle in Zukunft getätigten Abschlüsse auf sämtliche Fakturen, die ihm von Mitgliedern des Verbandes der Seidenstofffabrikanten Deutschlands für Lieferung von Konventionswaren zugehen, einen Aufschlag von 10 % des Fakturbetrages zu zahlen und zwar an den Vertrauensmann des Fabrikantenverbandes zugunsten unseres Verbandes.“ (Zit. n. *Knopf, R.*, a.a.O., S. 41 f., dort z. T. gesperrt.)

dessen Vorsitzender, *Emil D. Feldberg*, der auch die Führung des neuen Reichsfachverbandes übernahm, die dortige Detaillistenkammer und der Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen, dessen Vorsitzender *H. Wahl* zum Stellvertreter von *Feldberg* gewählt wurde¹³.

Die *Struktur* der Mitglieder des Verbandes war so beschaffen, daß sich der überwiegende Teil von ihnen aus Inhabern kleinerer Manufakturwarenhandlungen zusammensetzte. Doch war auch eine stattliche Anzahl von mittleren und größeren Spezialgeschäften im Hamburger Verband organisiert, so daß alle Zweige des Textildetailhandels vertreten waren, wie Wäschegeschäfte, Konfektionsgeschäfte, Manufaktur-, Weiß- und Wollwarengeschäfte, Tuchhandlungen usw.¹⁴. Als außerordentliche Mitglieder nahm der Verband auch Grossisten und Fabrikanten auf.

Der Verband strebte von Anfang an die Vertretung aller Zweige des Textildetailhandels an und bemühte sich daher, alle bereits bestehenden Fachvereine und Einkaufsverbände zum Beitritt zu bewegen. Gleichzeitig ging er daran, planmäßig in allen Teilen Deutschlands neue Orts- und Bezirksvereine zu gründen. So wurde noch im Jahre 1907 die Vereinigung Berliner Detailgeschäfte der Textilbranche errichtet¹⁵, die zu einem der bedeutendsten örtlichen Zusammenschlüsse wurde. 1911 änderte sie ihren Namen in Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins e. V.¹⁶. In Nürnberg wurde ebenfalls mit Unterstützung des Hamburger Verbandes unter dem Vorsitz von *Josef Aufseeser* der Detaillistenverein der Mode-, Textil- und Bekleidungsbranche ins Leben gerufen. Noch im gleichen Jahr (1907) entstanden Vereine in München, Bielefeld und Würzburg. Aus den Statuten der Vereine geht hervor, daß sie sich alle in erster Linie gegen die Konventionen wandten¹⁷. Die gemeinsame Bedrohung durch die Konventionen zwang die mittelständischen Geschäfte an vielen Orten teilweise auch zur Zusammenarbeit mit den großen Spezialgeschäften und Kaufhäusern.

Der Hamburger Verband errichtete sich dann nach und nach ein Netz von Bezirksverbänden mit Sitz in:

Berlin,	Braunschweig,
Hamburg,	Dresden,
Breslau,	Frankfurt/M.,
Königsberg,	Freiburg i. Br.,
Stettin,	München und Magdeburg ¹⁸ .

¹³ Vgl. Handbuch-1913, S. 297.

¹⁴ Vgl. *Vendig*, E., a.a.O., S. 175.

¹⁵ Vgl. Detaillist Nr. 24 v. 15. 6. 1907.

¹⁶ Vgl. Handbuch-1928, S. 712.

¹⁷ Vgl. Detaillist Nr. 25 v. 22. 6. 1907.

¹⁸ Vgl. Handbuch-1913, S. 297.

Im Jahre 1918 waren ihnen 104 Ortsgruppen mit ca. 4 500 Mitgliedern angeschlossen, die 10 000 Mark Beiträge aufbrachten¹⁹.

Der Kampf gegen die Konventionen zwang auch den Hamburger Verband selbst zu einer engen Kooperation mit den modernen Großbetriebsformen, so daß er noch im Jahre 1907 eine Interessengemeinschaft mit dem Warenhausverband schloß. Soweit wir feststellen können, handelt es sich dabei um die erste institutionalisierte Zusammenarbeit eines Verbandes des mittelständischen Detailhandels mit dem VDWK²⁰. Da im VDWK alle führenden Warenhäuser mit Ausnahme der Firma Wertheim und die überwiegende Zahl der großen Kaufhäuser der Branche organisiert waren²¹, und dem Hamburger Verband der weitaus größte Teil der bedeutendsten Spezialgeschäfte angehörte, vereinigte die Interessengemeinschaft eine derartige Macht in ihren Händen, daß sie von den Herstellerverbänden nicht mehr übergangen werden konnte. Das gemeinsame Vorgehen zeitigte denn auch eine Reihe beachtlicher Erfolge²². Bei den Auseinandersetzungen bediente sich die Interessengemeinschaft der gleichen Mittel wie die Fabrikantenkonventionen und schreckte vor Boykottmaßnahmen nicht zurück. Dabei zeigte nach Knopf „das Solidaritätsgefühl unter den Detaillisten die schönsten Blüten, da sie sich gegenseitig aushalfen“²³. Trotzdem kam es im Jahre 1909 zum Bruch zwischen dem VDWK und dem Hamburger Verband, wobei einer dem anderen die Schuld am Scheitern der Arbeitsgemeinschaft gab. Während der Hamburger Verband den Warenhäusern unter Hinweis auf die üblichen Rabatte für Großabnehmer vorwarf, sie hätten sich auf Kosten des mittelständischen Handels bei den Lieferanten besondere Vorteile gesichert, nannte der VDWK ideologische und persönliche Gründe als Ursache und wies darauf hin, daß „die beiden leitenden Herren des Hamburger Verbandes . . . wohl auch etwas von der mittelständlerischen Aktion angesteckt, unseren Verband nicht als gleichberechtigt bei den Verhandlungen anerkennen wollten, sondern für sich — unberechtigterweise — die Führung beanspruchten, was unser Verband aber aus sachlichen Gründen nicht zugestehen konnte, da die Interessen der betreffenden Branchen nicht genügend nachhaltig und fest wahrgenommen wurden“²⁴. In der

¹⁹ Vgl. Handbuch-1919, S. 411.

²⁰ Vgl. Kaufmann, Edgar, a.a.O., S. 22.

²¹ Vgl. Vendig, E., a.a.O., S. 176.

²² So gelang es z. B. schon nach kurzer Zeit die Konvention des Verbandes der Seidenstofffabrikanten Deutschlands, deren Verschärfung den Anlaß zur Gründung des Hamburger Verbandes gegeben hatte, durch eine für die Mitglieder der Interessengemeinschaft günstigere Vereinbarung abzulösen. (Vgl. Knopf, R., a.a.O., S. 42.) Angaben über weitere Erfolge finden sich bei: Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 30.

²³ Knopf, R., a.a.O., S. 60.

²⁴ Wernicke, J., Der Kampf um das Warenhaus, S. 31.

Folgezeit gingen die beiden Verbände bei den Verhandlungen mit den Lieferanten getrennt vor. Dabei erwies sich der VDWK im allgemeinen als konventionsfeindlicher als der Hamburger Verband. Jeder Verband erzielte dabei Erfolge²⁵.

Hinter dieser Tätigkeit des Hamburger Verbandes trat, ähnlich wie bei den ihm angeschlossenen Ortsvereinen, die Interessenvertretung gegenüber Regierungen, Verwaltung und sonstigen staatlichen Stellen zurück. Er schreibt zwar darüber im Jahre 1919: „Daneben hat der Verband stets auch auf die Arbeiten der Gesetzgebung und Verwaltung seinen Einfluß auszuüben gesucht“²⁶, dabei ging es ihm aber nicht so sehr darum, durch steuerliche Vorteile oder sonstige Subventionen die Einkommensverhältnisse seiner Mitglieder zu verbessern, als vielmehr um die Wahrnehmung berechtigter Interessen bei der Regelung von Angelegenheiten, die die Mitglieder des Fachbereiches betrafen, so daß sich gerade dieser Fachverband schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg durch eine besondere sachlich-rationale Haltung unter den meisten anderen Verbänden des Detailhandels auszeichnete. Diese fortschrittliche Einstellung zeigte sich auch in einer sehr aktiven Mitarbeit im Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie.

Da, wie wir bereits gesehen haben, sich der Verband aus den Inhabern der verschiedensten Spezialgeschäfte des Textildetailhandels zusammensetzte, an denen gerade der Textildetailhandel schon damals besonders reich war²⁷, überrascht es nicht, daß sich in ihm bald Tendenzen zur Gründung von Spezialfachverbänden bemerkbar machten. Weil der Verband diese Bestrebungen nicht rechtzeitig erkannte und durch die Gründung von verschiedenen Spezialabteilungen innerhalb der eigenen Organisation nicht zu unterlaufen suchte, bildete sich eine Reihe von Spezialfachverbänden außerhalb des Verbandes und entzog diesem eine große Zahl von Mitgliedern.

III. Die Schwächung des Hamburger Verbandes durch die Gründung von Spezialfachverbänden

Teilweise schon vor der Gründung des Hamburger Verbandes war es zum Zusammenschluß von Spezialgeschäften der Textilbranche auf Reichsebene gekommen. So entstanden²⁸:

- 1898 Der Verband der Teppich-, Linoleum- und Möbelstoff-Händler Deutschlands (e. V.), Cassel
- 1908 Der Reichsverband der Hutdetailisten Deutschlands e. V., Berlin

²⁵ Vgl. hierzu: Knopf, R., a.a.O., S. 68 ff.; u. Kaufmann, Edgar, a.a.O., S. 25 f.

²⁶ Zit. n. Handbuch-1919, S. 411.

²⁷ Vgl. Schmidt, E., a.a.O., S. 23.

²⁸ Vgl. Handbuch-1913, S. 309 u. 326 ff. u. Handbuch-1919, S. 972.

1909 Der Zentralausschuß der vereinigten Putzdetailisten-Verbände Deutschlands, Remscheid

1914 Der Verband Deutscher Schirm-Spezialgeschäfte, Sitz in Dresden

Handelte es sich aber bei den genannten Verbänden um Zusammenschlüsse von Spezialgeschäften, die nur entfernt zum Textildetailhandel zu rechnen sind, so daß sich der Hamburger Verband durch sie nicht so sehr bedroht zu fühlen brauchte, so gilt das jedenfalls nicht für die folgenden Spezialfachverbände, die sich aus ihm heraus entwickelten.

1. Der Reichsverband Deutscher Herrenausstattungs-Spezial-Geschäfte e. V., Berlin

Am 5. 3. 1912 schlossen sich mehrere Berliner Herrenausstatter, die überwiegend der Vereinigung Berliner Detailgeschäfte der Textilbranche, dem dortigen Ortsverein des Hamburger Verbandes, angehörten, zum Verband Berliner Herren-Ausstattungs-Geschäfte zusammen. Dem Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, der eine starke Abordnung in der Absicht in die Gründungsversammlung geschickt hatte, an Stelle einer selbständigen Organisation nur eine Fachgruppe innerhalb des Verbandes zu errichten, gelang es nicht, die Gründung des Spezialfachverbandes zu verhindern. Nach Ausbruch des Krieges bildete sich dieser Zusammenschluß zum Reichsverband Deutscher Herren-Ausstattungs-Spezialgeschäfte e. V., Berlin, um und trug den Gedanken der Organisation von Spezialfachverbänden ins Reich, wo sich ihm bald die führenden Geschäfte der Branche anschlossen, darunter viele Waren- und Kaufhäuser, die meist auch Mitglieder des VDWK waren, so daß der Verband im Jahre 1921 über 400 Mitglieder zählte²⁹. Die Zielsetzung des Verbandes war auf eine differenziertere Vertretung der Interessen der angeschlossenen Spezialgeschäfte gegenüber den Lieferanten gerichtet, als sie im Rahmen des Hamburger Verbandes möglich war. Er war einer der ersten Einzelhandelsverbände, der seine Mitglieder zwang, sich vertraglich zu einem einheitlichen Vorgehen gegenüber den Lieferanten zu verpflichten. Allerdings fehlten dem Verband die Machtmittel, um die bei Nichtbefolgung der vertraglichen Abmachungen vorgesehenen Konventionalstrafen durchzusetzen. Damit tritt in noch viel stärkerem Maße als beim Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, Hamburg, der kartellartige Charakter des Verbandes hervor. Während der Kriegszeit schaltete sich der Verband in die Zwangsverteilung der Waren ein, wobei ihm vom Staat hoheitliche Aufgaben übertragen wurden, und gründete eine Einkaufsgenossenschaft³⁰.

²⁹ Vgl. Vendig, E., a.a.O., S. 177.

³⁰ Vgl. Handbuch-1919, S. 484.

2. Der Reichsverband für Herren- und Knaben-Kleidung e. V., Düsseldorf

Ebenfalls im Jahre 1912 konstituierte sich in der Rheinprovinz die Vereinigung großer Spezialgeschäfte Deutschlands der Herren- und Knaben-Kleidung e. V., Sitz Düsseldorf, zur „Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen durch Regelung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen im Geschäftsverkehr mit den Lieferanten“³¹. Als sich kurz danach die deutsche Herrenkonfektionsindustrie zu einem Kartell zusammenschloß, gründeten die Düsseldorfer den Reichsverband für Herren- und Knaben-Kleidung e. V., Sitz Düsseldorf, der sich bald zum größten und einflußreichsten Spezialfachverband im Textileinzelhandel entwickelte. Obwohl er nur 84 Gründungsmitglieder zählte, gehörten ihm schon im Jahre 1923 4 000 Firmen an³², unter denen ausnahmslos alle führenden Spezialgeschäfte der Herrenbekleidungsbranche sowie eine Reihe von Warenhäusern und ein großer Teil der Textilkaufhäuser waren, so z. B. Firmen wie Overbeck, Knagge & Peitz und Hettlage. Im Jahre 1928 umfaßte er 17 Bezirksverbände mit 82 Ortsgruppen³³. Auch er übernahm zeitweilig einen sehr ausgeprägten kartellähnlichen Charakter.

3. Der Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung e. V., Berlin

Der Zusammenschluß der Damen- und Mädchenkonfektionsgeschäfte zu einem einheitlichen Spezialfachverband am 19. 8. 1918 wurde angeregt von Kaufhäusern der Textilbranche, die bereits dem Reichsverband für Herren- und Knaben-Kleidung angehörten. Ihr Ziel war dabei, das Gewicht der Spezialfachverbände in dem in der Zwischenzeit geschaffenen Reichsbund des Textil-Einzelhandels³⁴ zu stärken und eine bessere Vertretung gegenüber den Konventionen zu haben. Bei dieser Gründung machte sich ein starker Widerstand des VDWK geltend, dem ein großer Teil der 200 Gründungsmitglieder des neuen Zusammenschlusses angehörte, da er allmählich fürchten mußte, an Bedeutung im Textileinzelhandel zu verlieren, in dem er bisher die Verhandlungen mit den Lieferantenkonventionen entscheidend mitgestaltet hatte.

Bis zum Jahre 1923 stieg die Zahl der Mitglieder des Verbandes auf 1 200³⁵. Das waren rund 50 % aller Geschäfte der Branche, so daß er mit Abstand den höchsten Organisationsgrad unter allen Verbänden des

³¹ Zit. n. Vendig, E., a.a.O., S. 180.

³² Vgl. Vendig, E., a.a.O., S. 181.

³³ Vgl. Handbuch-1928, S. 713.

³⁴ Vgl. hierzu im einzelnen S. 245 ff.

³⁵ Vgl. Vendig, E., a.a.O., S. 183 ff.

Textileinzelhandels aufwies³⁶. Als Aufgabenbereich nannte der Verband außer der auch hier im Mittelpunkt stehenden „Bekämpfung der Auswüchse der Konventionen“ auch noch „die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Kaufleute des Damen- und Mädchenbekleidungs-fachs, insbesondere durch Stellungnahme zu den das Fach angehenden Arbeiten der Gesetzgebung und Verwaltung, durch Aufklärung der öffentlichen Meinung, Ermittlung von Handelsgebräuchen, Auskunft-erteilung an Behörden, wirtschaftliche Körperschaften und die Mitglieder des Verbandes über Fachfragen, Einsetzung eines Schiedsgerichtes...“³⁷.

4. *Der Verband Deutscher Wäschegeschäfte und Wäschehersteller e. V., Berlin*

Dieser Spezialfachverband nimmt eine gewisse Sonderstellung ein. Neben Wäschegeschäften gehörten ihm auch die führenden Wäschehersteller als ordentliche Mitglieder an. Anlaß zur Gründung am 1. 1. 1917 waren die Mißstände, die während des Krieges in der Branche durch die Ausbreitung des Detailreisens entstanden waren. Bei der Tätigkeit des Verbandes spielten die Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmern der angeschlossenen Herstellerbetriebe eine große Rolle. Wie sehr auch hier die betriebswirtschaftlichen Probleme der angeschlossenen Firmen im Mittelpunkt standen, geht daraus hervor, daß er eine eigene Rechtsschutz- und Vermittlungsstelle, eine Steuerberatungsstelle, eine Kommission für Lagerbewertung, eine Kommission für Steuerfragen und eine Finanzkommission einrichtete und die Deutsche Leinen- und Wäsche-schau GmbH mitbegründete. Diese Aktivität führte ihm viele Mitglieder zu, so daß ihre Zahl von 89 bei der Gründung auf über 2 000 im Jahre 1928 stieg³⁸. Etwa die Hälfte davon waren Herstellerfirmen. Auch in der Wäschebranche hatten sich in den meisten Großstädten bedeutende Spezialgeschäfte herausgebildet, wie z. B. in Berlin die Firmen Grünfeld, Hertzog, Gerson und Maasen, so daß in diesem Verband ebenfalls mittelständische und große Betriebe eng zusammenarbeiteten³⁹.

IV. Der Zusammenschluß aller Textileinzelhandelsverbände im Reichsbund Deutscher Textildetaillisten e. V., Berlin

Obwohl bereits während des Krieges wiederholt der Versuch unternommen wurde, in Zusammenarbeit zwischen dem Hamburger Verband, den einzelnen Spezialfachverbänden und dem Verband Deutscher Waren-

³⁶ Vgl. Wirtschaft und Statistik, 7. Jg. (1925), H. 8, S. 351.

³⁷ Zit. n. Handbuch-1928, S. 714.

³⁸ Vgl. Kaufmann, Edgar, a.a.O., S. 34, u. Handbuch-1928, S. 713.

³⁹ Vgl. Lindner, E., a.a.O., S. 19.

und Kaufhäuser eine gemeinsame Vertretung zu schaffen, scheiterte dies⁴⁰. Auch hier war dann schließlich die Not der Kriegswirtschaft der entscheidende Faktor, der die Bildung eines allgemeinen Fachverbandes förderte. Da sich der Textileinzelhandel immer mehr bei der Warenverteilung übergangen sah, ohne daß die Möglichkeit einer zentralen Abwehr bestanden hätte, wuchs auch in diesem Zweig des Detailhandels die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Auf der Tagung der Detailhandelsberufsgenossenschaft des Jahres 1915 gab deren Vorsitzender, der Textilkaufmann *Jacob Astor* aus Berncastel-Cues, die Anregung zur Gründung eines umfassenden Fachverbandes unter Einschluß der Warenhäuser. (*Astor* kam aus dem Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands und gehörte seit 1912 als Zentrumsabgeordneter dem Reichstag an. Später wurde er noch Mitglied des Hauptausschusses für den Einzelhandel im DIHT.) Außerdem setzte sich auch noch *O. Tietz*, der Vorsitzende und Begründer des VDWK, besonders für die Einigung des Textileinzelhandels ein. Die Verhandlungen scheiterten dann zunächst am Widerstand des mittelständischen Detailhandels gegen eine Zusammenarbeit mit dem VDWK und den Differenzen zwischen den Spezialfachverbänden⁴¹.

Im Jahre 1917 bot dann ein Streit um die Konditionen des Verbandes Deutscher Damenwäsche-Fabrikanten, Berlin (gegr. 1905), die Gelegenheit zu neuen Kontakten, die zu einem gemeinsamen Vorgehen des VDWK, des Hamburger Verbandes, des Verbandes Deutscher Wäschegeschäfte und des Detaillistenverbandes für Rheinland und Westfalen führten⁴². Dank der Bemühungen von *Oskar Tietz* und *Jacob Astor* und der Unterstützung durch den starken Detaillistenverband von Rheinland-Westfalen unter seinem Vorsitzenden *Hermann Wahl* aus Barmen entwickelte sich dann aus diesen lockeren Verhandlungen am 1. Juni 1917 der *Reichsbund der Deutschen Textildetaillisten-Verbände e. V., Berlin*, der sich folgende Ziele setzte: „Die Vertretung gemeinsamer Angelegenheiten des Textil-Detail-Handels und seiner Verbände in allen geeigneten Fällen, insbesondere in der Vertretung gegenüber der Gesetzgebung, den Regierungen, sonstigen Behörden und der Öffentlichkeit, ferner Schutz gegen Angriffe und Übergriffe, sowie Bekämpfung der Konventionen⁴³.“ *Oskar Tietz* hielt die Begrüßungsrede und betonte die große Bedeutung, die der neue Verband für die Zusammenarbeit aller Betriebsformen im Textileinzelhandel habe. Der VDWK stellte für den Beginn

⁴⁰ Vgl. *Lehmann, A.*, a.a.O., S. 149.

⁴¹ Vgl. Handbuch-1928, S. 23 u. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 17 v. 28. 4. 1917.

⁴² Vgl. *Kaufmann, Edgar*, a.a.O., S. 31 f.

⁴³ Zit. n. Handbuch-1919, S. 416.

der Verbandstätigkeit seine Organisation zur Verfügung. Die Satzungen des neuen Verbandes wurden von dessen Syndikus ausgearbeitet, und O. Tietz wurde Stellvertreter von J. Astor, der den Vorsitz übernahm.

Bei der Gründung der Organisation konnte freilich der Hamburger Verband seine Konzeption, die auf die Errichtung eines Einheitsverbandes ausging, nicht durchsetzen. Er hatte erreichen wollen, daß sich ihm als dem größten Verband die Mitglieder aller übrigen Verbände anschließen. Die Spezialfachverbände wollten ihm aber nicht einmal die Rolle eines „*primus inter pares*“ einräumen und bestanden daher darauf, daß eine ganz neue Institution als Dachverband gegründet wurde, in der neben dem Hamburger Verband gleichberechtigt sämtliche übrigen Zusammenschlüsse der verschiedensten Richtungen aufgenommen wurden⁴⁴. Es blieb ihm also nichts anderes übrig, als mit seinen 12 Bezirksvereinen und 104 Ortsgruppen dem neuen Zusammenschluß beizutreten. Er änderte seinen Namen in Verband Deutscher Textilgeschäfte und verlegte seinen Sitz nach Berlin.

Da dem neuen Dachverband des Textileinzelhandels außer den Spezialfachverbänden auch noch der VDWK, der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine mit seinen Textilgruppen, der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, der Zentralverein deutscher Einkaufsvereine der Textilbranche mit 16 Mitgliedern und eine Reihe von selbständigen Bezirksverbänden korporativ angehörten, bildete er ein ungeordnetes Konglomerat von Organisationen, die ängstlich um ihre Selbständigkeit bemüht waren und darauf achteten, daß kein Verband eine beherrschende Rolle übernehme. Die sich aus dieser Organisationsstruktur ergebende Funktionsunfähigkeit und Schwäche wurden, ähnlich wie bei den überregionalen Schutzverbänden, noch durch den Mangel an finanziellen Mitteln erhöht. Da der Reichsbund der Deutschen Textildetaillisten-Verbände keine Einzelmitglieder besaß, konnte er keine Beiträge direkt erheben, sondern war von den Zuwendungen der ihm korporativ angeschlossenen Organisationen abhängig⁴⁵. Obwohl ihm im Jahre 1918 70 Vereinigungen angehörten, belief sich sein Etat auf nur 90 000 Mark, während der Verband Deutscher Textilgeschäfte allein von seinen Mitgliedern 100 000 Mark an Beiträgen einnahm⁴⁶. Es überrascht daher nicht, daß er weder bei dem Versuch, zwischen den angeschlossenen Verbänden interessenausgleichend zu wirken, noch bei der Vertretung der Interessen gegenüber den staatlichen Stellen besondere Erfolge aufweisen konnte⁴⁷. Sein Hauptverdienst bestand darin, die Zu-

⁴⁴ Vgl. *Lehmann, A.*, a.a.O., S. 149.

⁴⁵ Vgl. *Vendig, E.*, a.a.O., S. 187 f.

⁴⁶ Vgl. *Handbuch-1919*, S. 410 u. 416 ff.

⁴⁷ Lediglich bei der Verteilung von rationierten Textilien für die minderbemittelten Bevölkerungskreise wurde er von der Reichsregierung eingeschaltet und war dabei sehr erfolgreich tätig. (Vgl. *Lindner, E.*, a.a.O., S. 237.)

sammenarbeit zwischen den mittelständischen Textileinzelhändlern und den Waren- und Kaufhäusern, die seit 1909 abgerissen war, wieder ermöglicht und so unterschiedliche Organisationen, wie die Rabattsparvereine und den VDWK, die sich in den anderen Branchen besonders heftig bekämpften, an einen Tisch gebracht zu haben. Damit war der Reichsbund Deutscher Textildetaillisten im Jahre 1918, als der 1916 gegründete Arbeitsausschuß des Deutschen Kleinhandels für das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufgelöst worden war, praktisch die einzige Organisation, in der der VDWK mit den übrigen Verbänden des Detailhandels zusammenarbeitete. Die Bedeutung dieser Kooperation zeigte sich dann besonders im Jahre 1919 bei der Gründung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels⁴⁸.

V. Der endgültige Zusammenschluß der Branche im Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V., Berlin

Erst nach der Gründung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die an dem Zusammenschluß der einzelnen Branchen des Einzelhandels in einheitlichen Fachverbänden sehr interessiert war und sich mit allen Mitteln dafür einsetzte, da auch sie nur mit einem Verband verhandeln wollte, konnte sich der Verband Deutscher Textilgeschäfte (Hamburger Verband) mit seinem Plan durchsetzen. 1921 wurde der „alte“ Reichsbund Deutscher Textildetaillistenverbände aufgelöst. An seine Stelle trat schließlich unter dem Namen Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V., Berlin, der Verband Deutscher Textilgeschäfte, nachdem er „seiner ganzen Anlage nach seit seinem Bestehen das Ziel erstrebt hatte, als Gesamtverband im Textileinzelhandel zu gelten, der dennoch aus dem Gemeinschaftsgedanken der Wirtschaftsgruppe heraus sich dem alten Rcheisbund eingegliedert hatte und dennoch sein stärkster Antipode blieb“⁴⁹. Der grundlegende Unterschied zwischen „altem“ und „neuem“ Reichsbund bestand darin, daß nach der Satzung die Spezialfachverbände dem neuen Verband nicht mehr bloß korporativ angehörten, sondern daß ihre Mitglieder dem Reichsbund und dessen Bezirks- und Ortsvereinen beitreten mußten. Daneben schlossen sich die meisten Einkaufsvereinigungen, der VDWK und der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine, deren Mitglieder, soweit sie zur Branche gehörten, nur dann beizutreten brauchten, wenn sie Mitglieder der Spezialfachverbände waren, auch noch korporativ an⁵⁰.

Der neue Einheitsverband erweiterte systematisch seinen Unterbau und brachte es bis zum Jahre 1928 auf 20 Bezirksvereine mit 230 Orts-

⁴⁸ Vgl. hierzu S. 242 ff.

⁴⁹ Vendig, E., a.a.O., S. 189.

⁵⁰ Vgl. Lehmann, A., a.a.O., S. 150.

gruppen, denen 12 000 Einzelmitglieder angehörten⁵¹. Damit dürfte er über das dichteste Netz von örtlichen Zusammenschlüssen aller Fachverbände der deutschen Einzelhandelsverbände vor dem Zweiten Weltkrieg verfügt haben. Seine Organisation wurde den anderen Fachbereichen, vor allem dem Lebensmitteleinzelhandel, als mustergültig zur Nachahmung empfohlen.

Obwohl die Hauptaufgabe des Reichsbundes als Gesamtverband der Branche darin bestehen sollte, deren Interessen gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit zu vertreten, war er in enger Zusammenarbeit mit den Spezialfachverbänden stets darum bemüht, neue Wege einzuschlagen, um Verständnis für notwendige Verbesserungen in den Betrieben der Mitglieder zu wecken. Besondere Verdienste erwarb er sich um die Einführung des damals bei den Mitgliederfirmen sehr umstrittenen Betriebsvergleiches im Einzelhandel. Seiner intensiven Erziehungsarbeit gelang es, die Furcht vor Eingriffen in das Betriebsgeheimnis allmählich zu überwinden, so daß er 1929 mit einer Beteiligungsziffer von 1 000 Geschäften an der Umsatzstatistik der Hauptgemeinschaft die Verbände der anderen Zweige bei weitem übertraf⁵².

Der Hauptteil seiner Arbeit bestand lange Zeit im Kampf gegen die Lieferantenkartelle. Schon während des Krieges, in einer Zeit gewaltiger Warenknappheit, waren diese zuungunsten des Einzelhandels erheblich verschärft worden. Das gleiche gilt für die ersten Nachkriegsjahre, als der Textileinzelhandel durch Zwangsmaßnahmen, wie z. B. Sperrung des Warenbezugs, zur Anerkennung der Konditionen gezwungen wurde, die in einer starken Verkürzung des Ziels bis zur Anzahlung in einseitigen und unbeschränkten Lieferungs- und Preisvorbehalten und — während der Inflationszeit — z. T. sogar in Zahlung in Devisen gipfelten. Vor allem versuchte der Großhandel wieder seine Stellung zu monopolisieren, wodurch vor allem die Einkaufsvereinigungen und die Waren- und Kaufhäuser betroffen wurden. Zunächst unternahm es der Reichsbund, sich dagegen durch eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium zu wehren, in der er die Aufhebung aller Vereinbarungen zwischen Fabrikanten und Grossisten verlangte, durch die der Einzelhandel vom Direktbezug ausgeschlossen oder in Preisen und Konditionen schlechter gestellt wurde als der Großhandel⁵³. Obwohl sich der Reichstag hinter diese Forderungen stellte, blieb der Vorstoß erfolglos, da die Regierung, ähnlich

⁵¹ Vgl. Handbuch-1928, S. 712.

⁵² Vgl. hierzu im einzelnen: *Grünbaum*, H., Kooperation im Einzelhandel, in: *Annalen der Betriebswirtschaft und Arbeitsforschung*, Bd. III, 1929/30, S. 64 ff.

⁵³ Vgl. *Kaufmann*, Edgar, a.a.O., S. 35 f. u. *Wernicke*, J., Mittelstandsbewegung, S. 602.

wie schon vor dem Kriege ein Kartellverbot ablehnte und sich nur darauf beschränkte, einen Kartellbeirat beim Reichswirtschaftsministerium zu schaffen.

Daraufhin wurde vom VDWK vorgeschlagen, die Methoden der Lieferanten zu übernehmen und ein Gegenkartell zu gründen. Der Plan des Warenhausverbandes ging zunächst nur dahin, die führenden Firmen der einzelnen Spezialfachverbände zusammenzuschließen und so eine Art Stoßtrupp gegen die Lieferantenkonventionen zu gründen. Da die Waren- und Kaufhäuser ca. 50 % des gesamten Umsatzes im Textileinzelhandel tätigten, wäre man so zu einer recht mächtigen Organisation gekommen, ohne auf die große Zahl der kleinen und mittleren Geschäfte angewiesen zu sein. So schlossen sich im Oktober 1921 eine Reihe prominenter Firmen des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung, darunter alle führenden Warenhäuser, zu einer Art Kartell zusammen. Da das Echo im Verband größer war, als erwartet, wurde das Kartell auf sämtliche Verbandsmitglieder ausgedehnt⁵⁴. Sie unterschrieben einen Revers, in dem sie sich allen Beschlüssen des Verbandes, die die Lieferantenkonventionen betrafen, absolut unterwarfen, und, wie aus dem Wortlaut des in der Fußnote⁵⁵ abgedruckten Verpflichtungsscheines hervorgeht, zur Zahlung einer Konventionalstrafe bei Verstößen gegen den

⁵⁴ Vgl. *Lindner, E.*, a.a.O., S. 66.

⁵⁵ Der Verpflichtungsschein hatte folgenden Wortlaut:
„Ich — wir — verpflichte(n) mich — uns — als Mitglied des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V., Sitz Düsseldorf:

1. Anweisungen, welche zum Zwecke der Abwehr von Maßnahmen der Lieferantenverbände, einzelner Lieferantengruppen oder einzelner Lieferantenfirmen, nachdem mir — uns — vorher Gelegenheit gegeben war, mich — uns — zur Sache zu äußern, vom Großen Ausschuß oder vom Vorstand des Reichsverbandes mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses beschlossen und durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt werden, nach Eingang dieser Mitteilung bis zum erfolgten Widerruf vorbehaltlos und uneingeschränkt zu befolgen;
2. einer vom Vorstand des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V. mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses zum Zwecke der Durchführung einer gemäß Ziffer 1 gegebenen Anweisung angeordneten Kontrolle in der Geschäftsführung, insbesondere einer Einsicht in Geschäftsbücher, Fakturen usw. durch einen vom Vorstand des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V. beauftragten Geschäftsführer oder sonstigen Beamten des Verbandes mich — uns — zu unterwerfen;
3. mich — uns — im Falle einer Zuwiderhandlung gegen die unter Ziffer 1 und 2 übernommene Verpflichtung einer von dem Vorstand des Reichsverbandes verhängten Konventionalstrafe bis zur 20-fachen Höhe des gemäß § 8 der Satzung des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V., zu zahlenden Mitgliedsbeitrages zu unterwerfen, vorbehaltlich einer Berufung innerhalb von 14 Tagen nach erfolgter Zustellung an das Verbandsschiedsgericht, das endgültig unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges entscheidet;

Vertrag bereiterklärten, die durch einen hinterlegten Solawechsel abgesichert war.

Der Reichsbund bemühte sich um eine ähnliche Regelung, stieß aber dabei bei den Mitgliedern auf große Schwierigkeiten. Nach langen Verhandlungen wurde am 14. 6. 1922 auf der Tagung des Verbandes eine Einigung erreicht: Die ordentliche Mitgliederversammlung beschloß die kartellmäßige Bindung aller dem Reichsbund angeschlossenen Textileinzelhändler unter Einbeziehung der Einkaufsvereinigungen. Allerdings wurde dabei der hohe Grad der Verpflichtung, wie ihn der Reichsverband für Herren- und Knabenkleidung und in ähnlicher Form auch der Reichsverband für Damen- und Mädchenkleidung ihren Mitgliedern gegenüber durchsetzten, nicht erreicht. Auch die Mitglieder des Reichsbundes unterwarfen sich zwar der gewissenhaften Beachtung der Bestimmungen des Verbandes, räumten diesem auch das Recht ein, sie in ihrem Geschäftsgebahren zu überprüfen, und waren mit der Verhängung von Geldbußen einverstanden. Sie lehnten es aber ab, einen Solawechsel bei der Geschäftsstelle des Reichsbundes zu hinterlegen. Dennoch war die Durchsetzung dieses Verbandsbeschlusses eine vortreffliche Leistung der Verbandsführung, gehörten doch der Organisation damals immerhin etwa 8 000 Einzelhändler an, die den verschiedensten Verbänden von der Textilgruppe des Rabattsparvereins bis zum VDWK angeschlossen waren, und mußten diese Beschlüsse doch auch in allen Bezirks- und Ortsverbänden des Reichsbundes noch einmal verabschiedet werden, was nicht ohne Schwierigkeiten möglich war, da diesen im allgemeinen der Überblick über die ganze Branche fehlte⁵⁶. Als nach der Stabilisierung der Währung die meisten der Lieferantenkonventionen ins Wanken gerieten, und dann für den Abschluß der Geschäfte an ihrer Stelle mehr und mehr wieder die Preisfrage bestimmend wurde, fielen auch die kartellartigen Bindungen innerhalb des Einzelhandels wieder⁵⁷.

Trotzdem sind diese weitgehenden Beschlüsse ein Zeichen dafür, wie aufgeschlossen die Haltung der Textileinzelhändler für alle Fragen der Zusammenarbeit war. Wir haben es also hier mit dem Zweig des Einzelhandels zu tun, der sich sowohl durch die Straffheit und Klarheit des

4. zur Sicherung der in Vorstehendem übernommenen Verpflichtung bei der Reichsbank, Zweigstelle Düsseldorf, einen Solawechsel in Höhe der nach Ziffer 3 zulässigen Höchststrafe bis zum 1. 12. 21 zu hinterlegen, mit der Maßgabe, daß nur der Gesamtvorstand des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V., darüber verfügen kann.

Diese Verpflichtung übernehme(n) ich — wir — auf unbestimmte Zeit, vorbehaltlich eines Rücktrittsrechtes, das zum 30. 6. und 31. 12. eines jeden Jahres mit einer halbjährlichen Kündigungsfrist mittels eingeschriebenen Briefes an den Vorstand des Reichsverbandes geltend gemacht werden kann.“ (Zit. n. *Lehmann, A.*, a.a.O., S. 153.)

⁵⁶ *Vendig, E.*, a.a.O., S. 201.

⁵⁷ Vgl. VDWK, Jb. 1925, S. 10 u. Jb. 1927, S. 63.

Aufbaus und der Organisation seiner Verbände als auch durch die besondere sachlich-rationale Haltung seiner Mitglieder, die in einem besonders ausgeprägten Willen zur Selbsthilfe zum Ausdruck kam, von den übrigen großen Bereichen des Einzelhandels unterscheidet.

An dieser Einstellung änderte sich bis zum Jahre 1933 nichts. Selbst als gegen Ende der 20er Jahre der mittelständische Textileinzelhandel durch die Gründung von Kleinpreisgeschäften durch die Waren- und Kaufhäuser⁵⁸ und die dadurch bedingten Konzentrationstendenzen sehr beunruhigt wurde⁵⁹, waren keine Anzeichen für eine Radikalisierung oder einen Rückfall in Methoden der Mittelstandsbewegung festzustellen. Es blieb bei der engen Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Einzelhändlern und den Waren- und Kaufhäusern in den Verbänden. Das zeigte sich auch bei der Spaltung der Hauptgemeinschaft, die der Reichsbund und die Spezialfachverbände mit allen Mitteln zu verhindern versuchten.

Da der Reichsbund des Textil-Einzelhandels als Einheitsorganisation sowieso schon die wesentlichsten Bereiche dieses Zweiges vertrat, verlief auch eine Eingliederung als Fachgruppe Textil-Einzelhandel in die Wirtschaftsgruppe ziemlich reibungslos⁶⁰. Es brauchten nur die bestehenden Spezialfachverbände aufgelöst und statt dessen Fachabteilungen errichtet zu werden. Auch beim Wiederaufbau der Fachorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg wurden keine großen Änderungen vorgenommen. Als Gesamtverband der Branche konstituierte sich der Bundesverband des Deutschen Textil-Einzelhandels e. V. mit Sitz in Köln, dem fast die gleichen Fachabteilungen wie nach 1934 angehörten, und zwar für Meterwaren; Herren- und Knabenbekleidung (HUK); DOB-Handel; Wäsche, Wirk- und Strickwaren; Miederwaren; Schirme; Haus- und Bettwäsche; Herrenausstatter; Handarbeiten und Kurzwaren; Damenhüte, Herren-Kopfbekleidung; Bettwaren und Teppiche, Möbelstoffe und Gardinen⁶¹.

VI. Die Einkaufsverbände⁶² im Textileinzelhandel

Die im Vergleich zu anderen Zweigen des Detailhandels relativ sachlich-rationale Einstellung der Textildetailhändler kommt auch darin zum

⁵⁸ Vgl. *Lampe, A.*, Binnenhandelspolitik, S. 112.

⁵⁹ Vgl. *Nieschlag, R.*, Strukturwandlungen im Handel, in: *Der Markenartikel*, 22. Jg. (1960), H. 1, S. 5.

⁶⁰ Vgl. *Teschemacher, H.*, a.a.O., S. 40 ff.

⁶¹ Vgl. Informationsdienst der H. d. D. E., Sonderausgabe September 1964, S. 58 ff.

⁶² Die Bezeichnung „Einkaufsverband“ ist in der Textilbranche seit langem als Oberbegriff für alle Einkaufszusammenschlüsse üblich, da es hier im Gegensatz zu den meisten anderen Zweigen des Detailhandels neben Vereinigungen in der Rechtsform der eGmbH auch solche in anderer Rechtsform

Ausdruck, daß sie sich schon sehr früh zu Einkaufsverbänden zusammenschlossen⁶³, die sich nach und nach zu mächtigen Gebilden entwickelten. Bereits 1964 tätigten die Mitglieder der Einkaufsverbände etwa $\frac{1}{4}$ des gesamten Textileinzelhandels⁶⁴.

Im Gegensatz zum Kolonialwarenhandel, wo die Einkaufsbewegung nach ihren ersten Anfängen gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre dann in der Zeit der Staatshilfebestrebungen stark in den Hintergrund gedrängt wurde, gab es in der Geschichte der Einkaufsverbände des Textildetailhandels keinen solchen Rückschlag, da die Manufacturisten schon sehr früh einsahen, daß eine dauernde Besserung ihrer Situation nicht durch Staatshilfe möglich war, und sich deshalb nicht so stark in der Mittelstandsbewegung engagierten.

Dieser Aufstieg der Einkaufsverbände ist vor allem deswegen so hoch zu bewerten, weil sich im Textildetailhandel eine Reihe von besonderen Widerständen gegen den gemeinsamen Einkauf bemerkbar machten, die ihre Ursache in der Struktur der Geschäfte und deren Sortimente haben. Die Geschäftstätigkeit der Einkaufsverbände wurde dadurch erschwert, daß das Sortiment der Textildetailhandlungen zum größten Teil modische Artikel enthalten, die im Gegensatz zu den Stapelwaren und Markenartikel für einen Bezug im Großen lange als problematisch galten⁶⁵. Während in der ersten Zeit von den Einkaufsverbänden vor allem der Bezug von Manufaktur- und Kurzwaren durchgeführt wurde, die auf Lager genommen werden konnten, dehnte sich nach und nach ihre Tätigkeit auch auf die Beschaffung von modischen Artikeln aus, die besonders im

(meist der GmbH und der AG) gibt. Vgl. *Weinwurm - Wenkoff*, E. H., Die internationale Zusammenarbeit der Textileinkaufsverbände, in: *ZfGenW*, Bd. 16 (1966), S. 135.

⁶³ Vgl. zum Folgenden: *Meyer*, W., Der Gemeinschaftseinkauf im deutschen Textileinzelhandel, Diss. Köln 1928, *Schmitt*, A., Großhandel und Einkaufsvereinigungen des Einzelhandels, Diss. München 1928, *Schreiterer*, G., Die Gemeinschaftsbeschaffung im Textileinzelhandel, in: *Schriften zur Einzelhandelsforschung*, Nr. 9, Stuttgart 1931, *Bölke*, R., Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einkaufsgenossenschaften der deutschen Textilwarenhändler, Diss. Tübingen 1944, *Haas*, K., Der Textileinzelhandel, Versuch einer Darstellung seiner Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. Nürnberg 1951, S. 200 ff., *Nieschlag*, R., Die Textileinkaufsvereinigungen in Gegenwart und Zukunft, hrsg. v. Zentralverband gewerblicher Einkaufsvereinigungen des Handels e. V., Köln 1967, *Wallberg*, E., a.a.O., *Richter*, O., a.a.O., S. 71 ff., *König*, P., Einkaufsgenossenschaften, S. 112 u. *Grünbaum*, H., a.a.O., S. 59 ff.

⁶⁴ Vgl. *Handbuch der Textil-Einkaufsverbände des In- und Auslandes*, 2. Aufl. u. 5. Aufl., Köln 1956 u. 1965, S. 10.

⁶⁵ Hierauf hat besonders v. *Norden* hingewiesen, (Vgl. van *Norden*, H., a.a.O., S. 54 ff.) während *J. Hirsch* schon früh auch Waren mit spekulativem Charakter und Modeartikel als für den gemeinsamen Einkauf geeignet ansah. (Vgl. *Hirsch*, J., *Der moderne Handel*, a.a.O., S. 281.) Vgl. hierzu auch *Lehmann*, A., a.a.O., S. 159 u. *Schmitt*, A., a.a.O., S. 292.

Rahmen des Vermittlungsgeschäftes vorgenommen wurde⁶⁶. Außerdem waren die Einkaufsverbände von Anfang an wegen der verhältnismäßig kleinen Zahl von Spezialgeschäften, die an einem Ort vorhanden waren, gezwungen, überörtlich zu arbeiten, so daß es in diesem Zweig des Detailhandels nie eine Diskussion um das sogenannte Prinzip „der lokalen Autonomie“ gab⁶⁷.

Wie im Kolonialwarendetailhandel waren auch hier die Initiatoren des Zusammenschlusses Mitglieder des Textildetailhandels selbst. Alle uns bekannten Einkaufszusammenschlüsse, ganz gleich in welcher Rechtsform sie geschaffen wurden, entstanden ohne Hilfe von außerhalb des Wirtschaftszweiges. Inwieweit freilich bei der Gründung bereits bestehende Fachvereine oder Fachverbände beteiligt waren, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Während bei der ersten Gründung, dem Weimarer Verband, keine Beziehung zu den Fachverbänden festzustellen ist, ist aber eine solche vor allem bei denen in Rheinland-Westfalen und in Norddeutschland, wo wir schon sehr früh Zusammenschlüsse auf fachlicher Ebene haben, anzunehmen.

Während die Mehrzahl der nach der Jahrhundertwende entstandenen Einkaufszusammenschlüsse im Textildetailhandel im Unterschied zum Kolonialwarenhandel zur Abwehr der Marktpartner auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen gegründet wurde, vor allem, um den Großhandel auszuschalten und die Konventionen zu umgehen, so daß sie „countervailing powers“ im Sinne von *Galbraith* darstellen, hatten sich die ersten Textileinkaufsgenossenschaften zum Schutz gegen die scharfe Konkurrenz der damals gerade aufkommenden Warenhäuser und Textilkaufhäuser konstituiert⁶⁸.

Da wir hier nur auf einige der Zusammenschlüsse näher eingehen wollen, sei im folgenden ein knapper Überblick über Entstehung und Entwicklung der wichtigsten Einkaufsverbände in chronologischer Reihenfolge gegeben⁶⁹.

Übersicht über die Gründung und Entwicklung der Einkaufsverbände im Textileinzelhandel

- 1886 Vereinigung zur Ermittlung billigster Einkaufsquellen, zum gemeinschaftl. Bezug von Waren und Austausch geschäftlicher Erfahrungen, Bamberg

⁶⁶ Vgl. Detaillist Nr. 23 v. 8. 6. 1907.

⁶⁷ Vgl. hierzu: *Back, J. M.*, Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 152 u. unsere Ausführungen auf S. 144 ff.

⁶⁸ Vgl. zu den Ursachen des Zusammenschlusses vor allem *Meyer, A.*, a.a.O., S. 9 ff.

⁶⁹ Die Übersicht ist zusammengestellt aus folgenden Quellen: Handbuch der Textileinkaufsverbände, 2. u. 5. Aufl., S. 17 ff. bzw. 15 ff., *Richter, O.*, a.a.O.,

- 1893 umgewandelt in: Verband deutscher Kurzwaren- und Posamentiergeschäfte eGmbH, Bamberg, später Weimar (Weimarer Verband)
- 1907 umgewandelt in: Hadeka, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, Berlin—Chemnitz
- 1947 neu gegründet als Hadeka, Handelszentrale Westdeutscher Kaufhäuser eGmbH, Frankfurt/M, bzw. Hadeka, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, Berlin
- 1897 Nordeinkauf, Norddeutsche Einkaufsvereinigung für Manufacturwaren eGmbH, Bremen
- 1965 Anschluß an die 1921 gegr. Aktiengesellschaft Westdeutscher Einkaufsverband, Wuppertal-Elberfeld
Einkaufsvereinigung westdeutscher Manufacturwarenhändler eGmbH, Rheidt (später Anschluß an die DEG, Erfurt)
- 1898 Verband Mitteldeutscher Manufacturisten, Einkaufsvereinigung für Manufactur-, Weißwaren und Konfektion GmbH, Leipzig, seit 1908 Berlin
Verband Süddeutscher Manufacturisten eGmbH, Tübingen, später Textilverband eGmbH, Ulm
- 1899 Einkaufsvereinigung für Manufacturwaren eGmbH, Lübeck
- 1900 DEG Deutsche Einkaufsgenossenschaft für Kurz-, Weiß- und Wollwaren eGmbH, Gera, später Erfurt
- 1901 Einkaufsverein Berliner Posamentierwarenhändler eGmbH
- 1902 Einkaufsverband Merkur AG, Dortmund
- 1903 Einkaufsverband Norden GmbH, Hamburg
(seit 1964 Einkaufsverband Norden-Merkur AG, Hamburg-Altona)
Westdeutscher Einkaufsverband für Manufacturen eGmbH, Gütersloh
- 1907 Unterelbsche Einkaufs-Kom. Ges. W. Wallstab, Hamburg
- 1908 Einkaufsverband deutscher Posamentier- und Kurzwaren-Geschäfte eGmbH, Braunschweig
- 1910 Einkaufsverband Hansa GmbH, Berlin
Einkaufsverband Hansa GmbH, Münster
- 1912 Einkaufsverband Rheinisch-Westfälischer Manufakturisten GmbH, Köln
Aktiengesellschaft Westdeutscher Einkaufsverband, Wuppertal-Elberfeld
später nach Zusammenschluß mit der Nordeinkauf, gegr. 1895, Umbenennung in: Agetex GmbH, Wuppertal-Elberfeld
Einkaufsverband Bremischer Textilgeschäfte eGmbH
Textilwareneinkaufsverband „Nordost“ GmbH, Königsberg i. Pr.
- 1914 Zentralverein deutscher Einkaufsvereine der Textilbranche e. V., Hamburg (gegr. durch 14 Einkaufsverbände)
- 1917 Schirmgenossen eGmbH, Elberfeld
Warenbeschaffungsgesellschaft im Verband Deutscher Wäschegegeschäfte, Berlin

S. 71 ff., *Bölke*, R., a.a.O., S. 49 ff., *Meyer*, W., a.a.O., S. 49 ff., *Lindner*, E., a.a.O., S. 216 ff., *Schmidt*, E., a.a.O., S. 110 ff., Handbuch-1912, S. 324 ff., Handbuch-1919, S. 495 ff. u. Handbuch-1928, S. 714 ff.

- 1919 Unitex GmbH, Mitteldeutsche Textileinkaufsvereinigung, Berlin
Erah, Einkaufsgenossenschaft für Web-, Wirk-, Strick- und Kurzwaren mbH im Verband der Handelsschutz- und Rabattsparverein, Hamm
- 1921 Erwege, Einkaufsgenossenschaft Rheinisch-Westfälischer Geschäftshäuser eGmbH, Düsseldorf
seit 1948: Kaufring eGmbH, Düsseldorf
Grohag GmbH, Großhandelsgesellschaft, Leipzig
(1947 als Grohag Großhandelsgesellschaft GmbH Wiesbaden wieder gegründet)
Einkaufsverband Niedersachsen eGmbH, Hamburg
- 1922 Katag Aktiengesellschaft, Bielefeld
- 1923 Textilgroßhandel-Aktiengesellschaft, Berlin (Texag)
(gegr. vom Einkaufsverband Mitteldeutscher Manufakturisten)
- 1925 Sütex, Südd. Textileinkaufsvereinigung eGmbH, Stuttgart
(1967 Sütex-Vereinigte Textil-Einkaufsverbände eGmbH)
Bayritex, Textil-Einkaufsverband eGmbH, München
- 1926 Deutscher Einkaufsverband A. Sleumer KG, Hamburg
Textil-Einkaufsverband „Nordwest“ eGmbH, Münster/Westf.
Einkaufsgenossenschaft für Textil- und Kurzwaren eGmbH, Dresden
- 1927 „Rheintextil“, Rheinische Einkaufsvermittlungs- und Beratungsgesellschaft für Textilgeschäfte AG, Köln
Vereinigter Einkaufsverband deutscher Teppich- und Gardinen-Geschäfte GmbH, Hamburg-Altona
- 1932 Unitex Einkaufsverband GmbH, Ulm/Donau
- 1943 Arno Arbeits- und Einkaufsgemeinschaft in- und ausländischer Ausstattungshäuser GmbH, Frankfurt/M.
- 1947 DEG Deutsche Einkaufsgenossenschaft für Textilwaren eGmbH, Neuß
(sie ist zwar nicht Rechtsnachfolgerin der DEG in Erfurt, gegr. 1900, hat aber fast alle in der Bundesrepublik ansässigen Mitglieder dieser Genossenschaft aufgenommen)
- 1949 Grohag Großhandelsgesellschaft mbH, Wiesbaden
(Rechtsnachfolger der Grohag, Leipzig)
Textilring-Einkaufsgenossenschaft fachkundiger Kaufleute eGmbH, Stuttgart-Möhringen
- 1951 Internationale Vereinigung der Textileinkaufsverbände, Köln
- 1958 EZ-Textil Einkaufszentrale Europäischer Textileinkaufsverbände GmbH, Stuttgart

Der älteste Einkaufsverband des Textildetailhandels, die heute noch bestehende *Hadeka*, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, geht auf das Jahr 1886 zurück⁷⁰, als auf Initiative des Textildetaillisten *W. Schlenda* aus Bamberg von 19 Kaufleuten aus Mittel- und Süddeutschland die Vereinigung zur Ermittlung billigster Einkaufsquellen zum genossenschaftlichen Bezug von Waren und Austausch geschäftlicher Erfahrungen ins Leben gerufen wurde. Als Gründungsursache nennt eine

⁷⁰ Vgl. *Wernicke, J.*, Das Waren- und Kaufhaus, S. 20 u. *Meyer, W.*, a.a.O., S. 49.

Festschrift der Genossenschaft die Bedrohung durch die Warenhäuser: „Die Existenz des Kleinhandels war, wenn auch zunächst nur in einer Reihe von Städten, wo sich derartige Warenhäuser befanden, doch arg gefährdet, und in klarer und reifer Erkenntnis dieser Vorgänge suchten die davon schwer Betroffenen nach Abhilfe⁷¹.“ Es war noch kein echter Einkaufsverband, sondern eine Art Interessengemeinschaft, ein loser Zusammenschluß, der nur von Fall zu Fall Waren für die Mitglieder einkaufte. Die Umwandlung in die Rechtsform der eGmbH erfolgte 1893, als die Vereinigung sich in Verband deutscher Kurzwaren- und Posamentier-Geschäfte eGmbH umbenannte und kurz darauf nach Weimar übersiedelte. Lange Zeit war sie unter dem Namen *Weimarer Verband* bekannt. Die Zahl der Mitglieder stieg bis zum Jahre 1898 auf 132 und der Umsatz der Genossenschaft auf über 800 000 Mark. Wie eine Reihe von anderen Einkaufsverbänden der Textilbranche hat der Weimarer Verband seine Mitglieder groß gemacht. Obwohl er ursprünglich als Selbsthilfeeinrichtung gegen die Warenhäuser errichtet wurde, wuchs bald eine Reihe der ihm angeschlossenen Firmen, die als kleine Manufakturwarenhandlungen angefangen hatten, selbst zu großen Kaufhäusern heran. Diese Entwicklung kam dann auch 1907 nach außen hin zum Ausdruck, als sich die Genossenschaft in Hadeka, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, Chemnitz—Berlin, umbenannte und ihren Hauptsitz nach Berlin verlegte⁷². Bis zum Jahre 1928 brachte es die Hadeka schließlich auf ca. 500 Mitglieder und wurde so zum damals mitgliederstärksten Einkaufsverband. Die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile betrug über 1 Mill. Mark, die der Reserven 1,5 Mill., und die Summe der Haftpflicht über 6,5 Mill.⁷³. Nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete sich die Genossenschaft in die Hadeka, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, Berlin, und die Hadeka, Handelszentrale Westdeutscher Kaufhäuser eGmbH, Frankfurt/M., die heute nach der Zahl der Mitglieder der drittgrößte Einkaufsverband ist⁷⁴.

Große Bedeutung erlangte auch die *Deutsche Einkaufsgenossenschaft* für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, eGmbH, Erfurt, die 1900 von acht angesehenen Geschäften der Branche in Gera gegründet wurde, „deren Inhaber der Überzeugung waren, daß die Wirtschaftsform der Genossenschaft, welche die Entwicklung des Handwerks so tatkräftig förderte, auch für den Handel erfolgverheißend sei, da durch den Genossenschaftszusammenschluß gleichartiger Einzelhandelsgeschäfte diesen Unterneh-

⁷¹ Zit. n. Bölke, R., a.a.O., S. 32 a.

⁷² Vgl. Mittheilungen über den 41. Allgemeinen Genossenschaftstag zu Hannover, S. 358 u. Richter, O., a.a.O., S. 71.

⁷³ Vgl. Meyer, W., a.a.O., S. 49.

⁷⁴ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufsverbände, 5. Aufl., S. 30 f. u. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1966, Wiesbaden 1967, S. 85.

mungen eine wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber der Konkurrenz und den mit großen Kapitalien arbeitenden Warenhäusern gegeben war“⁷⁵. 1901 wurde der Sitz der Genossenschaft nach Erfurt verlegt. Im Jahre 1907 ging sie mit der 1897 in Rheidt gegründeten Einkaufsvereinigung westdeutscher Manufacturwarenhandlungen eGmbH eine Interessengemeinschaft ein und übernahm sie später ganz. Die Zahl der angeschlossenen Geschäfte stieg bis zum Jahre 1910 auf 155 und bis zum Jahre 1920 auf 286. 1931 gehörten ihr schließlich 414 Textilfirmen an⁷⁶, die zu den renomiertesten Geschäften der Branche zählten⁷⁷. Darunter waren eine Reihe von großen Kaufhäusern. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kam es kaum zu Neuzugängen von Mitgliedern. 1947 wurden die meisten der Anschlußfirmen der Erfurter Genossenschaft von der DEG, Deutsche Einkaufs-genossenschaft für Textilwaren eGmbH, Neuß a. Rh., aufgenommen⁷⁸.

Bis zum Jahre 1907 entstanden, wie unsere Aufstellung zeigt, 11 Einkaufsverbände. Dabei überwog die Rechtsform der eGmbH, was auf eine gewisse Begeisterung für die durch das Gesetz von 1889 neu geschaffene Rechtsform schließen läßt. Nach einigen weiteren Gründungen und einer Reihe von Auflösungen in den nächsten Jahren gab es bei Kriegsbeginn 15 Einkaufsvereine, davon sieben in der Rechtsform der eGmbH. 1914 schloß sich die Mehrzahl von ihnen zum Zentralverein deutscher Einkaufsverbände der Textilbranche e. V., Hamburg, zusammen. Der Zentralverein sollte selbst nicht auf dem Gebiet des gemeinsamen Einkaufs tätig sein, sondern war ein allgemeiner Interessenverband. Nur in der Kriegs- und Übergangswirtschaft übernahm er die Funktion einer Zentrale, als er bei der Verteilung von Waren auf die Mitgliedsverbände mitwirkte⁷⁹. Im Gegensatz zum Kolonialwarenhandel herrschte in der Einkaufsbewegung der Textilbranche während der Kriegszeit eine ausgesprochene Stagnation. Es kam nur zu drei Neugründungen. Der Warenmangel hemmte die Entwicklung und brachte 1920 den Zusammenbruch mehrerer kleinerer Einkaufsverbände, die nicht über die nötigen Reserven verfügten⁸⁰.

Die Verschärfung der Lieferantenkonditionen anfangs der 20er Jahre führte dann zu einer Welle von Neugründungen, die um die Mitte des Jahrzehnts ihren Höhepunkt erreichte, so daß man ihre Zahl für Mai 1928 auf 60 schätzte und geradezu von einer „Einkaufsverbandsmode“ sprach⁸¹.

⁷⁵ Bölke, R., a.a.O., S. 34.

⁷⁶ Vgl. Meyer, W., a.a.O., S. 50 u. Bölke, R., a.a.O., S. 35.

⁷⁷ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 7 v. 12. 2. 1910.

⁷⁸ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufsverbände, 5. Aufl., S. 21.

⁷⁹ Vgl. Schmidt, E., a.a.O., S. 112.

⁸⁰ Vgl. Lehmann, A., a.a.O., S. 160.

⁸¹ Vgl. Meyer, W., a.a.O., S. 52.

Anders als früher trat jetzt die Rechtsform der eGmbH deutlich hinter der GmbH und AG zurück. Darunter befanden sich allerdings Gesellschaften, die wir heute eher als freiwillige Ketten denn als Einkaufsverband charakterisieren würden⁸² und einige mehr konzernartige Gründungen von führenden Warenhäusern. Daneben bildeten sich zahlreiche freie Einkaufsvereinigungen zur Durchführung des gemeinsamen Einkaufes von Fall zu Fall und ohne Errichtung eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes.

Während von der Mitte der 20er Jahre an, wie bereits festgestellt, die Fach- und Spezialfachverbände immer mehr ihren kartellartigen Charakter aufgaben, nahm die Bedeutung der Einkaufsverbände im Kampf gegen die Lieferantenkartelle mehr und mehr zu. Dabei gingen sie nach dem Vorbild der Warenhauskonzerne nach und nach zur Eigenproduktion über. So begann z. B. die DEG zu Beginn der 30er Jahre damit, Damen-, Herren- und Knabenoberkleidung in Stapelpreislagen in großen Mengen für ihre Mitglieder anzufertigen⁸³.

Eine gewisse Sonderstellung nahm die 1921 von 28 rheinisch-westfälischen Einzelhändlern gegründete Erwege, Einkaufsgenossenschaft Rheinisch-Westfälischer Geschäftshäuser eGmbH, Düsseldorf, die heutige *Kaufring eGmbH*, ein, da sie bei der Gründung nur den gemeinsamen Einkauf von Haushalts- und Spielwaren besorgte und erst 1931 den Bezug von Textilien aufnahm, wodurch sich die Zahl ihrer Mitglieder auf 178 im Jahre 1932 erhöhte⁸⁴. Auch der Einkaufsverband Norden GmbH, Hamburg, gegr. 1903, war kein reiner Textileinkaufsverband. Er befaßte sich auch noch mit dem gemeinsamen Bezug von Schuhen.

Die Bedeutung der Einkaufsverbände für den Textileinzelhandel zeigt sich darin, daß im Jahre 1928 von den ca. 91 000 Betrieben der Branche

⁸² Das gilt neben der 1921 errichteten Grohag GmbH, einer Gründung der Leipziger Warenhausfamilie Gebr. Ury, vor allem für die Alsberg-Eteg-Konzern AG, die durch langfristige Abnehmerverträge mit Waren- und Kaufhäusern und Textilspezialgeschäften zusammenarbeitete. (Vgl. Meyer, W., a.a.O., S. 66 ff.) Freiwillige Ketten nach dem Vorbild des Lebensmitteleinzelhandels wurden dann im Textileinzelhandel vor allem in der Seldis Handelsgemeinschaft, Hildesheim, und der Ittega, Interessengemeinschaft selbständiger Textilgroß- und Einzelhändler GmbH, Osnabrück, erst von 1959 an gegründet. Daneben arbeiten noch die Großhandlungen Franz Sinn & Sohn KG in Aachen („Sieben Sonnen“), Pfeiffer & Schmidt, Braunschweig, und Arnold Becker & Co. GmbH in Saarbrücken mit vertraglich gebundenen Ausschlußfirmen des Einzelhandels zusammen. (Vgl. Gross, H., Freiwillige Ketten bei Textilien, in Handelsblatt v. 23. 11. 1959 u. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, Strukturwandlungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1975, Frankfurt a. M. 1966, S. 571 ff.)

⁸³ Vgl. König, P., Wareneinkauf, a.a.O., S. 25.

⁸⁴ Vgl. Kaufring eGmbH, Überblick der bisherigen Entwicklung, Düsseldorf 1959.

etwa 8 000 Firmen mit ungefähr 9 000 Geschäftsstellen in den 60 Vereinigungen zusammengeschlossen waren. Diese 10 % der Textileinzelhandelsbetriebe setzten etwa 1,8 Mrd. Mark um, was fast 20 % des gesamten Umsatzes der Branche entsprach⁸⁵, gehörten doch den Einkaufsverbänden fast alle führenden Spezialgeschäfte, eine große Zahl von Kaufhäusern und sogar eine Reihe von Warenhäusern an. In mehreren Verbänden wuchsen die angeschlossenen Mitglieder überdurchschnittlich schnell, wodurch die Förderungsleistung der Einkaufsvereinigungen besonders gut zum Ausdruck kommt.

Diese Entwicklung führte dazu, daß sich nach und nach bei fast allen Einkaufsverbänden genau festgelegte Vorschriften für die Neuaufnahme von Mitgliedern durchsetzten, die vielen von ihnen den Vorwurf eintrugen, daß gerade die schwächeren Betriebe, die des gemeinsamen Einkaufs am ehesten bedurft hätten, nicht aufgenommen würden. Dabei wurden strenge Anforderungen an die Höhe des Umsatzes, die Kapitalverhältnisse, Zahlungsweise etc. gestellt⁸⁶. So machte bereits im Jahre 1928 der Einkaufsverband Norden GmbH die Neuaufnahme von einem Umsatz in Höhe von 300 000 Mark abhängig.

Für die große Masse der Geschäfte bedeuteten auch schon die teilweise recht hohen Geschäftsanteile ein unüberbrückbares Hindernis. So betrug z. B. bei der DEG der Geschäftsanteil, der sofort nach der Aufnahme voll einzuzahlen war, 3 000 Mark, bei der Hadeka belief sich der Anteil auf 500 Mark, bei einer Haftpflicht von 3 000 Mark, und bei der Norden GmbH mußten 1 750 Mark Einlage aufgebracht werden⁸⁷. In der Regel wurde an jedem Ort nur ein Mitglied aufgenommen. Bewarb sich eine weitere Firma, so hatte das ältere Mitglied ein Einspruchsrecht⁸⁸.

Diese im Vergleich zu den Lebensmitteleinkaufsgenossenschaften recht strengen Maßstäbe für die Zulassung neuer Mitglieder finden wir auch bei der Mehrzahl der heute in der Bundesrepublik arbeitenden Einkaufsverbände, ganz gleich, ob es sich um Genossenschaften oder Kapitalgesellschaften handelt. So verlangte nach Angaben im Handbuch der Textil-Einkaufsverbände z. B. die Rheintextil 2 Mill. DM Jahresumsatz, die KATAG 1,5 Mill. DM, die Arno 1 Mill. DM, der Einkaufsverband Norden-Merkur 300 000 DM für Spezialgeschäfte und 600 000 DM für Vollsortimenter und die Nordwest 100 000 DM, die Zeichnung eines Genossenschaftsanteils von 3 500 DM und die Zahlung einer Aufnahme-

⁸⁵ Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen von W. Meyer, a.a.O., S. 52 f., die durch die Textil-Wirtschaft Nr. 22 v. 2. 6. 1949 bestätigt werden, in der von einem Umsatz aller Einkaufszusammenschlüsse in der Vorkriegszeit in Höhe von 1,75—2 Mrd. Mark die Rede ist.

⁸⁶ Vgl. Mekelburg, F., a.a.O., S. 44.

⁸⁷ Vgl. Meyer, W., a.a.O., S. 60.

⁸⁸ Vgl. Bölke, R., a.a.O., S. 49 ff.

gebühr von 100 DM. Da die anderen Einkaufsverbände die Aufnahmebedingungen nur auf Anfrage mitteilen, ist anzunehmen, daß auch bei ihnen der verlangte Mindestumsatz relativ hoch liegt. Der Deutsche Einkaufsverband A. Sleumer KG, der mit 950 angeschlossenen Firmen die mitgliederstärkste Organisation darstellt, ist der einzige Verband, der den Betritt nicht von einer bestimmten Umsatzhöhe abhängig macht. Bei ihm sind eine Aufnahmegebühr von 100 DM und ein Darlehen von 3 000 DM aus Umsatzbonus zu zahlen⁸⁹.

Viele der alten Zusammenschlüsse nahmen nach dem Zweiten Weltkrieg, dem eine Reihe von Einkaufsverbänden zum Opfer fiel, ihre Tätigkeit wieder auf. 1949 gab es 24 Einkaufsverbände⁹⁰. 1951 wurde in Zusammenarbeit mit Einkaufsvereinigungen im Ausland die Internationale Vereinigung der Textileinkaufsverbände (IVT) gegründet⁹¹, der 1966 53 Einkaufszusammenschlüsse aus 11 Ländern angehörten. Unter Mitwirkung der IVT gelang dann im Jahre 1958 ein weiterer wichtiger Schritt, die Gründung der EZ-Textil, Einkaufszentrale Europäischer Einkaufsverbände GmbH. Was die EZ-Textil den anderen, meist bedeutend älteren Zentralen des Einzelhandels, wie z. B. der Edeka-Zentrale, voraus hat, ist nach *Weinwurm-Wenkhoff* „die Tatsache, daß sie von vornherein auf internationaler Basis errichtet worden ist“⁹². Die entscheidende Bedeutung der EZ-Textil für die ihr angeschlossenen deutschen Einkaufsverbände ist darin zu sehen, daß es ihr gelang, diese nicht bloß zu einer engen Zusammenarbeit mit der Zentrale zu veranlassen, sondern sie von der Notwendigkeit einer Konzentration der Kräfte auf der Ebene der Einkaufsverbände selbst zu überzeugen. Während uns innerhalb der Gruppe von Einkaufsverbänden, die der EZ-Textil nicht angehören, keine einzige Fusion bekannt ist, wurde unter den der EZ-Textil angeschlossenen Einkaufsverbänden in den letzten Jahren in nicht weniger als vier Fällen fusioniert, wodurch die Zahl der deutschen Mitglieder der Zentrale von 13 auf acht vermindert werden konnte. Diese Konzentrationstendenz hat gerade in allerletzter Zeit (Ende 1967) einen gewissen Höhepunkt erreicht.

Schon 1964 schlossen sich der Einkaufsverband Norden GmbH und der Einkaufsverband Merkur KG zum Einkaufsverband Norden-Merkur GmbH, Hamburg, zusammen, der damit mit 452 Mitgliedern an die fünfte Stelle aller Einkaufszusammenschlüsse in nichtgenossenschaftlicher Rechtsform rückte⁹³. Der Einkaufsverband „Agetex“ GmbH, Wup-

⁸⁹ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufs-Verbände, 5. Aufl., S. 15 ff.

⁹⁰ Vgl. Textil-Wirtschaft Nr. 22 v. 2. 6. 1949.

⁹¹ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufs-Verbände, 5. Aufl., S. 42.

⁹² *Weinwurm - Wenkhoff*, E. H., Internationale Zusammenarbeit, S. 140.

⁹³ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufs-Verbände, 5. Aufl., S. 26.

pertal, dem im Mai 1965 461 Mitglieder angehörten, und die Unterelbsche Einkaufs-KG W. Wallstab, Hamburg, die im Mai 1965 226 Geschäfte belieferte, beschlossen im Oktober 1967 die Fusion zum 1. Januar 1968⁹⁴. Die daraus neu entstehende Gesellschaft rückt damit nach der Zahl der Mitglieder an die zweite Stelle aller nichtgenossenschaftlichen Einkaufsverbände.

Unter den Genossenschaften fusionierten im September 1967 der Einkaufsverband Niedersachsen, Hamburg, und die DEG Neuß mit der Sütex zur Sütex-Vereinigte Textil-Verbände eGmbH, Stuttgart, die so mit 850 angeschlossenen Geschäften an die Spitze aller Genossenschaften getreten ist⁹⁵. (Vgl. nebenstehende Aufstellung.) Für den 1. 1. 1968 haben die Hadeka und die Bayritex die Fusion geplant⁹⁶. Damit wird es nur noch 14 Einkaufsverbände des Textilhandels geben. Die Entwicklung ist aber hiermit bestimmt noch nicht abgeschlossen. Es kann *R. Nieschlag* nur zugestimmt werden, wenn er meint, „die Erkenntnis, daß die warenauswirtschaftlichen Leistungen der Textileinkaufsvereinigungen künftig verstärkt werden müssen, dürfte die Bereitschaft kleiner Gruppen zur Fusion beschleunigen, wenn es ihnen nicht auf andere Weise gelingt, ihre Position zu stärken. Man könnte sich auch vorstellen, daß die Zusammenarbeit der Gruppen, die in der EZ-Textil bereits mit Erfolg aufgenommen worden ist, auf weitere Gebiete ausgedehnt werden wird, und dadurch der ‚Überbau‘ ... auch bei den Textileinkaufsvereinigungen an Bedeutung gewinnt“⁹⁷.

Übersicht über die Einkaufsverbände des Textileinzelhandels in der Bundesrepublik⁹⁸

I. Genossenschaften	Anzahl der Mitglieder (z. T. einschließlich Filialen) (Stand: Mai 1965)
1. Sütex-Vereinigte Textil-Einkaufs-Verbände eGmbH, Stuttgart	850 ⁹⁹
2. Kaufring eGmbH, Düsseldorf	525

⁹⁴ Vgl. FAZ Nr. 250 v. 27. 10. 1967.

⁹⁵ Vgl. Industriekurier Nr. 178 v. 14. 9. 1967.

⁹⁶ Vgl. FAZ Nr. 277 v. 29. 11. 1967.

⁹⁷ *Nieschlag, R.*, Die Textileinkaufsvereinigungen, S. 14.

⁹⁸ Quelle: Handbuch der Textil-Einkaufsverbände des In- und Auslandes, 2. u. 5. Aufl., S. 17 ff. bzw. 15 ff.; Industriekurier Nr. 178 v. 14. 9. 1967 u. FAZ Nr. 250 v. 27. 10. 1967 u. Nr. 277 v. 29. 11. 1967.

⁹⁹ Stand: September 1967.

- | | |
|--|-----|
| 3. Hadeka, Handelszentrale Westdeutscher Kaufhäuser eGmbH, Frankfurt/M.
(ab 1. 1. 68 Fusion mit der Bayritex) | 463 |
| 4. Bayritex Textileinkaufsverband eGmbH, München
(ab 1. 1. 68 Fusion mit der Hadeka, Frankfurt) | 333 |
| 5. Textil-Einkaufsverband „Nordwest“ eGmbH, Münster | 270 |
| 6. Textiltring-Einkaufsgenossenschaft fachkundiger Kaufleute eGmbH | |
| 7. Hadeka, Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eGmbH, Berlin | |

II. Sonstige Einkaufsverbände

- | | |
|---|-----|
| 1. Deutscher Einkaufsverband A. Sleumer KG, Hamburg | 950 |
| 2. Unitex Einkaufsverband GmbH, Ulm | 607 |
| 3. Grohag mbH, Wiesbaden | 561 |
| 4. Einkaufsverband „Agetex“ GmbH,
Wuppertal-Elberfeld
(ab 1. 1. 1968 Fusion mit der Unterelbsche Einkaufs-KG
W. Wallstab, Hamburg) | 461 |
| 5. Einkaufsverband Norden-Merkur Ges. mbH,
Hamburg-Altona | 452 |
| 6. Unterelbsche Einkaufs-KG W. Wallstab, Hamburg
(ab 1. 1. 68 Fusion mit der „Agetex“ GmbH,
Wuppertal-Elberfeld) | 226 |
| 7. Katag Aktiengesellschaft, Bielefeld | 215 |
| 8. „Rheintextil“ Rheinische Einkaufsvermittlungs-
und Beratungsgesellschaft für Textilgeschäfte AG | 129 |
| 9. Arno Arbeits- und Einkaufsgemeinschaft
in- und ausländischer Ausstattungshäuser GmbH,
Frankfurt (Main) | 29 |

Bereits im Jahre 1964 setzten die den damals noch 20 Vereinigungen angeschlossenen 6 000 Textileinzelhändler in ihren 6 700 Betrieben 6,2 Mrd. DM um. Das entsprach etwa 25 % des gesamten Umsatzes der Branche¹⁰⁰. 1965 betrug der Umsatz 7,0 bis 7,1 Mrd. DM¹⁰¹. Die Mitgliederänderungen bewegen sich wegen der Geschäftsbereichsklausel, die einen Verzicht auf die Belieferung konkurrierender Unternehmen durch ein und denselben Einkaufsverband bedeutet, in relativ engem Rahmen. Nach einer Untersuchung des Zentralverbandes der gewerblichen Einkaufsvereinigungen des Handels hatten über drei Viertel aller ihm angeschlossenen Einkaufsverbände des Textileinzelhandels sowohl 1957 als auch 1965 Umsätze zwischen 100 000 und 1 Mill. DM. Die Zahl der den Einkaufszusammenschlüssen angehörenden Unternehmen

¹⁰⁰ Vgl. Handbuch der Textil-Einkaufs-Verbände, 5. Aufl., S. 10.

¹⁰¹ Vgl. Tietz, B., a.a.O., S. 572. (Diese Werte enthalten nur die Textilumsätze und nicht die Umsätze der Mitglieder textiler Einkaufsverbände in sonstigen Warengruppen.)

mit mehr als 1 Mill. DM Jahresumsatz stieg von 1957 bis 1965 von 15,3 auf 21,6 ‰¹⁰².

Dem Marktanteil der Mitglieder am Gesamtumsatz der Branche nach steht damit der Textilsektor von allen genossenschaftlichen Wirtschaftszweigen in Deutschland an zweiter Stelle. Wie im Lebensmitteleinzelhandel haben auch hier die Einkaufsverbände neben der Warenbeschaffung und der Beobachtung der finanziellen Entwicklung ihrer Mitglieder ein Bündel verschiedener Dienstleistungen übernommen, die teilweise von Nebenleistungen zu Hauptleistungen geworden sind und von den Mitgliedern mitunter als wichtiger empfunden werden als die Warenbeschaffung, so daß auch hier die Bezeichnung „Einkaufsverband“ heute in hohem Maße historisch zu verstehen ist, und ihr Wesen mit *R. Nieschlag* besser mit dem Begriff „Dienstleistungszentrale“¹⁰³ zu kennzeichnen ist. „Sie sind aber dabei nicht stehen geblieben. Schon jetzt kann man sie als „Marketing- und Bildungszentralen bezeichnen; dieser Charakter wird in Zukunft noch besser hervortreten als heute“¹⁰⁴.

C. Die Fachverbände der übrigen Zweige des Einzelhandels

I. Übersicht über die wichtigsten Verbände auf Reichsebene¹

- 1825 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig
- 1872 Deutscher Apotheker-Verein, Berlin (durch Zusammenschluß des 1820 gegr. Apothekervereins im nördlichen Teutschlande mit dem Süddeutschen Apotheker Verein)
- 1888 Verein deutscher Nähmaschinenhändler, Dresden
später: Reichsverband des Deutschen Nähmaschinenhandels e. V., Berlin
- 1891 Hauptverein deutscher Tapetenhändler, Frankfurt/M.
- 1900 *Verein Deutscher Zuckerhändler, Magdeburg
- 1893 Verband Deutscher Fahrrad- und Motorfahrzeughändler, Frankfurt/M.
- 1896 Vereinigung der Samenhändler Deutschlands, Berlin
- 1897 *Verband Deutscher Eisenwarenhändler e. V., Mainz
- 1898 Verband Deutscher Teppich- und Möbelstoff-Händler, Kassel, später Leipzig
- 1899 Centralverband der Lederhändler Deutschlands, Berlin
Verband deutscher Klavierhändler, Leipzig

¹⁰² Vgl. *Tietz*, B., a.a.O., S. 572.

¹⁰³ *Nieschlag*, R., Textileinkaufs-Vereinigungen, S. 12. Vgl. hierzu ferner: *Weinwurm - Wenkhoff*, E. H., Vom Einkaufsverband zum Ein- und Verkaufsverband, in: *Blick durch die Wirtschaft der FAZ* v. 1. 4. 1965.

¹⁰⁴ *Nieschlag*, R., Textileinkaufs-Vereinigungen, S. 12.

¹ Die Aufstellung wurde zusammengestellt auf Grund folgender Quellen: *Handbuch-1903*, *Handbuch-1913*, *Handbuch-1919*, *Handbuch-1928*, und *H. d. E.*, a.a.O., S. 833 ff.

* Verbände, denen auch Großhändler angeschlossen waren.

- 1900 *Verband deutscher Porzellan-, Steingut- und Glaswarenhändler, Gros-
sisten und Detaillisten e. V., Berlin
später: Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas,
Haus- und Küchengeräten e. V., Berlin
Verband Deutscher Zigarrenladen-Inhaber e. V., Hamburg
- 1901 Verband Deutscher Schuhwarenhändler, Berlin
Verband deutscher Musikwerke- und Automatenhändler, Ludwigshafen
a. Rh.
*Reichsverband des landwirtschaftlichen Maschinenhandels e. V., Berlin
- 1902 *Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands e. V., Berlin
- 1903 Centralverband Deutscher Schuhwarenhändler e. V., Erfurt
Bund deutscher Händler für photographischen Bedarf e. V., Berlin
später: Deutscher Photo- und Kinohändlerbund e. V., Berlin
- 1904 Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber (V. D. B.) e. V., Berlin
- 1905 Bund der Sprechmaschinen-Händler Deutschlands, Berlin
Hauptverband der Deutschen Optiker-Vereinigungen e. V., Dresden
Verband deutscher Papier- und Schreibwarenhändler e. V., Düsseldorf
Verband deutscher Papier- und Schreibwarenhändler e. V., Würzburg
- 1907 Verband der Beleuchtungsgeschäfte Deutschlands e. V., Berlin
Deutscher Zigarrenhändler-Bund e. V., Berlin
Verband Deutscher Büchsenmacher, Waffen- und Munitionshändler,
München
- 1908 *Bund Deutscher Fahrrad- und Kraftfahrzeughändler e. V., Bremen
Zentralverband der Schulbuchhändler, Papier- und Schreibwaren-
Detaillisten Deutschlands e. V., Berlin
- 1909 *Deutscher Automobil-Händler-Verband e. V., Berlin
(Reichsverband für Kraftfahrzeughändler und -bedarf)
- 1910 Schutzverband deutscher Kinderwagenhändler e. V., Berlin
Reichsverband Deutscher Sportgeschäfte e. V., Berlin
- 1911 Verband Deutscher Musikinstrumenten-Händler e. V., Köln
Verband der Möbel- und Dekorationsgeschäfte Deutschlands e. V., Ber-
lin
Reichsverband der Büromaschinenhändler e. V., Berlin
Zentralverband der Seifenhändler Deutschlands, Berlin
- 1912 Verband deutscher Linoleumhändler e. V., Leipzig
- 1914 Reichsverband für den Papier- und Bürobedarfshandel, Frankfurt a. M.
Verband Deutscher Schirm-Spezial-Geschäfte, Sitz in Dresden
- 1915 Händlerbund „Deutsche Schreibmaschine“, Berlin
- 1916 Deutsche Buchhändlergilde e. V., Berlin
Reichsverband Deutscher Lederhändler, Berlin
- 1917 Reichsverband des Deutschen Sprechmaschinen- und Schallplattenhan-
dels e. V. (R. D. S.), Berlin
Zentralausschuß Deutscher Papierhändlerverbände
- 1918 Hauptausschuß Deutscher Papier-Kleinhändler-Verbände, Sitz Frank-
furt
Hauptausschuß Deutscher Papier-Kleinhändler-Verbände, Würzburg
Deutscher Spielwarenverband, Sonneberg²

² Händler- und Produzentenverband.

- 1919 Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler e. V., Berlin (endgültiger Zusammenschluß aller bisher konkurrierenden Verbände) Arbeitsgemeinschaft der deutschen Spezialhändler mit Tabakwaren, Berlin
Reichsverband Deutscher Fahrrad-, Nähmaschinen- und Motorfahrzeughändler e. V., Hamburg
Reichsverband des Deutschen Seifenhandels und verwandter Zweige e. V., Berlin
- 1920 Verband deutscher Zigarrenspezialgeschäfte e. V., Berlin
- 1921 Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Spezialhandels mit Tabakwaren, Berlin
- 1923 Reichsverband Deutscher Schuhwarenhändler e. V., Berlin (durch Zusammenschluß des Verbandes Deutscher Schuhwarenhändler e. V., Berlin, gegr. 1901 u. des Zentral-Verbandes Deutscher Schuhwaren-Händler e. V., Sitz Erfurt, gegr. 1903)

Im folgenden seien noch die Fachverbände genannt, die 1933 bestanden, deren Gründungsjahr uns aber nicht bekannt ist.

Verband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels e. V., München (vor 1918)

Freie Vereinigung der Deutschen Zeitungs- und Druckschriften-Händler e. V., Berlin

Deutscher Musik-Sortimenter-Verband e. V., Düsseldorf

Vereinigung der Deutschen Münzhändler, Frankfurt/M.

Bund Deutscher Briefmarkenhändler-Vereine, Halle/Saale

Centralverband Deutscher Luxus- und Galanteriewarengeschäfte e. V., Frankfurt/M. (vor 1918)

Verband für Samenbau und Samenhandel (Gemüse- und Blumensamen) e. V., Berlin.

II. Die Ursachen des Zusammenschlusses

Abgesehen von einigen Ausnahmen, für die besondere Gründe gelten³, setzte sich die allgemeine Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses von Fachverbänden auf Reichsebene im Detailhandel erst um die Jahrhundertwende in größerem Umfang durch, als sich in einer Reihe von Branchen, oft ohne besonderen Anlaß, die bestehenden örtlichen Vereine systematisch in festgefügtten überregionalen Organisationen vereinigten. Als Beispiel sei hier der Verband Deutscher Eisenwarenhändler genannt, zu dem sich im Jahre 1898 der ein Jahr vorher gegründete Verband Süddeutscher Eisenhändler, der im gleichen Jahr entstandene Verband der Interessenten der Haushalts- und Eisen-

³ Hierzu gehört vor allem der Deutsche Drogisten-Verband, auf den wir schon eingegangen sind. Dagegen haben wir es im Börsenverein des deutschen Buchhandels mit keinem reinen Detailhandelsverband zu tun, da ihm auch Verlage, Verlagsbuchhandlungen und Zeitungsverlage angehörten, die zum Großhandel bzw. zur Industrie zu zählen sind. (Vgl. Schmidt, E., a.a.O., S. 24.)

warenhändler Norddeutschlands und der auf das Jahr 1896 zurückgehende Verband Westdeutscher Kaufleute der Haus- und Küchengeräte und Eisenwarenbranche⁴ zusammenschlossen, weil, wie der Verband in seiner Festschrift schreibt, „man es doch sehr bald erkannte, daß dieses Nebeneinanderhergehen die zur Verfügung stehenden Kräfte allzusehr zersplittere“, und „die Mühen und Kosten, die jeder einzelne Verband bei der Verfolgung seiner Ziele hatte, erheblich herabgemindert werden könnten, wenn die gesamten Interessen von einer Zentralstelle aus wahrgenommen würden. Ein großer deutscher Verband biete übrigens ganz andere Garantien für die Durchführung der gemeinsamen Bestrebungen...“⁵. Hier wären dann auch noch die Verbände von Fachgeschäften zu nennen, die sich erst nach und nach durch den fortschreitenden Differenzierungsprozeß herausbildeten und vor allem dem Vertrieb technischer Artikel dienten, wie z. B. die Organisationen der Autohändler, der Händler mit Maschinen der verschiedensten Art, der Sportgeschäfte, Photohändler usw.

Von der Jahrhundertwende an trat dann immer mehr das Vordringen der Produzenten in den Bereich des Detailhandels und dessen Bedrohung durch die Lieferantenkartelle und -konventionen als Ursache des Zusammenschlusses in den Vordergrund⁶. Dies gilt außer für die verschiedensten Zweige des Textildetailhandels vor allem für die Organisation der Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräte⁷, den Centralverband der Kohlenhändler⁸, die Verbände der Zigarrenhändler⁹, die Verbände des Schuhhandels¹⁰, den Verband der Teppich-

⁴ Die Gründung der drei Landesverbände aber ist durch die Kartellierung der Eisenindustrie veranlaßt worden. (Vgl. *Handloser*, W., a.a.O., S. 42.)

⁵ Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler e. V., 1897—1907, Mainz 1907, S. 29.

⁶ Vgl. *Tiburtius*, J., Lage und Leistung des deutschen Handels in ihrer Bedeutung für die Gegenwart, Berlin—München 1949, S. 208 ff., *Nieschlag*, R., Binnenhandel, S. 386 ff. u. *Bonikowsky*, H., a.a.O.

⁷ Vgl. hierzu vor allem: Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Nord & Süd Einkaufsgenossenschaft, Berlin 1929, S. 5, *Langlotz*, E., Der Kleinhandel mit Eisenwaren, Haus- und Küchengeräten unter besonderer Berücksichtigung seiner Schwierigkeiten und der Mittel ihrer Beseitigung, Düsseldorf 1918 u. *Voss*, E., Die Vereinigungen in der Porzellanindustrie und im Porzellanhandel Deutschlands, Diss. Tübingen 1923, S. 103 ff.

⁸ Vgl. hierzu im einzelnen: *Politer*, O., Zur Geschichte und Entwicklung des Kohlenhandels, in: Veröffentlichungen des Centralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands, Berlin o. J. (1903), u. *Lederer*, E., Wirtschaftliche Organisationen, S. 707.

⁹ Vgl. *Goerrig*, R., Der Tabaktrust und seine Gefahren für Deutschland, Dresden 1913.

¹⁰ *Blümle*, E.-B., Die Funktionen der genossenschaftlichen Einkaufsverbände des deutschen Schuheinzelhandels in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung. Ein Beitrag zur Entwicklung einer volkswirtschaftlichen Funktionslehre, Diss. Freiburg in der Schweiz 1959, S. 11.

Linoleum- und Möbelstoffhändler und den Verband Deutscher Linoleumhändler. Beim Zusammenschluß des Kohlenhandels spielte daneben auch noch der Versuch der Konsumvereine, im Kohlenabsatz Fuß zu fassen, eine große Rolle¹¹.

Bei einigen der eben genannten Verbände ist als weitere Gründungsursache das Aufkommen der modernen Großbetriebsformen anzuführen, so vor allem bei den Organisationen der Händler mit Porzellan und Hausrat¹², der Schuhhändler und darüber hinaus auch noch bei den Verbänden der Schreibwarenhändler¹³.

Einen gewaltigen Auftrieb erhielt der fachliche Zusammenschluß während des Ersten Weltkrieges und vor allem in der Zeit der Warenknappheit und der Inflation. Jetzt entstanden in einer Reihe von Branchen Verbände, um den zunehmenden Eingriffen des Staates in die Warenverteilung entgegenzuarbeiten¹⁴. Die Bedrohung durch den Staat bewirkte in einigen Zweigen, wie im Papier-, Tabak- und Schuhwarenhandel, wo sich bis dahin verschiedene Verbände bekämpften, daß man sich auf das Gemeinsame besann und die meist persönlichen Differenzen begrub. A. Lampe erklärt das damit, daß die Verbände — „im Sinne des Satzes, daß Druck Gegendruck erzeugt — erst mit dem Vordringen aktiver behördlicher Wirtschaftspolitik zum Zwecke der Regulierung des Konkurrenzkampfes eine soziologische Grundlage (fanden)“¹⁵.

Die Integrationsfunktion staatlicher Stellen bei der Verbandsbildung machte sich auch noch in anderer Hinsicht bemerkbar: Die Regierungen und die verschiedenen Behörden von Reich, Ländern und Kommunen waren von sich aus an der Existenz von großen und einheitlich organisierten Fachverbänden interessiert, da sie mit diesen natürlich viel leichter zusammenarbeiten konnten als mit mehreren kleineren Zusammenschlüssen.

III. Struktur, Aufbau und Tätigkeitsformen der Verbände

Durch das unorganische Entstehen und Wachsen der Fachverbände, die meist über eine größere Anzahl von angeschlossenen Orts- und Bezirksvereinen verfügten, ergab sich bald eine ziemlich große Zahl von Organi-

¹¹ Vgl. Lederer, E., Mittelstandsbewegung, 1910, S. 998.

¹² Vgl. Verschöfen, W., Die Marktverbände, S. 68 ff.

¹³ Vgl. Zorbach, J., a.a.O., u. Handbuch—1918, S. 998.

¹⁴ Das gilt vor allem für die Verordnungen über Preistreiberei und Warenauszeichnung in den Jahren 1918/19. (Vgl. Schmitz, C., a.a.O., S. 831.)

¹⁵ Lampe, A., Großhandel, in: HdSt, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929, S. 352.

sationen. Die Unübersichtlichkeit wurde noch dadurch erhöht, daß sich in nicht wenigen Branchen durch Gründungen von Konkurrenzverbänden und durch Spaltungen mehrere Vereinigungen auf Reichsebene um die Einzelhändler bemühten, „wobei es nicht selten vorkam, daß die einzelnen Organisationen, anstatt sich gegenseitig zu unterstützen, sich stark befehdeten“¹⁶. Das gilt vor allem für die Zweige des Zigarren-, Schuh- und Schreibwareneinzelhandels. Erst die große Not nach dem Ersten Weltkrieg führte dazu, daß sich die Verbände dieser Branchen einigten. Bei den Zigarrenhändlern freilich waren die Gegensätze so stark, daß es ähnlich wie im Lebensmitteleinzelhandel erst durch die staatliche Zwangsorganisation nach 1933 zu einer Zusammenarbeit kam.

Wegen der Breite des Sortiments in einer Reihe von Fachgeschäften ergab sich für viele von ihnen darüber hinaus die Notwendigkeit, sich mehreren Verbänden gleichzeitig anzuschließen. So gehörten, um nur ein Beispiel zu nennen, viele Haushaltswarengeschäfte sowohl dem Verband Deutscher Eisenwarenhändler als auch dem Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräten an. „Aus dieser an sich notwendigen und löblichen organisatorischen Mannigfaltigkeit ist aber“, wie *J. Tiburtius* feststellt, „leider in manchen Bezirken eine der berühmten Überorganisationen der Wirtschaft entstanden, bei der die aufgewandten Mittel in keinem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zum Erfolg stehen“¹⁷.

Wegen der großen Zahl der Verbände und der dauernden Veränderungen im Zeitablauf ergaben sich erhebliche Unterschiede in der Größe. Der mitgliederstärkste Fachverband außerhalb der Lebensmittel- und Textilbranche war im Jahre 1932 der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands mit 18 150 angeschlossenen Kaufleuten, dem allerdings auch sehr viele Großhändler angehörten. Dagegen zählte die kleinste Organisation, die Vereinigung der Deutschen Münzhändler, nur 21 Mitglieder. Der Mehrzahl der Fachverbände waren im Jahre 1932 zwischen 1 000 und 3 000 Einzelhändler angeschlossen. Ein ungefähres Bild über die größten Vereinigungen und die Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen im Zeitablauf ergibt folgende Aufstellung¹⁸:

¹⁶ Vgl. *Kaufmann*, Edgar, a.a.O., S. 21.

¹⁷ *Tiburtius*, J., Die Verbandsarbeit des Einzelhandels, S. 5.

¹⁸ Zusammengestellt aus: Handbuch—1913, Handbuch—1919, u. Handbuch—1928, H.d.E., a.a.O., S. 833 ff.

Übersicht
über die Entwicklung der Mitgliederzahlen einiger
großer Einzelhandelsfachverbände

Name des Verbandes	Anzahl der Mitglieder in den Jahren			
	1912	1918	1928	1932
Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands e. V.	5 000	5 000	20 000	18 150
Verband Deutscher Zigarrenladen-Inhaber e. V.	3 900		12 000	10 000
Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler e. V.	—	—	8 000	7 000
Deutscher Apotheker-Verein	5 010	5 271		6 800
Verband Deutscher Blumen- geschäftsinhaber e. V.	—	4 000	7 000	6 000
Deutscher Zigarrenhändler-Bund e. V.	1 439	1 300	5 000	5 000
Verband Deutscher Eisen- warenhändler e. V.	3 200	3 200	5 700	5 000

Sowohl bei diesen Verbänden als auch bei allen übrigen Fachverbänden setzte in der Nachkriegszeit ein gewaltiges Ansteigen der Mitgliederzahlen ein. „Das ‚große Aufwachen‘ des Einzelhandels ist“, so schreibt *A. Lampe*, „als ein wahrer Wirtschaftsgewinn den unruhewollen Jahren der Nachkriegszeit zu danken, die den Staat in den Reihen seiner Gegner (Höchstpreispolitik, Wucherbekämpfung) erscheinen ließen, während gleichzeitig geballte Industriemacht einen, teils sinnlosen, teils als Abwehrmanöver gedachten, Kampf gegen den ‚unproduktiven‘ Handel führte. In einem wirtschaftlichen Fegefeuer schmolzen mühsam errungene Eigenkapitalien dahin. Alle Erfahrung trog. Hoffnungen auf Wundertaten der Politik sahen sich enttäuscht. Durch eine unsagbar harte Lehre wurde der Einzelhandel in die Bahnen der Selbsthilfe förmlich hineingetrieben. Die kleinlichen Hemmungen des Geschäftsneides wurden überwunden, Konkurrenten lernten einander als Kollegen sehen¹⁹.“ Gleichzeitig wurden schon während des Krieges fast allen Wirtschaftsverbänden, besonders aber den Fachverbänden des Einzelhandels hoheitliche Aufgaben verliehen, worauf vor allem *A. Gutersohn* hinweist. „Je länger, desto offenkundiger erwiesen sich die staatlich-zentralistische Rohstoffbewirtschaftung und Verbrauchslenkung allein den Wehranforderungen und denjenigen der Landesversorgung nicht gewachsen. Es wurde nötig, die vorhandenen halböffentlichen und privaten Vereinigungen zur Mithilfe aufzubieten... Der durch den Ausgang des Ersten

¹⁹ *Lampe, A.*, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels, S. 979 f.

Weltkrieges ausgelöste Protektionismus und die schweren Kriseneinbrüche der Jahre 1920—1922 und 1929—1936 mündeten in einen immer weiter ausholenden ‚Interventionismus‘²⁰ aus, in dessen Rahmen sich die Staaten zu Eingriffen in die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen aufgerufen fühlten. Kein Wunder, daß diese Wandlung der Dinge den Verbänden erneut kräftigen Auftrieb verlieh. In Volkswirtschaften, von denen zahlreiche Zweige oder gar deren Hauptteil Schutz und staatliche Unterstützung beanspruchten, mußten die Gelegenheiten der Einflußnahme auf Art, Richtung und Maß der öffentlichen Wirtschaftslenkung hervorragende Bedeutung gewinnen... Die Aufgaben waren, vollends mit dem Einbezug der ‚hinteren Front‘ in die Feindseligkeiten, nicht mehr ohne die aktive Mitwirkung der Verbände zu meistern. Ob es sich dabei auf nach wie vor ‚freie‘ zu stützen galt, oder mittlerweile ein korporativer Einbau in eine umfassende politische Willensbildung erfolgte: Überall hieß es, die Anstrengungen den im Landesinteresse gebotenen Zwecken zu widmen und die Unterordnung der Belange der einzelnen unter jene zu erreichen²¹.“

Die juristische Grundlage hierfür bot der Artikel 156, Absatz II, der Weimarer Reichsverfassung, der dem Reich das Recht einräumte, in dringenden Fällen durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung mit dem Ziel zusammenzuschließen, Erzeugung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln²².

Diese Umstände führten also nicht bloß, wie im letzten Abschnitt festgestellt, zur Gründung neuer Verbände, sondern brachten ihnen und den bereits bestehenden ein beträchtliches Potential von Mitgliedern, so daß sie sich ganz systematisch ihr Tätigkeitsfeld schaffen und „sich dabei zu einer bis dahin nie gekannten Stärke“²³ entwickeln konnten.

A. Lampe folgert hieraus, ähnlich wie F. Eulenburg²⁴, daß im Einzelhandel die Einsicht in die Notwendigkeit eines engen fachlichen Zusammenschlusses um so stärker gefördert wurde, „je rücksichtsloser der Staat in den Gang der Wirtschaft eingriff, und je mehr die Beziehungen

²⁰ Vgl. Küng, E., Der Interventionismus, Bern 1941.

²¹ Gutersohn, A., Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft, Bd. II, Die betriebswirtschaftlichen Eigentümlichkeiten. Die gewerblichen Verbände. Die Verflechtung des Gewerbes mit dem Markt, in: Schriftenreihe des Schweizerischen Instituts für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Nr. 5, Zürich und St. Gallen 1962, S. 84.

²² Vgl. 25 Jahre Edeka, S. 24.

²³ Kublanck, F., a.a.O., S. 22.

²⁴ Vgl. Eulenburg, F., a.a.O., S. 56.

der Lieferanten zur ‚Branche‘ der Generalisierung durch Verbandsbeschlüsse unterworfen wurden . . . Immerhin mußten sich die Außenseiter sagen, daß die besonderen Darbietungen der Organisation . . . nur dem der Fachorganisation angehörenden Konkurrenten zugute kamen, wenn sie selbst sich dem Verbandsleben fernhielten“²⁵.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen, der sich zunächst bei den meisten Fachverbänden gegen Ende der 20er Jahre einstellte, war dann zum einen eine Folge der Normalisierung der Verhältnisse und zum andern eine Reaktion auf die zunehmende Einflußnahme des Staates. „Eine Gegenbewegung setzte mit dem Ende dieser Periode ein: Selbst gegen freie Vereinigungen erhoben sich Vorwürfe, zu leichthin der Belastung der Mitglieder mit Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit und Auflagen zugestimmt oder ihr sogar die Arme geliehen zu haben . . . Deshalb verlor in den Ländern, in denen Bevölkerung und Wirtschaft nach dem Schwinden der außenpolitischen Gefahren einen entscheidenden Abbau der staatlichen Machtbefugnisse und Verwaltungen erlangten, auch die Bereitschaft an Boden, sich weiterhin den Anweisungen der Verbände und ihren Solidaritätsappellen zu fügen“²⁶.

Im allgemeinen waren die Fachverbände straffer organisiert als die Schutzverbände, weshalb sie auch einen größeren Einfluß auf ihre Mitglieder ausüben konnten, wenn dieser auch nicht überall so weit ging wie bei den kartellmäßig organisierten Zusammenschlüssen des Textileinzelhandels²⁷. Die Aufgaben von Kartellen übernahmen vor allem die verschiedenen Buchhändlerorganisationen und der Zentralverband der Kohlehändler, der eine Reihe von Ortskartellen schuf. Daneben versuchten u. a. der Verband Deutscher Eisenwarenhändler, der Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräten und der Verband deutscher Klavierhändler wiederholt ihre Mitglieder zur Einhaltung einheitlicher Preis- und Abnahme- bzw. Lieferbedingungen gegenüber ihren Lieferanten und Kunden anzuhalten. Teilweise kam es auch zu sehr energischen Maßnahmen. Vor allem der Verband Deutscher Eisenwarenhändler setzte wiederholt Lieferanten sperren bei seinen Mitgliedern durch²⁸. Als nach dem Ersten Weltkrieg die Lieferantenkartelle auf breiter Front zu einer Verschärfung ihrer Konventionen übergingen, wurde bei den meisten Reichsfachverbänden der Vertretung der Interessen der angeschlossenen Mitglieder gegenüber der Industrie- und Großhandelsstufe große Aufmerksamkeit geschenkt.

²⁵ Lampe, A., Einzelhandel, S. 504.

²⁶ Gutersohn, A., Gewerbe, a.a.O., S. 85.

²⁷ Vgl. Tiburtius, J., Wirtschaftspolitische Probleme des Einzelhandels, in: H.d.E., a.a.O., S. 808.

²⁸ Vgl. Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler, S. 11.

Da sich Fachgeschäfte und Großbetriebsformen nun in gleicher Weise bedroht fühlen mußten, war dies in vielen Zweigen des Einzelhandels der Anlaß für eine engere Zusammenarbeit mit den Waren- und Kaufhäusern. Eine Reihe von Warenhäusern trat den verschiedensten Fachverbänden bei und in mehreren Branchen wurden gemeinsame Institutionen zwischen dem betreffenden Fachverband und dem VDWK errichtet. Als Beispiel sei hier genannt die Arbeitsgemeinschaft zum Schutze des Möbelhandels, die zwischen dem Deutschen Möbelfachverband und dem Warenhausverband zustandekam²⁹.

Im allgemeinen war aber der Kartellcharakter der fachlichen Zusammenschlüsse des Einzelhandels nicht so groß wie bei den Verbänden des Großhandels³⁰.

Auch die zunehmende Einflußnahme des Staates auf die Warenverteilung brachte die kleinen und mittleren Fachgeschäfte und die modernen Großbetriebsfirmen einander näher. Fachverbände und die Organisationen der Filialbetriebe und der anderen Großbetriebsformen kämpften jetzt in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels Seite an Seite gegen die Preiswuchergesetzgebung und die zunehmende Steuerbelastung. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, der früher eine sehr konsumvereinsfreundliche Politik verfolgt hatte, schloß sich nunmehr den Protesten der Verbände des mittelständischen Einzelhandels gegen die Bevorzugung der Konsumgenossenschaften bei der Warenverteilung an. In der Zeit der Warenknappheit verstummte bei allen Fachverbänden der Ruf nach Hilfe des Staates. An seine Stelle trat auch bei ihnen die Forderung nach Freiheit im Wirtschaftsleben³¹. Man hörte nichts mehr von zünftlerischen Forderungen und „berufsständischer Ordnung“. Das gilt auch für die Mehrzahl der älteren Fachverbände, bei denen teilweise schon vor dem Ersten Weltkrieg große Widerstände gegen die von den Schutzverbänden geforderten Erhaltungsinterventionen spürbar wurden. „Es beginnt ein Stadium einzutreten“, schreibt *E. Lederer* im Jahre 1910, „in welchem nicht mehr kategorisch die Unterdrückung der Warenhäuser gefordert wird, sondern sich die Interessenten ermutigen, durch Selbsthilfe, durch Ausgestaltung der im Detailhandel liegenden speziellen Eignungen, Fähigkeiten und Vorteile den Konkurrenzkampf mit den Warenhäusern aufzunehmen“³². Als Beispiel

²⁹ Vgl. *Gegenwartsfragen des Einzelhandels II*, Ansprachen und Vorträge auf der Einzelhandelstagung in Berlin vom 11.—13. Oktober 1928, hrsg. v. d. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Berlin 1929, S. 133.

³⁰ Vgl. *Lampe, A.*, Großhandel, S. 352 ff. In neuerer Zeit ist ein Garantiekartell im Uhrenhandel bekannt geworden. 1963 hat die „Zentra“, Garantiegemeinschaft e. V., Köln, für ihre 1 930 Mitglieder ein Kartell für den Kundendienst angemeldet. (Vgl. Handelsblatt Nr. 149 v. 8. 8. 1963.)

³¹ Vgl. *Wernicke, J.*, Kapitalismus S. 602.

³² *Lederer, E.*, Mittelstandsbewegung, 1910, S. 992.

kann hier der Verband Deutscher Eisenwarenhändler in Mainz genannt werden. Unter seiner Führung hatte noch im Jahre 1907 die Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände erfolgreich auf die Formulierung des eindeutig gegen die Großbetriebsformen gerichteten Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Einfluß genommen. 1909 beteiligte er sich bereits bei der Gründung des Hansa-Bundes und 1910 wandte er sich dann gegen einen Beschluß der Interessengemeinschaft, die Erhöhung der Warenhaussteuern in Preußen zu unterstützen³³. Schon sehr früh zeigte sich auch bei den Fachorganisationen des Berliner Detailhandels eine fortschrittliche Haltung. Selbst in den Verbänden der Fachbereiche, die unter der Konkurrenz der Großbetriebe besonders zu leiden hatten — das traf außer dem Lebensmittelhandel insbesondere für den Schuh- und Lederwareneinzelhandel zu, aber auch für den Papier- und Schreibwarenhandel —, zwang die Not zur Einsicht, daß die gemeinsamen Interessen jetzt die trennenden weit überstiegen, wenn sie dann auch später, als sich der Wettbewerb auf der gleichen Stufe erneut verschärfte, wieder zu großen Gegnern der Großbetriebe wurden.

Aber auch bei diesen Verbänden, denen vorwiegend kleine Geschäfte angehörten, bestand, wie bei allen fachlichen Zusammenschlüssen, ein wesentlicher Unterschied zu den alten Schutzverbänden. Hatten jene ihre Aufgabe fast ausschließlich in der Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung und in der Vertretung der allgemeinen „Standes“-interessen gegenüber Behörden und anderen Organisationen erblickt, so ging es allen Fachverbänden primär um die innere Verbandspolitik, um die Unterstützung der angeschlossenen Geschäfte bei der Rationalisierung der Betriebe, um die Beratung der Mitglieder in Sach- und Fachfragen, kurz um die Einführung der verschiedensten Formen der Selbsthilfe einschließlich der Gründung von Einkaufszusammenschlüssen. Diese Wandlung zum Sachlich-Rationalen wurden vor allem durch ihr Verhältnis zu den politischen Parteien manifestiert. Während bei den Schutzverbänden fast immer in den Programmen und Satzungen die Interessenvertretung gegenüber den politischen Parteien besonders betont wurde, kam dieser Punkt nach *E. Kaufmann* nur bei einem einzigen Fachverband in den Statuten zum Ausdruck³⁴.

Das Arbeitsgebiet der Fachverbände weitete sich im Laufe der Zeit immer mehr aus. Dem Sinne nach war die Verbandstätigkeit immer dem jeweiligen Geschäftszweig gewidmet. Die „innere Arbeit“ zielte „wesentlich auf Leistungsfähigkeit der Unternehmen, Entwicklung und Festi-

³³ Vgl. Deutscher Eisenwarenhandel Nr. 32 v. 7. 8. 1909 u. Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler, S. 59 ff.

³⁴ Vgl. *Kaufmann*, Emil, a.a.O., S. 67.

gung von Handelsbräuchen, Regelung der Konkurrenzformen ab³⁵. Daneben kümmerten sich viele Fachverbände auch um die Erleichterung der Kreditbeschaffung für die Mitglieder und um deren Aufklärung über neue Geschäftsmethoden in der betreffenden Branche. Es wurden bei mehreren Organisationen Abteilungen für Stellenvermittlung, Rechtsschutz, Steuer- und Buchhaltungsfragen, unlauteren Wettbewerb, Mahnverfahren, Bezugsquellennachweis usw. eingerichtet³⁶. Die meisten Organisationen schufen Zuschuß- und Unterstützungskassen für Angestellte und ältere Mitglieder. Besondere Bedeutung kam den Messen und Ausstellungen zu, die viele Zusammenschlüsse anlässlich ihrer Mitgliederversammlungen in Zusammenarbeit mit Großhandel und Produzenten abhielten³⁷.

Freilich, die Erkenntnis, daß die Steigerung der Produktivität des Handels ein Bildungsproblem ist³⁸, setzte sich bei der Mehrzahl der Fachverbände erst recht spät durch. Eine Ausnahme bildete hier neben dem Deutschen Drogistenverband, der 1880 die Deutsche Drogisten-Akademie in Braunschweig gründete, lediglich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels zu Leipzig, der sich schon 1852 in der Buchhändler-Lehranstalt eine eigene Fachschule schuf³⁹. An ihr fand unter anderem ein einjähriger Fachkursus für Buchhandlungsgehilfen zur Weiterbildung und für junge Leute mit gehobener Schulbildung zur Berufsvorbereitung statt⁴⁰. In den meisten Branchen wurde von der Jahrhundertwende an nur in örtlichen Vereinen der Förderung des Berufsnachwuchses Aufmerksamkeit geschenkt. So entstanden z. B. in vielen Großstädten Fachschulklassen des Eisenwarenhandels, die von Mitgliedern der Ortsvereine des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler ehrenamtlich betreut wurden⁴¹. Im allgemeinen aber überließ man die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Kaufleute den Industrie- und

³⁵ Lampe, A., Binnenhandel, S. 89.

³⁶ Vgl. Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler, S. 96 f. u. Handloser, W., a.a.O., S. 42 ff.

³⁷ Vgl. hierzu im einzelnen die Vorträge über die Lage in verschiedenen Fachbereichen des Einzelhandels auf der Einzelhandlstagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin im Jahre 1928. (Gegenwartsfragen des Einzelhandels II, a.a.O., S. 45 ff.)

³⁸ Vgl. Leihner, E., Die Produktivität des Handels — ein Bildungsproblem, in: Arbeitsblätter für Berufs- und Betriebsförderung im Einzelhandel der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Nr. 13, Oktober 1959.

³⁹ Vgl. Handbuch—1913, S. 470.

⁴⁰ Vgl. Seyffert, R., Wirtschaftslehre des Handels, Köln und Opladen 1951, S. 596.

⁴¹ Vgl. Roloff, R., Fachhandel und Wirtschaftspolitik, in: Brücke zum Markt, vom Wesen und Wirken des Nürnberger Bundes, Essen o. J. (1951), S. 56.

Handelskammern⁴². Gewisse Impulse gingen hier vom Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser aus, von dem die Schulung der Mitarbeiter und des Nachwuchses schon bald nach der Gründung besonders gefördert und damit der „Mensch als Betriebsfaktor“ (*Seyffert*)⁴³ in seiner Bedeutung erkannt wurde. Obwohl gerade damals im Einzelhandel der „Betriebsfaktor Mensch“ im unmittelbaren Verkaufsakt eine besondere Rolle spielte⁴⁴, wurden Verbandsfachschulen in größerer Zahl dann erst gegen Ende der 20er und in den 30er Jahren errichtet. Von entscheidendem Einfluß war dabei das Einzelhandelsschutzgesetz von 1933, durch das erstmals Anforderungen in Warenkunde und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen an die Inhaber von Geschäften gestellt wurden. Heute unterhalten 14 der 30 Branchenverbände des Einzelhandels Fachschulen, die teilweise noch vor dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, wie z. B. die Fachschule des deutschen Eisenwaren- und Hausratshandels in Wuppertal (1939), teilweise aber auch erst im letzten Jahrzehnt entstanden.

„Nachdem die Mauern, die den Einzelbetrieb von der Umwelt, vom Konkurrenten abgeschlossen hatten, erst einmal gefallen waren, zog die Idee der Gemeinschaftsarbeit immer weitere Kreise und machte auch vor Dingen nicht halt, die früher ängstlich gehütetes Geschäftsgeheimnis waren⁴⁵.“ Dabei erfuhren die Fachverbände auch hier viele Anregungen durch den Warenhausverband und die Hauptgemeinschaft, die bemüht war, vor allem die Einzelhandelsstatistik planvoll auszubauen⁴⁶. Im Jahre 1930 wurden von 15 der 47 der Hauptgemeinschaft angeschlossenen Reichsfachverbänden laufende statistische Erhebungen durchgeführt. Fünf dieser Verbände bearbeiteten das bei ihnen eingehende

⁴² Den ersten Unterrichtskursus für selbständige Kleinhandelskaufleute hielt 1906 die Detaillistenkammer Hamburg ab. (Vgl. Detaillist Nr. 40 v. 5. 10. 1907 u. Kolonialwaren-Zeitung Nr. 37 v. 11. 5. 1909.)

⁴³ Vgl. *Seyffert*, R., Der Mensch als Betriebsfaktor. Eine Kleinhandelsstudie, Stuttgart 1922.

⁴⁴ Vgl. *Tiburtius*, J., Die Mitarbeiterschaft im Einzelhandel, ein soziologischer Versuch, in: Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, hrsg. v. O. Stammer u. K. C. Thalheim, Berlin 1960, S. 391.

⁴⁵ *Grünbaum*, a.a.O., S. 54.

⁴⁶ Auf die Bedeutung der Verbandsstatistik für die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der wirtschaftlichen Interessenverbände hat vor allem W. *Vershofen* hingewiesen: „Den geschilderten Zweckbestrebungen kann der Wirtschaftsverband nur genügen, wenn er als solcher in seiner Legislative und Exekutive über die nötige Einsicht in die wirtschaftliche Lage aller verbündeten Betriebe verfügt und darüber hinaus nach Möglichkeit auch die Lage der Außenseiter erkennt und damit imstande ist, das durchschnittliche wirtschaftliche Interesse des ganzen in Betracht kommenden Industriezweiges auch unter sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen festzulegen. Das wichtigste Mittel zur Erreichung dieser Information ist die Verbandsstatistik“. (*Vershofen*, W., Die Statistik der Wirtschaftsverbände, in: Nürnberger Beiträge zu den Wirtschaftswissenschaften, H. 1, Nürnberg 1924, S. 4.)

Material selbst, die anderen gaben es an wissenschaftliche Institute zur Aufbereitung weiter⁴⁷.

Einigen dieser Fachverbände kommt auch das große Verdienst zu, den Anstoß zur Gründung bedeutender Einkaufsvereinigungen gegeben zu haben.

IV. Die Gründung von Einkaufsverbänden

Besonders enge Beziehungen zwischen dem Fachverband und den Einkaufsgenossenschaften finden sich im Detailhandel mit Hausrat (Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräten usw.).

1. Im Einzelhandel mit Hausrat und Eisenwaren

Der im Jahre 1900 in Berlin gegründete Verband deutscher Porzellan-, Steingut- und Glaswarenhändler, Grossisten und Detaillisten e. V. geht zurück auf eine kurz vorher entstandene Vereinigung Berliner Spezialhändler. Den Anlaß für diesen Zusammenschluß bildete die ein Jahr vorher durch *Phillipp Rosenthal*, Selb, errichtete Vereinigung deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellanindustrie, die es sich zum Ziele gesetzt hatte, einheitliche Verkaufsbedingungen sowie Minimalpreise festzusetzen und alle Sonderbedingungen aufzuheben⁴⁸. Da sich dagegen der lose Händlerverband nicht durchsetzen konnte, und sich gleichzeitig eine starke Konkurrenz der Warenhäuser zeigte, plädierte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Verbandes, *Theodor Wieseler*, der Inhaber der Großhandelsfirma Süddeutsche Glasmanufactur Theodor Wieseler und Teilhaber der Detailhandelsfirma Wieseler & Mahler, beide in Nürnberg, für die Gründung einer Einkaufsvereinigung. „Angeregt durch die Erfolge des genossenschaftlich organisierten Verbandes Deutscher Posamentengeschäfte in Weimar⁴⁹ und getragen von dem Gedanken, möglichst weiten Kreisen seines Berufsstandes den Beitritt zu dem von ihm angestrebten Unternehmen des Gemeinschaftseinkaufes offen zu halten, schlug er“, wie es in der Festschrift des Zusammenschlusses heißt, „hierfür die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaften vor⁵⁰.“ Die Genossenschaft wurde auf einer Versammlung von Groß- und Einzelhändlern, zu der *Wieseler* nach Nürnberg eingeladen hatte, am 13. Januar 1901 als Verband Deutscher Glas-, Porzellan-

⁴⁷ Vgl. *Lampe, A.*, Der Einzelhandel in der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, hrsg. v. Adolf Weber, H. 11/12, Berlin 1930, S. 35 u. 42 f.

⁴⁸ Vgl. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Nord & Süd, S. 5.

⁴⁹ Vgl. hierzu S. 211 f.

⁵⁰ *Müller, E.*, 50 Jahre Nürnberger Bund, in: Brücke zum Markt, S. 13.

und Luxuswaren-Händler eGmbH, mit Sitz in Nürnberg, gegründet. Zum ersten Vorsitzenden und Direktor wurde *Wieseler* gewählt. Er brachte als Grundstock des Lagergeschäftes, für das er seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, die Warenbestände seiner Großhandlung mit ein. Damit zeigt diese Gründung gewisse Züge einer freiwilligen Gruppe, da ja auch bei ihr die Initiative von einem Großhändler ausging. Bald kam es zu Differenzen zwischen *Wieseler* und dem Fachverband, der die Interessenvertretung der Groß- und Detailhändler gegenüber den Produzentenvereinigungen für sich allein in Anspruch nahm. *Wieseler* wurde aus dem Vorstand hinausgewählt. Seine Gegner innerhalb des Verbandes deutscher Porzellan-, Steingut- und Glaswarenhändler planten die Gründung einer eigenen Einkaufsgenossenschaft als Unterabteilung des Verbandes⁵¹. *Wieseler* gelang es aber mit Hilfe der Mitglieder seiner Genossenschaft, die fast alle dem Fachverband angehörten, den Vorstand des Verbandes mit seinen Leuten neu zu besetzen — er selbst wurde wieder stellvertretender Vorsitzender — und die Statuten zu ändern, so daß die dem Verband angeschlossenen Geschäfte praktisch gezwungen wurden, mit der Nürnberger Genossenschaft zusammenzuarbeiten. Die Konkurrenzgründung konnte aber trotzdem nicht verhindert werden. Sie erfolgte am 14. April 1904 durch 27 Mitglieder des Fachverbandes aus ganz Deutschland in Eisenach als Nord & Süd Einkaufsgenossenschaft für Luxuswaren, Porzellan, Steingut, Glas, Beleuchtungsartikel, Haus- und Küchengeräte eGmbH mit Sitz in Eisenach. Nach einiger Zeit entwickelte sich bald wieder eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Fachverband, der sich später nach der Gründung des Verbandes deutscher Grossisten für Glas und Keramik, Leipzig⁵², in Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräten e. V. umbenannte, und den beiden Genossenschaften, deren Mitglieder fast alle dem Reichsverband angehörten. Auch die beiden Einkaufszusammenschlüsse selbst schlossen sich dem Reichsverband korporativ an⁵³, wodurch die festen Beziehungen zwischen Fach- und Einkaufsorganisation unterstrichen wurden.

Ein gutes Verhältnis bestand auch zum Verband Deutscher Eisenwarenhändler, der sich ebenfalls nachdrücklich für den Beitritt seiner Mitglieder zu Genossenschaften einsetzte. So ließen sich gelegentlich des 10jährigen Stiftungsfestes des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler im Jahre 1907 45 führende Mitgliedsfirmen des Verbandes zum Eintritt in die Nord & Süd veranlassen. Während die Nürnberger Genossenschaft

⁵¹ Vgl. Voss, E., a.a.O., S. 109 ff. u. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Nord & Süd, S. 5.

⁵² Vgl. Voss, E., a.a.O., S. 107.

⁵³ Vgl. Handbuch—1928, S. 701.

und die Nord & Süd von Anfang an als überlokale Genossenschaften auf Reichsebene tätig waren, entstanden noch vor dem Ersten Weltkrieg zwei lokale Zusammenschlüsse, die Einkaufsgenossenschaft Keramik eGmbH, Bremen, gegr. 1909, und die Einkaufsgenossenschaft Rhein-West eGmbH, Elberfeld, gegr. 1910⁵⁴, die beide noch heute bestehen.

Die beiden ältesten Genossenschaften der Branche machten eine stürmische Entwicklung durch und wurden auch nach dem Ersten Weltkrieg, als auch in diesem Einzelhandelszweig eine neue Gründungs-
welle⁵⁵ einsetzte, von keiner dieser neuen Zusammenschlüsse an Bedeutung erreicht. W. *Vershofen*, der mehrere Jahre Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Porzellangeschirrfabriken war und daher die Verhältnisse dieses Wirtschaftszweiges vorzüglich kannte, schreibt über ihre Bedeutung 1928: „Die beiden ältesten und wichtigsten sind der ‚Nürnberger Bund‘ in Nürnberg und ‚Nord und Süd‘ in Berlin und Essen. Rund 1 000 der besten Geschäfte für Haus- und Küchengeräte sind allein in diesen beiden Genossenschaften organisiert . . . Die geniale Konstruktion der Genossenschaften, die die Kapitalmacht des Warenhauses erreichten, vielleicht sogar übertrafen, ohne die Selbständigkeit der Spezialgeschäfte zu opfern, verdient dabei besondere Bedeutung⁵⁶.“

Konzentrierte sich das Interesse der Mitglieder zunächst nur auf den Einkauf von Glas-, Porzellan- und Keramikwaren, so wurden bald auch Eisenwaren mit in das Sortiment aufgenommen⁵⁷. Anfangs arbeiteten die Genossenschaften vorwiegend im Delkrederegeschäft. Die termingerechte Zahlungsweise und die strenge Beachtung des Barzahlungsprinzips ermöglichte es den Einkaufszusammenschlüssen bald, mit einer großen Zahl von Herstellern in vertragliche Beziehungen zu treten, obwohl zunächst der Porzellanfabrikenverband die Zusammenarbeit mit ihnen verweigerte⁵⁸. Nach kurzer Zeit wurde das Delkrederegeschäft durch das Lager- und Streckengeschäft ergänzt. Die Voraussetzung hierfür schuf der fortschreitende Ausbau von Lagern und Niederlassungen und die Einrichtung von Warenbörsen. Der Nürnberger Bund, der im Jahre 1917 seinen Namen in „Nürnberger Bund“, Großeinkaufsverband

⁵⁴ Vgl. *Laumayer*, F., Die Bezugsgenossenschaften der Eisenwarenhändler und der Eisenwarengroßhandel, Diss. Frankfurt a. M. 1932, S. 30 u. *Müller*, E., a.a.O., S. 29.

⁵⁵ Gegen Ende der zwanziger Jahre gab es ca. 11—13 Genossenschaften und noch eine Reihe von Einkaufsverbänden in anderer Rechtsform. (Vgl. *Meier*, A., Probleme des gemeinschaftlichen Einkaufs der Einzelhändler in Haus- und Küchengeräten, Eisenwaren, Glas und Porzellan, in: *Schriften zur Einzelhandelsforschung*, H. 2, Stuttgart 1930, S. 63 u. *Laumayer*, F., a.a.O., S. 31.)

⁵⁶ *Vershofen*, W., Die Marktverbände, S. 68.

⁵⁷ Vgl. *Richter*, a.a.O., S. 117.

⁵⁸ Vgl. *Müller*, E., a.a.O., S. 14 ff. u. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Nord & Süd, S. 10.

Deutscher Fachgeschäfte für Glas-, Porzellan-, Steingut-, Luxus-, Leder- und Schmuckwaren, Haus- und Küchengeräte, Eisenwaren, Öfen, Herde, Beleuchtungs- und Installations-Artikel sowie den gesamten Hausrat eGmbH, Nürnberg, änderte, eröffnete 1919 in Essen, dem Sitz der bedeutendsten Fabrikanten für Haus- und Küchengeräte und Eisenwaren, und 1921 in Berlin Geschäftsstellen⁵⁹. Bis zum Jahre 1925 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder auf 529. In den Jahren 1925 bis 1933 stieg die Zahl der Geschäfte, die wegen Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, und daher ausgeschlossen wurden, so daß die Genossenschaft am 1.9.1934 nur noch 408 Spezialgeschäfte umschloß. Die Verschmelzung mit dem in Süddeutschland sehr angesehenen Stuttgarter Bund eGmbH und dem Einkaufsring der Eisenwarenhändler eGmbH, Berlin, in den Jahren 1938 und 1939 führte zu einer erneuten Erhöhung der Mitglieder auf 708 am 1.9.1939. Die Genossenschaft setzte im Geschäftsjahr 1938/39 47 Mill. RM um⁶⁰.

Die Nord & Süd siedelte 1913 nach Berlin über und änderte ihren Namen in Nord & Süd, Einkaufs-genossenschaft eGmbH. Die Entwicklung verlief hier ähnlich wie beim Nürnberger Bund. Ihre Mitgliederzahl war zwar geringer; da die Nord & Süd aber bei der Aufnahme einen höheren Mindestumsatz verlangte⁶¹, gehörten ihr die größeren Geschäfte an. Im Jahre 1926 erreichte sie einen Umsatz von 40 Mill. RM, während der mitgliederstärkere Nürnberger Bund im gleichen Jahr nur 31,8 Mill. RM umsetzte⁶².

Im Gegensatz zu den Genossenschaften des Kolonialwareneinzelhandels spielte bei denen des Hausrateinzelhandels der Kampf gegen die Produzentenkartelle stets eine große Rolle, so daß sie von Anfang an echte „countervailing powers“ waren. Bis zum Ersten Weltkrieg gab es auch immer wieder harte Auseinandersetzungen mit dem VDWK, da beide Verbände, ähnlich wie im Textileinzelhandel⁶³, bis dahin eine unterschiedliche Stellung zum Porzellanfabrikenverband einnahmen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Hersteller, wenn auch die Institutionalisierung der Zusammenarbeit nicht gelang. *W. Vershofen* hat die Kämpfe dieser Ver-

⁵⁹ Vgl. Müller, E., a.a.O., S. 17 ff.

⁶⁰ Vgl. Müller, E., a.a.O., S. 24 f. u. 30 ff.

⁶¹ Die Aufnahmebedingungen waren bei beiden Genossenschaften ähnlich streng wie bei den Textileinkaufsverbänden. Beim Nürnberger Bund war ein Mindestumsatz von 50 000 RM und bei der Nord & Süd ein solcher von 100 000 RM Bedingung für die Aufnahme. In beiden Genossenschaften durfte in Städten bis zu 50 000 Einwohner nur je ein Spezialgeschäft beitreten. (Vgl. Voss, E., a.a.O., S. 136 u. S. 99.)

⁶² Vgl. Voss, E., a.a.O., S. 253.

⁶³ Vgl. S. 203 ff.

bände seiner Arbeit über „Die Marktverbände“ zugrundegelegt, in der er zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie dann nach ihm J. K. Galbraith⁶⁴. Aus seinen Ausführungen geht hervor, wie energisch sich die Genossenschaften, unterstützt durch den Reichsfachverband, gegenüber ihren Konkurrenten auf der gleichen und vorgelagerten Marktstufe zu behaupten wußten: „Die Marktkonstellation ist die folgende: Reichsverband und Delkrederegenossenschaften stehen gegen die Warenhäuser und Grossisten. Grossisten stehen gegen Warenhäuser, Genossenschaften und Reichsverband, sie alle zusammen stehen gegen den Erzeugerverband . . . Eine Phase im Kampf der Verteiler untereinander ist folgendermaßen verlaufen: Die Organisationen der Spezialgeschäfte verlangten mit darüber zu entscheiden, ob ein Geschäft als Vertragskunde aufgenommen werden dürfe, ferner, daß den Warenhäusern keine höheren Rabatte gewährt werden sollten, als sie auch die Spezialgeschäfte erhielten. Beide Maßnahmen waren gegen die eigene Konkurrenz gerichtet, sollten aber vom Marktgegner, dem Erzeugerverband, durchgesetzt werden. Die Warenhäuser antworteten damit, daß sie aus dem Vertragsverhältnis ausschieden und den Versuch unternahmen, Außenseiterfabriken groß zu machen. Für die Zeit dieses Kampfes, der mehrere Jahre dauerte, verlor der Erzeugerverband sein Vertretungsmonopol, aber als Vertretungszentrum blieb er noch stark genug, so daß der Kampf, in dem auch viele Spezialgeschäfte aus dem Vertragsverhältnis ausgeschieden waren, und in dem sich die Zahl der Außenseiter des Erzeugerverbandes auf fast vierzig Betriebe mit ca. 20 % der Produktionskapazität (für Stapelware) gesteigert hatte, im Jahre 1916 durch die Vermittlung der bayerischen Regierung . . . beigelegt wurde. Das Ergebnis war ein Vertrag zwischen dem Erzeugerverband einerseits und den Verteilerverbänden andererseits, der den Händlern das Recht gab, bei der Aufnahme neuer Vertragskunden und bei der Erhöhung von Preisen und Konditionen mitzusprechen. Durch diese behördlich sanktionierten Abmachungen erhielten Erzeugerverband und Vertragsverteilerschaft ihr Vertretungsmonopol zurück⁶⁵.“

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen den Organen des Nürnberger Bundes und der Nord & Süd erfolgte im Jahre 1960 die geplante Fusion der beiden Einkaufsgenossenschaften zum Nord-Süd-Nürnberger Bund eGmbH, Essen⁶⁶. 1964 zählte er 1 600 Mitglieder, davon etwa 10 % im Ausland, und setzte Waren im Wert von 318 Mill. DM um. Das entsprach etwa 40 % des Umsatzes aller neun in der Bundesrepublik bestehenden Hausratseinkaufsgenossenschaften⁶⁷. Damit ist die Genossen-

⁶⁴ Vgl. S. 150 ff.

⁶⁵ Vershofen, W., Marktverbände, S. 69 f.

⁶⁶ Vgl. Richter, O., a.a.O., S. 120.

⁶⁷ Vgl. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 578.

schaft nach eigenen Angaben größter Hausratkäufer der Welt geworden⁶⁸. Neben ihr gab es anfangs 1967 noch folgende sechs Einkaufsgenossenschaften in der Branche⁶⁹:

	Gründungsjahr
1. Einkaufsgenossenschaft Keramik eGmbH, Bremen	1909
2. Einkaufsverband Rheinwest eGmbH, Essen-Kray	1910
3. „Nordwest“ Eisen- und Metallwaren eGmbH, Hagen/Westf.	1919
4. Großeinkaufsverband „Rote Erde“ eGmbH, Dortmund-Aplerbeck	1921
5. Niederrheinische Einkaufsgenossenschaft eGmbH, Neuß	1925
6. Eweli Großeinkaufsverband eGmbH, Bielefeld	1925

Diesen Genossenschaften gehörten im Jahre 1964 ca. 3 500 der insgesamt bestehenden 8 500 Fachgeschäfte an. Die größte unter ihnen (nach dem Nord-Süd-Nürnberger Bund) war 1964 die Nordwest in Hagen mit 357 Mitgliedern in allen Teilen der Bundesrepublik⁷⁰. Auch die Kauf-ring eGmbH führt neben Textilien und Lebensmitteln Hausratwaren⁷¹.

Wie beim Nord-Süd-Nürnberger Bund, dessen Mitgliederzahl von 1 609 im Jahre 1963 auf 1 582 im Jahre 1964⁷² abgenommen hat, scheint sich auch bei den anderen Genossenschaften eine gewisse Stagnation bemerkbar zu machen. Der Grund hierfür ist einmal der Beitritt einiger Mitglieder, die neben dem Einzelhandel auch den Großhandel betreiben, zu Einkaufsringen des Großhandels⁷³ und zum anderen das Eindringen des Systems der freiwilligen Kette in die Branche.

Als einziger Zusammenschluß dieser Art hat sich hier die Catena Handelsgemeinschaft GmbH, Hildesheim, durchgesetzt. Wie bei der Seldis Handelsgemeinschaft GmbH⁷⁴, Hildesheim, mit der sie durch gemeinsame Geschäftsführung verbunden ist, liegt ihr Ursprung in Frankreich, wo sie 1953 geschaffen wurde⁷⁵. Während ihr bei ihrer Gründung 10 Großhändler mit etwa 200 Einzelhändlern angehörten, zählte sie 1965 20 Groß- und 600 Einzelhandelsmitglieder⁷⁶. Es ist damit zu rechnen,

⁶⁸ Vgl. Handelsblatt Nr. 131 v. 24. 8. 1963.

⁶⁹ Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1966, S. 84.

⁷⁰ Vgl. Osel, W., Bei der Nordwest wird scharf gerechnet. Handelsblatt-Gespräch mit Hermann Hinrichs, Vorstandsvorsitzender der Nordwest eGmbH, Hagen, in: Handelsblatt Nr. 156 v. 17. 8. 1964.

⁷¹ Vgl. S. 214.

⁷² Vgl. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 578.

⁷³ Vgl. Handelsblatt Nr. 131 v. 24. 8. 1963.

⁷⁴ Vgl. S. 214.

⁷⁵ Vgl. Gross, H., Integration im Handel, in: Handelsblatt Nr. 99 v. 27. 5. 1965.

⁷⁶ Vgl. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 578. 1963 zählte Catena Europe 37 Leit-Großhändler und 1 350 Einzelhändler. (Vgl. Gross, H., Integration im Handel.)

„daß die Bedeutung der Einkaufsverbände und der Gruppen sich im nächsten Jahrzehnt unter Mitwirkung von Herstellern verstärken wird“⁷⁷. Nach H. Gross verdient aber dabei die Rührigkeit der Catena Europe „besondere Erwähnung als Beispiel für eine Fülle neuartiger Pionierarbeit, die durch die europäische Integration überhaupt erst möglich wird . . . Wesentlich ist dabei die Herstellung eines engen Vertikalverbundes mit Herstellern, die Schwerpunkte im Catena-Sortiment bilden und eine gemeinsame Absatzgestaltung fördern sollen“⁷⁸.

2. Im Schuh- und Lederwareneinzelhandel

Auch im Schuhwarenhandel wurde die älteste Genossenschaft von der Fachvertretung der Branche ins Leben gerufen. Hier entstand der Zusammenschluß der Fachgeschäfte auf Reichsebene ebenfalls als Gegenreaktion gegen die Produzenten: Um der Ausbreitung der Fabrikfilialen von Salamander, Mercedes und Bata zu begegnen, bildete sich 1901 der Verband Deutscher Schuhhändler. Kurz nach der Gründung forderte dessen Erfurter Ortsgruppe die Errichtung einer Einkaufsgenossenschaft durch den Verband. Als dies aber abgelehnt wurde, kam es zur Spaltung. Die Erfurter und eine Reihe anderer Ortsvereine verließen den Verband Deutscher Schuhhändler und schlossen sich 1903 im Zentralverband Deutscher Schuhhändler e. V., Erfurt, zusammen, der dann kurz darauf die Einkaufsvereinigung Deutscher Schuhwarenhändler eGmbH, Eisenach, als überlokale Genossenschaft schuf. Bereits nach einem Jahr gehörten ihr 76 Mitglieder an. 1930 verlegte sie ihren Sitz ebenfalls nach Erfurt und änderte die Firma in Ringia-Schuhwaren-Einkaufsvereinigung eGmbH, Erfurt⁷⁹. Im Jahre 1949 wurde sie als Ring-Schuh-Einkaufsvereinigung eGmbH, Hagen, später Frankfurt/M., wieder gegründet. 1960 war sie mit ca. 500 angeschlossenen Geschäften und 125 Mill. DM Umsatz die drittgrößte Einkaufsgenossenschaft der Branche⁸⁰.

Wie in vielen anderen Branchen entstanden auch im Schuhwareneinzelhandel nach dem Ersten Weltkrieg eine Reihe weiterer Einkaufsvereinigungen und zwar ausnahmslos in der Rechtsform der eGmbH. Inwieweit hierbei die Initiative von den beiden konkurrierenden Fachverbänden bzw. von dem 1923 gegründeten Reichsverband Deutscher Schuhwarenhändler e. V., Berlin, zu dem sich beide zusammenschlossen, ausging, läßt sich nicht mehr exakt feststellen. Daß enge Beziehungen bestanden, ist aber anzunehmen. Die größte Bedeutung erlangte unter

⁷⁷ Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 578.

⁷⁸ Gross, H., Integration im Handel.

⁷⁹ Vgl. Blümle, E. B., a.a.O., S. 13.

⁸⁰ Vgl. Richter, a.a.O., S. 102.

ihnen die 1919 in Hamburg gegründete Nord-West-Schuhwaren-Einkaufs-Genossenschaft eGmbH, die 1954 ihren Sitz nach Frankfurt/M. verlegte⁸¹. Ende 1965 war die Nord-West mit 1 000 angeschlossenen Kaufleuten die zweitgrößte Genossenschaft der Branche. Ein Drittel der Mitglieder haben ihren Sitz im Ausland⁸². Das größte Unternehmen ist heute die Garant-Schuhgilde eGmbH, der im Juli 1967 2 017 Mitglieder angehörten⁸³. Sie entstand 1962 durch die Verschmelzung der Schuh-Einkaufsgemeinschaft Garant eGmbH, Düsseldorf (gegr. 1927), und der Schuhwaren-Einkaufsgenossenschaft eGmbH „Schuh-Gilde“, Wuppertal-Elberfeld (gegr. 1930)⁸⁴. Die acht bedeutenden Einkaufsverbände des Schuhwareneinzelhandels umfaßten bereits im Jahre 1962 etwa 50 % aller Schuheinzelhandelsunternehmen mit einem Marktanteil von etwa 40 % (ohne den Salamander-Bund⁸⁵).

Die Schuhwareneinkaufsgenossenschaften weisen von Anfang an eine Besonderheit in der Geschäftsstruktur auf. Ihre ursprüngliche und immer noch zentrale Funktion liegt im Delkrederegeschäft. Sie übernehmen die geschlossene und kurzfristige Regulierung an die Lieferanten und die gesamte Abwicklung der Kredite an die Mitglieder⁸⁶. Auch sie haben, gezwungen durch den immer schärfer werdenden Wettbewerb, eine ausgedehnte Beratertätigkeit übernommen⁸⁷. Die meisten von ihnen wurden von Anfang an als überlokale Genossenschaften errichtet. Soweit sie auf örtlicher Basis gegründet wurden, wie z. B. die Nord-West⁸⁸, dehnten sie nach kurzer Zeit ihre Tätigkeit über größere Gebiete aus.

⁸¹ Vgl. Festschrift zur Eröffnung des Nord-West-Hauses in Frankfurt am Main am 21. und 22. September 1954, hrsg. v. der Nord-West-eGmbH, Frankfurt 1954, S. 4 ff.

⁸² Vgl. Kirsch, W. M. und Richter, O., Die Europaarbeit der Warengenossenschaften. Dargestellt am Beispiel der Nord-West-Schuhwareneinkaufsgenossenschaft, Frankfurt a. M., in: ZgGenW, Bd. 15 (1965), S. 225 ff.; Osel, W., Für die Nord-West hat Europa keine Grenzen, Handelsblatt-Gespräch mit Dr. Walter Pelletier, Frankfurt, Vorstandsvorsitzender der Nord-West-Schuhwaren-Einkaufsgenossenschaft eGmbH, in: Handelsblatt Nr. 244 v. 20. 12. 1965 u. Weinwurm-Wenkhoof, E. H., Einkaufsverbände des Handels im Umbruch, in: Der Handel heute. In Memoriam Julius Hirsch, hrsg. v. K. Ch. Behrens, Tübingen 1962, S. 169.

⁸³ Vgl. Handelsblatt Nr. 126 v. 6. 7. 1964.

⁸⁴ Vgl. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 575 ff.

⁸⁵ Ihm gehören etwa 1 600 selbständige Schuheinzelhändler an. (Vgl. Geisbüsch, H. G., a.a.O., S. 123 f. u. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 575.)

⁸⁶ Vgl. König, P., Der Wareneinkauf bei den Einzelhandelsgenossenschaften, S. 28.

⁸⁷ Vgl. Hotz, W., Die westdeutsche Schuhwirtschaft, 2. Aufl., Tübingen 1965, S. 148.

⁸⁸ Vgl. „Eröffnung des Nord-West-Hauses“, S. 4 ff.

Auch der relativ kleine Reichsverband deutscher *Lederwarenhändler* gliederte sich unmittelbar nach seiner Gründung im Jahre 1916 im Reichsverband deutscher Lederhändler m. b. H. eine Einkaufsvereinigung an, mit dem Zweck „den durch die Kriegsbewirtschaftung des Leders notwendig gewordenen wirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen“⁸⁹. Der Einkaufsverband, dem alle Mitglieder des Fachverbandes beitraten, blieb auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehen, mußte aber einen empfindlichen Rückgang der Mitgliederzahl in Kauf nehmen⁹⁰.

3. Im Tabakwarenhandel

Der Einzelhandel mit Tabakwaren, vor allem mit Zigarren, bietet uns ein weiteres Beispiel für die Aktivität der Einzelhandelsfachverbände bei der Gründung von Einkaufsvereinigungen. Es bestanden zwar schon vor dem Ersten Weltkrieg einige örtliche Einkaufs-genossenschaften (so z. B. in München, Frankfurt a. M. und Hamburg), größere Fortschritte machte aber die Gründung von Einkaufsverbänden erst, als sich der Verband Deutscher Zigarrenladen-Inhaber, Hamburg, nach dem Ersten Weltkrieg systematisch mit deren Förderung befaßte. Er regte die Gründung eines Verbandes der bestehenden Genossenschaften an. Dieser kam dann 1920 als Verband der Einkaufs-genossenschaften der Zigarrenladen-Inhaber Deutschlands mit Sitz in Kassel, später in Essen, zustande. Einen großen Aufschwung nahmen die Genossenschaften gegen Ende der zwanziger Jahre. Ihre Zahl stieg von 14 im Jahre 1928 mit 1 630 Mitgliedern auf 32 im Jahre 1931 mit 2 980 Mitgliedern. Anlässlich des 1924 in Nürnberg abgehaltenen Genossenschaftstages entstand die „Redezi“ Reichs-genossenschaft der Zigarrenhändler eGmbH mit Sitz in Essen als Zentrale⁹¹. 1929 wurde sie abgelöst durch die Tabakwaren-Großeinkaufszentrale eGmbH, Köln⁹². Mit ihr arbeiteten am 31. 12. 1966 22 Einkaufs-genossenschaften des Tabakwareneinzelhandels zusammen, die allerdings meist nur auf lokaler Basis tätig waren⁹³.

4. In den übrigen Zweigen des Einzelhandels

Noch eine Reihe weiterer Fachverbände des Einzelhandels war bestrebt, ihren Mitgliedern durch die Gründung von Einkaufsvereinigungen die Vorteile des gemeinsamen Einkaufes im großen zu verschaffen.

⁸⁹ Vgl. Handbuch—1919, S. 395.

⁹⁰ Vgl. H.d.E., a.a.O., S. 837.

⁹¹ Vgl. Mekelburg, F., a.a.O., S. 33 ff.

⁹² Vgl. Weinwurm-Wenkhoﬀ, E., E. H., a.a.O., S. 169.

⁹³ Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1966, S. 67 f.

Das gilt vor allem für die beiden ältesten Organisationen, den Deutschen Apotheker-Verein, Berlin (gegr. 1829), und den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (gegr. 1825) und dessen verschiedene Unterverbände auf regionaler und fachlicher Grundlage⁹⁴.

Mehrere Fachverbände übernahmen auch nur zeitweise — vor allem in der Kriegs- und Nachkriegszeit — die Funktion des gemeinsamen Bezuges, um bei der Warenverteilung berücksichtigt zu werden.

Auch in einigen anderen Branchen des Einzelhandels, so etwa im Kohle- und Schreibwarenhandel, kam es noch vor 1933 zur Gründung von Einkaufsvereinigungen. Meist handelte es sich dabei um örtliche Zusammenschlüsse in der Rechtsform der eGmbH, die keine allzugroße Bedeutung erlangten. Von den wenigen weiteren überlokalen Einkaufs-genossenschaften des Einzelhandels, die sich zu großen Unternehmungen entwickelt haben, sei hier nur als Beispiel auf die „Vedes“, Vereinigung Deutscher Spielwarenhändler e.G.m.b.H., Nürnberg, hingewiesen, die 1904 als überlokale Genossenschaft gegründet wurde und sich zu einer bedeutsamen Unternehmung entwickelt hat. Ihr gehören heute 250 Spezialgeschäfte in der Bundesrepublik und in Österreich an.

Am Schluß dieses Abschnittes können wir feststellen, daß sich bei einer Reihe von Fachverbänden gerade durch die Anregungen zur Gründung mächtiger, den Großbetriebsformen durchaus ebenbürtiger Einkaufsblöcke, schon sehr früh die Einsicht in die Überlegenheit der Selbsthilfe gegenüber dem Ruf nach negativer Abwehr der Konkurrenten und damit eine Tendenz zur Versachlichung zeigte. Durch die Erprobung und Anpassung dieser neuen wirtschaftsgesellschaftlichen Formationen (in Gestalt der Einkaufsverbände) wurde es auch den kapitalschwachen Einzelhändlern möglich, „im Wege der Selbsthilfe auf den ihrer personellen Einzelwirtschaft vorgelagerten Stufen . . . , auf denen ein zusammengefaßter rationeller Einsatz großer Kräfte und Mittel in spezieller Form verlangt ist, Boden zu gewinnen und am Ertrag zu partizipieren“⁹⁵. Damit verhalfen die Fach- und Spezialfachverbände des Einzelhandels dem Genossenschaftswesen zu seinem „größten Triumph“, weil es damit „siegreich in die Burg seines erbittertsten Feindes, des Handels“⁹⁶, eingedrungen ist. Aber auch bei der Einführung anderer Methoden scheuten sich die Fachverbände und ihre Mitglieder nicht, die von den „kapitalistischen“ Großbetriebsformen entwickelten Praktiken zu übernehmen und den besonderen Verhältnissen des Fach- und Spezialgeschäftes anzupassen⁹⁷. Bei einigen Fachverbänden führte dieser Prozeß sogar zur

⁹⁴ Vgl. Handbuch—1928, S. 660 ff.

⁹⁵ Back, J. M., Genossenschaftsgeist und Unternehmmergeist, S. 176.

⁹⁶ Wygodzinski, W., a.a.O., S. 244.

⁹⁷ Vgl. Lampe, A., Einzelhandel, S. 516.

institutionellen Zusammenarbeit mit ihnen. Diese Entwicklung machte vor allem nach dem Ersten Weltkrieg weitere Fortschritte und mündete in der Schaffung eines gemeinsamen Spitzenverbandes des Einzelhandels durch die Fachverbände und die Verbände moderner Großbetriebsformen. Damit zeichnet sich auch im Einzelhandel eine Tendenz ab, die schon vorher im Gewerbe zu beobachten war, die Hinwendung der mittelständischen Gruppen zu den Großbetrieben. Der politische Wandel führte zu einer Interessensolidarität gegen die Linksparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, und gegen die nunmehr bevorzugten Verbrauchergenossenschaften⁹⁸.

D. Der Spitzenverband: Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin

I. Die Vorläufer der Hauptgemeinschaft

In der Geschichte der Interessenvertretung kam es wiederholt zum Versuch, einen Spitzenverband zu gründen. Wie wir zeigen konnten, haben sich die verschiedensten Organisationen als solcher verstanden, ohne daß eine von ihnen auch tatsächlich die Funktionen eines Spitzenverbandes wahrgenommen hätte. Das gilt für den Zentralverband-Leipzig genauso, wie für den Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine, Hannover. (Siehe S. 43 ff. u. 65 ff.) Der im Jahre 1909 errichteten Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände schlossen sich die namhaften Schutzverbände und mehrere große Fachverbände an, der Ausbau zu einem echten Verband scheiterte aber am Widerstand des Leipziger Zentralverbandes. (Siehe S. 50 ff.)

Im Gegensatz zu diesen Versuchen, die eine ausgeprägte Frontstellung gegen die modernen Großbetriebsformen und ihre Verbände kennzeichnete, sollten im Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des Einzelhandels, der 1910 vom Hansa-Bund ins Leben gerufen wurde, auch Waren- und Kaufhäuser mitorganisiert werden. Er blieb aber nur ein Unterorgan des Hansa-Bundes. (Siehe S. 125 ff.)

Von entscheidender Bedeutung für die Bildung einer umfassenden Einzelhandelsorganisation war die Gründung der *Detailhandelsberufsgenossenschaft* (seit 1921: Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel), die im Jahre 1912 durch Bundesratsbeschluß auf Grund der Reichsversicherungsordnung geschaffen wurde¹. Es ist bezeichnend für die Schwie-

⁹⁸ Vgl. Lederer, E., Die wirtschaftlichen Organisationen, S. 105.

¹ Vgl. hierzu im einzelnen: Kolonialwaren-Zeitung Nr. 81 v. 15. 10. 1912 u. Lampe, A., Einzelhandel, S. 525.

rigkeiten, die im Einzelhandel für die Errichtung eines Spitzenverbandes bestanden, daß auch dieser Zusammenschluß nur durch einen Eingriff des Staates zustande kam. Vorsitzender der Organisation wurde J. Astor, Berncastel-Cues, der dann 1917 auch den Vorsitz des Reichsbundes der Deutschen Textildetaillisten-Verbände e. V., Berlin, übernahm. (Siehe S. 200 ff.) Wenn auch die Berufsgenossenschaft selbst, die, als Zusammenschluß mit hoheitlichem Charakter, nur auf einem Randgebiet des Wirtschaftsbereiches tätig war, nicht die Funktion eines Dachverbandes übernehmen konnte, so wurde mit ihr trotzdem der Grundstock für neue Organisationspläne gelegt, bildeten doch ihre Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen, gewissermaßen auf neutralem Boden, die Möglichkeit persönlicher Fühlungnahme zwischen den Vertretern der sich sonst sehr heftig bekämpfenden Verbände. Dadurch wurden zwar viele der vorher als unüberbrückbar geltenden Gegensätze aus dem Weg geräumt, zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit konnte man sich aber nicht entschließen².

Erst der Krieg mit seinen tiefgreifenden Einwirkungen in den Verteilungsapparat gab den Anstoß, die Errichtung eines Dachverbandes erneut zu versuchen. Ende 1915 geißelte Astor mit scharfen Worten öffentlich den Verbandswirrwarr innerhalb des Einzelhandels und lud alle großen Verbände nach Berlin ein. Das Ergebnis dieses Treffens war die Gründung des *Bundes deutscher Kleinhandelsverbände*, Berlin, durch die vier folgenden Verbände³.

1. Zentralverband-Leipzig,
2. Zentralvereinigung-Berlin,
3. Interessengemeinschaft großer deutscher Detaillistenverbände,
4. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser.

Obwohl sich ihm dann noch weitere Verbände anschlossen, konnte der Bund sein Ziel, die Spitzenvertretung des deutschen Einzelhandels zu übernehmen, nicht erreichen. Unter Führung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes und des Rabattsparverbandes wurde gleich darauf der *Reichsausschuß für den Kleinhandel*, mit Sitz in Hannover, als Konkurrenzverband ins Leben gerufen⁴. Dieser sollte nur den mittelständischen Kleinhandel — der Ausdruck „Kleinhandel“ war bewußt gewählt worden — zusammenfassen. Die Zusammenarbeit mit den modernen Großbetriebsformen lehnte man mit der Begründung ab, daß „diese Form des Warenvertriebes nach wie vor als volkswirtschaftlich

² Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 6 v. 5. 2. 1916.

³ Vgl. VDWK, Jb. 1916, S. 9.

⁴ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau Nr. 6 v. 5. 2. 1916.

schädlich bezeichnet werden müßte“⁵. Dem Reichsausschuß schlossen sich an:

1. Reichsdeutscher Mittelstandsverband, Hannover
2. Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine, Hannover,
3. Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften, Berlin (Edeka-Verband),
4. Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Essen,
5. Verband der Konfitüren- und Schokoladenspezialgeschäfte Deutschlands, Berlin.

Damit ergab sich eine ähnliche Konstellation wie 1917 bei der Gründung der beiden Konkurrenzverbände im Lebensmitteleinzelhandel. (Siehe S. 166 ff.) Die Lage war jetzt noch verworrener als vorher, weil sich die beiden Verbände gegenseitig scharf bekämpften.

Als dann durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 viele Einzelhandelsgeschäfte stillgelegt zu werden drohten, kam es ziemlich spontan zu einem weiteren Zusammenschluß im *Arbeits-Ausschuß des deutschen Kleinhandels über das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst*. Ihm schlossen sich 40 Reichsverbände, darunter die führenden Schutzverbände, alle namhaften Fachverbände und der Warenhausverband, an. Aber auch dieses Gebilde war kein echter Spitzenverband, da er wieder nur eine Spezialaufgabe hatte, nämlich „die Interessen der Kleinhändler bei Einberufung ihrer eigenen Person oder ihres Personals zum Hilfsdienst . . . wahrzunehmen“⁶. Sofort nach Ende des Krieges löste sich dann die Arbeitsgemeinschaft auch wieder auf.

Während des Krieges wurden noch weitere Gründungen versucht⁷. Die Organisationen lebten aber alle nur kurze Zeit. Das Fehlen einer gemeinsamen Spitze hatte für den Wirtschaftszweig des Einzelhandels teilweise recht negative Wirkungen⁸. In allen übrigen Bereichen, auch

⁵ Zit. n. Lindner, E., a.a.O., S. 233.

⁶ Zit. n. Handbuch—1919, S. 94.

⁷ So z. B. im März 1918 durch den Verband Deutscher Eisenwarenhändler. (Vgl. Lindner, E., a.a.O., S. 240.)

⁸ Darüber schrieb der Edeka-Verband: „Die Umwälzungen in der Güterversorgung, die Einwirkungen des Krieges auf die Funktionen des Handels öffneten uns die Augen und brachten uns die Erkenntnis, daß gerade das fehlende Stück in unserer Organisation die Ursache ist, daß der Detailhandel sich von Staat und Kommunen die eingreifendsten Maßnahmen gefallen lassen mußte. Es fehlte gerade in der Kriegszeit die einheitliche Leitung, mit der die Behörden die wichtigsten Fragen erörterten, durch die sie die Ideen und Anstrengungen weitergeben konnten, weshalb sie, bei der großen Verantwortung, die Regelung des Warenverkehrs zunächst allein in die Hand nahmen, was bekanntlich teilweise zu direkt zwischenhandelsfeindlichen Maßnahmen . . . geführt hat, aus der wiederum die Konsumentenbestrebungen zur Ausschaltung des Zwischen- und Kleinhandels Kapital schlugen“. (Deutsche Handels-Rundschau Nr. 6 v. 5. 2. 1916.)

im Großhandel⁹, kam es während des Krieges zum Zusammenschluß, soweit nicht schon vorher Spitzenverbände bestanden hatten. Im Einzelhandel aber reichte selbst die Not des Krieges noch nicht aus, die Streitigkeiten beizulegen. Erst die zusätzlichen Gefahren, die dem Wirtschaftszweig die politischen Umwälzungen brachten, führte zu einem Gesinnungswandel.

II. Die Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.

Den äußeren Anlaß für die Einigung bildete die Notwendigkeit, für die in aller Eile zu erlassenden Verordnungen über die Demobilmachung fachgerechte Vorschläge von Seiten des Einzelhandels unterbreiten zu können. Wie schon öfter, wollten auch jetzt die zuständigen Behörden nicht mit Fach- oder Regionalverbänden verhandeln¹⁰. Deshalb rief der Vorsitzende des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte — von dieser Organisation war schon im Jahre 1904 mit der Gründung des Bundes der Kaufleute die Einigung versucht worden (Siehe S. 116 f.) —, *Heinrich Grünfeld*, am 19. 11. 1918 die in Berlin telefonisch erreichbaren Vorsitzenden und Geschäftsführer aller namhaften Verbände in die Handelskammer zusammen. „Damals wurde“, wie er selbst berichtet, „unter der Wucht der Verhältnisse nicht erst ein Gründungsausschuß gebildet, sondern sofort mit aus der Hand entworfenen Satzungen von 32 anwesenden oder vertretenen Verbänden die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gegründet“¹¹. *Grünfeld* wurde dabei stark unterstützt durch den Vorsitzenden des einflußreichen Verbandes Deutscher Textilgeschäfte, (Siehe S. 201 f.) *O. Heymann*, *R. Riel*, den Vorsitzenden des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, und *O. Tietz*, der den Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser ver-

⁹ Am 2. 10. 1916 erfolgte die Gründung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, der sich dann am 1. 7. 1927 mit dem am 5. 11. 1920 entstandenen Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels vereinigte. (Vgl. *Lampe*, A., Großhandel, S. 352 f.)

¹⁰ Durch dieses Verhalten wurde von verschiedenen Stellen in Regierung und Verwaltung immer wieder versucht, einen Druck auf die Einzelhändler auszuüben und sie zur Gründung des Spitzenverbandes zu zwingen. War es z. B. der Industrie gelungen, bei der Neuverteilung der Sitze des Preußischen Herrenhauses berücksichtigt zu werden, so fand der Einzelhandel keine Aufnahme. Entsprechende Bemühungen des Reichsbundes des Textileinzelhandels wurden aber mit der Begründung abgewiesen, ihm fehle als Fachverband die Legitimation zur Vertretung des gesamten Wirtschaftszweiges. (Vgl. *Lindner*, E., a.a.O., S. 240.) Außerdem einigten sich dann auch die Reichsministerien in § 110 ihrer gemeinsamen Geschäftsordnung darauf, grundsätzlich nur noch mit Spitzenverbänden zu verkehren. (Vgl. *Kaufmann*, Emil, a.a.O., S. 47.)

¹¹ *Grünfeld*, H., Der Einzelhandel, Berlin 1922, S. 15, zit. n. *Kublanck*, F., a.a.O., S. 28.

trat¹². Da der Name „Arbeitsgemeinschaft“ damals dann immer mehr für die gemeinsamen Gremien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennzeichnend wurde, benannte man den neuen Spitzenverband am 19. März 1919, als die endgültige Satzung festgelegt wurde, in Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin, um¹³. *H. Grünfeld* wurde auch erster Vorsitzender der Hauptgemeinschaft. Er war nach *F. Effer* ein „kaufmännischer Unternehmer von hohen Graden und zugleich eine Persönlichkeit von wirtschaftlichem und politischem Weitblick“¹⁴. So brachte er alle Voraussetzungen für das schwere Amt des Vorsitzenden mit, dessen Ausübung nur einem Manne möglich war, der wie er das Vertrauen beider Seiten, der Fachgeschäfte und der Großbetriebsformen genoß.

Von den Verbänden der Großbetriebe schloß sich neben dem VDWK, der außer *Tietz* zwei weitere Vertreter in den Vorstand entsandte, noch der Verband Deutscher Lebensmittelfilialbetriebe der Hauptgemeinschaft an. Von der Seite des mittelständischen Handels waren bei der Gründung praktisch nur die Fachverbände beteiligt. Gemischte Landesverbände traten, soweit sie damals noch bestanden, erst nach und nach bei. An eine Zusammenarbeit mit den Rabattsparvereinen war nicht gedacht, da viele Fachverbände, vor allem die des Textileinzelhandels, die Rabattgewährung ablehnten. Der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine war aber auch von sich aus zunächst nicht an einer Mitarbeit in der Hauptgemeinschaft interessiert. Er bekämpfte die Großbetriebsformen nach wie vor und wandte sich noch mehr dem ebenfalls extrem ständisch-traditional orientierten Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe, Braunschweig, zu, dessen Vorsitzender *Liebold* bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Hauptgemeinschaft angriff¹⁵.

III. Der Auf- und Ausbau des Spitzenverbandes

Die Hauptgemeinschaft verstand sich selbst als der Spitzenverband desjenigen Teiles des Warenvertriebes, „durch welchen in beruflich-kaufmännischer Form Waren des Hausratsbedarfes und des persönlichen Gebrauchs unmittelbar an die Verbraucher und Gebraucher abgesetzt

¹² Vgl. hierzu die Ausführungen von *H. Grünfeld* anlässlich der geschlossenen Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft am 15. 11. 1932, in: Rundschreiben der H.d.D.E., Nr. 345 v. 30. 11. 1932, S. 5 ff.

¹³ Vgl. *Folz*, Organisation des erwerbswirtschaftlichen Einzelhandels: Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, in: H.d.E., S. 843 ff.; *Lindner*, E., a.a.O., S. 250 ff. u. *Häder*, W., a.a.O., S. 123.

¹⁴ *Effer*, F., Joachim Tiburtius und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, in: Sozialökonomie in politischer Verantwortung, Festschrift für Joachim Tiburtius, hrsg. v. O. Triebenstein, Berlin 1964, S. 300.

¹⁵ Vgl. *Kaufmann*, Emil, a.a.O., S. 90.

werden“¹⁶. Auf Grund dieser Definition des Einzelhandels wurden die mehr handwerksmäßig organisierten Gruppen des täglichen Schnellverkaufs, wie z. B. Bäcker und Fleischer, in der Hauptgemeinschaft nicht vertreten, während Handwerker mit überwiegendem Verkaufssortiment, wie z. B. Uhrmacher und Optiker, aufgenommen wurden. Die verschiedenen Formen des Wandergewerbes und der Konsumgenossenschaften zählten für die in der Hauptgemeinschaft organisierten Geschäfte nicht zum Einzelhandel. Schon die großen Schwierigkeiten bei der Gründung machten deutlich, daß der Spitzenverband nur in sehr lockerer Form, also als Verband der Verbände, mit korporativer Mitgliedschaft zu verwirklichen war und den Mitgliedsverbänden möglichst viele Kompetenzen überlassen mußte. § 1 der Satzung bestimmte dann auch als Ziel „die Wahrung und Förderung aller über die besonderen Angelegenheiten der einzelnen Fachzweige und bezirklichen Gruppen hinausgehenden gemeinschaftlichen Interessen des Deutschen Einzelhandels“¹⁷. Wie bei allen Verbänden mit korporativer Mitgliedschaft, machte sich auch hier die Abhängigkeit der Spitze von den Mitgliedsverbänden besonders in finanzieller Hinsicht bemerkbar, so daß der Etat bei weitem nicht ausreichte, alle notwendigen Aufgaben zu erfüllen¹⁸. Nach § 2 der Satzung gliederten sich die angeschlossenen Vereinigungen in vier Gruppen:

1. Reichsfachverbände des Einzelhandels und sonstige Verbände, die sich über das ganze Reich erstreckten,
2. Landes- bzw. Bezirks (Provinzial-) Verbände des Gesamteinzelhandels, insoweit und solange nicht übergeordnete Verbände für ihren Bezirk bestanden,
3. sonstige Verbände gleichartiger Unternehmungsformen und
4. öffentlichrechtliche Handelsvertretungen (Kammern).

ad 1. Die Fachverbände waren schon bei der Gründung des Verbandes am stärksten vertreten, sie waren die eigentlichen Träger der Organisation. Von damals 30 stieg ihre Zahl bis zum 15. Oktober 1932 auf 66, womit dem Spitzenverband fast alle namhaften Organisationen dieser Art angehörten¹⁹. Zur Erleichterung ihrer Arbeit versuchte die Hauptgemeinschaft wiederholt die große Zahl dieser Verbände durch Zusammenschluß von konkurrierenden oder verwandten Gruppen zu verrin-

¹⁶ Grünfeld, H., Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Berufs- und Wirtschaftsvertretung, in: Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft. Ein Bericht über die erste Tagung des Deutschen Einzelhandels in Düsseldorf vom 3. bis 6. August 1926, hrsg. v. F. Effer, Düsseldorf 1926, S. 20.

¹⁷ Zit. n. Kaufmann, Emil, a.a.O., S. 77.

¹⁸ Im Jahre 1928 belief er sich auf eine Höhe von 180 000 RM (Vgl. Kaufmann, Emil, a.a.O., S. 83.), während allein der relativ kleine Verband Deutscher Textilgeschäfte schon im Jahre 1918 100 000 Mark Beiträge einnahm. (Siehe S. 202.)

¹⁹ Vgl. Folz, a.a.O., S. 846.

gern. Da ihr das nicht überall gelang, richtete sie zur Bearbeitung gemeinsamer Fachfragen lose Arbeitsgemeinschaften ein.

ad 2. Der Spitzenverband vertrat den Grundsatz der sogenannten „Doppelorganisation“²⁰. Danach sollte jeder Einzelhändler nicht bloß seinem Fachverband, sondern auch dem betreffenden Orts-, Bezirks- oder Landesverband angehören. Die Bezirksgruppen der Fachverbände sollten nach und nach mit den gemischten Bezirks- oder Landesverbänden vereinigt werden. Mit dieser Empfehlung stieß freilich der Spitzenverband auf teilweise recht große Schwierigkeiten. Da sich nur in einigen Teilen des Reiches aus den gemischten Schutzverbänden Einzelhandelsorganisationen entwickelt hatten, ging die Hauptgemeinschaft daran, überall dort, wo es keine allgemeinen Verbände gab, solche aufzubauen. 1932 verfügte sie über 29 Landes- bzw. Bezirksorganisationen²¹. Diese übernahmen neben den allgemeinen Aufgaben noch die Funktion von Arbeitgeberverbänden²².

ad 3. Zu dieser Gruppe zählten u. a. der VDWK, überlokale Einkaufsvereinigungen und später auch noch der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine.

ad 4. Außer den beiden Einzelhandelskammern in Bremen und Hamburg gehörten der Hauptgemeinschaft 1932 noch weitere 42 Industrie- und Handelskammern an²³. Von ihrer Aufnahme versprach man sich eine bessere Berücksichtigung der Interessen des Einzelhandels in diesen öffentlichrechtlichen Organisationen.

Die Hauptgemeinschaft schätzte zwar den Anteil aller angeschlossenen Einzelhändler am gesamten Einzelhandel auf 50 %²⁴, in Wirklichkeit dürfte aber der Organisationsgrad doch um einiges niedriger gewesen sein.

IV. Die Tätigkeit der Hauptgemeinschaft

Obwohl dem Spitzenverband, der, wie viele Verbände im Einzelhandel, ein „Kind der Not“ war, ein schneller Tod prophezeit worden war, war er doch recht erfolgreich. Daß dieser, ursprünglich rein krisenbedingte, Versuch, über alle internen Gegensätze hinweg eine gemeinsame

²⁰ Vgl. zum folgenden: Tiburtius, J., Die Verbandsarbeit im Einzelhandel.

²¹ Damit war in fast allen Teilen Deutschlands, mit Ausnahme einiger Gegenden in Ostdeutschland, wo die Einzelhandelsverbände keine Tradition hatten, das Verbandsnetz der Hauptgemeinschaft aufgebaut. (Vgl. Volz, a.a.O., S. 846.)

²² Vgl. Lindner, E., a.a.O., S. 244.

²³ Vgl. Volz, a.a.O., S. 846.

²⁴ Vgl. Gegenwartsfragen des Einzelhandels II, S. 82.

Basis zu finden — und sei es nur als Auseinandersetzung am runden Tisch — nicht nur möglich, sondern sehr fruchtbar war, hat das vierzehnjährige Bestehen der Organisation bewiesen²⁵.

Ein wesentlicher Anteil an diesen Erfolgen, die sich nicht zuletzt in einer Versachlichung der Einzelhandelspolitik äußerten, ist vor allem den Männern zuzuschreiben, die die Geschicke der Hauptgemeinschaft bestimmten: *H. Grünfeld*, der bis zu ihrer Gleichschaltung an der Spitze des Vorstandes stand, und ihrem Hauptgeschäftsführer, *J. Tiburtius*.

Dieser übernahm mit seinem Amt die schwere Aufgabe, aus einem bunten Gemisch von fachlichen und regionalen Verbänden eine schlagkräftige Berufsorganisation des deutschen Einzelhandels zu entwickeln. „In der Erkenntnis, daß sich die Funktion des Einzelhandels mehr als die aller anderen Wirtschaftszweige im Kontakt mit der Öffentlichkeit vollzieht, und daß sie infolgedessen auch in die politische Sphäre hineinragt, bemühte er sich mit wachsendem Erfolg um eine Versachlichung der vielen öffentlichen Diskussionen, die sich kritisch und oft einseitig polemisch mit den Problemen des Einzelhandels befaßten²⁶.“

Bedeutete schon die Gründung des Spitzenverbandes unter Einbeziehung des VDWK eine Absage an die extrem konservativen Kräfte innerhalb des Einzelhandels, so kam die Versachlichung der Arbeit auch in den ersten Programmen klar zum Ausdruck. In ihnen finden wir statt der Forderung nach Schutz und negativer Abwehr durch den Staat das Verlangen nach Freiheit vom Staat: Beseitigung der hohen steuerlichen Belastungen, Aufhebung der Zwangswirtschaft, Liquidation der Kriegsgesellschaften und Verwertung ihrer großen Läger, entsprechende Vertretung in den verschiedenen staatlichen Ausschüssen, Aufgabe der Sozialisierungspläne und Beseitigung der Bevorzugung der Konsumvereine, deren Ausbau von den Befürwortern der Sozialisierung als Vorstufe der Vergesellschaftung angesehen wurde²⁷.

Nach *J. Tiburtius* war die wirtschaftspolitische Grundeinstellung der Hauptgemeinschaft gekennzeichnet, „durch das Fehlen einheitlicher und konsequenter Zugehörigkeit ... zu einem bestimmten Prinzip, sei es zu dem der Freiheit oder dem der Bindung in der Wirtschaft. Liberale Preisbildung und Absatzgestaltung sollen in den Grenzen der Reklamewahrheit, aber auch in denen eines gewissen sozialen Schutzes für schwächere Konkurrenten gelten. Innerhalb der Ladengeschäfte privatwirtschaftlicher, öffentlichrechtlicher oder genossenschaftlicher Form soll

²⁵ Vgl. *Uhlig*, H., Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln und Opladen 1956, S. 19.

²⁶ *Effer*, F., Joachim Tiburtius und die Hauptgemeinschaft, S. 300.

²⁷ Vgl. *Rubens*, W., a.a.O., S. 118 f. u. *Lederer*, E., Die sozialen Organisationen, S. 99.

Gleichheit der Konkurrenzbedingungen durch neutrale Steuerpolitik, soweit sie von ihr abhängt, bewirkt werden. Gegenüber dem Wander- und Straßenhandel wird der volkswirtschaftliche Vorzug des Ladenhandels betont und den Forderungen nach wirtschafts- und steuerpolitischen Interventionen des Staates und der Gemeinden zugunsten des Ladenhandels zugrunde gelegt²⁸.

Direkte Eingriffe des Staates in die Preisbildung wurden aber entschieden zurückgewiesen. Einen gewissen Konkurrenzschutz der kleinen und mittleren Fachgeschäfte gegenüber dem Großbetrieb sah man vor allem im preisgebundenen Markenartikel. Das „Spannendenken“²⁹ wurde also bewußt gefördert. Die Gewährung von Rabatten lehnte zunächst die Mehrzahl der angeschlossenen Verbände und die Leitung des Spitzenverbandes ab. Von einer Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb erwartete man sich die Einrichtungen von sogenannten „Einigungsämtern“ bei den Industrie- und Handelskammern³⁰.

Wie wenig altes ständisches Ideengut in der neugegründeten Hauptgemeinschaft eine Rolle spielte, geht schon daraus hervor, daß bis in die Mitte der zwanziger Jahre hinein alle Pläne nach Einführung eines Kapital- oder Befähigungsnachweises abgelehnt wurden. Die von einigen Verbänden erhobene Forderung nach einer „berufsständischen Ordnung“ galt als völlig abwegig³¹. Daß diese Ideen zu dieser Zeit noch nicht ernst genommen wurden, zeigt sich auch darin, daß in der 2. Auflage des damals als Standardwerk anerkannten Lehrbuches von J. Hirsch, „Der moderne Handel“, aus dem Jahre 1925 Zuverlässigkeitsprüfungen und Kapitalnachweis mit keinem Wort erwähnt wurden, und Befähigungsnachweis und Bedürfnisprüfung als wirklichkeitsfremde und aussichtslose Utopien hingestellt wurden³². Alle Pläne, Zwangsorganisationen zu schaffen, wies man zurück, weil man fürchtete, „daß solche Zwangsverbände als Werkzeuge zur schließlichen Bürokratisierung auch vom Staat mißbraucht werden könnten“³³. Auch die aus der Zeit der Schutzverbände schon bekannten Pläne nach Errichtung eigener Einzelhandelskammern wurden entschieden abgelehnt. Die Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, die sich früher nur wenig um den Einzelhandel gekümmert hatten (Siehe S. 72 ff.), war jetzt sehr gut, ge-

²⁸ Tiburtius, J., Wirtschaftspolitische Probleme des Einzelhandels, S. 811.

²⁹ Vgl. hierzu im einzelnen: Nieschlag, R., Gewerbefreiheit, S. 51 ff.

³⁰ Vgl. Wiegel, W., Der Einzelhandel in der modernen deutschen Wirtschaft unter betonter Berücksichtigung seiner Gemeinschaftsbildungen, Diss. Göttingen 1931, S. 73.

³¹ Vgl. Tuchtfeld, E., Die Gewerbefreiheit als wirtschaftspolitisches Problem, in: Volkswirtschaftliche Schriften, H. 18, Berlin 1955, S. 60 ff.

³² Vgl. Hirsch, J., Der moderne Handel, S. 310 f.

³³ Lampe, A., Einzelhandel, S. 506.

hörten doch der Hauptgemeinschaft die meisten von ihnen als Mitglieder an.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß innerhalb der Hauptgemeinschaft und ihrer Verbände bis zum Jahre 1927 die Angst vor Eingriffen der Öffentlichen Hand größer war als die Forderungen nach Schutz und Abwehr. Jedenfalls kam es zu keinen tiefen Differenzen zwischen Fachgeschäften und Großbetriebsformen. Die Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, dessen Vertreter in den verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen des Spitzenverbandes saßen, verlief erfolgreich³⁴. Als die Fassung des neuen Reichs-Umsatzsteuergesetzes vom Dezember 1919, das Waren- und Filialsteuern auf der Basis des Umsatzes verbot, beraten wurde, war die Hauptgemeinschaft beteiligt. Nach Inkrafttreten des Gesetzes blieb die Reaktion im Einzelhandel auffallend ruhig, wenn man bedenkt, welche Flut von Resolutionen und Interpelationen diese Steuer zu Wege gebracht hatte³⁵.

Obwohl die Hauptgemeinschaft als Spitzenverband primär den Auftrag hatte, die Interessen ihrer Verbände und deren Mitglieder nach außen hin, also vor allem gegenüber dem Staat zu vertreten und ihnen dadurch einen höheren Anteil am Volkseinkommen zu sichern, sah sie darin nicht ihre alleinige Aufgabe. Im Gegenteil, von Anfang an ging es ihr ebensosehr darum, den Mitgliedern ihrer Organisationen bei der Lösung innerwirtschaftlicher Probleme behilflich zu sein, um ihnen über eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit ein höheres Einkommen zu sichern. Wesentlichen Anteil an der Betonung der Sach- und Fachprobleme hatte vor allem das geschäftsführende Vorstandsmitglied *J. Tiburtius*. Er sah, wie *W. Fleck*, einer seiner Schüler, schreibt, den Sinn dieses Amtes vor allem darin, „einerseits das Selbstverständnis des Einzelhandelskaufmannes zu erhöhen und andererseits die Voraussetzungen zu verbessern, unter denen er seine marktbildende Tätigkeit zu erfüllen hat. Neben einer die Gleichheit der Startbedingungen sichernden Gewerbe- und Wettbewerbsgesetzgebung schien ihm dazu die Entwicklung von Selbsthilfeeinrichtungen und die unermüdliche Förderung des beruflichen Könnens vonnöten“³⁶. Die Führung der Hauptgemeinschaft erkannte ganz richtig, daß gerade die kleineren und mittleren Geschäfte, bei denen meist nach traditionellen Gesichtspunkten gewirtschaftet wurde, den Weg der Rationalisierung nicht aus sich heraus finden konnten, daß es hierzu vielmehr einer Hilfe von außen bedurfte. Die Mitgliedsverbände wurden deshalb von ihrem Spitzenverband immer wie-

³⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen im Jahresbericht des VDWK für das Jahr 1925. (S. 63.)

³⁵ Vgl. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 20 u. *Lindner*, E., a.a.O., S. 170 f.

³⁶ *Fleck*, W., Der Beitrag von Joachim Tiburtius zur empirischen Handelsforschung, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderaufgabe August 1967, S. 8.

der nachdrücklich auf diese Aufgaben betriebswirtschaftlicher Art hingewiesen. Auf diese Anregungen hin wurden Betriebsberatung, Verkaufsberatung und Steuerberatung bei vielen Organisationen mit großem Nutzen aktiviert³⁷. Im Jahre 1927 begründete die Hauptgemeinschaft eine besondere Institution, die „Verkaufsberatung der Hauptgemeinschaft“. Sie hatte die Aufgabe, alle Methoden neuzeitlicher und rationeller Geschäftsführung im Einzelhandel mit Hilfe von Kursen, Vorträgen und Betriebsberatungen durchzusetzen. Nach Schätzungen von Grünbaum wurden bis Ende 1929 fast 100 000 im Einzelhandel Beschäftigte in irgendeiner Form von diesen Arbeiten erfaßt, „ein bemerkenswerter Erfolg, wenn man bedenkt . . . , daß es sich um einen Wirtschaftszweig handelt, der ‚wirtschaftstheoretischer‘ Bildung stets besonders mißtrauisch gegenüberstand“³⁸.

Seit 1925 setzte sich die Leitung der Hauptgemeinschaft für die Durchführung eines Betriebsvergleiches³⁹ ein. Das erste Unternehmen dieser Art wurde von Tiburtius geistig vorbereitet und nach seinen Vorschlägen durchgeführt⁴⁰. 1929 errichtete zu diesem Zweck J. Hirsch mit Unterstützung der Hauptgemeinschaft in Berlin die *Forschungsstelle für den Handel*, die sich zu einem der führenden europäischen Forschungszentren der Handelswissenschaft entwickelte, und deren Wirken die Praxis viel zu verdanken hat⁴¹. Gerade die Einführung des Betriebsvergleiches kann nicht hoch genug bewertet werden, da die Schwierigkeiten, die sich hierbei anfangs auftürmten, unübersehbar zu sein schienen. „Wenn es auch möglich gewesen war, zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Einkaufs zu gelangen, so erforderte doch eine Kooperation in statistischer und organisatorischer Richtung ein ungleich größeres Maß von Solidaritätsbewußtsein als der gemeinsame Einkauf. Hier ging es doch um den Begriff des ‚Geschäftsgeheimnisses‘, den man mit einer Hartnäckigkeit verteidigte, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Hinzu kommt, daß die Vorteile der Gemeinschaftsarbeit hier nicht so

³⁷ Vgl. Effer, F., Joachim Tiburtius und die Hauptgemeinschaft, S. 303.

³⁸ Vgl. Grünbaum, H., a.a.O., S. 56.

³⁹ Vgl. zum Betriebsvergleich im Einzelhandel im einzelnen: Seyffert, R., Wirtschaftslehre des Handels, S. 492 ff.; Buddeberg, H., Der Betriebsvergleich als Instrument der Handelsforschung, in: Betriebsökonomisierung durch Kostenanalyse, Absatzrationalisierung und Nachwuchserziehung, Festschrift für Rudolf Seyffert, hrsg. v. E. Kosiol u. F. Schlieper, Köln u. Opladen 1958, S. 83 ff. u. Fleck, W., Der Betriebsvergleich im modernen Handel, in: Der Handel heute, hrsg. v. K. Ch. Behrens, a.a.O., S. 217 ff.

⁴⁰ Vgl. Effer, F., Joachim Tiburtius — Gestalter der Berufsvertretung des deutschen Einzelhandels, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderausgabe August 1967, S. 3.

⁴¹ Vgl. Tiburtius, J., Julius Hirsch, der Begründer der Forschungsstelle für den Handel, in: Der Handel heute, hrsg. v. K. Ch. Behrens, a.a.O., S. 64 f. u. Behrens, K. Ch., Joachim Tiburtius — Mittler zwischen Handelswissenschaft und -praxis, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderausgabe August 1967, S. 7 f.

evident waren, wie die sofort sichtbaren Ersparnismöglichkeiten gemeinsamen Warenbezuges⁴².“ Der intensiven Erziehungsarbeit der Verbände aber gelang es allmählich, die Furcht vor der Verletzung des Betriebsgeheimnisses zu brechen, so daß sich heute in der Praxis eine bemerkenswerte Aufgeschlossenheit für den Betriebsvergleich findet, da man in der Zwischenzeit allgemein seine Bedeutung für die betriebliche Rationalisierung erkannt hat⁴³. Gerade bei der Entwicklung des Betriebsvergleiches erwies sich die Zusammenarbeit mit den Verbänden der modernen Großbetriebsformen in Gestalt der Warenhäuser und Filialbetriebe als sehr wertvoll, da sie schon sehr früh die „Rechenhaftigkeit“ betont und die Bedeutung der Statistik erkannt hatten. Es waren dann auch die Großbetriebe und ihr Verband, die sich als erste zur Mitarbeit beim Betriebsvergleich bereit erklärten. Auch sonst gingen bei fast allen Problemen der inneren Verbandsarbeit in der Hauptgemeinschaft wertvolle Impulse von den Verbänden der Großbetriebe aus. Um so mehr überrascht es, daß die Großbetriebe später gezwungen wurden, aus dem Spitzenverband auszusteigen. Freilich waren die letzten Ursachen für diese Entwicklung politischer Art.

V. Die Spaltung der Hauptgemeinschaft

Nach dem Abbau der Zwangswirtschaft und der Stabilisierung der Währung fiel der Druck von außen auf den Wirtschaftsbereich des Einzelhandels, der zur Solidarität zwischen Klein und Groß geführt hatte⁴⁴. Mit zunehmendem Wettbewerb auf der gleichen Stufe wuchsen auch wieder die Spannungen zwischen den verschiedenen Betriebsformen⁴⁵.

Hatten zahlreiche kleinere und mittlere Einzelhandelsbetriebe während der Inflation einen erheblichen Substanzverlust erlitten, so gelang es vielen Großbetrieben, die in den eigenen Häusern sichere Anlagen besaßen, diese, z. T. sogar mit geringem Aufwand, zu entschulden. Das Vordringen einer Reihe von Warenhauskonzernen in die Stufe der *Produktion* wirbelte in der Öffentlichkeit viel Staub auf, wenn dieser Schritt für sie auch nicht immer von Vorteil war, wie dann in der Krise u. a. auch der Fall Karstadt zeigte⁴⁶. Die gleiche Wirkung ging von der ungewöhnlichen *Expansion* der Zahl der Verkaufshäuser durch die Gruppe der „big Five“⁴⁷ aus, obgleich es sich dabei weniger um einen Einbruch der Warenhäuser in den Fachhandel, als um Konzentrationsvorgänge

⁴² Grünbaum, H., a.a.O., S. 63.

⁴³ Vgl. Buddeberg, H., a.a.O., S. 85.

⁴⁴ Vgl. zum folgenden: Uhlig, H., a.a.O., S. 22 ff.

⁴⁵ Vgl. Lampe, A., Binnenhandel, S. 86.

⁴⁶ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 322 f. u. 400.

⁴⁷ R. Karstadt AG, Hermann Tietz u. Co., Leonhard Tietz AG, A. Wertheim GmbH und Schocken AG.

innerhalb der Waren- und Kaufhausgruppe handelte⁴⁸. Zum Teil war freilich auch das ungeschickte Verhalten der Warenhauskonzerne an der zunehmenden Beunruhigung der kleineren und mittleren Einzelhändler schuld. Führende Vertreter der Konzerne sprachen selbst von den Warenhäusern als „Preisrichtungsflügel“ des Einzelhandels, und „die damalige Neigung zu Superlativen, zu Maßlosigkeiten, verführte einige Warenhausfirmen dazu, mit ihren Großbauten und Konzernweiterungen mehr zu paradieren, als der Konkurrenz tragbar erschien“⁴⁹.

Das Problem der Warenhäuser wurde noch prekärer durch ihre Verflechtung mit der neuen Absatzform der *Einheitspreisgeschäfte*⁵⁰. Während in den USA selbständige Firmen die Träger dieser Absatzform waren, gliederten sich in Deutschland die Warenhauskonzerne Leonhard Tietz (Ehape) und R. Karstadt (Epa) Einheitspreisgeschäfte („Junior-Warenhäuser“) an, um der amerikanischen Konkurrenz zuvorkommen. Das wurde ihnen vom Fachhandel sehr verübelt und lud neue Ressentiments zu den alten. Die Wirkung der Einheitspreisgeschäfte kam aber nicht so sehr in der Zahl der Betriebe und der Höhe des Umsatzes⁵¹, als vielmehr in der Verschärfung des Wettbewerbs zum Ausdruck und führte, bedingt durch die Unterstellung der Qualität unter den Preis, zu einer ungewöhnlich starken Preiskonkurrenz, die die Fachgeschäfte als geradezu revolutionierend empfanden⁵².

Die Wettbewerbsverhältnisse nahmen dann in der großen Krise solche Formen an, daß man von einer Selbstzerfleischung des Handels sprach. Sinkende Einkommen und Geldknappheit führten zu einem Umsatzschwund des gesamten Einzelhandels von 36,6 Mrd. RM im Jahre 1929 auf nur noch 22,7 Mrd. RM im Jahre 1932. Gleichzeitig stieg aber zwischen 1925 und 1933 die Zahl der Einzelhandelsbetriebe von 783 569 auf 845 217 und die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten von 1,722 Mill. auf 1,92 Mill.⁵³. Auch jetzt machte sich wieder die bekannte Gesetzmäßigkeit bemerkbar, daß gerade in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Schwierigkeiten durch den Zustrom von unten⁵⁴ die Zahl der Kümmer-

⁴⁸ Die Zahl der Verkaufshäuser dieser Gruppe stieg von 101 im Jahre 1925 auf 176 im Jahre 1929. Vier dieser Konzerne verdoppelten in der gleichen Zeit ihren Umsatz. (Vgl. Uhlig, H., a.a.O., S. 25.)

⁴⁹ Uhlig, H., a.a.O., S. 26.

⁵⁰ Vgl. zu dieser Betriebsform im einzelnen: Nieschlag, R., Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, S. 247 ff. u. Mutz, H. R., Das Einheitspreisgeschäft, Berlin 1932.

⁵¹ Ihr Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz betrug 1931 ca. 1,0 % bis 1,2 %. (Vgl. Nieschlag, R., Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, S. 252.)

⁵² Besonders hart betroffen wurden der Lebensmittel-, Textil-, Papier-, Hausrat- und Eisenwarenhandel.

⁵³ Vgl. Seyffert, R., Wirtschaftslehre des Handels, S. 35 u. Lampert, H., a.a.O., S. 8.

⁵⁴ Vgl. Hirsch, J., Der moderne Handel, S. 224; Nieschlag, R., Gewerbefreiheit, S. 7 u. Ehlers, W., a.a.O., S. 22.

betriebe steigt. Diese Tendenz kam auch in einer starken Zunahme des Straßen- und Hausierhandels zum Ausdruck⁵⁵.

Die harte Konkurrenz führte zu einer neuen Renaissance der *Rabattmarke*. Es wurden Rabatte bis zu 6 % gewährt⁵⁶. Die Rabattsparvereine erfreuten sich einer großen Zustromes von Mitgliedern. Die hohen Rabatte schwächten angesichts der bereits schon stark gedrückten Preise in vielen Fällen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe mehr als vertretbar. Bald kamen zum Nachlaß in Form von Rabatten Warenzugaben, die das Quantum von Gratisproben weit überschritten. Das *Zugabe-Unwesen* griff rasch um sich⁵⁷. „Es zerstörte beim Konsumenten den Sinn für zweckentsprechenden wohlüberlegten Einkauf, vernebelte die Preiswahrheit und komplizierte die Kalkulation des Handels in untragbarer Weise⁵⁸.“

Hielten sich die Großbetriebsformen im allgemeinen von dieser Form des Kaufanreizes fern, so waren sie doch an den ernststen Mißständen im *Ausverkaufswesen* beteiligt. Diese setzten schon um die Mitte der zwanziger Jahre ein. In der Krise aber „jagten sich Sonderveranstaltungen und ‚einmalige Angebote‘⁵⁹. Oft konnte von einem regulären Geschäft kaum noch die Rede sein. Man arbeitete allenthalben mit Superlativen“⁶⁰. Wenn auch die Warenhäuser die Methode der Sonderverkäufe als Mittel der Reklame eingeführt hatten, so waren sie doch nicht allein für deren Entartung in der Krise verantwortlich, wurde sie doch auch von allen Fach- und Spezialgeschäften eifrig angewandt⁶¹. Das freilich übersahen die Gegner der Großbetriebe.

Interessant ist, daß die Verschärfung des Wettbewerbs durch die Warenhäuser jetzt von ihren Gegnern nicht mehr, wie bei ihrer Entstehung (siehe S. 32), als *konjunkturrell* bedingtes und daher vorüber-

⁵⁵ Vgl. VDWK, Jb. 1925, S. 59.

⁵⁶ Vgl. Uhlig, H., a.a.O., S. 45 u. Ehlers, W., a.a.O., S. 28.

⁵⁷ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 18 (1930), S. 11 ff., 176 ff., 408 ff. u. 481 ff. u. Ehlers, W., a.a.O., S. 27.

⁵⁸ Uhlig, H., a.a.O., S. 44.

⁵⁹ Vgl. Effer, F. (Hrsg.), Der Deutsche Einzelhandel, S. 54 ff.

⁶⁰ Uhlig, H., a.a.O., S. 44.

⁶¹ So stellte der Reichsbund des Textileinzelhandels auf seiner Hauptversammlung im Juni 1927 in Gotha fest: „Die Konzentration im Einzelhandel hat zu einer starken Beunruhigung weiter Kreise des mittleren und kleineren Einzelhandels geführt und zu der Forderung einer Verschärfung des Wettbewerbsgesetzes Anlaß gegeben. Wettbewerbsunsitten sind aber nicht nur bei den Großbetrieben, sondern ebenso, wenn auch in anderer Form, bei den kleinen Betrieben festzustellen“. (Zit. n. Jb. 1927 des VDWK, S. 64.) Vgl. hierzu ferner: Tiburtius, J., Der Deutsche Einzelhandel im Wirtschaftsverlauf und in der Wirtschaftspolitik von 1925—35, in: JfNuSt, Bd. 142 (1935), S. 715. Tiburtius weist hier darauf hin, daß einer der „big Five“, der Warenhauskonzern Schocken, auf jeden Sonderverkauf verzichtete und auch die Einheitspreisgeschäfte an dieser Verkaufsform gänzlich unbeteiligt waren.

gehendes, sondern vielmehr als irreversibles, *strukturelles* Phänomen angesehen wurde. Die Großbetriebe dagegen suchten die gegen sie gerichteten Angriffe mit dem Hinweis auf die konjunkturrell verursachten Schwierigkeiten zurückzuweisen⁶².

Eine solche Verschärfung des Wettbewerbs bedeutete Wasser auf die Mühlen der immer noch vorhandenen ständisch-traditional orientierten Gruppen im Einzelhandel. Sie brachten diese Entwicklung einfach auf den Nenner „Großbetrieb gegen Kleinbetrieb“⁶³. Die ersten Anzeichen für neue Angriffe gegen die Großbetriebe zeigten sich 1926/27. Besorgt schrieb der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser in seinem Jahresbericht für das Jahr 1926: „Es scheint, als ob in Verbindung mit der Beseitigung der noch bestehenden Reste der Zwangswirtschaft nun auch die Forderung einer Sonderbehandlung der Warenhäuser um so nachdrücklicher erhoben werden soll“⁶⁴. Der Bericht für das darauffolgende Jahr bestätigte die Richtigkeit der Vermutung:

„Im Berichtsjahr ist die schon im vorigen Geschäftsbericht festgestellte große Aktivität der sogenannten Mittelstandskreise gegen die Großbetriebe im Einzelhandel ... stärker geworden und hat z. T. Formen angenommen, die sich mehr und mehr von der Objektivität und Sachlichkeit entfernten und zu Angriffen führten, die in ihrer demagogischen Art auch von den unbewiesenen Insinuationen nicht zurückschreckten. Der in der Zeit der Warenknappheit scheinbar überbrückte Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbetrieben im Einzelhandel ist, u. E. allerdings ohne Notwendigkeit, wieder in Erscheinung getreten. Während in der Zeit der Warenknappheit sich diese sogenannten mittelständischen Einzelhändler sehr gern der ‚Stoßkraft‘ der Großfirmen im Kampfe gegen das Diktat der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Vorlieferanten bedienten und sich von diesen Großbetrieben die Kastanien aus dem Feuer holen ließen, änderte sich die Sachlage mit einem Schlage, als der Kampf mit dem Kunden begann“⁶⁵.

Es waren aber im wesentlichen nur der Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine, Hannover, und der Braunschweiger Reichsschutzverband, die die altbekannten staatlichen Abwehrmaßnahmen und den Ausschluß der Großbetriebe aus dem Spitzenverband forderten. Obwohl die Rabattsparvereine steigende Mitgliederzahlen aufwiesen, fanden sie bei der Mehrzahl der Einzelhandelsverbände keinen Widerhall mit ihren Angriffen gegen die unangenehmen Konkurrenten. Sie erhielten aber Schützenhilfe von Organisationen anderer Gruppen des Mittelstandes und vor allem von der *Wirtschaftspartei* (Reichspartei des deutschen Mittelstandes)⁶⁶. Ihr nahestehende Kreise gründeten 1928 das

⁶² Vgl. Uhlig, H., a.a.O., S. 46.

⁶³ Vgl. Tiburtius, J., Einzelhandel in Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Gegenwartsfragen des Einzelhandels II, S. 161.

⁶⁴ VDWK, Jb. 1926, S. 3.

⁶⁵ VDWK, Jb. 1927, S. 5 f.

⁶⁶ Die Wirtschaftspartei wurde 1920 gegründet. Sie war von 1924 bis 1932 im Reichstag vertreten und konnte in dieser Zeit die Zahl ihrer Mandate von

Reichskartell des selbständigen Mittelstandes, unter Beteiligung des Rabattspaarverbandes, des Braunschweiger Reichsschutzverbandes und des Edeka-Verbandes⁶⁷. Das Kartell sollte die Tradition des inzwischen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes (siehe S. 131 ff.) fortsetzen mit dem Ziel, „alle Formen zu bekämpfen, die dem Mittelstand Konkurrenz machen“⁶⁸. Es nahm daher auch eine sehr feindselige Haltung gegen die Hauptgemeinschaft ein und warf deren Leitung eine zu warenhausfreundliche Politik vor. Letztlich ging es ihm dabei um die „Ausschaltung und eine Übernahme der verbands- und einzelhandelspolitischen Funktionen der Hauptgemeinschaft“⁶⁹.

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Organisationswesens im Einzelhandel wurde, daß sich die *Nationalsozialisten* aus parteipolitischen und wahltaktischen Gründen der Warenhausfrage annahmen und sie mit ihrer *antisemitischen* Propaganda verbanden. Schon das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 lautete in Punkt 16:

„Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder und die Gemeinden“⁷⁰.

Auch wo, wie beim Karstadt-Konzern, überhaupt kein jüdischer Einfluß nachzuweisen war, genügte es schon, daß das Unternehmen groß und leistungsfähig war, um als „jüdisch“ gebrandmarkt zu werden⁷¹. Die

10 auf 23 erhöhen. (Vgl. *Treue*, W., Deutsche Parteiprogramme 1861—1956, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1956, S. 359.) Bereits von Anfang an steuerte sie einen radikalen Kurs. Nach L. Bergsträsser war sie „die einzige Partei, in der es zu keinem Interessenausgleich kam, in der die Interessen nicht neutralisiert wurden, sondern die ihre Stimme verkaufte.“ (Bergsträsser, L., Diskussionsbeitrag bei den Verhandlungen des XI. Deutschen Soziologentages in Weinheim (23. u. 24. September 1952), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 5. Jg. (1952/53), S. 217.

⁶⁷ Der Generaldirektor des Edeka-Verbandes, F. Borrmann, gehörte von 1924 bis 1932 als Abgeordneter der Wirtschaftspartei dem Reichstag an.

⁶⁸ Bericht über den 24. Edeka-Verbandstag 1932 in Hannover, S. 252.

⁶⁹ Deutsche Handels-Warte, Jg. 18 (1930), S. 271.

⁷⁰ Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München, 24. Februar 1920. (Hier zitiert nach: *Treue*, W., Deutsche Parteiprogramme, S. 147.)

⁷¹ Der Völkische Beobachter schrieb am 28. 1. 1927: „Man mag den Kampf gegen die Warenhausgefahr führen, wie man will: solange man den wahren Grund, aus dem heraus die Gefahr entstanden ist (unersättliche jüdische Machtgier) verschweigt, solange man nicht wagt, von Juden zu sprechen und den Zusammenhang zwischen diesem wirtschaftlichen Kampf mit dem politischen und geistigen Kampf, den wir Nationalsozialisten zu führen haben, herzustellen, solange wird, ob er nun von Teilerfolgen gekrönt sein wird oder nicht, der Kampf gegen das Warenhaus nur ein halber sein. Deshalb kann auch der Mittelstand nur durch den Nationalsozialismus gerettet werden...“ (Zit. n. *Uhlig*, a.a.O., S. 34.)

Haßkampagne setzte 1926/27 ein, genau zur gleichen Zeit, als der Wettbewerb sich zu verschärfen begann. Von 1928 an stellte die Partei in den Parlamenten des Reiches, der Länder und der Städte Anträge zur Bekämpfung der Großbetriebe, vor allem der Warenhäuser, die weit über das hinausgingen, was um die Jahrhundertwende von den Schutzverbänden und den konservativen Parteien vom Staat gegen sie verlangt worden war⁷², darunter im Jahre 1929 ihren berüchtigten Enteignungsantrag⁷³. Ein wichtiges Ziel war auch die Entfernung der Großbetriebe aus der Hauptgemeinschaft.

Ähnlich wie die Wirtschaftspartei und vor dem Ersten Weltkrieg die „staatstragenden“ Parteien (siehe S. 88 ff.), beschritt auch die NSDAP den Weg der „Verschränkung“ zwischen Partei und mittelständischem Interessenverband. Von 1929 an baute sie in allen „Gauen“ Gruppen des *Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes* auf. Ihre unermüdlich hämmernde Propagandatätigkeit gegen die Feinde des Mittelstandes stärkte bei vielen kleinen und mittelständischen Einzelhändlern das Gefühl der Bedrohung und damit das Zusammengehörigkeitsbewußtsein⁷⁴.

Das Hauptziel des Kampfbundes bestand zunächst in der *Unterwanderung* des bestehenden Verbandswesens und der Betriebe. Bei Verschärfung der Krise gelang ihm das dann auch, was um so mehr überrascht, als es den Führern der Kampftruppe fast durchwegs an fachlichem Können fehlte⁷⁵.

In den Anträgen einer Reihe von Einzelhandelsverbänden auf Einführung von Warenhaussteuern und -verboten war die Handschrift der NS-Propaganda unverkennbar. Das traf vor allem für einige Landes- bzw. Provinzialverbände zu, die sich ja z. T. noch aus den alten ständisch-traditional orientierten Schutzverbänden herausentwickelt hatten und daher für die alten Forderungen und für die neue nach Errichtung einer „berufsständischen Ordnung“ besonders aufgeschlossen sein mußten. Aber auch in den Fachverbänden jener Branchen, in denen die kleinen und kleinsten Geschäfte überwogen und in einem besonders harten Wettbewerb mit den Großbetrieben standen, wie z. B. im Lebensmittel- und Schuhwareneinzelhandel, fanden die Einflüsse der radikalen Gruppen bald Eingang.

⁷² Vgl. dazu im einzelnen: Deutsche Handels-Warte, Jg. 16 (1928) ff.

⁷³ „Das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten, der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen, ihrer Familien und Familienangehörigen, ferner der seit diesem Tag durch Kriegs-, Revolutions- oder Defaltionsgewinne erworbene Vermögenszuwachs wird zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet“. (Völkischer Beobachter v. 11. 8. 1929, Beilage, zit. n. Uhlig, H., a.a.O., S. 39.)

⁷⁴ Vgl. Uhlig, H. a.a.O., S. 66.

⁷⁵ Vgl. Deutsche Handels-Rundschau v. 22. 7. 1932.

So forderten, um nur ein Beispiel zu nennen, die sächsischen Kleinhandelsverbände auf ihrer Chemnitzer Tagung im Juni 1932 die Konzessionierung aller Großbetriebe, des ambulanten Gewerbes, aller Lebens- und Genußmittelgeschäfte und den Aufbau einer „berufsständischen Wirtschaftsordnung“. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des badischen Einzelhandels schloß im Juni 1932 alle Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Filialbetriebe aus dem Landesverband aus⁷⁶.

„Man darf“, wie *H. Uhlig*, gestützt auf fundiertes Quellenmaterial, feststellt, „diese steigende Aktivität der Verbände nicht isoliert betrachten. Querverbindungen und Verzahnungen mit den politischen Parteien und ‚Kampfbünden‘ übten tiefgreifende, schwer zu analysierende Einflüsse (aus). Soweit die Verbände . . . nicht schon politisch unterwandert waren, standen ihre Funktionäre und Leiter vor der Sorge, daß ihre Mitglieder bei einer maßvollen Interessenpolitik abspringen und zu den radikalen ‚Kampfbünden‘ der rechtsradikalen Parteien übergehen könnten. Geschah das, so gewannen die neuen Konkurrenzorganisationen der bisherigen Berufs- und Interessenverbände zur politischen Funktion die wirtschaftspolitische hinzu und schalteten die Verbände aus. Diese Überlegung bewog zahlreiche Funktionäre und Verbandsleitungen, einen schärferen Kurs einzuschlagen, als sie selbst für richtig hielten. Sie waren dabei in der Endphase mehr Getriebene als Treibende⁷⁷.“

Der starke Rechtsdruck führte zu neuen gesetzlichen Eingriffen gegen die Großbetriebsformen. Schon am 1. 4. 1930 wurde bei der allgemeinen Erhöhung der Reichsumsatzsteuer von 0,75 % auf 0,85 % der Steuersatz für Einzelhandelsgroßbetriebe mit über einer Million Umsatz auf 1,35 % festgesetzt⁷⁸. Daneben führten auch noch einige Länderregierungen und Kommunen neue steuerliche Belastungen der verschiedensten Art für Großbetriebe ein⁷⁹.

Aus wahltaktischen Gründen erging am 9. März 1932, vier Tage vor der Reichspräsidentenwahl, eine Notverordnung, die mit einem Zugabe-Verbot, mit neuen Ausverkaufsbeschränkungen und mit einer auf zwei Jahre befristeten Errichtungssperre für Einheitspreisgeschäfte in Städten unter 100 000 Einwohner wichtige Forderungen des extremen Flügels im Einzelhandel erfüllte⁸⁰.

Angesichts dieser Entwicklung hätten sich natürlich bei der Konstruktion des Spitzenverbandes, in dem sich ja die Willensbildung von unten

⁷⁶ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 273.

⁷⁷ *Uhlig*, H. a.a.O., S. 58.

⁷⁸ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 18 (1930), S. 218 ff.

⁷⁹ So z. B. im Januar 1930 Braunschweig und im Dezember des gleichen Jahres Bayern. (Vgl. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 53.)

⁸⁰ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), Beilage zu H. 5/6.

nach oben vollzog, auch innerhalb der Hauptgemeinschaft bald die Gegensätze zwischen Klein und Groß zeigen müssen. Da aber die führenden Männer dieser Organisation eine Politik des Ausgleichs betrieben und die offene Auseinandersetzung auf alle Fälle zu verhindern suchten⁸¹, dauerte es relativ lange, bis den radikalisierten Verbänden die Spaltung des Spitzenverbandes gelang. Gerade wegen dieser Vermittlungsrolle wurde die Leitung der Hauptgemeinschaft, vor allem *J. Tiburtius*, wiederholt sehr scharf angegriffen⁸².

Zunächst war aber die überwiegende Mehrheit der angeschlossenen Verbände für eine enge Zusammenarbeit mit den Verbänden der Waren- und Kaufhäuser und Filialbetriebe. Wenn auch durch die Aufnahme des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine auf der Mitgliederversammlung des Jahres 1928 die Front der Warenhausgegner erheblich gestärkt worden war⁸³.

Das zeigte sich im Jahre 1929, als die Mitgliederversammlung einen Antrag des Reichsverbandes deutscher Feinkostkaufleute auf Ausschluß der Waren- und Kaufhäuser mit überwältigender Mehrheit (155 gegen 18 Stimmen) ablehnte⁸⁴. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde dann ein Sonderausschuß von Vertretern der Großbetriebe und Fachgeschäfte geschaffen. Dieser hatte sich mit den Fragen des Wettbewerbes eingehend zu beschäftigen, Differenzen zwischen Warenhäusern und Fachgeschäften zu beseitigen und, soweit es sich um Fragen allgemeinen Interesses handelte, Gutachten über Wettbewerbsprobleme zu erstatten. Der Wettbewerbsausschuß bewährte sich dann sehr gut und schlichtete, später mit Unterstützung des DIHT, in zahlreichen Fällen Streitigkeiten⁸⁵.

Auch sonst erklärte der VDWK seine Entschlossenheit, trotz der wachsenden Schwierigkeiten das Äußerste zu versuchen, um den notwendigen Zusammenhang des gesamten Geschäftszweiges zu wahren. „Er will“,

⁸¹ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 18 (1930), S. 268 ff. u. Jg. 21 (1933), S. 178.

⁸² Vgl. z. B. das Protokoll über die Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft v. 31. 5. 1930. (Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 6. 6. 1930.)

⁸³ Der Antrag des Verbandes auf Aufnahme in die Hauptgemeinschaft wurde mit 93 gegen 34 Stimmen angenommen. Gegen die Aufnahme stimmten eine Reihe von Fachverbänden, darunter vor allem der Reichsbund des Textileinzelhandels. Die Rabattsparvereine hatten sich vor der Aufnahme verpflichten müssen, „sich künftig der Vertretung allgemeiner Berufsinteressen des Einzelhandels zu enthalten“. (Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 16. 3. 1928.) Die Gegner der Aufnahme zweifelten am ehrlichen Willen des Rabattsparverbandes, diese Verpflichtung einzuhalten. Die Entwicklung gab ihnen dann auch recht.

⁸⁴ Vgl. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 26. 9. 1929 u. Wiegel, W., a.a.O., S. 31.

⁸⁵ Vgl. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 31. 1. 1930; VDWK, Jb. 1930, S. 20 u. *Folz*, a.a.O., S. 845.

wie er im Geschäftsbericht für 1930 schrieb, „wo es nur irgend geht, überbrücken und weitere Konflikte zu verhindern suchen. Die Verbandsleitung hat bereits gegen Ende des Jahres einzelnen Ausschüssen Vorschläge unterbreitet, die dazu dienen sollen, einen gewissen Ausgleich zwischen Klein und Groß anzubahnen. Und es wird im laufenden Geschäftsjahr zu den Aufgaben des Verbandes gehören, die Frage zu ventilieren, ob und welche Grenzen für die bisherige Expansionsstätigkeit der Warenhaus- und Einheitspreis-Konzerne möglich sind⁸⁶.“ Es kam dann zwar zu entsprechenden Beschlüssen im VDWK, sie wurden aber von einzelnen Firmen immer wieder durchbrochen, die nicht bereit waren, auf eine weitere Expansion zu verzichten.

Auf der anderen Seite führten die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und vor allem die wachsende Radikalisierung des politischen Klimas — Hitler erhielt bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 36,8 % aller Stimmen, und die NSDAP wurde nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 mit 230 Mandaten stärkste Partei⁸⁷ — dazu, daß die Stimmung im Spitzenverband gegen die Großbetriebsformen, vor allem gegen die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, immer erregter wurde.

Auf der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft am 16. März 1932 stellte der Handelsschutzverband der Pfalz den Antrag auf Ausschluß „des Verbandes der Warenhausgroßkonzerne und der Einheitspreisgeschäfte“⁸⁸. Der Antrag wurde zwar mit 89 zu 55 Stimmen abgelehnt, aber gleichzeitig verwarf die Mitgliederversammlung die Notverordnung vom 13. 3. 1932 als unzureichend und forderte eine allgemeine Errichtungssperre für Einheitspreisgeschäfte⁸⁹. Mit diesem Einschwenken des Dachverbandes auf die Linie der Warenhausgegner war aber die Spaltung nicht mehr aufzuhalten. Es brachte der Leitung des Verbandes nur den Protest des VDWK gegen die Tendenz der zünftlerischen Beschränkung in der Hauptgemeinschaft ein, obwohl sich andererseits die Warenhäuser in einer Denkschrift zur Forderung des württembergischen Wirtschaftsministers nach Liquidation aller bestehenden Einheitspreisgeschäfte selbst vorsichtig von dieser Betriebsform distanzierten⁹⁰.

Auf dem Süddeutschen Einzelhandelstag im Juli 1932 in Frankfurt faßten die Landesverbände Baden, Bayern, Hessen, Pfalz und Württemberg die folgende Resolution: „Das Verbleiben des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser und des Reichsverbandes deutscher Nahrungs-

⁸⁶ VDWK, Jb. 1929, S. 48.

⁸⁷ Vgl. *Treue*, W., Deutsche Parteiprogramme, S. 359.

⁸⁸ Zit. n. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft Nr. 88 v. 18. 3. 1932.

⁸⁹ Vgl. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft Nr. 88 v. 18. 3. 1932.

⁹⁰ Vgl. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 55.

mittelfilialbetriebe in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist aus wirtschaftlichen Gründen unerwünscht⁹¹.“ Später schlossen sich außerdem noch die Landesverbände Thüringen, Hessen-Waldeck, Groß-Hamburg und Bremen, ferner der Edeka-Verband, der Rekofer, der Nürnberger Bund und der Reichsverband deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan-, Glas-, Haus- und Küchengeräten der „Frankfurter Front“ an⁹².

Die Führung der Hauptgemeinschaft berief daraufhin sofort die Fachverbände zusammen. Sie sprachen sich, wie erwartet, in ihrer Mehrheit für ein Verbleiben der Großbetriebsformen im Spitzenverband aus und wurden deshalb von den Warenhausgegnern sehr scharf angegriffen. Diese forderten teilweise sogar den Ausschluß aller Fachverbände, die mit den Großbetrieben zusammenarbeiten wollten, aus der Hauptgemeinschaft⁹³. Die führenden Männer der Hauptgemeinschaft versuchten auch jetzt wieder zu vermitteln. Die von J. Tiburtius vorgelegten Reformvorschläge waren so vorsichtig formuliert, „daß sie die Grundlage für eine fachliche Diskussion bilden konnten“⁹⁴. Er forderte u. a. eine zweijährige Errichtungssperre für den gesamten Einzelhandel im Interesse der Marktberuhigung und eine steuerliche Entlastung der kleineren und mittleren Betriebe durch Abbau der Gewerbesteuer für diese.

Die Fronten hatten sich jedoch schon so versteift, daß der Bruch nicht mehr zu verhindern war, obwohl die Frankfurter Front auf der Mitgliederversammlung am 15. November 1932 zunächst eine Niederlage erlitt. Die Resolution des Süddeutschen Einzelhandelstages wurde mit 128 zu 85 Stimmen abgelehnt⁹⁵. Dann aber stand die Vorlage einer Umsatzsteuererhöhung für Großbetriebsformen zur Diskussion, die vom Reichsverband Deutscher Schuhwarenhändler vorgelegt worden war. Sie sah jedoch eine so starke Steuerprogression vor⁹⁶, daß sie ebenfalls verworfen wurde. Statt dessen aber nahm die Mitgliederversammlung den daraufhin ebenfalls von den Schuhhändlern eingebrachten Antrag, sich grundsätzlich für eine Erhöhung der Reichsumsatzsteuer für Groß-

⁹¹ Zit. n. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 397.

⁹² Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 425.

⁹³ So schrieb die Deutsche Handels-Warte, das Organ des Nürnberger Bundes: „Es ist ein Unding, daß ein Fachverband, der weiterhin mit Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialbetrieben zusammenarbeiten will, dann (gemeint ist die Zeit nach der „Reinigung“ des Spitzenverbandes, J. W.) noch länger in der H.d.D.E. sitzt“. (Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 405.)

⁹⁴ Uhlig, H., a.a.O., S. 59.

⁹⁵ Vgl. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 18. 11. 1932.

⁹⁶ Ein Warenhaus mit 200 Mill. Umsatz wäre mit 12,45 % Sondersteuer belastet worden. (Vgl. Lampe, A., Binnenhandel, S. 122 f.)

betriebe auszusprechen⁹⁷, mit 134 gegen 71, und damit der nötigen Mehrheit von zwei Drittel aller Stimmen, an⁹⁸. „Die abstimmenden Vertreter der Verbände standen offensichtlich unter dem Eindruck ihrer radikalisierten Mitglieder⁹⁹.“ Auch jetzt waren es vor allem wieder die Fachverbände, die der Zusammenarbeit mit den Großbetriebsformen vor den geforderten staatlichen Erhaltungsinterventionen den Vorzug gaben¹⁰⁰.

Nach der Abstimmung traten der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser und der Reichsverband der Filialgeschäfte des Lebensmittel-einzelhandels, wie vorher angekündigt, aus der Hauptgemeinschaft aus. Damit hatten die radikalisierten und zum Großteil schon unterwanderten Verbände ihr Ziel erreicht. Der nationalsozialistische Kampfbundführer *P. Hilland*, der Nachfolger von *J. Tiburtius*, schrieb später über diese Vorgänge: „Seit Jahr und Tag kämpft die NSDAP für die Beseitigung der Konsumvereine und der Warenhäuser . . . Der Verfasser hat zusammen mit dem warenhauseindlichen Flügel innerhalb der Hauptgemeinschaft in vorderster Linie für die Beseitigung der Warenhäuser gekämpft und nimmt für die NSDAP, deren ganze Schlagkraft er für die Erreichung dieses Zieles einsetzte, das Verdienst in Anspruch, daß damals diese Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels . . . von dem Warenhauseinfluß gereinigt wurde¹⁰¹.“

Daraus erhellt, wie stark die politischen Ereignisse des Jahres 1933 schon ihre Schatten vorauswarfen. Das Einwirken außerwirtschaftlicher Gründe bei Entstehung und Spaltung der Hauptgemeinschaft wurde für ihr Schicksal symptomatisch. „Sie wurde während einer schweren Krise gebildet, in der sich der mittelständische Einzelhandel auch politisch in der Defensive sah und deshalb Bundesgenossen suchte. Sie brach auseinander in ähnlich schwerer Wirtschaftskrise, deren Ausgang unter gänzlich veränderten, den Mittelstand günstigen politischen Vorzeichen stand¹⁰².“

⁹⁷ „Die Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft billigt die in dem Antrag des Reichsverbandes Deutscher Schuhwarenhändler auf Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer niedergelegten Grundlagen. Sie beauftragt die vereinigten Steuerausschüsse, auf Grundlage dieses Vorschlages einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der spätestens der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen ist, und außerdem zu prüfen, ob sich die allgemeine Einführung einer Großbetriebssteuer empfiehlt. (Zit. n. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 18. 11. 1932.)

⁹⁸ Vgl. Rundschreiben der Hauptgemeinschaft v. 18. 11. 1932.

⁹⁹ Uhlig, H., a.a.O., S. 60.

¹⁰⁰ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 20 (1932), S. 443.

¹⁰¹ *P. Hilland* in: Deutsche Volkswirtschaft, Jg. 1933, S. 139 f., zitiert nach: Uhlig, H., a.a.O., S. 61.

¹⁰² Uhlig, H., a.a.O., S. 19.

VI. Die Gleichschaltung der Hauptgemeinschaft und ihr Einbau in die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel

Wie stark die politische Komponente bei der Spaltung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels war, geht daraus hervor, daß fast gleichzeitig mit dem Ausscheiden der Großbetriebe der Nationalsozialistische Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes auf den Plan trat und die entscheidenden Stellen in der Verbandsspitze mit radikalen „alten Kämpfern“ besetzte. Nachfolger von *J. Tiburtius*, der als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zurücktrat, aber vorerst in der Hauptgemeinschaft blieb, wurde *P. Hilland*, „bekannt als rücksichtsloser kompromiß-feindlicher Bekämpfer der Warenhäuser und bisher Hauptschriftsteller der nationalsozialistischen Blätter für Handwerk, Handel und Gewerbe“¹⁰³. Auch *H. Grünfeld* legte sein Amt nieder. Da man von Seiten des Kampfbundes zunächst keinen geeigneten Nachfolger präsentieren konnte, blieb die Stelle des Vorstandsvorsitzenden vorerst unbesetzt. Ab Mai 1934 wurde dann *P. Freudemann* mit der Führung des „Spitzenverbandes“ betraut. Für die neuen Männer in der Hauptgemeinschaft, soweit sie aus dem Kampfbund kamen, mag der Ausspruch *Schachts* gegolten haben: „Wenn alle diejenigen, die zu Führern ernannt werden, auch wirklich Führer wären — in welchem Paradies würden wir leben. Aber die Führer sind spärlich gesät, es sind viel mehr Führerposten als Führer vorhanden“¹⁰⁴.

Anfang April wurden neue Richtlinien für die Gleichschaltung der der Hauptgemeinschaft angeschlossenen Verbände erlassen:

1. Rücktritt aller jüdischen Vorstandsmitglieder,
2. nationalsozialistischer Vorsitz und 51 %ige Mehrheit im Vorstand, außerdem Kontrolle der Geschäftsführung,
3. organisatorische und personelle Veränderungen im Einvernehmen mit der örtlichen Kampfbundführung¹⁰⁵.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser erhielt vom Reichskommissar für die Wirtschaft bei der NSDAP, *Wagener*, den Auftrag, sich in den *Reichsverband der Mittel- und Großbetriebe des Deutschen Einzelhandels* umzugliedern. Darin sollten alle Großbetriebsformen (Waren- und Kaufhäuser, Filialbetriebe, Einheitspreisgeschäfte, Versandhäuser und große Spezialgeschäfte) zusammengefaßt werden. Zu Leitern der Organisation wurden aber nicht, wie bei der Hauptgemeinschaft, politisch verdiente Funktionäre der Kampfbünde, sondern Fach-

¹⁰³ Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 177.

¹⁰⁴ Zit. n. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 73. Der Hinweis auf die mangelnde Qualifikation der Kampfbundführer findet sich immer wieder in der Literatur. Vgl. hierzu: *Effer*, F., *Joachim Tiburtius* und die Hauptgemeinschaft, S. 303 f.; Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 251 ff. u. Edeka — Deutsche Handelsrundschau v. 22. 7. 1932.)

¹⁰⁵ Vgl. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 73.

leute eingesetzt¹⁰⁶. Je radikaler die Forderungen gegen die Großbetriebsformen und die Boykottmaßnahmen und sonstigen Übergriffe der Kampfbundorganisationen gegen sie wurden, desto mehr Firmen strömten dem neuen Verband zu. Es waren vor allem große Spezialgeschäfte, die den radikalisierten Mitgliedsverbänden der Hauptgemeinschaft den Rücken kehrten. Aber auch viele Filialgeschäfte, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte, die bisher noch keinem Verband angeschlossen waren, entdeckten jetzt die Vorteile des Zusammenschlusses und suchten Schutz vor neuen Übergriffen und Steuern. Daraus mußte sich naturgemäß eine starke Spannung zur Hauptgemeinschaft und zum Nationalsozialistischen Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand ergeben¹⁰⁷.

Die Kampfbundorganisation wurde noch 1933 abgelöst durch die *Nationalsozialistische Handels-, Handwerks- und Gewerbeorganisation (NS-Hago)*. Auch sie war, ähnlich wie die Partei selbst, nach Gauen, Kreisen und Ortsgruppen aufgebaut. Dagegen war eine Gliederung nach Berufs- und Fachgruppen verboten. Reichsführer der NS-Hago wurde der bisherige Reichsführer des Kampfbundes *v. Rentelen*¹⁰⁸. Organisatorisch wurde sie der Deutschen Arbeitsfront unterstellt. Anfang 1936 ging sie schließlich ganz in den neu gegründeten Reichsbetriebsgemeinschaften Handel und Gewerbe der DAF auf und verlor damit ihre Selbständigkeit. Auch dem im März 1936 als Dachorganisation geschaffenen Hauptamt für Handwerk und Handel in der NSDAP kam keine größere Bedeutung mehr zu.

Damit gelang es auch dem Kampfbund und der NS-Hago nicht, den städtischen Besitzmittelstand zu einigen und eine berufsständische Ordnung aufzubauen. Er scheiterte an den gleichen Gründen wie alle derartigen Versuche vor ihm. „Dazu waren die strukturellen Unterschiede zu groß, die Kriterien für die Zugehörigkeit zum Mittelstand zu schwankend und ihre nationalsozialistische Organisation zu primitiv. Zahllose Anfragen an Handwerks- und Handelskammern beweisen“, nach *H. Uhlig*, „daß Tausende und Abertausende von Einzelhändlern und Handwerkern ihren Beitritt zu dieser Organisation nur unter Druck vollzogen oder ihn als Eingliederung in eine neue Berufsordnung begriffen hatten¹⁰⁹.“

Der Aufbau einer berufsständischen Ordnung im Handel war von der NS-Hago am 4. Mai 1933 durch die Gründung des *Reichsstandes des*

¹⁰⁶ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 282.

¹⁰⁷ Vgl. *Uhlig*, H., a.a.O., S. 76.

¹⁰⁸ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 426 ff. u. 615.

¹⁰⁹ *Uhlig*, H., a.a.O., S. 163.

deutschen Handels versucht worden. Ihm schlossen sich die folgenden Verbände an:

1. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels,
2. Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels,
3. Reichsverband des Deutschen Gaststättengewerbes,
4. Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender sowie
5. Zentralverband Deutscher Handelsvertreter-Vereine¹¹⁰.

Aber bereits am 27. Februar 1935 brachte das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der Wirtschaft einen grundlegenden Wandel der Wirtschaftsorganisation und machte den Reichsstand des deutschen Handels überflüssig. An seine Stelle trat die *Hauptgruppe IX Handel*. Das Gesetz gab dem Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung, bestimmte Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen oder zu errichten bzw. bestehende Verbände aufzulösen oder miteinander zu vereinigen. An die Stelle der bisherigen freien Wahl der Leiter der Verbände trat jetzt die Berufung durch den Reichswirtschaftsminister, der auch die Satzungen festlegte. Außerdem wurden alle anerkannten Verbände Zwangsorganisationen mit Pflichtmitgliedschaft.

Leiter der Hauptgruppe IX Handel wurde nicht der Führer des Reichsstandes des Deutschen Handels, *v. Rentelen*, sondern *C. Lüer*, der vorher Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. gewesen war. Er ernannte als Reichsbeauftragten für den Einzelhandel den amtierenden Präsidenten des Rekofei, *F. Hayler*. (Siehe S. 190.) Dieser schuf dann am 6. August 1934 in München den *Gesamtverband des deutschen Einzelhandels* und gliederte in ihn die Hauptgemeinschaft und den Reichsverband der Mittel- und Großbetriebe ein. Damit wurden die Großbetriebe erstmals während des Dritten Reiches gesetzlich anerkannt¹¹¹.

Die Hauptgruppe IX Handel erhielt mit der Ersten Durchführungsverordnung vom 27. November 1934 zum Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der Wirtschaft die neue Bezeichnung *Reichsgruppe Handel* und bildete nunmehr eine der sieben als Reichsgruppen bezeichneten Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft. Jede dieser sieben Reichsgruppen war untergliedert in Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen. Der Reichsgruppe Handel gehörten nach dem Ausscheiden der Wirtschaftsgruppe Gaststätten und Beherbergungsgewerbe im Jahre 1939 die folgenden Wirtschaftsgruppen an¹¹²:

¹¹⁰ Vgl. *Hayler*, F., a.a.O., S. 11.

¹¹¹ Vgl. *Ehlers*, W., a.a.O., S. 35 ff. u. 57.

¹¹² Vgl. *Hayler*, F., a.a.O., S. 12.

1. Ein- und Ausfuhrhandel,
2. Einzelhandel,
3. Vermittlergewerbe,
4. Ambulantes Gewerbe,
5. Gemeinschaftseinkauf.

Die *Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* trat an die Stelle des Gesamtverbandes des deutschen Einzelhandels. Sie war, wie dieser, eine rein fachliche, unpolitische Organisation mit Zwangscharakter, aufgebaut nach dem Grundsatz der Einzelmitgliedschaft. Alle bestehenden fachlichen und regionalen Verbände mußten sich auflösen und ihre Mitglieder in die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel überführen. An Stelle der bisherigen Fachverbände wurden 12 *Fachgruppen* geschaffen, die in 52 *Fachabteilungen* untergliedert waren. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels löste sich auf. Der Reichsverband der Mittel- und Großbetriebe des deutschen Einzelhandels wurde am 12. 1. 1936 in folgende drei *Zweckvereinigungen* auseinandergegliedert, die neben die 12 Fachgruppen traten¹¹³:

1. Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte,
2. Filialbetriebe,
3. Versandgeschäfte.

Die Finanzhoheit der Fachgruppen und Zweckvereinigungen ging auf die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel über. Diese schuf eine neue Beitragsordnung, die nach dem Umsatz der angeschlossenen Unternehmungen progressiv gestaffelt war.

Schon Punkt 16 des Parteiprogrammes von 1920 hatte die „sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende“ versprochen. Nach der Machtübernahme jedoch kam es bei weitem nicht zur Ausführung aller dieser versprochenen radikalen Maßnahmen, obwohl sich die gleichgeschalteten Verbände gegenseitig in ihren Forderungen an die Reichsregierung überboten. Auch die Hauptgemeinschaft beschloß im März 1933, der Reichsregierung ein Sofortprogramm vorzulegen, das u. a. Sondersteuern für Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Filialbetriebe enthielt¹¹⁴.

Das Ergebnis dieser Interpellationen der Kampfbünde und Verbände war eine Reihe von gesetzlichen Eingriffen:

1. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Einzelhandels vom 12. Mai 1933 machte den Einzelhandel zu einem konzessionierten Gewerbe und durchbrach damit den Grundsatz der Gewerbefreiheit in diesem Wirt-

¹¹³ Vgl. Homann, F., a.a.O., S. 88 u. Teschemacher, H., a.a.O., S. 40 ff.

¹¹⁴ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 176.

schaftsbereich. Der ursprüngliche Zweck des Einzelhandelsschutzgesetzes bestand darin, die Existenz der bestehenden Geschäfte zu erhalten. Deshalb enthielt es eine allgemeine Errichtungssperre für Einzelhandelsgeschäfte. Diese war ursprünglich nur bis zum 6. 11. 1933 befristet, wurde dann aber immer wieder verlängert und schließlich mit der Durchführungsverordnung vom 23. Juli 1934 in eine allgemeine Konzessionspflicht umgewandelt. Im allgemeinen machte das Gesetz die Konzession vom Nachweis der Sachkunde des Betriebsleiters, von seiner persönlichen Zuverlässigkeit und von der Frage außergewöhnlicher örtlicher Übersetzung abhängig. Damit kam ihm der Charakter einer *Berufsordnung* zu.

Für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte brachte das Einzelhandelsschutzgesetz eine generelle Errichtungssperre, die bis 1945 beibehalten wurde. Auch die meisten anderen Bestimmungen des Gesetzes trafen die Großbetriebe besonders hart. Die wichtigsten davon waren:

Verbot der Errichtung, Erweiterung und Verlegung von Einheitspreisgeschäften, Verbot selbständiger Handwerkstätigkeit im Rahmen von Einzelhandelsgroßbetrieben und Aufhebung von Schank- und Speisewirtschaften in diesen Betrieben bis zum 1. 11. 1935, soweit nicht eine Gefährdung der Rentabilität des Gesamtunternehmens nachgewiesen werden konnte.

2. Durch das Gesetz über das Zugabewesen vom 12. 5. 1933 wurden Zugaben für alle Wirtschaftsstufen grundsätzlich verboten.

3. Das Rabattgesetz vom 25. 11. 1933 beschränkte die Höhe der gewährten Rabatte auf 3 %. Gleichzeitig setzte es die Rückvergütung der Konsumvereine auf die gleiche Höhe fest. Den Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften wurde die Gewährung von Rabatten grundsätzlich verboten. Außerdem legte das Gesetz die Konditionen innerhalb des Warenweges vom Produzenten zum Einzelhandel genau fest.

4. Durch mehrere Gesetze wurde dann in den folgenden Jahren auch noch eine strenge Begrenzung der Sonderveranstaltungen vorgenommen¹¹⁵.

Ein langwieriger Kampf setzte um die Einführung einer Reichsumsatzsteuer für Großbetriebsformen ein. Die Hauptgemeinschaft und eine große Anzahl von weiteren Verbänden reichten Steuervorschläge ein, die eine so rigorose steuerliche Belastung für diese Betriebsformen vorsahen, daß sie einer Erdrösselung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte gleichgekommen wäre. Am 15. Juli 1933 wurde dann auch ein Gesetz erlassen. Es erfüllte aber in keiner Weise die hochgespannten Er-

¹¹⁵ Vgl. Michel, E., Einzelhandel und Einzelhandelsschutz einschließlich Gaststättengewerbe, Hamburg 1937; Ehlers, W., a.a.O., S. 23 ff. u. Splettstößer, J., Der Einzelhandel, Diss. Berlin 1936, S. 99 ff.

wartungen der verschiedenen Organisationen. „Weder brachte es die von den Nationalsozialisten propagierte Reichswarenhaussteuer, noch hatte es jenen Prohibitiv- oder Erdrosselungscharakter, den die Vertreter des Mittelstandes anstrebten“¹¹⁶, sondern enthielt lediglich eine Ermächtigung an die Länder, die bisher bereits erhobenen Steuern zu erhöhen. Eine Reihe von Ländern, so z. B. Preußen, machte aber davon keinen Gebrauch¹¹⁷. Auch in den folgenden Jahren kam es weder zu der versprochenen Liquidation und Vermietung der großen Warenhäuser an kleine Einzelhändler¹¹⁸ noch zu der einst propagierten Vereinheitlichung der Sondersteuern durch ein Reichswarenhaussteuergesetz. Die Folge davon war, daß sich gerade bei den radikaleren Gruppen große Enttäuschung breit machte¹¹⁹. Sie wurde noch größer, als während des Krieges nicht selten Großbetriebe den kleineren und mittleren Geschäften bei der Zuteilung mit Waren vorgezogen wurden, da sie sich als ideale Instrumente der Bewirtschaftung erwiesen.

Auch sonst hatte der Handel als unabhängiger, eigenständiger Wirtschaftsbereich schwer um seine Anerkennung zu ringen. „Das damals viel gebrauchte Wort vom ‚Königlichen Kaufmann‘ stand in merkwürdigem Mißverhältnis zu der Unterbewertung des Handels durch die führenden Geister der NSDAP, denen nur die ‚Werte schaffende Leistung‘ als produktiv erschien. Diese Leistung wurde sehr primitiv, im wesentlichen als Urproduktion und handwerklich-technische Verarbeitung verstanden“¹²⁰. „Die gesetzlichen Eingriffe zugunsten der Masse der kleinen und mittleren Betriebe und auf Kosten der Großbetriebe entsprangen lediglich politischen Zweckmäßigkeiten. „Im Grunde galten sie doch als ‚Verteiler‘ und ‚Krämer‘ und damit als minder produktive Glieder des Volksganzen. Deshalb wollte *Feder* den Handel an die Produktionsgruppen angliedern, *Ley* den Handel als Organisationsapparat mit bezahlten Funktionären aufziehen, *Darré* die Handelsspanne fixieren und den Handel zum bloßen Verteiler der landwirtschaftlichen Erzeugung degradieren“¹²¹.

VII. Die Neugründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.

Nach dem Zusammenbruch gestatteten die Besatzungsbehörden Einzelhandelsverbände zunächst nur im Bereich der Länder, nachdem sie die Auflösung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel mit allen Unterglie-

¹¹⁶ Uhlig, H., a.a.O., S. 99.

¹¹⁷ Vgl. Deutsche Handels-Warte, Jg. 21 (1933), S. 476.

¹¹⁸ Es gab zwar eine Reihe von Versuchen, die aber fast alle scheiterten. (Vgl. Uhlig, H., a.a.O., S. 119 f.)

¹¹⁹ Vgl. hierzu vor allem: Geiger, Th. Klassengesellschaft, S. 166 ff.

¹²⁰ Uhlig, H., a.a.O., S. 136.

¹²¹ Uhlig, H., a.a.O., S. 136.

derungen angeordnet hatten. So entstanden noch im Laufe des Jahres 1945 mehrere Fach- und gemischte Verbände, die sich über kleinere oder größere Gebiete erstreckten.

Am 12. September 1947 trafen sich dann in Bonn die Vorsitzenden der Landesverbände des Einzelhandels der britischen und amerikanischen Zone und gründeten die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels. 1949 konnten nach dem Fortfall der Widerstände der Militärregierung auch die Landesverbände der französischen Zone der Hauptgemeinschaft beitreten. Daraufhin wurde am 4. 10. 1949 der Beschluß gefaßt, wieder den Namen des unter H. Grünfeld errichteten Spitzenverbandes, *Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V.* anzunehmen¹²². Damit sollte ausdrücklich die Beziehung zur alten Hauptgemeinschaft hergestellt werden, wie aus dem 1. Arbeitsbericht der Hauptgemeinschaft hervorgeht: „Durch ihre Namensgebung übernimmt die neue Spitze der Einzelhandelsorganisation bewußt die Tradition der alten ‚Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels‘, deren bleibendes Verdienst es ist, die bis dahin als nicht organisierbar bezeichneten Einzelhändler größten Schwierigkeiten zum Trotz doch zu einer Gesamtvertretung zusammengefaßt zu haben... Diese Arbeit hat — weil sie fruchtbar war und sich daher durchzusetzen vermochte — schließlich das Ergebnis gehabt, daß der Einzelhandel von der Notwendigkeit einer einheitlichen Vertretung durch eine arbeitsfähige Berufsorganisation überzeugt war¹²³.“ Wie 1918, waren auch jetzt namhafte Vertreter der Großbetriebsformen beim Wiederaufbau des Spitzenverbandes maßgeblich beteiligt¹²⁴. Die Einbeziehung der Waren- und Kaufhäuser, Filial- und großen Spezialgeschäfte wurde von Anfang an als selbstverständlich angesehen. Es gab darüber keine Diskussion.

Wie die alte, ist auch die neue Hauptgemeinschaft ein Verband der Verbände. Die einzelnen Kaufleute und Firmen gehören ihr nur mittelbar an. Direkte Mitglieder sind die 13 Landesverbände und die 30 Fachverbände. Die gemischten Landesverbände sind in der Regel in Bezirksverbände und diese teilweise wieder in Kreisverbände untergliedert. Eine Ausnahme hiervon sind die vier Landesverbände (Berlin, Hamburg, Saarland und Württemberg-Hohenzollern), die sich nur aus fachlichen Organisationen zusammensetzen. (Vgl. hierzu das Organisationsschema im Anhang.)

Im Gegensatz zur alten Hauptgemeinschaft, die nach dem Prinzip der Doppelmitgliedschaft organisiert war, ist jetzt jedes Mitglied nur noch

¹²² Vgl. H.d.D.E., 19. Arbeitsbericht (1966), S. 5 ff.

¹²³ Zit. n. Gartmayr, E., a.a.O., S. 169.

¹²⁴ Vgl. 5 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V., Arbeitsbericht, vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 5. u. 6. 11. 1953 von der Geschäftsführung, S. 4 ff.

einmal erfaßt, und zwar bei den gemischten Bezirks- bzw. den vier Landesverbänden. Die Mitgliedschaft bei den Fachverbänden ist dagegen grundsätzlich korporativ. Sie wird automatisch durch den Beitritt zu den regionalen Verbänden erworben, in deren Rahmen Fachgemeinschaften existieren. Die Bezirks- bzw. Landesverbände haben die Finanzhoheit. Sie kassieren die Beiträge. Ein Teil davon geht an die Hauptgemeinschaft. Erst von ihr erhalten dann die Fachverbände auf Bundesebene die für ihre Arbeit nötigen Mittel. Sie haben damit im Vergleich zur Zeit vor 1933 innerhalb der Gesamtorganisation, die primär auf die regionalen Verbände ausgerichtet ist, eine sehr schwache Stellung.

Der Organisationsgrad der Hauptgemeinschaft und der ihr angeschlossenen Verbände ist geringer, als im allgemeinen in der Öffentlichkeit angenommen wird¹²⁵. Von den 482 000 Einzelhandelsbetrieben, die der Handelszensus für den 30. 9. 1960¹²⁶ ermittelte, dürfen knapp 50 % organisiert sein. Sie vereinigen aber ca. 80 bis 90 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf sich. Daraus geht hervor, daß, ähnlich wie vor 1933, auch heute die Kooperativneigung mit der Höhe des Umsatzes ansteigt. Während von den „Läden“ mit weniger als 100 000 DM Umsatz pro Jahr etwa 20% einem Verband angehören, steigt der Organisationsgrad der Geschäfte mit einem Umsatz zwischen 100 000 und 300 000 auf ca. 60 % und erreicht in der Umsatzgrößenklasse von 300 000 bis zu einer Million ungefähr 80 %. Die Firmen mit einem Umsatz über einer Million gehören mit ganz wenigen Ausnahmen der Hauptgemeinschaft an¹²⁷.

Neben den 13 Landes- und 30 Bundesfachverbänden umfaßt die Hauptgemeinschaft noch folgende vier überfachliche Bundesverbände:

1. Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe e. V.,
2. Außenhandels-Vereinigung des Deutschen Einzelhandels e. V.,
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V., (BAG)
4. Gesamtverband der Teilzahlungsgeschäfte. (Vgl. das Organisationsschema im Anhang.)

Im Gegensatz zur alten Hauptgemeinschaft gehören dem heutigen Spitzenverband keine Einkaufsverbände mehr an. Es besteht aber dennoch eine enge Verbindung, da namhafte Persönlichkeiten der größten

¹²⁵ Zu diesem Ergebnis kommt auch die Untersuchung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik über das Selbstbildnis der Verbände. (Vgl. *Schmölders, G.*, Das Selbstbildnis der Verbände. Empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände in ihrer Bedeutung für die wirtschaftspolitische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik*, hrsg. v. A. Predöhl u. G. Weippert, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 38, S. 90 ff.)

¹²⁶ Vgl. Handelsblatt Nr. 193 v. 9. 10. 1963.

¹²⁷ Mündliche Mitteilungen der Hauptgemeinschaft an den Verfasser. (Vgl. hierzu auch: Handelsblatt Nr. 220 v. 15. 11. 1961.)

Einkaufsverbände als kooptierte Mitglieder im Präsidialrat der Hauptgemeinschaft vertreten sind, der sich sonst nur aus den Vorsitzenden der Landes- und Bundesfachverbände zusammensetzt¹²⁸.

Obwohl sich fast alle Großbetriebe den Bezirks- oder Landesverbänden der Hauptgemeinschaft anschlossen, haben sie sich trotzdem noch zwei eigene Organisationen geschaffen, die korporativ dem Spitzenverband angehören¹²⁹. Während die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-filialbetriebe direkte Mitglieder hat, ist die *Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V.*, die, wie auch die Hauptgemeinschaft, ihren Sitz in Köln hat, ein Verband der Verbände. Sie wurde am 16. 11. 1949 durch die, ebenfalls zunächst auf Landesebene entstandenen, Arbeitsgemeinschaften der Mittel- und Großbetriebe gegründet¹³⁰ und setzt sich heute aus 11 dieser Arbeitsgemeinschaften zusammen. Im Gegensatz zur Hauptgemeinschaft, die bewußt an die Traditionen des alten Spitzenverbandes anknüpfte, betrachtet sich die BAG nicht als Rechtsnachfolger des VDWK¹³¹. 40 % der Mitglieder sind namhafte Spezialfachgeschäfte der verschiedensten Branchen. Am häufigsten sind Textilspezialgeschäfte und -kaufhäuser vertreten. Sie haben sich innerhalb der BAG zum Arbeitskreis Oberbekleidung zusammengeschlossen¹³². Daneben gehören der Organisation alle führenden Waren- und Kaufhäuser und Kleinpreisgeschäfte¹³³ mit nur zwei Ausnahmen an¹³⁴. Als Voraussetzung für die Aufnahme in die BAG gilt ein Mindestumsatz von einer Million DM im Jahr¹³⁵. Fast alle angeschlossenen Firmen setzten aber mehr als zwei Millionen DM um¹³⁶.

Sooft seit Gründung der neuen Hauptgemeinschaft Gegensätze zwischen den Großbetrieben und den kleinen und mittleren Fachgeschäften auftauchten, gelang es bisher immer wieder, verbindende Kompromisse zu finden, da beiden Seiten sehr am Fortbestehen des gemeinsamen

¹²⁸ Mündliche Mitteilungen der Hauptgemeinschaft an den Verfasser.

¹²⁹ Außerhalb der Hauptgemeinschaft organisierte sich der Versandhandel, der sich im Bundesverband des Deutschen Versandhandels e. V., Frankfurt/M., zusammenschloß.

¹³⁰ Vgl. 5 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft, a.a.O., S. 5 ff.

¹³¹ Mündliche Mitteilungen der BAG an den Verfasser.

¹³² Vgl. Gartmayr, E., a.a.O., S. 170.

¹³³ Die Kleinpreisgeschäfte haben sich aus den Einheitspreisgeschäften (Siehe S. 254) entwickelt, die von 1936 an das amerikanische System, Waren verschiedenster Art in wenigen festen Preisstrukturen zusammenzufassen, verließen und unter Erweiterung des Sortiments die Preisgrenze nach oben verlegten. (Vgl. Uhlig, H., a.a.O., S. 174 u. Nieschlag, R., Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, S. 247.)

¹³⁴ Dies sind nach Angaben der BAG die Firmen Brenninkmeyer und Woolworth.

¹³⁵ Vgl. Gartmayr, E., a.a.O., S. 170.

¹³⁶ Mündliche Mitteilungen der BAG an den Verfasser.

Spitzenverbandes gelegen ist. Vor allem die großen Warenhauskonzerne, deren neue Expansion nach der Währungsreform wieder erhebliche Unruhe im Einzelhandel auslöste, zeigten viel Verständnis für die Sorgen des mittelständischen Einzelhandels. Diese Aufgeschlossenheit fand u. a. ihren Ausdruck in der Erklärung des Expansionsstops vom 9. 6. 1952, der nach monatelangen Verhandlungen zwischen der Hauptgemeinschaft und der BAG zustandekam. In ihm verzichteten die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft für die Zeit bis zum 1. 4. 1954 auf die Neuerrichtung von Verkaufsniederlassungen in der Bundesrepublik, soweit es sich nicht um Ersatzbauten für zerstörte Häuser handelte¹³⁷. Die BAG gab bei diesem Anlaß die Erklärung ab, daß sie „eine gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben“ innerhalb des Einzelhandels befürwortet¹³⁸. Die Mitgliedsfirmen der Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe schlossen sich am 18. 9. 1952 dem Expansionsstopp an. Nach Ansicht des Spitzenverbandes lag das Zustandekommen dieses Abkommens nur daran, „daß die Bundesarbeitsgemeinschaften Verbände innerhalb der Hauptgemeinschaft sind, und ferner an der völligen Übereinstimmung der Ansichten beider Gruppen, daß ein außergewöhnlicher Schritt getan werden sollte, um die berufspolitische Solidarität des gesamten Einzelhandels zum Ausdruck zu bringen“¹³⁹.

Auch im Jahre 1965 kam es wieder zu einer Selbstbeschränkung der zehn führenden Großbetriebe des privaten Einzelhandels. Diese verpflichteten sich, bis zum 1. 1. 1968 ihre Geschäftstätigkeit grundsätzlich nicht auf neue Plätze unter 200 000 Einwohner ausdehnen zu wollen¹⁴⁰.

Die in der BAG zusammengeschlossenen Großbetriebe unterstützen auch alle Bemühungen der Hauptgemeinschaft, der großen Masse der kleineren Betriebe bei der Rationalisierung behilflich zu sein. So stellt die BAG sowohl der Rationalisierungsgemeinschaft für den Handel als auch den Betriebswirtschaftlichen Beratungsstellen der Hauptgemeinschaft erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung, obwohl ihre Mitglieder diese nicht in Anspruch nehmen¹⁴¹.

¹³⁷ Weitere Ausnahmen waren vorgesehen für die Übernahme bestehender Häuser (unter Beibehaltung des Sortiments), für bereits angelaufene Neuerrichtungen und für Unternehmungen, deren Schwergewicht in der Ostzone gelegen hatte.

¹³⁸ Vgl. 5 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft, S. 27 ff.

¹³⁹ H.d.D.E., 6. Arbeitsgericht (1953), S. 12. (Z. T. gesperrt.)

¹⁴⁰ Zu dieser Selbstbeschränkung erklärten sich bereit die Firmen: Brenninkmeyer, Horten, Kaufhof, Hertie, Woolworth, Karstadt, die Versandhäuser Quelle, Neckermann, Schwab und die Ratio-Gruppe. (Vgl. Industriekurier Nr. 118 v. 31. 7. 1965.) Die GEG dagegen lehnte eine Selbstbeschränkung ab. (Vgl. Industriekurier Nr. 121 v. 5. 8. 1965.)

¹⁴¹ Mündliche Mitteilungen der BAG an den Verfasser.

Daß es immer mehr zu einer Auflockerung der Fronten zwischen den Großunternehmungen und den Fachgeschäften kommt, zeigt ferner die Neigung der beiden Gruppen, auch auf der betrieblichen Ebene zu kooperieren. Einige Beispiele sollen dies zeigen:

Von 1960 an taten sich die großen Versandhäuser mit freiwilligen Ketten und einer Einkaufsgenossenschaft (Rewe) des Lebensmitteleinzelhandels zusammen, die die Kataloge der Versandhändler in den Geschäften auslegen und Bestellungen aufnehmen¹⁴². Wenn auch in der Zwischenzeit wegen des stärkeren Vordringens des Versandhandels in den stationären Einzelhandel mehrere dieser Versuche aufgegeben wurden, so kommt dieser Form der Kooperation dennoch eine nicht zu unterschätzende grundsätzliche Bedeutung zu, werden doch durch sie, „wenn man die Struktur dieser Unternehmen berücksichtigt, viele traditionelle Grenzen eingerissen“¹⁴³, die bisher als unüberbrückbar galten.

R. Nieschlag macht auf eine Form der Kooperation aufmerksam, die vor kurzem zwischen einer Genossenschaft des Lebensmitteleinzelhandels und einem Warenhaus in Frankreich zustande gekommen ist. Die Warenhausunternehmung bezieht die Lebensmittel von der Genossenschaft, während die Mitglieder der Genossenschaft von der Zentraleinkaufsabteilung des Warenhauses Nonfood kaufen¹⁴⁴.

H. Gross berichtet, daß in Belgien und Holland der Warenhauskonzern Priba mit Hunderten von selbständigen Fachgeschäften eine Art freiwillige Kleinkaufhauskette aufgebaut hat, in der sie selbst als beratender und beliefender Großhändler wirkt. Nach *H. Gross* dürfte dieses Beispiel anregend für die künftige kontinentale Betriebsgestaltung werden¹⁴⁵.

1963 ging die Rudolf Hüssel AG im Anschluß an erfolgreiche amerikanische Experimente dazu über, die Hüssel-Laden-Idee an selbständige Einzelhändler in Lizenz zu vergeben¹⁴⁶. Ein weiteres Beispiel für dieses

¹⁴² Im einzelnen kam es zu folgenden Gruppierungen: 1. Neckermann — Rewe, 2. Otto-Versand — A & O, 3. Schwab — Spar, 4. Schöpflin — Vege, 5. Scherer — Centra und BMA, 6. Schulz-Versand — TIP. Auch zwischen dem Bundesverband des Tabakwarenhandels und einer Hamburger Spirituosenversandfirma wurde eine ähnliche Abmachung getroffen. (Vgl. *Batzer, E., u. Laumer, H., a.a.O., S. 123 u. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 592 ff.*)

¹⁴³ *Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 5.*

¹⁴⁴ Vgl. *Nieschlag, R., Textileinkaufsvereinigungen, a.a.O., S. 5.*

¹⁴⁵ Vgl. *Gross, H., Ein Großkonzern fördert den Mittelstand. Die Priba-Ketten in Belgien und Holland, in: Handelsblatt Nr. 148 v. 5. 8. 1961.* Weitere Beispiele finden sich bei: *Tietz, B., Der Weg zur Totalen Kooperation, Entwicklungstendenz und wirtschaftspolitische Konsequenzen, in: FfH Mitteilungen, Nr. VIII (1967), H. 8—11, S. 1 f.*

¹⁴⁶ Derartige Läden werden, wie alle anderen Hüssel-Geschäfte, ausgestattet, beliefert und werblich unterstützt. Sie müssen nach den Grundsätzen des

in Amerika entwickelte „Franchise-System“¹⁴⁷ ist die Vermietung von ganzen Abteilungen in Warenhäusern; vor allem in neuen Häusern, die nach dem „Shop-in the Shop-System“ aufgebaut sind, an Spezialgeschäfte des Einzelhandels, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Die Mieter bieten dabei im allgemeinen andere Waren oder andere selbstständige Dienstleistungen an als das vermietende Unternehmen¹⁴⁸.

Die seit einiger Zeit in allen Betriebsformen des Einzelhandels deutlich hervortretende Tendenz zur Ausweitung der Sortimente unter Übernahme zusätzlicher Dienstleistungsfunktionen, für die meist besondere Fachkenntnisse erforderlich sind, stellt die Großbetriebe vor die Frage, ob sie die neuen Abteilungen in eigener Regie führen oder an Spezialgeschäfte vermieten sollen. Nach B. Tietz, der sich mit dieser Entwicklung eingehend auseinandersetzt, läßt allein diese Fragestellung erwarten, daß Zahl und Bedeutung der Abteilungsmietsysteme im nächsten Jahrzehnt stark ansteigen werden. „Die Konzentration bei den Warenhausunternehmen dürfte in Zukunft — sicher nicht nur in den Vereinigten Staaten — von einer Konzentration bei den Mietern der Warenhäuser begleitet sein“¹⁴⁹. „Darin könnten neue Chancen für die Fach- und Spezialgeschäfte mit problemvoller Ware, die einen hohen Service verlangt, liegen“¹⁵⁰.

Hauses Hüssel geführt werden, befinden sich aber im Eigentum eines selbstständigen Einzelhändlers. (Vgl. FfH Mitteilungen, N. F., Nr. IV (1963), H. 3, S. 5.)

¹⁴⁷ Vgl. zu dieser Kooperationsform im einzelnen: Tietz, B., Franchise — Vertriebssystem mit vielen Gesichtern, in: die absatzwirtschaft, Jg. 10 (1967), S. 494 ff.

¹⁴⁸ In Amerika wurden im Jahre 1963 in 164 auf dieser Basis vermieteten Abteilungen mehr als 2 Mrd. Dollar umgesetzt. (Vgl. Tietz, B., Mit dem Handel unter einem Dach, in: die absatzwirtschaft, Jg. 17 (1967), S. 885 f.) Die Grenztypen der Abteilungsmietsysteme sind auf der einen Seite der „Rack-Jobber“, der nur Regalflächen mietet und selbst einrichtet, und auf der anderen Seite das Gemeinschaftswarenhaus, das schon um die Jahrhundertwende und in der Zeit des Dritten Reiches bei uns in Einzelfällen errichtet wurde, sich aber bis jetzt noch nicht durchsetzen konnte. In neuester Zeit scheint es in Schweden gelungen zu sein, eine praktikable Form zu finden. (Vgl. Hoshke, H., Das Detaillisten-Kaufhaus, Dresden 1907; Antony, E., Das mittelständische Gemeinschafts Kaufhaus, Frankfurt 1936; Thomas, E., Das Gemeinschaftswarenhaus, in: DIHT-Schriftenreihe, H. 103, Bonn 1967 u. Tietz, B., Konsument und Einzelhandel, S. 593.)

¹⁴⁹ Tietz, B., Mit dem Handel unter einem Dach, S. 891.)

¹⁵⁰ Vgl. dazu auch: Gross, H., Chance für das Fachgeschäft, Konsequenzen für den Massenvertrieb, in: Handelsblatt Nr. 180 v. 19. 9. 1961. A. Gutersohn spricht in diesem Zusammenhang von einer „Aufwanderung“ der Käuferschaft auf Waren und Dienste gehobener Qualität. (Vgl. Gutersohn, A., Das Gewerbe, Bd. II, a.a.O., S. 389.) Er findet sich damit in Übereinstimmung mit J. Fourastié, der es als eine unausweichliche Gesetzmäßigkeit erachtet, daß die zunehmende Ergiebigkeit der industriellen Erzeugung und (in schwächerem Maße) der Urproduktion zu einer fortschreitenden stärkeren Nachfrage nach Gütern zur Erfüllung höher gespannter Wünsche, namentlich nach

Ähnlich wie in den Verbänden und Unternehmen der Großbetriebsformen, hat sich auch innerhalb der neuen Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und ihrer Verbände der Prozeß der Versachlichung fortgesetzt, den wir bereits vor 1933 feststellen konnten, der aber dann durch die Gleichschaltung der Organisationen plötzlich unterbrochen wurde. Freilich zeigten sich auch hin und wieder in einigen wichtigen Fragen immer noch ständisch-traditionale Züge. Das gilt vor allem für den Komplex der *Berufsordnung*. Nachdem man im mittelständischen Einzelhandel in der Zeit des Dritten Reiches mit den Zulassungsbeschränkungen des Einzelhandelsschutzgesetzes recht gute Erfahrungen gemacht hatte, wollte man auch nach 1945 möglichst viele dieser Erhaltungsinterventionen beibehalten. Nach dem von der Hauptgemeinschaft 1953 vorgelegten Gesetzesentwurf sollte, ähnlich wie in der im September 1953 in Kraft getretenen neuen Handwerksordnung, eine eigene Berufsordnung für den Einzelhandel geschaffen werden. Der Entwurf sah die Einteilung des Einzelhandels in innungsähnliche Warenkreise vor. Die Zulassung zum Einzelhandelsberuf sollte nur für einen dieser Warenkreise erteilt werden und vom Nachweis der Fach- und Sachkunde und der persönlichen Zuverlässigkeit abhängig sein¹⁵¹.

Als dann aber in der Öffentlichkeit erhebliche Kritik an diesen zünftlerischen Bestrebungen angemeldet, und dem Einzelhandel der Vorwurf des „Kästchendenkens“ gemacht wurde, entschärfte die Hauptgemeinschaft ihre Forderungen¹⁵² und verwies auf ihre Bemühungen um Förderung des Schulungs- und Bildungswesens.

Gerade in dieser Hinsicht ist auch in der Zwischenzeit in den Verbänden der Hauptgemeinschaft viel geschehen, so daß jetzt (1966) von

Dienstleistungen führen werde. (Vgl. Fourastié, J., Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954, S. 105 ff.) Zu ähnlichen Ergebnissen, untermauert durch umfangreiches Zahlenmaterial, kommt H. Pfuhlmann für die Bundesrepublik. (Vgl. Pfuhlmann, H., Wandlungen der Sozialstruktur unter Berücksichtigung der Abgrenzung eines primären, sekundären und tertiären Sektors, Diss. Erlangen—Nürnberg 1963.)

¹⁵¹ Vgl. H.d.D.E., 6. Arbeitsbericht (1953), S. 32 ff.

¹⁵² Trotzdem widersetzte sich der Gesetzgeber den Plänen nach Errichtung einer eigenen Berufsordnung. Das erst am 15. 8. 1957 in Kraft getretene Berufsausübungsgesetz für den Einzelhandel regelt lediglich die Berufsausübung im Einzelfall. Die Errichtung von Warenkreisen wurde ebenso abgelehnt wie der Nachweis der Fachkunde. Lediglich Sachkunde und persönliche Zuverlässigkeit blieben als Voraussetzungen für den Betrieb eines Einzelhandelsgeschäftes. (Vgl. H.d.D.E., 10. Arbeitsbericht (1957), S. 63.) Nachdem am 11. 12. 1965 das Bundesverfassungsgericht den Nachweis der Sachkunde für den Einzelhandel als verfassungswidrig erklärt hat, ist jetzt nur noch die persönliche Zuverlässigkeit einzige Voraussetzung für den Betrieb eines Einzelhandelsgeschäftes mit Waren aller Art. Nur für wenige Branchen, vor allem für den Handel mit Lebensmitteln, Arzneien und Drogen, gibt es zusätzliche Bedingungen. (Vgl. Zaunitzer, I., Im Griff der Konzerne, Krise einer Mittelschicht, München 1967, S. 160 f.)

14 der 30 angeschlossenen Fachverbände eigene Fachschulen unterhalten werden. Dazu kommen noch 10 Berufsheime, die regionale Verbände der Hauptgemeinschaft tragen. In der Zeit von 1955 bis 1964 stieg die Anzahl der jährlich in den Schulungsstätten durchgeführten Veranstaltungen von 2 242 auf 7 017 (+ 313 %) und die Anzahl der Teilnehmer von 112 190 auf 279 163 (+ 249 %)¹⁵³. Der Spitzenverband und seine Verbände wurden nie müde, bei Tagungen und Zusammenkünften, in Berichten und Veröffentlichungen die Wichtigkeit dieser Aufgabe hervorzuheben, „in der ohne Zweifel die großen Unternehmungen des Einzelhandels bahnbrechend und in Erkenntnis zukünftiger Anforderungen vorangegangen sind“¹⁵⁴. So erklärte 1963 der damalige Präsident der Hauptgemeinschaft, *H. Schmitz*:

„Die Produktivität des Handels ist zum größten Teil eine Bildungsfrage. Die Kosten steigen im langfristigen Trend, nicht zuletzt infolge zunehmender Soziallasten und höherer Aufwendungen für die Ausbildung. Andererseits zwingt der Wettbewerb zu immer schärferer Kalkulation. Mit der sich daraus ergebenden Problematik erfolgreich fertig zu werden, erfordert größere geistige Investitionen denn je... Aus diesen Gründen können wir nichts Besseres tun, als die Förderung unserer Bildungseinrichtungen zu Hauptanliegen der Rationalisierungsbemühungen zu machen“¹⁵⁵.

Diese Erkenntnis fand ihren Niederschlag in der Errichtung der Zentralstelle für Berufsförderung und Berufsbildung im Einzelhandel e. V. in Verbindung mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels am 1. 1. 1966¹⁵⁶. Somit kann heute das Bildungswesen nicht mehr, wie vor 1933, als das Stiefkind unter den Selbsthilfemaßnahmen der Interessenverbände des Einzelhandels bezeichnet werden.

Es wurden noch weitere Institutionen von der Hauptgemeinschaft und ihren Verbänden geschaffen, die zeigen, wie stark sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Selbsthilfe, und damit die Entwicklung vom Ständisch-Traditionalen zum Sachlich-Rationalen im Verbandswesen des Einzelhandels durchgesetzt hat. Nur die wichtigsten seien hier kurz genannt: 1949 nahm die Hauptgemeinschaft in Verbindung mit dem Institut für Handelsforschung der Universität Köln wieder den Betriebsvergleich auf und 1951 gründete sie in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen des Handels die Rationalisierungsgemeinschaft des Handels (RGH). Sie hat die Aufgabe, „wesentliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen auf dem Feld der rationellen Betriebsführung zu sichern und zu Anregungen und Vorschlägen für die Praxis zu verarbeiten“¹⁵⁷.

¹⁵³ Vgl. H.d.D.E., 19. Arbeitsbericht (1966), S. 50 ff.

¹⁵⁴ *Gartmayr*, E., a.a.O., S. 102. Vgl. dazu auch: H.d.D.E., 16. Arbeitsbericht (1963), S. 68 ff.

¹⁵⁵ *Saarhandel*, Jg. 15 (1963), S. 26 f., zit. n. *Gartmayr*, E., a.a.O., S. 102.

¹⁵⁶ Vgl. H.d.D.E., 13. Arbeitsbericht (1961), S. 54.

¹⁵⁷ H.d.D.E., 6. Arbeitsbericht (1953), S. 80.

Die größte Bedeutung kommt wohl der *Betriebswirtschaftlichen Beratungsstelle für den Einzelhandel GmbH (BBE)* zu. Sie wurde 1953 vom Spitzenverband geschaffen, aus der Erkenntnis heraus, „daß der Mittel- und Kleinbetrieb den Wettbewerb mit den großen auf die Dauer nur dann wird bestehen können, wenn auch er zu einer stärkeren Systematisierung der Betriebsführung durch Anwendung betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Methoden übergehe“¹⁵⁸. Bis Ende 1966 wurden an 13 Orten der Bundesrepublik in Verbindung mit den Landesverbänden Beratungsstellen errichtet, (Vgl. das Organisationsschema im Anhang.) die mit ihren 138 Beratern bereits 40 070 Betriebe individuell betreut haben¹⁵⁹.

Unter starker Förderung der Hauptgemeinschaft entstanden dann von 1954 an bei allen Landesverbänden Kreditgarantiegemeinschaften¹⁶⁰. Weitere Institutionen zur Förderung der Selbsthilfe sind das Institut Gewerbebetriebe im Städtebau und die Bauhand Bauträger für Handel und Handwerk GmbH, die in Zusammenarbeit mit anderen Spitzenverbänden des Handels und Handwerks geschaffen wurden. Ihre Aufgabe besteht darin, sich in Stadtplanung und Raumordnung einzuschalten und für die Standortsicherung der neu zu schaffenden Betriebe zu sorgen¹⁶¹.

Auf ihrer letzten Delegiertenversammlung im September 1967 hat die Hauptgemeinschaft einen Arbeitsplan vorgelegt, der eine weitere Intensivierung der Selbsthilfeeinrichtungen vorsieht¹⁶².

Die Arbeit *nach innen*, die Förderung alles dessen, was man als *Selbsthilfe* bezeichnet und die Funktion des *Interessenausgleichs* stehen heute in der Hauptgemeinschaft gleichberechtigt neben der *Interessenvertretung nach außen*¹⁶³.

Vom Staat erhofft man weniger denn je eine negative Abwehrpolitik auf Kosten anderer unangenehmer Konkurrenten, obwohl der Wettbewerb mit Großbetriebsformen und Konsumgenossenschaften nicht nachgelassen hat. So gibt es keine Forderung nach Sondersteuern mehr. Es kam auch nicht mehr zu Protesten, als das Bundesverfassungsgericht am

¹⁵⁸ H.d.D.E., 15. Arbeitsbericht (1962), S. 84.

¹⁵⁹ Vgl. H.d.D.E., 19. Arbeitsbericht (1966), S. 62.

¹⁶⁰ Vgl. H.d.D.E., 7. Arbeitsbericht (1954), S. 50 f.

¹⁶¹ Vgl. H.d.D.E., 19. Arbeitsbericht (1966), S. 30 ff.

¹⁶² Vgl. Industriekurier Nr. 109 v. 15. 7. 1965.

¹⁶³ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Untersuchung des Vereins für Socialpolitik über das Selbstbildnis der Verbände, die für alle Einzelhandelsverbände feststellt, daß in ihnen die Funktion der Selbsthilfe sehr stark ausgeprägt und eine überdurchschnittlich häufige Hauptaufgabe ist. Gleichzeitig attestiert sie ihnen eine wettbewerbsbejahende Einstellung: „Die Befürworter des Wettbewerbs haben bei den Einzelhandels- und Berufsverbänden ... das Übergewicht.“ (Schmölders, G., a.a.O., S. 85 u. 65.)

13. 7. 1965 die Zweigstellensteuer im Handel (§ 17 der Gewerbeordnung) und am 7. 6. 1967 das Rabattverbot für Warenhäuser (§ 6 des Rabattgesetzes) für verfassungswidrig erklärte¹⁶⁴. Vom Staat erwartet man sich statt dessen Hilfe zur Selbsthilfe. So arbeitet die Hauptgemeinschaft zur Zeit daran, durch eine Abstimmung aller Arbeitsprogramme, der im Bereich der Handelsforschung, der Rationalisierung, der Betriebsberatung und der Aus- und Fortbildung tätigen Institutionen, die Gewerbeförderungsmittel des Bundes wirkungsvoller einsetzen zu können¹⁶⁵. Immer mehr setzt sich im Spitzenverband des deutschen Einzelhandels die Erkenntnis durch, „daß maßvolles Eintreten für berechnete Wünsche in der Öffentlichkeit und im politischen Raum sehr viel wirkungsvoller ist, als die Aufstellung unerfüllbarer Forderungen, der Ruf nach praktikablen Sonderbestimmungen oder dem eigenen Staatssekretariat . . . So sieht auch die Hauptgemeinschaft offensichtlich das Ziel ihres Wirkens im politischen Raum nicht darin, Abgeordnete unter Druck zu setzen, sondern sie will als sachverständiger Berater gehört werden und mitwirken“¹⁶⁶.

Kennzeichnend für sachlich-rationale Orientierung ist auch das gewandelte Verhältnis zu den Konsumgenossenschaften und sonstigen Gruppen, mit denen man sich lange Zeit erbitterte Gefechte lieferte, und denen man, genauso wie dem Versandhandel, die Zugehörigkeit zum „regulären Handel“ absprach. Schon bald nach Wiedergründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Hamburg, vereinbarte die Hauptgemeinschaft mit ihm den Verzicht auf gegenseitige Bekämpfung zugunsten eines fairen Wettbewerbs¹⁶⁷. Dieser „Burgfrieden“ führte dann zunächst zur institutionellen Zusammenarbeit in der Rationalisierungsgemeinschaft des Handels und fand ihren Abschluß in der Gründung des *Rates des Deutschen Handels* Ende 1961.

Es ist das Verdienst der Hauptgemeinschaft, die Initiative zur Gründung eines gemeinsamen Forums aller Gruppen des Handels ergriffen zu haben. Der Rat des Handels ist kein festgefügtter Interessenverband, sondern versteht sich als ein „runder Tisch“ und ist vergleichbar mit dem „Freien Ausschuß“ im Genossenschaftswesen. Er tritt von Fall zu Fall zusammen und sieht seine Aufgabe darin, „da wo es möglich ist, eine gemeinsame Linie zu finden und gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit zu vertreten. Auf diese Weise soll die Einheit des

¹⁶⁴ Vgl. Industriekurier Nr. 85 v. 8. 6. 1967 u. Industriekurier Nr. 109 v. 15. 7. 1965.

¹⁶⁵ Vgl. Industriekurier Nr. 136 v. 9. 9. 1967.

¹⁶⁶ Osel, W., Experimentierfreudig, in: Handelsblatt Nr. 220 v. 15. 11. 1961.

¹⁶⁷ Vgl. H.d.D.E., 14. Arbeitsbericht (1961), S. 11.

Handels nach innen gefestigt und nach außen stärker dokumentiert werden¹⁶⁸. Dem Rat des Deutschen Handels gehören an¹⁶⁹:

1. Arbeitsgemeinschaft Freiwillige Gruppen des Lebensmitteleinzelhandels,
2. Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe,
3. Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels,
4. Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels,
5. Bundesverband des Deutschen Versandhandels,
6. Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände,
7. Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels,
8. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels,
9. Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften,
10. Zentralverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels,
11. Zentralverband gewerblicher Einkaufsvereinigungen des Handels.

Durch die Gründung dieser neuen Organisation ist es gelungen, auch innerhalb des Wirtschaftsbereiches Handel die bestehenden Differenzen zu überwinden. Damit tritt der Handel als letzte Gruppe neben die schon seit langem festgefügtten Blöcke der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks. Letzten Endes ist auch die Herstellung einer repräsentativen Einheit des Handels die notwendige Konsequenz der Entwicklung zur „Verbandsgesellschaft“ (*J. Wössner*) und der damit verbundenen Tendenz, daß Zusammenschlüsse in verstärktem Maße Gegenverbände wirksam werden lassen.

¹⁶⁸ Einzelhandels-Schnellbrief, Nr. 35 v. 30. 11. 1961.

¹⁶⁹ Vgl. *Effer, F.*, Der Rat des Deutschen Handels, in: FAZ Nr. 97 v. 26. 4. 1963.

Verbandsanalytische Zusammenfassung und Schlußbetrachtung

Nach Abschluß unserer Untersuchungen sollen nun noch einmal Entstehung, Struktur, Aufbau und Tätigkeit der Verbände des deutschen Einzelhandels unter verbandsanalytischem Aspekt zusammenfassend gewürdigt werden.

1. Die Ursachen des Zusammenschlusses

F. Hauenstein bezeichnet die Wirtschaftsverbände als „Kinder des Protektionismus“¹. Die Geschichte der Verbandsbildung im Einzelhandel zeigt uns aber, daß die ersten Zusammenschlüsse dieses Wirtschaftsbereiches, die Schutzverbände, als Kinder des Liberalismus entstanden. Von der Einführung der Gewerbefreiheit und den in ihrem Gefolge auftretenden neuen Konkurrenten, vor allem in Gestalt der modernen Großbetriebsformen und Konsumvereine, mußte sich die große Masse der Einzelhändler bedroht fühlen.

Das gleiche gilt für die meisten der früheren Fachverbände und die von ihnen gegründeten Einkaufsverbände. Für viele von ihnen bedeuteten die Machtzusammenballung auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen durch Konzentration und Kartellierung einen zusätzlichen Grund zur Kooperation. Ähnlich wie bei den kurz vorher entstandenen Zusammenschlüssen in Landwirtschaft und Handwerk zeigte sich auch in der Organisation des Einzelhandels ein „Schutzbedürfnis“ (J. Wössner).

Dagegen sind der VDWK und die anderen Verbände der Großbetriebsformen typische „Kinder des Protektionismus“. Zu ihrer Gründung hat der Staat durch seine mittelstandspolitischen Interventionen wesentlich beigetragen, so daß sie, wie viele wirtschaftlichen Interessenverbände, als „Reflex des staatlichen Interventionismus“ (J. Werner)² aufgefaßt werden können. Daneben stellen sie aber, genauso wie die Stärkung des konsumgenossenschaftlichen Organisationswesens und der Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Konsumgenossenschaftsverbundes, die Reaktion auf den Zusammenschluß des mittelständischen Einzelhandels

¹ Hauenstein, F., Kinder des Protektionismus, Die wirtschaftspolitischen Verbände, in: FAZ Nr. 43 v. 20. 2. 1965 u. Derselbe, Die Gründerzeit der Wirtschaftsverbände, S. 44.

² Werner, J., Wirtschaftsverbände, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 383.

und die Mittelstandsbewegung dar, sind also echte Gegenverbände und ein Zeichen für die „hohe Reagibilität“ (G. Weippert), die der interessen-differenzierten Gesellschaft innewohnt.

„Kinder des Protektionismus“ sind aber auch viele der Verbände, die während des Ersten Weltkrieges und der Zeit danach gegründet wurden, um die Gefahren, die dem Verteilungssektor von Seiten des Staates drohten, abzuwehren. Der Zusammenschluß vieler kleiner und kleinster Vereinigungen zu großen Reichsfachverbänden und schließlich die Gründung des gemeinsamen Spitzenverbandes unter Einschluß der Großbetriebsformen sind primär Folgen des „Interventionismus“ (E. Küng).

Aber gerade bei der Gründung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels machte sich der Einfluß des Staates auch noch in einer anderen Weise bemerkbar. Mit zunehmendem Interventionismus waren für ihn die Verbände nicht mehr bloße Fordernde, sondern willkommene Institutionen, deren er sich bei der Durchsetzung seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch die Übertragung hoheitlicher Aufgaben bedienen konnte. Auch mehrere Fachverbände und Genossenschaften danken ihre Gründung letztlich der Anregung durch staatliche Stellen, die in den Verbänden auch immer mehr fachkundige Berater bei der gesetzlichen Regelung des komplizierter werdenden Wirtschaftslebens sahen.

Allen Verbänden des deutschen Einzelhandels ist eines gemeinsam. Wie wohl die meisten wirtschaftlichen Interessenverbände, vor allem die Genossenschaften aller Arten und Sparten, sind sie Kinder der Not und keine Kinder des Glücks, wie etwa viele der nach 1895 entstandenen Kartelle³.

2. Die Struktur und der Aufbau der Verbände

Am schwächsten unter allen Verbänden waren die Schutzverbände organisiert. Der Grund hierfür liegt darin, daß die große Zahl der Einzelhändler, die den verschiedensten sozialen Schichten entstammten und denkbar ungleiche Vorbildung und Berufsschulung aufwiesen, sehr schwer in einheitlichen Vereinigungen zusammenzufassen waren. Gerade das Überwiegen der meist fachlich nicht besonders geschulten Gemischt- und Kolonialwarenhändler und die Mitgliedschaft anderer Berufsgruppen, vor allem von Handwerkern, verhinderten den Ausbau der Organisationen zu straff gegliederten Interessenverbänden. Einigkeit zwischen den Mitgliedern herrschte nur dann, wenn es darum ging, eine negative Haltung den gemeinsamen Gegnern gegenüber zu zeigen, dagegen fehlte es an einer nach innen gerichteten positiven Gemeinsam-

³ Vgl. Holzschuher, V., a.a.O., S. 186 f.

keit. Die Folge war ein organisatorisches Durcheinander von regionalen und überregionalen Zusammenschlüssen. Persönliche Eifersüchteleien, politische Streitereien und die Betonung landsmannschaftlicher Unterschiede verhinderten die Errichtung eines einheitlichen Spitzenverbandes. Durch die organisatorische Verflechtung mit den Verbänden der übrigen Mittelschichten im Rahmen der Mittelstandsbewegung und die Errichtung eigener Mittelstandsparteien wurde dieser Verbandswirrwarr noch erhöht.

Über die schlagkräftigsten Organisationen verfügten dagegen die modernen Großbetriebsformen. Die relativ kleine Anzahl der Firmen erleichterte den Aufbau einer straff gegliederten Organisation, wie sie der VDWK darstellte, mit einem fast optimalen Organisationsgrad. Der Grund für die positive Einstellung zum Zusammenschluß bei den Großbetrieben liegt, genauso wie die Organisationsfeindlichkeit der großen Masse des Einzelhandels um die Jahrhundertwende, in der unterschiedlichen geistigen Haltung. Ausgezeichnete fachliche Bildung und „wirtschaftlicher Weitblick . . . und Einblick in die wechselseitigen Abhängigkeiten des Wirtschaftslebens“ (*A. Lampe*) führten hier zu einer „rationalen (Leistungs-) Kollegialität“ (*M. Weber*).

Obwohl sie untereinander in einem viel schärferen Wettbewerb standen als die kleinen Einzelhändler, waren sie dann zur Zusammenarbeit und zur Übertragung wichtiger Aufgaben an die gemeinsame Interessenorganisation bereit, wenn sachliche Gründe dafür sprachen.

Auch die Unterschiede in Organisationsgrad und Straffheit des Aufbaues der Fachverbände resultieren aus der jeweils vorherrschenden geistigen Haltung und der ihr entsprechenden Organisationsform und Arbeitsmethode in den Betrieben. Ganz allgemein aber zeichneten sich die Fach- und vor allem die Spezialfachverbände durch einen höheren Organisationsgrad und einen klareren und einheitlicheren Ausbau aus als die Schutzverbände.

3. Die Tätigkeit der Verbände

Die geistige Haltung der Mitglieder wirkte sich aber vor allem auf die Tätigkeit der Verbände aus. Da die Preisgabe des Prinzips der Nahrung und die Übernahme des Gewinnstrebens, genauso wie die Aneignung der modernen Organisationsformen und -techniken der Geschäftsausstattung und des Verkaufes, deren sich die neuen Konkurrenten bedienten, der großen Masse der in den Schutzverbänden organisierten kleinen Einzelhändler nicht ohne weiteres möglich war, andererseits aber die Erhaltung des Einzelhandelsstandes als einer wichtigen Säule der ständischen Gesellschaft angesehen wurde, sahen die Schutzverbände ihre Haupt-

aufgabe darin, den Gesetzgeber zu negativen Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegen Warenhäuser und Konsumvereine zu bewegen, die gleichgesetzt mit Kapitalismus und Sozialismus, als Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft hingestellt wurden. Zur Erreichung dieses Zweckes bedienten sie sich fast aller gangbaren Wege der Interessenvertretung gegenüber dem Staat. Dabei stand zunächst die Zusammenarbeit mit den „staatstragenden“ Parteien im Vordergrund. Sie wurde dann abgelöst durch den allerdings mißglückten Versuch in Verbindung mit den übrigen Besitzständen eigene Mittelstandsparteien zu gründen. Gerade die Schutzverbände erwiesen sich damit als Träger eines „parakonstitutionellen Kräftesystems mit öffentlichem Gewaltanspruch“ (*M. Weber*) und „metapolitischem“ (*J. Wössner*) Charakter. Vor allem die Rücksichtnahme auf den Großhandel, der ja ebenfalls zur staatserhaltenden Schicht des Mittelstandes zählte und z. T. in den Schutzverbänden mitorganisiert war, verhinderte die Gründung von Einkaufsgenossenschaften.

Die Interessenvertretung gegenüber dem Staat wurde auch von den sachlich-rationalen Verbänden wahrgenommen. Im Unterschied zu den ständisch-traditional bestimmten Schutzverbänden aber war sie hier nicht mehr alleiniges Ziel der Verbände.

So sahen die Verbände der modernen Großbetriebsformen zwar eine wichtige Aufgabe darin, die Angriffe von Seiten der Schutzverbände und die Eingriffe des Staates in die Gewerbefreiheit zurückzuweisen, sie erfolgte jedoch mit mehr Sachkenntnis der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse als die Agitationen der Mittelstandsbewegung. Als „Kinder des Protektionismus“ und Anhänger eines liberalen Wirtschaftssystems wollten sie aber keine Hilfe, sondern Freiheit vom Staat. Eine weitere wichtige Rolle spielte daneben die Vertretung der Interessen gegenüber den Lieferantenkonventionen und -kartellen, die aufs heftigste bekämpft wurden. Dabei gelang es, beträchtliche Vorteile für Mitglieder zu erzielen. Die Haupttätigkeit dieser Verbände bestand freilich in der Betreuung der Mitglieder in Sach- und Fachfragen, wobei sie meist ganz neue Wege einschlugen und auch hierin zum „Richtungsflügel“ (*J. Hirsch*) im Einzelhandel wurden. Auf Grund der ausgeprägten „Rechenhaftigkeit“ der Mitglieder der Verbände widmeten sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Statistik (Betriebsvergleich).

Ähnliches gilt auch für die Fachverbände. Auch hier gewann neben der Interessenvertretung gegenüber dem Staat die innere Verbandspolitik, der Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern und deren Unterstützung bei der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung immer mehr an Raum und drängte den Ruf nach Hilfe des Staates stark in den Hintergrund, so daß sich bei den meisten Fachverbänden ein deutlicher

Wandel des Charakters vom Ständisch-Traditionalen zum Sachlich-Rationalen nachweisen läßt. Von entscheidendem Einfluß war dabei, daß sich die zunächst als großer Erfolg begrüßten Eingriffe des Staates zur Abwehr der Warenhäuser und Konsumvereine bald als wirkungslos herausstellten. Somit blieb auch den kleinen Einzelhändlern der verschiedenen Branchen nichts anderes übrig, als die Methoden der Gegner zu übernehmen.

Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung dort, wo es den Fachverbänden gelang, große und sehr bedeutende Einkaufsverbände und -verbandssysteme, zumeist in genossenschaftlicher Rechtsform, zu gründen. Dieser Umstand fällt für die Beurteilung der Fachverbände des Einzelhandels besonders ins Gewicht, kommt doch darin eine nicht hoch genug zu bewertende Einsicht in die Überlegenheit der Idee der Selbsthilfe zum Ausdruck, da die genossenschaftliche Tätigkeit geeignet ist, „durch freie Erziehungsarbeit, aber auch durch die Form der Kooperation selbst, die Mitglieder zu befähigen, die gemeinsamen existentiellen Wirtschaftsziele *rationell* zu verfolgen“⁴.

Wenn sich auch nicht bei allen Gründungen von Einkaufszusammenschlüssen die Einflußnahme der betreffenden Fachverbände nachweisen läßt, obwohl sie in manchen Fällen unterstellt werden mag, so waren doch immer Mitglieder des zu organisierenden Wirtschaftsbereiches, also Einzelhändler die Initiatoren der Zusammenarbeit im Gegensatz zu den Genossenschaftsgründungen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Die schöpferische Leistung, die in der Gründung dieser Einkaufsverbände gesehen werden kann, ist vor allem dort hoch zu veranschlagen und zeigt einen besonders ausgeprägten unternehmerischen Geist, wo schon verhältnismäßig früh *überlokale* Genossenschaften oder genossenschaftsähnliche Gebilde (in anderer Rechtsform) entstanden. Das stellt sich gerade heute als gewaltiger Wettbewerbsvorteil heraus, um den diese von vielen Genossenschaftssystemen mit überwiegend lokalen Genossenschaften beneidet werden, in denen oft eine langwierige und mühsame Aufklärungs- und Erziehungsarbeit notwendig ist, um eine national-einheitliche Genossenschaftsorganisation durchzusetzen⁵.

Damit kommt vielen dieser überlokalen Einkaufsgenossenschaften auch eine entscheidende Bedeutung für das gesamte Genossenschaftswesen zu, haben sie doch schon sehr früh gezeigt, daß die überlokale Genossenschaft der Idee des modernen Genossenschaftswesens durchaus konform ist und nicht gegen seine Grundstruktur verstößt. Viele Einkaufsgenossenschaften weisen somit in diesem Punkt eine Form auf, die

⁴ Back, J. M., Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist, S. 177.

⁵ Vgl. Back, J. M., Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft des Einzelhandels, S. 152.

in ihrem ökonomischen Wesen zwar vom „idealen“ Typus einer Genossenschaft abweicht, letztlich aber als realer Wesenstyp⁶ aus den Gegebenheiten des modernen Verteilungsapparates dieses Wirtschaftszweiges resultiert⁷.

Bei allen genannten Einkaufsverbänden hat sich die Entwicklung von „Einkaufs- zu Dienstleistungszentralen“ (R. Nieschlag)⁸ gerade in letzter Zeit immer deutlicher bemerkbar gemacht und wird sich in Zukunft noch verstärkt durchsetzen. Damit bahnt sich eine interessante Annäherung zwischen Einkaufsgenossenschaften und Fachverbänden an. Durch die Übernahme weiterer Betreuungsaufgaben übernehmen die Einkaufsgenossenschaften immer mehr Funktionen, die bisher von den Fachverbänden wahrgenommen wurden. „Diese Zusatz- oder Nebenleistungen sind teilweise zu Hauptleistungen geworden. Sie werden mitunter von den Mitgliedern als wichtiger empfunden als die Warenbeschaffung. Darum ist die Bezeichnung ‚Einkaufsvereinigung‘ heute in hohem Grade historisch zu verstehen⁹.“ So ergibt sich zweifellos eine sehr starke Vermischung dieser beiden Typen von Wirtschaftsverbänden, wenn auch der Hauptunterschied — die Unterhaltung eines gemeinsamen Wirtschaftsbetriebes — freilich nach wie vor bestehen bleibt.

Inwiefern sich aus diesen Tendenzen Konkurrenzkämpfe zwischen Genossenschaften und, soweit vorhanden, deren Zusammenschlüssen auf höherer Ebene auf der einen und den Fachverbänden der betreffenden Branche auf der anderen Seite ergeben, läßt sich im einzelnen noch nicht sagen. Eine entsprechende Entwicklung ist aber anzunehmen. Im allgemeinen kann aber festgestellt werden, daß die Einkaufsverbände wegen der viel längeren Erfahrungen und der genaueren Kenntnisse der Betriebe die Beratung der Mitglieder besser auszuführen in der Lage sein dürften als der Fachverband. Die Gefahr, die sich hieraus für die Fachverbände ergibt, besteht darin, daß für ihre Tätigkeit nur noch die weniger leistungsfähigeren und deshalb viel schwerer zu betreuenden Einzelhandelsbetriebe übrigbleiben, weil die tüchtigen meist zu Einkaufsverbänden oder freiwilligen Ketten abwandern.

Letzten Endes zeigt natürlich auch die Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit den Großbetrieben, einen Spitzenverband des Einzelhandels zu

⁶ Zur Begriffsbildung der Wesensforschung vgl. im einzelnen: Back, J. M., Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesensforschung, Jena 1929.

⁷ Vgl. hierzu auch: Wendt, H., u. Stork, H., Die Genossenschaften des gewerblichen Mittelstandes in der Marktwirtschaft, Karlsruhe 1954, S. 41.

⁸ Nieschlag hat hier nicht Genossenschaftszentralen, sondern Primärgenossenschaften bzw. Einkaufsverbände in nicht genossenschaftlicher Rechtsform im Auge. (Vgl. Nieschlag, R., Textileinkaufsvereinigungen, S. 11 ff.)

⁹ Nieschlag, R., Textileinkaufsvereinigungen, S. 11.

gründen, die sachlich-rationale Haltung der Fachverbände, von der dann auch, gefördert durch die Verbände der Großbetriebsformen und die Verbandsführer des Spitzenverbandes, der Charakter der Hauptgemeinschaft selbst bestimmt wurde. Auch in ihr setzte sich die Förderung der Selbsthilfe immer nachhaltiger durch, wenn auch, wie das Beispiel der Berufsordnung zeigt, nach wie vor noch gewisse ständische Rudimente vorhanden sind. Die auf Initiative der Hauptgemeinschaft erfolgte Gründung des Rates des Deutschen Handels hat dann sogar die Zusammenarbeit mit bisher stets heftig bekämpften Konkurrenten gebracht.

4. Ausblick

Das wichtigste Ergebnis unserer Untersuchung ist der Wandel der Tätigkeit der Verbände des deutschen Einzelhandels, der sich vor allem in einer zunehmenden Versachlichung manifestiert. Im Vordergrund steht nicht mehr das Streben nach Erhöhung des Anteils am Volkseinkommen auf *direktem* Wege durch Erhaltungsinterventionen des Staates, sondern die *indirekte* Verbesserung der Einkommenslage der Mitglieder durch innerbetriebliche Rationalisierung auf dem Wege der Selbsthilfe. Vor allem der unseres Wissens bis jetzt in der Literatur noch viel zu wenig berücksichtigte Umstand, daß gerade die größten und leistungsfähigsten Einkaufs-genossenschaftssysteme des Einzelhandels ihre Gründung Fachverbänden verdanken, ist wegen seiner Einmaligkeit in der Geschichte des Genossenschaftswesens von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Fachverbände.

Das Hervortreten des Moments der nach innen gerichteten Förderung der Mitglieder bei den Einzelhandelsverbänden rechtfertigt es ohne weiteres, auch bei ihnen von einer „sozialpädagogischen Funktion“ (*H. St. Seidenfus*)¹⁰ zu sprechen.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie wir kommen bei der Beurteilung der Tätigkeit der Verbände des Einzelhandels auch noch *R. Breitling*¹¹, *G. Schmolders*¹² und vor allem *R. Nieschlag* und *A. Gutersohn*. So schreibt *R. Nieschlag* schon 1959:

„Ein weiteres Symptom, das in die gleiche Richtung weist (gemeint ist für die Lockerung des erstarrten Gefüges der Fronten zwischen Groß und Klein,

¹⁰ *Seidenfus*, H. St., Gedanken zur Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates, in: FIW-Schriftenreihe, H. 5, Köln, Berlin, Bonn, München 1962, S. 25.

¹¹ *R. Breitling* (a.a.O., S. 41) unterscheidet nach ähnlichen Kategorien, wie wir sie unserer Gliederung in ständisch-traditionale und sachlich-rationale Verbände zugrundelegten, „Interessengruppen“ und „erwerbsständische Verbände“ und zählt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zu den Interessengruppen.

¹² Vgl. hierzu das Zitat in Fußnote 163 auf S. 278.

J. W.), ist die Veränderung der Arbeiten und der Ziele der Handelsverbände; deren Tätigkeit verlagert sich von der ‚Wirtschaftspolitik‘, jenem Operieren im Vorfeld der parlamentarischen und behördlichen Entscheidungen, jener Einflußnahme auf die Meinung der zuständigen Instanzen, mehr und mehr zur betriebswirtschaftlichen Beratung der Mitglieder¹³.“

Und A. Gutersohn stellt ganz allgemein für die Verbände in Handel und Handwerk fest:

„So erscheinen die gewerblichen¹⁴ Verbände zumeist eher zur Förderung und Verteidigung breiter Grundanliegen als für den hemmungslosen Kampf um die jeweils größten erreichbaren Gewinne geeignet. Es melden sich genügend Anstöße zum Worte, welche sowohl den Leitungen als (auch) den besonneneren Mitgliedern ein maßvolles Verfolgen der eigenen Belange und Ziele und das Streben nach billigen Ausgleichen mit den anderen Gruppen nahelegen. Vielleicht waren die bisherigen Bemühungen da und dort zu sehr auf die Bewahrung bisheriger Stellungen am Markt gerichtet. Doch lehrt das Beispiel des nachdrücklichen Einsatzes für die Hebung der Fachtätigkeit der Angehörigen und des Nachwuchses, daß sie auch entscheidend zur Steigerung der Produktivität der angeschlossenen Betriebe beitragen. In einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in der es noch mehr als bisher auf die laufende Abstimmung von Angebot und Nachfrage ankommt, werden die Verbände die Ergiebigkeit durch systematische Erziehung der Gewerbetreibenden zu beweglicher Anpassung an die Bedarfslagen weiter zu erhöhen, berufen sein. Auch können sie angesichts steigender Ansprüche an die Gebrauchsneigung der Erzeugnisse und Dienste mit am meisten den Willen zur Qualitätsarbeit und zu immer besseren Leistungen fördern. Nebenher fallen ihnen immer wieder große Aufgaben des sozialen Ausgleichs zu¹⁵.“

Fragen wir nach den letzten Ursachen für diese Entwicklung, so stoßen wir wiederum auf die Wandlung der geistigen Haltung der Mitglieder vom Ständisch-Traditionalen zum Sachlich-Rationalen, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Einzelhandelsverbände hindurchzieht. Neben dem Einfluß der modernen Großbetriebsformen wirkt sich hierbei natürlich auch nach und nach die Erziehungsarbeit der Verbände selbst aus.

Die Intensivierung der Bildungs- und Schulungsarbeit brachte den leistungswilligen Mitgliedern der Verbände und Einkaufsvereine beträchtliche wirtschaftliche Erfolge. Gerade in neuerer Zeit machen sich die Ergebnisse der Erziehungsarbeit der Verbände stärker bemerkbar: „Vor allem läßt die jüngere Generation von Kaufleuten ein Interesse an den Wandlungen erkennen, das in der Tat ein ermutigendes Zeichen für einen Wechsel der inneren Einstellung darstellt“, meint R. Nieschlag¹⁶. Und A. Gutersohn pflichtet ihm bei, wenn er betont: „Zweifel-

¹³ Nieschlag, R., Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, S. 143.

¹⁴ „Gewerbe“ steht bei Gutersohn für Mittelstand. (Vgl. Gutersohn, A., Die Leistungsdifferenzierung im Handel, in: Sozialökonomie in politischer Verantwortung, hrsg. v. O. Triebenstein, S. 297.)

¹⁵ Gutersohn, A., Das Gewerbe, Bd. II, S. 148 f.

¹⁶ Nieschlag, R., Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, S. 143.

los umfaßt das Gewerbe noch immer manche von der Nahrungsidee beherrschte Subjekte. Doch entspräche es nicht den heutigen Verhältnissen, wollte man diese nach wie vor als bezeichnend einschätzen¹⁷.“ Daß der *Leistungswille* allein die Existenzsicherung der Kleinbetriebe und die Überwindung des Gegensatzes zwischen Groß und Klein ermöglicht, zeigt nichts deutlicher als die Geschichte der Warenhäuser, die ja alle einmal als kleine Läden begannen, und vieler Kaufhäuser und großer Spezialgeschäfte, die sich durch den Zusammenschluß zu großen überlokalen Genossenschaften, ebenfalls aus kleinsten Verhältnissen, emporarbeiteten.

In dieser Förderung der leistungswilligen Mitglieder auf dem Wege der Selbsthilfe kommt damit eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände des Einzelhandels zum Ausdruck. Das gleiche gilt heute auch für das Organisationswesen in anderen Wirtschaftsbereichen¹⁸. Gerade diese Funktion der wirtschaftlichen Interessenverbände, findet aber in der wissenschaftlichen Diskussion des Verbandsphänomens noch nicht den entsprechenden Niederschlag. Im Vordergrund steht in der Literatur nach wie vor die Diskussion des Machtanspruchs der Interessenverbände. So stellt *Th. Eschenburg*¹⁹ die Frage nach der „Herrschaft der Verbände“, *J. H. Kaiser*²⁰ sieht in der „Repräsentation der organisierten Interessen“ primär „eine politische Macht“, und *L. Miksch*²¹ neigt sogar dazu, allen Organisationen die Fähigkeit zu moralischem Handeln abzusprechen.

Teilweise dürften diese Angriffe gegen die Verbände auf die starre und ablehnende Einstellung *W. Euckens* gegenüber dem Organisationswesen und der Selbstverwaltung der Wirtschaft zurückgehen, der fordert, daß „die Politik des Staates darauf gerichtet sein (sollte), wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen. Jede Festigung der Machtgruppen verstärkt“ nach ihm „die neu feudale Autoritätsminderung des Staates“²².

¹⁷ *Gutersohn, A.*, Das Gewerbe, Bd. II, S. 102.

¹⁸ Vgl. hierzu im einzelnen: *Schmölders, G.*, a.a.O., S. 60 ff.; *Esenwein-Rothe, I.*, a.a.O., S. 78 ff.; *Bardey, E.*, Die Wahrheit über die Verbände. Neun Thesen über die natürlichen Aufgaben der Vereinigungen in einer Demokratie, Düsseldorf 1962; *Gutersohn, A.*, Das Gewerbe, Bd. II, S. 78 ff.; *Wössner, J.*, Die Verbandsgesellschaft, S. 108 ff. u. *Breitling, R.*, a.a.O., S. 19 u. 200 f.

¹⁹ *Eschenburg, Th.*, Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1966.

²⁰ *Kaiser, J. H.*, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956, S. 364.

²¹ Vgl. *Miksch, L.*, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in: *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, 3. Bd., Düsseldorf u. München 1950, S. 60.

²² *Eucken, W.*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. E. Eucken und K. P. Hensel, Tübingen und Zürich 1952, S. 334 (Beim Verfasser z. T. gesperrt!). Vgl. hierzu ferner: S. 170 f., S. 364 u. S. 148, wo es heißt: „Kollektiva sind ohne Gewissen. Richtiger: sie haben ein gutes Gewissen.“

Wir wollen hier die große Gefahr des Machtmißbrauchs durch die Wirtschaftsverbände keineswegs bagatellisieren und stimmen mit W. Eucken darin überein, daß es sich um ein „außerordentliches Problem“²³ für die Ordnungspolitik handelt, das gerade bei uns in der Bundesrepublik wegen der ungeklärten verfassungsrechtlichen Stellung²⁴ der Interessenverbände besonders akut ist. Viel könnte aber schon dann zur Lösung dieses Problems beigetragen werden, wenn es gelänge, „die Tätigkeit der Verbände, insbesondere ihre Einflußnahme auf die legislative und exekutive Meinungsbildung von seiten der Regierung her einer stärkeren Publizität auszusetzen“²⁵ und, ähnlich wie in der Schweiz und den USA, zu einer legitimen, zugleich aber begrenzten Teilnahme am Staat umzugestalten²⁶.

Des weiteren sei auf den auch im Rahmen dieser Arbeit immer wieder festgestellten Umstand hingewiesen, daß das durch die Wirtschaftsverbände begründete Kräftespiel im Rahmen der Wirtschaftspolitik auf den organisierten Kräfteausgleich hinzielt, was schon seit W. Vershofen²⁷ bekannt ist und in neuerer Zeit vor allem von J. K. Galbraith²⁸ betont wurde, woraus dann sogar die Existenz eines dritten Organisationsprinzips, des Prinzips der „Vereinbarung“ (G. Weippert)²⁹ abgeleitet wurde.

Gerade wegen dieses überspitzten Tenors des Buches in den genannten Teilen erscheint uns der Hinweis angebracht zu sein, daß das Werk Euckens von ihm selbst nur im Entwurf fertiggestellt werden konnte. Deshalb ist wohl auch in diesem Zusammenhang das von W. Eucken selbst betonte Dilemma von „Prinzip“ und „Moment“ nicht zu vergessen. (Vgl. Eucken, W., a.a.O., S. 250 ff.)

²³ Eucken, W., a.a.O., S. 148. Vgl. hierzu auch: Pütz, Th., Die ordnungspolitische Bedeutung der Interessenverbände, in: JfS, Bd. 11 (1960), S. 245 ff.

²⁴ Vgl. aus dem umfangreichen juristischen Schrifttum: Huber, E. R., Selbstverwaltung der Wirtschaft, Stuttgart 1958, S. 40 ff. u. S. 66; Derselbe, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Bd. 2, 2. Aufl.; Huber, H., Staat und Verbände, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 218, Tübingen 1958; Huber, H., Die Umwälzungen im Staatsgefüge durch die Verbände, Leisner, W., Grundrechte und Privatrechte, in: Münchener öffentlich-rechtliche Abhandlungen, H. 1, München 1960, S. 378 ff. u. Wittkämper, G. W., Grundgesetz und Interessenverbände. Die verfassungsrechtliche Stellung der Interessenverbände nach dem Grundgesetz, Köln u. Opladen 1963.

²⁵ Seidenfus, H. St., Gedanken zur Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates, S. 24. Vgl. hierzu ferner: Seidenfus, H. St., Die Integration von legitimer Autorität und Herrschaftseinfluß innerhalb der politischen Ordnung, in: JfS, Bd. 14 (1963), S. 138 u. Besson, W., Jasper, G., Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung, München 1965, S. 44 f.

²⁶ Vgl. Huber, E. R., Selbstverwaltung der Wirtschaft, S. 66 u. Leisner, W., a.a.O., S. 382 f.

²⁷ Vgl. Vershofen, W., Marktverbände, S. 18.

²⁸ Vgl. Galbraith, J. K., a.a.O., S. 127.

²⁹ Vgl. Weippert, G., Vereinbarung als drittes Ordnungsprinzip, in: Gestaltprobleme der Weltwirtschaft, Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Ge-

Außerdem zeigt sich — auch diese Entwicklung konnten wir im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nachweisen — selbst bei der Vertretung der Interessen gegenüber staatlichen Stellen deutlich, daß den Verbänden hierbei eine entscheidende Informationsfunktion zukommt, so daß „sogar beim ‚lobbying‘ . . . die Verbände, indem sie ihr, wenn auch nicht unverfärbtes Sachwissen zur Verfügung stellen, nützliche Aufgaben im Interesse des Staatsganzen erfüllen“³⁰.

Bei Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte erscheint auch der Machtanspruch der wirtschaftlichen Interessenverbände in einem etwas anderen Licht. Aber das ist ja nur die eine Seite des Verbandsphänomens. Die andere Seite jedoch, die Förderung der leistungswilligen Mitglieder im Rahmen der inneren Verbandstätigkeit, wird von *W. Eucken* nicht gesehen. Damit übersieht er aber auch wichtige gesellschaftspolitische Funktionen der Wirtschaftsverbände, „die von anderen sozialen Gebilden — zumal in einer freiheitlich und auf den Schutz der Einzelpersonlichkeit ausgerichteten Gesellschaft — gar nicht wahrgenommen werden können“³¹.

Wir sehen uns daher nicht in der Lage, der Aufforderung *W. Euckens* zur Auflösung des Organisationswesens zuzustimmen. Viel eher scheint uns dagegen *J. Plenge* der Bedeutung der Verbände mit der Feststellung

burtstages gewidmet, hrsg. v. H. Jürgensen, JfS, Bd. 14 (1963), S. 167 ff.; *Weippert, G.*, Zur Problematik der Zielbestimmung in wirtschaftspolitischen Konzeptionen, in: Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, hrsg. v. H. J. Seraphim, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., H. 18, Berlin 1960, S. 175 ff. und die dort angegebene Literatur.

³⁰ *Francis, E.*, Die Rolle der Interessengruppen im Prozeß der demokratischen Meinungsbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 29. 6. 1966, S. 135 f.

Es sei hier auf ein Beispiel aus der neuesten Zeit hingewiesen. Bei Abschluß der Beratungen des Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes erklärte die Abgeordnete Frau *Funcke*: „Eines sollte noch gesagt werden. Das Gesetz über die Einführung der Mehrwertsteuer ist nicht allein von Regierung und Parlament beraten und verabschiedet worden. Dieses Gesetz hat in einem ungeheuren Maße die positive Mitarbeit der breiten Bevölkerung erfahren. Wir hätten es in dieser durchführbaren Form nicht verabschieden können, wenn wir uns nicht auf eine Fülle von Sachverstand hätten stützen können, der uns über die organisierten Gruppen der Bevölkerung zuge tragen worden ist. Diese Gruppen und Verbände haben noch bei keinem anderen Gesetz in diesem Hause so zahlreich und im letzten so positiv und so bereitwillig mitgewirkt wie gerade bei diesem Gesetz, und zwar auch jene Gruppen, die von diesem Gesetz mehr Nachteile als Vorteile zu erwarten haben.“ (Das Parlament Nr. 38 v. 20. 9. 1967.)

³¹ *Bardey, E.*, a.a.O., S. 228. Vgl. hierzu ferner: *Wössner, J.*, Die Verbandsgesellschaft, S. 107 ff. u. S. 163 ff.; *Wössner, J.*, Mensch und Gesellschaft. „Kollektivierung“ und „Sozialisierung“. Ein Beitrag zum Phänomen der Vergesellschaftung im Aufstieg und in der sozialen Problematik des gegenwärtigen Zeitalters, Berlin 1963; *Wössner, J.*, Ordnungsmächte in der Demokratie, in: Clausthaler Beiträge zum Studium generale, Bd. 1 (1964), S. 29 f. u. *Hofstätter, P. R.*, Gruppendynamik, Kritik der Massenpsychologie, Hamburg 1957, S. 27 ff.

gerecht zu werden: „Die Gesundheit und die innere Kraft einer Zeit zeigt sich in ihrem reichen Organisationsleben³².“

In der gesellschaftspolitischen Funktion des ausgeprägten Organisationswesens der Gegenwart, das es, wie wir in der Einleitung festgestellt haben, rechtfertigt, von einer „Verbandsgesellschaft“ zu sprechen, kann vielleicht ein Beitrag gesehen werden, einen „dritten Weg“ zu finden, im Sinne einer „personalistischen Neuordnung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens“³³.

³² Plenge, J., Vorlesungen, S. 12.

³³ Back, J. M., Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Basel 1953, S. 17. Vgl. hierzu auch: Weippert, G., Zwischen Individualismus und Kollektivismus, S. 15 ff.

Literaturverzeichnis

- Albach, H., Behrens, K. Ch. u. a.*: Handelsbetrieb und Marktordnung, Festschrift Carl Ruberg zum 70. Geburtstag, Wiesbaden 1962.
- Albrecht, G.*: Die Lebensmittel-Einkaufsgenossenschaften im Wandel der Betriebsformen des Handels, Hamburg 1960.
- Andreae, C. A. u. Klahe, W.*: Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung (I). Bd. I: Wirtschaftliche Macht und Wettbewerb, Köln 1966.
- Antony, E.*: Das mittelständische Gemeinschafts Kaufhaus, Frankfurt 1936.
- Aufmolk, E.*: Die gewerbliche Mittelstandspolitik des Reiches (unter bes. Berücksichtigung der Nachkriegszeit), Diss. Münster 1930.
- Back, J.*: Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesensforschung, Jena 1929.
- Die Stellung der Konsumgenossenschaften im spätkapitalistischen Wirtschaftsleben, in: Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen, H. 2, Erlangen 1950.
 - Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Genossenschaftsleben, Wien 1955.
 - Genossenschaftsgeschichte, in: HdB, 3. Bd., 3. Aufl., Stuttgart 1957.
 - Genossenschaftsgeist und Unternehmerteil — Müssen sie Gegensätze sein? in: ZgGenW, Bd. 7 (1957).
 - Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft des Einzelhandels, in: Gegenwartsprobleme genossenschaftlicher Selbsthilfe, Festschrift für Paul König, hrsg. v. Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Hamburg 1960.
 - Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Basel 1953.
- Bardey, E.*: Die Wahrheit über die Verbände. Neun Thesen über die natürlichen Aufgaben der Vereinigungen in einer Demokratie, Düsseldorf 1962.
- Batzer, E. u. Laumer, H.*: Neue Vertriebswege in Industrie und Handel, München 1963.
- v. Beckerath, H.*: Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie, in: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, N. F., H. 2, Karlsruhe 1911.
- Behrens, K. Ch. (Hrsg.)*: Der Handel heute. In memoriam Julius Hirsch, Tübingen 1962.
- Wandel im Handel, Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Beamten-Einkauf eGmbH Koblenz, Wiesbaden 1962.
 - Joachim Tiburtius — Mittler zwischen Handelswissenschaft und -praxis, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderausgabe August 1967.

- Bergsträsser, L.*: Diskussionsbeitrag bei den Verhandlungen des 11. Deutschen Soziologentages, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 5. Jg. (1952/53).
- Bertram, J.*: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, in: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 28, Düsseldorf 1964.
- Besson, W., Jasper, G.*: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung, München 1965.
- Biermer, M.*: Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge, Gießen 1905.
- Mittelstandsbewegung, in: HdSt. 3. Aufl., 6. Bd., Jena 1910.
- Blümle, E.-B.*: Die Funktionen der genossenschaftlichen Einkaufsverbände des deutschen Schuheinzelhandels in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung. Ein Beitrag zur Entwicklung einer volkswirtschaftlichen Funktionenlehre, Diss. Freiburg in der Schweiz 1959.
- Entwicklungstendenzen und offene Fragen der Genossenschaftsordnung, in: ZfN, Bd. XXIII (1963).
- Bölke, R.*: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einkaufsgenossenschaften der deutschen Textilwarenhändler, Diss. Tübingen 1944.
- Bonikowsky, H.*: Der Einfluß der industriellen Kartelle auf den Handel in Deutschland, Diss. Jena 1907.
- v. d. Borcht, R.*: Unternehmerverbände zur allgemeinen Vertretung gemeinschaftlicher Interessen, in: HdSt, Bd. 6, 1. Aufl., Jena 1894.
- Brauer, Th.*: Mittelstandspolitik, in: GdS, IX., 2., Tübingen 1927.
- Breitling, R.*: Die Verbände in der Bundesrepublik, ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim am Glan 1953.
- Die zentralen Begriffe der Verbandsforschung, in: PVS, 1. Jg. (1960).
- Breitkopf, F.*: Der Einheitsverband des gesamten Nahrungs- und Genußmittelkleinhandels ein Gebot der Stunde, in: Die deutsche Feinkost Nr. 24 v. 11. 6. 1921.
- Briefs, G.*: Grenzmoral in der pluralistischen Gesellschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, hrsg. v. E. v. Beckerath, F. W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt a. M. 1957.
- Laissez-faire-Pluralismus, Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters, Berlin 1966.
- Brieger, H.*: Die Organisation des Kolonialwarenhandels, Diss. Leipzig 1923.
- Buddeberg, H.*: Der Betriebsvergleich als Instrument der Handelsforschung, in: Betriebsökonomisierung durch Kostenanalyse, Absatzrationalisierung und Nachwuchserziehung, Festschrift für Rudolf Seyffert, hrsg. v. E. Kosiol u. F. Schlieper, Köln und Opladen 1958.
- Busche, M.*: Öffentliche Förderung deutscher Genossenschaften vor 1914. Ein Beitrag zum Ausbau einer Genossenschaftspolitik, Berlin 1963.
- Clausing, G.*: Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, in: ZgGenW, Bd. 1 (1951).
- Konjunkturen, in: HdSw, 6. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959.

- Crüger, H.*: Handel und Genossenschaftswesen, in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, H. 192, Berlin 1900.
- Aus Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Genossenschaften. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens, Berlin (o. J.).
- Deppe, H.*: Genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels und das Kartellverbot des § 1 GWB, Diss. Münster 1965.
- Die Genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels als Existenzsicherungsgenossenschaften, in: ZgGenW, Bd. 16 (1966).
- Deumer, R.*: Das deutsche Genossenschaftswesen, 1. Teil, Berlin u. Leipzig 1919.
- Diederichs, E. H.*: Hauptprobleme der modernen Kooperation im Handel, in: ZgGenW, Bd. 14 (1964).
- Neuorientierung der Edeka Genossenschaftsgruppe (Ausführungen anlässlich des 60. Edeka Verbandstages 1967 in Hamburg), in: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse Nr. 16 (1967), H. 8.
- Draheim, G.*: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952.
- Ecker, A.*: Der Mittelstand und die politischen Parteien, Essen-Ruhr 1914.
- Effer, F.* (Hrsg.): Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft. Ein Bericht über die erste Tagung des Deutschen Einzelhandels in Düsseldorf, Düsseldorf 1926.
- Der Rat des Deutschen Handels, in: FAZ Nr. 97 v. 26. 4. 1963.
- Joachim Tiburtius und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, in: Sozialökonomie in politischer Verantwortung, Festschrift für Joachim Tiburtius, hrsg. v. O. Triebenstein, Berlin 1964.
- Joachim Tiburtius — Gestalter der Berufsvertretung des deutschen Einzelhandels, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderausgabe August 1967.
- Ehlers, W.*: Die Stellung des Nahrungsmiteleinzelhandels im berufsständischen Aufbau, Diss. Berlin 1937.
- Ehrlicher, H.*: Das Massenfilialsystem, in: Schriften der Einzelhandels- und Konsumtionsforschung, H. 8, Stuttgart 1931.
- Engel, A.*: Detaillistenfragen, neue Aufgaben des Kleinhandels, 2. Aufl., Mönchengladbach 1907.
- Esch, Th.*: Die Interessenvertretung des Lebensmitteleinzelhandels, Diss. Münster 1926.
- Eschenburg, Th.*: Das Kaiserreich am Scheidewege, Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.
- Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1956.
- Esenwein - Rothe, I.*: Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, in: Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik, hrsg. v. A. Predöhl und G. Weipert, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 37, Berlin 1965.
- Eucken, W.*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. E. Eucken und K. P. Hensel, Tübingen und Zürich 1952.
- Eulenburg, F.*: Das Geheimnis der Organisation, ein Versuch über Arten und Formen, Bedingungen und Voraussetzungen, Zwecke, Folgen und Grenzen der Organisation, hrsg. v. G. Jahn, Berlin 1952.
- Faucherre, H.*: Die Händler-Rabattsparevereine, Studie über die praktischen Probleme der Mittelstandsbewegung, Jena 1912.

- Faust, H.*: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Weg der Genossenschaften im deutschen Sprachraum, Frankfurt a. M. 1965.
- Fikentscher, W.*: Nachfragemacht und Wettbewerbsbeschränkung, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Jg. 1960, H. 10.
- Fleck, W.*: Der Betriebsvergleich im modernen Handel, in: Der Handel heute. In Memoriam Julius Hirsch, hrsg. v. K. Ch. Behrens, Tübingen 1962.
- Der Beitrag von Joachim Tiburtius zur empirischen Handelsforschung, in: FfH Mitteilungen, N. F., Sonderausgabe August 1967.
- Folz*: Organisation des erwerbswirtschaftlichen Einzelhandels: Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, in: H. d. E., hrsg. v. R. Seyffert, Stuttgart 1932.
- Fourastié, J.*: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, aus dem Französischen übersetzt von B. Lutz, Köln 1954.
- Francis, E.*: Die Rolle der Interessengruppen im Prozeß der demokratischen Meinungsbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 29. 6. 1966.
- Friedel, H.*: Das Genossenschaftswesen im Einzelhandel, Diss. Würzburg 1921.
- Fritsch, Th.*: Mittelstand, Kapital-Herrschaft, Monarchie, 3. Aufl., Leipzig 1917.
- v. d. Gablentz, O. H.*: Mittelstand, in: HdSw, 7. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961.
- Gartmayr, E.*: Nicht für den Gewinn allein. Die Geschichte des deutschen Einzelhandels, Frankfurt a. M. 1964.
- Geiger, Th.*: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.
- Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949.
- Geisbüsch, H. G.*: Die organisierte Nachfrage, Organisation und Strategie marktbeeinflussender oder marktbeherrschender Nachfrager, Köln, Berlin, München 1964.
- v. Gierke, O.*: Das deutsche Genossenschaftsrecht, I. Bd., Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, 1868, Nachdruck, Darmstadt 1954.
- Das Wesen der menschlichen Verbände, Rektoratsrede vor der Universität Berlin am 15. 10. 1902, Nachdruck, Darmstadt 1954.
- Goerrig, R.*: Der Tabaktrust und seine Gefahren für Deutschland, Dresden 1913.
- Gross, H.*: Freiwillige Ketten bei Textilien, in: Handelsblatt v. 23. 11. 1959.
- Neue Ideen in der Wirtschaft. Schlaglichter auf Wandlungen in Produktion, Vertrieb und Unternehmungsführung, Düsseldorf 1960.
- Kartellaufsicht für Handelsgruppen? „Nachfragemacht“ ist kein Monopolproblem, in: Handelsblatt Nr. 49 v. 11./12. 3. 1960.
- Ein Großkonzern fördert den Mittelstand. Die Priba-Ketten in Belgien und Holland, in: Handelsblatt Nr. 148 v. 5. 8. 1961.
- Chancen für das Fachgeschäft, Konsequenzen für den Massenvertrieb, in: Handelsblatt Nr. 180 v. 19. 9. 1961.
- Der Handel findet immer neue Wege. Bequemlichkeit für den Verbraucher ist oberstes Gebot, in: Handelsblatt Nr. 46 v. 6./7. 3. 1964.

- Grünbaum, H.*: Kooperation im Einzelhandel, in: *Annalen der Betriebswirtschaft und Arbeitsforschung*, Bd. III (1929/30).
- Grünberg, E.*: Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932.
- Grünfeld, E.*: Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, in: *Handbuch des Genossenschaftswesen*, hrsg. v. E. Grünfeld, 1. Bd., Halberstadt 1928.
- Grünfeld, H.*: Der Einzelhandel, Berlin 1922.
- Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Berufs- und Wirtschaftsvertretung, in: *Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft. Ein Bericht über die erste Tagung des Deutschen Einzelhandels in Düsseldorf*, hrsg. v. F. Effer, Düsseldorf 1926.
- Gruner, E.*: Die Wirtschaftsverbände in der Demokratie, Erlenbach, Zürich und Stuttgart 1956.
- Gutersohn, A.*: Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft, Bd. II, Die betriebswirtschaftlichen Eigentümlichkeiten. Die gewerblichen Verbände. Die Verflechtung des Gewerbes mit dem Markt, in: *Schriftenreihe des Schweizerischen Instituts für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Nr. 5, Zürich u. St. Gallen 1962.
- Die Leistungsdifferenzierung im Handel, in: *Sozialökonomie in politischer Verantwortung*, Festschrift für Joachim Tiburtius, hrsg. v. O. Triebenstein, Berlin 1964.
- Gutersohn, A. u. Geisbüsch, H. G.*: Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung (II). Bd. II: Marktungleichgewichte und Gegengewichtsbildungen in der Wirtschaftswirklichkeit, Köln 1966.
- Haas, K.*: Der Textileinzelhandel, Versuch einer Darstellung seiner Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. Nürnberg 1951.
- Häder, W.*: Der deutsche Kleinhandel und seine Interessenvertretung, Diss. Halle 1922.
- Handelskammer zu Hannover*: Die Lage des Kleinhandels in Deutschland, 2 Bde., Berlin 1899/1900.
- Handloser, W.*: Zur Organisation des Einzelhandels unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im süddeutschen Eisenhandel, Diss. Heidelberg 1928.
- Hauenstein, F.*: Die Gründerzeit der Wirtschaftsverbände, in: *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 9, Düsseldorf u. München 1957.
- Kinder des Protektionismus, Die wirtschaftspolitischen Verbände, in: *FAZ* Nr. 43 v. 20. 2. 1965.
- Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (Hrsg.)*: Gegenwartsfragen des Einzelhandels II, Ansprachen und Vorträge auf der Einzelhandels-tagung in Berlin vom 11.—13. Oktober 1928, Berlin 1929.
- Hayler, F.*: Die Reichsgruppe Handel. Aufgaben und Aufbau, Berlin 1940.
- Herrmann, G.*: Die Lage des deutschen Kleinhandels seit der Jahrhundertwende und sein Genossenschaftswesen, Diss. Leipzig 1923.

- Hirsch, J.*: Das Warenhaus in Westdeutschland, Leipzig 1910.
- Die Filialbetriebe im Detailhandel, in: Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben, H. 1, Bonn 1913.
- Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1925.
- Der moderne Handel, seine Organisation und Formen und die staatliche Binnenhandelspolitik, GdS, V., 2., 2. Aufl., Tübingen 1925.
- Hofstätter, P. R.*: Gruppendynamik, Kritik der Massenpsychologie, Hamburg 1957.
- Holzschuher, V.*: Soziale und ökonomische Hintergründe der Kartellbewegung, Diss. Erlangen 1962.
- Homann, F.*: Der deutsche Handel in der Wirtschaftsorganisation, Wien und Leipzig 1942.
- Hoschke, H.*: Das Detaillisten-Kaufhaus, Dresden 1907.
- Hotz, W.*: Die westdeutsche Schuhwirtschaft, 2. Aufl., Tübingen 1965.
- Huber, E. R.*: Wirtschaftsverwaltungsrecht, Bd. 2, 2. Aufl., Tübingen 1954.
- Selbstverwaltung der Wirtschaft, Stuttgart 1958.
- Huber, H.*: Die Umwälzungen im Staatsgefüge durch die Verbände, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 7, Düsseldorf u. München 1955.
- Staat und Verbände, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 218, Tübingen 1958.
- Ibscher, O.*: Im Deutschen Genossenschaftsverband von 1893 bis 1938, Berlin 1938.
- Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster (Hrsg.): Gegenwartsprobleme genossenschaftlicher Selbsthilfe, Festschrift für Paul König, Hamburg 1960.
- Kaiser, J. H.*: Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956.
- Kathrein, O.*: Nachfrage im Wettbewerb, Düsseldorf 1960.
- Das Organisationssystem der freiwilligen Ketten im Lebensmittelhandel der Bundesrepublik, in: ZgGenW, Bd. 10 (1960).
- Kaufmann, Edgar*: Zur Kartellierung des Einzelhandels im Textilgewerbe, Diss. Heidelberg 1922.
- Kaufmann, Emil*: Die Organisation der freien Interessenvertretungen des Deutschen Einzelhandels (Eine kritische Studie), Diss. Köln 1931.
- Kirsch, W. M. u. Richter, O.*: Die Europaarbeit der Warengenossenschaften. Dargestellt am Beispiel der Nord-West-Schuhwareneinkaufsgenossenschaft, Frankfurt a. M., in: ZgGenW, Bd. 15 (1965).
- Knopf, R.*: Die Wirkungen der Kartelle der Textil- und Bekleidungsindustrie auf die Abnehmer, Karlsruhe 1915.
- König, P.*: Der Wareneinkauf bei den Einzelhandelsgenossenschaften, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, H. 15, Stuttgart und Berlin 1938.
- Selbsthilfe im Wettbewerb, Die Einkaufsverbände des Lebensmitteleinzelhandels in internationaler Sicht, Hamburg 1956.

- König, R.*: Soziologie heute, Zürich 1959.
- Krueger, H. E.*: Die freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland, insbesondere die Fach-, Zweck- und Zentralverbände gewerblicher Unternehmer, Diss. Berlin 1908.
- Kublanck, F.*: Die Interessenvertretung des deutschen Einzelhandels, Diss. Jena 1930.
- Küng, E.*: Interventionismus, Bern 1941.
- Kulemann, W.*: Die Berufsvereine, 1. Abt., Bd. III, 2. Aufl., Jena 1908.
- Politische Erinnerungen, Ein Beitrag zur neuen Geschichte, Berlin 1911.
- Die Genossenschaftsbewegung, 1. Bd., Geschichtlicher Teil, 2. Bd., Systematischer Teil, Die Kulturbedeutung der Genossenschaften, Berlin 1922—1925.
- Kulischer, J.*: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2 Bde., München 1928.
- Lampe, A.*: Einzelhandel, in: HdSt, 4. Aufl., Bd. 3, Jena 1926.
- Großhandel, in: HdSt, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929.
- Der Einzelhandel in der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, hrsg. v. Adolf Weber, Berlin 1930.
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels, in: H. D. E., hrsg. v. R. Seyffert, Stuttgart 1932.
- Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, in: Weber, A., Handels- und Verkehrspolitik (Wirtschaftspolitik II), München und Leipzig 1933.
- Langlotz, E.*: Der Kleinhandel mit Eisenwaren, Haus- und Küchengeräten unter besonderer Berücksichtigung seiner Schwierigkeiten und der Mittel ihrer Beseitigung, Düsseldorf 1918.
- Laumayer, F.*: Die Bezugsgenossenschaften der Eisenwareneinzelhändler und der Eisenwarengroßhandel, Diss. Frankfurt a. M. 1932.
- Lederer, E.*: Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: Archiv, Bd. 31 (1910).
- Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig und Berlin 1912.
- Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: Archiv, Bd. 35 (1912).
- Sozialpolitische Chronik, Mittelstandsbewegung, in: Archiv, Bd. 37 (1913).
- Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 5 (1912).
- Die Interessenorganisationen und die politischen Parteien, in: Archiv, Bd. 34 (1912).
- Die sozialen Organisationen, 2. Aufl., Leipzig u. Berlin 1922.
- Lehmann, A.*: Der deutsche Textil-Kleinhandel; sein Aufbau und seine Verbände, Diss. Frankfurt/M. 1925.
- Leihner, E.*: Betriebsberatung im Handel — nur ein einzelwirtschaftliches Problem? in: Sozialökonomie in politischer Verantwortung, Festschrift für Joachim Tiburtius, hrsg. v. O. Triebenstein, Berlin 1954.
- Die Produktivität des Handels — ein Bildungsproblem, in: Arbeitsblätter für Berufs- und Betriebsförderung im Einzelhandel der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Nr. 13, Oktober 1959.

- Leisner*, W.: Grundrechte und Privatrecht, in: Münchener öffentlich-rechtliche Abhandlungen, H. 1, München 1960.
- Leopold*, L.: Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, in: ZfgStw, Jg. 73 (1917).
- Leopold*, M.: Die Stellung wirtschaftlicher Interessenvertretungen zu Fragen des Detailhandels, mit besonderer Berücksichtigung des Bayerischen Verbandes der Vereine zum Schutz für Handel und Gewerbe, Nürnberg 1915.
- Lindner*, E.: Die Interessenvertretung des deutschen Einzelhandels unter besonderer Berücksichtigung des Reichswirtschaftsrates, Diss. Tübingen 1923.
- Linhardt*, H.: Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954.
- Objektivation und Subjektivation der Beziehung von Mensch und Markt, in: Der Mensch im Markt, Eine Festschrift zum 60. Geburtstage von Georg Bergler, hrsg. v. W. Vershofen, P. W. Meyer, H. Moser u. W. Ott, Berlin 1960.
- Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre, eingel. v. Hanns Linhardt, Berlin 1965.
- Lübbering*, H.: Der Kleinhandel nach dem Frieden, M. Gladbach 1919.
- Lux*, K.: Studien über die Entwicklung der Warenhäuser in Deutschland, Leipzig 1910.
- Marbach*, F.: Theorie des Mittelstandes, Bern 1942.
- Mataja*, V.: Die Reklame. Eine Untersuchung über Ankündigungswesen und Werbetätigkeit im Wirtschaftsleben, A. Aufl., München 1926.
- Meier*, A.: Probleme des gemeinschaftlichen Einkaufs der Einzelhändler in Haus- und Küchengeräten, Eisenwaren, Glas und Porzellan, in: Schriften zur Einzelhandelsforschung, H. 2, Stuttgart 1930.
- Mekelburg*, F.: Die Genossenschaften der deutschen Kleinhändler, Diss. Halle-Wittenberg 1934.
- Menzel*, B.: Die Rewe Gruppe — Auftrag der Gegenwart, 2. Aufl., Köln 1962.
- Meyer*, W.: Der Genossenschaftseinkauf im deutschen Textileinzelhandel, Diss. Köln 1928.
- Michel*, E.: Einzelhandel und Einzelhandelsschutz einschließlich Gaststätten-gewerbe, Hamburg 1937.
- Miksch*, L.: Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Bd., Düsseldorf u. München 1950.
- Müffelman*, L.: Die wirtschaftlichen Verbände, Leipzig 1912.
- Die moderne Mittelstandsbewegung, Leipzig und Berlin 1913.
- Müller*, E.: 50 Jahre Nürnberger Bund, in: Brücke zum Markt. Vom Wesen und Wirken des Nürnberger Bundes, Essen o. J. (1951).
- Müller*, M.: Der Interessenkampf zwischen großkapitalistischem und mittelständischem Einzelhandel, Diss. Freiburg i. B. 1933.
- Mutz*, H. R.: Das Einheitspreisgeschäft, Berlin 1932.
- v. Nell - Breuning*, O.: Mittelstand, in: Staatslexikon, 6. Aufl., 5. Bd., Freiburg 1960.

- Nieschlag, R.*: Die Gewerbefreiheit im Handel, Köln und Opladen 1953.
- Die Dynamik der Betriebsformen im Handel, Essen 1954.
 - Strukturwandlungen im Großhandel, in: Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages, H. 42, (o. O., o. J.).
 - Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, Berlin 1959.
 - Strukturwandlungen im Handel, in: Der Markenartikel, 22. Jg. (1960).
 - Großhandel in der Offensive, in: Der Volkswirt, Jg. 14 (1960).
 - Der Betriebstyp einer leistungsfähigen Waren-genossenschaft, in: Bericht vom Deutschen Genossenschaftstag 1961 in Berlin, Wiesbaden 1961.
 - Die moderne Absatzwirtschaft im Lichte der Konzentration, in: Handelsbetrieb und Marktordnung, Festschrift Carl Ruberg zum 70. Geburtstag, mit Beiträgen von H. Albach, K. Ch. Behrens u. a., Wiesbaden 1962.
 - Das Werben um den Markt, in: FAZ Nr. 15 v. 18. 1. 1964.
 - Die Konzentration im Handel im Lichte der Ergebnisse der Konzentrations-Enquete, in: Die Konzentration im Handel, H. 93 der DIHT-Schriftenreihe, Bonn 1965.
 - Die Textileinkaufsvereinigungen in Gegenwart und Zukunft, hrsg. v. Zentralverband gewerblicher Einkaufsvereinigungen des Handels e. V., Köln 1967.
- Nipperdey, Th.*: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918, in: Historische Zeitschrift, Bd. 185 (1958).
- Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, in: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18, Düsseldorf 1961.
 - Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: PVS, 2. Jg. (1961).
- v. Norden, H.*: Die Einkaufs-genossenschaften des Einzelhandels, Diss. Köln 1920.
- Oehler, W.*: Dienstleistungen als Mittel des Wettbewerbs, in: Handelsblatt Nr. 206 v. 25. 10. 1966.
- Osel, W.*: Das Konjunktuelle in der Nachfragemacht, in: Handelsblatt Nr. 195 v. 10. 10. 1952.
- Experimentierfreudig, in: Handelsblatt Nr. 220 v. 15. 11. 1961.
 - Bei der Nordwest wird scharf gerechnet. Handelsblatt-Gespräch mit Hermann Hinrichs, Vorstandsvorsitzender der Nordwest eGmbH, Hagen, in: Handelsblatt Nr. 156 v. 17. 8. 1964.
 - Wie der Lebensmittelhandel kooperiert, in: Handelsblatt Nr. 206 v. 25. 10. 1965.
 - Für die Nord-West hat Europa keine Grenzen. Handelsblatt-Gespräch mit Dr. Walter Pelletier, Frankfurt, Vorstandsvorsitzender der Nord-West-Schuhwaren-Einkaufs-genossenschaft eGmbH, in: Handelsblatt Nr. 244 v. 20. 12. 1965.
 - Mehr Mittel für neue Lebensmittel-Läden, Handelsblatt-Gespräch mit Walter Steffen, Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels, in: Handelsblatt Nr. 134 v. 18. 7. 1966.
- Pausewang, S.*: Zur Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer. Inhaltsanalyse der Zeitschrift „Deutsche Industrie“ des „Bundes der Industriellen“, Jg. 1905 bis 1914, Diss. Marburg 1967.

- Pesl, L. D.*: Mittelstandsfragen. (Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand), in: GdS, IX. 1., Tübingen 1926.
- Pfüller, R.*: Der Genossenschaftsverbund, in: Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, H. 3, Göttingen 1964.
- Pfuhmann, H.*: Wandlungen der Sozialstruktur unter Berücksichtigung der Abgrenzung eines primären, sekundären und tertiären Sektors, Diss. Erlangen-Nürnberg 1963.
- Plenge, J.*: Drei Vorlesungen über allgemeine Organisationslehre, Essen 1919.
- Politer, O.*: Zur Geschichte und Entwicklung des Kohlenhandels, in: Veröffentlichungen des Centralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands, Berlin, o. J. (1903).
- Pütz, Th.*: Die ordnungspolitische Bedeutung der Interessenverbände, in: JfS, Bd. 11 (1960).
- Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, in: Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik, hrsg. v. A. Predöhl und G. Weippert, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 39, Berlin 1966.
- Raiffeisen, Fr. W.*: Die Darlehnskassen-Vereine, in Verbindung mit Consum-, Verkaufs-, Gant- etc. Genossenschaften, als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Arbeiter. Praktische Anleitung zur Bildung solcher Vereine, gestützt auf dreißigjährige Erfahrung. 2. Aufl., Neuwied und Leipzig o. J. (1872).
- Richter, O.*: Die Einkaufsgenossenschaften des selbständigen Einzelhandels in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg (Lahn), Bd. XXII, Marburg 1962.
- Riemann, R.*: Schwarzrotgold. Die politische Geschichte des Bürgertums seit 1815, Leipzig 1921.
- Roloff, R.*: Fachhandel und Wirtschaftspolitik, in: Brücke zum Markt. Vom Wesen und Wirken des Nürnberger Bundes, Essen o. J. (1951).
- Rubens, W.*: Der Kampf des Spezialgeschäftes gegen das Warenhaus (mit besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1929), Diss. Köln 1929.
- Ruberg, C.*: Zwei Partner — ein Ziel, 3 Bde., Köln 1958—1959.
- Salomon, F.*: Die Deutschen Parteiprogramme, H. 2: Im Deutschen Kaiserreich 1871—1918, hrsg. v. W. Mommsen u. G. Franz, Leipzig und Berlin 1932.
- Schindler, E.*: Die wirtschaftliche Lage des Kleinhandels im 20. Jahrhundert und die Bestrebungen zu seiner Reform, Diss. Breslau 1920.
- Schlüter, J.*: Die katholisch-soziale Bewegung in Deutschland seit der Jahrhundertwende, Bd. III der Schriften zur Caritaswissenschaft, Freiburg i. Br. 1928.
- Schmidt, E.*: Der deutsche Detailhandel und seine Organisation, Diss. Würzburg 1920.
- Schmitz, C.*: Organisation des erwerbswissenschaftlichen Einzelhandels: Fach- und Territorialverbände, in: H. d. E., hrsg. v. R. Seyffert, Stuttgart 1932.

- Schmölders, G.*: Das Selbstbildnis der Verbände. Empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände in ihrer Bedeutung für die wirtschaftspolitische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik, hrsg. v. A. Predöhl u. G. Weippert, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 38, Berlin 1965.
- Schmoller, G.*: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Teil, 7.—12. Tausend, München—Leipzig 1919.
- Schreiterer, G.*: Die Gemeinschaftsbeschaffung im Textileinzelhandel, in: Schriften zur Einzelhandelsforschung, Nr. 9, Stuttgart 1931.
- Schulz, G.*: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS, Bd. 2 (1961).
- Seidenfus, H. St.*: Gedanken zur Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates, in: FIW-Schriftenreihe, H. 5, Köln, Berlin, Bonn, München 1962.
- Die Integration von legitimer Autorität und Herrschaftseinfluß innerhalb der politischen Ordnung, in: JfS, Bd. 14 (1963).
- Seitz, J.*: Entwicklung der Selbsthilfe — Bestrebungen des deutschen Kolonialwaren-Kleinhandels mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, Diss. München 1924.
- Seyffert, R.* (Hrsg.): Handbuch des Einzelhandels (H. d. E.), Stuttgart 1932.
- Der Mensch als Betriebsfaktor. Eine Kleinhandelsstudie, Stuttgart 1922.
- Wirtschaftslehre des Handels, Köln und Opladen 1951.
- Sölter, A.*: Nachfragemacht und Wettbewerbsordnung, Düsseldorf 1960.
- Industrieller Mittelstand und Kartellgesetz, Düsseldorf 1960.
- Sombart, W.*: Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Bd., Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München u. Leipzig 1927.
- Das Warenhaus ein Gebilde des hochkapitalistischen Zeitalters, in: Probleme des Warenhauses, Beiträge zur Geschichte und Erkenntnis der Entwicklung des Warenhauses in Deutschland, hrsg. v. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin 1928.
- Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, 3. Aufl., Berlin 1913.
- Die Grundformen des menschlichen Zusammenlebens, in: Noosoziologie, Berlin 1956.
- Splettstößer, J.*: Der Einzelhandel, Diss. Berlin 1936.
- Stammer, O., Hirsch - Weber, W. u. a.*: Verbände und Gesetzgebung. Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes, in: Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 18, Köln u. Opladen 1965.
- Stern, K.*: Die Kartelle in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mit besonderer Berücksichtigung des Detailhandels, Karlsruhe 1909.
- Sternberger, D.*: Der Staat der Gegenwart und die wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Interessentengruppen, Rundtafelgespräch auf dem 11. Deutschen Soziologentag, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 5. Jg. (1952/53).

- Suchsland, E.*: Schutz- und Trutz-Waffen gegen Konsumvereine und Warenhäuser, 2. Aufl., Halle 1905.
- Teschemacher, H.* (Hrsg.): Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft, Bd. II, Reichsgruppe Handel, Leipzig 1936.
- Thiessen, J.*: Die deutschen Drogisten, Berlin 1929.
- Thomas, E.*: Das Gemeinschaftswarenhaus, in: DIHT-Schriftenreihe, H. 103, Bonn 1967.
- Tiburtius, J.*: Die Verbandsarbeit im Einzelhandel, in: 10-Jahres-Festschrift der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V., Karlsruhe o. J.
- Wirtschaftspolitische Probleme des Einzelhandels: Privatwirtschaftlicher Einzelhandel, in: H. d. E., hrsg. v. R. Seyffert, Stuttgart 1932.
 - Der Deutsche Einzelhandel im Wirtschaftsverlauf und in der Wirtschaftspolitik, in: JfNuSt, Bd. 142 (1935).
 - Lage und Leistung des deutschen Handels in ihrer Bedeutung für die Gegenwart, Berlin—München 1949.
 - Die Mitarbeiterschaft im Einzelhandel, ein soziologischer Versuch, in: Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, hrsg. v. O. Stammer und K. C. Thalheim, Berlin 1960.
 - Julius Hirsch, der Begründer der Forschungsstelle für den Handel, in: Der Handel heute. In Memoriam Julius Hirsch, hrsg. v. K. Ch. Behrens, Tübingen 1962.
- Tietz, B.*: Konsument und Einzelhandel, Strukturwandlungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1975, Frankfurt a. M. 1966.
- Mit dem Handel unter einem Dach. Die Vermietung von Abteilungen in Ladeneinzelhandlungen, in: die absatzwirtschaft, Jg. 10 (1967).
 - Franchise — ein Vertriebssystem mit vielen Gesichtern, in: die absatzwirtschaft, Jg. 10 (1967).
 - Der Weg zur Totalen Kooperation. Entwicklungstendenzen und wirtschaftspolitische Konsequenzen, in: FfH Mitteilungen, N. F., Nr. VIII (1967), H. 8/9, 10 u. 11.
- Tietz, G.*: Hermann Tietz, Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1955.
- Tille, A.*: Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes, Bd. IV, Berlin 1910.
- Treue, W.*: Die deutsche Landwirtschaft zur Zeit Caprivis und ihr Kampf gegen die Handelsverträge, Diss. Berlin 1933.
- Deutsche Parteiprogramme 1861—1956, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1956.
- Triebel, M.*: Zusatzleistungen der Einkaufsgenossenschaften des deutschen Einzelhandels, in: Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Stuttgart u. Berlin 1937.
- Triebenstein, O.*: Der Wandel in den Beziehungen zwischen Produktion und Handel, in: Wandel im Handel, Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Beamten Einkauf eGmbH Koblenz, hrsg. v. K. Ch. Behrens, Wiesbaden 1962.
- (Hrsg.): Sozialökonomie in politischer Verantwortung, Festschrift für Joachim Tiburtius, Berlin 1964.

- Tuchtfeldt, E.*: Die Gewerbefreiheit als wirtschaftspolitisches Problem, in: Volkswirtschaftliche Schriften, H. 18, Berlin 1955.
- Wirtschaftspolitik und Verbände, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 1, Tübingen 1956.
- (Hrsg.): Die Verbände in der pluralistischen Gesellschaft. Fünf Vorträge im Rahmen einer Ringvorlesung des Europa-Kollegs Hamburg im Wintersemester 1961/62, Hamburg 1962.
- Bermerkungen zur Verbandsdiskussion, in: JfS, Bd. 13 (1962), H. 1.
- Uhlig, H.*: Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln u. Opladen 1956.
- Vendig, E.*: Die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen in der Konfektions- und Wäsche-Industrie; ihr Einfluß auf die Abnehmer, Diss. Heidelberg 1923.
- Verein für Socialpolitik (Hrsg.): Untersuchungen über den Einfluß der distributiven Gewerbe auf die Preise, Berichte und Gutachten, München u. Leipzig 1888.
- Verhandlungen der Generalversammlung von 1888 in Frankfurt a. M., in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 38, München u. Leipzig 1889.
- Vershofen, W.*: Die Statistik der Wirtschaftsverbände, in: Nürnberger Beiträge zu den Wirtschaftswissenschaften, H. 1, Nürnberg 1924.
- Die Marktverbände, I. Teil, Nürnberg 1928.
- Vershofen, W., Meyer, P. W., Moser, H. u. Ott, W.* (Hrsg.): Der Mensch im Markt. Eine Festschrift zum 60. Geburtstage von Georg Bergler, Berlin 1960.
- Vier, H.*: Verhältnis von Fabrikation, Großhandel und Kleinhandel in der Wäsche-Industrie, Diss. Heidelberg 1911.
- Völkner, W.*: Kolonialwarenkleinhandel. Einkaufsvereine, Rabattsparvereine, Diss. Straßburg 1911.
- Voss, E.*: Die Vereinigungen in der Porzellanindustrie und im Porzellanhandel, Diss. Tübingen 1923.
- Waentig, H.*: Die gewerbepolitischen Anschauungen in Wissenschaft und Gesetzgebung, in: Festschrift für Gustav Schmoller, Bd. 2, Leipzig 1908.
- Wallberg, E.*: Leistungssteigerung im Einzelhandel durch Einkaufsgenossenschaften, Prag 1943.
- Weber, M.*: Wirtschaft und Gesellschaft, in: GdS III, 1., 3. Aufl., Tübingen 1947.
- Gesammelte politische Schriften, 2. Aufl., hrsg. v. J. Winckelmann, Tübingen 1958.
- Wehmeyer, P.*: Die Zentraleinkaufsgenossenschaften der Handwerker und Einzelhändler, Diss. Frankfurt/M. 1941.
- Weinwurm - Wenkhoff, E. H.*: Einkaufsverbände des Handels im Umbruch, in: Der Handel heute. In Memoriam Julius Hirsch, hrsg. v. K. Ch. Behrens, Tübingen 1962.
- Vom Einkaufsverband zum Ein- und Verkaufsverband, in: Blick durch die Wirtschaft der FAZ v. 1. 4. 1965.
- Die internationale Zusammenarbeit der Textileinkaufsverbände, in: ZgGenW, Bd. 16 (1966).

- Weippert, G.: Zur Problematik der Zielbestimmung in wirtschaftspolitischen Konzeptionen, in: Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, hrsg. v. H. J. Seraphim, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., H. 18 (1960).
- „Vereinbarung“ als drittes Ordnungsprinzip, in: Gestaltsprobleme der Weltwirtschaft, Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet, hrsg. v. H. Jürgensen, JfS, Bd. 14 (1963).
 - Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1964.
 - Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft, in: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, Gedächtnisschrift für H. J. Seraphim, hrsg. v. H. Ohm, Berlin 1964.
- Wendt, H. u. Stork, H.: Die Genossenschaften des gewerblichen Mittelstandes in der Wettbewerbswirtschaft, Karlsruhe 1954.
- Werner, J.: Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, in: St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 12, Zürich u. St. Gallen 1957.
- Die Wirtschaftsverbände als Träger von Ordnungsfunktionen, in: Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, hrsg. v. H. J. Seraphim, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 19, Berlin 1959.
 - Der Einfluß der Verbände auf die Wirtschaftspolitik der Schweiz, in: Wiener Studien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bd. 4, Wien 1961.
 - Wirtschaftsverbände, in: HdSw, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965.
- Werner, J., Aschoff, G., Jäger, W. u. Weber, W.: Geschichte, Struktur und Politik der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände, in: Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Bd. XV, Karlsruhe 1965.
- Wernicke, J.: Die Sonder-Umsatzsteuern im Lichte der Gewerbefreiheit und Gewerbeordnung, sowie der allgemeinen Rechts- und Steuerprinzipien, Berlin 1902.
- Das Waren- und Kaufhaus, Leipzig 1913.
 - Kapitalismus und Mittelstandspolitik, 2. Aufl., Jena 1922.
 - Mittelstandsbewegung, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925.
 - Der Kampf um das Warenhaus und die Geschichte des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V. bis Ende 1916, in: Probleme des Warenhauses, Beiträge zur Geschichte und Erkenntnis der Entwicklung des Warenhauses in Deutschland, hrsg. v. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin 1928.
- Westarp, Graf: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Bd. I, Berlin 1935.
- Wiedemann, H.: Der Reichsdeutsche Mittelstands-Verband! Ein Beitrag zur Lösung der Organisationsfrage des Deutschen Mittelstandes, Münster 1913.
- Wiegel, W.: Der Einzelhandel in der modernen deutschen Wirtschaft unter betonter Berücksichtigung seiner Gemeinschaftsbildungen, Göttingen 1931.
- Witteler, H.: Das deutsche Zigarrengewerbe. Entwicklung, Bedeutung und Tendenzen, Stuttgart 1932.

- Wittkämper, G. W.*: Grundgesetz und Interessenverbände. Die verfassungsrechtliche Stellung der Interessenverbände nach dem Grundgesetz, Köln und Opladen 1963.
- Worpitz, H. G.*: Probleme der Funktionseinengung im mittelständischen Handel unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels (Funktionsausgliederung—Funktionsfortfall), in: Schriften zur Handelsforschung Nr. 12, Köln und Opladen 1961.
- Wössner, J.*: Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens (Die Verbandsgesellschaft), Tübingen 1961.
- Mensch und Gesellschaft. „Kollektivierung“ und „Sozialisierung“. Ein Beitrag zum Phänomen der Vergesellschaftung im Aufstieg und in der sozialen Problematik des gegenwärtigen Zeitalters, Berlin 1963.
- Industriegesellschaft und Verbandswesen, in: JfS, Bd. 15 (1964).
- Ordnungsmächte der Demokratie, in: Clausthaler Beiträge zum Studium generale, Bd. 1 (1964).
- Wygodzinski, W.*: Das Genossenschaftswesen in Deutschland, Leipzig u. Berlin 1911.
- Zaunitzer - Haase, I.*: Im Griff der Konzerne, Krise einer Mittelschicht, München 1967.
- Zorbach, I.*: Wirtschaft und Organisation im deutschen Papiereinzelhandel. (Mit besonderer Berücksichtigung des Reichsbundes deutscher Papier- und Schreibwarenhändler.), Diss. Frankfurt/M. 1921.

Verbandsveröffentlichungen, Handbücher, Periodica

- Arbeitsbericht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 1948 ff.
- Berichte über die Verbandstage des Edeka Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin 1918 ff.
- Der Bund der Kaufleute, Seine Gedanken und Ziele, hrsg. v. Bund der Kaufleute, Berlin 1903.
- Der Credit-Verein, Organ für die Creditgenossenschaften Deutschlands, hrsg. v. Dr. Glackemeyer, Jg. 12 (1900)—16 (1904).
- Der Detaillist, Jg. 2 (1907).
- Deutscher Eisenhandel, Jg. 1909.
- Deutsche Handels-Rundschau, Jg. 2 (1908) ff.
- Deutsche Handels-Warte, Jg. 16 (1928)—21 (1933).
- Die deutsche Feinkost, Jg. 1921.
- Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur.
- Edeka-Jahresberichte 1960—1966, Wiesbaden 1961—1967.
- Edeka 1907—1957, Das Lebensbild der Edeka Organisation, Hamburg—Berlin 1957.
- Einzelhandels-Schnellbrief, Jg. 1961.
- Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Nord & Süd Einkaufsgenossenschaft, Berlin 1929.

- Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1903—1908, hrsg. i. A. des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine v. H. Kaufmann, Hamburg 1928.
- Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche, hrsg. v. der Deutschen Kolonialwaren-Zeitung, Berlin 1920.
- Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft Berlin am 2. März 1920, Berlin 1920.
- Festschrift zur Eröffnung des Nord-West-Hauses in Frankfurt am Main am 21. und 22. September 1954, hrsg. v. d. Nord-West-eGmbH, Frankfurt 1954.
- Festschrift zur Feier des 40jährigen Bestehens des Vereins Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche gegr. 1870, hrsg. v. d. Deutschen Kolonialwaren-Zeitung, Berlin 1910.
- Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler e. V., 1897—1907, Mainz 1907.
- Festschrift zur 100-Jahrfeier des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V., Bonn o. J. (1964).
- 5 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V., Arbeitsbericht, vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 5. u. 6. November 1953 von der Geschäftsführung.
- 75 Jahre Niedersächsischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch e. V.) o. O., o. J. (1957).
- 25 Jahre Edeka, Edeka Deutsche Handels-Rundschau, Festausgabe zum 21. Oktober 1932.
- 50 Jahre Edeka München, hrsg. v. d. Edeka Verlagsgesellschaft m.b.H., Hamburg 1951.
- 50 Jahre Esüdro eGmbH. Eine Gemeinschaft im Wandel der Zeit, o. O. 1959.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland.
- Genossenschaftliches Korrespondenz-Blatt, Jg. I (1906) bis V (1910).
- Handbuch der Berufsverbände des Deutschen Reiches, hrsg. v. Reichsarbeitsamt, Berlin 1927.
- Handbuch der Textileinkaufsverbände des In- und Auslandes, 2. u. 5. Aufl., Köln 1956 u. 1965.
- Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des Deutschen Reiches, hrsg. v. Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, 1., 2. u. 3. Aufl., Berlin 1913, 1919 u. 1928.
- Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung.
- Industriekurier, Zeitung für Wirtschaft, Politik und Technik.
- Informationsdienst der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels 1958 ff.
- Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1966.
- Jahresbericht des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser (e. V.) Jg. 6 (1908) bis 28 (1930).

- Jubiläumsschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens der Rewe-Zentralorganisation, Köln 1953.
- Kaufring eGmbH, Überblick der bisherigen Entwicklung, Düsseldorf 1959.
- Kolonialwaren-Zeitung Jg. 1902 bis 1913.
- Konservatives Handbuch der Deutsch-Konservativen Partei, 2. Aufl., Berlin 1898.
- Mittheilungen des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften über die Allgemeinen Vereins- bzw. Verbandstage 1888 ff.
- Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse Nr. X, (1961) ff.
- Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei, hrsg. v. Centralbüro der Nationalliberalen Partei, Berlin 1907.
- Probleme des Warenhauses, Beiträge zur Geschichte und Erkenntnis der Entwicklung des Warenhauses in Deutschland, hrsg. v. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin 1928.
- Rundschreiben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels 1928 bis 1933.
- Schulze Delitzsch 1808—1958, Festschrift zur 150. Wiederkehr seines Geburtstages, hrsg. v. Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e. V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Marburg, Wiesbaden o. O. (1958).
- Textil-Wirtschaft Jg. 1949.
- Verzeichnis der im Deutschen Reiche bestehenden Vereine gewerblicher Unternehmer zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, hrsg. v. Reichsamt des Innern, Berlin 1903.
- Wozu benötigt der Lebensmittel-Einzelhandel den genossenschaftlichen Groß-einkauf? Eine Aufklärungsschrift der Rewe-Zentralorganisation, o. O., o. J.
- 10 Jahre Landesverband des Bayerischen Einzelhandels, München 1957.
- Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1 (1950) bis Bd. 17 (1967).

Die Wirtschaftsverbände von 1933—1945. Von Prof. Dr. I. Esenwein-Rothe XVI, 209 S. 1965. Ln. DM 36,60.

Das Selbstbild der Verbände. Empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände in ihrer Bedeutung für die wirtschaftspolitische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaftliche Leitung Prof. Dr. G. Schmölders. XII, 377 S. 1965. Ln. DM 59,60.

Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich. Wissenschaftliche Leitung Prof. Dr. Th. Pütz. XVIII, 713 S. 1966. Ln. DM 93,—.

Betriebsverband und Verbandbetrieb. Wesen, Formen und Organisation der Verbände aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Von Prof. Dr. E. Grochla. 338 S. 1959. Ln. DM 36,60.

Ehre und Beleidigungsfähigkeit von Verbänden. Von Dr. P.-E. Krug. 235 S. 1965. DM 38,—.

Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von Dr. K. O. Hondrich. 190 S. 1963. DM 24,60.

Die sozial- und staatspolitische Tätigkeit der Kriegsofferverbände. Ein Beitrag zur Verbandsdiskussion. Von Dr. W. Donner. 216 S. 1960. DM 22,60.

Wirkung und Wirkungsmöglichkeiten der Verbraucherverbände in Deutschland. Von Dr. W. Karstens. 205 S. 1964. DM 29,60.

Die verfassungspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände in Deutschland 1815—1871. Von Dr. M. Erdmann. 272 S. 1968. DM 48,60.

Grundzüge der Handelspolitik. Binnenhandel und Außenhandel. Von Prof. Dr. W. Weddigen. 150 S. 1968. DM 18,—.

Umriss einer Theorie des Handels. Von A. Lampe. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Dr. R. Rohling. 62 S. 1958. DM 7,80.

Der Wettbewerb im Einzelhandel. Zur Dynamik der modernen Vertriebsformen. Von Prof. Dr. A. Woll. 358 S. 1964. DM 48,—.

Leistungsüberschneidungen zwischen Einzelhandel und Handwerk. Von Dr. W. Fleck. 134 S. 1964. DM 19,80.

Einzelhandel und Handwerk 1965 und 1975. Absatz und Fläche. Von Dr. T. Beckermann und Dr. A. Schlaghecken. 103 S. 1968. DM 29,80.

Die Nachfragekonzentration im Nahrungsmittelhandel. Ausmaß, Organisation und Auswirkungen. Von Dr. M. Eli. 169 S. 1968. DM 29,60.

Der Großhandel in der westdeutschen Wirtschaft. Leistungen, Struktur und Entwicklung. Von Dr. E. Batzer. 184 S. 1962. DM 36,60.

D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. Von Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber. 7. Aufl. XXVIII, 738 S. 1958. Ln. DM 38,—.

Theoretische Volkswirtschaftslehre als System der Wirtschaftstheorie. Von Prof. Dr. Dr. W. Weddigen. 3., durchgesehene und ergänzte Aufl., 8.-10. Tausend. 388 S. 1964. Brosch. DM 22,60; Ln. DM 26,60.

Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien. Von Prof. Dr. A. Kruse. 4., verbesserte und erweiterte Aufl. VIII, 366 S. 1959. Ln. DM 24,—.

Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung. Von Prof. Dr. G. N. Halm. XVI, 350 S. 1960. Ln. DM 28,60.

Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmervergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. Von J. Schumpeter. 6. Aufl. XXVI, 369 S. 1964. Ln. DM 38,60.

Geld, Außenhandel und Beschäftigung. Von Prof. Dr. G. N. Halm. 4., neubearbeitete Aufl. 368 S. 1966. Ln. DM 38,60.

Außenwirtschaft. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Von Prof. Dr. A. Kruse. 2., überarbeitete und erweiterte Aufl. XIV, 737 S. 1965. Ln. DM 68,—.

Die Grundlagen der Außenwirtschaftstheorie. Von Prof. Dr. A. Forstmann. XVI, 418 S. 1956. Ln. DM 48,—.

Allgemeine Finanzwissenschaft nebst einem Überblick über das Steuersystem der BRD. Von Prof. Dr. W. Weddigen. 4., neubearbeitete und ergänzte Auflage. 262 S. 1964. Brosch. DM 19,80; Ln. DM 24,60.

Wirtschaftspolitik. Von Prof. Dr. W. Heinrich. 2., neubearbeitete Aufl. Erster Band: XXIII, 475 S. 1964. Ln. DM 56,60. Zweiter Band, 1. Hälfte: XX, 311 S. 1966. Ln. DM 42,60. Zweiter Band, 2. Hälfte: XX, 312 S. 1967. Ln. DM 42,60

Verkehr. Von Prof. Dr. F. Voigt. Zweiter Band: Die Entwicklung des Verkehrssystems. Erste Hälfte: XXI, S. 1—657. Mit 145 Tab. und 1 Abb. 1965. Ln. DM 74,—; Zweite Hälfte: XIV, S. 659—1426. Mit 113 Tab. und 1 Abb. 1965. Ln. DM 78,—. Die Bände I und III befinden sich in Vorbereitung.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich input-output-Analyse mit Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland. Von Prof. Dr. W. Krelle. 2., verbesserte Aufl. 237 S. 1967. Ln. DM 48,—.

Gesammelte Abhandlungen zur ökonomischen Theorie. Von Prof. Dr. A. Mahr. 324 S. 1967. Ln. DM 58,—.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines kostensparenden technischen Fortschritts. Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik. Von Priv.-Doz. Dr. W. Noll. 187 S. 1967. DM 29,60.

Wirtschaftsleben und Wirtschaftsgestaltung. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialphilosophie. Von Prof. Dr. H. Schack. 216 S. 1963. Ln. DM 22,60.

D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Untersuchungen über Gruppen und Verbände

1. **Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei deutschen Arbeitern im Jahrhundert der Industrialisierung.** Von L. Uhen. 214 S. 1964. DM 28,60

„Das Verdienst des übersichtlich gegliederten Versuchs, Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei Arbeitern empirisch zu untersuchen, liegt zunächst in der Berücksichtigung einer Fülle von Material; dann aber auch in der vorurteilslosen Betrachtung einiger allzu selbstverständlicher kultur- und gesellschaftskritischer Meinungen.“

Das Historisch-Politische Buch

2. **Entstehung und Wirkungsweise von Fachverbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.** Von H. König. 275 S. 1965. DM 54,60

„Die Studie stellt nicht nur für die Fachverbände der Nahrungs- und Genußmittelbranche eine wertvolle Untersuchung dar, sondern trägt zu einer Antwort auf die Ursachen für die Gründung von Fachverbänden bei und zeigt ihre Struktur und ihre Funktionen in der heutigen ‚verbandsstrukturierten‘ Gesellschaft auf.“

Bücher der Wirtschaft

3. **Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden.** Von R. Leckebusch. 257 S. 1966. DM 48,—

„Das Werk bietet auf verhältnismäßig knappem Raum eine Fülle von Material in sehr differenzierter und sachlicher Form. Wesentliche Daten werden mit gut ausgewählten Zitaten belegt.“

Sozialpolitischer Nachrichtendienst

4. **Struktur und Funktionen der Handwerksorganisation in Deutschland seit 1933.** Von V. Chesi. 245 S. 1966. DM 44,60

„Der Untersuchung von Chesi kann im ganzen gesehen bescheinigt werden, daß ein wertvoller Beitrag zur allgemeinen Verbandstheorie und zur Auswertung der Erkenntnisse geleistet wurde.“

Deutsches Handwerkerblatt

5. **Verbände der deutschen papiererzeugenden Industrie.** Von Ch. Kurtz. 240 S. 1966. DM 45,80

„Die Untersuchung ist als Beitrag zu einer Analyse der gegenwärtigen verbandsstrukturierten Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland gedacht und setzt sich zum Ziel, die Veränderungen aufzuzeigen, die in den deutschen Handwerksorganisationen seit 1933 eingetreten sind.“

Internationales Gewerbearchiv

6. **Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen der Berufsverbände.** Von H. Schmitt. 275 S. 1966. DM 48,60

„Die Untersuchung wird bis zum Jahre 1933 durchgeführt, und soll die Hintergründe der Verbandsentstehung wie auch die Zielsetzungen und die Funktionsweise der Verbände nach innen und außen aufzeigen.“

Der niedergelassene Arzt

7. **Führung im Interessenverband.** Von D. von Schmüdel. 120 S. 1968. DM 22,60

Der Autor versucht, die Bedingungen der Möglichkeit von Führung im Interessenverband sowie die Bedingung bestimmter Führungsformen zu beschreiben. Danach wird aufgezeigt, inwieweit die Führungsform als Variable gewisser, die Organisationsstruktur des Interessenverbandes bestimmender Faktoren anzusehen ist.

